

# **Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen**

**Dargestellt am Beispiel des Tourismus  
in der Region Westpfalz**

**Analyse – Bewertung – Ausblick**

vom

Fachbereich Raum- und Umweltplanung  
(Dekan: Prof. Dr.-Ing. Gerhard Steinebach)  
der Technischen Universität Kaiserslautern  
zur Verleihung des akademischen Grades  
„Doktor-Ingenieur (Dr.-Ing.)“  
genehmigte Dissertation

von Dipl.-Ing. Matthias Kattler

Tag der mündlichen Prüfung: 27. April 2011

Vorsitzende der Prüfungskommission: Prof. Dr. Annette Spellerberg

Erste Berichterstatterin: Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß

Zweiter Berichterstatter: Prof. em. Dr. Dr. h.c. Hans Kistenmacher

Technische Universität Kaiserslautern D 386

## ZUSAMMENFASSUNG

Die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen wird von unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Herausforderungen beeinflusst. Eine der zentralen Herausforderungen bildet hierbei die Europäische Integration. Obwohl die Kompetenz für Raumordnung nach wie vor in erster Linie bei der nationalen Ebene liegt, entfaltet die EU über ihre Strukturpolitik, ihre raumwirksamen Fachpolitiken und die ihr zugewiesenen Kompetenzen in anderen Bereichen eine zunehmende Bedeutung für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen.

Anhand der im Rahmen dieser Dissertation durchgeführten Analysen wird dabei deutlich, dass die EU-Strukturpolitik die Regionalentwicklung, insbesondere im Bereich des Tourismus, auf vielfältige Weise sowohl direkt als auch indirekt beeinflusst. Dies vor allem in finanzieller Hinsicht durch die Finanzierung nahezu aller touristischen Projekte in der Region Westpfalz, sowie in konzeptioneller Hinsicht durch die Systematik der Programmplanung und des damit verbundenen Mehrwertes. Dabei werden die regionalen Akteure bei der Aufstellung von Entwicklungsstrategien (bspw. im Rahmen des LEADER-Ansatzes) zu einer intensiven Auseinandersetzung mit den spezifischen Stärken, Schwächen, Entwicklungsperspektiven und Entwicklungshemmnissen der Region geführt. Daher kann die EU-Strukturpolitik letztlich als wichtigste Finanzierungsquelle bei der Realisierung touristischer Projekte angesehen werden, zudem als wesentlicher Impulsgeber für deren Entwicklung und Gestaltung. Durch das Wissen um die Förderfähigkeit touristischer Projekte innerhalb der EU-Strukturpolitik wird schließlich die Motivation der regionalen Akteure gesteigert. Aufgrund dieser Erkenntnisse kann der Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus als bedeutend und hoch bewertet werden.

Neben der Erfassung des Einflusses sollen darüber hinaus innerhalb dieser Dissertation Problemfelder und künftige Herausforderungen bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen aufgezeigt werden. Dabei wird die Finanzschwäche der öffentlichen Haushalte, die gerade in strukturschwachen Regionen besonders ausgeprägt ist, und die damit verbundenen Probleme bei der Sicherstellung des nationalen Finanzierungsanteils als zentrales Umsetzungsproblem sichtbar. Ebenso stellen in diesem Zusammenhang der gesteigerte Wettbewerb um die zur Verfügung stehenden Strukturmittel, das zunehmende Spannungsverhältnis zwischen Ausgleichs- und Wachstumsziel, teilweise zu enge inhaltlich-konzeptionelle Vorgaben seitens der EU-Kommission, sowie der hohe verwaltungstechnische Aufwand weitere Problemfelder bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik dar.

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen werden abschließend am Beispiel des Untersuchungsraumes konzeptionelle Ansätze zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Räumen formuliert. Dabei werden einige zentrale Prioritäten sichtbar, deren Umsetzung zur Steigerung der Effizienz von strukturpolitischen Maßnahmen beitragen kann. In diesem Zusammenhang ist insbesondere eine konsequente Regionalisierung innerhalb der EU-Strukturpolitik anzustreben, so dass dann letztlich die Region als Träger der EU-Strukturpolitik anzusehen ist. Weiterhin ist an dieser Stelle eine klare Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen Handlungs- und Gestaltungsebenen notwendig, dies vor allem in Hinblick auf die zentrale Zielsetzung der europäischen Strukturpolitik, des Abbaus von Disparitäten innerhalb der EU. Schließlich ist eine Reform der Fördermittelvergabe unabdingbar, damit künftig sowohl wachstumsstarke, als auch strukturschwache und sog. „Übergangsregionen“ durch die EU-Strukturpolitik gleichermaßen berücksichtigt werden können, und somit ein Beitrag zum politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt in Europa geleistet werden kann.

# INHALTSÜBERSICHT

## VERZEICHNISSE

<b>A.</b>	<b>EINFÜHRUNG</b> .....	1
I.	Problemstellung und Hintergrund.....	1
II.	Zielsetzung.....	5
III.	Vorgehensweise und Methodik.....	7
IV.	Analyse des Forschungsstandes.....	53
V.	Beitrag der Dissertation zur Forschung.....	55
<b>B.</b>	<b>ZUSAMMENHANG ZWISCHEN EU-STRUKTURPOLITIK UND DER ENTWICKLUNG DES TOURISMUS IN DER WESTPFALZ</b> .....	57
I.	Grundlagen der EU-Strukturpolitik und ihre Bedeutung für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen.....	57
II.	Analyse des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen – dargestellt am Beispiel des Tourismus in der Westpfalz.....	101
III.	Einschätzung und Bewertung aus Sicht von Experten und regionalen Akteuren.....	238
IV.	Abschließende und zusammenfassende Bewertung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz.....	279
<b>C.</b>	<b>KONZEPTIONELLE ANSÄTZE ZUR WEITERENTWICKLUNG DER EU-STRUKTURPOLITIK IN LÄNDLICHEN STRUKTURSCHWACHEN REGIONEN – DARGESTELLT AM BEISPIEL DER WESTPFALZ</b> .....	291
I.	Ansätze zur Überwindung der vorhandenen Probleme und Defizite bei der Umsetzung.....	291
II.	Ansätze zur Effizienzsteigerung der EU-Strukturpolitik.....	305
III.	Ansätze zur inhaltlichen und institutionell-organisatorischen Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum.....	329
IV.	Fazit.....	338
<b>D.</b>	<b>GESAMTBETRACHTUNG UND AUSBLICK</b> .....	341
I.	Abschließende Bewertung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen.....	341
II.	Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Regionen.....	345
III.	Künftige Herausforderungen der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen.....	346
IV.	Weiterer Forschungsbedarf.....	349

## ANHANG

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>A. EINFÜHRUNG</b> .....	1
<b>I. Problemstellung und Hintergrund</b> .....	1
<b>II. Zielsetzung</b> .....	5
<b>III. Vorgehensweise und Methodik</b> .....	7
1. Vorgehensweise.....	7
2. Methodisch-konzeptionelle Grundlagen.....	9
2.1 Kriterien für die Auswahl und den Einsatz von Methoden in der Raumplanung..	10
2.2 Diskussion und Bewertung von methodischen Ansätzen zur Erfassung von Wirkungen der EU-Strukturpolitik auf die Regionalentwicklung.....	12
2.3 Die Evaluation als konzeptioneller Ansatz zur Erfassung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz.....	29
2.3.1 Theoretische Grundlagen zur Methode der Evaluation.....	34
2.3.2 Bedeutung der Evaluation für die Umsetzung der EU-Strukturpolitik.....	40
2.3.3 Evaluationsdesign der vorliegenden Arbeit.....	43
2.3.4 Empirisch-analytische Untersuchungen als Datengrundlage.....	47
<b>IV. Analyse des Forschungsstandes</b> .....	53
<b>V. Beitrag der Dissertation zur Forschung</b> .....	55
<b>B. ZUSAMMENHANG ZWISCHEN EU-STRUKTURPOLITIK UND DER ENTWICKLUNG DES TOURISMUS IN DER WESTPFALZ</b> .....	57
<b>I. Grundlagen der EU-Strukturpolitik und ihre Bedeutung für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen</b> .....	57
1. Einführung in die Thematik "Strukturpolitik".....	57
1.1 Die Strukturpolitik als Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftspolitik und ihr Verhältnis zur Raumordnung.....	57
1.2 Funktion, Ziele und Entwicklungstendenzen innerhalb der Strukturpolitik.....	61

2.	Die Bedeutung der EU-Strukturpolitik für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen.....	68
2.1	Die EU-Strukturpolitik als Bestandteil der ländlichen Entwicklung.....	74
2.2	Strukturpolitische Instrumente der EU und ihre Bedeutung für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen.....	86
2.2.1	Instrumente der aktiven Strukturpolitik der EU.....	87
2.2.1.1	Strukturfonds.....	88
2.2.1.2	Gemeinschaftsinitiativen.....	91
2.2.1.3	Weitere strukturpolitische Instrumente.....	94
2.2.2	Die Kontrolle der nationalen Strukturpolitik im Rahmen der passiven Strukturpolitik der EU.....	95
2.3	Fazit.....	100
<b>II.</b>	<b>Analyse des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen.....</b>	<b>101</b>
1.	Strukturelle Ausgangssituation in der Region Westpfalz unter besonderer Berücksichtigung des Tourismus.....	101
1.1	Touristisches Profil der Region Westpfalz.....	102
1.2	Ziele, Konzeptionen und Entwicklungspotenziale des Tourismus in der Westpfalz.....	104
2.	Bewertung der Relevanz von EU-Förderprogrammen für die Tourismusentwicklung in der Westpfalz.....	111
2.1	Zusammenhang zwischen dem Ziel-2-Programm Rheinland-Pfalz und der Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz.....	113
2.1.1	Umsetzung der Förderung gemäß Ziel 2 der Europäischen Strukturfonds in der Region Westpfalz (Förderperiode 2000 bis 2006).....	113
2.1.2	Bedeutung der Entwicklungsziele, Förder- und Maßnahmenswerpunkte des Programms für den Tourismus in der Westpfalz.....	114
2.1.3	Beitrag des Ziel-2-Programms zur touristischen Entwicklung.....	119

2.2	Zusammenhang zwischen dem LEADER+-Programm Rheinland-Pfalz und der Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz.....	127
2.2.1	Bedeutung der Entwicklungsziele, Förder- und Maßnahmenswerpunkte des LEADER+-Programms für den Tourismus in der Westpfalz.....	129
2.2.2	Umsetzung von LEADER+ in der Region Westpfalz - Lokale Aktionsgemeinschaften (LAGen) in der Förderperiode 2000 bis 2006.....	138
2.2.3	Gebietsbezogene, integrierte Entwicklungsstrategie mit Pilotcharakter (GIEP) der LAG "Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald" im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER+.....	140
2.2.3.1	Bedeutung der Entwicklungsziele, Maßnahmenswerpunkte und Projekte der GIEP für die Entwicklung des Tourismus.....	142
2.2.4	Fazit.....	152
2.3	Weitere Förderprogramme der EU mit Relevanz für den Tourismus in der Region Westpfalz.....	154
2.3.1	Bedeutung der Programme zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz.....	154
2.3.2	Programm "Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum (ZIL)" zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL).....	162
2.4	Ausblick auf die aktuelle Förderperiode 2007 bis 2013: Bedeutung der neuen operationellen Programme im Rahmen der EU-Strukturpolitik für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz.....	167
2.4.1	Die wesentlichen Neuerungen und ihre Konsequenzen für die Entwicklung der Region Westpfalz.....	167
2.4.2	Bedeutung des Programms "Wachstum durch Innovation" im Rahmen von EFRE für die Entwicklung des Tourismus.....	170
2.4.3	Bedeutung des Programms "PAUL" im Rahmen des ELER für die Entwicklung des Tourismus.....	178
2.4.4	Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG IV A mit den Programmen "Großregion" und "Oberrhein" für die Entwicklung des Tourismus.....	200
2.5	Fazit.....	213

3.	Bedeutung der aus EU-Strukturmitteln finanzierten regionalen Leitprojekte für die Tourismusedwicklung in der Westpfalz.....	216
3.1	Darstellung und Einordnung der regionalen Leitprojekte in den touristischen Gesamtkontext der Region.....	217
3.1.1	Projekt "Touristische Nutzung der Glantalschienenstrecke durch Fahrraddraisinen" im Landkreis Kusel (LEADER II) - Projektprofil und Ziele im Rahmen der Tourismusedwicklung.....	217
3.1.2	Projekt "Mountainbikepark Pfälzerwald" in den Landkreisen Kaiserslautern und Südwestpfalz (LEADER+) - Projektprofil und Ziele im Rahmen der Tourismusedwicklung.....	221
3.1.3	Projekt "Biosphärenhaus Pfälzerwald / Nordvogesen" in Fischbach / Landkreis Südwestpfalz (EFRE gemäß Ziel 2) - Projektprofil und Ziele im Rahmen der Tourismusedwicklung.....	224
3.2	Analyse der Wirkungen dieser regionalen Leitprojekte auf den Tourismusbereich.....	227
3.2.1	Bedeutung des Projektes "Touristische Nutzung der Glantalschienenstrecke durch Fahrraddraisinen" für die Entwicklung des Tourismus.....	227
3.2.2	Bedeutung des Projektes "Mountainbikepark Pfälzerwald" für die Entwicklung des Tourismus.....	229
3.2.3	Bedeutung des Projektes "Biosphärenhaus Pfälzerwald / Nordvogesen" für die Entwicklung des Tourismus.....	231
3.3	Analyse des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung und Realisierung der regionalen Leitprojekte.....	233
3.4	Fazit.....	235
<b>III.</b>	<b>Einschätzung und Bewertung aus Sicht von Experten und regionalen Akteuren.....</b>	<b>238</b>
1.	Ausgangssituation, Ziele und Entwicklungstendenzen des Tourismus in der Region Westpfalz.....	240
2.	Beitrag der EU-Strukturpolitik zur touristischen Entwicklung der Region Westpfalz.....	245
2.1	Bedeutung der EU-Förderprogramme für die Entwicklung des Tourismus.....	245
2.1.1	Bewertung des Förderangebotes der EU im Tourismusbereich.....	246
2.1.2	Beitrag der EU-Förderprogramme zur Tourismusedwicklung in der Westpfalz.....	248

2.2	Bedeutung der aus EU-Strukturmitteln finanzierten touristischen Leitprojekte für den Tourismusbereich.....	254
2.2.1	Erwartungen und Ziele der Projekte im touristischen Gesamtkontext der Region.....	254
2.2.2	Bedeutung dieser regionalen Leitprojekte für die Tourismusentwicklung in der Westpfalz.....	257
2.2.3	Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung und Umsetzung dieser regionalen touristischen Leitprojekte.....	263
3.	Probleme und Defizite bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Bereich des Tourismus.....	266
4.	Ausblick: Einschätzungen bezüglich der Zukunft der EU-Strukturpolitik in der Region Westpfalz und Handlungsfelder zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik.....	272
5.	Fazit.....	276
<b>IV.</b>	<b>Abschließende und zusammenfassende Bewertung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz..</b>	<b>279</b>
<b>C.</b>	<b>KONZEPTIONELLE ANSÄTZE ZUR WEITERENTWICKLUNG DER EU-STRUKTURPOLITIK IN LÄNDLICHEN-STRUKTURSCHWACHEN REGIONEN - Dargestellt am Beispiel der Region Westpfalz.....</b>	<b>291</b>
<b>I.</b>	<b>Ansätze zur Überwindung der vorhandenen Probleme und Defizite bei der Umsetzung.....</b>	<b>291</b>
1.	Handlungsfeld: Stärkere Berücksichtigung der spezifischen Probleme von ländlichen strukturschwachen Regionen bei der Vergabe von Fördermitteln im Rahmen der EU-Strukturpolitik.....	292
1.1	Konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen	
1.1.1	Maßnahmen zur Sicherstellung des nationalen Finanzierungsanteils.....	292
1.1.2	Berücksichtigung von "weichen" Kriterien bei der Beurteilung der Förderbedürftigkeit von Regionen.....	295
2.	Handlungsfeld: Vereinfachung und Förderung von Transparenz innerhalb der EU-Strukturpolitik.....	301
2.1	Konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen	
2.1.1	Klare Prioritäten- und Zielformulierungen in den Förderprogrammen.....	302
2.1.2	Verfahrensvereinfachung bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.....	303

2.1.3	Minimierung der Veränderungen zwischen den einzelnen Förderperioden - stattdessen Modifizierung von bereits vorhandenen Instrumenten.....	303
<b>II.</b>	<b>Ansätze zur Effizienzsteigerung der EU-Strukturpolitik.....</b>	<b>305</b>
1.	Handlungsfeld: Steigerung des Bekanntheitsgrades der EU-Strukturpolitik und ihres Förderangebotes in der Westpfalz.....	305
1.1	Konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen	
1.1.1	Intensivere Kommunikation des Beitrages der EU-Strukturpolitik zur Entwicklung der Westpfalz.....	305
1.1.2	Stärkere Nutzung der vielfältigen Fördermöglichkeiten im Rahmen der EU-Strukturpolitik.....	306
2.	Handlungsfeld: Stärkere Berücksichtigung der Belange von ländlichen strukturschwachen Regionen innerhalb der EU-Strukturpolitik.....	309
2.1	Konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen	
2.1.1	"Abbau von Disparitäten" als Querschnittsziel der EU-Strukturpolitik formulieren.....	310
2.1.2	Stärkere Berücksichtigung der spezifischen Belange des ländlichen Raumes in den EU-Förderprogrammen.....	311
3.	Handlungsfeld: Stärkere Regionalisierung und konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips innerhalb der EU-Strukturpolitik.....	312
3.1	Konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen	
3.1.1	Stärkung der regionalen Kompetenzen und Verantwortung bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik.....	314
3.1.2	Klare Aufgabenverteilung zwischen EU, Bund und Region.....	316
3.1.3	Die mehrstufige Programmplanung als "Bottom-up-Prozess" gestalten.....	317
4.	Handlungsfeld: Intensivere Nutzung von Synergien zwischen den unterschiedlichen nationalen und europäischen Förderinstrumenten zur Entwicklung des ländlichen Raumes.....	320
4.1	Konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen	
4.1.1	Bündelung und Koordinierung der Förderinstrumente zur Entwicklung des ländlichen Raumes.....	320
4.1.2	Stärkere Nutzung von Synergien zwischen LEADER und dem ILE-Ansatz.....	321

5.	Handlungsfeld: Stärkung des LEADER- und INTERREG-Ansatzes als integrierte, innovative Instrumente zur Förderung ländlicher Regionen.....	322
5.1	Konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen	
5.1.1	Deutliche Erhöhung der Finanzmittel für den LEADER und INTERREG-Ansatz.....	323
5.1.2	Fortschreibung und Weiterentwicklung der bestehenden LEADER-Konzepte über die einzelnen Förderperioden hinaus.....	324
5.1.3	Optimierung der Zusammensetzung der "Lokalen Aktionsgemeinschaft (LAGen)" .....	326
5.1.4	Nutzung von Optimierungspotenzialen im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG.....	326
<b>III.</b>	<b>Ansätze zur inhaltlichen und institutionell-organisatorischen Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum.....</b>	<b>329</b>
1.	Handlungsfeld: Künftiger inhaltlich-thematische Schwerpunkte bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum.....	330
1.1	Konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen	
1.1.1	Stärkere Berücksichtigung von veränderten Rahmenbedingungen und neuen Entwicklungsperspektiven in den Förderprogrammen der EU.....	330
1.1.2	Bevorzugte Behandlung von Kooperationsprojekten.....	332
2.	Handlungsfeld: Künftige Organisationsstrukturen zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Westpfalz.....	334
2.1	Konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen	
2.1.1	Schaffung neuer Organisationsstrukturen zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik.....	334
<b>IV.</b>	<b>Fazit.....</b>	<b>338</b>
<b>D.</b>	<b>GESAMTBETRACHTUNG UND AUSBLICK.....</b>	<b>341</b>
<b>I.</b>	<b>Abschließende Bewertung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen.....</b>	<b>341</b>
<b>II.</b>	<b>Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Regionen.....</b>	<b>345</b>
<b>III.</b>	<b>Künftige Herausforderungen der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen.....</b>	<b>346</b>
<b>IV.</b>	<b>Weiterer Forschungsbedarf.....</b>	<b>349</b>

# ABBILDUNGSVERZEICHNIS

<b>Abb. 1:</b>	Übersicht Vorgehensweise / Methodik.....	52
<b>Abb. 2:</b>	Verhältnis zwischen (regionaler) Strukturpolitik und Regionalpolitik.....	58
<b>Abb. 3:</b>	Verhältnis zwischen Strukturpolitik und Raumordnung.....	60
<b>Abb. 4:</b>	Funktion und Begründung der Strukturpolitik.....	63
<b>Abb. 5:</b>	Instrumente der EU-Strukturpolitik.....	99

# TABELLENVERZEICHNIS

<b>Tab. 1:</b>	Übersicht gängiger Bewertungsmethoden in der Raumplanung.....	18
<b>Tab. 2:</b>	Bewertung methodischer Alternativen.....	29
<b>Tab. 3:</b>	Übersicht über die Gesprächspartner der Expertenbefragung.....	50
<b>Tab. 4:</b>	Funktionen, Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven von ländlichen Räumen.....	73
<b>Tab. 5:</b>	Übersicht über die Entwicklung der EU-Strukturpolitik.....	77
<b>Tab. 6:</b>	Ausgangssituation des Tourismus im Untersuchungsraum.....	110
<b>Tab. 7:</b>	EU-Fördergebiete in der Region Westpfalz – Förderperiode 2000-2006.....	112
<b>Tab. 8:</b>	Zusammenhang zwischen dem Ziel-2-Programm und der Entwicklung des Tourismus.....	119
<b>Tab. 9:</b>	LEADER-Aktionsgebiete in der Region Westpfalz.....	128
<b>Tab. 10:</b>	Zusammenhang zwischen LEADER+-Programm und der Entwicklung des Tourismus.....	137
<b>Tab. 11:</b>	Zusammenhang zwischen GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ und der Entwicklung des Tourismus.....	147
<b>Tab. 12:</b>	Zusammenhang zwischen INTERREG III A und der Entwicklung des Tourismus.....	161
<b>Tab. 13:</b>	Zusammenhang zwischen der „ZIL“ und der Entwicklung des Tourismus.....	166
<b>Tab. 14:</b>	Übersicht über die Neuerungen innerhalb der EU-Strukturpolitik zur aktuellen Förderperiode 2007-2013.....	169

<b>Tab. 15:</b>	Zusammenhang zwischen dem Programm „Wachstum durch Innovation“ und der Entwicklung des Tourismus.....	177
<b>Tab. 16:</b>	Zusammenhang zwischen dem Programm „PAUL“ und der Entwicklung des Tourismus.....	182
<b>Tab. 17:</b>	Vergleich zwischen LILE „Pfälzerwald“ und LILE „Pfälzer Bergland“ .....	199
<b>Tab. 18:</b>	Vergleich der INTERREG IV A Programme in der Westpfalz.....	212
<b>Tab. 19:</b>	Übersicht über das Förderangebot der EU-Strukturpolitik im Tourismus.....	214
<b>Tab. 20:</b>	Übersicht über das Projekt „Draisinenstrecke“ und dessen Bedeutung für den Tourismus.....	220
<b>Tab. 21:</b>	Übersicht über das Projekt „Mountainbikepark Pfälzerwald“ und dessen Bedeutung für den Tourismus.....	223
<b>Tab. 22:</b>	Übersicht über das Projekt „Biosphärenhaus“ und dessen Bedeutung für den Tourismus.....	226
<b>Tab. 23:</b>	Übersicht über Probleme und Defizite bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Westpfalz.....	270
<b>Tab. 24:</b>	Forderungen der regionalen Akteure bezüglich künftiger Schwerpunkte in den Förderprogrammen der EU.....	275
<b>Tab. 25:</b>	Übersicht über die Maßnahmen in Handlungsfeld I, 1.....	300
<b>Tab. 26:</b>	Übersicht über die Maßnahmen in Handlungsfeld I, 2.....	304
<b>Tab. 27:</b>	Übersicht über die Maßnahmen in Handlungsfeld II, 1.....	308
<b>Tab. 28:</b>	Übersicht über die Maßnahmen in Handlungsfeld II, 2.....	312
<b>Tab. 29:</b>	Übersicht über die Maßnahmen in Handlungsfeld II, 3.....	319
<b>Tab. 30:</b>	Übersicht über die Maßnahmen in Handlungsfeld II, 4.....	322

<b>Tab. 31:</b>	Übersicht über die Maßnahmen in Handlungsfeld II, 5.....	328
<b>Tab. 32:</b>	Übersicht über die Maßnahmen in Handlungsfeld III, 1.....	333
<b>Tab. 33:</b>	Übersicht über die Maßnahmen in Handlungsfeld III, 2.....	337

# VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN

<b>Abb.</b>	Abbildung
<b>AdR</b>	Ausschuss der Regionen
<b>ARL</b>	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
<b>a.a.O.</b>	am angegebenen Ort
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt
<b>bspw.</b>	beispielsweise
<b>bzw.</b>	beziehungsweise
<b>ca.</b>	circa
<b>d.h.</b>	das heißt
<b>EAGFL</b>	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
<b>EEA</b>	Einheitliche Europäische Akte
<b>EG</b>	Europäische Gemeinschaft
<b>EIB</b>	Europäische Investitionsbank
<b>ELER</b>	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes
<b>et al.</b>	et altera
<b>etc.</b>	et cetera
<b>EFRE</b>	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
<b>EPPD</b>	Einheitliches Programmplanungsdokument
<b>ESF</b>	Europäischer Sozialfonds
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>EUREK</b>	Europäisches Raumentwicklungskonzept
<b>FIAF</b>	Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei
<b>FuE</b>	Forschung und Entwicklung

<b>GAP</b>	Gemeinsame Agrarpolitik
<b>GD</b>	Generaldirektion
<b>GG</b>	Grundgesetz
<b>ggf.</b>	Gegebenenfalls
<b>GIEP</b>	gebietsbezogene integrierte Entwicklungsstrategie mit Pilotcharakter
<b>i.d.R.</b>	in der Regel
<b>ILE</b>	Integrierte ländliche Entwicklung
<b>IuK</b>	Informations- und Kommunikationstechnologien
<b>Kap.</b>	Kapitel
<b>LAG</b>	Lokale Aktionsgemeinschaft
<b>LEADER</b>	Liasion entre actions de développement de l'économie rurale
<b>LEP</b>	Landesentwicklungsprogramm
<b>LILE</b>	Lokales integriertes ländliches Entwicklungskonzept
<b>LK</b>	Landkreis
<b>NUTS</b>	Nomenclatur des Unités Territorial Statistiques
<b>OECD</b>	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
<b>OG</b>	Ortsgemeinde
<b>ÖPNV</b>	Öffentlicher Personennahverkehr
<b>PAUL</b>	Entwicklungs-Programm „Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung“
<b>Pkt.</b>	Punkt
<b>REK</b>	Regionales Entwicklungskonzept
<b>ROG</b>	Raumordnungsgesetz
<b>RROP</b>	Regionaler Raumordnungsplan
<b>RP</b>	Rheinland-Pfalz
<b>s.</b>	siehe

<b>sog.</b>	so genannte
<b>Tab.</b>	Tabelle
<b>TEN</b>	Transeuropäische Netze
<b>TU</b>	Technische Universität
<b>u.</b>	und
<b>u.a.</b>	unter anderem
<b>usw.</b>	und so weiter
<b>v.a.</b>	vor allem
<b>VG</b>	Verbandsgemeinde
<b>vgl.</b>	vergleiche
<b>z.B.</b>	zum Beispiel
<b>ZIL</b>	Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum
<b>z.T.</b>	zum Teil

# A. EINFÜHRUNG

## I. Problemstellung und Hintergrund

Ländliche Regionen wie die Westpfalz erfuhren in den letzten Jahrzehnten einen grundlegenden Wandel. Dieser war zunächst gekennzeichnet durch einen gravierenden Bedeutungsverlust in den 70-er Jahren. In den 70-er Jahren galt die Stadt als „Lebensraum der Zukunft“, so dass auch in ursprünglich ländlich geprägten Gemeinden städtische Siedlungsformen angestrebt wurden. Dabei wurde der ländliche Raum nur noch als eine räumliche „Restkategorie“ mit „Pufferfunktion“ außerhalb der Ballungsgebiete angesehen. Jedoch kam es in den 80-er Jahren zu einem Bewusstseinswandel bei der Bewertung des ländlichen Raumes. Dieser wurde unter anderem durch die zunehmende Bedeutung weicher Standortfaktoren (regionale Lebensqualität, Wohn- und Freizeitwert) und die technischen Innovationen (Telekommunikation) hervorgerufen. Weiterhin spielte in diesem Zusammenhang das wachsende Bewusstsein um die spezifischen Probleme des ländlichen Raumes (Außenabhängigkeit, Fremdbestimmung und soziale Erosion) eine wichtige Rolle. In der Folge entwickelte sich eine Bewegung aus dem ländlichen Raum heraus, die mit der Entstehung eines neuen Regionalbewusstseins sowie der Stärkung regionaler Identitäten einherging. Die Politik zur Förderung und Entwicklung des ländlichen Raumes erfolgte nun aufgrund von regional angepassten Konzepten („endogene Entwicklungsstrategien“) anstelle der vorher dominierenden staatlichen Subventionspolitik.<sup>1</sup>

Derzeit gilt mehr als drei Viertel der Fläche Deutschlands als ländlicher Raum, ungefähr 70 % der Bevölkerung lebt außerhalb von Großstädten, mehr als 75 % aller Gemeinden in Deutschland haben weniger als 5.000 Einwohner.<sup>2</sup> Jedoch lässt sich bei intensiver Beschäftigung mit der Thematik „Ländlicher Raum“ feststellen, dass es den „Ländlichen Raum“ nicht gibt. Heute ist vielmehr von einem differenzierten Muster unterschiedlich entwickelter ländlicher Räume auszugehen, mit einer Vielzahl unterschiedlicher Funktionen. Daher hat sich bei der Definition des Begriffs „ländlicher Raum“ die sog. „multifunktionale Herangehensweise“ etabliert. Der Begriff der „Multifunktionalität“ fungiert dabei sowohl in der nationalen als auch in der europäischen Agrarpolitik als zentrales Leitbild (u.a. European Commission 1999, OECD 2001).<sup>3</sup> Ländliche Räume können daher sinnvoll nur noch im Plural angesprochen werden. Zudem wird eine eindeutige Abgrenzung des ländlichen Raumes gegenüber den verdichteten Gebieten aufgrund der fortschreitenden Angleichung an städtische Verhältnisse und die weitere Ausdifferenzierung der Wirtschaftsstruktur immer schwieriger. Der ländliche Raum ist heute „weniger denn je eine einheitliche Raumkategorie.“<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover 2005, S. 573 f.

<sup>2</sup> Vgl. Seehofer, Horst (2007): Landwirtschaft und Ländlicher Raum: Rückschau und Perspektiven in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum Nr. 05/06 2007: Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke – Jubiläumsausgabe, 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Göttingen, S. 14.

<sup>3</sup> Vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Raumordnungsbericht 2005, Bonn, S. 203.

<sup>4</sup> Vgl. Ebenda.

Es gibt zwar nach wie vor einige grundlegende und allgemein gültige Eigenschaften des ländlichen Raumes, wie z.B. eine im Vergleich zu städtisch geprägten Regionen geringe Bevölkerungsdichte, eine typische kleinteilige Siedlungsstruktur oder von der landwirtschaftlichen Nutzung geprägte Räume.<sup>5</sup> Dennoch lässt sich eine Vielfalt an ländlichen Räumen erkennen. So werden derzeit folgende Kategorien ländlicher Räume unterschieden:

1. Ländliche Räume in der Nähe von Agglomerationsräumen und großräumigen Verkehrsachsen
2. Attraktive ländliche Räume für den Tourismus
3. Ländliche Räume mit günstigen Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft
4. Gering verdichtete ländliche Räume mit wirtschaftlicher Entwicklungsdynamik
5. Strukturschwache periphere ländliche Räume<sup>6</sup>

Wobei die Unterschiede in der Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur sowie die zukünftigen Entwicklungschancen zwischen den einzelnen ländlichen Räumen vielfach stärker ausgebildet sind, als bspw. zwischen städtisch geprägten Gebieten und ländlichen Räumen. Heute stehen die ländlichen Räume vor großen und neuen Herausforderungen, dazu zählen vor allem:

- Der verschärfte interregionale und internationale Wettbewerb (Europäische Integration und EU-Osterweiterung, Globalisierung)
- Der demografische Wandel
- Die sich verknappenden öffentlichen Finanzmittel und der damit verbundene zunehmende Wettbewerb um die Vergabe von Fördermitteln
- Der fortschreitende Strukturwandel

Alle diese Herausforderungen der Zukunft beeinflussen die Entwicklung von ländlichen strukturschwachen Regionen wie der Westpfalz, wobei der stärkste und nachhaltigste Einfluss von der Europäischen Integration ausgeht. Obwohl die Kompetenz für Raumordnung nach wie vor in erster Linie bei der nationalen Ebene liegt, entfaltet die EU über ihre Strukturpolitik, ihre raumwirksamen Fachpolitiken und die ihr zugewiesenen Kompetenzen in anderen Bereichen eine zunehmende Bedeutung für die Entwicklung von ländlichen strukturschwachen Regionen. Diese Bedeutung hat in den letzten Jahren stetig zugenommen und wird wohl in Zukunft auch weiterhin zunehmen. Dabei haben vor allem die Strukturfonds sowie die Gemeinschaftliche Agrarpolitik (GAP) Relevanz für die Entwicklung von ländlichen Räumen. Auch wenn die Raumwirksamkeit der europäischen Fachpolitiken, insbesondere der Strukturpolitik, unstrittig ist, steht diese in Deutschland häufig in der Kritik.

---

<sup>5</sup> Vgl. Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Strategien für strukturschwache ländliche Räume – Raumordnerische Handlungsempfehlungen zur Stabilisierung und Entwicklung strukturschwacher ländlicher Räume, Bonn, 1997, S. 3.

<sup>6</sup> Vgl. Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover 2005, S. 575 ff.

So werden vor allem die unklare Kompetenzverteilung, eine Förderung nach dem „Gießkannenprinzip“, die Regelungsdichte und Unübersichtlichkeit der einzelnen Förderrichtlinien die einen hohen Verwaltungsaufwand verursachen, sowie das Fehlen einer ganzheitlichen europäischen Raumentwicklungsphilosophie kritisiert. Ferner werden nach Auffassung von Experten zu wenig raumentwicklungspolitische Zielsetzungen in die Förderleitlinien integriert, so dass die EU-Strukturpolitik teilweise eher sektoral orientiert ist und größtenteils wirtschaftliche Zielsetzungen aufweist. Schließlich ist die Zielrichtung der europäischen Förderpolitik rein auf die europäische Ebene ausgerichtet, was nicht zwangsläufig den nationalen und regionalen Bedürfnissen der einzelnen Mitgliedstaaten entspricht.<sup>7</sup>

Im Rahmen der AGENDA 2000 wurden diese Kritikpunkte teilweise von der Kommission aufgegriffen und die Strukturpolitik zur Förderperiode 2000-2006 reformiert. Die Reform stand dabei unter den Schwerpunkten Konzentration, Vereinfachung und klare Aufteilung der Kompetenzen. Des Weiteren wurde das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK) in die Strukturfondsleitlinien aufgenommen und somit ein erster Schritt hin zu einer stärker raumentwicklungspolitischen Ausrichtung der EU-Strukturpolitik gemacht.<sup>8</sup> Dennoch weist die Strukturpolitik der EU nach wie vor Defizite auf. So gingen die Neuerungen in der letzten Förderperiode 2000 bis 2006, vor allem die Neuformulierung der Zielgebiete, nach Ansicht von Experten zu Lasten der ländlichen Gebiete (Integration der ehemaligen Ziele 5a und 5b in das neue Ziel 2), insbesondere in Deutschland: Durch das neue Ziel 2, das eine regionalpolitische Konzentration auf Regionen mit gravierenden Arbeitsmarktproblemen anstrebt, wurde das bisherige Einkommensziel für ländliche Räume zugunsten des Arbeitsplatzziels aufgegeben. Dadurch wurden die ländlichen Regionen Deutschlands, deren Strukturprobleme in erster Linie durch ein niedriges Einkommensniveau bei einer vergleichsweise niedrigen Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind, benachteiligt.<sup>9</sup>

Die aktuelle Förderperiode 2007 bis 2013 brachte erneut zahlreiche Veränderungen und Neuerungen für ländliche strukturschwache Regionen. Diese Entwicklung ist dabei vor allem vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung zu sehen: Denn infolge der EU-Osterweiterung haben die Disparitäten innerhalb Europas weiter zugenommen. Dadurch entstanden neue Herausforderungen für die EU-Strukturpolitik, deren wesentliches Ziel es ist, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa durch die gezielte Unterstützung von Regionen mit Entwicklungsrückstand zu fördern („Kohäsionsziel“). Des Weiteren wurde infolge der EU-Osterweiterung die Bedeutung der ländlichen Entwicklung als wichtiges Politikfeld unterstrichen: Denn in der erweiterten Union mit mittlerweile 27 Mitgliedsstaaten lebt nun über 60 % der Bevölkerung in ländlichen Räumen, die wiederum knapp 90 % der Fläche der gesamten EU ausmachen.

Als wichtigste Veränderung ist hierbei zu erwähnen, dass die Förderung des ländlichen Raumes zur aktuellen Förderperiode (2007-2013) in die „Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)“ integriert wurde. Wobei sie nunmehr neben der „Marktpolitik“ die zweite Säule zur „Entwicklung des ländlichen Raumes“ bildet.

---

<sup>7</sup> Vgl. Schäfer, Nicole (2003): Ansätze einer Europäischen Raumentwicklung durch Förderpolitik – das Beispiel INTERREG, in: Goppel, Schaffer et al.(Hrsg.): Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Band 14, Augsburg-Kaiserslautern, S. 107 ff.

<sup>8</sup> Vgl. Ebenda, S.108.

<sup>9</sup> Vgl. Eltges, Markus (1998): AGENDA 2000: Was bedeuten die strukturpolitischen Vorschläge für die Bundesrepublik Deutschland ?, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung Heft 9 / 1998, Bonn, S. 568.

Der neugeschaffene Fonds „Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“ (ELER) bildet dabei die rechtliche Grundlage. Die Politik für ländliche Räume folgt nun gemäß den Strategien von Lissabon (Ziel: Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und wissensbasiertesten Wirtschaftsraum zu entwickeln) und Göteborg (Ziel: Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung) den Grundsätzen für eine nachhaltige Entwicklung in der EU.

In diesem Zusammenhang werden drei grundlegende Ziele für die Entwicklung der ländlichen Räume formuliert:

1. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Land- und Forstwirtschaft
2. Umweltschutz und Landschaftspflege durch Landmanagement
3. Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft und Lebensqualität in ländlichen Räumen

Weiterhin wurde die bisher eigenständige Gemeinschaftsinitiative LEADER+ als vierte querschnittsorientierte methodische Achse, die übergreifend über alle Ziele wirken soll, in die ELER-Verordnung integriert.<sup>10</sup>

Angesichts der bereits erwähnten zentralen Herausforderungen der Zukunft wird die europäische Strukturpolitik weiter im Blickpunkt des öffentlichen Interesses stehen und weiterhin Diskussionsbedarf sowie Kritik hervorrufen. So gibt es derzeit in der Fachwelt intensive Diskussionen um die Zukunft der Strukturpolitik, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Dabei sei insbesondere an die Auseinandersetzungen um die neuen Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland erinnert. In diesen werden die ländlichen Räume nicht mehr explizit erwähnt, stattdessen wird die Bedeutung der Metropolregionen hervorgehoben. Die Metropolregionen werden dabei als Wachstumsmotoren bzw. Lokomotiven der wirtschaftlichen Entwicklung angesehen, die gemäß der Prämisse „Stärken stärken“ besonders gefördert und entwickelt werden müssen.

Diese Formulierungen werden zum Teil kontrovers diskutiert. Befürworter dieser neuen Leitbilder argumentieren, dass die gezielte Konzentration der Strukturpolitik auf die Metropolregionen hilft die gegenwärtige Wachstums- und Beschäftigungsschwäche in Deutschland zu überwinden. Des Weiteren sei „den großen Ballungsräumen und den Städten insgesamt mehr Aufmerksamkeit als bisher zu widmen, da sie zunächst und am stärksten von den räumlichen Folgen der Globalisierung und des europäischen Integrationsprozesses betroffen sind.“<sup>11</sup> Schließlich würden auch die ländlichen Räume von einem dynamischen Wachstum der Metropolregionen profitieren. Im Gegensatz dazu unterstreichen Kritiker, dass dies empirisch nicht belegt sei, und befürchten in der Strukturpolitik einen deutlichen Paradigmenwechsel zulasten der ländlichen strukturschwachen Regionen. Zudem wird in diesem Zusammenhang betont, dass eine einseitige Förderung der entwicklungsstarken Regionen sich weder mit dem im Grundgesetz verankerten Grundsatz der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“, noch mit dem „Kohäsionsziel“ der EU vereinbaren lässt.<sup>12</sup>

---

<sup>10</sup> Vgl.: <http://www.leaderplus.de> (Stand: 10 / 2007).

<sup>11</sup> Vgl.: Sinz, Manfred (2006): Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung – Anmerkungen zu einem politischen Diskurs, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung Heft 11 / 12 2006, Bonn, S. 607 ff.

<sup>12</sup> Vgl.: Richter, Maike (2006): Quo vadis Regionalpolitik ? Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung aus Sicht der regionalen Strukturpolitik, in: Informationen zur Raumentwicklung Heft 11 / 12 2006, Bonn, S. 665 ff.

Jedoch ist letztlich unbestreitbar, dass ländliche strukturschwache Regionen wie die Westpfalz auch künftig auf Fördermittel der EU angewiesen sein werden um die zentralen Herausforderungen der Zukunft, wie etwa die Fortsetzung des Strukturwandels bewältigen zu können. Daher soll diese Dissertation durch das Aufzeigen der Bedeutung der EU-Strukturpolitik für die Entwicklung der Region Westpfalz einen gewissen Beitrag zur Sensibilisierung gegenüber dieser Problematik leisten.

## II. Zielsetzung

Zentrales Ziel dieser Arbeit ist es, den Zusammenhang zwischen EU-Strukturpolitik und der Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz aufzuzeigen, um anschließend den Einfluss der europäischen Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz erfassen und bewerten zu können. Es soll dabei nachgewiesen werden, dass „die EU-Strukturpolitik auf vielfältige Art und Weise, sowohl direkt als auch indirekt die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz beeinflusst (zentrale These).“

- Die Region Westpfalz ist als Untersuchungsraum besonders geeignet, da es sich hier um eine ländliche Region mit ausgeprägten strukturellen Problemen handelt (eine eher periphere Lage – dadurch bedingt eine generelle Strukturschwäche, ferner Bewältigung der Folgen von Konversion sowie eine teilweise Monostrukturierung und Altindustrialisierung). Daher ist diese Region bei der Bewältigung ihrer strukturellen Probleme besonders auf die finanzielle Unterstützung im Rahmen der EU-Strukturpolitik angewiesen. Jedoch sollen die Ergebnisse auch auf andere vergleichbar strukturierte Regionen übertragbar sein.
- Der Bereich des Tourismus ist als Untersuchungsgegenstand aus mehreren Gründen besonders geeignet: Zum einen war die Tourismusförderung ein zentraler Schwerpunkt der EU-Förderprogramme in der Programmplanungsperiode 2000 bis 2006. Zum anderen ist die Förderung des Tourismus in der Westpfalz ein wesentliches Ziel der kommunalen und regionalen Entwicklung. Weiterhin ist der Tourismus häufig eines der wenigen endogenen Entwicklungspotenziale von ländlichen strukturschwachen Regionen, was zu einer besseren Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Regionen beiträgt. Zudem haben touristische Projekte meist einen Mehrwert über den Tourismus hinaus.

Zu diesem Zweck werden zunächst die einzelnen EU-Förderprogramme in der Programmperiode 2000 bis 2006 sowie die von der EU finanzierten regionalen touristischen Leitprojekte im Hinblick auf ihre Bedeutung für den Tourismus in der Westpfalz analysiert. Dabei soll nachgewiesen werden, dass die EU-Strukturpolitik auf unterschiedliche Weise direkt oder indirekt die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz beeinflusst und somit wesentliche Impulse zur Förderung der touristischen Entwicklung der Region gibt. Letztlich soll diese Dissertation damit auch einen Beitrag dazu leisten, das so genannte Kausalitätsproblem, d.h. die Schwierigkeiten bei der Zuordnung von Ursache und Wirkung bei der Erfassung der Wirkungen bzw. des Einflusses der europäischen Strukturpolitik, zu überwinden.

Weiterhin sollen im Rahmen dieser Arbeit vorhandene Probleme und Defizite bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Bereich des Tourismus in der Westpfalz erfasst werden, um anschließend am Beispiel dieser Region konzeptionelle Ansätze zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen entwickeln zu können. Dabei handelt es sich um Ansätze zur Überwindung der vorhandenen Defizite und Probleme bei der Umsetzung, ferner um Ansätze zur

Effizienzsteigerung sowie Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik in inhaltlicher bzw. institutionell-organisatorischer Hinsicht.

In diesem Zusammenhang lassen sich folgende zentrale forschungsleitende Fragestellungen formulieren:

### **Grundlagenteil**

- Wie gestaltet sich der Forschungsstand in dieser Thematik ?
- Welche Bedeutung hat die EU-Strukturpolitik für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen ?

### **Analyseteil**

- Welcher Zusammenhang besteht zwischen der EU-Strukturpolitik und der Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz ?
- Was sind die wesentlichen Ziele und Entwicklungspotenziale des Tourismus in der Westpfalz ? Welchen Beitrag leistet die EU-Strukturpolitik bei der Erreichung dieser Ziele und bei der Nutzung der vorhandenen Potenziale ?
- Welche Förderprogramme werden seitens der EU initiiert zur Förderung des Tourismus in der Westpfalz ? Welche Bedeutung haben diese Förderprogramme für die touristische Entwicklung der Westpfalz ?

Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen diesen verschiedenen Förderprogrammen ? Werden Synergien gefördert ?

- Inwieweit beeinflusst die EU-Strukturpolitik vorhandene Disparitäten innerhalb des touristischen Angebotes in der Westpfalz ?
- Welche konkreten Projekte werden infolge der EU-Förderprogramme im Untersuchungsraum zur Förderung des Tourismus umgesetzt ?

Werden durch diese Projekte die in den Förderprogrammen angestrebten Ziele und Schwerpunkte letztlich auch in der Praxis erreicht ?

- Wie bewerten die regionalen Akteure den Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz ?

### **Handlungsorientierter Teil**

- Wie können vorhandene Probleme und Defizite bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Bereich des Tourismus in der Region Westpfalz überwunden werden ?
- Welche Möglichkeiten gibt es die Effizienz der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen zu erhöhen ?
- Wie sollte die Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Region Westpfalz künftig in inhaltlicher und institutionell-organisatorischer Hinsicht gestaltet werden ?

### **III. Vorgehensweise und Methodik**

#### **1. Vorgehensweise**

Die Dissertation lässt sich in drei zentrale Teile gliedern. Nach der Einführung in die Thematik und dem Aufzeigen der methodisch-konzeptionellen Grundlagen wird anhand einer Literaturanalyse bzw. Internetrecherche der aktuelle Forschungsstand erfasst, sowie der Beitrag dieser Dissertation zur Forschung festgestellt. Diesem Einführungsteil folgt der Analyseteil in dem der Zusammenhang zwischen der EU-Strukturpolitik und der Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz aufgezeigt werden soll. Der analytische Teil dieser Arbeit setzt sich dabei zunächst mit den Grundlagen der EU-Strukturpolitik und ihrer Bedeutung für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen auseinander. Es werden zu diesem Zweck die wesentlichen Ziele, Prinzipien und Instrumente der EU-Strukturpolitik vorgestellt, sowie hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen bewertet. Darauf folgt die eigentliche Analyse des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen, wobei dies am Beispiel des Tourismus in der Region Westpfalz dargestellt werden soll. Der Einfluss der EU-Strukturpolitik wird hierbei in mehreren aufeinander aufbauenden Analyseschritten erfasst und bewertet.

Zunächst muss sich jedoch, um den Einfluss der EU-Strukturpolitik abschließend bewerten zu können, mit der Ausgangssituation des Tourismus in der Westpfalz beschäftigt werden. Wobei an dieser Stelle das touristische Profil der Region sowie vorhandene Konzeptionen, Ziele und Entwicklungspotenziale und -hemmnisse im Vordergrund stehen. Danach soll die Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum analysiert werden. Es wird dabei aufgezeigt, welche Programme im Rahmen der EU-Strukturpolitik zur Förderung der Region Westpfalz initiiert werden, um anschließend ihre Bedeutung für die Entwicklung des Tourismus zu bewerten. Der Schwerpunkt der Untersuchung soll dabei auf die vergangene Förderperiode 2000 bis 2006 gelegt werden, darüber hinaus wird ergänzend ein Ausblick auf die aktuelle Programmplanungsperiode 2007 bis 2013 gegeben, um insbesondere die Konsequenzen aus den zahlreichen Neuerungen für die Entwicklung der Westpfalz zu verdeutlichen.

Im Rahmen dieser Analysen wird aufgezeigt, welche Bedeutung die einzelnen Vorgaben, Entwicklungsziele, Förderschwerpunkte und Maßnahmen in den Programmen direkt oder indirekt für die Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz haben. Den Schwerpunkt bilden dabei aufgrund ihrer besonderen Relevanz für ländliche strukturschwache Regionen die Programme im Rahmen von EFRE („Ziel-2-Programm Rheinland-Pfalz“) und LEADER („LEADER+-Programm Rheinland-Pfalz“). Darüber hinaus soll auch die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes im Rahmen des EAGFL Berücksichtigung finden ebenso wie die Gemeinschaftsinitiative INTERREG aufgrund ihrer Bedeutung für den Teilraum Südwestpfalz. Anschließend werden die Ergebnisse dieser Analysen mit den zentralen Erkenntnissen aus der Evaluation der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum verglichen und bewertet. Wobei an dieser Stelle diejenigen Erkenntnisse im Vordergrund stehen sollen, welche Rückschlüsse auf den Einfluss der EU-Strukturpolitik bei der Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz zulassen. Danach wird im darauf folgenden Analyseschritt die Bedeutung der von der EU finanzierten regionalen Leitprojekte für den Tourismus in der Westpfalz untersucht. Zu diesem Zweck werden drei touristische Leitprojekte ausgewählt, die im Rahmen der EU-Strukturpolitik in den letzten Jahren in der Region Westpfalz realisiert wurden. Es handelt sich hierbei um die Projekte „Touristische Nutzung der Glantalschienenstrecke durch Fahrraddraisinen“ sowie „Mountainbikepark Pfälzerwald“ und „Biosphärenhaus Pfälzerwald / Nordvogesen“.

In diesem Zusammenhang wurde bewusst sowohl ein Projekt in einem touristischen Randgebiet der Westpfalz (Landkreis Kusel), als auch zwei Projekte im Pfälzerwald als dem touristischen Zentrum der Region ausgewählt, so dass Erkenntnisse im Hinblick darauf gewonnen werden können, ob sich die EU-Strukturpolitik unterschiedlich auf touristische Randgebiete bzw. den touristischen Schwerpunkt der Westpfalz auswirkt. Dabei werden im Rahmen dieser Analysen jeweils sowohl quantitative Aspekte als auch qualitative Aspekte Beachtung finden. Diese drei Leitprojekte werden dabei jeweils im Rahmen eines Projektprofils vorgestellt, um anschließend bezüglich ihrer Ziele und Besonderheiten in den touristischen Gesamtkontext der Region eingeordnet zu werden. Danach wird ihre Bedeutung für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz analysiert, und die Rolle der EU-Strukturpolitik bei Entwicklung und Umsetzung der einzelnen Projekte bewertet.

Darauffolgend wird in einem weiteren Analyseschritt die Einschätzung und Bewertung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz aus Sicht der regionalen Akteure untersucht. Diese Erhebungen sollen insbesondere dazu dienen, den Ursache-Wirkungs-Zusammenhang zwischen EU-Strukturpolitik und der Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz empirisch zu belegen, so dass darauffolgend der Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz dann abschließend und zusammenfassend bewertet werden kann. Ein weiterer Schwerpunkt dieser empirischen Erhebungen wird ferner die Erfassung von Problemen, Defiziten und Schwierigkeiten bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Bereich des Tourismus sein. Weiterhin sollen Einschätzungen und Empfehlungen seitens der Experten bezüglich einer Weiterentwicklung der europäischen Strukturpolitik sowohl in inhaltlicher als auch organisatorischer Hinsicht gewonnen werden.

Aufbauend auf den Ergebnissen des Analyseteils beschließt der handlungsorientierte Konzeptteil die Dissertation. Wobei in diesem konzeptionellen Teil am Beispiel der Region Westpfalz Ansätze zur Weiterentwicklung der europäischen Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen aufgezeigt werden sollen. Dabei werden zunächst Handlungsempfehlungen zur Überwindung der erfassten Probleme und Defizite bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Bereich des Tourismus entwickelt. Weiterhin sollen Ansätze zur Effizienzsteigerung der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen formuliert werden. Am Beispiel des Untersuchungsraumes soll dabei unter anderem dargestellt werden, welche Möglichkeiten zur Vereinfachung und einer stärkeren Regionalisierung innerhalb der europäischen Strukturpolitik bestehen. Ebenso soll diskutiert werden, welche Optimierungspotenziale im Bereich der Organisation und Verwaltung der EU-Strukturfonds in der Region Westpfalz vorhanden sind. Des Weiteren werden in diesem konzeptionellen Teil Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik in der Region Westpfalz entwickelt: So soll unter anderem aufgezeigt werden, welche Schwerpunkte und Maßnahmen künftig in den operationellen Programmen des Untersuchungsraumes im Vordergrund stehen sollten: Ist in Zukunft weiterhin eine starke Konzentration auf den Bereich des Tourismus sinnvoll oder sollten künftig andere Schwerpunkte im Vordergrund stehen.

Auch die Frage nach der künftigen organisatorisch-institutionellen Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Westpfalz soll in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden: Soll die Umsetzung und Verwaltung der Strukturfonds weiterhin stark an den bestehenden Verwaltungsstrukturen und bestehenden Förderprogrammen orientiert sein, oder sollen in Zukunft neue Organisationsstrukturen in Betracht gezogen werden. Im Rahmen des konzeptionellen Teiles der Dissertation werden zunächst verschiedene Handlungsfelder festgelegt, die anschließend durch Handlungsempfehlungen und Maßnahmenvorschläge konkretisiert werden sollen.

Wobei diese in erster Linie an die regionalen Akteure (Akteure auf Landesebene und auf Ebene der Region Westpfalz) adressiert sein werden. Abschließend sollen in einer Gesamtbetrachtung die wesentlichen Ergebnisse und Erkenntnisse im Sinne einer zusammenfassenden Bewertung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen dargestellt werden. Weiterhin steht in dieser Gesamtbetrachtung die Übertragbarkeit der gewonnenen Erkenntnisse auch auf andere ähnlich strukturierte Regionen im Vordergrund. Ein Ausblick auf die künftigen Herausforderungen der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen sowie das Aufzeigen von bestehenden Forschungslücken bzw. dem weiteren Forschungsbedarf innerhalb dieser Thematik beschließt die Dissertation.

## **2. Methodisch-konzeptionelle Grundlagen**

Der Begriff „Methode“ stammt ursprünglich aus dem Griechischen und besteht aus den beiden Wortsilben „metá“ (hinterher, nach usw.) und „hódos“ (Weg, Gang), sodass „Methode“ letztlich mit „Nachgehen, Verfolgen oder Wegebnung“ übersetzt werden kann. Methodik ist demzufolge die „Lehre der Vorgehensweisen.“ Daher werden im allgemeinen Sprachgebrauch unter Methoden „geregelt Verfahrenswesen zum planmäßigen Erreichen eines Zieles“<sup>13</sup> verstanden. Als Ziele sind in diesem Zusammenhang vor allem die Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse oder praktischer Ergebnisse zu verstehen.

Methoden im Bereich der Regionalentwicklung können zunächst grundsätzlich nach ihrer Vorgehensweise unterscheiden werden. Diese kann entweder qualitativ oder quantitativ ausgerichtet sein. In Bezug auf den Untersuchungsgegenstand dieser Dissertation (EU-Strukturpolitik) kann zudem hinsichtlich der Vorgehensweise bzw. der Untersuchungsperspektive eine weitere Unterscheidung getroffen werden: So können Methoden zur Erfassung des Einfluss bzw. von Wirkungen der EU-Strukturpolitik auf die regionale Entwicklung gesamtwirtschaftlich oder einzelwirtschaftlich orientiert sein. Dabei werden Methoden innerhalb der Regionalentwicklung insbesondere zur Gestaltung von Planungsprozessen (z.B. beim Bau von Infrastrukturanlagen) sowie zur Bewertung von planerischen Maßnahmen oder zur Analyse der Wirkungen von Fachplanungen und Politikbereichen angewandt.

Im Folgenden werden nun diese beiden grundlegenden methodischen Ansätze bezüglich ihrer Vor- und Nachteile, ihrer Restriktionen sowie der daraus resultierenden Eignung im Hinblick auf die spezifische Zielsetzung dieser Dissertation gegenübergestellt und bewertet. Wobei unter Berücksichtigung des aktuellen Forschungsstandes hierbei bestimmte Bewertungskriterien angewandt werden: Dabei sollen neben den generellen Anforderungen an wissenschaftliche Methoden, v.a. auch individuelle Bewertungskriterien im Hinblick auf die spezifische Zielsetzung dieser Dissertation herangezogen werden.

---

<sup>13</sup> Vgl. Scholl, Bernd (2011): Methoden, Einordnung sowie Denkmuster für Einsatz und Umgang in der Raumplanung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung, Hannover, S. 281.

## 2.1 Kriterien für die Auswahl und den Einsatz von Methoden in der Raumplanung

SCHOLL (2011) beschreibt als wesentliche und grundlegende Anforderungen an zweckmäßige Methoden, u.a.: „Umgang mit Unsicherheit, Risiko und Überraschung“, „Umgang mit der Zeit“, „stets begrenzte Ressourcen“, „Abstraktion und Konkretisierung“, „Robustheit von Entscheidungen, „Strategie und Taktik“ sowie „Unterscheidung von Aufgabentypen“.

Darüber hinaus müssen wissenschaftliche Methoden vor diesem Hintergrund zunächst insbesondere dem Anspruch der Validität genügen. Validität beschreibt dabei die Genauigkeit, mit der der beabsichtigte empirische Sachverhalt (im Falle der vorliegenden Dissertation also die Erfassung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Tourismusentwicklung in der Westpfalz) durch die gewählte methodische Vorgehensweise abgebildet werden kann. Ebenso sollen sich in diesem Zusammenhang in den Werturteilen die „Inhalte und Prioritäten des zugrunde gelegten Zielsystems widerspiegeln.“

Neben der Validität gilt auch die Reliabilität als wichtige Anforderung zur Bewertung der Eignung von Methoden für die räumliche Planung. Reliabilität fordert hierbei, dass „ein wiederholter Durchlauf der Methode unter gleichen Rahmenbedingungen zu gleichen Ergebnissen führen muss.“<sup>14</sup> Ebenso deren Operationalisierbarkeit, im Sinne einer quantitativen Messbarkeit, sowie letztlich auch die größtmögliche Objektivität bzw. Intersubjektivität der erzielten Ergebnisse. Dies beinhaltet, dass gemäß FÜRST / SCHOLLES „nach der Festlegung von Zielsystem und Bewertungsregeln die Ergebnisse von der Person des Anwenders unabhängig sein sollen.“

Über die Qualität der zu erreichenden Ergebnisse hinaus werden die beiden grundlegenden Alternativen qualitative und quantitative Methoden im weiteren Verlauf dieser methodisch-konzeptionellen Grundlagen des Weiteren zusätzlich nun auch bezüglich ihrer Vorgehensweise gegenübergestellt und bewertet. Dabei bilden v.a. die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Vorgehensweise zur Erreichung der Analyse- und Bewertungsergebnisse wichtige Beurteilungsgrundlagen hinsichtlich der Eignung von anwendbaren Methoden im Rahmen dieser Dissertation. Dies bedeutet, dass der Ablauf der Bewertung für Entscheidungsträger und Öffentlichkeit durchschaubar sowie nachvollziehbar sein soll.

Weitere Kriterien zur Bewertung der Eignung von Methoden in der räumlichen Planung stellen darüber hinaus die Trennung von Sach- und Wertelementen dar, wobei die Werturteile sich „auf ein explizites Ziel- oder Wertesystem beziehen sollen,“ so dass „indikative und normative Aussagen, so weit wie möglich unterschieden werden können.“<sup>15</sup> Ebenso die sog. „Strukturkonsistenz“, die beinhaltet, dass die Bewertungsstruktur formal konsistent sein soll und „zu einer konsistenten Ordnung der zu bewertenden Alternativen führen“<sup>16</sup> soll.

Neben diesen von der Wissenschaft vorgegebenen generellen Kriterien und Ansprüchen an eine geeignete methodische Vorgehensweise, wurden gemäß der individuellen, spezifischen Zielsetzung dieser Dissertation weitere Bewertungskriterien für einen geeigneten methodisch-konzeptionellen Ansatz formuliert.

---

<sup>14</sup> Vgl. Scholles, Frank (2005): Bewertungs- und Entscheidungsmethoden, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, S. 103 f.

<sup>15</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>16</sup> Vgl. Ebenda.

Dazu zählen die Möglichkeit der Beteiligung bzw. Integration von Bewertungen und Einschätzungen der regionalen Akteure, Experten und Entscheidungsträgern in den Analyseprozess, sowie den methodischen und konzeptionellen Beitrag der verschiedenen methodischen Ansätze zu aktuellen wissenschaftlichen Fragestellungen, Restriktionen und Herausforderungen im Themenbereich Erfassung und Bewertung von Wirkungen der EU-Strukturpolitik auf die regionale Entwicklung.

Ein weiteres wichtiges Kriterium zur Bestimmung der zur Erreichung der Zielsetzung geeigneten Methodik bildet ferner in diesem Zusammenhang der vorhersehbare forschungsökonomische Aufwand. Hierbei soll insbesondere das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag Berücksichtigung finden: Der voraussichtliche Aufwand zur Erhebung der für die Analysen notwendigen Datengrundlage, sowie deren Qualität und Aussagekraft als Ergebnis der wissenschaftlichen Erhebung. Damit soll letztlich die Effizienz der einzelnen methodischen Optionen in Bezug auf das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag bewertet werden. Schließlich stellt die Flexibilität der einzelnen methodischen Ansätze vor diesem Hintergrund ein zusätzliches Bewertungskriterium dar.

Auf diese Weise wird untersucht, inwieweit die einzelnen methodischen Alternativen geeignet sind, der spezifischen, individuellen Zielsetzung der Arbeit gerecht zu werden. Diese spezifische Zielsetzung zeichnet sich dadurch aus, dass zum einen unterschiedliche Untersuchungsgegenstände behandelt werden (Programmebene und Projektebene), zum anderen auch unterschiedliche zeitliche Horizonte (Ex-post in Bezug auf die Förderperiode 2000 bis 2006 sowie prozessbegleitend in Bezug auf die aktuelle Förderperiode 2007 bis 2013) miteinbezogen werden. Schließlich zeichnet sich die Zielsetzung dadurch aus, dass diese Dissertation sowohl einen analytischen als auch einen konzeptionellen Anspruch aufweist. Eine für diese spezifische Zielsetzung geeignete wissenschaftliche Methode muss in der Folge diesen verschiedenen Ansprüchen genügen, d.h. sie muss letztlich fallbezogen, individuell konzipiert werden.

Zusammenfassend werden demzufolge „Maximen für Auswahl und Einsatz von Methoden“ sichtbar. Ziel ist hierbei ein „komplexes Problemlösen“, welches „auf der Verfügbarkeit von Planungsmethoden und -heuristiken“ beruht, die „kontextabhängig aktiviert werden müssen“ (WETH 2011). SCHOLL stellt in diesem Zusammenhang sieben Handlungsmaximen für die Auswahl einer geeigneten Methode fest, zu diesen zählen: „Probleme zuerst“, dabei geht es um die Frage, was der Kern, der zu lösenden Aufgaben ist. Ferner sollte der Aufgabentyp geklärt werden, dies bedeutet, Auswahl und Einsatz von Methoden sollen „situativ auf die zu lösenden Aufgaben gerichtet werden.“

Eine weitere Maxime bei der Methodenauswahl lautet, „Risiken beachten“, da letztlich alle Entscheidungen in der Raumplanung unter Risiko getroffen werden, da „keine Gewissheit über die Umstände“ und demzufolge auch nicht „über das Eintreffen erwünschter Wirkungen von Optionen“ herrscht. Nach Ansicht von SCHOLL ist die kardinale Maxime „nichts wichtiges vergessen“. Hierbei wird gefordert, „alle verfügbaren Informationen, die zur Entscheidungsfindung benötigt werden“ wie etwa Optionen, Umstände und Wirkungen zu berücksichtigen. Neben dieser sog. kardinalen Maxime gilt des Weiteren auch eine „Sparsmaxime“, die SCHOLL als „Aufwand begrenzen“ beschreibt. In diesem Zusammenhang wird letztlich gefordert, zu überprüfen, „ob der zu leistende Aufwand bei ihrem Einsatz im Verhältnis zum erwarteten Ertrag steht.“

Schließlich werden die beiden finalen Maximen mit „Komplexität reduzieren“ und „Klarheit im Argumentieren“ charakterisiert. Damit wird gefordert, „einfache und rasch einsetzbare Methoden“, die „unterschiedliche Sichtweisen fördern“ gegenüber „komplizierten, nur von wenigen Spezialisten durchschaubaren Methoden“ bei der Methodenwahl zu bevorzugen.

Durch „Klarheit im Argumentieren“ soll ferner die Wahl einer bestimmten Option begründet werden, indem die Argumente genannt werden die für diese Wahl sprechen, „ohne die damit verknüpften Risiken zu unterschätzen“, ebenso sollten in diesem Zusammenhang erläutert werden warum andere Optionen nicht gewählt wurden.

Diese Argumentation soll nun in den folgenden Abschnitten speziell für die vorliegende Arbeit durchgeführt werden, in dem die beiden grundlegend denkbaren methodischen Optionen vorgestellt und anhand der vorab beschriebenen Kriterien hinsichtlich ihrer Eignung für den Untersuchungsgegenstand dieser Dissertation bewertet werden. Bei diesen beiden methodischen Alternativen handelt es sich einerseits um quantitativ ausgerichtete Wirkungsanalysen, sowie Kosten-Nutzen- und Nutzwertanalysen, sowie andererseits um die qualitativ ausgerichtete Methodik der Evaluation. Anschließend wird ein zur Erreichung der Zielsetzung geeigneter methodischer Ansatz ausgewählt und begründet sowie dementsprechend im weiteren Verlauf dieser Dissertation als konzeptioneller Ansatz angewandt.

## **2.2 Diskussion und Bewertung von methodischen Ansätzen zur Erfassung von Wirkungen der EU-Strukturpolitik auf die Regionalentwicklung**

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Methoden entwickelt um die Wirkungen der EU-Strukturpolitik erfassen zu können. Die Analyse von Erfolg bzw. Wirksamkeit der Europäischen Förderpolitik kann dabei wie bereits erwähnt, sowohl in quantitativer (Wirkungsanalyse, Kosten-Nutzen-Analyse, Nutzwertanalyse), als auch in qualitativer (Evaluation) Form erfolgen (vgl. hierzu auch Tab. 1), sowie als zweitem zentralen Unterscheidungskriterium „auf verschiedenen Stufen“ und dabei sowohl aus „gesamtwirtschaftlicher wie aus einzelwirtschaftlicher Perspektive“ vorgenommen werden. Dabei handelt es sich zum einen um den mikroökonomischen Ansatz, zum anderen um den makroökonomischen Ansatz. Der mikro- bzw. mesoökonomische Ansatz ist „bottom-up“ ausgerichtet und umfasst „Techniken zur Analyse der Wirkungen einzelner Projekte oder Maßnahmen“. Zu den mikroökonomischen und quantitativ ausgerichteten Ansätzen zählt hierbei zunächst die Kosten-Nutzen-Analyse. Dieser methodische Ansatz ist „zur Beurteilung einzelner Projekte oder Maßnahmen geeignet.“

In Deutschland sind Kosten-Nutzen-Untersuchungen bei öffentlichen Maßnahmen rechtlich vorgeschrieben. Zentrales Ziel bei der Durchführung von Kosten-Nutzen-Analysen ist dabei die Bewertung der wirtschaftlichen Ergiebigkeit von öffentlichen Vorhaben. In der Praxis soll eine Kosten-Nutzen-Analyse in der Regel im Wesentlichen folgende Schritte umfassen: Die Formulierung der Projektalternativen und der zu beachtenden Restriktionen, Bestimmung und Bewertung der Projektwirkungen, zeitliche Homogenisierung der Nutzen und Kosten sowie schließlich die Auswahl eines Entscheidungskriteriums und Erstellung einer Rangfolge.<sup>17</sup> Im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse sollen dabei „alle voraussichtlich anfallenden Kosten und Nutzen monetär ausgedrückt, jeweils addiert und ins Verhältnis (Nutzen-Kosten-Verhältnis) gesetzt werden.

---

<sup>17</sup> Vgl. Hanusch, Horst; Kuhn, Thomas (1995): Kosten-Nutzen-Untersuchungen, in: ARL (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 557.

Darüber hinaus werden nicht monetarisierbare, sog. „intangible“ Kosten und Nutzen verbal beschrieben.<sup>18</sup> Dabei können wie erwähnt auch unterschiedliche Entscheidungsalternativen untersucht werden und letztlich durch die Prüfung, „ob sich ein Vorhaben „rechnet“, d.h. der beabsichtigte (finanzielle) Nutzen eines Vorhabens höher als seine Kosten ist“ der Nachweis eines effizienten Einsatzes öffentlicher Mittel ermöglicht werden.<sup>19</sup>

Eng verwandt mit der Kosten-Nutzen-Analyse ist die sog. „Kosten-Wirksamkeits-Analyse“. Hierbei werden auf der Kostenseite ebenso wie im Rahmen der Kosten-Nutzen-Analyse „monetäre Einheiten“ verwendet, jedoch liegt dieser Bewertung „nicht mehr die universalen Ziele der sozialen Wohlfahrt“, sondern überwiegend „projektspezifische Ziele“ zugrunde. Auf der anderen Seite, der Nutzenseite, werden dagegen die Projektwirkungen „in ihren projektspezifischen Einheiten erfasst und ohne Umrechnung in Geldeinheiten der Kostenseite gegenübergestellt.“ Hierdurch konnten nun „nicht monetarisierbare, intangible Effekte“ (z.B. die Umweltfolgen) „wesentlich besser erfasst werden“, dennoch ergeben sich bei dieser Vorgehensweise konzeptionelle Schwächen, da nun „die Bildung eines Kosten-Nutzen-Quotienten“ und damit einer „quantitativ hergeleiteten, eindeutigen Projektpreferenz“ nicht mehr möglich ist.<sup>20</sup>

Aufgrund dessen sowie infolge der zunehmenden Bedeutung von ökologischen und sozialen Aspekten, wurde schließlich als „ingenieurwissenschaftliche Antwort“ auf die rein ökonomisch ausgerichtete Kosten-Nutzen-Analyse die sog. „Nutzwertanalyse“ entwickelt. Bei dieser methodischen Weiterentwicklung sind „monetäre Kriterien nicht mehr erforderlich“ und dennoch kann „eine eindeutige, quantitative Projektpreferenz erzielt werden.“<sup>21</sup> Daher wurde innerhalb dieser Methodik „anstelle der monetären Dimension“, ein Referenzsystem als Zielsystem eingeführt, „das im Grunde alle Aspekte (ökonomische, städtebauliche, soziale und ökologische) umfassen kann. Ziel von Nutzwertanalysen ist damit die Erfassung des Gesamtnutzens eines Projektes, sowie die „Ordnung von Alternativen nach Präferenzen des Entscheidungsträgers.“

Dabei werden Nutzwertanalysen sowohl von öffentlichen als auch von privaten Projektträgern angewandt. Nutzwertanalysen wurden in den letzten Jahren aus methodischer Sicht stetig weiterentwickelt, so entstanden neben den Nutzwertanalysen der ersten Generation, „die noch stark quantitativ orientiert waren“, und wo die Bewertung „auf höchstem (kardinalen) Skalenniveau“<sup>22</sup> erfolgte, u.a. Nutzwertanalysen der 2. Generation sowie vereinfachte Nutzwertanalysen. Im Rahmen von Nutzwertanalysen der 2. Generation wurden hierbei neben dem Verzicht auf eine „mechanische Addition der Teilnutzwerte“<sup>23</sup>, u.a. auch sog. „Tabu-Kriterien“ eingeführt wurden, „um inakzeptable Alternativen“ auszuschneiden, ebenso ersetzt die ordinale Nutzenschätzung die kardinale.<sup>24</sup>

---

<sup>18</sup> Vgl. Scholles, Frank (2005): a.a.O., S. 101.

<sup>19</sup> Vgl. Jacoby, Christian; Kistenmacher, Hans (1998): Bewertungs- und Entscheidungsmethoden, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Methoden und Instrumente räumlicher Planung, Hannover, S. 151 f.

<sup>20</sup> Vgl. Ebenda, S. 152.

<sup>21</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>22</sup> Vgl. Diller, Christian (2004): Bewertung als Prozess – Funktionen von Projektevaluierungen für Regional Governances, in: Raumplanung Nr. 112, S. 8.

<sup>23</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>24</sup> Vgl. Scholles, Frank (2005): a.a.O., S. 101 f.

Vereinfachte Nutzwertanalysen sind durch eine leichtere Handhabbarkeit in der Praxis geprägt und dementsprechend auch für Laien besser nachvollziehbar.

Weitere quantitativ orientierte methodische Optionen zur Erfassung von Wirkungen der EU-Strukturpolitik auf die Regionalentwicklung sind in sog. „Wirkungsanalysen ex-ante“ bzw. „Wirkungsprognosen“ zu sehen. Diese sind als Sammelbegriffe für eine ganze Reihe von primär quantifizierenden Techniken anzusehen, welche „sich räumlich differenzierend mit der Zukunft beschäftigen.“<sup>25</sup> Mit Hilfe dieser Methodenansätze wie etwa analytische oder explorative Ex-ante-Wirkungsanalysen können dabei vor allem die Auswirkungen bestimmter Projekte sichtbar gemacht werden. Wobei im Gegensatz zu Simulationsverfahren, wo bewusst auf eine „intensive Modellierung komplizierter Vorwärts- und Rückwärtskoppelungen gesetzt wird“, stärker auf Einfachheit, Nachvollziehbarkeit und Durchschaubarkeit geachtet werden soll.<sup>26</sup> In diesem Zusammenhang werden hierbei insbesondere die ökologischen Auswirkungen von Projekten und einzelnen Maßnahmen untersucht, bspw. im Rahmen einer ökologischen Wirkungs- und Risikoanalyse oder einer sog. „Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)“. Diese methodischen Ansätze sind dabei besonders geeignet zur Herstellung von kausalen Wirkungsketten („Verursacher – Auswirkungen auf den Raum – Betroffener“).<sup>27</sup>

Alle quantitativen, mikroökonomischen Methoden sind wie dargestellt auf die Erfassung von Wirkungen bzw. die Bewertung der Effizienz von Einzelmaßnahmen ausgerichtet: So wird bspw. im Rahmen einer Kosten-Nutzen- oder Nutzwertanalyse die Vorteilhaftigkeit eines Infrastrukturprojektes, wie etwa der Bau einer Straße oder die Errichtung eines Gewerbegebietes untersucht, und dabei jedoch „die Verflechtung zur Gesamtwirtschaft vernachlässigt.“ Daher ist es in der Folge nicht möglich, durch Addition der Wirkungen einzelner Projekte auf die gesamtwirtschaftliche Bedeutung einer Maßnahme oder des gesamten Programms zu schließen.<sup>28</sup> Als Rechtfertigung für dieses Vorgehen dient in diesem Zusammenhang „der geringe Mitteleinsatz des Einzelprojektes im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft.“<sup>29</sup> Dieser Ansatz ist daher nicht geeignet bspw. den Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung einer Volkswirtschaft zu bestimmen, da mikro- und mesoökonomische Untersuchungen „Teile der Volkswirtschaft ausblenden und lediglich partielle Ergebnisse bezüglich der Wirkungen hervorbringen können“, ist es daher notwendig, „da die Interventionen mit den Europäischen Strukturfonds mit Blick auf die angestrebten Ziele gesamtwirtschaftlich formuliert sind, die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen zu untersuchen.“<sup>30</sup>

Darüber hinaus ist in diesem Zusammenhang festzustellen, dass mit „der Erosion des technokratisch-instrumentellen Planungsverständnisses“ zunehmend auch die quantitativen Bewertungsverfahren in die Kritik gerieten. An dieser Stelle wurde dabei insbesondere kritisiert, dass „die Verdichtung von Informationen zu einer quantitativen Größe zwangsläufig mit einem Informationsverlust“ und damit „einer mangelnden Transparenz der Bewertung zumindest für Außenstehende“ verbunden ist.<sup>31</sup>

---

<sup>25</sup> Vgl. Stiens, Gerhard (1998): Prognosen und Szenarien in der räumlichen Planung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Methoden und Instrumente räumlicher Planung, Hannover, S. 127.

<sup>26</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>27</sup> Vgl. Jacoby, Christian; Kistenmacher, Hans (1998): a.a.O., S. 160.

<sup>28</sup> Vgl. Bradley, John; Untiedt, Gerhard (2007): a.a.O., S. 303.

<sup>29</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>30</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>31</sup> Vgl. Diller, Christian (2004): a.a.O.

Aus diesem Grund gerieten in den 80-er Jahren verstärkt qualitative und makroökonomisch orientierte Bewertungsverfahren in den Fokus. Über diese qualitativen Verfahren lassen sich dabei zunächst „nur wenig generalisierende Aussagen machen“, da diese „meist individuell fallbezogen konzipiert werden müssen.“<sup>32</sup> Solche makroökonomischen Ansätze sind „top-down“ ausgerichtet, wobei diese Ansätze in erster Linie Methoden zur Beurteilung der (kurzfristigen) Wirkungen öffentlicher Aufgabenprogramme enthalten. Ziel ist dabei die Auswirkungen der gesamtwirtschaftlichen Ansätze mit all ihren Wechselwirkungen in einer Volkswirtschaft auf die zentralen Zielvariablen Wachstum und Beschäftigung zu bestimmen. Diese Ansätze sind jedoch nicht in der Lage die Vorteilhaftigkeit einzelner Vorhaben zu bestimmen.<sup>33</sup> Der gegenwärtig bekannteste um am häufigsten in der Raumplanung angewandte makroökonomische Ansatz stellt die im Gegensatz zu Wirkungsanalysen stärker qualitativ orientierte Evaluation (Synonym: Evaluierung) dar.

Die Evaluation, deren methodische Ansätze „im Wesentlichen aus der Betriebswirtschaftslehre“ kommen und die dort vor allem im Instrument des Controllings angewandt wird,<sup>34</sup> kommt dabei v.a. zur Bewertung der Effizienz der EU-Strukturpolitik zum Einsatz. Unter dem „aus dem angelsächsischen übernommenen und eingedeutschten“ Terminus Evaluation werden im weitesten Sinne Analyseverfahren verstanden, die „im Kontext politisch-administrativen Handelns im Kern zwei Aufgaben haben“: Zum einen „die Wirkungen staatlicher Politik und Planung sowie politisch-administrativer und planerischer Instrumente und Aktivitäten empirisch zu identifizieren“, und zum anderen die „analytisch ermittelten Ergebnisse und Informationen in die politische, administrative, planerische und auch gesellschaftliche Praxis zurückzumelden.“ Es lässt sich hieraus eine doppelte Aufgabenstellung für Evaluationen ableiten: Einerseits die Analyse, andererseits die Rückmeldung.<sup>35</sup> Trotz dieses Definitionsansatzes betonen jedoch einige Experten, dass der Evaluationsbegriff immer noch nicht allgemeingültig definiert sei. Eng verbunden mit der Evaluation ist das „Monitoring“, die sog. „laufende Raumb Beobachtung“. Evaluation und Monitoring gewinnen derzeit deutlich an Aktualität innerhalb der Raumforschung und Raumplanung, so bspw. durch „Anforderungen des neueren Planungs- und Umweltrechtes“, „Anforderungen an eine verbesserte Steuerungseffizienz der Raumplanung“ oder auch „Aktivitäten auf EU-Ebene im Bereich der Raumb Beobachtung und räumlichen Informationssysteme.“<sup>36</sup>

Zentrale Aufgabe von Evaluationen ist es, „Planungen, Programme, Projekte, Instrumente und Maßnahmen unter bestimmten Gesichtspunkten wie bspw. Inhalte, Verfahrensweisen, Ergebnisse, Erfolg, Wirksamkeit, Kosten usw. zu bewerten.“<sup>37</sup>

---

<sup>32</sup> Vgl. Diller, Christian (2004): a.a.O.

<sup>33</sup> Vgl. Bradley, John; Untiedt, Gerhard (2007): a.a.O., S. 302.

<sup>34</sup> Vgl. Kistenmacher, Hans (2003): Evaluationen – ein Ansatz zur Weiterentwicklung der neuen Instrumente der Raumordnung, in: Goppel, Konrad et al (Hrsg.): Implementation der Raumordnung – wissenschaftliches Lesebuch für Konrad Goppel, Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Band 15, Augsburg / Kaiserslautern, S. 106.

<sup>35</sup> Vgl. Wollmann, Hellmut (2005): Evaluation, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, 4., neu bearbeitete Auflage, Hannover, S. 274.

<sup>36</sup> Vgl. Jacoby, Christian (2009): Monitoring und Evaluation von Stadt- und Regionalentwicklung. Einführung in Begriffswelt, rechtliche Anforderung, fachliche Herausforderungen und ausgewählte Ansätze, in: Jacoby, Christian (Hrsg.): Monitoring und Evaluation von Stadt- und Regionalentwicklung, Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Nr. 350, Hannover, S. 1 f.

<sup>37</sup> Vgl. Kistenmacher, Hans (2003): a.a.O., S. 106.

Dabei werden in Zusammenhang mit ihren Zielsetzungen und Funktionen mehrere Evaluationsarten in Hinblick auf verschiedene Phasen und unterschiedliche Formen innerhalb von Planungs-, Entscheidungs- und Realisierungsprozessen eingesetzt. Demzufolge werden „Ex-ante- bzw. prognostische“, „prozessbegleitende“ sowie „Ex-post-Evaluationen“ unterschieden. Im Bereich der Raumordnung können mit Hilfe der Evaluation im Einzelnen sehr unterschiedliche Zielsetzungen bzw. Zwecke verfolgt werden: Diese reichen von der Beurteilung der Effizienz von Planungsprozessen, über die Selbsteinschätzung der Leistung von Akteuren (individuelle Rückkopplung) bis hin zu Rechenschaftslegung der verantwortlichen Akteure bezüglich der eingesetzten Planungsressourcen, den Nachweis über den Erfolg der raumordnerischen Aktivitäten sowie der Aufdeckung von Handlungsdefiziten bzw. des Handlungsbedarfs.<sup>38</sup> Von der jeweiligen spezifischen Zielsetzung bzw. Funktion einer Evaluation ausgehend stehen hierbei für die Evaluationsverfahren unterschiedliche Methoden zur Verfügung.

Die Wahl einer Evaluationsmethode hängt in diesem Zusammenhang von den sog. „methodischen Kernfragen“ ab, d.h. „welche (beabsichtigten und unbeabsichtigten) Änderungen des Evaluandums (Planungsgegenstandes) festzustellen sind“, „welche Ziele in welchem Umfang erreicht wurden“ und „welche Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge dabei eine Rolle spielten (Kausalitätsfragen).“<sup>39</sup> Denkbare Methoden sind dabei u.a. Fragebogen, Kriterienkataloge, Interview, Beobachtung (indikatorengestützte Raumbewachung, Umweltbeobachtung), Überwachung (indikatorengestütztes Monitoring), Test, Experiment (z.B. Testplanung), Fokusgruppe (auf ein Thema fokussierte Diskussion in einer moderierten Gruppe), Dokumentenanalyse, Prozessanalyse oder Wirkungsanalyse (z.B. ökologische Wirkungsanalyse).<sup>40</sup> Aus dieser vielfältigen Methodenauswahl zur Durchführung einer Evaluation wird deutlich, dass Evaluationen sowohl eher qualitativ als auch eher quantitativ ausgerichtet sein können. Im Gegensatz zu den vorher beschriebenen Methoden Kosten-Nutzen-Analyse, Nutzwertanalyse sowie Wirkungsanalyse liegt der Durchführung einer Evaluation also kein vorgegebenes Ablaufschema bzw. keine allgemeingültige Vorgehensweise zu Grunde, vielmehr muss gemäß der Zielsetzung und Funktion einer Evaluation eine geeignete methodische Vorgehensweise gewählt werden.

Neben diesen in der Raumplanung am häufigsten angewandten quantitativen und qualitativen Methoden wurden in den letzten Jahren weitere methodische Ansätze, v.a. aus dem Bereich der Regionalökonomie entwickelt bzw. weiterentwickelt, um Wirkungen und Einflüsse der EU-Strukturpolitik auf die Regionalentwicklung erfassen und bewerten zu können. Zu diesen zählen u.a. Input-Output-(IO)-Modelle, Simulations- und Partialmodelle, national und regional ausgerichtete Fallstudien, ebenso ökonometrische Eingleichungs- und Mehrgleichungsmodelle sowie weitere ökonomisch basierte Verfahren (z.B. einfache Regressionsgleichungen) oder der Ansatz zur Modellierung von TREYZ aus dem Jahr 1993, der in jüngster Zeit „um Elemente der Neuen Ökonomischen Geographie ergänzt worden ist.“ Weiterhin Einzelgleichungsmodelle zur Evaluierung der Europäischen Strukturfonds, die „vielfach auf Wachstumsregressionen basieren.“<sup>41</sup>

---

<sup>38</sup> Vgl. Jacoby, Christian (2011): Monitoring, Evaluation und Controlling, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung, Hannover, S. 552 f.

<sup>39</sup> Vgl. Mönnecke (2008); Wollmann (2005) zitiert in: Jacoby, Christian (2011): a.a.O., S. 554.

<sup>40</sup> Vgl. Jacoby, Christian (2011): a.a.O., S. 554 f.

<sup>41</sup> Vgl. Bradley, John; Untiedt, Gerhard (2007): a.a.O., S. 304.

Erst in den vergangenen Jahren wurden schließlich einige vollständig spezifizierte gesamtwirtschaftliche Methoden entwickelt. Wobei ein wesentlicher Vorteil dieser neuen Methoden darin bestand, den Einfluss der Interventionen im Vergleich zu einer Situation evaluieren zu können für die angenommen wird, „dass es keine Politikintervention unter sonst gleichen Bedingungen gegeben hätte“, des Weiteren bestand nun die Möglichkeit zwischen „kurz- und langfristigen Wirkungen der Interventionen“ unterscheiden zu können. Zu diesen Methoden gehörten ursprünglich das sog. „QUEST-Modell“, das entwickelt wurde um Volkswirtschaften der „alten“ EU-Mitgliedstaaten und „ihre Interaktionen mit dem Rest der Welt, insbesondere den USA und Japan zu analysieren“, sowie der „HERMIN-Modellrahmen“, der ursprünglich entwickelt wurde zur Modellierung der Volkswirtschaften der Kohäsionsländer Irland, Portugal, Spanien und Griechenland.<sup>42</sup>

Mittlerweile existiert in diesem Zusammenhang ein System aus 17 makroökonomischen Modellen für sämtliche Konvergenzstaaten der EU. Diese Modelle zeigen dabei jeweils sowohl kurzfristige und als auch langfristige positive Effekte der Strukturfonds in Bezug auf das Wachstum und die Beschäftigung in den im Rahmen der EU-Strukturpolitik unterstützen Volkswirtschaft auf. Aus diesen Ausführungen wird deutlich, dass sich in den letzten 30 Jahren „das Grundarsenal an formalisierbaren und allgemein formulierbaren Bewertungsmethoden zwar kaum nennenswert erweitert.“<sup>43</sup> Jedoch wurden diese Methoden, bspw. im Bereich der Umweltverträglichkeitsprüfungen, zum Teil „erheblich verfeinert und kombiniert“, so dass heute „ein breit differenziertes Spektrum von quantitativen und qualitativen Methoden“ zur Bewertung der Wirksamkeit von Programmen und Projekten zur Verfügung steht, „das maßgeschneidert eingesetzt werden kann.

---

<sup>42</sup> Vgl. Bradley, John; Untiedt, Gerhard (2007): a.a.O., S. 304 f.

<sup>43</sup> Vgl. Diller, Christian (2004): a.a.O.

**Tab. 1: Übersicht gängiger Bewertungsmethoden in der Raumplanung**

	<b>Kosten-Nutzen-Analyse</b>	<b>Nutzwertanalyse</b>	<b>Ökologische Risiko- und Wirkungsanalyse</b>	<b>Verbal-argumentativ (z.B. Evaluation)</b>
<b>Ziel</b>	Bewertung von Projekten nach ihrer Effizienz	Ordnung von Alternativen nach Effektivität	Beurteilung der ökologischen Nutzungsverträglichkeit	Bewertung von Projekten und Plänen aller Art
<b>Anwendungsfeld</b>	Projekte der öffentlichen Hand	Infrastrukturprojekte (öffentliche und private)	Pläne und Projekte	Pläne und Projekte
<b>Normative Basis</b>	Zielsystem	gewichtetes Zielsystem	Fachliche Ziele, Umwelt-Qualitätsziele	Zielvorstellungen, Qualitätsziele
<b>Zuordnungsregel</b>	Monetarisierung	Nutzenfunktionen	Relevanzbaum	Argumentation, Tabellen, Indikatorblätter
<b>Aggregationsregel</b>	Quotient der Summe aller Nutzen und der Summe aller Kosten	Addition der mit den Gewichten multiplizierten Einzelnutzen	Präferenzmatrix (Risikomatrix)	Paarvergleich, Rückstellung, Rangfolge
<b>Ergebnis</b>	Nutzen-Kosten-Verhältnis	Gesamtnutzen, Alternativenreihung	Beeinträchtigungssintensität, Beeinträchtigungsempfindlichkeit, Risiko der Beeinträchtigung	verbale Bewertung, Text oder Tabelle

Entwurf: Eigene Darstellung auf Grundlage von SCHOLLES (2005)

Nach diesem Überblick über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Methodik findet nachfolgend eine Diskussion geeigneter methodischer Optionen zur Erreichung der spezifischen Zielsetzung dieser Dissertation statt (vgl. hierzu auch Tab. 2). Hierbei findet eine Begrenzung auf die traditionell in der Regionalentwicklung angewandten quantitativen (Kosten-Nutzen-Analyse, Nutzwertanalyse und Wirkungsanalyse) und qualitativen methodischen Instrumente (Evaluation) statt. Im Folgenden werden dabei nun beide methodischen Ansätze (qualitativer und quantitativer Ansatz) gegenübergestellt und anhand der beschriebenen Bewertungskriterien hinsichtlich ihrer Eignung, Anwendbarkeit, Restriktionen sowie konzeptioneller Stärken und Schwächen im Hinblick auf den spezifischen Untersuchungsgegenstandes dieser Dissertation (Erfassung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz) bewertet. Anhand der aufgezeigten „Maximen“ zur Auswahl einer geeigneten Methode wird anschließend aus den vorhandenen Optionen ein konzeptioneller Ansatz ausgewählt und dessen Wahl begründet.

Die erste denkbare methodische Option zur Erfassung der Wirkungen bzw. des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Tourismusentwicklung in der Region Westpfalz stellt hierbei eine quantitativ orientierte Vorgehensweise, bspw. im Rahmen einer Kosten-Nutzen-, einer Nutzwert oder einer Wirkungsanalyse dar. Gemäß den vorab beschriebenen Bewertungskriterien ergeben sich hierbei spezifische Vor- und Nachteile, sowie bestimmte methodische Restriktionen und Herausforderungen. Eine solche Vorgehensweise ist vor allem geeignet, die Auswirkungen von einzelnen Projekten darzustellen. Dabei können insbesondere Kosten und Nutzen gegenübergestellt werden und somit letztlich die Effizienz eines Projektes bewertet werden. Ebenso können auf diese Weise verschiedene Wirkungen eines Projektes auf bestimmte Bereiche der regionalen Entwicklung sichtbar gemacht werden. Dies gilt vor allem für die ökologischen Auswirkungen einzelner Projekte oder Maßnahmen, etwa im Rahmen einer ökologischen Wirkungs- und Risikoanalyse sowie einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Auch im Bereich des Tourismus lassen sich auf diese Weise Wirkungen von Projekten untersuchen. So etwa in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand der Dissertation die Erfassung der Wirkungen bzw. die Bewertung der Effizienz von im Rahmen der EU-Strukturpolitik finanzierten regionalen touristischen Leitprojekte (z.B.: „Draisinenstrecke im Glantal“, „Mountainbikepark Pfälzerwald“).

Durch eine solche quantitative Vorgehensweise wird demzufolge die Herstellung von kausalen Wirkungszusammenhängen möglich, sog. „Wirkungsketten“. Somit entsteht letztlich der wesentliche Vorzug einer quantitativen Vorgehensweise gegenüber einer stärker qualitativ, verbal-argumentativ orientierten Vorgehensweise, wie bspw. die Evaluation. Ferner wird durch quantitativ-statistisch geprägte Methoden eine Validität der Ergebnisse gewährleistet, ebenso ist eine Objektivität und Reliabilität (Zuverlässigkeit) gegeben. Demgegenüber sind jedoch eine Reihe von methodischen Restriktionen und Schwächen festzustellen. Dazu zählen in erster Linie der Mangel an quantifizierbaren Indikatoren und häufig wenig konkrete Zielformulierungen in der Regionalentwicklung. Gerade im Tourismusbereich spielen neben quantifizierbaren Indikatoren wie bspw. Gäste-, Übernachtungs- und Besucherzahlen, sowie Zahl der Übernachtungsbetriebe oder Anteil der im Tourismus- und Dienstleistungssektor beschäftigten weitere nicht bzw. kaum quantifizierbare Aspekte und Kriterien wie Kooperation, Vernetzung, Nutzung der endogenen Potenziale, Identifikation und Image einer Tourismusregion eine zunehmend bedeutende Rolle. Solche Wirkungen und Einflüsse lassen sich dementsprechend im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse, wo nahezu alle Aspekte (direkter und indirekter Nutzen, sozialer Nutzen, feste Kosten, variable Kosten und soziale Kosten) quantifiziert werden müssen, nicht ausreichend erfassen.

Darüber hinaus wird alles was nicht quantifizierbar ist als „intangible“ Effekte verbal beschrieben, da eine Monetarisierung dieser „intangiblen“ Effekte ein nahezu unüberwindbares Problem darstellt. Insgesamt bleibt hierbei festzustellen, dass sich die Kosten spezifischer Projekte problemlos erfassen lassen, deren Nutzen jedoch nur bedingt. So können Nutzeffekte in vielen Fällen „nicht oder nur sehr aufwendig monetarisiert werden, nach DILLER geraten in der Folge „Exaktheitsgrad von Input- und Outputseite in Asymmetrie zueinander.“<sup>44</sup>

---

<sup>44</sup> Vgl. Diller, Christian (2004): a.a.O.

Aufgrund der bei Kosten-Nutzen-Analysen vorherrschenden Dominanz wirtschaftlicher, monetarisierbarer Aspekte wäre für den Tourismusbereich daher eher die Anwendung einer Nutzwertanalyse zu bevorzugen, da hier nicht nur rein ökonomische Aspekte, sondern vielmehr auch die für Tourismus zunehmenden bedeutenden ökologischen (z.B. Wirkungen von Tourismusprojekten auf Natur und Landschaft, Konflikte zwischen Tourismus und Naturschutz) und sozialen Aspekte (z.B. Wirkungen von Tourismusprojekten auf Kooperation, Vernetzung und Identifikation innerhalb einer Region) berücksichtigt werden können.

Wie bereits angedeutet gilt die Nutzwertanalyse als ingenieurwissenschaftliche Weiterentwicklung der einseitig ökonomisch ausgerichteten Kosten-Nutzen-Analyse und wird bei der Bewertung bzw. Entscheidungsfindung im Rahmen von öffentlichen und privaten Infrastrukturprojekten angewandt. Nutzwertanalysen sind daher in der Planungs- und Forschungspraxis leichter anzuwenden. Dabei werden Nutzwertanalysen der ersten, zweiten und dritten Generation, sowie vereinfachte Nutzwertanalysen unterschieden. Wobei letztere mit Gegensatz zur monetär, kardinal ausgerichteten Kosten-Nutzen-Analyse mit ordinalen (Schätzwerte) und nominalen (Messwerten) Zielwerten arbeiten. Das Ergebnis einer Nutzwertanalyse bildet somit schließlich den Gesamtnutzen bzw. eine Alternativenreihung eines Infrastrukturprojektes ab.<sup>45</sup> Die Anwendung einer Nutzwertanalyse ist damit vor allem geeignet den Gesamtnutzen einer touristischen Maßnahme (z.B. touristisches Leitprojekt „Draisinenstrecke“ bzw. „Mountainbikepark Pfälzerwald“) für die regionale Entwicklung sowohl in ökonomischer, als auch in ökologischer und sozialer Hinsicht zu erfassen und zu bewerten. Kosten-Nutzen-Analysen sind dagegen für die Erfassung von Wirkungen der EU-Strukturpolitik auf Tourismusbereich kaum geeignet, aufgrund des erwähnten Mangels an quantifizierbaren Indikatoren und ihrer rein ökonomischen Ausrichtung.

Innerhalb der quantitativen Vorgehensweise zur Erfassung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Tourismusedwicklung in der Region Westpfalz wäre aus den genannten methodischen Mängeln von Kosten-Nutzen- und Nutzwertanalyse, letztlich die Durchführung einer Wirkungsanalyse als geeignete methodische Option zu betrachten. In diesem Zusammenhang wäre insbesondere eine vergleichende Wirkungsanalyse denkbar, so etwa ein Vergleich Ex-ante / Ex-post, d.h. ein analytischer Vergleich zwischen der touristischen Ausgangssituation vor und nach der Realisierung eines bestimmten touristischen Leitprojektes. Dabei kann untersucht werden wie sich einzelne Projekte konkret auf die Tourismusedwicklung auswirken, bspw. auf die Entwicklung der Gäste-, Übernachtungs- und Besucherzahlen, auf die Anzahl der Arbeitsplätze und Beschäftigten im Tourismusbereich oder mögliche Folgeinvestitionen. Alternativ wäre an dieser Stelle ein sog. „with / without“ Vergleich möglich, d.h. es werden dabei zwei Situationen bzw. Szenarien verglichen: Einmal wie sich die Tourismusedwicklung gestalten würde ohne die Realisierung eines bestimmten Leitprojektes und einmal die Situation mit der Realisierung eines bestimmten Leitprojektes.

Bei einer solchen Wirkungskontrolle sind jedoch ebenfalls einige methodische Restriktionen erkennbar. Dabei ist zunächst das Fehlen einer unabhängigen Kontrollvariable in der Regionalentwicklung zu erwähnen. In Bezug auf die Thematik der vorliegenden Dissertation wäre dies eine exakt gleich, zumindest jedoch sehr ähnlich strukturierte Region wie die Westpfalz, in der keine Intervention der EU-Strukturfonds in Form der realisierten und von der EU finanzierten touristischen Leitprojekte stattfand.

---

<sup>45</sup> Vgl. Scholles, Frank (2005): a.a.O., S. 100 ff.

Darüber hinaus weisen die hier beschriebenen quantitativ orientierten methodischen Optionen weitere Restriktionen und Defizite auf: So sind diese methodischen Ansätze von Nichtfachleuten nur sehr schwer nachzuvollziehen, so dass Ansprüche an Transparenz und Nachvollziehbarkeit an dieser Stelle nicht ausreichend erfüllt werden. Weiterhin ist im Rahmen von solchen quantitativen Bewertungsansätzen eine Beteiligung von regionalen Akteuren, bspw. in Form von schriftlichen Befragungen oder Expertengesprächen, nicht bzw. nur in geringem Maße vorgesehen. Dadurch besteht letztlich die Gefahr, dass die Forschungsergebnisse auf Akzeptanzprobleme stoßen können und somit schließlich die mit Hilfe dieser Dissertation angestrebten Lernprozesse innerhalb der Region verhindert werden können. Probleme ergeben sich auch in Hinblick auf die sog. „Aggregationsregeln.“ Bei der Aggregation „werden viele einzelne Indikatoren zu einer oder wenigen Aussagen verdichtet, so dass Aggregationsregeln „die Gewichtung der Indikatoren zueinander“ sowie „Verknüpfungsregeln“ angeben.<sup>46</sup> Wesentliches Problem hierbei ist nach SCHOLLES „wie weit man aggregieren soll“: Soll alles zu einem Wert (Nutzwert oder Nutzen-Kosten-Verhältnis) zusammengefasst werden oder soll bis auf die Ebene der Nachhaltigkeitssäulen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft aggregiert werden ?

Neben diesen Restriktionen und Problemen ist bei quantitativ orientierten Vorgehensweisen darüber hinaus auch der sog. „forschungsökonomische Aufwand“, d.h. das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag bzw. erzielten Ergebnissen als relativ hoch einzuschätzen, gerade im Vergleich zu verbal-argumentativ und qualitativ orientierten methodischen Optionen. Quantitative Methoden wie insbesondere die Kosten-Nutzen-Analyse oder die Nutzwertanalyse sind in der Regel komplexer als qualitative Methoden, da hier alle Indikatoren quantifiziert werden müssen und anschließend wie erwähnt eine Aggregation durchgeführt werden muss. Aus diesem Grund ist die Gewinnung der notwendigen Daten- und Bewertungsgrundlage hier wesentlicher Aufwändiger, während auf der anderen Seite die hierbei erzielten Ergebnisse womöglich auch mit einem forschungsökonomisch geringeren Aufwand mithilfe einer qualitativen Vorgehensweise erreicht werden können.

Abschließend lässt sich bezüglich dieser quantitativen methodischen Alternativen zur Erfassung des Einflusses bzw. der Wirkungen der EU-Strukturpolitik auf die Tourismusentwicklung in der Westpfalz feststellen, dass diese vor allem geeignet sind, einzelne Projekte (wie etwa die im Rahmen dieser Dissertation untersuchten regionalen touristischen Leitprojekte), ihre Wirkungen sowie ihre Effizienz zu analysieren. Dies insbesondere Ex-ante zur Entscheidungsvorbereitung bzw. zur Prüfung verschiedener Alternativen im Rahmen von Kosten-Nutzen- oder Nutzwertanalysen. Der Anspruch der vorliegenden Arbeit ist es jedoch nicht einzelne Projekte und deren Wirkungen zu bewerten, sondern vielmehr den gesamten Prozess der EU-Strukturpolitik und dessen Einfluss auf die touristische Entwicklung der Westpfalz darzustellen und zu bewerten. Dabei sollen sowohl die aus Sicht des Tourismus relevanten Förderprogramme miteinbezogen werden, als auch die in deren Folge realisierten Projekte und deren Wirkungen. Die Analysen sollen daher v.a. Ex-post aber auch in gewissem Maße prozessbegleitend (z.B. Einbeziehung der aktuell laufenden Förderperiode 2007 bis 2013) ausgerichtet sein.

Diese Ansprüche wären zwar auch bspw. im Rahmen einer quantitativen Wirkungsanalyse zu erfüllen gewesen, allerdings sind diese häufig zu einseitig auf ökologische Aspekte konzentriert, wo sich Wirkungsketten bzw. Wirkungszusammenhänge einfacher herstellen lassen als z.B. im Tourismus oder anderen Bereich der regionalen Entwicklung.

---

<sup>46</sup> Vgl. Scholles, Frank (2005): a.a.O., S. 101.

Weiterhin sollen diese Analysen über eine reine Wirkungsanalyse hinaus gehen und darüber hinaus wie in der Zielsetzung deutlich wird, Problemfelder bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik erfassen, sowie konzeptionelle Ansätze zur Weiterentwicklung formulieren. Aus diesen Gründen scheinen andere methodische Optionen an dieser Stelle geeigneter um letztlich diese spezifische Zielsetzung erreichen zu können.

Als mögliche methodische Alternative wird daher nun eine stärker qualitativ, verbal-argumentativ orientierte Vorgehensweise gemäß ihrer Vorzüge, Probleme und Risiken diskutiert, um anschließend einen geeigneten konzeptionellen Ansatz auswählen zu können. Die im Bereich der Raumordnung und Regionalentwicklung gängigste qualitative Methode stellt die Evaluation dar. Ein erster Vorzug dieser Vorgehensweise wurde bereits angedeutet, der im Vergleich zu rein quantitativ orientierten Methoden geringere forschungsökonomische Aufwand, sowie eine geringere Komplexität. Diese entsteht insbesondere dadurch, als dass bei der Evaluation neben quantitativ ausgerichteten Indikatoren auch verbal-argumentative, qualitativ ausgerichtete Kriterien angewandt werden können. Hierdurch entsteht zudem auch eine größere Transparenz und Nachvollziehbarkeit für interessierte Laien, wie etwa die regionalen Akteure im Bereich des Tourismus.

Insgesamt betrachtet ist die Methodik der Evaluation daher als flexibler und variabler gegenüber den beschriebenen quantitativen Vorgehensweisen anzusehen, welche einem festgefügt, starren Muster folgen. Stattdessen kann im Rahmen einer Evaluation aus einem Methodenmix, die für die individuelle, spezifische Zielsetzung einer wissenschaftlichen Arbeit geeignete Vorgehensweise gewählt werden. Teil dieses Methodenmixes sind unter anderem auch empirische Erhebungen wie Fragebögen und Experteninterviews, wodurch eine Beteiligung von regionalen Experten, Akteuren und Entscheidungsträgern und somit letztlich auch ein Erkenntnisgewinn möglich werden. Wobei durch eine solche Vorgehensweise schließlich ebenso eine größere Realitätsnähe und eine höhere Akzeptanz der Ergebnisse erreicht werden kann. Insbesondere im Bereich des Tourismus mit einer Vielzahl an Akteuren und der damit verbundenen Notwendigkeit einer engen Vernetzung und Kooperation ist dies von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Die bereits beschriebene Flexibilität und Variabilität einer Evaluation kommt zudem in der Möglichkeit unterschiedliche Untersuchungsgegenstände evaluieren zu können zum Tragen. Neben Projekten, können dabei auch Programme und bestimmte Prozesse (z.B. Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Region Westpfalz und ihre Wirkungen auf den Tourismusbereich) innerhalb der Regionalentwicklung analysiert werden. Dabei können sowohl eher quantifizierbare Wirkungen (u.a. Wirkungen der EU-finanzierten Tourismusprojekte auf Entwicklung der Gäste- und Übernachtungszahlen oder auf die Entwicklung der Anzahl der Übernachtungsbetriebe), als auch eher qualitativ erfassbare Wirkungen (u.a. Einfluss der EU-Strukturpolitik auf Kooperations- und Kommunikationsprozesse, Impulsgebung, Identität und Image der Region). Daher erscheint die Evaluation aufgrund der spezifischen Zielsetzung dieser Arbeit zunächst besser geeignet als die beschriebenen quantitativ orientierten Methoden. Dennoch weist auch die Vorgehensweise der Evaluation noch eine Reihe von Defiziten, Herausforderungen und ungelösten Problem auf, insbesondere in Bezug auf die Erfassung möglicher Wirkungen der EU-Strukturpolitik auf die Regionalentwicklung. Diese werden nun im Folgenden dargestellt.

Als zentrale Defizite bei der Durchführung einer Evaluation gelten aus methodischer Sicht das sog. „Kausalitätsproblem“ und das sog. „Indikatorenproblem.“ Das Kausalitätsproblem beschreibt in diesem Zusammenhang die Problematik das im Rahmen einer verbalargumentativ, qualitativ orientierten Evaluation mögliche Wirkungen lediglich deskriptiv beschrieben und bewertet werden können, es werden hierbei im Gegensatz etwa zu quantitativen Wirkungsanalysen keine kausalen Wirkungszusammenhänge deutlich. Ebenso ist hierbei zu berücksichtigen, dass die Einflüsse auf den Raum sehr vielfältig sind, insbesondere die Fachpolitiken „beeinflussen beabsichtigt oder unabsichtlich maßgeblich die Entwicklung von Regionen“, so dass damit zu rechnen ist, dass „die eigentliche Regionalpolitik von anderen Politiken dominiert wird.“<sup>47</sup>

Weiterhin sind die Ansatzpunkte der regionalen Wirtschaftspolitik sehr vielfältig, „sie reichen von der Förderung „betonharter“ Infrastrukturen bis zur „weichen“ Verhaltenssteuerung über runde Tische und Regionalmanagement“, und die „Wirkungen sind langfristig orientiert.“<sup>48</sup> Darüber hinaus ist die „Erfolgskontrolle komplexer Sachverhalte methodisch schwierig“ und die „Validität von Evaluationsstudien ist oftmals gering“. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in den Planungs- und Verwaltungsbehörden häufig knappe Zeithorizonte, dünne Personaldecken und nur geringe Budgets den Verantwortlichen kaum Spielraum für die Evaluierung der selbstverfassten Pläne und Konzepte lassen. Auch die Tatsache, dass Evaluationen möglicherweise unbequeme Ergebnisse mit sich bringen, kann zu einer geringen Validität von Evaluationen beitragen.<sup>49</sup> SCHRUMPF und MÜLLER weisen in diesem Zusammenhang auf weitere Schwierigkeiten des mehrstufigen Evaluierungsverfahrens innerhalb der EU-Strukturpolitik hin. So seien bspw. bei qualitativen Maßnahmen wie Fortbildungsmaßnahmen oder die Rekultivierung oder Neuausweisung von Gewerbeflächen) die genannten Effekte kaum ex ante abschätzbar.<sup>50</sup>

Des Weiteren wird in der Fachwelt kritisch angemerkt, dass der Evaluierungsansatz der EU „eine homogene Fläche unterstellt“, wobei nicht geprüft wird, „ob eine Region aufgrund einer extrem ungünstigen Siedlungsstruktur“ oder „einer sehr niedrigen Einwohnerdichte“ überhaupt in der Lage ist „mit Hilfe der Regionalpolitik einen Aufholprozess einzuleiten.“ Ebenfalls wird an dieser Stelle davon ausgegangen, dass die „nationalstaatlichen Rahmenbedingungen die Anpassungsprozesse zumindest nicht behindern“, jedoch sehen Experten in diesem Zusammenhang insbesondere in Hinblick auf Italien und Griechenland „wesentliche Investitionshemmnisse.“ Weiterhin sei bei der Aufstellung eines Programms „zwangsläufig von einer ökonomischen Normallage“ auszugehen, was in der Folge nach einigen Jahren bei der ex-post-Evaluierung zu der „kaum lösbaren Frage“ führen kann was letztlich die Ursache für eine „verfehlte Realisierung von Zielen“ ist. Dabei ist als Ursache eine Vielzahl an Gründen denkbar, die von einem „ineffizienten Programm“ bis hin zu einer „unerwartet negativen Konjunkturentwicklung“ reichen.<sup>51</sup>

Damit wird erneut deutlich, dass die zentralen Probleme bei der Erfassung der Wirkungen bzw. des Einflusses der EU-Strukturpolitik im sog. „Kausalitätsproblem“ liegen. Evaluationen wurden zunächst in den Fachpolitiken angewandt, wo „lineare Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge“ vorherrschen.

---

<sup>47</sup> Vgl. Eser, Thimo W. (2001): a.a.O., S. 329.

<sup>48</sup> Vgl. Ebenda, S 329 f.

<sup>49</sup> Vgl. Wiechmann, Thorsten; Beier, Markus (2004): a.a.O., S. 387.

<sup>50</sup> Vgl. Schrupf, Heinz; Müller, Beate (1998): EU-Regionalpolitik – Die Reform der Strukturfonds nach den Vorstellungen der EU-Kommission – Die Agenda 2000, in: Eberstein, Hans Hermann (Hrsg.): Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung, 3. Auflage, 1. Band, Köln, S. A VII 38.

<sup>51</sup> Vgl. Ebenda, S. A VII 39.

Im Gegensatz dazu steht in der Regionalentwicklung diesen linearen Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen die „Komplexität regionaler Entwicklungsprozesse“ gegenüber, da die Einflüsse auf die Entwicklung einer Region wie bereits erwähnt, vielfältig sind. In der Regionalentwicklung und speziell im Rahmen der EU-Strukturpolitik besteht ein „Nebeneinander von Planung und Implementation“, was letztlich bedeutet, dass „Ursache und Wirkungen sich nur bedingt voneinander trennen lassen.“<sup>52</sup> Jedoch setzt eine „fundierte Erfolgskontrolle“ die „Kenntnis der Wirkungsweise der eingesetzten Instrumente“ voraus. Dieser fundierte „Kausalitätsnachweis“ ist in der Forschungspraxis strittig, denn da „Wirkungen Folgewirkungen haben“ können „Primäreffekte“ durch sog. „Sekundäreffekte verstärkt, stabilisiert oder verringert werden.“ Hierdurch wird es letztlich unmöglich alle Wirkungen ausführlich zu analysieren, bzw. gemäß dem Kausalitätsnachweise mit absoluter Sicherheit bestimmten Effekten zuzuordnen.<sup>53</sup>

Damit wird deutlich, dass der eigentliche Erfolg der Strukturpolitik kann z.B. nach dem sog. „with-without-Prinzip (die without-Situation „repräsentiert dabei diejenige, die sich eingestellt hätte, wenn die regionalpolitischen Maßnahmen nicht ergriffen worden wären) erst dann eindeutig nachgewiesen werden, wenn die Wirkungszusammenhänge bekannt sind. In den letzten Jahren wurden aus methodischer Sicht durchaus Fortschritte erzielt, auch wenn nach wie vor noch einige Probleme bestehen, v.a. in der Hinsicht: „Wie kann die mögliche zeitliche Verzögerung zwischen der Implementation der politischen Maßnahme und ihrer Wirkung ermittelt werden?“, „Wie können die permanenten Wirkungen im Sinne eines „sustainable development“ gemessen werden?“, weiterhin: „Wie sollen die Effekte der wirtschaftspolitischen Maßnahmen von den Einflüssen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung separiert werden?“<sup>54</sup>

Darüber hinaus sind planerische Zielaussagen i.d.R. „interpretationsbedürftig und wenig konkret“ und werden meist erst „im weiteren Planungsprozess konkretisiert. Diese „fehlende Operationalisierung“ der Ziele bewirkt, dass „Wirkungsanalysen nur eingeschränkt möglich sind.“ Schließlich ziehen Planungen neben den gewollten und angestrebte Wirkungen, häufig auch „nicht intendierte Wirkungen“ nach sich, die sich „nur bedingt erfassen lassen“ und lediglich in Einzelfällen „auf einzelne Programme und Maßnahmen explizit zurückführen lassen.“<sup>55</sup> Um dieses Kausalitätsproblem in der Praxis überwinden zu können, stehen zahlreiche Methoden insbesondere der empirischen Sozialforschung zur Verfügung, auf die teilweise auch im Rahmen der folgenden Analysen zurückgegriffen wird. Es wurde inzwischen generell anerkannt, dass es den „einen methodischen Königsweg“ nicht gibt, vielmehr muss bei Auswahl und Kombination der Methoden sowohl dem „konkreten Untersuchungsgegenstand“, als auch den zur „Verfügung stehenden (finanziellen und zeitlichen) Forschungsressourcen“ Rechnung zu tragen.<sup>56</sup>

In engem Zusammenhang mit dem Kausalitätsproblem steht das sog. „Indikatorenproblem.“ Die Hauptschwierigkeit besteht dabei darin, dass es in der Regionalentwicklung schwierig ist quantifizierbare Indikatoren zu formulieren.

---

<sup>52</sup> Vgl. Wiechmann, Thorsten; Beier, Markus (2004): a.a.O., S. 388.

<sup>53</sup> Vgl. Mädling, Heinrich (1995): Erfolgskontrolle, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 226 f.

<sup>54</sup> Vgl. Deitmer, Ingo (1993): Effekte der regionalen Strukturpolitik auf Investitionen, Beschäftigung und Wachstum, in: Ernst, Werner; Hoppe, Werner; Thoss, Rainer (Hrsg.): Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Band 153, Münster, S. 1.

<sup>55</sup> Vgl. Wiechmann, Thorsten; Beier, Markus (2004): a.a.O., S. 388.

<sup>56</sup> Vgl. Wollmann, Helmut (2005): a.a.O., S. 277.

Dies hängt wiederum damit zusammen, dass Ziele (als intendierte Wirkungen) vielfach nur „vage, vieldeutig“ und z.T. sogar „in sich widersprüchlich“ formuliert sind. Denn Entscheidungen liegen letztlich meist Kompromisse „zwischen rivalisierenden politischen und gesellschaftlichen Interessen“ zugrunde.<sup>57</sup> Diese Zielsetzungen dann mithilfe von Indikatoren zu erfassen ist in der Praxis häufig mit Schwierigkeiten verbunden. Insbesondere die Art der Zieloperationalisierung stellt hierbei eine Herausforderung dar, so stellt sich bspw. in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand dieser Dissertation die Frage, ob zusätzliche Investitionen infolge der EU-Förderprogramme bereits einen Erfolg darstellen, bzw. ob ein solcher Erfolg erst durch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, jedweder Art oder aber erst durch die Schaffung sog. qualifizierter, nachhaltiger Arbeitsplätze erreicht werden kann.<sup>58</sup> Individuelle Sichtweisen und Prioritätensetzungen spielen daher bei solchen verbal-argumentativen Bewertungsmethoden eine nicht zu unterschätzende Bewertung, wodurch die notwendige Objektivität vernachlässigt werden kann.

Eine weitere Schwierigkeit stellt in diesem Zusammenhang die Tatsache dar, dass quantifizierte Ziele einen „nach außen erkenn- und auch ablesbaren Maßstab für den Erfolg einer bestimmten Aktion“ bieten. Es werden dabei „Punktziele“ bevorzugt, dabei besteht dann die Gefahr, dass „wer sich so festlegt“ sich „angreifbar macht.“<sup>59</sup> Schließlich gestaltet sich die Zusammenführung von Zielen auf der Makro- und Mikroebene problematisch, so dass in der Praxis davon auszugehen ist, dass „nur in idealisierter Betrachtung eine regionale Regierung einen kleinen Katalog von quantifizierten Oberzielen setzt“ und anschließend von diesen „eine konsequente Strategie ableitet.“ Realistisch gesehen, verläuft dagegen die Entwicklung der Programme meist eher „in multiplen, parallelen Prozessen“, wo verschiedene Parteien, Ressorts oder Fachreferate Akzente setzen wollen. Daher werden in der Praxis Ziele häufiger „von unten nach oben“ festgelegt als „von oben nach unten.“<sup>60</sup>

Insgesamt gesehen müssen Indikatoren jeweils einer dreifachen Anforderung genügen. Indikatoren müssen zunächst „valide“ (d.h. den gemeinten empirischen Sachverhalt zutreffend abbilden) sein, weiterhin „operationalisierbar“ (d.h. nach Möglichkeit quantitativ messbar) sowie „forschungsökonomisch machbar“, was bedeutet, sie müssen mithilfe bereits verfügbarer Daten oder zumindest unter vertretbarem Aufwand empirisch darstellbar sein.<sup>61</sup>

Defizite bestehen schließlich auch bei der Umsetzung der Evaluationsergebnisse. Hierbei geht es vor allem um die Frage inwieweit eine Evaluierung direkt in Planungs- und Vollzugsprozesse eingreifen darf, „um die entwickelten Handlungsansätze“ und „dem Evaluationsziel entsprechendes Verhalten evtl. auch gegen den Willen einiger Akteure durchsetzen zu können.“<sup>62</sup> Dabei erscheint insbesondere der Aufbau von „Vertrauensverhältnissen“ und „offenen Dialogen“ wichtig, da eine externe Evaluation von den Akteuren vor Ort „leicht als Einschränkung eigener Gestaltungsspielräume empfunden werden kann“, der mit „Abwehrstrategien begegnet wird.“<sup>63</sup>

---

<sup>57</sup> Vgl. Wollmann, Helmut (2005): a.a.O., S. 277.

<sup>58</sup> Vgl. Mädling, Heinrich (1995): a.a.O., S. 227.

<sup>59</sup> Vgl. Schubert, Alexandra (2001): a.a.O., S. 318.

<sup>60</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>61</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>62</sup> Vgl. Kistenmacher, Hans (2003), a.a.O., S. 110.

<sup>63</sup> Vgl. Ebenda.

Insbesondere aufgrund des „Kausalitätsproblems“ sind Experten wie bspw. ESER (2001) der Ansicht, dass eine auf die Strukturfonds beschränkte Evaluation aufgrund ihrer Einbettung in Entwicklungsprogramme und aufgrund des Prinzips der „Kofinanzierung“ „praktisch nicht möglich ist.“ Stattdessen erscheint es notwendig, „die Strukturpolitik als Ganzes zu evaluieren und daraus die Effekte der Strukturfonds zu extrahieren.“<sup>64</sup> Hierzu leistet die vorliegende Arbeit einen gewissen Beitrag, indem an dieser Stelle im Gegensatz zu den sonst üblichen Evaluationen im Rahmen der EU-Strukturpolitik nicht ein einzelnes Programm (bzw. ein einzelner Strukturfonds) evaluiert wird, sondern die Umsetzung der EU-Strukturpolitik (Strukturfonds und Gemeinschaftsinitiativen) und ihrer Wirkungen (bzw. Einflüsse) als Ganzes am Beispiel einer bestimmten Region evaluiert wird.

Neben diesen speziell am Beispiel der EU-Strukturpolitik deutlich werdenden methodischen Schwächen der Evaluation werden darüber hinaus weitere Herausforderungen und Defizite deutlich mit denen sich generell bei der Durchführung einer Evaluation auseinandergesetzt werden muss sichtbar. So birgt die bereits erwähnte Flexibilität der Evaluationsmethodik gegenüber anderen, stärker quantitativ geprägten Vorgehensweisen sowohl Chancen als auch Risiken. Einerseits wird auf diese Weise eine individuelle Anpassung der methodischen Vorgehensweise an spezifische Zielsetzungen möglich, andererseits können fallbezogen konzipierte Bewertungsverfahren zu einer unzureichenden Validität und einer mangelnden Objektivität führen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, als dass ein Wissenschaftler zur Gewinnung der für eine Evaluation notwendigen Datengrundlage auf die Mitarbeit der Programm- bzw. Projektverantwortlichen angewiesen ist. Dabei ist es fraglich, ob durch eine solche Vorgehensweise hierbei letztlich kritische Betrachtungen und objektive Bewertungen erreicht werden können, da eine Evaluation auch zu für die jeweiligen Programm- und Projektverantwortlichen zu unangenehmen Ergebnissen führen kann.

Ebenso ist in diesem Zusammenhang ein regionales Hintergrundwissen notwendig. Infolge einer individuell, fallbezogenen Konzeption einer Evaluation kann zudem schließlich auch die sog. „Reliabilität“ deutlich eingeschränkt werden. Im Rahmen einer solchen individuell konzipierten und durchgeführten Vorgehensweise kann ein wiederholter Durchlauf der Methode unter gleichen Rahmenbedingungen, der zudem noch zu gleichen Ergebnissen führen soll kaum bzw. nur unter erhöhtem Aufwand durchgeführt werden, da hierfür erneut die Mitarbeit der Programm- und Projektverantwortlichen notwendig wäre. Je nach Evaluationsart (Vollzugs-, Wirkungs-, Zielerreichungs- und Effizienzkontrolle) können darüber hinaus weitere methodische Restriktionen und Herausforderungen auftreten, die im Verlauf dieser Arbeit noch deutlich werden.

Diese Diskussion methodischer Optionen zur Erfassung der Wirkungen bzw. des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Tourismusentwicklung in der Region Westpfalz verdeutlicht, dass jede der dargestellten Methoden bzw. Vorgehensweisen spezifische Stärken, Schwächen, Probleme und Restriktionen aufweist. Neben den in der Raumplanung üblichen quantitativen (Kosten-Nutzen-Analyse, Nutzwertanalyse und Wirkungsanalyse) und qualitativen Methoden (Evaluation) wurden darüber hinaus in den letzten Jahren und Jahrzehnten wie bereits angedeutet, weitere Analyseinstrumente, vor allem aus der Regionalökonomie übernommen und weiterentwickelt, um Wirkungen von EU-Strukturfondsinterventionen auf die regionale Entwicklung erfassen zu können. Trotz gewisser Fortschritte aus methodischer Sicht weisen diese neuen Ansätze jedoch auch weiterhin noch Restriktionen, Probleme und damit weiteren Forschungsbedarf auf.

---

<sup>64</sup> Vgl. Eser, Thimo W. (2001): a.a.O., S. 337.

Zu diesen Ansätzen zählen nach DEITMER (1993), u.a. Arbeiten, „in denen aufgrund eines zeitlichen Vergleichs der wirtschaftlichen Entwicklung in den geförderten und nicht geförderten Gebieten auf den Erfolg der Regionalpolitik geschlossen wird.“ Diese Vorgehensweise ist jedoch nicht geeignet, das sog. „Kausalitätsproblem“ zu überwinden, da an dieser Stelle „nicht über die Ursachen der festgestellten Entwicklungsunterschiede informiert wird.“ Ebenso Untersuchungen, die den „Einfluss des regionalpolitischen Instrumentariums auf die Standortentscheidungen der Unternehmen“ mit Hilfe von Unternehmensbefragungen zu erfassen, wobei dies mit einem erheblichen Kosten- und Erhebungsaufwand verbunden ist. Des Weiteren sog. „Trendprojektionen“ und „Standardisierungsansätze“, welche jedoch letztlich „keinen Erklärungswert“ haben sowie sich mit der Problematik auseinandersetzen müssen, dass „konjunkturelle Einflüsse nur schwer zu separieren sind.“

Schließlich sind in diesem Zusammenhang noch Untersuchungen zu erwähnen, die mit Hilfe von Faktoranalysen die Wirkungen der EU-Strukturpolitik bestimmen, sowie Ökonometrische Analysen, „in denen der Wirkungsgrad der Regionalpolitik z. B. mittels Schätzung von Investitionen, Arbeitsnachfrage- oder Einkommensfunktionen“ ermittelt werden soll. Erstere müssen sich dabei der Herausforderung stellen, dass die „Zurechnung der Effekte auf die einzelnen Komponenten“, wie z.B. einzelne Instrumente der EU-Strukturpolitik, „unmöglich ist“, so dass auch hier letztlich eine Wirkungsanalyse im engeren Sinne nicht durchführbar ist. Dagegen sind nach Ansicht von DEITMER (1993) sog. „Ökonometrische Analysen“ noch am ehesten zur Wirkungsanalyse geeignet, trotz dennoch vorhandener gewisser Mängel. Es bleibt jedoch an dieser Stelle festzustellen, dass diese neueren, regionalökonomischen Ansätze für die spezifischen Zielsetzung dieser Dissertation nicht geeignet erscheinen, aufgrund des Mangels an quantifizierbaren Indikatoren innerhalb des Tourismusbereiches. Würde stattdessen der Einfluss von EU-Strukturpolitik auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region untersucht werden, wären diese Ansätze dagegen durchaus als geeignet anzusehen.

Aus diesen Ausführungen wird deutlich, dass die optimale, risikofreie methodische Vorgehensweise zur Erreichung der speziellen Ziele der vorliegenden Arbeit nicht existiert. Vielmehr muss anhand der individuellen Zielsetzung, sowie anhand des wissenschaftlichen Anspruches eine geeignete Alternative aus den vorliegenden in der Raumplanung angewandten Methoden gewählt werden. Dazu werden die anfangs formulierten Kriterien und Maximen zur Methodenauswahl herangezogen. Schließlich fällt hierbei, trotz aller noch vorhandenen Schwächen, Probleme und Restriktionen die Wahl auf die Methodik der Evaluation. Diese überwiegend qualitativ und verbal-argumentativ orientierte Vorgehensweise ist gemäß der Zielsetzung dieser Dissertation auf forschungsökonomischer Sicht als die effizienteste und zielführendste Methode anzusehen. Die relativ flexible Methode der Evaluation erlaubt es dabei, sowohl unterschiedliche Untersuchungsgegenstände, als auch unterschiedliche Untersuchungszeiträume (Ex-ante, prozessbegleitend und Ex-post) zu analysieren und zu bewerten. Damit können sowohl die einzelnen Förderprogramme der EU-Strukturpolitik, als auch die in deren Folge realisierten und finanzierten Projekte sowie deren Wirkungen evaluiert werden. Auf diese Weise kann der gesamte Prozess der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Region Westpfalz und dessen Einfluss auf die Tourismusentwicklung untersucht werden. Wenn der Fokus jedoch lediglich auf ein bestimmtes Projekt liegen würde, wären dagegen andere methodische Optionen, wie etwa Kosten-Nutzen-, Nutzwert- oder vor allem Wirkungsanalyse besser geeignet.

Neben einem im Vergleich zu anderen Vorgehensweisen eher geringen forschungsökonomischen Aufwand, spricht ferner auch die für regionale Akteure höhere Transparenz und bessere Nachvollziehbarkeit für die Wahl der Evaluation als geeignete Vorgehensweise. Ebenso erlaubt die größere Flexibilität einer Evaluation im Vergleich zu quantitativen Methoden zudem auch die Einbindung der regionalen Experten und Entscheidungsträger, so etwa durch die hier gegebene Möglichkeit der Integration von Befragungen. Hierdurch wird eine breitere Akzeptanz der Forschungsergebnisse erreicht und somit letztlich auch deren Berücksichtigung sowie Umsetzung in der Praxis erleichtert. Darüber hinaus kann durch die Durchführung einer qualitativ orientierten Evaluation zudem der Problematik eines Mangels an quantifizierbaren Indikatoren in der Regionalentwicklung generell, und speziell auch im Tourismusbereich entgegengewirkt werden. Denn innerhalb einer Evaluation können neben quantitativen Indikatoren auch qualitative, deskriptive Kriterien im Bewertungsprozess herangezogen werden. Schließlich wurde bei der vorangegangenen Bewertung methodischer Alternativen deutlich, dass vorhandene methodische Restriktionen und Herausforderungen der Evaluation, wie insbesondere das Kausalitätsproblem auch durch andere methodische Optionen nicht vollständig überwunden werden können.

So werden zwar im Rahmen einer Wirkungsanalyse kausale Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge deutlicher sichtbar als bei einer qualitativen, verbal-argumentativen Vorgehensweise, dennoch kann auch hier nicht mit absoluter Gewissheit nachgewiesen werden, dass die EU-Strukturpolitik die alleinige Ursache für bestimmte positive Effekte innerhalb der Tourismusentwicklung darstellt. Die zahlreichen weiteren Einflussfaktoren im Bereich der Regionalentwicklung (u.a. konjunkturelle und nationalstaatliche Einflüsse) lassen sich wie angedeutet, hiervon kaum separieren. Letztlich wurde durch diese Ausführungen hinsichtlich methodischer Optionen zur Erfassung von Wirkungen der EU-Strukturpolitik deutlich, dass trotz gewisser Weiterentwicklung bestehender Methoden, sowie der Schaffung neuer Ansätze, nach wie vor noch und wohl auch kaum vollständig lösbare Defizite und Herausforderungen aus methodisch-konzeptioneller Sicht vorhanden sind, so dass an dieser Stelle noch intensiverer Forschungsbedarf besteht (Vgl. hierzu auch Kap. D, IV).

**Tab. 2: Bewertung methodischer Alternativen**

Bewertungskriterien	Quantitative Ansätze	Qualitative Ansätze
	Kosten-Nutzen-Analyse, Nutzwertanalyse, Wirkungsanalyse	Evaluation
Transparenz / Nachvollziehbarkeit	-	+ / -
Objektivität	+ / -	-
Validität	+ / -	-
Reliabilität	+	-
Trennung von Sach- und Wertebene	-	+ / -
Strukturkonsistenz	+ / -	-
Integration regionaler Akteure	-	+
Forschungsökonomischer Aufwand	-	+
Flexibilität	-	+

+ erfüllt, + / - teilweise erfüllt, - fraglich

Entwurf: Eigener Entwurf auf der Grundlage von SCHOLLES (2005).

### **2.3 Die Evaluation als konzeptioneller Ansatz zur Erfassung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz**

In den vorangegangenen Abschnitten wurden bislang verschiedene geeignete methodische Vorgehensweisen diskutiert und anschließend die Evaluation als gemäß der Zielsetzung der Dissertation letztlich effizienteste und erfolgversprechendste Option ausgewählt. Im Hinblick auf dieses Instrument der Regionalentwicklung wurde dabei bereits deutlich, dass die Evaluation im Unterschied etwa zu quantitativen Methoden keinem vorgegebenen festgefügtens Ablaufschema bzw. Muster folgt. Stattdessen muss ein in Bezug auf die spezifische, individuelle Zielsetzung einer Forschungsarbeit geeignete Vorgehensweise konzipiert werden, um die zur Durchführung einer Evaluation notwendigen Daten zu erhalten. Dabei steht, wie erwähnt, ein sog. „Methodenmix“ zur Verfügung. Nachfolgend wird nun der dieser Arbeit zugrundeliegende Evaluationsansatz vorgestellt, dabei findet zunächst eine ausführliche Einführung in dieses Instrument statt, wobei vor allem dessen Bedeutung für die Umsetzung der EU-Strukturpolitik verdeutlicht werden soll, schließlich wird dann ein spezifisches Evaluationsdesign entwickelt.

Im Rahmen dieser Dissertation soll letztlich keine Evaluation im engeren Sinne durchgeführt werden, wie in der Regel bei den im Rahmen der EU-Strukturpolitik vorgeschriebenen Evaluationen üblich, vielmehr soll an dieser Stelle stattdessen die Methode der Evaluation als dieser Arbeit zugrundeliegender, qualitativ und verbal-argumentativ orientierter konzeptioneller Ansatz fungieren. Dies bedeutet, dass im Gegensatz zu einer stärker quantitativ-statistischen Evaluationsart, wie sie etwa bei der Evaluation des Ziel-2-Programmes Rheinland-Pfalz (Anwendung einer Zielerreichungsanalyse mit Hilfe eines sog. „Logical-Framework-Ansatzes“) angewandt wurde, die Bewertung an dieser Stelle ausschließlich durch Argumentation erfolgen soll und nicht durch arithmetische oder logische Aggregation. Fachleute sprechen in diesem Zusammenhang dabei unter Berücksichtigung der beschriebenen methodischen Restriktionen insbesondere im Bereich der Wirkungsanalytik, ebenso wie im Hinblick auf das „Indikatorenproblem“ mit dem vorhandenen Mangel an quantifizierbaren Indikatoren in der Regionalentwicklung generell, aber auch speziell im Bereich des Tourismus, von einem sog. „pragmatischen Evaluierungsansatz.“

Ein solcher wurde u.a. auch bei der Evaluation des rheinland-pfälzischen LEADER+-Programmes in der Förderperiode 2000 bis 2006 angewandt. Mit der Formulierung „pragmatischer Evaluierungsansatz“ kommt dabei zum Ausdruck, dass diese Evaluationsmethodik überwiegend qualitativ orientiert ist, d.h. die Bewertung erfolgt anhand von verbal-argumentativ, deskriptiv formulierten Kriterien. Im Falle der Evaluation des LEADER+-Programmes Rheinland-Pfalz in der vergangenen Förderperiode wurden diese Kriterien in Form von der EU vorgegebenen, gemeinsamen Bewertungsfragen und ergänzend hierzu von programmspezifischen Bewertungsfragen operationalisiert. Ergänzt und vertieft wurden diese Analysen und Betrachtungen dabei von einer Fallstudie der „LAG Hunsrück“. Dieser Bewertungsansatz wird für die vorliegende Arbeit übernommen, wobei an dieser Stelle die in der Einführung formulierten forschungsleitenden, querschnittsorientierten Fragestellungen als Kriterien dienen sollen. Eine solche qualitativ, verbal-argumentativ orientierte Vorgehensweise ermöglicht zudem, nicht quantifizierbare Aspekte und Kriterien einer nachhaltigen Tourismusentwicklung, wie etwa den Einfluss der EU-Strukturpolitik auf Kooperation, Vernetzung, Erfahrungsaustausch, Wissenstransfer, Identitätsbildung, Nutzung der endogenen, regionsspezifischen Potenziale und Image der Region in die Analysen miteinzubeziehen.

Durch eine solche Vorgehensweise soll des Weiteren eine gewisse Transparenz und Nachvollziehbarkeit gewährleistet werden, so dass auf diese Weise ein enger Praxisbezug erreicht werden kann. Um dieses Ziel letztlich zu erreichen, wird eine intensive Beteiligung und Einbindung der regionalen Akteure, Entscheidungsträger sowie von Programm- und Projektverantwortlichen, wie sie bereits bei der Evaluation des rheinland-pfälzischen LEADER+-Programms praktiziert wurde, angestrebt. Auf diese Weise entsteht letztlich Modell eines „bottom-up“ orientierten Evaluationsansatzes, der prozessbegleitend wirken soll (neben der vorangegangenen Programmplanungsperiode 2000 bis 2006, wird auch die aktuell laufende Förderperiode 2007 bis 2013 miteinbezogen). Somit baut der hier angewandte spezifische Evaluationsansatz neben eigenen Analysen und Bewertungen im Wesentlichen auf Einschätzungen und Erfahrungen der regionalen Akteure (Entscheidungsträger, Programm- und Projektverantwortliche) auf.

Neben der Orientierung am konzeptionellen Ansatzes (verbal-argumentativ, deskriptive Vorgehensweise auf der Grundlage von Bewertungskriterien anhand übergeordneter Bewertungsfragen, vertiefende Betrachtung durch eine Fallstudie) wird sich zudem auch bei der Erhebung der zur Durchführung der Evaluation notwendigen primär- und sekundärstatistischen Daten an der Vorgehensweise des pragmatischen Evaluationsansatzes des LEADR+-Programmes orientiert.

Dabei werden die primärstatistischen Daten anhand einer qualitativ orientierten Expertenbefragung der regionalen Akteure und Entscheidungsträger (Vertreter der LAGen, Verantwortliche im Bereich des Tourismus, Projektträger, Bürgermeister, Vertreter der Region, etc.) erfasst. Die sekundärstatistischen Daten werden dagegen insbesondere mit Hilfe einer Strukturanalyse des Tourismus sowie einer Dokumentenanalyse vorhandener regionaler Tourismuskonzeptionen und für die Tourismusentwicklung relevanter Förderprogramme der EU ermittelt. Ferner wird die vertiefende Betrachtung im Rahmen der Fallstudie Hunsrück, in der vorliegenden Arbeit durch eine Fallstudie der Region Westpfalz ersetzt, die zudem neben der räumlichen Begrenzung auch eine sektorale Begrenzung (Konzentration auf den Tourismus) erfährt.

Diese angestrebte Beteiligung der regionalen Akteure stellt damit ein zentrales Element des „pragmatischen Evaluationsansatzes“ dar. Durch diese Vorgehensweise sollen einerseits ergänzende Erkenntnisse und Bewertungen gewonnen werden, andererseits soll hierdurch die Akzeptanz der Evaluationsergebnisse erhöht werden und dabei letztlich Lernprozesse bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum angestoßen werden. Der größte Wert einer solchen Vorgehensweise liegt jedoch darin, dass durch die Erfahrungen und Einschätzungen der regionalen Programmverantwortlichen die häufig nicht quantifizierbaren Effekte von LEADER+ und anderen Instrumenten der EU-Strukturpolitik, wie bspw. auf INTERREG treffend beschrieben werden. Nach Ansicht der Evaluatoren wird dabei der Gefahr einer mangelnden Objektivität dadurch beseitigt, dass die regionalen Akteure in der Tendenz die „beträchtlichen Impulse von LEADER+ hinsichtlich der Aktivierung und der Effekte“<sup>65</sup> eher unterschätzen. Zudem werden ergänzend zu den Experteninterviews eigene Bewertungen und Analysen herangezogen.

Aus diesen Ausführungen werden damit abschließend die spezifischen Besonderheiten und Vorteile eines sog. „pragmatischen Evaluationsansatzes“ deutlich: Zum einen werden hierbei die in der Forschungspraxis letztlich kaum überwindbaren methodischen Restriktionen bei der Durchführung einer Evaluation berücksichtigt und in gewisser Weise auch anerkannt, wie bspw. insbesondere das Kausalitäts- und das Indikatorenproblem. Denn eine Überwindung dieser Restriktionen und Problemfelder im Rahmen der Durchführung einer Evaluation erscheint dabei derzeit nur theoretisch möglich, etwa innerhalb der agrarökonomischen Modellbildung mit Hilfe von ökonometrischen Modellen. Jedoch ist bei diesen Vorgehensweisen „der Auflösungsgrad“ der bekannten ökonometrischen Prognosemodelle „zu gering“, insbesondere was die „Abbildung und Voraussage auf der Ebene von Maßnahmen und Projekten betrifft,“<sup>66</sup> die neben den relevanten Förderprogrammen der EU insbesondere im Verlauf dieser Dissertation bewertet werden sollen, hinsichtlich ihres Einflusses auf die Tourismusentwicklung. So sind beispielsweise die Einflüsse eines neuen Radweges auf die regionale Bruttowertschöpfung nicht darstellbar. Solche ökonometrischen Vorgehensweisen sind dementsprechend nur für makroökonomische Betrachtungsweisen geeignet, während im Rahmen dieser Arbeit auch die mikroökonomische Ebene betrachtet werden soll.

---

<sup>65</sup> Vgl. Institut für Regionalmanagement (Hrsg.): Aktualisierung der Halbzeitbewertung des rheinland-pfälzischen LEADER+-Programms, Bewertungsbericht 2005, verfügbar unter: [www.mwvlw.rlp.de](http://www.mwvlw.rlp.de) > Europa > LEADER +.

<sup>66</sup> Vgl. ABP Abresch, Bergfeld & Partner Competence Center Projektmanagement Gießen (Hrsg.): Halbzeitbewertung des rheinland-pfälzischen LEADER+-Programms, Bewertungsbericht Oktober 2003, verfügbar unter: [www.mwvlw.rlp.de](http://www.mwvlw.rlp.de) > Europa > LEADER+.

Zum anderen unterstützt ein pragmatischer Evaluationsansatz eine von Flexibilität geprägte Vorgehensweise, welche sich an der individuellen Zielsetzung und den individuellen Rahmenbedingungen (z.B. forschungsökonomische Rahmenbedingungen) einer Forschungsarbeit orientiert. In Bezug auf die vorliegende Arbeit ist dabei eine Beteiligung der verantwortlichen regionalen Akteure und Entscheidungsträger notwendig, um den Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Tourismusentwicklung der Westpfalz empirisch nachweisen zu können, sowie ferner Defizite, Probleme und Schwächen bei der Umsetzung der europäischen Strukturpolitik erfassen zu können.

Zudem wird aufgrund dieser Begründung deutlich, dass anhand der gewählten Vorgehensweise eines pragmatischen Evaluationsansatzes Aufwand und Ertrag (erwartete Ergebnisse) in einem aus forschungsökonomischer Sicht vertretbaren Verhältnis zueinander stehen. Dies bedeutet, dass alternative Vorgehensweisen einerseits mit einem deutlich höheren Aufwand verbunden wären, andererseits jedoch keine zusätzlichen und neuen Erkenntnisse mit sich bringen würden. Da wie angedeutet, die bestehenden Probleme und Restriktionen in Bezug auf die Wirkungsanalytik auch durch alternative Methodenoptionen nicht vollständig ausgeräumt werden können. Aus diesen Gründen erscheint in Hinblick auf die Zielsetzung und den Anspruch dieser Dissertation der beschriebene „pragmatische“ Evaluationsansatz als geeignete Methode zur Erfassung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz.

Neben der methodischen Diskussion bezüglich der Vorgehensweise ist zudem an dieser Stelle auch eine fachlich-inhaltliche Diskussion geboten, gerade in Bezug auf eine notwendige Abgrenzung der Thematik gegenüber bereits durchgeführten Evaluationen im Rahmen der EU-Strukturpolitik. Denn die vorliegende Arbeit soll sich zwar aus methodischer Sicht am Evaluationsansatz des rheinland-pfälzischen LEADER+-Programms orientieren, jedoch aus inhaltlicher Sicht, neue und ergänzende Erkenntnisse liefern. Daher muss im Folgenden nach der methodischen Begrenzung nun auch eine inhaltliche Begrenzung hinsichtlich des Untersuchungsgegenstandes durchgeführt werden.

Das bereits mehrfach erwähnte LEADER+-Programm Rheinland-Pfalz wurde dabei neben den verschiedenen Wirkungen und Effekten, die dieses Programm hervorgerufen hat vor allem auch die Programmumsetzung und Programmbegleitung, im Sinne einer Vollzugskontrolle evaluiert. Im Gegensatz dazu soll innerhalb der vorliegenden Dissertation eine Konzentration auf einen bestimmten Bereich der Regionalentwicklung stattfinden, der Tourismusbereich. Dabei soll nicht ein Programm relativ isoliert betrachtet werden, sondern alle Programme im Rahmen der EU-Strukturpolitik mit Relevanz für den Tourismus berücksichtigt werden. Ebenso die in deren Folge realisierten und finanzierten Projekte. Eine weitere inhaltliche Differenzierung findet durch die Einbeziehung zweier aufeinander folgender Programmplanungsperioden (2000 bis 2006 und 2007 bis 2013) statt. Ähnlich wie in methodisch-konzeptioneller Hinsicht, bestehen hierbei auch in fachlich-inhaltlicher Sicht alternative Optionen.

Denn die einzelnen Förderprogramme der EU sind in der Regel querschnittsorientiert und setzen unterschiedliche Handlungsfelder und Maßnahmenswerpunkte aus verschiedenen Bereichen der Regionalentwicklung fest. Hierdurch können dann dementsprechend Auswirkungen auf diese unterschiedlichen Bereiche der regionalen Entwicklungen erwartet werden. In Bezug auf das LEADER+-Programm der Förderperiode 2000 bis 2006 mit dem Ziel der Förderung einer „integrierten Entwicklung des ländlichen Raumes“, werden dabei unterschiedliche Wirkungsfelder sichtbar.

In Hinblick auf die Förderschwerpunkte des Programmes wie z.B. „Steigerung der Attraktivität ländlicher Räume“ mit den Handlungsansätzen „Neue Technologien“, „Qualifizierung“, „Mobilität“, „Versorgung“ oder „Steigerung der Einkommen“ (Ansätze, u.a.: Vermarktung, Zuerwerb Land- und Forstwirtschaft) sowie „Natürliche Potenziale“ und „Nachhaltige Tourismusentwicklung“ können dabei Wirkungen auf unterschiedliche Bereiche erwartet werden. Diese Wirkungen können dann infolge eines solchen pragmatischen Evaluationsansatzes überprüft und bewertet werden. Zu evaluierende Wirkungsfelder stellen in diesem Zusammenhang, u.a. die möglichen Wirkungen auf die demografische Entwicklung dar, etwa durch Maßnahmen oder Projekte zur Förderung einer aktiven Ortsentwicklung und Dorferneuerung mit einer damit verbundenen Stärkung der Innen- und Bestandsentwicklung von Kommunen gegenüber der bislang üblichen Neuausweisung von Wohnflächen im Außenbereich.

In diesem Zusammenhang können zudem Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung und der Mobilität des ländlichen Raumes die demografische Entwicklung beeinflussen. Ferner sind zudem Wirkungen in Bezug auf den Arbeitsmarkt, die regionale Wirtschaft sowie die Tourismusentwicklung durch das LEADER+-Programm zu erwarten, bspw. durch die angestrebte Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen in ländlichen Räumen, einerseits innerhalb der Landwirtschaft (durch die Förderung des Zuerwerbs land- und forstwirtschaftlicher Betriebe sowie der Vermarktung regionaler Produkte) und andererseits durch die Schaffung alternativer Einkommensmöglichkeiten über den Landwirtschaftsbereich hinaus, z.B. im Dienstleistungsbereich (Tourismus).

Programme und Maßnahmen innerhalb der EU-Strukturpolitik können des Weiteren auch die Siedlungs- und Agrarstrukturen beeinflussen, insbesondere durch die bereits erwähnten Maßnahmen wie bspw. die Stärkung der Innenentwicklung oder in Bezug auf die Agrarstrukturen durch Maßnahmen zum Erhalt bzw. zur Inwertsetzung der sog. „Natürlichen Potenziale“ wie etwa Naturparks, landschaftsprägende Elemente oder die Förderung erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe, und der damit verbundenen Schaffung alternativer Verdienstmöglichkeiten für Landwirte über die Lebensmittelproduktion hinaus. Auf diese Weise kann dann ein Beitrag zum Erhalt landwirtschaftlicher Betriebe erreicht werden, oder zur Modernisierung bzw. Diversifizierung dergleichen, so dass somit schließlich der Erhalt bestehender Agrarstrukturen in ländlichen Regionen gefördert wird, mit positiven Impulsen auch für die Tourismusentwicklung.

Darüber hinaus können im Rahmen der EU-Strukturpolitik und ihrer Förderinstrumente weitere Wirkungen auf die Entwicklung von harten und weichen Standortfaktoren einer Region wie der Westpfalz beobachtet werden. Dazu zählen die Wirkungsfelder Wirkungen bzw. Einfluss auf den regionalen Strukturwandel (durch die Förderung der Nutzung neuer Technologien, der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen, v.a. in ländlichen Räumen), Einfluss auf die Nutzung endogener, regionseigener Potenziale und der damit verbundenen Wirkungen auf Identität und Image einer Region, Einfluss auf die regionale Verkehrs- und Energiepolitik durch die Förderung der Mobilität, vor allem in Bezug auf die Entwicklung innovativer Konzeptionen mit Pilotcharakter zur Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum oder die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien, ebenso vor allem in Hinblick auf innovative Konzepte.

Daraus können sich letztlich insbesondere durch innovative Projekte innerhalb von LEADER oder INTERREG auch Einflüsse und Wirkungen auf die Innovationsfähigkeit einer Region ergeben. Als weitere qualitative Aspekte der Regionalpolitik können infolge der EU-Förderprogramme sowie in deren Rahmen realisierter und finanzierter Projekte Wirkungen, Effekte und Einflüsse auf die Bereiche Kooperation, Vernetzung, Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch entstehen.

Aus diesen Ausführungen wird daher deutlich, dass neben methodischen Alternativen, auch aus fachlich-inhaltlicher Sicht verschiedenen Alternativen, in Form unterschiedlicher Wirkungsfelder der EU-Strukturpolitik sichtbar werden, um den Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die regionale Entwicklung erfassen und bewerten zu können. Je nach spezifischem Untersuchungsgegenstand können dabei unterschiedliche Evaluationsansätze gewählt werden, die entweder stärker qualitativ oder eher quantitativ-statistisch orientiert sein können. So werden Untersuchungen hinsichtlich der Wirkungen auf den Arbeitsmarkt oder auf die regionale Wirtschaftsentwicklung eher quantitativ-statistisch (auf Basis von Indikatoren) orientiert sein, die Analyse der Wirkungen auf die Tourismusentwicklung dagegen im Wesentlichen eher qualitativ (auf Basis von Kriterien) orientiert sein. Dies verdeutlicht, dass die Methode Evaluation mit ihrer hohen Flexibilität und der damit verbundenen Möglichkeit Forschungsstudien individuell, fallbezogen (d.h. je nach Untersuchungsgegenstand / Wirkungsfeld) konzipieren zu können, besonders geeignet ist, den Einfluss der EU-Strukturpolitik auf unterschiedliche Bereiche der regionalen Entwicklung zu erfassen.

Im weiteren Verlauf der Analyse findet nun eine Beschränkung auf den Bereich der Tourismusentwicklung statt, da eine Untersuchung aller genannten Wirkungsfelder den Rahmen dieser Dissertation sprengen würde. Dabei sollen v.a. die Wirkungen der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des touristischen Angebotes, auf die Nutzung regionseigener Potenziale sowie auf die Vernetzung, Kooperation und den Erfahrungsaustausch im Tourismus untersucht werden. Wie bereits in der Zielsetzung angedeutet, eignet sich der Tourismusbereich aus mehreren Gründen als Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit. Einerseits stellt der Tourismus ein zentrales Entwicklungspotenzial des ländlichen Raumes der Westpfalz, sowie ländlicher strukturschwacher Regionen generell, dar. Andererseits ist die Förderung des Tourismus als ein wesentlicher Schwerpunkt sowohl innerhalb der EU-Strukturpolitik als auch innerhalb der regionalen und lokalen Entwicklung der Westpfalz anzusehen. Schließlich haben Maßnahmen zur Entwicklung des Tourismus einen deutlichen Mehrwert, d.h. sie können positive Impulse und Wirkungen auch auf weitere Bereiche der Regionalentwicklung (z.B. Stärkung der Region als Wohnstandort, Erhöhung des Freizeitwertes als weicher Standortfaktor innerhalb der Wirtschaftsentwicklung, etc.) entfalten.

Somit wird sich aus methodisch-konzeptioneller Sicht an der Vorgehensweise des Evaluationsansatzes des rheinland-pfälzischen LEADER+Programms orientiert, jedoch aus fachlich-inhaltlicher Sicht eine eindeutige Abgrenzung, sowohl aus räumlicher, als auch aus sektoraler Sicht gegenüber diesem Evaluationsansatz vorgenommen.

### **2.3.1 Theoretische Grundlagen zur Methode der Evaluation**

Nach der Wahl eines pragmatischen Evaluationsansatzes als dieser Arbeit zugrundeliegender konzeptioneller Ansatz und der fachlich-inhaltlichen Begrenzung auf den Tourismusbereich werden nun im Folgenden die theoretischen Grundlagen der Evaluation dargelegt, und dabei insbesondere ihre Bedeutung für die Umsetzung der EU-Strukturpolitik aufgezeigt, ehe schließlich das spezifische Evaluationsdesign der Arbeit entwickelt wird.

Ursprünglich stammt die Evaluation aus dem Bereich der Fachplanungen und wurde zunächst insbesondere in den USA angewandt, so werden die Anfänge der Evaluationsforschung in die 1930-er Jahren datiert.<sup>67</sup>

In den USA erfuhr die sog. „Politikevaluation“ schließlich in den 60-er Jahren einen ersten Aufschwung, welcher sich mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auch in Deutschland und Europa beobachten ließ. Diese Staaten traten zu diesem Zeitpunkt in eine Phase („sozialdemokratischer“) „Interventions- und wohlfahrtsstaatlicher Reformpolitik“ ein. Wobei diese „Reformpolitik“ auf einer spezifischen „verwaltungspolitischen“ Vorstellung beruhte. Dabei wird betont, dass „Aufbau und Nutzung von Planungs-, Informations- und Evaluationskapazitäten“ als „konzeptionelle, organisatorische und personelle Voraussetzung“ notwendig sind, um die Fähigkeit des Staates zu „aktiver Politik“ zu sichern. Letztlich liegt hierbei ein Modell „rationaler Politik“ zugrunde, in dessen „dreiphasigem Politikzyklus“ bestehend aus „Politikformulierung, Politikimplementierung und Politikwirkungen“ der Evaluation schließlich eine „zentrale Analyse- und Rückmeldefunktion“ zugeschrieben wurde.<sup>68</sup> Daher werden Evaluationen seit den 60-er Jahren als „Analysewerkzeug für die Entwicklung und Implementierung von staatlichen Programmen eingesetzt“,<sup>69</sup> insbesondere in den Bereichen Verkehr, Städtebau, Wohnungswesen und Regionalpolitik. Diese „Planungseuphorie“, welche in der Vorstellung einer „verwissenschaftlichen Politik“ (CAMPBELL) ihren Höhepunkt sah, fand jedoch in den 70er Jahren infolge der ersten Erdölkrise im Jahr 1973 ein recht abruptes Ende, wobei die Planungseuphorie in „Ernüchterung und Skepsis“ umschlug.

Dennoch hat sich die Methode der Politikevaluation als „Verfahren und Instrument der Politik- und Verwaltungsführung“ in einer „breiten Palette von Politikfeldern“ nicht zuletzt durch die „Raumwirksamkeit“ der Bundes- und Landespolitik, etabliert. Ein sichtbares Zeichen hierfür ist der Aufbau eines „Informationssystems zur laufenden Raumbewertung bei der „Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumplanung (BfLR) sowie der Bildung eines Arbeitskreises „Wirkungsanalysen und Erfolgskontrolle“ in Verantwortung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Eine zweite Phase des Bedeutungsgewinns der Evaluation lässt sich schließlich Ende der 80-er / Anfang der 90-er Jahre erkennen. Dabei lassen sich sowohl neue Impulse als auch eine teilweise Neuausrichtung in der Politikevaluation erkennen. Aufgrund wachsender Kritik der Kosten des „expansiven“ Wohlfahrtsstaates ebenso wie auch durch den zunehmenden Druck der Haushaltskonsolidierung „vollzog sich in der Politikevaluation eine inhaltliche Umorientierung.“ Demzufolge stand von nun an vor allem die „Kosteneffizienz“ bzw. „Kostenreduzierung“ im Vordergrund.

Neue Impulse bzw. neue Bedeutung gewann die Evaluation in Deutschland zu Beginn der 90-er Jahre. Infolge des „Beitritts“ der DDR wurden umfassende Evaluationen der dortigen Wissenschafts- und Forschungslandschaft vorgenommen, wodurch schließlich Anstöße gegeben wurden ebenso auch in Westdeutschland Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen einer Evaluation zu unterziehen. Eine verstärkte Bedeutung kommt diesen Evaluationen in jüngster Vergangenheit zudem durch die intensiven Diskussionen um die sog. „PISA-Studie“ der OECD zu.

---

<sup>67</sup> Vgl. Wiechmann, Thorsten; Baier, Markus (2004): Evaluationen in der Regionalentwicklung – Eine vernachlässigte Herausforderung für die Raumplanung, in: ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 6 / 2004, Hannover, S. 388.

<sup>68</sup> Vgl. Wollmann, Hellmut: a.a.O., S. 275.

<sup>69</sup> Vgl. Wiechmann, Thorsten; Baier, Markus (2004): a.a.O., S. 388.

Weitere wesentliche Impulse gingen ferner von der EU-Strukturpolitik aus. Die Bedeutung der Evaluation für die Umsetzung der EU-Strukturpolitik wird dabei in einem der folgenden Kapitel ausführlich behandelt werden. Darüber hinaus verzeichnen Evaluationen durch ein verändertes Verwaltungshandeln im Sinne des sog. „New Public Management“ einen Bedeutungsgewinn, wobei vor allem der „Institutionalisierung und Nutzung verwaltungsinterner Evaluationsverfahren“ eine entscheidende Bedeutung zukommt. Letztlich tragen schließlich noch die Verschärfung des Verteilungskampfes um die raumbedeutsamen Haushaltsmittel,<sup>70</sup> sowie die verstärkt zu beobachtende Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte und der damit verbundenen Notwendigkeit eines effizienten und zielgerichteten Einsatzes von Fördermitteln zu einer zunehmenden Bedeutung von Evaluationen bei. Aufgrund neuer Herausforderungen und veränderter Rahmenbedingungen in der regionalen Entwicklung, ist davon auszugehen, dass „steigende Anforderungen an Effizienz und Effektivität von Programmen und Projekten“<sup>71</sup> einen weiteren Bedeutungsgewinn von Evaluationen fördern werden.

Neben den bereits erwähnten zentralen Aufgaben, wie bspw. die Bewertung eines bestimmten Gegenstandes, nehmen Evaluationen darüber hinaus auch jeweils bestimmte Funktionen ein, diese werden gemäß STOCKMANN unterschieden in Erkenntnisfunktion, Kontrollfunktion, Dialogfunktion sowie Legitimitätsfunktion. Dabei hat zunächst die Erkenntnisfunktion der Evaluation den Zweck, durch das „Sammeln, die Aufbereitung und die Herstellung von Zusammenhängen zwischen bestimmten Sachverhalten“ dazu beitragen, „den zu evaluierenden Gegenstand transparenter und besser verständlich zu machen.“<sup>72</sup> Des Weiteren kommt der Kontrollfunktion die zentrale Bedeutung innerhalb des Evaluationsprozesses zu. Die Kontrollfunktion soll hierbei, um „korrigierende Eingriffe“ in den Evaluationsgegenstand zu ermöglichen, „den durch die Umsetzung z.B. eines Programms erzielten Output“ identifizieren und analysieren. Weiterhin zielen Evaluationen im Rahmen ihrer Dialogfunktion darauf ab, „die Kommunikation und Koordination unter den beteiligten und betroffenen Akteure zu verbessern“, um vor allem „Konflikte zu vermeiden oder zu lösen“ sowie „auch Lernprozesse zu initiieren.“<sup>73</sup> Schließlich können die Ergebnisse einer Evaluation als Legitimation dienen, gegenüber Geldgebern, Steuerzahlern und Bürgern, etc. (sog. „Legitimationsfunktion“).

Evaluationen lassen sich vor allem anhand des „Evaluierungsstadiums“ und anhand des „Evaluierungsobjektes“ unterscheiden. Zunächst ist eine Evaluierung „in verschiedenen Stadien möglich, dabei ist der Zeitpunkt für die Evaluierung entscheidend“<sup>74</sup>, so dass letztendlich „Ex-ante-Evaluation“, die „begleitende bzw. Ongoing“- sowie die Ex-post-Evaluation unterschieden werden können. Dabei hat eine Ex-ante-Evaluation die zentrale Aufgabe, „die Wirkungen einer Politik / Planung vorab abzuschätzen (sog. „pre-assessment“).“<sup>75</sup> Daher ist dieser Evaluationstyp darauf konzentriert, die „positiven wie negativen Folgen von Planungs- und Handlungsalternativen vorab zu identifizieren“ und „damit die Auswahlentscheidung transparenter zu machen.“

---

<sup>70</sup> Vgl. Wollmann, Helmut: a.a.O., S. 276.

<sup>71</sup> Vgl. Kistenmacher, Hans (2003), a.a.O., S. 106.

<sup>72</sup> Vgl. Stockmann, Reinhard (2000): Evaluation in Deutschland, in: Stockmann, Reinhard (Hrsg.): Evaluationsforschung – Grundlagen und ausgewählte Forschungsfelder, Opladen, S. 11 ff.

<sup>73</sup> Vgl. Stockmann, Reinhard (2000): a.a.O., S. 11 ff.

<sup>74</sup> Vgl. Gornig, Martin; Toepel, Kathleen (1998): Evaluierung von Wettbewerbsmodellen in der Regionalpolitik. Das Regionalprogramm in Schleswig-Holstein, in ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Jahrgang 56, Heft 2 / 3 1998, S. 161.

<sup>75</sup> Vgl. Wollmann, Helmut: a.a.O., S. 274.

Aufgrund dieser Zielsetzung weist die Ex-ante-Evaluation konzeptionelle Gemeinsamkeiten sowohl mit der Nutzwertanalyse (ex ante) als auch mit anderen Ansätzen der „Folgenabschätzung“, wie etwa der Umweltfolgen- oder Gesetzesfolgenabschätzung<sup>76</sup> auf.

Die sog. „laufende“, auch „formative“ bzw. „Ongoing-Evaluation“ setzt dagegen „im Politikzyklus modellhaft mit dem Beginn der Implementations- bzw. Umsetzungs- und Durchführungsphase ein.“ Ziel ist hierbei, dass „analytisch gewonnene Informationen“ über Verlauf und erste Ergebnisse des Implementationsprozesses „laufend und unmittelbar an die relevanten Akteure rückgemeldet werden.“ Somit lässt sich die wesentliche Funktion einer „Ongoing-Evaluation“ mit der „Ermöglichung einer Korrektur und Umsteuerung“ formulieren. Als eine bestimmte Variante von „Ongoing-Evaluationen“ kann in diesem Zusammenhang die Begleitforschung unterschieden werden. Hierbei wird dann einem „begleitenden“ Forschungsteam zusätzlich zu einem Analyseauftrag aufgetragen, sich mit den Projektbeteiligten „in eine ständige Kommunikation und Interaktion“ zu treten und dabei „einen Lernprozess in Gang zu setzen und zu halten“, der es ermöglicht „ggf. Korrekturen durchzuführen.“<sup>77</sup>

Als dritte Variante laufender Evaluationen werden die unterschiedlichen Formen des Monitorings angesehen. Monitoring bezeichnet an dieser Stelle alle Verfahren, die wie bspw. Indikatoren gestützte Raubeobachtungssysteme als „laufende Beobachtung und Informationsbeschaffung“ darauf ausgerichtet sind „relevante Veränderungen zu erfassen, zu speichern und gegebenenfalls rückzumelden.“<sup>78</sup> Schließlich bezeichnet ein drittes Evaluationsstadium die sog. „Ex-post-“ oder „summative Evaluation, welche auch als „klassische“ Variante der Evaluation angesehen wird.<sup>79</sup> Diese Methode „setzt typischerweise nach Abschluss der evaluierenden politischen Programme, Planungen und Maßnahmen ein“ und wird aus diesem Grund auch „Programmevaluation“ genannt. Der Sinn dieser Analysen besteht zum einen darin, „die Zielerreichung bzw. Zielverfehlung des Handlungsprogramms / der Planung / der Maßnahme (im Sinn eines auch Erfolgskontrolle genannten „Soll-Ist-Vergleichs“)“ zu ermitteln, sowie zum anderen auch „diese (kausal) bedingten Faktoren zu identifizieren („Wirkungsanalyse“).<sup>80</sup>

Welche dieser unterschiedlichen Evaluationsmethoden letztlich zum Einsatz kommt ist vor allem davon abhängig, „wer was zu welchem Zweck evaluiert.“<sup>81</sup> Dabei ist diese Entscheidung jeweils im Vorfeld einer jeden Evaluation zu klären. In diesem Zusammen sind nach WIECHMANN / BAIER unterschiedliche Ziele einer Evaluierung denkbar: Diese reichen von der „reinen Informationsgewinnung“ über „die Vorbereitung und Legitimation von Entscheidungen“ bis hin zu einer „Optimierung und Qualifizierung von Programmen und Maßnahmen.“<sup>82</sup> Diese Ausführungen verdeutlichen, dass die einzelnen Evaluationsmethoden sich vor allem hinsichtlich ihres Zweckes und ihrer Reichweite unterscheiden, dabei lassen sich nach GORNIG / TOEPEL insgesamt vier Evaluationsarten unterscheiden: Vollzugskontrolle, Wirkungskontrolle, Zielerreichungskontrolle sowie Effizienzkontrolle.

---

<sup>76</sup> Vgl. Wollmann, Hellmut: a.a.O., S. 274.

<sup>77</sup> Wiechmann, Thorsten; Baier, Markus (2004): a.a.O., S. 388.

<sup>78</sup> Vgl. Wollmann, Hellmut: a.a.O., S. 274 f.

<sup>79</sup> Wiechmann, Thorsten; Baier, Markus (2004): a.a.O., S. 388.

<sup>80</sup> Vgl. Wollmann, Hellmut, a.a.O., S. 275.

<sup>81</sup> Vgl. Rossi / Freeman 1993; Patton 1997, zitiert in: Wiechmann, Thorsten; Baier, Markus (2004): a.a.O., S. 388.

<sup>82</sup> Vgl. Wiechmann, Thorsten; Baier, Markus (2004): a.a.O., S. 388.

Innerhalb der Vollzugskontrolle wird zunächst überprüft, „inwieweit die geplanten Maßnahmen umgesetzt, d.h. vollzogen wurden.“ Wobei dies sowohl in Bezug auf die Implementation eines Programms, als auch in Bezug auf einzelne Maßnahmen untersucht werden kann.

Die sich anschließende Wirkungskontrolle gestaltet sich bereits aus methodischer Sicht erheblich schwieriger, insbesondere dann, wenn neben einer „rein deskriptiven Beschreibung der Wirkungsverläufe“ auch die Herstellung „kausaler Wirkungszusammenhänge“ angestrebt werden soll. Wobei diese methodischen Schwierigkeiten und Herausforderungen im Rahmen der Evaluation in einem der nachfolgenden Kapitel noch ausführlich behandelt werden. Bezüglich der Wirkungskontrolle sehen WIECHMANN / BAIER im Fehlen einer „unabhängigen Kontrollvariable“ innerhalb der Regionalentwicklung die zentrale Schwierigkeit aus methodischer Sicht, die oftmals eine „Kausalitätsprüfung“ verhindert. Eine solche „unabhängige Kontrollvariable“ würde eine „in allen wesentlichen Eigenschaften identische Region darstellen“, in der „das Programm bzw. eine Maßnahme nicht durchgeführt wurde.“

Neben Vollzugs- und Wirkungskontrolle stellt die Zielerreichungskontrolle eine weitere Evaluationsart dar. Wesentliche Aufgabe einer Zielerreichungskontrolle ist es dabei zu untersuchen, „inwieweit die angestrebten Ziele eines Programms bzw. einer Maßnahme tatsächlich erreicht wurden.“ Wobei auch an dieser Stelle erneut methodische Schwierigkeiten sichtbar werden, so sind zwar laut WIECHMANN / BEIER „grundsätzliche Aussagen zur Stringenz und Plausibilität der Ziel-Mittel-Wahl (Ziel-Mittel-Stringenz) möglich“, jedoch eine Zielerreichungskontrolle im engeren Sinn, in Form „einer belastbaren Aussage darüber, inwieweit die angestrebten Ziele erreicht wurden“, ist hingegen „kaum durchführbar.“<sup>83</sup> Ursachen hierfür sehen Experten zum einen bei den methodischen Schwierigkeiten bei der Wirkungsanalyse, zum anderen darin, als dass die „Ziele in den Plänen und Konzepten zumeist nicht ausreichend operationalisiert werden.“<sup>84</sup> Schließlich zielt die Effizienzkontrolle auf Aussagen „über das Verhältnis der eingesetzten Ressourcen (v.a. in finanzieller Art) zu den erreichten Zielen und Wirkungen eines Programms bzw. einer Maßnahme zu erhalten“ ab. Dabei geht es vor allem „um Aussagen zum Kosten-Nutzen-Verhältnis.“<sup>85</sup>

Bei einer solchen Effizienzkontrolle lassen sich jedoch die (direkten) Kosten in der Regel wesentlich leichter erfassen als der Nutzen eines Programms bzw. einer Maßnahme. Abschließend lässt sich in diesem Zusammenhang feststellen, dass die verschiedenen Evaluationsarten „in einer logischen Abfolge stehen“: Dabei stellt jede Evaluationsart „die Basis für die nachfolgenden Evaluationsarten dar“, so erfordert bspw. „jede Zielerreichungskontrolle Wirkungskontrollen“ und „jede Effizienzkontrolle Zielerreichungs- und / oder Wirkungskontrollen.“ Diese angedeuteten methodischen Probleme, Restriktionen und Herausforderungen, können letztlich dazu führen, dass eine Art „Abkürzung“<sup>86</sup> zur nächsten Evaluationsstufe genommen werden muss.

---

<sup>83</sup> Vgl. Wiechmann, Thorsten; Baier, Markus (2004): a.a.O., S. 389.

<sup>84</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>85</sup> Vgl. Ebenda, S. 390.

<sup>86</sup> Vgl. Ebenda.

Neben dem Evaluationsstadium und der Evaluationsart bildet das Evaluationsobjekt eine weitere Dimension „zur Systematisierung unterschiedlicher Evaluationsformen.“<sup>87</sup> Eine Unterscheidung nach der Art des Evaluierungsobjekts berücksichtigt dabei die „unterschiedlichen Aggregationsebenen, auf denen die Maßnahmen betrachtet werden können.“ In diesem Zusammenhang kann sowohl das Interventionsprogramm insgesamt (sog. „Makroebene“) untersucht werden, wobei hier die Gesamtstruktur des Programms und die Ausgestaltungsregeln auf dem Prüfstand stehen, sowie auf der anderen Seite einzelne konkrete Projekte (sog. „Mikroebene“), indem der Erfolg einer Einzelmaßnahme analysiert wird.<sup>88</sup>

Das jeweilige Ziel einer Evaluation ist daher letztlich stark kontextabhängig und hängt u.a. von Evaluierungsstadium, Evaluierungsobjekt oder Evaluierungszweck ab. Des Weiteren hängt auch der Aufbau einer Evaluationsstudie vom jeweiligen Kontext ab, der im sog. „Evaluationsdesign“ dargestellt und erläutert wird. Aufgrund dieser „starken Kontextabhängigkeit der Methode kann zudem kein allgemeingültiger Aufbau als auch Ablauf von Evaluationsstudien definiert werden.“ Ungeachtet dessen gibt es dennoch einige von der DeGEval (Deutsche Gesellschaft für Evaluation e.V.) formulierte Standards, „welche die Grundlage zahlreicher Studien bilden.“ Demnach sollen Evaluationen vor allem vier grundlegende Eigenschaften erfüllen: Nützlichkeit („Evaluationen sollen sich am jeweiligen Zweck der Studie sowie am Informationsbedarf der Nutzer ausrichten“), Durchführbarkeit („Evaluationen sollen realistisch, durchdacht, diplomatisch und kostenbewusst geplant und ausgeführt werden“), Fairness („Evaluationen sollen respektvoll und fair mit den betroffenen Personen und Gruppen umgehen“) und Genauigkeit („Evaluationen sollen gültige Informationen und Ergebnisse zu dem jeweiligen Evaluationsgegenstand und den Evaluationsfragestellungen hervorbringen und vermitteln“).<sup>89</sup>

Von diesen vier grundlegenden Eigenschaften ausgehend wurden insgesamt 25 sog. „subsumierte Einzelstandards“ abgeleitet, welche „einen Beitrag zur Sicherung und Entwicklung der Qualität von Evaluationen leisten,“ sowie „konkrete Hinweise für die Planung und Durchführung von Evaluationsstudien geben.“ In diesem Zusammenhang wird u.a. vorgegeben, dass „die erzielten Ergebnisse, Schlussfolgerungen oder Empfehlungen nachweisbar auf empirisch gewonnenen Daten beruhen müssen“, ebenso sollen Evaluationen „dem aktuellen Stand wissenschaftlicher Techniken und Forschungsmethoden angepasst sein.“<sup>90</sup>

---

<sup>87</sup> Vgl. Goring, Martin; Toepel, Kathleen (1998): a.a.O., S. 161.

<sup>88</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>89</sup> Vgl. Deutsche Gesellschaft für Evaluation e.V. (Hrsg.) (2001): Standards für Evaluationen – Ausgabe 2001, verfügbar unter <http://www.devegal.de>.

<sup>90</sup> Vgl. Ebenda.

### 2.3.2 Die Bedeutung der Evaluation für die Umsetzung der EU-Strukturpolitik

Nach Ansicht von Experten stammen die wichtigsten Impulse zur Evaluation im Bereich der Regionalentwicklung aus EU-Programmen, „denen jedoch im Wesentlichen ein traditionelles Evaluationsverständnis mit allen vier Evaluationsarten zugrunde liegt.“<sup>91</sup> Generell wird hierbei ein „positiver Einfluss der Evaluationskultur durch die Strukturfonds“<sup>92</sup> auf die nationale Ebene attestiert, indem nun auch verstärkt Bundesprogramme einer Erfolgskontrolle unterzogen werden und die Evaluation heute schließlich als „unabdingbarer Bestandteil integrierter Handlungskonzepte“<sup>93</sup> gilt: So findet nun u.a. ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer im Rahmen einer Erfolgskontrolle des Bundes-Länder-Programms „Soziale Stadt“ statt, ebenso wurden jährliche Fortschrittsberichte im Rahmen des Solidarpakts II eingeführt. Aus diesem Grund, sowie aufgrund der besonderen Zielsetzung dieser Arbeit erscheint es nun nach dieser eher allgemeinen Einführung in die Methodik der Evaluation notwendig, sich speziell mit dem Evaluationskonzept innerhalb der EU-Strukturpolitik auseinander zusetzen.

Den rechtlichen und konzeptionellen Rahmen für die Anwendung bzw. Durchführung von Evaluationen im Bereich der EU-Strukturpolitik bildet vom Grundsatz her die Verordnung 1260 / 1999 des Rates vom 21. Juni 1999 „mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds“ sowie eine Reihe von sog. „methodischen Arbeitspapieren“ der Kommission „als Anleitung bei der Durchführung von Evaluationen.“<sup>94</sup> Wie bereits angedeutet liegt der Evaluation der EU-Strukturfonds und –Gemeinschaftsinitiativen ein „traditionelles Evaluationsverständnis“ mit allen vier Evaluationsarten (Vollzugs-, Wirkungs-, Zielerreichungs- und Effizienzkontrolle) zugrunde. Dabei stehen insbesondere „Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge“ im Mittelpunkt, „weshalb überwiegend quantitativ-statistische Analysen zum Einsatz kommen.“ Dieser Ansatz weist nach Meinung von Experten Schwächen auf, die „insbesondere bei komplexen Sachverhalten deutlich werden.“<sup>95</sup> Zwischenzeitlich kam es jedoch zu einer methodischen Weiterentwicklung des Evaluationskonzeptes der EU-Strukturpolitik, wobei Elemente einer formativen Evaluierung integriert wurden, „die verstärkt auf Lerneffekte bei den beteiligten Akteuren setzten.“<sup>96</sup> Dabei wird zunehmend deutlich, dass die Kommission eine „systematische und indikatorengeordnete Evaluation“ durchsetzen möchte, zudem ist eine „schrittweise Auslagerung der Evaluation aus den Behörden auf unabhängige externe Sachverständige“ zu erkennen.<sup>97</sup> Dies lässt darauf schließen, dass die Kommission ihre Bemühungen „auf Transparenz, Vergleichbarkeit und Rationalität“ konzentriert hat, damit ist die Funktion der Evaluation „eindeutig nach außen gerichtet“ und orientiert sich „auf die Berichterstattung und Legitimation“<sup>98</sup> (in Form von Quantifizierungen).

---

<sup>91</sup> Vgl. Wiechmann, Thorsten; Baier, Markus (2004): a.a.O., S. 390.

<sup>92</sup> Vgl. Eltges, Markus (2001): Politik braucht Evaluierung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 325.

<sup>93</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>94</sup> Vgl. Eltges, Markus (2001): a.a.O., S. 325.

<sup>95</sup> Vgl. Wiechmann, Thorsten; Baier, Markus (2004): a.a.O., S. 390.

<sup>96</sup> Vgl. Bougas, Anastassios (2001): Progress and challenges in the evaluation of European structural policies, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 311.

<sup>97</sup> Vgl. Eser, Thimo W. (2001): Evaluation und Qualitätsmanagement – Anforderung und Konsequenzen für die EU-Strukturpolitik, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 328.

<sup>98</sup> Vgl. Ebenda.

Die Evaluation im Rahmen der EU-Strukturpolitik wurde infolge einer grundlegenden Reform der EU-Strukturfonds im Jahre 1988 und der damit verbundenen Einführung der Prinzipien „Konzentration“, „Partnerschaft“, „Zusätzlichkeit“ sowie „Programmplanung“ zur Programmphase 1989-1993 erstmalig durchgeführt. Dabei standen von Beginn an sowohl die „Bewertung (Evaluation)“ als auch die „Begleitung der Maßnahmen“ in einem engen Zusammenhang.<sup>99</sup> Notwendig war hierbei zunächst der Aufbau einer gewissen Datenbasis, die anschließend eine Evaluation ermöglichte. Zu dieser Zeit wurden jedoch lediglich eine Ex-ante sowie eine Ex-post-Evaluation durchgeführt, mit dem Zweck „die Existenz und den Einsatz der Strukturfonds abzusichern.“<sup>100</sup>

Jedoch wurde die Evaluation zunächst „häufig eher als lästig empfunden“, „weil extrem zeitaufwendig, die Ergebnisse oft ärgerlich, weil nicht zutreffend, zu theoretisch-abstrakt“, sowie in den meisten Fällen als „zeitlich überholt“,<sup>101</sup> all diese Kritiken beeinträchtigten stark die politische Umsetzbarkeit der Evaluationen. Dies änderte sich jedoch in der Förderperiode 1994-1999, die „wesentlich klarere Vorgaben im Hinblick auf Evaluationen“<sup>102</sup> mit sich brachte. Nun wurden gemäß Art. 6 der Rahmenverordnung die sog. „Vorausbeurteilung“ (Ex-ante-Evaluation), die „Begleitung“ bzw. „Halbzeitbewertung“ (Zwischenevaluation) sowie die „Ex-post-Bewertung“ eingeführt. Insbesondere durch die Einführung der „Zwischenbewertung“ erfuhren Evaluationen nun eine stärkere Akzeptanz. Durch die Zwischenbewertungen konnte erstmals noch während der Förderperiode „die Notwendigkeit, die gewählte Strategie, die Effektivität und Effizienz der Förderung, das Programmmanagement und Begleitsystem durch unabhängige Sachverständige“ überprüft und bewertet werden. Der Hauptnutzen liegt darin dass die jeweiligen Gutachter eine Reihe von Empfehlungen „zur Erhöhung der Effizienz und Effektivität, zur Erhöhung der Zielgerichtetheit und Passfähigkeit einzelner Förderschwerpunkte bzw. -instrumente“, sowie zur Vermeidung von Überschneidungen gaben und darüber hinaus auf Schwachstellen und Problemstellung hinweisen.“<sup>103</sup> Diese Zwischenevaluationen ermöglichten es nun, „Anpassungen in den Programmen vorzunehmen“, somit standen dabei „Lerneffekte im Vordergrund.“<sup>104</sup> Letztlich führte die „ausführliche und offene Diskussion“ der Ergebnisse zu „einem echten Qualitätsmanagement“ der Europäischen Strukturfondsprogramme.<sup>105</sup>

Gemäß des Prinzips der Koordination oblag die Beurteilung und Bewertung in der gemeinsamen Verantwortung von Kommission und Mitgliedstaaten. Die einzelnen Evaluationsstadien wurden dabei in unterschiedlicher Zuständigkeit betreut und durchgeführt: So führte bspw. die Kommission die Ex-ante-Bewertungen gemeinsam mit den Mitgliedstaaten durch, während die Zwischenevaluationen meist von den Mitgliedstaaten behördenintern vorgenommen wurden, wobei die Begleitausschüsse jeweils die Sachverständigen benannten. Darüber hinaus brachte auch die zweite große Strukturfondsreform im Rahmen der AGENDA 2000 eine erneute methodische Weiterentwicklung des Evaluationskonzeptes im Rahmen der EU-Strukturpolitik mit sich, im Sinne einer „Präzisierung von Kriterien und Organisation der Bewertungen.“

---

<sup>99</sup> Vgl. Eser, Thimo W. (2001): a.a.O., S. 327.

<sup>100</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>101</sup> Vgl. Scheffel, Karin (2001): Evaluierung – Chance oder Last ? Eine Betrachtung aus Bundessicht, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 315.

<sup>102</sup> Vgl. Eser, Thimo W. (2001): a.a.O., S. 327.

<sup>103</sup> Vgl. Scheffel, Karin (2001): a.a.O., S. 315.

<sup>104</sup> Vgl. Eser, Thimo W. (2001): a.a.O., S. 327.

<sup>105</sup> Vgl. Scheffel, Karin (2001): a.a.O., S. 315.

Durch die Einführung eines jährlichen Berichtswesens zu den einzelnen Ex-ante-, Zwischen- und Ex-post-Evaluierungen bildete sich praktisch ein „permanenter Evaluierungsprozess“ heraus.<sup>106</sup> Des Weiteren zu Beginn der Programmplanungsperiode 2000 bis 2006 festgelegt, dass für die Ex-ante-Bewertung nun in erster Linie der Mitgliedstaat zuständig ist, und diese darüber hinaus in das Programmplanungsdokument zu integrieren sind. Dabei soll auch bereits eine Liste an Indikatoren für die spätere (Zwischen- und Ex-post)-Evaluation aufgestellt werden. Dagegen soll nun die Halbzeitbewertung sowie deren Aktualisierung von der im Mitgliedstaat zuständigen Verwaltungsbehörde organisiert werden, sowie von unabhängigen Sachverständigen durchgeführt, und schließlich von der Kommission im Hinblick auf ihre Relevanz überprüft werden. Wobei an dieser Stelle „eine Anpassung des Programmkomplements zum Programmplanungsdokument daraufhin möglich ist.“<sup>107</sup> Dagegen fällt die Ex-post-Evaluation unter die Verantwortung der Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten. Auch die Ex-post-Evaluation soll wie Zwischenbewertung von unabhängigen Sachverständigen durchgeführt werden. Wesentlicher Zweck der Bewertung ist hierbei die Abschätzung des Erfolges eines Programms.

Diese wesentlichen Neuerungen in der vorangegangenen Förderperiode bilden nun auch das Grundgerüst für die Evaluationen in der aktuell laufenden Programmplanungsperiode 2007 bis 2013, wesentliche Neuerungen sind nicht mehr erfolgt, so dass das Evaluationskonzept der EU-Strukturpolitik nach wie vor dreistufig aufgebaut ist und dabei durch die jährlichen Durchführungsberichte ergänzt wird. Der gewachsener Stellenwert der Evaluierung in der Regionalentwicklung insgesamt und speziell im Bereich der EU-Strukturpolitik bringt zahlreiche Herausforderungen für deren Umsetzung mit sich: So enthält die Strukturfondsverordnung zwischenzeitlich teilweise „sehr detaillierte Vorschriften“ zu den einzelnen Stufen der Evaluierung, zu Indikatoren sowie zu Begleitsystemen. Dabei müssen in der Folge die Programmentwürfe der Mitgliedstaaten diese Anforderungen „umfassend berücksichtigen.“<sup>108</sup> Für die verantwortlichen Akteure auf regionaler Ebene bedeutet dies vor allem, dass eine „steigende Kompetenz in der Programmsteuerung“ notwendig wird. Diese soll u.a. durch „nachvollziehbare Zielfestlegungen“, ein „umfassendes Monitoring“ und eine „neutrale Untersuchung“ erreicht werden.<sup>109</sup> Infolgedessen wird der Verwaltungs- und Koordinierungsaufwand deutlich zunehmen, ebenso werden „sehr hohe, für den Verwaltungsalltag oft zu hohe Anforderungen an Methodenwissen“<sup>110</sup> gestellt.

Weiterhin nimmt der „Umfang und Detaillierungsgrad“ der Programme deutlich zu, was nach Ansicht von Experten sowohl Chancen als auch Risiken mit sich bringt: So wird einerseits bestätigt, dass „die Passfähigkeit der Instrumente, der Informationsgehalt und die Transparenz der Programme verbessert werden konnten.“<sup>111</sup> Andererseits wird befürchtet, dass „die Programmabwicklung insgesamt schwerfälliger werden könnte“ und „häufige Änderungsanträge unvermeidlich würden.“<sup>112</sup>

---

<sup>106</sup> Vgl. Toepel (2000) zitiert in: Wiechmann, Thorsten; Baier, Markus (2004): a.a.O., S. 390.

<sup>107</sup> Vgl. Eser, Thimo W. (2001): a.a.O., S. 328.

<sup>108</sup> Vgl. Scheffel, Karin (2001): a.a.O., S. 316.

<sup>109</sup> Vgl. Schubert, Alexandra (2001): Das Evaluierungskonzept der Strukturfonds und die deutsche Verwaltung – ein nicht spannungsfreies Verhältnis, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 318 f.

<sup>110</sup> Vgl. Ebenda, S. 319.

<sup>111</sup> Vgl. Scheffel, Karin (2001): a.a.O., S. 316.

<sup>112</sup> Vgl. Ebenda.

Darüber hinaus wird der verstärkte Einsatz externer Experten bei Evaluationen im Bereich der EU-Strukturpolitik differenziert bewertet. Neben zahlreichen Chancen, die eine solche Vorgehensweise mit sich bringt, werden durchaus auch Risiken gesehen. Dies vor allem in Bezug darauf, als dass externe Evaluatoren „für wesentliche Teile ihres Wissens grundsätzlich auf Insider und deren Kooperationswilligkeit angewiesen sind.“ Ebenso wird an dieser Stelle angeführt, dass externe Evaluatoren „die Spezifika der einzelnen Programme oft nicht richtig erfassen“ und auf diese Weise teilweise „zu verzerrten Aussagen kommen.“<sup>113</sup> Schließlich werden in diesem Zusammenhang noch bestehende, ungelöste methodische Fragen im Evaluationskonzept der EU angeführt, welche im Folgenden aufgezeigt werden sollen.

Ungeachtet aller noch vorhandenen konzeptionellen und methodischen Probleme, sowie ungeachtet des hohen Verwaltungsaufwandes wird jedoch allgemein anerkannt, dass die Evaluationskonzeption für die Strukturfonds „einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Programmmanagements leistet. Dies v.a. infolge des sog. „MEANS-Projekts“<sup>114</sup> und dessen wissenschaftlichen Begleitarbeiten, sowie ferner der Arbeitspapiere zur Programmumsetzung bzw. Programmbewertung. Hierdurch trägt die Kommission dazu bei „EU-weit einheitliche Evaluierungsstandards“ festzulegen, ebenso wird „eine Evaluierungskultur auf dem Gebiet der europäischen Strukturpolitik etabliert.“<sup>115</sup>

### **2.3.3 Evaluationsdesign der vorliegenden Arbeit**

Aus den vorangegangenen Ausführungen lässt sich erkennen, dass gemäß der Zielsetzung dieser Arbeit die Evaluation als geeignete Methode erscheint, den Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung der Region Westpfalz am Beispiel des Tourismus im Sinne einer Wirkungskontrolle zu erfassen und zu bewerten. Dabei ist es zunächst notwendig, die vorliegende Arbeit gegenüber den üblichen, vorgeschriebenen Evaluationen im Rahmen der EU-Strukturpolitik abzugrenzen.

In diesem Zusammenhang ist dabei vor allem zu erwähnen, dass diese Arbeit den Einfluss bzw. Wirkungen der EU-Strukturpolitik auf einen bestimmten Sektor, den Bereich des Tourismus untersucht. Des Weiteren wird nicht ein Programm relativ isoliert betrachtet, sondern die gesamte EU-Strukturpolitik berücksichtigt, und es werden hierbei sowohl quantitative als auch qualitative Aspekte untersucht. Darüber hinaus werden nicht nur die einzelnen Programme betrachtet, sondern auch die infolgedessen realisierten, sowie von der EU teilfinanzierten Leitprojekte und deren Einfluss auf die Entwicklung des Tourismus. Ebenso wird die Bedeutung der EU-Strukturpolitik für eine bestimmte Raumkategorie (ländliche strukturschwache Räume) am Beispiel eines konkreten Untersuchungsraumes aufgezeigt. Aus methodischer Sicht wird dabei statt einer quantitativen eine verbalargumentativ und qualitativ ausgerichtete Evaluation angewandt: Denn es geht im Rahmen dieser Arbeit nicht in erster Linie um eine Vollzugskontrolle, sondern es sollen am Beispiel des Tourismus in der Westpfalz die vielfältigen direkten sowie indirekten Impulse und Einflussfaktoren der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen aufgezeigt werden. Schließlich steht darüber hinaus die Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik innerhalb dieser Dissertation wesentlich stärker im Vordergrund als bei anderen Evaluierungen im Rahmen der EU-Strukturpolitik.

---

<sup>113</sup> Vgl. Schubert, Alexandra (2001): a.a.O., S. 317.

<sup>114</sup> MEANS = „Methods for Evaluating Actions of Structural Nature“

<sup>115</sup> Vgl. Scheffel, Karin (2001): a.a.O., S. 316.

Am Beispiel des Untersuchungsraumes soll dabei aufgezeigt werden, wie die EU-Strukturpolitik künftig effizienter gestaltet werden kann, welche Schwerpunkte künftig bei der Förderung ländlicher strukturschwacher Regionen im Rahmen der EU-Strukturpolitik gesetzt werden sollten, und welche Optimierungspotenziale konkret bei der Umsetzung im Untersuchungsraum bestehen. Nach dieser inhaltlich-thematischen Abgrenzung soll nun im Folgenden das der Arbeit zugrundeliegende spezifische Evaluationsdesign vorgestellt werden. Das Evaluationsdesign legt dabei die Methodik der Durchführung fest und muss gemäß WOTTAWA / THIERAU mindestens Aussagen zu den Aspekten Evaluationsziel, Evaluationsbereich, Evaluationsobjekt, Evaluationsort, Evaluationsmodell sowie Evaluationsnutzung enthalten.<sup>116</sup>

Das zentrale Evaluationsziel der vorliegenden Arbeit liegt zunächst darin, die Wirkungen der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung der Region Westpfalz am Beispiel des Tourismus zu erfassen. Im Vordergrund steht dabei v.a. die Kontrollfunktion im Hinblick auf eine Wirkungskontrolle der einzelnen EU-Förderprogramme und der in deren Folge im Untersuchungsraum umgesetzten Projekte. Darüber hinaus werden anschließend konzeptionelle Ansätze zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik entwickelt, so dass im Rahmen dieser Arbeit sowohl die summative, als auch die formative Funktion der Evaluation gleichermaßen Berücksichtigung finden.

Die Erfassung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz erfolgt in drei direkt aufeinander aufbauenden Analyseschritten. Zunächst wird dabei die Bedeutung der EU-Förderprogramme in der Förderperiode 2000 bis 2006 für den Tourismus in der Westpfalz bewertet. Wobei die einzelnen Förderprogramme zunächst hinsichtlich ihres Aufbaues und ihrer inhaltlich-thematischen Schwerpunkte analysiert werden, um anschließend die jeweiligen Entwicklungsziele, Förderschwerpunkte und -prioritäten ebenso wie die vorgesehenen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Relevanz für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz bewerten zu können. Es sollen hierbei sowohl mögliche direkte als auch indirekte Auswirkungen der Programme auf den Bereich des Tourismus berücksichtigt werden. Darüber hinaus werden sowohl quantitative (sog. „harte Standortfaktoren“) als auch qualitative Aspekte der Tourismusedwicklung miteinbezogen.

Nach Betrachtung der Programmebene (Makroebene) wird untersucht, wie die einzelnen EU-Förderprogramme letztlich konkret im Untersuchungsraum umgesetzt werden. Wobei dies generell in der Form geschieht, dass konkrete Projekte initiiert und von der EU finanziert werden, die geeignet erscheinen die spezifischen Ziele der jeweiligen Programme in der Praxis realisieren zu können. Im Rahmen dieser Arbeit werden zu diesem Zweck drei regionale Leitprojekte ausgewählt und hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz bewertet. Die einzelnen Projekte werden zunächst vorgestellt, sowie hinsichtlich ihrer Ziele in den touristischen Gesamtkontext der Westpfalz eingeordnet. Anschließend werden die direkten und indirekten Auswirkungen der Projektebene (Mikroebene) auf den Bereich des Tourismus untersucht. Ebenso sollen hierbei erneut sowohl quantitative als auch qualitative Aspekte miteinbezogen werden. Als dritter Analyseschritt zur Erfassung des Einflusses der EU-Strukturpolitik werden schließlich Erfahrungen, Erkenntnisse und Bewertungen der regionalen Akteure und Entscheidungsträger miteinbezogen, wobei hier in erster Linie die Ergebnisse der vorangegangenen Analysen empirisch überprüft werden sollen.

---

<sup>116</sup> Vgl. Wottawa, Heinrich; Thierau Heike (2003): Lehrbuch Evaluation, 3. korrigierte Auflage, Bern et al., S. 55 ff.

Bezüglich des Evaluationsbereiches dieser Arbeit ist zu erwähnen, dass die Evaluationsstudie im Bereich der EU-Strukturpolitik als Teil der regionalen Strukturpolitik und damit Teildisziplin der allgemeinen, gesamtwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftspolitik von in diesem Fall überstaatlichen (supranationalen) Hoheitsträgern durchgeführt wird.

Dabei wird aus sektoraler Sicht die Umsetzung und die Wirkung der EU-Strukturpolitik im bzw. auf den Tourismusbereich evaluiert. Darüber hinaus wird auch die räumliche Ebene berücksichtigt, im Sinne einer bestimmten Region und ihrer Teilräume. Den Ort der Durchführung dieser Evaluation (Evaluationsort) bildet demnach die Region Westpfalz im Bundesland Rheinland-Pfalz. Wobei im weiteren Verlauf dieser Arbeit der Evaluationsort auf zwei Teilräume der Region Westpfalz begrenzt wird, namentlich der Teilraum „Pfälzer Wald“ bzw. aus administrativer Sicht der Landkreis Südwestpfalz, sowie der Teilraum „Pfälzer Bergland“ bzw. der Landkreis Kusel. Gegenstand der Studie sind dabei sowohl eine externe Dokumenten- und Datenanalyse, als auch die direkte Feldforschung innerhalb des Evaluationsortes. Des Weiteren wird als Evaluationsobjekt die EU-Strukturpolitik und ihre Umsetzung in der ländlichen strukturschwachen Region Westpfalz festgelegt.

In diesem Zusammenhang werden zunächst die Förderprogramme des Bundeslandes Rheinland-Pfalz sowie die regionalen Entwicklungsstrategien speziell im Untersuchungsraum bzw. Evaluationsort evaluiert. Anschließend werden dann die in deren Folge im Evaluationsort entwickelten bzw. umgesetzten großen touristischen Leitprojekte ebenfalls einer Evaluation zugeführt. Zur Orientierung werden dabei übergeordnete Fragestellungen formuliert, welche direkt aus der Zielsetzung abgeleitet werden können:

- Welcher Zusammenhang besteht zwischen der EU-Strukturpolitik und der Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz ?
- Was sind die wesentlichen Ziele und Entwicklungspotenziale des Tourismus in der Westpfalz ? Welchen Beitrag leistet die EU-Strukturpolitik bei der Erreichung dieser Ziele und bei der Nutzung der vorhandenen Potenziale ?
- Welche Wirkungen haben die einzelnen Förderprogramme der EU in Bezug auf die touristische Entwicklung der Westpfalz ?

Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen diesen verschiedenen Förderprogrammen ? Werden Synergien gefördert ?

- Welche Wirkungen hat die EU-Strukturpolitik in Bezug auf die vorhandenen Disparitäten innerhalb des touristischen Angebotes in der Westpfalz ?
- Welche konkreten Projekte werden infolge der EU-Förderprogramme im Untersuchungsraum zur Förderung des Tourismus umgesetzt ?

Werden durch diese Projekte die in den Förderprogrammen angestrebten Ziele und Wirkungen letztlich auch in der Praxis erreicht ?

- Wie bewerten die regionalen Akteure die Wirkungen bzw. den Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz ?
- Welche Möglichkeiten gibt es die Wirkungen bzw. die Effizienz der EU-Strukturpolitik in der Region Westpfalz zu erhöhen ?

Bezüglich des Evaluationsmodells lässt sich feststellen, dass es das zentrale Ziel bzw. die wesentliche Intention dieser Evaluationsstudie ist, eine Wirkungskontrolle der EU-Strukturpolitik in der Region Westpfalz und ihren Teilräumen am Beispiel des Tourismusbereichs durchzuführen. Neben einer Wirkungskontrolle soll darüber hinaus im Rahmen dieser Evaluation zusätzlich in Ansätzen auch eine Vollzugs- und Zielerreichungskontrolle stattfinden.

Aufgrund der aufgezeigten methodischen Restriktionen insbesondere in Form des sog. „Kausalitäts“- und „Indikatorenproblems“ erfolgt die Kontrolle der Wirkungen dabei in qualitativer, verbal-argumentativer und deskriptiver Form anhand von Kriterien (in Form der übergeordneten Fragestellungen) und nicht anhand von Indikatoren. Trotz dieser methodischen Restriktionen soll diese Arbeit dennoch einen gewissen Beitrag dazu leisten, das Kausalitätsproblem zumindest teilweise zu überwinden, indem mit Hilfe der Evaluation nachgewiesen werden soll, dass die EU-Strukturpolitik als Ursache von (positiven) Wirkungen, Einflüssen und Impulsen im Tourismus innerhalb der Westpfalz anzusehen ist.

Dabei werden die für die Wirkungskontrolle notwendigen primärstatistischen Daten vor allem durch Methoden der empirischen Sozialforschung gewonnen. Angewandt werden hierzu qualitative Methoden, in Form einer leitfadengestützten Expertenbefragung von regionalen Akteuren und Entscheidungsträgern in den beiden ausgewählten Teilräumen der Region Westpfalz. Die Operationalisierung der einzelnen Kriterien erfolgt auf Basis der oben formulierten Querschnittsfragen. Innerhalb dieser Expertenbefragungen soll insbesondere überprüft werden, inwieweit die mit den Förderprogrammen beabsichtigten Zielen und Wirkungen tatsächlich in der Praxis (d.h. durch die in deren Folge realisierten Projekte) erreicht wurden.

Das Ergebnis der Evaluation in Form der Bewertung des Einflusses bzw. der Wirkungen der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz ergibt sich dann schließlich durch einen Vergleich zwischen bzw. ein in Beziehung setzen dieser primärstatistischen Daten mit den sekundärstatistischen Daten aus den vorangegangenen Analysen: Zum einen der Analyse und Bewertung der einzelnen EU-Förderprogramme hinsichtlich ihrer Relevanz bzw. ihrer Wirkungen auf den Tourismusbereich im Rahmen einer Dokumentenanalyse sowie von Analyse und Bewertung der Wirkungen der infolgedessen im Untersuchungsraum initiierten Projekte. Dabei werden letztlich die Erkenntnisse dieser Analysen und Bewertungen mit den Ergebnissen der Expertenbefragungen verglichen, um so den Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz abschließend bewerten zu können. Diese Bewertung erfolgt hierbei in Form der verbal-argumentativen Bewertungsmethode.

Da im Rahmen dieser Arbeit zwei aufeinanderfolgende Förderperioden (2000 bis 2006, sowie 2007 bis 2013) in der EU-Strukturpolitik untersucht werden, ist die Evaluation sowohl summativ als auch formativ ausgerichtet. Dabei erfolgt die Evaluation in Bezug auf die bereits abgeschlossene Förderperiode 2000 bis 2006 in erster Linie „Ex-post“ bzw. „summativ“, in Bezug auf die aktuell laufende Programmplanungsperiode dagegen „On-going“ bzw. formativ. Schließlich handelt es sich bei dieser Evaluationsstudie um eine externe Evaluation, da der Evaluator nicht an der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Region Westpfalz beteiligt war oder ist. Als letzter Bestandteil dieses Evaluationsdesigns wird nun die Evaluationsnutzung festgelegt. In diesem Zusammenhang werden die Ergebnisse auf zweifache Art und Weise genutzt: Einerseits direkt in der vorliegenden Arbeit, wo die Ergebnisse als Basis bzw. Grundlage dienen für die Entwicklung der konzeptionellen Ansätze zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen in Teil C.

Andererseits werden die Ergebnisse und Erkenntnisse der Arbeit den regionalen Akteuren und Entscheidungsträgern zur Verfügung gestellt und können dann in der Folge gemäß der formativen Funktion einer Evaluation entsprechend von diesen zur Initiierung von Lernprozessen genutzt werden.

### **2.3.4 Empirisch-analytische Untersuchungen als Datengrundlage**

In Bezug auf die Evaluationsmethodik sind wie die vorausgegangenen Ausführungen bereits verdeutlicht haben noch einige Defizite und Probleme zu bewältigen. Gleiches gilt für die Methoden und Verfahren zur Gewinnung der für die Durchführung einer Evaluation notwendigen Datengrundlage. So liegt trotz eines gewissen „methodischen Vorwärtstrends“ noch kein „generalisierungsfähiges Methodik-Konzept“ vor. Daher handelt es sich bei den derzeitigen Verfahren „in der Regel um einen Mix aus Datenerhebungen sowie Befragungen über Interviews und Fragebogen in Verbindung mit Wirkungs- sowie Stärken / Schwächen-Analysen.“<sup>117</sup>

Wie bereits angedeutet, wird daher auch im Rahmen der vorliegenden Arbeit ein Mix aus Datenerhebungen und Befragungen angewandt. Zur Gewinnung der notwendigen sekundärstatistischen Daten wird somit zunächst eine Strukturanalyse des Tourismusbereichs in der Westpfalz durchgeführt, in Verbindung mit Elementen einer Stärken-Schwächen-Analyse. Wobei zu diesem Zweck vor allem bestehende Tourismuskonzeptionen im Sinne einer Dokumentenanalyse untersucht werden, um zentrale Ziele sowie ferner Stärken, Schwächen, Entwicklungsperspektiven des Tourismus in der Westpfalz zu erfassen. Diese Datengrundlagen sind notwendig um im Rahmen der Evaluation den Einfluss bzw. den Beitrag sowie die Wirkungen der EU-Strukturpolitik auf den Tourismusbereich im Untersuchungsraum bewerten zu können.

Darüber hinaus wird die Methodik der Dokumentenanalyse angewandt um den Zusammenhang zwischen der EU-Strukturpolitik und der Entwicklung des Tourismus herzustellen, sowie die Relevanz der einzelnen EU-Förderprogramme für den Tourismus zu erfassen bzw. zu bewerten. Die hierdurch gewonnenen Daten werden dann im Sinne einer Wirkungskontrolle mit den Ergebnissen einer verbal-argumentativen Analyse der Wirkungen der infolge der Förderprogramme im Untersuchungsraum entwickelten Tourismusleitprojekte und vor allem mit den Ergebnissen der Expertenbefragung verglichen. Auf diese Weise kann dann im Sinne einer Wirkungskontrolle überprüft werden, ob die mit den Förderprogrammen beabsichtigten Ziele, Impulse und Wirkungen in Bezug auf die Tourismusentwicklung der Westpfalz tatsächlich auch in der Praxis erreicht werden. Ferner können Beitrag und Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus abschließend bewertet werden, insbesondere bezüglich der Nutzung vorhandener Entwicklungspotenziale oder des Abbaus von regionsspezifischen Entwicklungshemmnissen. Zur Gewinnung der notwendigen primärstatistischen Daten stehen grundsätzlich zwei methodische Optionen aus der empirischen Sozialforschung zur Verfügung. Einerseits quantitative Methoden in Form von schriftlichen Befragungen mit geschlossenem Fragenkatalog. In Bezug auf den spezifischen Untersuchungsgegenstand dieser Dissertation wäre dabei u.a. eine schriftliche Befragung von privaten Tourismusanbietern bzw. Übernachtungsbetrieben denkbar.

---

<sup>117</sup> Kistenmacher, Hans (2003), a.a.O., S. 108.

Hierbei könnte dann erfragt bzw. untersucht werden, inwieweit diese Fördergelder der EU erhalten haben um Investitionen in ihren Betrieben zu tätigen. In diesem Zusammenhang könnte zudem überprüft werden, inwieweit diese Investitionen auch ohne finanzielle Unterstützung der EU durchgeführt worden wären. Weitere potentielle Fragestellungen wären ferner, ob das Förderangebot der EU-Strukturpolitik den privaten Tourismusakteuren ausreichend bekannt ist und woher diese Informationen in erster Linie bezogen werden (Ministerien, Kreisverwaltungen, LAGen, etc.). Als alternative Vorgehensweise ist an dieser Stelle die qualitative Befragung im Rahmen von Experteninterviews mit standardisierten Gesprächsleitfäden mit offenem Fragenkatalog anzusehen. Dabei kommen als potentielle Interviewpartner insbesondere die regionalen Experten und Entscheidungsträger in Bezug auf die Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Tourismusbereich (Landräte, Bürgermeister, Vertreter der LAGen, Tourismusverantwortliche in den Kommunen, etc.) in Frage. Inhaltliche Schwerpunkte dieser Experteninterviews, könnten dabei vor allem Fragen nach der Relevanz der einzelnen Förderprogramme für die Tourismusentwicklung in der Westpfalz, nach den infolgedessen realisierten und finanzierten Projekten und deren Effekten sowie der Bedeutung der EU-Strukturpolitik für den touristischen Entwicklungsprozess (Kooperation, Vernetzung, Erfahrungsaustausch, etc.).

Ferner können in diesem Zusammenhang Defizite und Problemfelder bei der Umsetzung der Förderprogramme erfasst werden, ebenso wie Handlungsfelder zur konzeptionellen Weiterentwicklung. Aufgrund der Zielsetzung dieser Arbeit, die neben der Erfassung von Wirkungen und Einflüssen der EU-Strukturpolitik, insbesondere auch Defizite bei der Umsetzung und Handlungsempfehlungen für künftige Förderperioden formulieren will, ist die qualitative Befragung an dieser Stelle einer quantitativen Befragung vorzuziehen. Denn einerseits können durch einen standardisierten, offenen Fragenkatalog ergänzende Erkenntnisse und Bewertungen zu den sekundärstatistischen Analysen gewonnen werden und zudem die Ergebnisse dieser Analysen empirisch überprüft werden. Andererseits ist diese spezifische Thematik nicht für schriftliche, quantitative Befragungen im großen Stil geeignet, da sowohl Kenntnisse der EU-Strukturpolitik allgemein als auch der notwendige regionale Background nötig sind, um den Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Tourismusentwicklung in der Westpfalz abschließend bewerten zu können. Des Weiteren sollen im Rahmen der Analyse neben den sog. „harten“, quantifizierbaren Aspekten (z.B. Entwicklung der Übernachtungs- und Gästezahlen) vor allem auch sog. „weiche“, qualitative Aspekte der Tourismusentwicklung (Einfluss der EU-Strukturpolitik auf Kooperation, Vernetzung, Erfahrungsaustausch sowie Nutzung der endogenen Potenziale) berücksichtigt werden. Aus diesen Gründen ist eine qualitative Vorgehensweise in Form einer Expertenbefragung mit standardisierten Gesprächsleitfäden mit offenem Fragenkatalog zur Erreichung der Zielsetzung am effizientesten und zielführendsten.

Bei der Auswahl der Gesprächspartner wird sich dabei auf Akteure des öffentlichen Sektors konzentriert. Dies aufgrund deren Vertrautheit mit der speziellen Materie, sowie aufgrund der Tatsache, dass die Umsetzung der EU-Strukturpolitik in Deutschland eng in das bestehende Verwaltungssystem integriert ist und die großen touristischen Leitprojekte, die im Rahmen dieser Dissertation näher untersucht werden sollen, sich allesamt in öffentlich-kommunaler Trägerschaft (z.B. in Trägerschaft von Gemeinden, Landkreisen oder Zweckverbänden) befinden. Daher ist an dieser Stelle eine Befragung der verantwortlichen Entscheidungsträger und Akteure am zielführendsten. Durch deren intensive Einbindung wird zudem auch die Akzeptanz und Legitimität der Evaluationsergebnisse gestärkt, sowie letztlich die Umsetzung der Handlungsempfehlungen im Sinne eines regionalen Lernprozesses gefördert. Schließlich soll mit Hilfe dieser Vorgehensweise zur Gewinnung der primärstatistischen Daten das beschriebene Kausalitätsproblem (d.h. die genaue Zuordnung von Ursache und Wirkung) zumindest teilweise überwunden werden.

Wobei in diesem Zusammenhang vorab zu erwähnen ist, dass es relativ wenige geeignete Experten zu der vorliegenden Thematik gibt. So gibt es zahlreiche Experten im Bereich der EU-Strukturpolitik allgemein, welche jedoch nicht genau die spezifische Ausgangssituation im Untersuchungsraum einschätzen können: So können diese Experten bspw. keine genauen Bewertungen hinsichtlich der Wirkungen der letztlich im Rahmen der EU-Strukturpolitik in der Westpfalz initiierten Projekte auf den Tourismus abgeben. Hierzu sind in erster Linie die entsprechenden regionalen Akteure bzw. Entscheidungsträger notwendig, von denen sich dann aber im Gegenzug nur recht wenige detailliert im Bereich der EU-Strukturpolitik allgemein auskennen.

Daher wurden letztlich regionale Experten und Entscheidungsträger als geeignete Gesprächspartner ausgewählt (vgl. hierzu Tab. 3), die einerseits in gewissen Maße mit der Umsetzung der EU-Strukturpolitik vertraut sind und andererseits auch den entsprechenden „regionalen Background“ haben um Einschätzungen bzw. Bewertungen bezüglich des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus abgeben zu können.

**Tab. 3: Übersicht über die Gesprächspartner der Expertenbefragung**

<b>Name</b>	<b>Funktion / Institution</b>	<b>Datum</b>
Hr. Klaus Jung	Bürgermeister der VG Altenglan, stellvertretender Vorsitzender des Fremdenverkehrszweckverbandes LK Kusel	22.06.2009
Hr. Dr. Stefan Spitzer	Bürgermeister der VG Kusel	22.06.2009
Fr. Sonnenberg	Tourismusbeauftragte der VG Kusel	
Hr. Dipl.-Ing. Theophil Weick	Geschäftsführer und leitender Planer der Planungsgemeinschaft Westpfalz	26.06.2009
Hr. Dipl.-Ing. Stefan Germer	Planungsgemeinschaft Westpfalz	
Hr. Karl-Heinz Schoon	Bürgermeister der VG Schönenberg-Kübelberg	29.06.2009
Hr. Dr. Winfried Hirschberger	Landrat des LK Kusel, Vorsitzender Fremdenverkehrszweckverband LK Kusel, Vorsitzender der LAG „Pfälzer Bergland“	30.06.2009
Fr. Elke Dilzer	Regionalmanagerin und Geschäftsführerin der LAG „Pfälzerwald“, KV Südwestpfalz	01.07.2009
Fr. Heike Müller	Tourismusverein Südwestpfalz, Mitglied der LAG „Pfälzerwald“	
Hr. Winfried Krämer	Bürgermeister der VG Waldfischbach-Burgalben, Mitglied der LAG „Pfälzerwald“	02.07.2009
Fr. Silvia Seebach	Bürgermeisterin der VG Pirmasens-Land	03.07.2009
Hr. Rückel	Verbandsgemeinde Pirmasens-Land	
Hr. Ulrich Lauth	Bürgermeister der VG Hauenstein	08.07.2009
Hr. Wolfgang Bambey	Bürgermeister der VG Dahner Felsenland, Mitglied der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“	13.08.2009

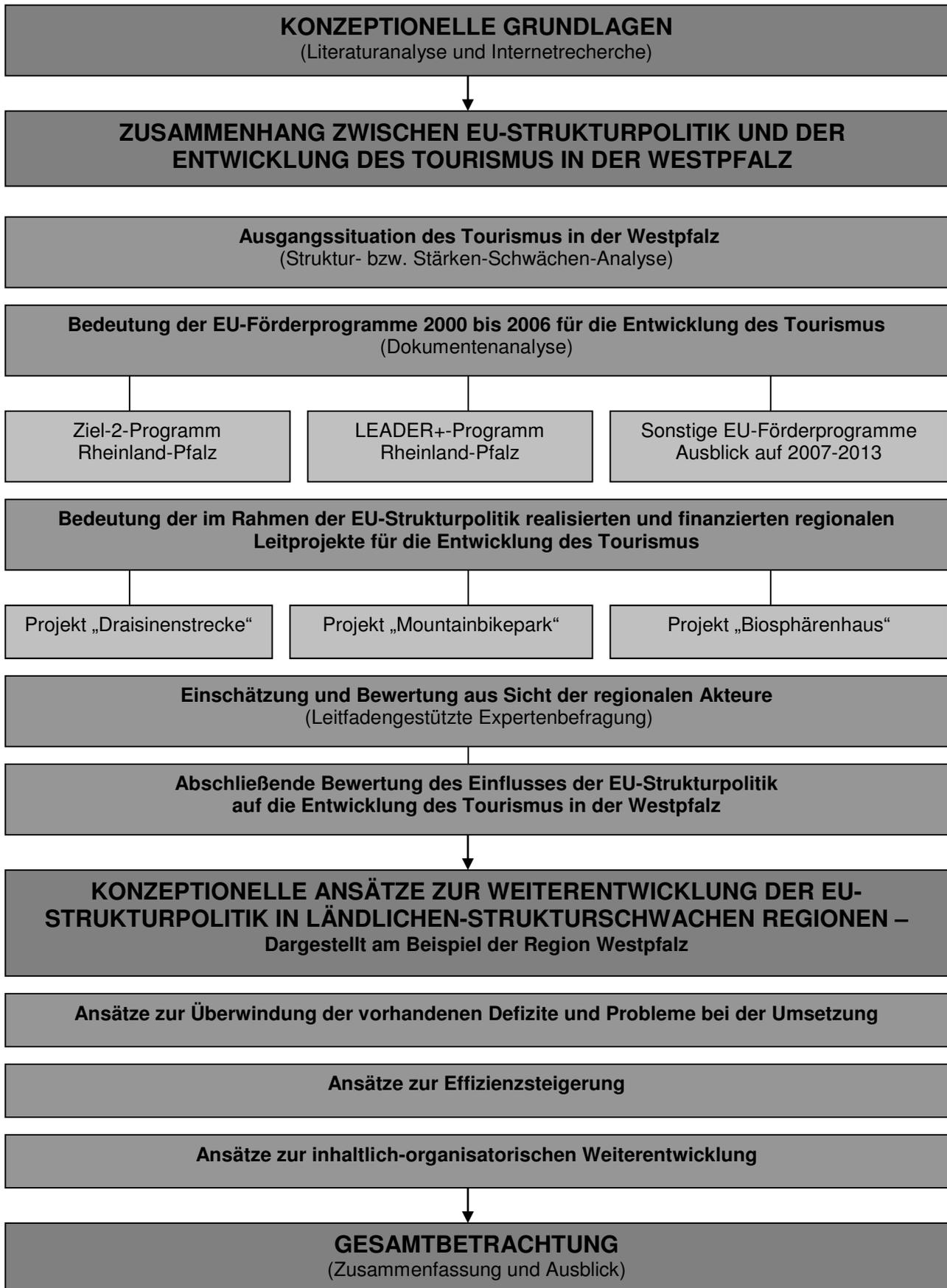
Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

Im Rahmen der durchgeführten Expertengespräche, die sich wie bereits angedeutet auf einen standardisierten Gesprächsleitfaden mit offenen Fragenkatalog stützten, wurden aus diesem Grund regionale Akteure und Entscheidungsträger aus den beiden ausgewählten Teilräumen der Westpfalz bezüglich ihrer Einschätzung und Bewertung befragt. Dabei handelt es sich zunächst um die politischen Entscheidungsträger wie bspw. Landräte sowie Bürgermeister von touristisch geprägten Kommunen bzw. von Kommunen, die sich im direkten Einzugsbereich der vorgestellten regionalen touristischen Leitprojekte befinden. Ergänzend hierzu wurden Vertreter der beiden Lokalen Aktionsgemeinschaften (LAGen) „Pfälzer Bergland“ und „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ (Programmperiode 2000 bis 2006) bzw. „Pfälzerwald“ (Programmperiode 2007 bis 2013) im Rahmen von LEADER befragt, ebenso wie Akteure und Entscheidungsträger aus dem Bereich des Tourismus sowie als gesamtregionale Experten Vertreter der Planungsgemeinschaft Westpfalz.

Die einzelnen Expertengespräche wurden persönlich durchgeführt und dauerten zwischen 30 bis 90 Minuten. Dabei wurden die Gespräche nicht aufgezeichnet, sondern lediglich stichwortartig protokolliert, um anschließend nach Beendigung der Expertengespräche ausführliche Gedächtnisprotokolle anzufertigen. Weitere Informationen über die befragten Experten und den Fragenkomplex werden im weiteren Verlauf dieser Arbeit bei der Auswertung der Expertenbefragung geliefert.

Schließlich kann abschließend zusammenfassend im Rahmen der eigentlichen Evaluation aus diesen vier wesentlichen zentralen Analyseschritten (Struktur- bzw. Stärken-Schwächen-Analyse des Tourismus in der Westpfalz, Dokumentenanalyse der EU-Förderprogramme, Analyse der Wirkungen von touristischen Leitprojekten und Expertenbefragung) der Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz abschließend bewertet werden.

**Abb. 1: Übersicht Vorgehensweise / Methodik**



Entwurf: Eigener Entwurf, 2009

#### **IV. Analyse des Forschungsstandes**

Zum Einstieg in die Thematik wird nun zunächst der aktuelle Forschungsstand erfasst. Zu diesem Zweck werden unterschiedliche Methoden angewandt. Neben einer Literaturanalyse und einer Internetrecherche wird ebenso überprüft, ob bereits in den letzten Jahren wissenschaftliche Arbeiten mit einer ähnlichen Thematik bzw. Zielsetzung verfasst wurden.

Dabei werden die Untersuchungen jeweils auf die Themenbereiche „Europäische Strukturpolitik“ allgemein (hier insbesondere Grundlagen, Wirkungen, Probleme / Defizite, Methoden zur Erfassung der Wirkungen) sowie speziell die Umsetzung im Untersuchungsraum, „Entwicklung Ländlicher Räume“ (hier insbesondere spezifische Probleme, Herausforderungen, Entwicklungsperspektiven, Förderprogramme und Förderinstrumente) sowie auf Veröffentlichungen zur Thematik „Entwicklung der Region Westpfalz“ unter besonderer Berücksichtigung des Tourismus (raumstrukturelle Ausgangssituation – v.a. spezifische Probleme, Ausgangssituation speziell im Tourismus in Bezug auf Stärken, Schwächen, Entwicklungspotenziale und Entwicklungsdefizite) konzentriert.

In diesem Zusammenhang berücksichtigte die Literaturanalyse insbesondere wissenschaftliche Aufsätze und Beiträge in den für die Thematik relevanten Fachzeitschriften, dazu zählen: „Informationen zur Raumentwicklung“ (Herausgeber: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung), „Raumforschung und Raumordnung“, „Raumplanung“ (Herausgeber jeweils: Akademie für Raumforschung und Landesplanung), „Geographische Rundschau“, „LEADER magazine“ (Herausgeber: Europäische Beobachtungsstelle LEADER), „Der Landkreis“ (Herausgeber: Deutscher Landkreistag), „Ländlicher Raum“ (Herausgeber: Agrarsoziale Gesellschaft e.V.), „Agrarische Rundschau“ (Herausgeber: Ökosoziales Forum Österreich). Ferner dienten ergänzend dazu weitere Monographien sowie Grundlagenwerke (Handwörterbuch der Raumordnung, Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung, etc.) als Beurteilungsgrundlage.

In Bezug auf die durchgeführte Internetrecherche wurde insbesondere das Online-Informationsangebote der EU (Generaldirektion Regionalpolitik und Generaldirektion Agrarpolitik) der zuständigen Bundes- und Landesministerien sowie der Planungsgemeinschaft Westpfalz (sog. „Westpfalz-Informationen“) herangezogen. Weiterhin wurde hierbei eine Stichwortsuche mit Hilfe gängiger Suchmaschinen („Google“, etc.) durchgeführt. Schließlich wurde die Analyse von wissenschaftlichen Arbeiten im Fachbereich Raumplanung bzw. Geographie mit Hilfe des Verzeichnisses „Kommunalwissenschaftliche Dissertationen“ des Deutschen Instituts für Urbanistik – Kommunalwissenschaftliches Informationszentrum realisiert. Dabei wurde überprüft welche wissenschaftlichen Arbeiten im Bereich Raum- und Siedlungsstruktur – Raumplanung, Raumordnung, Landesplanung, Regionalplanung sowie Kreisplanung verfasst wurden. Ergänzend hierzu wurden Forschungsprojekte und wissenschaftliche Arbeiten von raumplanerischen und geographischen Lehrstühlen bzw. Fakultäten und Instituten berücksichtigt.

Als zentrale Ergebnisse der Analyse des Forschungsstandes in der vorliegenden Thematik lässt sich zunächst erkennen, dass zahlreiche Untersuchungen über Auswirkungen der europäischen Strukturpolitik vorhanden sind. Dazu zählen vor allem die vorgeschriebenen Evaluationen der Mitgliedstaaten (Ex-ante-Evaluation, Halbzeitbewertung, Ex-post-Evaluation), aber auch Forschungsprojekte sowie Untersuchungen im Rahmen des Europäischen Forschungsnetzwerkes ESPON (u.a. Wirkungsanalysen zu den Wirkungen der Europäischen Strukturfonds, Fallstudien) ebenso wie Forschungsprojekte auf europäischer Ebene zur Erhöhung der Effizienz von Evaluationen (MEANS-Programm). Im Rahmen dieser Analysen ist dabei häufig eine Konzentration auf die sog. harten Faktoren festzustellen (Effekte der EU-Strukturpolitik auf Wachstum, Beschäftigung und Einkommen).

Aus methodischer Sicht wurden in den letzten Jahren neben den klassischen Ansätzen zur Analyse der Wirkungen einzelner Projekte und Maßnahmen (Kosten-Nutzen-Analysen, Nutzwertanalysen) zahlreiche Ansätze zur Weiterentwicklung bestehender Methoden bzw. neue Methoden zur Erfassung der Wirkungen der europäischen Strukturpolitik entwickelt (sog. Input-Output-Modelle, Einzelgleichungsmodelle zur Evaluierung der Europäischen Strukturfonds, Ansatz zur Modellierung von TREYZ, Trendprojektionen und Standardisierungsansätze, Faktoranalysen, Ökonometrische Analysen). Ebenso wurden insbesondere spezifizierte gesamtwirtschaftliche Methoden wie das QUEST-Modell oder der HERMIN-Modellrahmen (zur Modellierung der Volkswirtschaftslehre der Kohäsionsländer) erst in den letzten Jahren entwickelt.

Dagegen sind Ansätze zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik in der Forschung derzeit lediglich Ansatzweise vorhanden. Dabei werden teils kontroverse Diskussionen geführt, auch in Form wissenschaftlicher Beiträge um die Zukunft der EU-Strukturpolitik. Im Mittelpunkt stehen hierbei Diskussionen um die künftige Ausrichtung / Schwerpunkte der EU-Strukturpolitik (Wachstumsziel versus Ausgleichsziel), sowie um die künftige Kompetenzverteilung zwischen der regionalen, nationalen und europäischen Ebene. Gegenstand wissenschaftlicher Diskussionen sind zudem gegenwärtige Defizite, Probleme und Schwächen der EU-Strukturpolitik, jedoch werden hierbei wenn überhaupt, nur ansatzweise Vorschläge zur Behebung dieser Defizite gemacht. Umfassendere Konzeptionen zur künftigen Gestaltung der EU-Strukturpolitik wurden jedoch bislang nicht entwickelt.

Der zweite zentrale, dieser Arbeit zugrundeliegende Themenbereich „Entwicklung ländlicher (strukturschwacher) Regionen“ ist in den letzten Jahren zunehmend in das Blickfeld des öffentlichen Interesses und damit auch der Forschung gelangt, dies sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. So wurden von der EU Konferenzen zur Entwicklung des ländlichen Raumes durchgeführt (Konferenzen von Cork und Salzburg) und von der nationalen Ebene neue Instrumente und Initiativen zur Förderung des ländlichen Raumes entwickelt (u.a. Modellwettbewerb „Regionen Aktiv“, Integrierte Landentwicklung „ILE“). Dabei sollen v.a. Anstrengungen zur Etablierung einer integrierten Politik zur Förderung des ländlichen Raumes unterstützt werden. Innerhalb der EU-Strukturpolitik kam es zudem durch die Integration in die GAP als 2. Säule „Entwicklung des ländlichen Raumes“ zu einer Neuordnung und angestrebten Vereinfachung (Zusammenfassung der verschiedenen Verordnungen im ELER) der Förderpolitik für den ländlichen Raum.

Die Forschung im Bereich der Thematik „Ländlicher Raum“ um die sich vor allem die OECD bemüht, konzentriert sich dabei auf Untersuchungen bezüglich der Wirkungen der GAP auf die Entwicklung ländlicher Räume (insbesondere die Wirkungen der 1. Säule sowie die Wirkungen der verschiedenen Agrarreformen und ihre Konsequenzen für ländliche Räume) sowie die Analyse der Wirkungen anderer (nationaler) Förderinstrumente anhand von Evaluierungen und Fallstudien wie bspw. der Modellwettbewerb Regionen Aktiv oder der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW).“

Ein weiterer Forschungsschwerpunkt lässt sich des Weiteren im Bereich der Herausforderung der Zukunft in ländlichen Regionen, wozu vor allem der demografische Wandel zählt, identifizieren. Dabei werden verstärkt Möglichkeiten und Strategien zur Bewältigung dieser Herausforderungen diskutiert, ebenso wie die Entwicklungsperspektiven ländlicher Regionen vor diesem Hintergrund. Dennoch sind in diesem Zusammenhang noch stärkere Forschungsaktivitäten notwendig, insbesondere auf nationaler Ebene. Besonderer Bedarf besteht hierbei nach Ansicht von Experten v.a. im Bereich der Politikfolgenabschätzung bei sektorspezifischen Maßnahmen.<sup>118</sup>

## **V. Beitrag der Dissertation zur Forschung**

Bevor nun im Folgenden der eigentliche Einstieg in die Thematik erfolgt, soll zunächst der angestrebte Beitrag dieser Dissertation zur Forschung dargestellt werden. Die Zielsetzung der Arbeit wurde bereits ausführlich erläutert sowie forschungsleitende Fragestellungen formuliert. Zentrales Ziel der Dissertation ist es, den Einfluss der Europäischen Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen zu erfassen und zu bewerten. Damit soll die vorliegende Arbeit einen Beitrag dazu leisten, das sog. Kausalitätsproblem zu überwinden, indem nachgewiesen werden soll, dass ein direkter Zusammenhang zwischen der EU-Strukturpolitik und der Entwicklung der Region Westpfalz besteht: Mit dieser Arbeit soll bewiesen werden, dass die EU-Strukturpolitik als Ursache für zahlreiche positive Impulse innerhalb der regionalen Entwicklung des Untersuchungsraumes anzusehen ist.

Dabei soll eine deutliche Abgrenzung zu den innerhalb der EU-Strukturpolitik vorgeschriebenen (Pflicht-)evaluierungen vorgenommen werden. Diese Dissertation widmet sich der Analyse des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung eines bestimmten Raumtyps (ländliche strukturschwache Regionen). Dies soll dabei anhand eines konkreten Beispiels (Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz) aufgezeigt werden. Die Thematik wird daher sowohl räumlich als auch sektoral begrenzt. Auf der anderen Seite soll hier kein einzelnes EU-Programm relativ isoliert betrachtet werden, sondern die gesamte EU-Strukturpolitik in zwei unmittelbar aufeinanderfolgenden Förderperioden (2000 bis 2006 und 2007 bis 2013). Daher können letztlich die einzelnen Programme sowie die direkt aufeinanderfolgenden Förderperioden in Bezug zueinander gesetzt werden. Darüber hinaus soll bei der Analyse des Einflusses bzw. der Wirkungen der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung der Westpfalz nicht nur die Programmebene berücksichtigt werden, sondern auch die letztlich infolge dieser Programme im Untersuchungsraum umgesetzten und finanzierten Projekte im Bereich des Tourismus.

---

<sup>118</sup> Vgl. hierzu: OECD-Prüfbericht zur Politik für ländliche Räume – Deutschland.

Dabei soll überprüft werden, ob die in den EU-Förderprogrammen formulierten Zielsetzungen letztlich auch in der Praxis realisiert werden. Ferner sollen des weiteren Defizite und Problemfelder der EU-Strukturpolitik am Beispiel des Untersuchungsraumes aufgezeigt werden, um anschließend konzeptionelle Ansätze zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen erarbeiten zu können. Wobei in diesem Zusammenhang alle relevanten Handlungsfelder berücksichtigt werden sollen und somit letztlich der Versuch eines ganzheitlichen konzeptionellen Ansatzes zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik gemacht wird.

Schließlich soll mit dieser Dissertation ein Beitrag zu einer differenzierteren Sichtweise und Bewertung der Thematik geleistet werden, was in den Diskussionen in der Fachwelt bislang aufgrund der Erkenntnisse aus der Literaturanalyse zu wenig versucht wird. Hier dominieren statt dem Versuch einer differenzierten, ausgewogenen Betrachtung bzw. Analyse oftmals teils extrem konträre und eher einseitige Positionen, so etwa bei der Diskussion um die Zukunft der Strukturpolitik auf nationaler und europäischer Ebene. Dabei reichen die konträren Standpunkte von einer vehementen Forderung der Beibehaltung des status quo bis hin zu der Forderung eines grundsätzlichen Paradigmenwechsels. Ähnliches lässt bei der (unterschiedlichen) Bewertung der Effizienz von nationaler und europäischer Strukturpolitik verfolgen.

## **B. ZUSAMMENHANG ZWISCHEN EU-STRUKTURPOLITIK UND DER ENTWICKLUNG DES TOURISMUS IN DER WESTPFALZ**

### **I. Grundlagen der EU-Strukturpolitik und ihre Bedeutung für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen**

#### **1. Einführung in die Thematik „Strukturpolitik“**

Bevor mit der eigentlichen analytischen Arbeit begonnen wird, soll zunächst eine kurze Einführung in die Thematik „EU-Strukturpolitik“ gegeben werden. Diese Einführung beschäftigt sich neben einem Definitionsansatz vor allem mit den Grundlagen der (EU)-Strukturpolitik sowie deren Bedeutung für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen.

#### **1.1 Die Strukturpolitik als Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftspolitik und ihr Verhältnis zur Raumordnung**

Bei intensiverer Beschäftigung mit dem Themenbereich „Strukturpolitik“, insbesondere bei dem Versuch einer Definition bzw. Abgrenzung fällt zunächst eine Vielfalt unterschiedlicher, jedoch ähnlich klingender Begriffe mit der scheinbar gleichen oder zumindest sehr ähnlichen Bedeutung auf. Dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, als dass in der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Literatur diese Begriffe als Synonyme verwandt werden. Neben dem Begriff „Strukturpolitik“ oder „Regionale Strukturpolitik“ werden in der Fachwelt auch die Begriffe „Regionalpolitik“, „Regionale Wirtschaftspolitik“ und „Regionale Wirtschaftsförderung“ verwendet. Daher ist es sinnvoll diese unterschiedlichen Begriffe zu definieren, abzugrenzen und zueinander in Verbindung zu setzen.

Auffallend ist bei dem Versuch einer Definition und Abgrenzung, dass allen diesen Begriffen das Attribut „regional“ gemeinsam ist. Dieses gemeinsame Attribut kennzeichnet laut HANEKLAUS „den angesprochenen Gegenstand zunächst übereinstimmend als einen Wirkungsbereich, der sich auf bestimmte Räume oder Gebietseinheiten bezieht“<sup>119</sup>, so dass sich der Eindruck einer engen inhaltlichen Übereinstimmung zwischen diesen Begriffen zunächst zu bestätigen scheint. Jedoch wurden in der Vergangenheit weitere Präzisierungsbemühungen unternommen, die zum „Teil gravierende Abweichungen erkennen, die sich in der Begriffswahl niederschlagen“<sup>120</sup>. Da die Begriffe „Regionalpolitik“ und „Strukturpolitik / regionale Strukturpolitik“ in der Literatur am häufigsten erwähnt werden, werden zunächst diese beiden Begriffe zueinander abgegrenzt (vgl. hierzu auch Abb. 2).

„Regionale Strukturpolitik“ und „Regionalpolitik“ weisen bei genauerer Betrachtung neben dem gemeinsamen Attribut „regional“ weitere Gemeinsamkeiten auf. Beide Begriffe beschreiben zunächst ein aktives Eingreifen in die wirtschaftliche Entwicklung.

---

<sup>119</sup> Vgl. Haneklaus, Winfried (1991): Regionalpolitik in der Europäischen Gemeinschaft – Ziele, Kompetenzen und Instrumente von Gemeinschaft, Bund und Ländern nach Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte, in: Ernst, Werner; Hoppe, Werner; Thoss, Rainer (Hrsg.): Beiträge zur Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumordnung, Band, 140, Münster, S. 18.

<sup>120</sup> Vgl. Ebenda.

Das Eingreifen in die wirtschaftliche Entwicklung erfolgt dabei durch „die staatliche Beeinflussung der wirtschaftlichen Gegebenheiten und ihrer Entwicklung im Hinblick auf ihre räumliche Verteilung.“<sup>121</sup> Wobei alle diese staatlichen Maßnahmen „der Förderung der Wirtschaftskraft einer Region und der richtigen Ausnutzung der in ihr vorhandenen oder zu entwickelnden Produktionsfaktoren dienen sollen.“<sup>122</sup>

**Abb. 2: Verhältnis zwischen (regionaler) Strukturpolitik und Regionalpolitik**

(regionale) Strukturpolitik	Regionalpolitik
<p><b>Synonyme:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ regionale Wirtschaftspolitik</li> <li>▪ ökonomisch orientierte Regional- und Raumordnungspolitik</li> </ul>	
<p><b>Gemeinsamkeiten:</b></p> <p>Attribut „regional“</p> <p>Gemeinsames Grundanliegen:</p> <p>Eingreifen in die wirtschaftliche Entwicklung in Form eines „interregionalen Transfers von Ressourcen“ zum Abbau von Disparitäten → daher:</p> <p>„Als Teildisziplin der allgemeinen, gesamtwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftspolitik von staatlichen (nationalen) oder überstaatlichen (supranationalen) Hoheitsträgern zu verstehen“</p>	
<p><b>Abgrenzung:</b></p>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ stärkere Nähe zur Wirtschaftspolitik</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ allgemeineres Verständnis: umfasst neben wirtschafts-politischen Aspekten auch gesellschaftliche und kulturelle Bezüge</li> </ul>

Entwurf: Eigener Entwurf, 2009

Jedoch ergeben sich bei genauerer Betrachtung auch gewisse Differenzierungen. Der grundsätzliche Unterschied zwischen „Strukturpolitik“ auf der einen Seite und „Regionalpolitik“ auf der anderen Seite besteht darin, dass die Strukturpolitik bzw. regionale Strukturpolitik „durch die Betonung des strukturpolitischen Elements“<sup>123</sup> eine stärkere Nähe zur Wirtschaftspolitik aufweist. Im Gegensatz dazu kann dem Begriff der Regionalpolitik „ein allgemeineres Verständnis zugrunde liegen, das neben wirtschaftspolitischen Aspekten auch gesellschaftliche und kulturelle Bezüge umfasst“.

<sup>121</sup> Vgl. Eberstein, Hans Hermann (1996): Einleitung, in: Eberstein, Hans Hermann (Hrsg.): Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung, 3. Auflage, 1. Band, Köln, S. A I 6.

<sup>122</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>123</sup> Vgl. Haneklaus, Winfried (1991): a.a.O, S. 18.

Beide Begriffe haben demnach ein gemeinsames Grundanliegen und zielen darauf ab „die Struktur einer Volkswirtschaft anders zu gestalten, als sie sich aufgrund des marktwirtschaftlichen Prozesses ergeben hätte.“<sup>124</sup> Dieses gezielte Eingreifen in die wirtschaftliche Entwicklung geschieht in Form eines „interregionalen Transfers von Ressourcen“ mit dem Ziel „die durch die Marktprozesse entstehende räumliche Allokation zu korrigieren.“<sup>125</sup> Beide Politiken fördern auf diese Weise gezielt die Entwicklung von strukturschwachen Regionen, um bestehende Disparitäten abzubauen, so dass sie „im engeren Sinne als Teildisziplin der allgemeinen, gesamtwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftspolitik von staatlichen (nationalen) oder überstaatlichen (supranationalen) Hoheitsträgern zu verstehen sind.“<sup>126</sup> Diese Definition verdeutlicht bereits, dass es neben der nationalen Struktur- bzw. Regionalpolitik auch auf europäischer Ebene eine Strukturpolitik gibt. Aufgrund dieser wesentlichen Übereinstimmung in Bezug auf Inhalt und Ziel können, wie in der Literatur auch üblich, trotz gewisser Unterschiede in der Akzentuierung beide Begriffe durchaus als Synonym verwendet werden.

Ebenso können auch die Begriffe „regionale Wirtschaftspolitik“ und „ökonomisch orientierte Regional- und Raumordnungspolitik“ als Synonyme angesehen werden. Im Rahmen dieser Arbeit können daher die Begriffe „Strukturpolitik“ bzw. „regionale Strukturpolitik“ und „Regionalpolitik“ gleichberechtigt verwendet werden. Dennoch soll in erster Linie im Sinne einer besseren Übersichtlichkeit und Verständlichkeit der Begriff „Strukturpolitik“ angewandt werden. Deshalb wird sich im Folgenden intensiver mit dem Begriff Strukturpolitik auseinandergesetzt, insbesondere in Bezug auf das Verhältnis zur Raumordnung.

Die Strukturpolitik ist ein Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftspolitik, in sie „eingebettet“, und wird „in zunehmenden Maße eine ihrer bestimmenden Faktoren.“<sup>127</sup> Strukturpolitik ist in diesem Zusammenhang „auf die Durchsetzung wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Zielvorgaben mittels direkter oder indirekter Beeinflussung der Struktur einer Volkswirtschaft gerichtet.“<sup>128</sup> Wobei die Strukturpolitik aus insgesamt drei Hauptpfeilern besteht (vgl. hierzu Abb. 3). Diese sind die sektorale Strukturpolitik, die betriebsgrößenbezogene Strukturpolitik und schließlich die regionale Strukturpolitik. In Abgrenzung zur sektoralen und betriebsgrößenbezogenen Strukturpolitik ist die regionale Strukturpolitik als „der explizit räumlich ausgerichtete Zweig der allgemeinen Strukturpolitik“<sup>129</sup> anzusehen. Daher wird die regionale Strukturpolitik auch als „standortbezogene Wirtschaftspolitik“ bezeichnet im Gegensatz zur sektoralen Strukturpolitik als „branchenbezogene Wirtschaftspolitik“.<sup>130</sup> Dennoch können trotz dieser Unterscheidung „sektoral ausgerichtete Beihilfen“ erhebliche „regionale Effekte“ mit sich bringen, insbesondere in monostrukturierten Gebieten, wenn bspw. Krisenbranchen staatliche Förderung erhalten.<sup>131</sup>

---

<sup>124</sup> Vgl. Eckey, Hans Friedrich (2005): Regionale Strukturpolitik, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 933.

<sup>125</sup> Vgl. Lammers, Konrad (2006): Brauchen wir eine regionale Strukturpolitik ?, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9 / 2006, S. 525.

<sup>126</sup> Vgl. Haneklaus, Winfried (1991): a.a.O., S. 23.

<sup>127</sup> Vgl. Eberstein, Hans Hermann (1996): Einleitung, in: Eberstein, Hans Hermann (Hrsg.): Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung, 3. Auflage, 1. Band, Köln, S. A I 10.

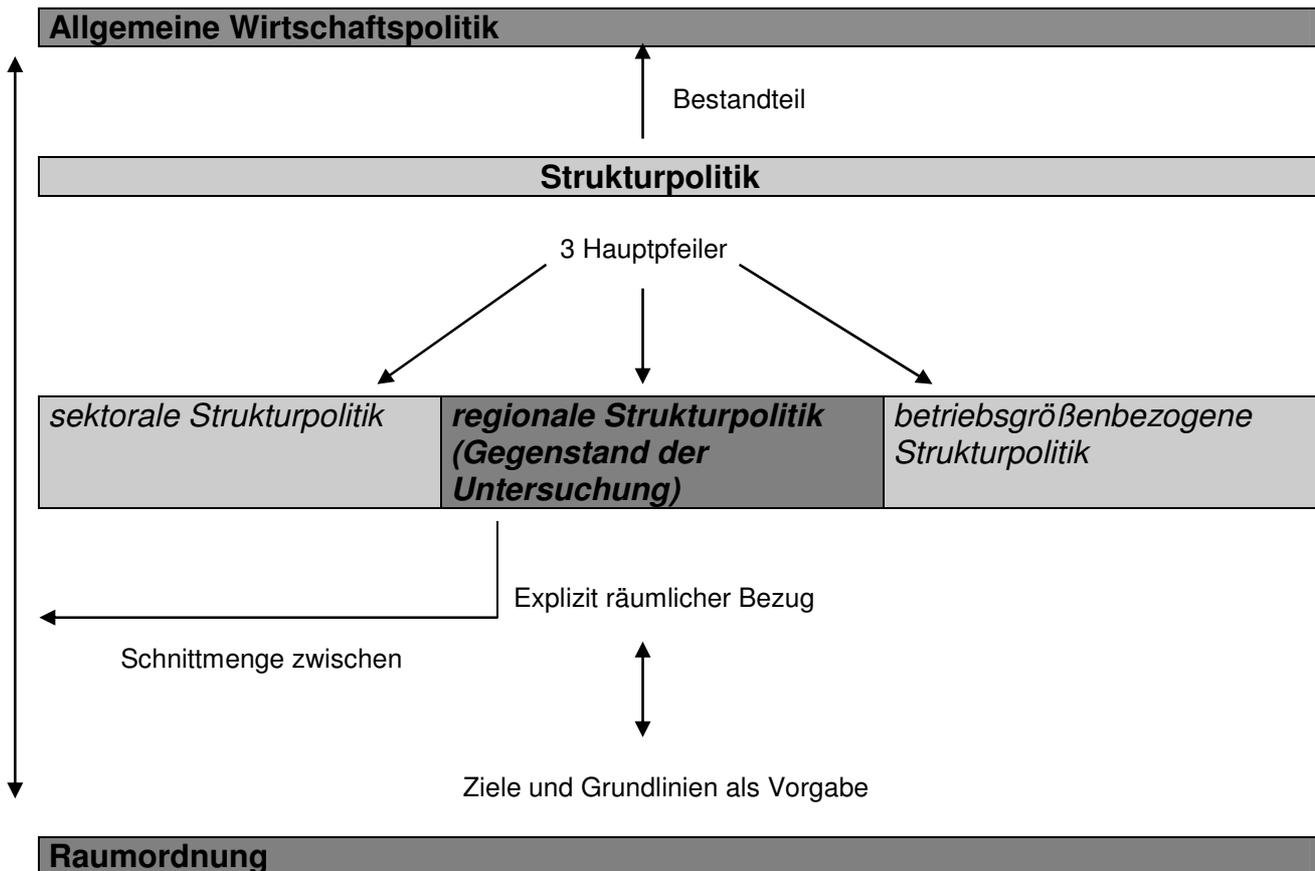
<sup>128</sup> Vgl. Haneklaus, Winfried (1991): a.a.O., S. 19.

<sup>129</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>130</sup> Vgl. Ebenda, S. 24.

<sup>131</sup> Vgl. Ebenda.

**Abb. 3: Verhältnis zwischen Strukturpolitik und Raumordnung**



Entwurf: Eigener Entwurf, 2009.

Die regionale Strukturpolitik steht aufgrund ihres explizit räumlichen Bezuges in einem engen Bezug zur Raumordnung. Struktur- bzw. Regionalpolitik sind wie erwähnt, einerseits in die allgemeine Wirtschaftspolitik eingebettet, andererseits „sind ihr als einer raumwirksamen Kraft die Ziele und Grundlinien der Raumordnung vorgegeben.“<sup>132</sup> Aufgrund dessen kann die Strukturpolitik als die „Schnittmenge von Wirtschaftspolitik auf der einen und Raumordnungspolitik auf der anderen Seite“<sup>133</sup> angesehen werden, so dass sie auch als „räumlich orientierte Wirtschaftspolitik“ oder als „ökonomische Variante der Raumordnungspolitik“ bezeichnet werden kann. Wie bereits angedeutet wurde, bedeutet „regionale Strukturpolitik“ das gezielte Eingreifen in die wirtschaftliche Entwicklung. Jedoch wird in einem freiheitlich marktwirtschaftlich orientierten System wie in der Bundesrepublik Deutschland der Staat nur dann korrigierend eingreifen, „wenn die Marktergebnisse nicht mit gesellschaftlichen Leitbildern übereinstimmen.“<sup>134</sup> Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn räumliche Disparitäten zwischen verschiedenen Regionen auftreten und sich das wirtschaftliche Wachstum ungleichmäßig auf die einzelnen Regionen verteilt oder Regionen von bestimmten strukturellen oder sonstigen Veränderungen (z. B.: Folgen der Konversion) besonders stark betroffen sind.

<sup>132</sup> Vgl. Eberstein, Hans Hermann (1996): Einleitung, in: Eberstein, Hans Hermann (Hrsg.): Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung, 3. Auflage, 1. Band, Köln, S. A I, S. 10.

<sup>133</sup> Vgl. Eckey, Hans Friedrich (2005): Regionale Strukturpolitik, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 934.

<sup>134</sup> Vgl. Ebenda.

„Nur beim Vorliegen einer solchen Divergenz ist die regionale Strukturpolitik sinnvoll.“<sup>135</sup> Die regionale Strukturpolitik hat also zum wesentlichen Ziel Standortnachteile von strukturschwachen Regionen durch gezielte Förderung in Form eines interregionalen Ressourcentransfers auszugleichen.

Daraus lässt sich erkennen, „dass die nationale Strukturpolitik bzw. Regionalpolitik den Erfordernissen der Raumordnung und Landesplanung im Sinne des Raumordnungsgesetzes (ROG) unterliegt.“<sup>136</sup> Durch die gemeinsame Leitvorstellung der „Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen“ besteht eine enge Verzahnung zwischen Regionalpolitik und Raumordnung. Diese wird zusätzlich noch dadurch verstärkt dass sich in den Grundsätzen der Raumordnung (§ 2 Abs. 2 ROG) „zahlreiche deutliche regionalpolitische Einfärbungen“<sup>137</sup> finden: Insbesondere in den Nummern 1 (u.a. „im Gesamttraum der Bundesrepublik Deutschland ist eine ausgewogene Siedlungs- und Freiraumstruktur zu entwickeln“, sowie in den Nummern 6 („Ländliche Räume sind als Lebens- und Wirtschaftsräume mit eigenständiger Bedeutung zu entwickeln“) und 7 („In Räumen, in denen die Lebensbedingungen in ihrer Gesamtheit im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt wesentlich zurückgeblieben ist oder ein solches Zurückbleiben zu befürchten ist (strukturschwache Räume), sind die Entwicklungsvoraussetzungen bevorzugt zu verbessern“) ist das regional- und strukturpolitisch Anliegen der besonderen Förderung von Regionen mit Entwicklungsrückstand (insbesondere ländliche strukturschwache Regionen) bzw. der Abbau von Disparitäten verankert. Weiterhin erfolgt die Bindung der regionalen Strukturpolitik „an die Erfordernisse der zusammenfassenden Raumordnung und Landesplanung gesetzestechnisch mit Hilfe allgemeiner und spezieller Raumordnungsklauseln (Vorschriften, die materiell- und verfahrensrechtliche Bestimmungen über den Einfluss der Raumordnung und Landesplanung auf die raumbedeutsamen (Fach-)Planungen und Maßnahmen enthalten).“<sup>138</sup>

## 1.2 Funktion, Ziele und Entwicklungstendenzen innerhalb der Strukturpolitik

Nach diesem Definitionsansatz werden nun im Folgenden weitere Grundlagen im Bereich der Thematik „Strukturpolitik“ dargelegt, wobei vor allem die Funktion und die zentralen Ziele im Vordergrund stehen sollen. Die wesentliche Funktion der Strukturpolitik sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene wurde bereits im vorangegangenen Abschnitt angedeutet: Durch die wirtschaftliche Entwicklung können „durch das Auseinanderklaffen von Sein und Sollen“<sup>139</sup> regionale Disparitäten entstehen bzw. sich verschärfen. Im Grundgesetz ebenso wie im Raumordnungsgesetz ist jedoch die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ rechtlich garantiert. Daher ist die regionale Strukturpolitik notwendig, um gezielt in die wirtschaftliche Entwicklung eingreifen zu können, um solche Disparitäten abzubauen oder zumindest abzumildern durch den gezielten Transfer von Ressourcen in strukturschwache Regionen. Der „Indikator für die Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen“ ist deshalb das „Auseinanderklaffen von Sein und Sollen“.<sup>140</sup>

---

<sup>135</sup> Vgl. Eckey, Hans Friedrich (2005): a.a.O., S. 934.

<sup>136</sup> Vgl. Haneklaus, Winfried (1991): a.a.O., S. 26.

<sup>137</sup> Vgl. Ebenda, S. 27.

<sup>138</sup> Vgl. Ebenda, S. 26.

<sup>139</sup> Vgl. Eckey, Hans-Friedrich (1978): Grundlagen der regionalen Strukturpolitik – Eine problemorientierte Einführung, Köln, S. 54.

<sup>140</sup> Vgl. Ebenda.

Aus diesem Grund beeinflusst die Strukturpolitik „im gesamtwirtschaftlichen Interesse die ökonomischen Aktivitäten in den verschiedenen Teilräumen einer Volkswirtschaft.“<sup>141</sup> Auf diese Weise hat die Regional- bzw. Strukturpolitik „insbesondere für einen Ausgleich des bestehenden Gefälles zwischen den Wirtschaftsräumen zu sorgen.“<sup>142</sup>

Diese überwiegend korrigierende Funktion der Strukturpolitik lässt sich auf zweierlei Weise sowohl aus ökonomischer als auch aus außerökonomischer Sicht rechtfertigen und begründen (vgl. hierzu Abb. 4). Die ökonomische Begründung stellt „Effizienzdefizite des wettbewerbsbestimmten Raumaufbau“<sup>143</sup> in den Vordergrund und verdeutlicht dabei, dass in einer freiheitlich-marktwirtschaftlichen Ordnung die Ergebnisse eines vollkommenen Marktes grundsätzlich akzeptiert werden. Jedoch wird darüber hinaus gleichermaßen betont und anerkannt, dass „das real existierende marktwirtschaftliche System Schwächen hat, die eine räumlich optimale Verteilung der Produktionsfaktoren verhindern“<sup>144</sup>. Diese Aussage verdeutlicht, dass die Strukturpolitik nicht nur der gezielten Förderung von strukturschwachen Regionen dient, sondern gleichzeitig auch eine „räumlich optimale Verteilung der Produktionsfaktoren“ anstrebt. Damit weist die Strukturpolitik auch eine gesamtwirtschaftliche Zielstellung auf, indem sie den Schutz des Wettbewerbs der Regionen gewährleistet, als ein „öffentliches Gut, von dem nicht nur eine Region, sondern die gesamte Volkswirtschaft profitiert.“<sup>145</sup>

Darüber hinaus gibt es weitere effizienzorientierte Begründungsmuster für die Notwendigkeit von Strukturpolitik, die jedoch in der Praxis in Deutschland eine „ungleich geringere Bedeutung haben“<sup>146</sup>, aus diesem Grund wird auf diese nicht näher eingegangen. In Deutschland steht die außerökonomische Begründung im Vordergrund, die hervorhebt, dass „in einer Gesellschaft nicht nur ökonomische, sondern auch außerökonomische Ziele angestrebt werden, die auch von einem funktionierenden Markt gar nicht oder doch nur unzureichend verwirklicht werden.“<sup>147</sup> Dazu zählen insbesondere Verteilungspolitische Anliegen, wie etwa die Verteilungsgerechtigkeit zwischen den einzelnen Regionen in Deutschland. Die außerökonomische Begründung der Strukturpolitik besteht daher in erster Linie aus gesellschaftspolitischen und sozialen Aspekten. Wobei das räumliche Ausgleichsziel, dass sowohl im Grundgesetz („Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse wahren“ – Art. 72 Abs. 2 GG), als auch im Raumordnungsgesetz („Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen – § 1 Abs. 2 Nr. 6 ROG) rechtlich verankert ist im Mittelpunkt steht. Es soll daher im Rahmen der Strukturpolitik „selektiv zugunsten schwächerer Räume regionale Entwicklungspolitik betrieben werden.“<sup>148</sup>

---

<sup>141</sup> Vgl. Karl, Helmut; Krämer-Eis, Helmut (1996): Entwicklung der regionalen Wirtschaftspolitik in Deutschland, in: Eberstein, Hans Hermann (Hrsg.): Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung, 3. Auflage, 1. Band, Köln, S. A II 3.

<sup>142</sup> Vgl. Eberstein, Hans Hermann (1996): Einleitung, in: Eberstein, Hans Hermann (Hrsg.): Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung, 3. Auflage, 1. Band, Köln, S. A I 6.

<sup>143</sup> Vgl. Karl, Helmut; Krämer-Eis, Helmut (1996): a.a.O., S. A II 3.

<sup>144</sup> Vgl. Eckey, Hans Friedrich (2005): a.a.O., S. 934.

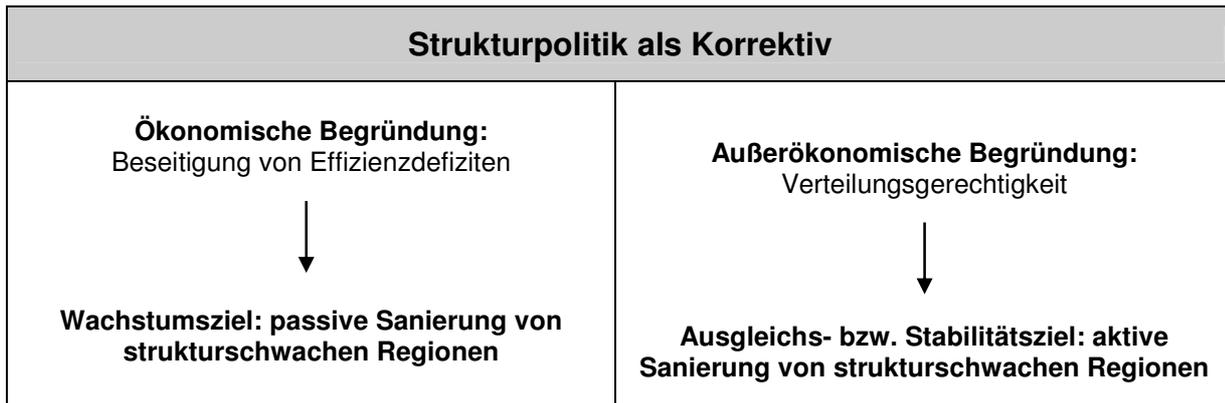
<sup>145</sup> Vgl. Karl, Helmut; Krämer-Eis, Helmut (1996): a.a.O., S. A II 4.

<sup>146</sup> Vgl. Ebenda, S. A II 5.

<sup>147</sup> Vgl. Eckey, Hans Friedrich (2005): a.a.O., S. 934.

<sup>148</sup> Vgl. Karl, Helmut; Krämer-Eis, Helmut (1996): a.a.O., S. A II 9.

**Abb. 4: Funktion und Begründung der Strukturpolitik**



Entwurf: Eigener Entwurf, 2009.

Beide Begründungen geben bereits Hinweise auf die unterschiedlichen Zielsetzungen der Strukturpolitik. Wobei im Rahmen der Strukturpolitik traditionell drei wesentliche Ziele verfolgt werden: Wachstums- bzw. Effizienzziel, Stabilitätsziel und Ausgleichsziel. Darüber hinaus rückt innerhalb der Strukturpolitik in letzter Zeit auch zunehmend die nachhaltige Raumentwicklung in den Mittelpunkt.<sup>149</sup> Aus Sicht einer nachhaltigen Raumentwicklung kommt der Strukturpolitik dann die Aufgabe zu, „dauerhaft die Einkommensentwicklung in den Regionen zu fördern, ohne dabei zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.“<sup>150</sup>

Die drei traditionellen Zielsetzungen der Strukturpolitik stehen dabei in einer Beziehung zueinander, „wobei umstritten ist, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Harmoniebeziehung zwischen diesen drei Zielen besteht.“<sup>151</sup> ECKEY betont, dass sich die Beziehung zwischen diesen Zielen danach unterscheidet, „ob man aktive oder passive Sanierung von zu fördernden Regionen unterstellt“.<sup>152</sup> Aktive Sanierung bedeutet in diesen Zusammenhang die Verbesserung von Wirtschaftsstrukturen um Schrumpfungsprozessen entgegensteuern und Abwanderungen zu verhindern.<sup>153</sup> Während im Gegensatz dazu bei der passiven Sanierung das „Gesundshrumpfen“ strukturschwacher Regionen im Vordergrund steht, bspw. durch die Förderung von Abwanderungen.<sup>154</sup> Eine wachstumspolitisch orientierte Regional- bzw. Strukturpolitik stellt dabei die passive Sanierung von strukturschwachen Regionen in den Vordergrund. Hierbei werden nur jene Regionen unterstützt, „die aufgrund ihrer besonderen Strukturen zukunftssträchtige, aber vom Markt nur unzureichend wahrgenommene Reserven und Wachstumspotenziale bieten und deren Förderung so den höchsten Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum zu leisten versprechen.“<sup>155</sup> Dies bedeutet letztendlich, dass innerhalb der wachstumspolitisch orientierten Strukturpolitik der interregionale Ressourcentransfer zugunsten der strukturstarken und damit zulasten der strukturschwachen Regionen stattfindet.

<sup>149</sup> Vgl. Karl, Helmut; Krämer-Eis, Helmut (1996): a.a.O., S. A II 14.

<sup>150</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>151</sup> Vgl. Haneklaus, Winfried (1991): a.a.O., S. 30.

<sup>152</sup> Vgl. Eckey, Hans Friedrich (2005): a.a.O., S. 935.

<sup>153</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>154</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>155</sup> Vgl. Haneklaus, Winfried (1991): a.a.O., S. 30.

Denn Fördermittel werden dann „nicht in förderungsbedürftige Regionen, sondern vielmehr in förderungswürdige Regionen gelenkt.“<sup>156</sup> Beim Wachstums- bzw. Effizienzziel wird auf diese Weise „eine räumliche Allokation angestrebt, die ein höheres gesamtwirtschaftliches Produktionsergebnis ermöglichen soll.“<sup>157</sup> Das Wachstumsziel „impliziert, dass räumliches Marktversagen vorliegt und die regionale Strukturpolitik dies beseitigen soll.“<sup>158</sup> Eine wachstumsorientierte Strukturpolitik kann dazu führen, dass die Unterschiede im Einkommen zwischen armen und reichen Regionen sich vergrößern und „damit dem Ausgleichsziel zuwiderlaufen“<sup>159</sup>. Die Folge für strukturschwache Regionen ist dann wie bereits erwähnt ein „Gesundshrumpfen“, eine „Verödung vieler Gebiete zugunsten prosperierender Wirtschaftszentren mit hohen Wanderungsbewegungen in der Bevölkerung.“<sup>160</sup>

Demgegenüber steht bei der ausgleichsorientierten Strukturpolitik die aktive Sanierung im Vordergrund. Im Hinblick auf das Leitbild der „gleichwertigen Lebensbedingungen“ soll die Verödung von Regionen und die damit verbundene Abwanderung verhindert werden. Das Ausgleichsziel steht daher für den Versuch, „die interregionalen Unterschiede in der Bundesrepublik Deutschland anzugleichen“ und „erfährt seine Begründung aus dem Gerechtigkeitspostulat.“<sup>161</sup> Der interregionale Ressourcentransfer findet dabei zugunsten der strukturschwachen Regionen statt, Fördermittel werden gezielt in strukturschwache Regionen gelenkt. Es erfolgt daher eine „Umverteilung von Ressourcen, um letztlich eine Besserstellung der Einwohner armer Regionen zu erreichen.“<sup>162</sup> Aus diesem Grund orientiert sich das Ausgleichsziel innerhalb der Strukturpolitik weniger an rein wirtschaftspolitischen sondern „mehr an ideellen, an Gerechtigkeitsvorstellungen orientierten Zielsetzungen.“<sup>163</sup> Jedoch kann der gezielte Transfer von Ressourcen in strukturschwache Regionen dazu führen, „dass das gesamtwirtschaftliche Produktionsziel (durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen) geringer ausfällt.“<sup>164</sup> Das Stabilitätsziel, als drittes Ziel der Strukturpolitik strebt schließlich die „Vermeidung von Instabilitäten in den einzelnen Wirtschaftsregionen“<sup>165</sup> durch „die Herabsetzung der konjunkturellen und strukturellen Anfälligkeiten von Regionen und damit letztlich die ökonomische Existenzsicherung der in den einzelnen Teilgebieten lebenden Menschen an.“<sup>166</sup> Daher ist das Stabilitätsziel auf die Absicherung der Einkommenserzielungsmöglichkeiten gerichtet und „lässt sich unter diesem Aspekt auch als Teilziel der Ausgleichspolitik verstehen“. Damit spielt das Stabilitätsziel „in der Zieldiskussionen eine eher untergeordnete Rolle.“<sup>167</sup>

---

<sup>156</sup> Vgl. Haneklaus, Winfried (1991): a.a.O., S. 30.

<sup>157</sup> Vgl. Lammers, Konrad (2006): Brauchen wir eine regionale Strukturpolitik ?, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9 / 2006, Bonn, S. 525.

<sup>158</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>159</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>160</sup> Vgl. Haneklaus, Winfried (1991): a.a.O., S. 30

<sup>161</sup> Vgl. Eckey, Hans Friedrich (1978): a.a.O., S. 67.

<sup>162</sup> Vgl. Lammers, Konrad (2006): a.a.O., S. 525.

<sup>163</sup> Vgl. Haneklaus, Winfried (1991): a.a.O., S. 30 f.

<sup>164</sup> Vgl. Lammers, Konrad (2006): a.a.O., S. 525.

<sup>165</sup> Vgl. Eckey, Hans Friedrich (1978): a.a.O., S. 67.

<sup>166</sup> Vgl. Haneklaus, Winfried (1991): a.a.O., S. 31.

<sup>167</sup> Vgl. Ebenda.

Dennoch sollte erwähnt werden, dass „die Herabsetzung der konjunkturellen und strukturellen Anfälligkeiten“ sowohl strukturschwachen als auch strukturstarken Regionen zugutekommt, so dass das Stabilitätsziel in engem Zusammenhang zum Ausgleichsziel steht, jedoch auch in gewissem Maße einen Zusammenhang zum Wachstumsziel aufweist. Ebenso stehen auch Wachstums- und Ausgleichsziel in einem Bezug zueinander, der zum Teil aufgrund unterschiedlicher Akzentuierungen, durchaus als Spannungsverhältnis gewertet werden kann. Diesen möglichen Zielkonflikt zwischen Wachstums- bzw. Effizienzziel auf der einen Seite und dem Ausgleichsziel auf der anderen Seite sieht ECKEY als einen wesentlichen Grund für die immer wieder auftauchende Frage, „ob regionale Strukturpolitik notwendig oder wünschenswert sei.“<sup>168</sup> Beide Ziele sind „für die Politik in aller Regel erstrebenswert“, bei Zielkonflikten „muss entschieden werden, welches Ziel in welchen Umfang zulasten des anderen Ziels verfolgt wird.“<sup>169</sup> Bezüglich der bereits angedeuteten Wechselwirkungen gibt es „nach wie vor ungelöste Fragen zwischen ausgleichs- und wachstumsorientierter Zielsetzung“. Dennoch wird Strukturpolitik „heute weitgehend als räumlich ausgerichtete Ausgleichspolitik unter Einhaltung wachstumspolitischer Nebenbedingungen verstanden.“<sup>170</sup>

Bezüglich der Instrumente lässt sich erwähnen, dass in diesem Zusammenhang zwei grundlegende Konzeptionen unterschieden werden: Zum einen die „Strategie der Kapitalmobilisierung“ und zum anderen der „ordnungspolitisch-integrative Ansatz“. Wobei die „Strategie der Kapitalmobilisierung“ oder auch „quantitativ-interventionistische Konzeption“ genannt im Wesentlichen auf der Vorstellung beruht, dass die Lenkung von Kapital in die Fördergebiete „zu zusätzlichen privaten Investitionen und damit zur Aktivierung von Wachstumsreserven“<sup>171</sup> führt. Demgegenüber verzichtet der „ordnungspolitisch-integrative Ansatz“ „auf ein explizit vorgegebenes Leitbild von der anzustrebenden Raumstruktur“ und legt stattdessen nur „einen, den Wettbewerb zwischen einzelnen Teilräumen begünstigten Ordnungsrahmen fest“,<sup>172</sup> sodass letztendlich „ein System konkurrierender Regionen über die optimale Verteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten im Raum entscheidet.“<sup>173</sup> Wobei innerhalb dieses Ansatzes die einzelne Region Träger der Regional- bzw. Strukturpolitik ist. Nach HANEKLAUS herrscht in der Praxis „eindeutig der interventionistische Ansatz vor“, dennoch „erlebt die ordnungspolitisch geprägte Strategie derzeit unter dem Stichwort „Regionalisierung der Regionalpolitik“ einen beachtlichen Aufschwung in der Reformdiskussion.“<sup>174</sup> Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene verfolgt die Struktur- bzw. Regionalpolitik die Aufgabe, „regional unterschiedliche Entwicklungen auszugleichen, in strukturschwachen Regionen den Strukturwandel zu erleichtern sowie regionale Wachstumsreserven zu mobilisieren“<sup>175</sup>, um letztendlich das Ziel der innerstaatlichen Kohäsion zu erreichen.

---

<sup>168</sup> Vgl. Lammers, Konrad (2006): a.a.O., S. 525.

<sup>169</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>170</sup> Vgl. Haneklaus, Winfried (1991): a.a.O., S. 31.

<sup>171</sup> Vgl. Ebenda, S. 32.

<sup>172</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>173</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>174</sup> Vgl. Haneklaus, Winfried (1991): a.a.O., S. 33.

<sup>175</sup> Vgl. Tetsch, Friedemann (2002): Zum Verhältnis zwischen EU-Regionalpolitik und nationaler Regionalförderung im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA), in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 3-4 / 2002, Hannover, S. 195.

Dieses Ziel ist wie bereits erwähnt verfassungsrechtlich im Grundgesetz verankert (vgl. Art. 72 „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“, Art. 106 „Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ und Art. 91a Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“). Regional- und Strukturpolitik ist gemäß dem Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Union „als mehrstufig aufgebautes Staatenverbund in erster Linie Aufgabe der Mitgliedstaaten bzw. ihrer Teilmittglieder.“<sup>176</sup> Daher ist es zunächst Sache der Mitgliedstaaten zu entscheiden, „in welchen Regionen die wirtschaftlichen Probleme so groß sind, dass der Einsatz öffentlicher Mittel zur Bekämpfung der Regionalprobleme gerechtfertigt ist.“<sup>177</sup>

„Der Aufgabe, den Raum durch gezielte wirtschaftsfördernde Maßnahmen nachhaltig zu beeinflussen, hat sich der Staat in umfassender und intensiver Weise erst in jüngster Zeit angenommen.“<sup>178</sup> Dennoch sind gewisse Ansätze bereits in der Vergangenheit zu beobachten, wie z.B. die sog. „Ostlandhilfe“ in der Weimarer Republik oder der „Merkantilismus.“ Jedoch waren dies zunächst lediglich „Ansätze“ wirtschaftsfördernder Maßnahmen bzw. gezielten staatlichen Eingreifens in die wirtschaftliche Entwicklung zur Förderung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums oder zur Überwindung von Entwicklungsunterschieden, so dass letztlich der „geplante Einsatz umfassender raumwirksamer Mittel, ihre Bündelung und Systematisierung erst in jüngster Zeit – etwa mit Beginn der 50-er Jahre – eingeleitet und jetzt zu einem gewissen Abschluss gebracht worden ist.“<sup>179</sup> Dabei hat die regionale Struktur- und Wirtschaftspolitik in den jetzt rund 50 Jahren ihres Bestehens „grundlegende Umgestaltungen erfahren“,<sup>180</sup> da „regionale Strukturpolitik kein starres System ist, sondern einem stetigen Wandel unterworfen ist.“<sup>181</sup> Bevor nun im Folgenden gemäß der Zielsetzung dieser Arbeit die EU-Strukturpolitik und ihre Bedeutung für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen im Fokus stehen wird, sollte noch eine grundlegende Feststellung in Bezug auf Strukturpolitik generell getroffen werden. Aufgrund einer seit den 90-er Jahren zunehmenden Wachstumsschwäche in Europa und insbesondere in Deutschland gibt es in der Fachwelt seit geraumer Zeit intensive und teils kontroverse Diskussionen um Zukunft, Funktion und Aufgabe der nationalen und europäischen Strukturpolitik.

Die Strukturpolitik gerät dabei verstärkt in ein Spannungsverhältnis zwischen ihren traditionellen Zielsetzungen „Ausgleichsziel“ und „Wachstumsziel“. Wobei unbestritten ist, dass „die politisch äußerst wünschenswerte Konstellation, nämlich gesamtwirtschaftliches Wachstum und räumlichen Ausgleich konfliktfrei gleichzeitig erreichen zu können, heute nicht mehr besteht.“<sup>182</sup> Vor dem Hintergrund der Wachstums- und Beschäftigungsschwäche auf nationaler und europäischer Ebene wird daher das Ausgleichsanliegen der regionalen Strukturpolitik im Hinblick auf „wahrscheinliche Wachstumseinbußen“ zunehmend in Frage gestellt.<sup>183</sup>

---

<sup>176</sup> Vgl. Tetsch, Friedemann (2002): a.a.O., S. 195.

<sup>177</sup> Vgl. Ebenda, S. 195 f.

<sup>178</sup> Vgl. Eberstein, Hans Hermann (1996): a.a.O., S. A I 3.

<sup>179</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>180</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>181</sup> Vgl. Eckey, Hans-Friedrich (2005): a.a.O., S. 939.

<sup>182</sup> Vgl. Lammers, Konrad (2006): a.a.O., S. 527.

<sup>183</sup> Vgl. Ebenda, S. 528.

Manche Experten fordern gar zu prüfen, „ob regionale Strukturpolitik genutzt werden kann, um gesamtwirtschaftliche Wachstumsprozesse zu stimulieren.“<sup>184</sup> Dies würde jedoch die bestehenden regionalen Disparitäten weiter verschärfen und stünde dem verfassungshistorisch begründeten Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse entgegen. Stellvertretend für diese durchaus kontroversen Diskussionen in der Fachwelt steht die Auseinandersetzung von Befürwortern und Gegner der neuen Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland.

Grundsätzlich zeichnen sich an dieser Stelle zwei wesentliche und grundsätzliche Positionen ab: Auf der einen Seite die Forderung nach dem Erhalt des Status quo und der damit verbundenen Konzentration der Struktur- bzw. Regionalpolitik auf das Ausgleichsziel. Auf der anderen Seite die Forderung nach einem Strategiewechsel hin zu einer stärkeren Konzentration auf das Wachstumsziel und damit auf die Förderung der Metropolregionen. Dieses zunehmende Spannungsverhältnis zwischen Ausgleichs- und Wachstumsziel auszubalancieren, stellt die zentrale Herausforderung der Strukturpolitik sowohl auf nationaler, als auch auf europäischer Ebene dar. Darüber hinaus werden weitere Herausforderungen sowie veränderte Rahmenbedingungen erkennbar: So u.a. die zunehmende Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Damit erhöht sich einerseits der Wettbewerb der Regionen um die Vergabe von Fördergeldern, andererseits müssen die bewilligten Fördergelder effizient eingesetzt werden. Dies bedeutet letztlich auch dass die Erfolgskontrolle weiter ausgebaut und verbessert werden muss, was wiederum zu einer Erhöhung des ohnehin schon enormen bürokratischen Aufwandes innerhalb der Strukturpolitik führen kann.

Schließlich erhöht sich vor diesem Hintergrund auch der Legitimationszwang für die Strukturpolitik. Zum einen durch die Finanznot der öffentlichen Haushalte, zum anderen aber auch aus der Tatsache heraus, dass in Deutschland trotz des Einsatzes der Strukturpolitik weiterhin enorme regionale Disparitäten bestehen vor allem zwischen Ost und West, so dass der Sinn bzw. die Notwendigkeit der Strukturpolitik zunehmend angezweifelt wird. Schließlich besteht eine wichtige Herausforderung darin, sich an geänderte Rahmenbedingungen anzupassen, denn die regionale Strukturpolitik ist „kein starres System, sondern einem stetigen Wandel unterworfen.“<sup>185</sup> Wobei einige dieser geänderten Rahmenbedingungen für eine Aufwertung, andere eher für einen Bedeutungsverlust der regionalen Strukturpolitik sprechen.<sup>186</sup> Für einen Bedeutungsgewinn der regionalen Strukturpolitik sprechen nach Ansicht von ECKEY der Konjunkturaufschwung Anfang der 80-er bis Anfang der 90-er Jahre, der „sektorale und regionale Probleme überlagert hat“ und „zu einem erheblichen strukturellen Anpassungsbedarf geführt hat,“<sup>187</sup> ebenso die Zunahme der regionalen Disparitäten infolge der Wiedervereinigung Deutschlands und der EU-Osterweiterung. Weiterhin gewinnt die regionale Strukturpolitik durch die sog. „New Economic Geography“ an Bedeutung, die den Optimismus der „Neoklassischen Entwicklungstheorie“ relativiert.

---

<sup>184</sup> Vgl. Lammers, Konrad (2006): a.a.O., S. 528.

<sup>185</sup> Vgl. Eckey, Hans-Friedrich (2005): a.a.O., S. 939.

<sup>186</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>187</sup> Vgl. Ebenda.

Die lange Zeit dominierende „Neoklassische Entwicklungstheorie“ legt eine „Konvergenz zwischen den Regionen nahe, die über den Markt erfolgt“ und „deshalb gar keiner oder doch nur ergänzender Maßnahmen der regionalen Strukturpolitik bedarf.“<sup>188</sup>

Demgegenüber relativiert die New Economic Geography „diesen Optimismus eines quasi automatischen Ausgleichs zwischen Regionen über Marktkräfte.“<sup>189</sup> Diese Theorie rechnet vielmehr mit einer zunehmenden interregionalen Divergenz durch steigende Skalenerträge, Akkumulations- und Agglomerationsvorteile, sowie abnehmende Transportkosten. Dabei können entstehende interregionale Divergenzen „nicht über den Markt, sondern nur über Maßnahmen der regionalen Strukturpolitik“<sup>190</sup> gedämpft werden können. Schließlich gewinnt die regionale Strukturpolitik im Rahmen der Globalisierung an Gewicht. Durch die Globalisierung wird auf der einen Seite der Gestaltungsspielraum der nationalen Wirtschaftspolitik immer stärker eingegrenzt, während auf der anderen Seite die Einbettung der Unternehmen in ein „leistungsfähiges regionales Umfeld zunehmend an Bedeutung für ihre Wettbewerbsfähigkeit“<sup>191</sup> gewinnt.

Im Gegensatz dazu gibt es auch Tendenzen, die einen Bedeutungsverlust der regionalen Strukturpolitik befürchten lassen. Hierzu zählt ECKEY vor allem die bereits erwähnte Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik. Die deswegen notwendige Konsolidierung der Haushalte erfordert ein sparsames Ausgabenverhalten – „das die freiwilligen Aufgaben, so auch die Regionalförderung überproportional treffen wird.“<sup>192</sup> Ebenso wird auch an dieser Stelle aufgrund der Wachstumsschwäche und hohen Arbeitslosigkeit ein Bedeutungsverlust des Ausgleichsziels gegenüber dem Wachstumsziel befürchtet. Aus diesen Ausführungen wird deutlich, dass die Strukturpolitik angesichts veränderter Rahmenbedingungen vor großen und neuen Herausforderungen steht. Insbesondere für ländliche strukturschwache Regionen, auf deren Förderung die Strukturpolitik bislang vor allem ausgerichtet war, ergeben sich dadurch Konsequenzen.

## **2. Die Bedeutung der EU-Strukturpolitik für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen**

Da im Rahmen dieser Arbeit der Einfluss der EU-Strukturpolitik speziell auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen untersucht werden soll, ist eine Auseinandersetzung mit der Thematik „Ländlicher Raum“ notwendig. Dies insbesondere in Bezug auf Definitionsansätze bzw. die Begriffsabgrenzung sowie in Bezug auf den Zusammenhang zwischen EU-Strukturpolitik und der Entwicklung ländlicher Regionen.

Nach Ansicht von LEIMGRUBER weckt der Begriff des ländlichen Raumes „je nach Betrachter unterschiedliche Assoziationen“. Diese Assoziationen reichen von Stereotypen wie „wogende Felder“, „sattte Wiesen“ oder „Kühe auf der Weide“ über einem „Gegengewicht zum städtischen Umfeld“ bis hin zu einem „Raum, in den Millionen an

---

<sup>188</sup> Vgl. Eckey, Hans-Friedrich (2005): a.a.O., S. 939.

<sup>189</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>190</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>191</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>192</sup> Vgl. Ebenda, S. 940.

Subventionen fließen“ und der „hinter den modernen Entwicklungen in Wissenschaft und Technik zurückgeblieben ist.“<sup>193</sup>

Bei diesen Überlegungen muss jedoch berücksichtigt werden, dass der ländliche Raum nicht nur eine „physische Erscheinung, sondern eine vom Menschen gestaltete Landschaft ist“, und daher einer „steten Dynamik unterworfen ist.“<sup>194</sup> Der Begriff ländlicher Raum wurde zunächst durch die Ministerkonferenz für Raumordnung im Jahr 1979 als „der Raum außerhalb der Ordnungsräume“ definiert, wobei damals lediglich zwischen zwei Typen ländlicher Räume unterschieden wurde: Zum einen zwischen „überwiegend günstig strukturierten Gebieten“ und zum anderen zwischen „überwiegend schwach strukturierten Problemlagen.“<sup>195</sup> Nach dem Raumordnungsgesetz (ROG) des Bundes sind ländliche Räume „als Lebens- und Wirtschaftsräume mit eigenständiger Bedeutung zu entwickeln“ und in diesen Räumen „eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur zu fördern.“<sup>196</sup>

Heute gibt es verschiedene Möglichkeiten „sich dem Phänomen ländlicher Raum zu nähern.“<sup>197</sup> So wird beispielsweise im österreichischen Raumentwicklungskonzept aus dem Jahr 2001 der ländliche Raum folgendermaßen beschrieben: „Die ländlichen Regionen sind vielfältig strukturiert und längst nicht mehr mit dem landwirtschaftlich genutzten Raum gleichzusetzen (...) Verbindend sind jedoch die geringe Bevölkerungsdichte, spezifische soziokulturelle und soziale Lebensweisen, die sich generell – und noch immer – von jener der städtischen Regionen unterscheiden.“<sup>198</sup> Wie bereits in der Problemstellung angedeutet wurde, gibt es zwar nach wie vor einige gemeinsame Kennzeichen ländlicher Räume, zu denen u.a. die geringere Bevölkerungsdichte im Vergleich zu städtisch geprägten Regionen zählen, sowie weiterhin eine typische kleinteilige Siedlungsstruktur, von der landwirtschaftlichen Nutzung geprägte Räume, eine Nähe zum Landschaftsraum und zur Natur oder ein hoher Grad an Fremdbestimmung und Außenabhängigkeit.<sup>199</sup>

Dennoch gibt es „den ländlichen Raum“ im Sinne einer einheitlichen Raumkategorie heute nicht mehr. Laut HENKEL ist der ländliche Raum in Deutschland „längst keine homogene Kategorie mehr“ und „er ist es im Grund nie gewesen.“ Der Begriff „Ländlicher Raum“ ist daher für HENKEL „im Wesentlichen ein Kulturbegriff“, „der zusammen zu fassen versucht, was sich schwerlich mathematisch, statistisch oder naturwissenschaftlich zusammenfassen

---

<sup>193</sup> Vgl. Leimgruber, Walter (2007): Entwicklungsperspektiven des ländlichen Raumes: Das Beispiel Schweiz, in: Troeger-Weiß, Gabi (Hrsg.): Sonderheft der Schriftenreihe „Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung“; Heft 25: Goldkronacher Gespräche zur Regional- und Kommunalentwicklung, Dokumentation eines Erfahrungs- & Meinungsaustausches am 22. und 23. November 2007 in Goldkronach, Kaiserslautern, S. 61.

<sup>194</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>195</sup> Vgl. Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2001): Deutsch-Österreichisches Handbuch der Planungsbegriffe, Hannover, S. 67.

<sup>196</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>197</sup> Vgl. Krajasits, Cornelia (2008): Der ländliche Raum im deutschsprachigen Raum, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.): Agrarische Rundschau, Heft 5 / Dezember 2008, S. 9.

<sup>198</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>199</sup> Vgl. Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.) (1997): Strategien für strukturschwache ländliche Räume – raumordnerische Handlungsempfehlungen zur Stabilisierung und Entwicklung strukturschwacher ländlicher Räume, Bonn, S. 3.

lässt.“<sup>200</sup> Das einzige gemeinsame Merkmal ländlicher Regionen ist „oft genug nur noch ein gewisses Maß an geringerer Bevölkerungsdichte.“<sup>201</sup> Sogar die dominante Prägung durch die Landwirtschaft, „ein bis heute häufig verwendetes Charakteristikum – trifft für die meisten ländlichen Räume allenfalls noch in der Flächennutzung zu“ und ist kaum noch ein „die Sozialstruktur und das Ortsbild prägender Wirtschaftsbereich“ (HENKEL, 1999).<sup>202</sup> Letztlich können drei Sichtweisen identifiziert werden, um den ländlichen Raum zu definieren. Nach Ansicht von LEIMGRUBER sind dies einerseits die „demografische Perspektive“ (Definition anhand einer bestimmten Einwohnerzahl, z.B. in der Schweiz Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern), andererseits die funktionale Sichtweise (Gebiete mit keinen oder nur unbedeutenden Zentrumsfunktionen) oder die wirtschaftliche Definition und in diesem Sinne Regionen mit einer Dominanz des primären Sektors, speziell der Landwirtschaft.<sup>203</sup>

Aufgrund dieser Tatsachen ist heute vielmehr von einem differenzierten Muster unterschiedlich entwickelter ländlicher Räume auszugehen, mit einer Vielzahl unterschiedlicher Funktionen. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Typen ländlicher Räume lassen sich dabei „neben der kulturräumlich-historischen Vielfalt“<sup>204</sup> im Wesentlichen an folgenden Merkmalen festmachen: An der Nähe bzw. Entfernung zu Städten, an der zentralörtlichen Ausstattung, an der Wirtschaftsstruktur, an der infrastrukturellen Ausstattung, ferner an ihrer Eignung für die Landwirtschaft oder für eine touristische Nutzung sowie aufgrund ihrer ökologischen Bedeutung.<sup>205</sup> Infolge dieser Unterschiede wurden unterschiedliche Typen ländlicher Räume definiert. Auch innerhalb dieser einzelnen Typen ist zu beachten, dass „sie in der Wirklichkeit selten rein auftauchen“, sondern dass „vielfache Überlagerungen und Mischformen gegeben sind.“<sup>206</sup>

MOSE unterscheidet zwischen ländlichen Räumen in der Nähe von Agglomerationsräumen und großräumigen Verkehrsachsen, Attraktive ländliche Räume für den Tourismus, Ländliche Räume mit günstigen Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft, Gering verdichtete ländliche Räume mit wirtschaftlicher Entwicklungsdynamik und strukturschwache periphere ländliche Räume.<sup>207</sup> In jüngerer Zeit, in der die Thematik „Ländlicher Raum“ verstärkt in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt ist, wurden weitere „neue“ Typisierungen des ländlichen Raumes im deutschsprachigen Raum vorgenommen. Unter anderem anhand von Kriterien wie Bevölkerungsdichte, Bevölkerungsentwicklung durch Wanderung, Beschäftigungsdichte sowie Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor. Im Ergebnis wurden daraufhin drei Typen von ländlichen Räumen formuliert: Der „verstädterte ländliche Raum“, der „diversifizierte ländliche Raum“ sowie auch hier der „strukturschwache ländliche Raum“.<sup>208</sup>

---

<sup>200</sup> Vgl. Milbert, Antonia (2004): Wandel der Lebensbedingungen im ländlichen Raum Deutschlands, in: Geographische Rundschau, Jahrgang 56, Heft 9 / 2004, S. 26.

<sup>201</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>202</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>203</sup> Vgl. Leimgruber, Walter (2007): a.a.O., S. 62.

<sup>204</sup> Vgl. Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.) (1997): a.a.O., S. 3.

<sup>205</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>206</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>207</sup> Vgl. Mose, Ingo (2005): Ländliche Räume, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 575 ff.

<sup>208</sup> Vgl. Krajasits, Cornelia (2008): a.a.O., S. 10.

Neben der Eigenschaft „Vielfalt“ kennzeichnet die Diskussion um die Definition „Ländlicher Raum“ der Gegensatz zwischen Stadt und Land. Jedoch ist durch „die Diffusion urbaner Lebensweisen“ in früher ländliche Räume der „ursprüngliche Gegensatz verwischt worden.“<sup>209</sup> So wird beispielsweise im schweizerischen Raumplanungsbericht von 2005 festgehalten, dass „ein Gegensatz Stadt-Land immer weniger erkennbar ist.“<sup>210</sup>

Auch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) trägt der Vielfalt ländlicher Räume und der zunehmenden Schwierigkeit Stadt und Land klar voneinander abzugrenzen und zu unterscheiden durch eine neue Raumtypisierung Rechnung. Diese „kleinräumige, zonale Raumgliederung im Stadt-Land-Kontinuum (Übergänge zwischen Stadt und Land)“ soll helfen den ländlichen Raum „unabhängig von pauschalen Problemzuweisungen zu beschreiben.“<sup>211</sup> Die verschiedenen Typen ländlicher Räume werden letztendlich im Wesentlichen aufgrund ihrer unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen, Chancen und Risiken<sup>212</sup> sowie auch je nach Themenstellung bzw. politischen Zielsetzungen<sup>213</sup> voneinander abgegrenzt und definiert. Ebenso wurden und werden ländliche Regionen aber auch „unter dem Gesichtspunkt der Förderfähigkeit definiert.“<sup>214</sup> So beispielsweise im Rahmen des ehemaligen Zieles 5 („Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes“) in der EU-Strukturfonds-Förderperiode 1994-1999. Infolgedessen musste „eine entsprechende regionale Abgrenzung vorgenommen und spezielle Programme erstellt werden.“<sup>215</sup> Da im Rahmen dieser Arbeit der Raumtyp der „strukturschwachen ländlichen Regionen“ im Vordergrund stehen soll, wird dieser Raumtyp im Folgenden näher definiert und charakterisiert.

Dabei fällt zunächst auf, dass es auch innerhalb diese spezifischen Typus des ländlichen Raumes Unterschiede gibt, so werden demzufolge folgende Typen ländlicher strukturschwacher Räume unterschieden: Strukturschwache ländliche Räume ohne nennenswerte wirtschaftliche Potenziale oder Nutzungsalternativen, strukturschwache ländliche Räume mit Entwicklungspotenzialen im Tourismus und / oder in der Landwirtschaft, ländliche Regionen im Osten mit Strukturschwächen, aber noch im engeren oder weiteren Einzugsbereich der Städte und Stadtregionen sowie ländliche Regionen im Westen mit Ansätzen von Strukturschwäche, aber mit deutlichen wirtschaftlichen Entwicklungsimpulsen.<sup>216</sup> Jedoch weisen alle diese strukturschwachen ländlichen Regionen spezifische strukturelle Problemlagen auf. Diese spezifischen Probleme sind vor allem in der sehr geringen Siedlungs- und Einwohnerdichte zu sehen, in der oft sehr hohen strukturelle Arbeitslosigkeit, dem geringen Anteil an qualifizierten Arbeitsplätzen sowie Entleerungstendenzen aufgrund von Abwanderungsprozessen.

---

<sup>209</sup> Vgl. Leimgruber, Walter (2007): a.a.O., S. 61.

<sup>210</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>211</sup> Vgl. Spangenberg, Martin; Kawka, Rupert: Neue Raumtypisierung – ländlich heißt nicht peripher, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, 59. Jahrgang, Heft 02 / 2008, Göttingen, S. 27.

<sup>212</sup> Vgl. Maier, Jörg; Weber, Wolfgang (1995): Ländliche Räume, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 592.

<sup>213</sup> Vgl. Krajasits, Cornelia (2008): a.a.O., S. 9.

<sup>214</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>215</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>216</sup> Vgl. Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.) (1997): a.a.O., S. 6 f.

Weiterhin vielfach nur unzureichend genutzte Entwicklungspotenziale, besonders im Fremdenverkehrsbereich, eine unbefriedigende verkehrliche Erschließung, niedrigere Einkommens- und Vermögensniveau der privaten Haushalte und eine Kapitalschwäche der Unternehmen.<sup>217</sup>

Insgesamt betrachtet hat der ländliche Raum in den letzten Jahrzehnten einen grundlegenden Wandel erfahren wie bereits in der Einführung aufgezeigt wurde, sowohl in funktionaler Hinsicht, als auch in Hinblick auf die äußere Wahrnehmung und Bewertung. In diesem Zusammenhang ist v.a. ein „neues Selbstbewusstsein“ ländlicher Regionen zu erwähnen, welches u.a. auch darin zum Ausdruck kommt, dass heute nicht nur allein negative Attribute, wie beispielsweise „Abgelegenheit“, „Strukturschwäche“, „geringe Durchschnittseinkommen“ sowie „Abwanderungstendenzen“ mit ländlichen Räumen mit ländlichen Räumen verbunden werden, sondern zunehmend auch Aspekte wie „Suburbanisierungsdruck“, „zentrennahe Lage“, „attraktive Wohnstandorte“, „Entstehung neuer Wirtschaftscluster“ sowie „Fremdenverkehrsgebiete“.<sup>218</sup> Ferner wird dieses zunehmende Selbstbewusstsein des ländlichen Raumes durch die Vielzahl von spezifischen Funktionen, welche dieser Raumtyp im regionalen Gefüge erfüllt begründet ebenso wie durch zahlreiche neue Entwicklungsperspektiven, die sich gleichermaßen neben den bereits erwähnten Herausforderungen und Risiken herauskristallisieren (vgl. hierzu auch Tab. 4). Aufgrund dessen hat sich mittlerweile bei der Definition des Begriffs „ländlicher Raum“ sowohl auf nationaler, als auch auf europäischer Ebene die sog. „multifunktionale Herangehensweise“ etabliert.

Der Begriff der „Multifunktionalität“ fungiert daher als zentrales Leitbild der nationalen und europäischen Agrarpolitik (u.a. European Commission 1999, OECD 2001).<sup>219</sup> Die vom Europarat verfasste „Europäische Charta des ländlichen Raums“ versteht gemäss dieser multifunktionalen Begriffsdefinition, unter ländlichen Räumen Gebiete, „wo der größere Teil der Fläche genutzt wird für: Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Aquakultur und Fischerei; wirtschaftliche und kulturelle Tätigkeit der Einwohner des betreffenden Gebiets (Handwerk, produzierendes Gewerbe, Dienstleistungen usw.); Herrichtung nichturbaner Gebiete für Freizeit und Erholung (oder als Naturschutzgebiete) sowie für andere Zwecke wie z.B. als Wohnraum.“<sup>220</sup>

---

<sup>217</sup> Vgl. Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.) (1997): a.a.O., S. 6 f.

<sup>218</sup> Vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Raumordnungsbericht 2005, Bonn, S. 203.

<sup>219</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>220</sup> Vgl. Ebenda, S. 203 f.

**Tab. 4: Funktionen, Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume**

<b>Funktionen des ländlichen Raumes</b>	<b>Herausforderungen Entwicklungsperspektiven</b>
„Wohnfunktion“: qualitativ hochwertige Lebensqualität	Demografischer Wandel: Sicherung der Nahversorgung, Finanzschwäche der öffentlichen Haushalte
„Wirtschafts- und Arbeitsplatzfunktion“: v.a. wettbewerbsfähige Produktionsbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe und Unternehmen	Fortschreitender Strukturwandel, Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft (z.B. Tourismus, Dienstleistungssektor), Anbindung an neue IuK-Technologien
„Ökotop- und Naturschutzfunktion“	Steigende Umweltbelastungen, Naherholung
„Ressourcenbereitstellungsfunktion“	Steigende Energiekosten, Verstärkte Nutzung erneuerbarer Ressourcen und Energien (nachwachsende Rohstoffe, Biomasse, Wind- und Solarenergie)
„Standortfunktion für Infrastrukturen“: flächenintensive und sperrige Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen, Flächen für gewerbliche und industrielle Nutzungen	Nutzungskonflikte, größere Flächenverfügbarkeit und niedrigere Grundstückspreise als Standortvorteil gegenüber Ballungsräumen
„ <b>Erholungs- und Tourismusfunktion</b> “ ( <b>Untersuchungsgegenstand der Dissertation</b> ): attraktives Landschaftsbild, Förderung der seelischen und körperlichen Regeneration	Erhalt der natürlichen Ressourcen (Kulturlandschaft), Kooperation mit Landwirtschaft und Naturschutz, Demografischer Wandel als Chance, ebenso steigendes Gesundheitsbewusstsein (Wellnessbereich)
<b>Fazit: Multifunktionalität des ländlichen Raumes und enger Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</b>	

Entwurf: Eigener Entwurf, 2009.

## 2.1 Die EU-Strukturpolitik als Bestandteil der ländlichen Entwicklung

In der heutigen Zeit stehen die ländlichen Räume in Deutschland und Europa vor neuen und großen Herausforderungen. Zu diesen Herausforderungen zählt insbesondere die fortschreitende Globalisierung bzw. Europäisierung infolge der Grenzöffnungen in Europa und der damit einhergehenden Verwirklichung des EU-Binnenmarktes und des Europäischen Wirtschaftsraumes. Als weitere Herausforderung sind ferner die EU-Osterweiterung, der anhaltende Strukturwandel, der demografische Wandel sowie die zunehmende Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte anzusehen. Alle diese zentralen Herausforderungen der Zukunft beeinflussen in gewissem Maße die Entwicklung von ländlichen strukturschwachen Regionen, ebenso weitere Einflussfaktoren, wie etwa die raumstrukturellen Rahmenbedingungen sowie die nationalen und europäischen raumbedeutsamen Fachpolitiken.

Dabei ist insbesondere davon auszugehen, dass der Einfluss bzw. die Impulse im Rahmen der Europäischen Integration und hier vor allem infolge der raumbedeutsamen Fachpolitiken der EU als besonders relevant für die ländliche Entwicklung zu bewerten ist. Obwohl die Kompetenz für Raumordnung nach wie vor in erster Linie bei der nationalen Ebene liegt, ist davon auszugehen, dass die EU über ihre Strukturpolitik, ihre raumwirksamen Fachpolitiken und die ihr zugewiesenen Kompetenzen in anderen Bereichen einen deutlichen Einfluss auf die Entwicklung von ländlichen strukturschwachen Regionen nimmt. Dabei haben vor allem die Strukturfonds sowie die Gemeinschaftliche Agrarpolitik (GAP) große Bedeutung für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen. Aufgrund dieser Tendenzen soll im Rahmen dieser Arbeit nun der Einfluss der europäischen Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen untersucht werden.

Bei der Definition des Begriffs „EU-Strukturpolitik“ kann zunächst festgestellt werden, dass es auch an dieser Stelle ähnlich wie für den Begriff „Strukturpolitik“, keinen allgemein gültigen Definitionsansatz gibt. Daher schlägt AXT eine Art „Arbeitsdefinition“ vor, die zwar wenig konkret erscheint, jedoch zumindest den Versuch eines Definitionsansatzes enthält: „Unter EU-Strukturpolitik begreift man die Gesamtheit der Maßnahmen, um auf der Ebene der EU (neben den nationalen Anstrengungen) mit den durch die Strukturfonds und weiteren Finanzinstrumenten zur Verfügung gestellten Mitteln die – im Primär- (EG-Vertrag) und Sekundärrecht (Verordnungen) verankerten – Ziele regionaler, sektoraler, horizontaler und auch allgemein politischer Art („Solidarität“) zu verfolgen. Europäische Strukturpolitik ist mithin das, was aus den EU-Strukturfonds in Verfolgung der wenig präzise bestimmten Ziele des „wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes“ finanziert wird.“<sup>221</sup>

Im Folgenden werden dabei zunächst die wesentlichen Grundlagen der EU-Strukturpolitik aufgezeigt (u.a. die Entwicklung der Strukturpolitik mit ihren Anfängen und wesentlichen Reformschritten, den zentralen Zielen, rechtlichen Grundlagen und wesentlichen Prinzipien sowie deren verschiedene Instrumente) und ihre Bedeutung für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen bewertet.

---

<sup>221</sup> Vgl. Axt, Heinz-Jürgen (2000) zitiert in: Schäfer, Nicole (2003): a.a.O., S. 70.

In Bezug auf die Entwicklung der europäischen Strukturpolitik wird dabei zunächst deutlich, dass sie nicht aus „einem Guss entwickelt wurde“, sondern sich vielmehr „sukzessive“ entwickelte vor dem Hintergrund wichtiger politischer Ereignisse, wie z.B. die verschiedenen Erweiterungen der EU oder einzelne Integrationsschritte (vgl. Tab. 5). Als die Europäische Gemeinschaft (EG) im Jahr 1957 gegründet wurde gab es im Gegensatz zur heutigen Zeit noch keine größeren nationalen und regionalen Disparitäten zwischen den damaligen Mitgliedstaaten. Demzufolge bestand damals kein regionalpolitischer Handlungsbedarf seitens der Europäischen Gemeinschaft, daher sah der Gründungsvertrag keine regionalpolitischen Kompetenzen oder Instrumente auf Gemeinschaftsebene vor.<sup>222</sup> Durch verschiedene Erweiterungen (u.a. Nord- und Süderweiterung) verschärfte sich jedoch die Disparitäten innerhalb der EU und damit der strukturpolitische Handlungsbedarf, wobei sich die Entwicklung und inhaltliche Gestaltung der europäischen Strukturpolitik von ihren Anfängen bis zur heutigen Zeit in sechs Entwicklungsphasen einteilen lässt. In diesem Zusammenhang ist die Gründung des „Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)“ im Jahr 1975 daher als der eigentliche Beginn der europäischen Strukturpolitik anzusehen. Jedoch ist dabei zu berücksichtigen, dass die EG damals noch keine eigenständige Strukturpolitik im heutigen Sinne betrieb: Die Funktion des EFRE bestand bis 1985 „überwiegend darin, den Mitgliedstaaten Mittel für die Förderung von Investitionen zu ersetzen, die diese im Rahmen ihrer nationalen regionalen Förderprogramme durchführten.“<sup>223</sup> Eine eigenständige europäische Strukturpolitik entstand dann jedoch erst Ende der 80-er Jahre.

Weitere Meilensteine auf dem Weg zu einer eigenständigen EU-Strukturpolitik bildeten ferner die vertragliche Verankerung der „wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion“ im Rahmen der „Einheitlichen Europäische Akte (EEA)“ sowie die Reform der Strukturfonds im Jahr 1988 mit einer Abkehr von der bisher vorherrschenden Projektförderung zugunsten einer Programmförderung. In diesem Zusammenhang wurden erstmals europaweite Förderziele und Prinzipien in der Strukturfondsförderung festgelegt, wobei die bei dieser Reform festgelegten „Grundstrukturen des Fördersystems“ bis heute „die Grundlage für die EU-Regionalförderung bilden.“<sup>224</sup> Eine weitere bedeutende Neuerung insbesondere für ländliche strukturschwache Regionen bestand in der Einführung der sog. „Gemeinschaftsinitiativen“ (GI) – „in der Tradition der bereits vorhandenen Gemeinschaftsmaßnahmen“. Diese Gemeinschaftsinitiativen sollen als Förderprogramme zur „Durchführung von Maßnahmen mit einem besonderen Interesse für die Gemeinschaft“ dienen.<sup>225</sup> Dabei sollen sie die Strukturförderung der EU durch innovative Ansätze ergänzen und werden durch die Strukturfonds finanziert.

---

<sup>222</sup> Vgl. Lammers, Konrad (2007): Die EU-Strukturpolitik im Spannungsfeld von Integration, regionaler Konvergenz und wirtschaftlichem Wachstum, in ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 4 / 2007, Hannover, S. 289.

<sup>223</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>224</sup> Vgl. Untiedt, Gerhard; Janson, Bernd (2005): EU-Regionalpolitik – Konzeption und Instrumente, in: Eberstein, Hans Hermann (Hrsg.): Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung, 3. Auflage, 1. Band, Köln, S. A VII 1, 4.

<sup>225</sup> Vgl. Schäfer, Nicole (2003): a.a.O., S. 77.

Wobei wesentliche neue Impulse durch die Gemeinschaftsinitiativen ausgelöst wurden, u.a. durch die Förderung der transnationalen, grenzübergreifenden und interregionalen Zusammenarbeit, durch das von unten nach oben aufgebaute Durchsetzungskonzept sowie durch das Sichtbarwerden der Gemeinschaftsaktionen vor Ort.<sup>226</sup> Eine weitere zentrale Reform innerhalb der EU-Strukturpolitik stellt zudem die sog. „AGENDA 2000“ dar. Hierbei sollten im Bereich der Strukturpolitik vor allem eine Vereinfachung des Systems und eine Erhöhung ihrer Effizienz erreicht werden. Diese Reform der Strukturpolitik zu Beginn der Förderperiode 2000 bis 2006 verfolgte insgesamt drei Schwerpunkte „Konzentration“, „Vereinfachung“ und „klare Aufteilung der Kompetenzen“. Unter anderem wurde das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK) in die Strukturfondsleitlinien aufgenommen und somit ein erster Schritt „hin zu einer stärker raumentwicklungspolitischen Ausrichtung der EU-Strukturpolitik gemacht.“<sup>227</sup>

Eine Vereinfachung sollte des Weiteren durch eine Reduzierung und Zusammenfassung der Förderziele (von bislang 6 auf nunmehr 3), weiterhin eine Reduzierung der Zahl der Gemeinschaftsinitiativen (von 13 auf 4) sowie die Herstellung weitgehender räumlicher Deckungsgleichheit zwischen EU-Strukturpolitik und nationaler Regionalpolitik erreicht werden. Durch die Vorenthaltung von insgesamt 4 % der Strukturmittel als sog. „Effizienzreserve“ sollte künftig die Effizienz der Strukturförderung erhöht werden, ebenso sollte damit langfristig die Qualität der einzelnen Programme der Mitgliedstaaten erhöht werden.<sup>228</sup> Es sollte nunmehr eine Strukturpolitik „aus einem Guss“ geschaffen werden.<sup>229</sup> Zu diesem Zweck sollte die Mittelvergabe innerhalb und zwischen den einzelnen Fonds eng miteinander verwoben werden, um auf diese Weise zu erreichen, dass die „Wirkungen der Förderung sich nicht überlagern oder gegenseitig neutralisieren.“<sup>230</sup> Des Weiteren wurden innerhalb dieses Prozesses wichtige Prinzipien der Strukturpolitik bestätigt und teilweise leicht modifiziert. Die aktuell laufende Förderperiode (2007-2013) brachte schließlich erneut Änderungen und Neuerungen mit sich, insbesondere für ländliche strukturschwache Regionen, die im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch detailliert dargestellt werden.

---

<sup>226</sup> Vgl. Schäfer, Nicole (2003): a.a.O., S. 77 f.

<sup>227</sup> Vgl. Ebenda, S. 8.

<sup>228</sup> Vgl. Ebenda, S. 86.

<sup>229</sup> Vgl. Untiedt, Gerhard; Janson, Bernd (2005): a.a.O., S. A VII 1, 7.

<sup>230</sup> Vgl. Ebenda.

**Tab. 5: Übersicht über die Entwicklung der EU-Strukturpolitik**

Politisches Ereignis	Bedeutung für die Strukturpolitik
1957: Gründungsphase der Europäischen Gemeinschaft (EG)	Zunächst kein strukturpolitischer Handlungsbedarf – keine größeren nationalen und regionalen Disparitäten  Keine regionalpolitischen Kompetenzen oder Instrumente
60-er Jahre	Erste Ansätze einer Strukturpolitik zu erkennen: Einrichtung des ESF als eine Art „Finanzausgleich, Gründung des EAGFL Abteilung Ausrichtung (1964)  1967: Einrichtung der „Generaldirektion Regionalpolitik“
70-er Jahre: Erste Erweiterung der EG mit dem Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks	Erstmals deutlichere Disparitäten innerhalb der EG – Gründung des EFRE (1975): <b>Beginn der EU-Strukturpolitik</b> , jedoch zunächst lediglich Finanzierungshilfe für die nationale Strukturpolitik – Entwicklungsphase 1 (1973-1979)
80-er Jahre: Süderweiterung der EU (Griechenland, Portugal und Spanien)	Entwicklungsphase 2 (1979-1984): „partielle Abkopplung“ der EU-Strukturpolitik von den Regionalpolitiken der Mitgliedstaaten  Erste Ansätze einer konzeptionellen Basis (erste eigene Förderprogramme)
„Einheitliche Europäische Akte (EEA)“	Entwicklungsphasen 3 (1985-1987): Starkes Ansteigen der regionalen Disparitäten  Institutionelle und materielle Aufwertung der Strukturpolitik, Ziele der Kohäsionspolitik werden definiert, Mittel für Kohäsionspolitik werden verdoppelt
Ende der 80-er / Anfang der 90-er Jahre	Entwicklungsphase 4 (1987-1994): Reform der Strukturfonds 1988: Abkehr von der Projektförderung hin zu einer Programmförderung  Festlegung von europaweiten Förderzielen und Prinzipien, Einführung der Gemeinschaftsinitiativen und Gründung des Kohäsionsfonds (1993)
Mitte der 90-er Jahre: Beitritt Österreichs, Finnlands und Schweden	Entwicklungsphase 5 (1994-1999): kleinere Anpassungen und Einrichtung neuer Fonds (PHARE, ISPA und SAPARD)
Ab 2000: AGENDA 2000 und EU-Osterweiterung	Entwicklungsphase 6 (2000-2006): Erneute Reform der EU-Strukturpolitik, Vorbereitung auf neue Herausforderungen: Vereinfachung, Erhöhung der Effizienz, Reduzierung der Förderziele und der GI, Herstellung von Deckungsgleichheit zwischen nationaler und EU-Strukturpolitik

Entwurf: Eigener Entwurf, 2009.

Bei Analyse der Grundlagen der EU-Strukturpolitik und ihrer Bedeutung für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen werden sowohl Chancen als auch Herausforderungen sichtbar. Bezüglich Zielen und Prinzipien der europäischen Strukturpolitik kann zwischen den grundlegenden Zielen, die in den EU-Verträgen verankert, und somit dauerhaft gültig sind, sowie den sich ändernden spezifischen Zielen der jeweiligen Förderperioden unterschieden werden. Denn wie bereits angedeutet wurde, ist die europäische Strukturpolitik in ein Zielsystem eingebunden.

Dieses Zielsystem ist jedoch nicht statisch, sondern wurde vielmehr stetig im Verlauf der einzelnen Förderperioden weiterentwickelt und an veränderte Rahmenbedingungen angepasst. Zunächst sollen im Folgenden die für die Strukturpolitik relevanten Vertragsbestimmungen und Grundlagen aufgezeigt werden: Der EG-Vertrag verpflichtet dazu, „die harmonische Entwicklung der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten zu fördern“, und zwar u.a. in der Weise, dass „der Abstand zwischen einzelnen Wirtschaftsgebieten verringert“ und „der Rückstand weniger begünstigter Gebiete aufgeholt wird.“<sup>231</sup> Dieses zentrale Ziel wird als „Konvergenzziel“ bezeichnet. Weiterhin ist in diesem Sinne die „Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Gemeinschaft zu stärken“ und „ihre harmonische Entwicklung als Ganzes zu fördern.“<sup>232</sup> Dieses Hauptziel der europäischen Strukturpolitik wird als „Kohäsionsziel“ bezeichnet. Dabei soll der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt insbesondere „durch die Förderung derjenigen Regionen und Entwicklungsrückständen und akuten Umstrukturierungsproblemen“<sup>233</sup> gestärkt werden.

Beide Ziele wurden wie erwähnt im Rahmen der „Einheitlichen Europäischen Akte (EEA)“ in die Gründungsverträge aufgenommen. Durch Kohäsions- und Konvergenzziel wurde der „umfassende integrationspolitische Auftrag der EEA konkretisiert.“<sup>234</sup> Wobei beide Ziele in einem engen Zusammenhang stehen: So kann das Konvergenzziel „als wesentliches, wenn auch nicht als einziges Teilziel im Rahmen der von der Gemeinschaft angestrebten Kohäsion“<sup>235</sup> angesehen werden. Es findet durch beide Ziele eine Ergänzung der fortschreitenden wirtschaftlichen Integration statt. Die Gemeinschaft hat damit erkannt, dass „zunehmende Marktöffnung und wirtschaftliche Integration die flankierende Unterstützung des gesellschaftlichen Einigungsprozesses erfordern.“<sup>236</sup>

Daher haben beide Ziele auch eine „integrationspolitische Funktion“, sie „erfassen nicht nur strukturpolitische Teilziele“, sondern dienen vielmehr der „umfassenden, wirtschaftliche wie gesellschaftliche Aspekte einbeziehenden Verschmelzung der Vertragsländer zu einer politischen Gemeinschaft.“<sup>237</sup> Ebenso lässt sich erkennen, dass aufgrund der speziellen Förderung von Regionen mit strukturellen Problemen die EU-Strukturpolitik in erster Linie das Ausgleichsziel verfolgt.

---

<sup>231</sup> Vgl. Eberstein, Hans Hermann (1996): a.a.O., S. A I, 11.

<sup>232</sup> Vgl. Haneklaus, Winfried (1991): a.a.O., S. 1.

<sup>233</sup> Vgl. Untiedt, Gerhard; Janson, Bernd (2005): a.a.O., S. A VII 1, 3.

<sup>234</sup> Vgl. Haneklaus, Winfried (1991): a.a.O., S. 40.

<sup>235</sup> Vgl. Ebenda, S. 41.

<sup>236</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>237</sup> Vgl. Ebenda.

Die EU-Kommission strebt daher letztlich mit ihrer Strukturpolitik das Ziel an „ein höheres Maß an raumbezogener ökonomischer Gleichheit innerhalb der EU zu erreichen“, in diesem Zusammenhang sollen die „durchschnittlichen pro-Kopf-Einkommen der ökonomischen Peripherie stärker an den europäischen Durchschnitt herangeführt werden.“<sup>238</sup> Zu diesen besonders förderbedürftigen Regionen infolge von Umstrukturierungsproblemen zählt auch die Region Westpfalz, deren spezifische strukturelle Probleme bereits in der Zielsetzung der Arbeit angedeutet wurden. Bei Analyse der Grundlagen der EU-Strukturpolitik wird deutlich, dass es sowohl rechtliche als auch wissenschaftlich-theoretische Grundlagen gibt. Dabei lässt sich die EU-Strukturpolitik von der Vorstellung tragen, dass sich „reale Konvergenz und damit eine ökonomische und soziale Kohäsion nicht quasi automatisch über Marktprozesse als Folge verstärkter wirtschaftlicher Integration einstellen wird“, wie u.a. die „neoklassische Schule der Volkswirtschaftslehre behaupten würde.“<sup>239</sup> Daher sieht die EU-Kommission die Notwendigkeit „flankierender wirtschaftspolitischer Maßnahmen“, um ein die gesamte EU gefährdendes „Auseinanderdriften“ der europäischen Regionen zu verhindern.

Dabei kann sich die EU auf neuere Theorien in den Wirtschaftswissenschaften berufen, wie bspw. die Theorien des „Endogenen Wachstums“ bzw. die „Neue Wachstumstheorie“ sowie der „Neuen Ökonomischen Geografie“, welche die „Furcht vor solchen Divergenzansätzen nähren.“ Diese beiden wirtschaftswissenschaftlichen Theorien gehen davon aus, dass der freie Markt zu Konzentrationsprozessen führt, welche die Zentren stärken und damit letztlich Disparitäten zwischen den Zentren und der Peripherie verschärfen. Im Rahmen der neuen Wachstumstheorie stellen dabei „Innovationen“ die Voraussetzung für Wachstum dar. Durch bessere Rahmenbedingungen für Innovationen in den Zentren kommt es dabei zu Agglomerationen des FuE-Sektors in den Zentren, wobei hier das Wachstum gefördert wird, dass dann jedoch nur „unvollständig in die Peripherie diffundiert.“

Dagegen baut die „Neue Ökonomische Geographie (NÖG)“ auf Erkenntnissen von MARSHALL zu den Vorteilen räumlicher Agglomeration auf, sowie auf den alten regionalökonomischen Polarisierungstheorien von MYRDAL, HIRSCHMANN und KALDOR. Bei dieser Theorie ist die Existenz „lokalisierter steigender Skalenerträge in der Produktion in Verbindung mit Transportkosten“ Grundlage für Zentrenbildung bzw. Konzentrationsprozesse. Daher ist es wegen der Existenz von Transportkosten vorteilhaft für Firmen, sich dort niederzulassen wo sie einen großen Absatzmarkt haben. Zwar entstehen in der ökonomischen Geographie neben diesen „zentripetalen Kräften“ auch „gegenläufige, zentrifugale Tendenzen“, etwa durch Ballungskosten in den Zentren wie z.B. erhöhte Preise für nicht-handelbare Güter, wenn jedoch die „agglomerativen Tendenzen dominieren, kann sich in den Modellen der NÖG „eine geografische Struktur mit Zentrum und Peripherie endogen herausbilden.“<sup>240</sup>

Diese Theorien scheinen die Realität in der Raumstruktur der EU auch tatsächlich abzubilden: Im Zentrum der EU liegt die „Europäische Banane“, der wirtschaftsstärkste und wohlhabendsten Teil der Union, der sich von Südengland über die Benelux-Staaten, West-Deutschland, Ost-Frankreich bis nach Nord-Italien erstreckt.

---

<sup>238</sup> Vgl. Südekum, Jens (2002): Wie sinnvoll ist die Regionalpolitik der Europäischen Union ?, Göttingen, S. 2, verfügbar unter: <http://www.uni-konstanz.de/suedekum/regiopolzfw.pdf>.

<sup>239</sup> Vgl. Ebenda, S. 3.

<sup>240</sup> Vgl. Ebenda, S. 7 ff.

Dabei sinken die regionalen Einkommen mit zunehmendem Abstand zur „Banane“, wobei die ärmsten Regionen der EU, die sog. „Ziel-1-Gebiete“, schließlich am äußersten Rand der Gemeinschaft liegen.<sup>241</sup> Aufgrund dieser Disparitäten zwischen Zentren und Peripherien innerhalb der EU verfolgt die EU-Strukturpolitik das explizite Anliegen „aus distributiven und politischen Gründen den agglomerativen Tendenzen innerhalb des Gemeinschaftsraumes entgegenzuwirken“ um auf diese Weise „die regionalen Einkommensdisparitäten zu nivellieren.“<sup>242</sup> In der Praxis steht dieser Ansatz jedoch häufig in der Kritik.

Dies vor allem aus zweierlei Gründen: Zum einen weil gerade Agglomeration und räumliche Ungleichverteilung von wirtschaftlicher Aktivität für das gesamtwirtschaftliche Wachstum von Vorteil sein können und so durch die gezielte Beeinflussung der Allokation es zu Effizienzverlusten kommen kann. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass konkret unternommene Maßnahmen zur Schaffung von mehr räumlicher Gleichheit durch sekundäre Anpassungsmechanismen „de facto zu mehr Ungleichheit führen können“<sup>243</sup>, u.a. bei einem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur: Denn Straßen haben Fahrbahnen in beide Richtungen, so können eine bessere Erreichbarkeit und geringere Transportkosten erreicht werden, andererseits kann es auch „zu einem Relokationsprozess dort ansässiger Industrien in die Zentren kommen, da eine Befriedigung der Nachfrage aus der Provinz nun einfacher und billiger durch Exporte geleistet werden kann.“<sup>244</sup> Ebenso kann auch die Förderung des Humankapitals in strukturschwachen peripheren Regionen zu unerwünschten Wirkungen führen, bspw. zu einer qualifikationsabhängig steigenden Abwanderungstendenz nach Abschluss der Ausbildungsphase. Denn die individuelle Mobilität von Arbeitskräften nimmt mit dem Grad der Qualifikation zu.<sup>245</sup>

Aufgrund dieser Problematik sind nach Ansicht von Experten die modernen Divergenztheorien jedoch schwerlich als Rechtfertigung dafür heranzuziehen, „durch politische Interventionen eine höhere räumliche Gleichheit der Produktion anzustreben.“<sup>246</sup> Neben diesen theoretisch-analytischen Grundlagen bildet der EG-Vertrag die rechtliche Grundlage für die europäische Strukturpolitik. So ist laut Art. 3k des EG-Vertrags das zentrale Ziel der Strukturpolitik die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts als „ein Tätigkeitsfeld der Gemeinschaft anzustreben.“<sup>247</sup> Des Weiteren stellen die Art. 158-162 EG-Vertrag die Rahmenregelungen der gemeinschaftlichen Strukturpolitik unter dem Titel „Der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt“ dar. Die Vertragsbestimmungen im Einzelnen beinhalten u.a. eine „strukturpolitische Generalklausel“ mit der Festlegung des Ziels der Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts. Weiterhin betont der folgende Abs. 2 dieses Artikels innerhalb der Kohäsionspolitik die gemeinschaftliche Regionalpolitik und „liefert somit die Rechtsgrundlage für regionalpolitische Maßnahmen der EG.“<sup>248</sup>

---

<sup>241</sup> Vgl. Südekum, Jens (2002): a.a.O., S. 10.

<sup>242</sup> Vgl. Ebenda, S. 14.

<sup>243</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>244</sup> Vgl. Ebenda, S. 15.

<sup>245</sup> Vgl. Ebenda, S. 17.

<sup>246</sup> Vgl. Ebenda, S. 20.

<sup>247</sup> Vgl. Untiedt, Gerhard; Janson, Bernd (2005): a.a.O., S. A VII 1, 9.

<sup>248</sup> Vgl. Ebenda.

Weiterhin geben die folgenden Artikel Auskunft über den Anwendungsbereich der Generalklausel, konkretisieren diese und betonen in diesem Zusammenhang die Pflichten der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft. Eine der wesentlichen Pflichten bildet dabei die Vorgabe in Art. 159 an die Mitgliedstaaten „ihre Wirtschaftspolitik vor dem Hintergrund der in Art. 158 definierten Ziele zu gestalten und zu koordinieren, um so zur Erreichung dieser Ziele beizutragen.“<sup>249</sup> Auf der anderen Seite ist auch die Europäische Gemeinschaft verpflichtet, ihre Politik und Aktionen „mit der Absicht festzulegen und durchzuführen, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu fördern.“<sup>250</sup> Aufgrund dessen ist die europäische Regional- bzw. Strukturpolitik als Querschnittsaufgabe „zur Schlüsselpolitik des Integrationsprozesses avanciert.“<sup>251</sup>

Dieser Integrationsprozess soll vor allem durch die Unterstützung der Mitgliedstaaten im Rahmen der Strukturfonds sowie der übrigen Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft gefördert werden. Insgesamt werden drei differenzierte gemeinschaftsrechtliche Pflichten unterschieden, namentlich „Koordinationspflichten“, „Mitwirkungspflichten“ und „Unterlassungspflichten.“ Dabei beziehen sich die Koordinationspflichten auf die Pflicht der nationalen Handlungsträger, „den Einsatz regionalpolitischer Instrumente mit Blick auf den gemeinschaftlichen Zielrahmen zu koordinieren.“<sup>252</sup> Darüber hinaus wird dadurch auch die Notwendigkeit zur zwischenstaatlichen Zusammenarbeit im Rahmen der Strukturpolitik betont, insbesondere zur Abstimmung der vorhandenen nationalen und gemeinschaftlichen Instrumentarien. Aus dieser Verpflichtung der Mitgliedstaaten, ihre „regionalpolitischen Maßnahmen so zu gestalten, dass die Entwicklungsunterschiede der Regionen in der Gemeinschaft verringert werden“<sup>253</sup> ergeben sich schließlich die Mitwirkungspflichten. Diese Mitwirkungspflichten beziehen sich in erster Linie auf die Durchführung von gemeinschaftlich beschlossenen Förderprogrammen.

Die Mitgliedstaaten wirken dabei an diesen Förderprogrammen in dreierlei Hinsicht mit: Zum einen durch die ergänzende Finanzierung sowie zum anderen durch die Bereitstellung von Verwaltungskapazitäten ebenso wie durch die Begleitung und Kontrolle der Fördermaßnahmen vor Ort und Stelle.<sup>254</sup> Weitere Pflichten der Mitgliedstaaten sind die sog. Unterlassungspflichten, da „eine effektive Zielverwirklichung“ nur dann gewährleistet ist, „wenn die genannten positiven Handlungspflichten ergänzt werden um Unterlassungspflichten hinsichtlich solcher staatlicher Aktivitäten, welche die Wirksamkeit der EG-Maßnahmen ernstlich gefährden würden.“<sup>255</sup>

---

<sup>249</sup> Vgl. Haneklaus, Winfried (1991): a.a.O., S. 40.

<sup>250</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>251</sup> Vgl. Ebenda, S. 1.

<sup>252</sup> Vgl. Ebenda, S. 50.

<sup>253</sup> Vgl. Ebenda, S. 51.

<sup>254</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>255</sup> Vgl. Ebenda, S. 52.

Dies bedeutet letztendlich, dass die nationale Strukturpolitik sich an der europäischen Strukturpolitik zu orientieren hat und diese nicht konterkarieren darf. Für ländliche strukturschwache Regionen wie die Westpfalz ist dabei in diesem Zusammenhang vor allem folgende Unterlassungspflicht von Bedeutung: „Das Wachstumsziel vermag daher keine Unterstützung solcher Regionen zu rechtfertigen, die zwar gemessen am jeweiligen nationalen Entwicklungsstand Defizite aufweisen, aber im Bezugsrahmen der Gemeinschaft überdurchschnittlich ausgestattet sind.“<sup>256</sup>

Dieser Fall trifft genau auf den Untersuchungsraum zu: Im nationalen Maßstab gilt die Region Westpfalz als Problemregion und damit als förderwürdig, im europäischen Vergleich mit ländlichen Regionen vor allem in Ost- und Südeuropa erscheint die Westpfalz dagegen eher wohlhabend und damit weniger förderbedürftig. Dabei wird ein Hauptkritikpunkt an der europäischen Strukturpolitik sichtbar: Die EU-Strukturpolitik berücksichtigt in erster Linie gesamteuropäische Interessen bzw. Perspektiven, und weniger nationale Sichtweisen, so dass Konflikte zwischen beiden Ebenen vorprogrammiert scheinen. Darüber hinaus finden sich auch die rechtlichen Grundlagen der einzelnen Strukturfonds im EG-Vertrag: So findet sich bspw. die rechtliche Grundlage für den EFRE mit dem wesentlichen Ziel „sich an der Entwicklung, an der strukturellen Anpassung der rückständigen Gebiete und an der Umstellung der Industriegebiete mit rückläufiger Entwicklung zu beteiligen und so den Abbau der wichtigsten regionalen Disparitäten voranzutreiben“<sup>257</sup> in Art. 160. Wie bereits angedeutet, gibt es neben diesen grundlegenden und statischen Zielen auch dynamische Ziele in den einzelnen Förderperioden, die je nach Bedarf neuformuliert bzw. angepasst werden. Da im Rahmen dieser Arbeit die vorangegangene Programmplanungsperiode 2000 bis 2006 im Vordergrund stehen soll, werden im Folgenden die Ziele der EU-Strukturpolitik in dieser Förderperiode dargestellt. Die spezifischen Ziele der EU-Strukturpolitik im Förderzeitraum 2000 bis 2006 sind vor dem Hintergrund der bereits erwähnten „Agenda 2000“ zu sehen. Diese Reform stand unter den Leitworten „Konzentration“ und „Vereinfachung“, was sich u.a. in einer Neuformulierung der Ziele ausdrückt. So wurde zur Programmplanungsperiode 2000 bis 2006 die Zahl der Förderziele von sechs auf drei reduziert.

Im Rahmen von Ziel 1 „Entwicklung und strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“ wurden in der Förderperiode 2000 bis 2006 wie bisher die Regionen der EU mit dem größten Entwicklungsrückstand gefördert. Die Förderkriterien bleiben unverändert. Förderfähig waren demnach „die auf der Ebene von NUTS II angesiedelten Regionen deren Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner auf der Grundlage des Durchschnitts der letzten drei Jahren unter 75 % des Gemeinschaftsdurchschnitts liegt.“<sup>258</sup> Das bisherige Ziel 6 („Förderung der Entwicklung und strukturellen Anpassung von Gebieten mit einer extrem niedrigen Bevölkerungsdichte“) wurde dabei in das neue Ziel 1 integriert. Diejenigen Regionen, die im vergangenen Zeitraum nach Ziel 2 förderfähig waren, dies aber im Zeitraum 2000 bis 2006 nicht mehr sein werden, wurde eine Übergangsfinanzierung (sog. „phasing out“) von sechs Jahren (in besonderen Fällen auch sieben Jahre) vereinbart.<sup>259</sup>

---

<sup>256</sup> Vgl. Haneklaus, Winfried (1991): a.a.O., S. 52.

<sup>257</sup> Vgl. Untiedt, Gerhard; Janson, Bernd (2005): a.a.O., S. A VII 1, 9.

<sup>258</sup> Vgl. Schäfer, Nicole (2003): a.a.O., S. 78.

<sup>259</sup> Vgl. Ebenda.

Nach wie vor wird für Ziel 1 der Großteil der EU-Strukturmittel verwendet (inklusive der „phasing out“-Mittel über 70 % der Mittel). In Ziel 2 „Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung von Gebieten mit Strukturproblemen“ wurden die bisherigen Ziele 2 („Umstellung der von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffenen Regionen“) und 5b („Erleichterung der Entwicklung und der strukturellen Anpassung der ländlichen Gebiete“) zusammengefasst und auf „weitere Gebiete ausgeweitet“, die ebenfalls „mit dem Problem der fehlenden wirtschaftlichen Diversifizierung konfrontiert sind.“<sup>260</sup>

Dabei handelt es sich im Einzelnen um „Industriegebiete mit einer über den Gemeinschaftsdurchschnitt liegenden Arbeitslosenquote“ und „einem über dem Gemeinschaftsdurchschnitt liegenden Anteil in der Industrie Beschäftigter sowie „einem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen in der Industrie“, des Weiteren um „ländliche Gebiete mit einer geringen Bevölkerungsdichte oder einem hohen Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Erwerbstätigen“, sowie um „städtische Gebiete“, wobei hier eines von fünf Förderkriterien erfüllt werden muss (entweder hohe Langzeitarbeitslosenquote und / oder hohes Armutsniveau, geschädigte Umwelt, hohe Kriminalitätsrate sowie niedriges Bildungsniveau). Schließlich sind in diesem Zusammenhang auch Fischereigeiete förderfähig, die durch einen „erheblichen Anteil der im Fischereisektor Beschäftigten und einem Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze in diesem Sektor geprägt sind.“<sup>261</sup> Dieses Ziel ist für den Untersuchungsraum von besonderer Bedeutung, denn die Region Westpfalz ist von strukturellen Umstrukturierungsprozessen infolge von Konversion und Strukturwandel stark betroffen und wird damit durch dieses spezifische Förderziel direkt angesprochen. Daher waren große Teile der Region, wie sich im weiteren Verlauf dieser Arbeit zeigen wird, in der Förderperiode 2000 bis 2006 Ziel-2-Fördergebiet. Jedoch bezieht sich dieses Förderziel vor allem auf die stärker städtisch geprägten Teile der Region, der ländliche Raum der Region fiel durch die Integration von Ziel 5b in das neue Ziel 2 aus der Förderkulisse heraus und erhielt lediglich noch Übergangsunterstützung.

Das gesamte neue Ziel 2 sollte nicht mehr als 18 % der EU-Bevölkerung umfassen (gegenüber rund 25 %-Bevölkerungsanteil in den bisherigen Ziel-2 und 5b-Regionen). Daraus wird ersichtlich, dass die im Rahmen der Agenda 2000 angestrebte Konzentration der EU-Strukturmittel auf die bedürftigsten Regionen sowie die Reduzierung der Fördergebietskulisse vor allem zulasten der Ziel-2-Fördergebiete geht. Dabei handelt es sich wie der Untersuchungsraum um Regionen, die zwar im nationalen Maßstab Defizite aufweisen und von Strukturproblemen betroffen sind, im Vergleich zu anderen Regionen im europäischen Maßstab jedoch wohlhabender und damit weniger förderbedürftig erscheinen. Im Gegensatz zu den Zielen 1 und 2, die lediglich teilweise verändert bzw. durch Integration ursprünglich eigenständiger Ziele erweitert wurden, wurde das neue Ziel 3 „völlig neu formuliert“ und „bezieht sich hauptsächlich auf die Anpassung und Modernisierung der nationalen und europäischen Beschäftigungs-, Bildungs- und Ausbildungspolitiken.“<sup>262</sup>

---

<sup>260</sup> Vgl. Schäfer, Nicole (2003): a.a.O., S. 83.

<sup>261</sup> Vgl. Untiedt, Gerhard; Janson, Bernd (2005): a.a.O., S. A VII 1, 13 f.

<sup>262</sup> Vgl. Schäfer, Nicole (2003): a.a.O., S. 83.

Damit ersetzt und vereint Ziel 3 die früheren Ziele 3 und 4. Ziel 3 dient der Förderung des Humankapitals in der EU und ist nicht regionalisiert, d.h. nicht an bestimmte Fördergebiete gebunden. Insgesamt wurde der Anwendungsbereich dieses Ziels, welches aus dem ESF finanziert wird, „relativ breit angelegt.“<sup>263</sup> Es sollen gemäß der „europäischen Beschäftigungsstrategie“ Arbeitsmarktpolitiken „zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Entwicklung der Humanressourcen, ein hohes Beschäftigungs- und Sozialschutzniveau, Bildungs- und Weiterbildungssysteme sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen unterstützt werden.“<sup>264</sup>

Aufgrund der bereits erwähnten strukturellen Umstellungsprobleme bzw. -prozesse und der damit verbundenen hohen Arbeitslosenquote ist dieses Ziel für den Untersuchungsraum von großer Bedeutung. Für die Erreichung dieser drei zentralen Förderziele der EU-Strukturpolitik in der Programmplanungsperiode 2000 bis 2006 standen insgesamt 195 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Mittelverteilung hat sich dabei im Vergleich zur vorangegangenen Förderperiode kaum verändert. Wie erwähnt entfällt der Großteil der Mittel auf Ziel 1, während auf Ziel 3 rund 12,3 % der Mittel entfallen und auf Ziel 2 rund 11,5 %. Somit wird auch an dieser Stelle ersichtlich, dass die Konzentration der Mittel zulasten von Ziel 2 geht. Es wurde bereits angedeutet, dass im Rahmen der Reform der Strukturfonds die wesentlichen Grundlagen und Prinzipien der europäischen Strukturpolitik festgelegt wurden, die im Wesentlichen bis in die heutige Zeit hinein gelten. Diese fünf wesentlichen und grundlegenden Prinzipien werden im Folgenden erläutert. Zunächst ist dabei in diesem Zusammenhang das Prinzip der „Konzentration“ der Mittel zu erwähnen. Dies bedeutet, dass die Strukturmittel nicht nach dem „Gießkannenprinzip“ unter den europäischen Regionen verteilt werden sollen, sondern auf die „ärmsten“ Regionen, d.h. diejenigen mit dem größten Entwicklungsrückstand, konzentriert werden sollen. Aufgrund dessen wird der Großteil der Fördergelder auf Ziel 1 konzentriert.

Ein weiteres zentrales Prinzip der EU-Strukturpolitik ist in dem Prinzip der „Partnerschaft“ zu sehen. Dies bedeutet, dass die europäische und die nationale Ebene bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik eng miteinander zusammenarbeiten. So sieht das Prinzip der Partnerschaft „eine enge Abstimmung zwischen Kommission und den nationalen Behörden beginnend mit der Programmplanung bis hin zur Durchführung der Aktionen vor.“<sup>265</sup> Wobei das Prinzip der Partnerschaft in engem Zusammenhang steht zu den beschriebenen Gemeinschaftspflichten, den Koordinations-, Mitwirkungs- und Unterlassungspflichten. Es geht dabei letztendlich um Koordination und Kooperation, d.h. um die Abstimmung zwischen den verschiedenen Instrumenten der europäischen und nationalen Strukturpolitik sowie die Notwendigkeit zur zwischenstaatlichen Zusammenarbeit sowie die Orientierung an den grundsätzlichen Zielen der EU-Strukturpolitik.

Das Prinzip der „Programmplanung“ verdeutlicht, dass die Förderung im Rahmen der europäischen Strukturpolitik seit der Strukturfondsreform 1988 auf der Grundlage von Programmen basiert. Dies bedeutet, dass die Mitgliedstaaten sog. operationelle Programme aufstellen müssen, um EU-Strukturmittel erhalten zu können.

---

<sup>263</sup> Vgl. Schäfer, Nicole (2003): a.a.O., S. 83.

<sup>264</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>265</sup> Vgl. Untiedt, Gerhard; Janson, Bernd (2005): a.a.O., S. A VII 1, 8.

Diese Programme müssen Vorgaben aus den Strukturfondsleitlinien der EU berücksichtigen sowie seit der aktuellen Förderperiode auch Vorgaben aus den sog. „Nationalen Strategischen Rahmenplan (NSRP)“ der Bundesrepublik. Die Programmplanung ist daher derzeit dreistufig aufgebaut, auf EU-Ebene die Strukturfondsleitlinien, auf nationaler Ebene der NSRP sowie auf regionaler Ebene die operationellen Programme (in Deutschland operationelle Programme der einzelnen Bundesländer). Daraus werden auch die drei Partner im Rahmen der EU-Strukturpolitik in Deutschland deutlich: EU, nationale Ebene und regionale Ebene (in Deutschland v.a. Landesebene). Der Planungsprozess erfolgt daher „in mehreren Etappen“ und unterliegt „einem partnerschaftlichen Entscheidungsprozess.“<sup>266</sup>

Hierbei wird ersichtlich, dass die beiden Prinzipien Partnerschaft und Programmplanung untrennbar miteinander verbunden sind. Partnerschaft und Programmplanung als grundlegende Prinzipien der EU-Strukturpolitik stehen wiederum in enger Verbindung zu dem Prinzip der „Subsidiarität“. Denn in den Prinzipien der Partnerschaft und der Programmplanung „kommt das allen EU-Interventionen zugrunde liegende Subsidiaritätsprinzip zur Geltung, das auf die Wahrung der nationalen Interessen achtet.“<sup>267</sup> Dieses Prinzip setzt im Vertrag von Amsterdam fest, dass nach Art. 3b EGV die europäische Ebene nur dann eine Aufgabe übernehmen soll, „sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können“ und „daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können.“<sup>268</sup> Das zentrale Problem bei dem Prinzip der Subsidiarität besteht darin, dass bei der Auslegung dieses Prinzips unterschiedliche Sichtweisen bestehen zwischen EU sowie den zentralistischen Mitgliedstaaten einerseits und den föderalistischen Mitgliedstaaten wie der Bundesrepublik Deutschland andererseits. Nach dem Willen der Kommission und der zentralistischen Mitgliedstaaten soll demzufolge eine Aufgabe, dann von der EU wahrgenommen werden, „wenn diese sie „besser“ als die Mitgliedstaaten erfüllen kann („Wirksamkeitstheorie“).“<sup>269</sup>

Im Gegensatz dazu vertreten die föderalistischen Staaten die Auffassung, „dass eine Aufgabe so lange nicht auf eine höhere Ebene übertragen werden darf, wie die untere Ebene diese „ausreichend“ erfüllt („Erforderlichkeitstheorie“).“<sup>270</sup> Dieser Konflikt kam dabei insbesondere bei der Auswahl der Fördergebiete zur Förderperiode 2000 bis 2006 zum Tragen. Die Bundesregierung forderte, dass die nationale Ebene die Fördergebietsauswahl vornehmen sollte. Dabei sollten „national einheitliche, nachvollziehbare Kriterien“ herangezogen werden, die von der Kommission „in Hinblick auf die Abgrenzung zwar einer Wettbewerbskontrolle unterzogen werden können, im Rahmen eines auf der EU-Ebene festzulegenden Plafonds aber akzeptiert werden müssten.“<sup>271</sup>

---

<sup>266</sup> Vgl. Untiedt, Gerhard; Janson, Bernd (2005): a.a.O., S. A VII 1, 8.

<sup>267</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>268</sup> Vgl. Schrupf, Heinz; Müller, Beate (1998): EU-Regionalpolitik – Die Reform der Strukturfonds nach den Vorstellungen der EU-Kommission – Die Agenda 2000, in: Eberstein, Hans Hermann (Hrsg.): Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung, 3. Auflage, 1. Band, Köln, S. A VII 3, 35.

<sup>269</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>270</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>271</sup> Vgl. Ebenda, S. A VII 3, 34.

Für Experten zeigen die Auseinandersetzungen um das Subsidiaritätsprinzip „eine grundlegende Schwäche der Konstruktion der Europäischen Union auf, die gleichzeitig auf einen „erheblichen und langwierigen Reformbedarf in der Zukunft verweist.“<sup>272</sup> Diese Schwäche ist in der supranationalen Organisation der EU zu sehen, die durch eine sehr heterogene Struktur geprägt ist, selbst auf Ebene der Mitgliedsländer. Solche Strukturen, im Sinne divergierender Größenstrukturen, unterschiedlicher Verwaltungsstrukturen sowie Organisationsprinzipien, aber auch die ökonomischen Entwicklungsniveaus führen zu einer weiteren Einschränkung des Subsidiaritätsprinzips.<sup>273</sup> Das Subsidiaritätsprinzip wird in Zukunft weiterhin Diskussionsbedarf hervorrufen, wie auch die Auseinandersetzungen um den Reformvertrag von Lissabon sowie die Diskussionen um eine Europäische Verfassung zeigen.

Schließlich bildet der Grundsatz der „Additionalität (bzw. Zusätzlichkeit) der Mittel“ ein wesentliches und wichtiges Prinzip innerhalb der europäischen Strukturpolitik. Dieser Grundsatz legt fest und stellt sicher, dass die EU-Strukturpolitik „die nationale Förderung ergänzt und nicht ersetzt“, d.h. „die Ausgaben der Mitgliedstaaten infolge der Strukturfonds nicht abnehmen.“<sup>274</sup> Diese zentralen Prinzipien der EU-Strukturpolitik verdeutlichen die Tatsache, dass die EU sich mittlerweile zu einem wichtigen Akteur in der Regionalentwicklung entwickelt hat und sich dadurch zahlreiche neue Herausforderungen für die Förderregionen ergeben. Durch die beschriebenen Prinzipien erhöhen sich für förderbegünstigte Regionen wie den Untersuchungsraum die Anforderungen an Kooperation bzw. Koordination, insbesondere mit den übergeordneten europäischen und nationalen Ebenen. Infolge dieser Abstimmungsprozesse entsteht zudem ein erhöhter bürokratischer Aufwand, insbesondere im Rahmen der Programmplanung. Dies stellt ländliche strukturschwache Regionen vor große Herausforderungen in finanzieller und personeller Hinsicht, sowie im Hinblick auf die Steuerung von Prozessen in der Regionalentwicklung. An dieser Stelle kann bereits erahnt werden, wie vielfältig sich zwischenzeitlich der Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen gestaltet. Wobei dieser Einfluss im weiteren Verlauf der Arbeit gemäß der Zielsetzung noch detaillierter dargestellt und analysiert werden wird.

## **2.2 Strukturpolitische Instrumente der EU und ihre Bedeutung für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen**

Zur Erreichung der beschriebenen Ziele steht der europäischen Strukturpolitik eine Vielzahl an Instrumenten zur Verfügung. Wobei in diesem Zusammenhang zunächst zwischen der aktiven und der passiven Strukturpolitik der EU unterschieden werden muss (vgl. hierzu Abb. 5). Die „aktive Strukturpolitik“ bezeichnet dabei die eigenständige Strukturpolitik der EU mit den dafür zur Verfügung stehenden spezifischen Instrumenten. Während die „passive Strukturpolitik“ die Kontrolle der nationalen Strukturpolitik durch die EU im Rahmen der Beihilfenkontrolle beinhaltet. Hierbei kann die EU „über das Europäische Wettbewerbsrecht Mitgliedstaaten untersagen, regionale Beihilfen zu gewähren“, dadurch „beschränkt die EU die nationalen Möglichkeiten der regionalpolitischen und damit raumstrukturellen Einflussnahme in den Mitgliedstaaten.“<sup>275</sup>

---

<sup>272</sup> Vgl. Schrupf, Heinz; Müller, Beate (1998): a.a.O., S. A VII 3, 35.

<sup>273</sup> Vgl. Ebenda, S. A VII 3, 35 f.

<sup>274</sup> Vgl. Untiedt, Gerhard; Janson, Bernd (2005): a.a.O., S. A VII 1, 8.

<sup>275</sup> Vgl. Schäfer, Nicole (2003): a.a.O., S. 69.

Dies verdeutlicht, dass die EU auf zweierlei Weise die Entwicklung von strukturschwachen Regionen beeinflusst, einerseits direkt über ihre aktive Strukturpolitik und andererseits indirekt im Rahmen ihrer passiven Strukturpolitik. Kritiker dieses wachsenden Einflusses sprechen dabei von einer „Zangenbewegung“ der EU. Im Rahmen dieser Arbeit soll jedoch die aktive Strukturpolitik der EU im Vordergrund stehen, „die über die Vergabe von Fördermitteln „direkten Einfluss“ auf die räumliche Entwicklung des Gemeinschaftsraumes nimmt.“<sup>276</sup> Deshalb wird im Folgenden der Schwerpunkt auf die Darstellung der aktiven strukturpolitischen Instrumente der EU gelegt und ihre Bedeutung für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen aufgezeigt.

### **2.2.1 Instrumente der aktiven Strukturpolitik der EU**

Wie bereits im Verlauf dieser Arbeit angedeutet, möchte die EU gezielt in die räumliche Allokation der Produktionsfaktoren eingreifen, um Disparitäten zwischen Zentren und Peripherie auszugleichen. Daher versucht die Kommission „durch gezielte Subventionen in verschiedenen Bereichen mobile Produktionsfaktoren in die Peripherie anzuziehen, bzw. abwanderungswillige Faktoren zu halten.“<sup>277</sup> Im Rahmen des Oberziels der harmonischen Entwicklung steht dabei innerhalb der aktiven Strukturpolitik der EU ein vielfältiges und differenziertes Investitions- und Förderinstrumentarium zur Verfügung. Dazu zählen zunächst die Strukturfonds als „Kern der Strukturpolitik der EU“<sup>278</sup>, denn mehr als 80 % der EU-Mittel entfallen auf regionalisierte Ziele. Die Strukturfonds bilden daher die größte Gruppe innerhalb der Förderinstrumente der EU-Strukturpolitik und dienen in erster Linie zur Erreichung der vorrangigen Ziele zur Förderung strukturschwacher Regionen. In der Förderperiode 2000 bis 2006 gibt es insgesamt vier Strukturfonds: Der europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der europäische Sozialfonds (ESF), der europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft – Abteilung Ausrichtung (EAGFL) sowie das Finanzierungsinstrument zur Ausrichtung der Fischereiwirtschaft (FIAF). Den Schwerpunkt der Förderung bilden dabei „projektorientierte Fördermaßnahmen in den Bereichen Infrastrukturen, Humanressourcen und „produktive Investitionen (= Unternehmenssubventionen).“<sup>279</sup>

Weitere Aktionsarten innerhalb der europäischen Strukturpolitik bilden Fördermittel zur Durchführung von Pilotprojekten und innovativen Maßnahmen, sowie die vier verschiedenen Gemeinschaftsinitiativen URBAN, LEADER, EQUAL und INTERREG, die „ebenfalls durch die Strukturfonds finanziert werden“, und „die Aktivitäten der Strukturfonds in begrenztem Rahmen ergänzen.“<sup>280</sup>

---

<sup>276</sup> Vgl. Schäfer, Nicole (2003): a.a.O., S. 69.

<sup>277</sup> Vgl. Südekum, Jens (2002): a.a.O., S. 20.

<sup>278</sup> Vgl. Schäfer, Nicole (2003): a.a.O., S. 69.

<sup>279</sup> Vgl. Südekum, Jens (2002): a.a.O., S. 5.

<sup>280</sup> Vgl. Arnold, Heinz (1995): Disparitäten in Europa. Die Regionalpolitik der Europäischen Union. Analyse – Kritik – Alternativen, Basel, S. 33.

### 2.2.1.1 Strukturfonds

Die Strukturfonds stellen wie erwähnt das zentrale Instrument der europäischen Strukturpolitik dar. Innerhalb dieser Strukturfonds ist der „Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)“ als der bedeutendste Strukturfonds anzusehen. Der EFRE gilt als „Hauptinstrument zur Beschleunigung des Konvergenzprozesses rückständiger Regionen mit dem Ziel, das Durchschnittsniveau der EU gemessen am Pro-Kopf-Einkommen zu erreichen.“<sup>281</sup> Des Weiteren soll dieser Strukturfonds die Entwicklung strukturschwacher Regionen fördern, insbesondere in Bezug auf die Förderung von Umstellungsprozessen. Damit ist der EFRE für die Westpfalz von zentraler Bedeutung, da diese Region von Strukturwandel und Konversion besonders stark betroffen ist. Um diese Umstellungsprozesse bewältigen zu können ist die Region Westpfalz daher auf Fördermittel angewiesen. Im Rahmen von EFRE werden in diesem Zusammenhang vor allem produktive Investitionen zur Schaffung oder Erhaltung dauerhafter Arbeitsplätze gefördert. Ebenso bildet die Unterstützung von Infrastrukturinvestitionen einen weiteren Förderschwerpunkt.

Die klassischen Förderinstrumente der Strukturpolitik Investitions- und Infrastrukturförderung bildeten demzufolge in der Förderperiode 2000 bis 2006 die beiden zentralen Säulen der Förderung im Rahmen von EFRE. Damit soll der Strukturwandel in Regionen wie der Westpfalz aktiv unterstützt und beschleunigt werden. Dies insbesondere in den städtischen und von Altindustrialisierung bzw. Konversion geprägten Teilräumen der Region. Demgegenüber ging es in den eher ländlich geprägten Teilräumen um eine Verbesserung der grundlegenden Rahmenbedingungen insbesondere durch den Ausbau bzw. die Verbesserung der Infrastruktur. Auf diese Weise sollen die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Entwicklung geschaffen werden, um somit neue und dauerhafte Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft zu schaffen. Durch die Investitionsförderung sollen zudem Standortnachteile von peripheren ländlichen Teilräumen der Westpfalz zumindest teilweise ausgeglichen werden. Wobei im Rahmen der Investitionsförderung ähnlich wie in der nationalen Strukturpolitik (v.a. „Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen gefördert werden sollen.

Schließlich soll der EFRE Aktionen zur Erschließung des endogenen Potenzials in der Region Westpfalz fördern, dies vor allem durch die Unterstützung von lokalen Entwicklungsinitiativen sowohl in den städtischen als auch in den ländlichen Gebieten. Konkrete Entwicklungsschwerpunkte, die für ländliche strukturschwache Regionen von Bedeutung sind, sind dabei u.a. die Bereiche „Verkehr“, „Kommunikationstechnologien“, „soziale Infrastrukturen“, „Ausbildung“ sowie insbesondere „Entwicklung des ländlichen Raumes“ und „Fremdenverkehr / Kultur“. Dabei wird die Förderung im Rahmen von EFRE differenziert nach Ziel-Regionen. So liegt der Schwerpunkt in Ziel-1 Regionen u.a. bei der „Unterstützung von großen Infrastrukturen“<sup>282</sup> in den Bereichen Transeuropäische Netze (TEN) sowie Umweltschutz.

---

<sup>281</sup> Vgl. Untiedt, Gerhard; Janson, Bernd (2005): a.a.O., S. A VII 1, 24.

<sup>282</sup> Vgl. Ebenda.

In Ziel-2-Regionen dagegen konzentrieren sich „die Anstrengungen auf die Diversifizierung der wirtschaftlichen Aktivitäten“ ebenso wie auf „die Ansiedlung von Unternehmen in einem attraktiven Umfeld“, dies bedeutet u.a. die Sanierung industrieller Standorte und vernachlässigter städtischer Gebiete.<sup>283</sup>

Neben dem EFRE stehen weitere Strukturfonds zur Erreichung der Ziele der europäischen Strukturpolitik zur Verfügung. Laut Strukturfondsverordnung zu den allgemeinen Bestimmungen (Rahmenverordnungen) ist der EFRE „zur aktiven Zusammenarbeit mit den anderen Strukturfonds ESF, EAGFL / A und dem Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) angehalten.“<sup>284</sup> Von diesen „anderen“ Strukturfonds ist insbesondere der „Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)“ von Relevanz für die Entwicklung der Region Westpfalz. Der EAGFL hat naturgemäß große Bedeutung für die ländlich geprägten Gebiete der Westpfalz, während der EFRE stärker auf die Förderung von städtischen Gebieten der Region ausgerichtet ist. Die Besonderheit des im Jahr 1962 geschaffenen EAGFL ist darin zu sehen, dass er aus zwei Abteilungen besteht, der Abteilung „Garantie“ und der Abteilung „Ausrichtung“.

Wobei die Abteilung „Garantie“ als das Finanzinstrument der „Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)“ anzusehen ist und damit in erster Linie sektoral orientiert ist. Daher ist die Abteilung „Garantie“ auch kein Strukturfonds im engeren Sinne und somit für die regionale Wirtschaftsförderung „weniger von Interesse.“ Dieser Abteilung wurden ursprünglich gar „allenfalls negative regionalwirtschaftliche Auswirkungen“ attestiert, „da ihre Mittel wegen der Kopplung an die erzeugte Menge in verstärkter Weise solchen Gebieten zufließen, in denen die Agrarproduktion floriert.“<sup>285</sup> Diese Gebiete sind oftmals die ländlichen Regionen der höher entwickelten Mitgliedstaaten. Mittlerweile dürften diese negativen regionalwirtschaftlichen Auswirkungen durch Änderungen bei der Vergabe der Direktzahlungen jedoch deutlich abgeschwächt sein. Da in den meisten ländlichen Räumen der Westpfalz die Landwirtschaft ohnehin nicht die herausragende Bedeutung hat wie etwa in einigen anderen ländlichen Regionen Deutschlands ist auch die Abteilung „Garantie“ hier von vergleichsweise eher geringer Bedeutung.

Im Gegensatz dazu zählt die Abteilung „Ausrichtung“ zu den Strukturfonds im engeren Sinne und dient der Förderung „strukturpolitisch ausgerichteter Maßnahmen im Rahmen des Zuständigkeitsbereiches des EAGFL.“<sup>286</sup> Damit deckt dieser Strukturfonds den auf „die Erhaltung und Entwicklung der Landwirtschaft gerichteten Teil des Gesamtbereiches Regionalpolitik ab“ und „ergänzt auf diese Weise die übrigen Strukturfonds.“<sup>287</sup> Schwerpunktmäßig werden dabei vor allem die für das Funktionieren des gemeinsamen Marktes notwendigen Strukturveränderungen gefördert: So u.a. Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung der landwirtschaftlichen Betriebe, zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur und der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen im Agrarbereich. Lange Zeit wurde jedoch der „regionalpolitischen Aufgabenstellung“ lediglich durch „Sondermaßnahmen für bestimmte Gebiete“ Rechnung getragen.

---

<sup>283</sup> Vgl. Untiedt, Gerhard; Janson, Bernd (2005): a.a.O., S. A VII 1, 24.

<sup>284</sup> Vgl. Ebenda, S. 15.

<sup>285</sup> Vgl. Rolfes, Karl-Heinrich (1991): a.a.O., S. 50 f.

<sup>286</sup> Vgl. Schäfer, Nicole (2003): a.a.O., S. 72.

<sup>287</sup> Vgl. Rolfes, Karl-Heinrich (1991): a.a.O., S. 51.

Eine ausreichende Konzentration der Mittel des Ausrichtungsfonds auf benachteiligte Gebiete war nicht festzustellen.<sup>288</sup> Erst im Laufe der Zeit wurde die regionalpolitische Ausrichtung dieses Strukturfonds verstärkt. So wurden in der vergangenen Förderperiode neben Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft, u.a. auch Maßnahmen zur Dorferneuerung, ebenso wie die Bereiche Fremdenverkehr und Handwerk gefördert, sowie ferner integrierte ländliche Entwicklungsprogramme.

Zur aktuellen Programmperiode wurde die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes als zweite Säule neben der Marktentwicklung in die Gemeinsame Agrarpolitik integriert. Damit wurde der Versuch unternommen, eine integrierte, weniger sektoral orientierte Förderpolitik für den ländlichen Raum zu initiieren. Dennoch wird auch derzeit noch der herausragende Teil der Mittel für die Säule „Marktentwicklung“ (ehemalige Abteilung „Garantie“). Wobei auf diese Neuerungen und ihre Konsequenzen für den Untersuchungsraum wird im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch genauer eingegangen werden wird. Ein weiteres wichtiges Instrument der EU-Strukturpolitik stellt der „Europäische Sozialfonds (ESF)“ dar. Seine Aufgabe ist die Förderung des Humankapitals.

Innerhalb der Gemeinschaft soll auf diese Weise gemäß dem EG-Vertrag „die berufliche Verwendbarkeit“ und die „örtliche und berufliche Freizügigkeit der Arbeitskräfte“ gefördert werden. Damit hat der ESF zwar eine „primär auf den Arbeitsmarkt bezogene Funktion“, jedoch wird vor dem Hintergrund der Tatsache, dass „Probleme des Arbeitsmarktes mit regionalwirtschaftlichen Problemen einhergehen“ die „regionalpolitische Dimension des ESF“ deutlich.<sup>289</sup>

Gerade am Beispiel des Untersuchungsraumes wird diese These belegt. Denn infolge der strukturellen Veränderungen in der Westpfalz liegt die Arbeitslosigkeit in der Region weit über dem Landes- bzw. Bundesschnitt und stellt damit das zentrale regionalpolitische Problem dar. Daher ist der ESF ein Strukturinstrument von großer Bedeutung für die Westpfalz. Notwendig vor allem zur aktiven Unterstützung und Begleitung des Strukturwandels im Bereich des Humankapitals. Aufgrund der Konzentration sozialpolitischer Problemlagen auf städtische Räume erscheint der ESF für diese noch von größerer Bedeutung als für die ländlichen Gebiete, die traditionell eine geringere Arbeitslosenquote aufweisen. Dennoch müssen auch in ländlichen Gebieten Anpassungs- und Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich des Humankapitals unterstützt werden, um insbesondere jungen Menschen Perspektiven bieten zu können. Aufgrund dessen bekamen in den 70-er Jahren Förderungen von Maßnahmen „zugunsten Jugendlicher und Langzeitarbeitsloser insbesondere in strukturschwachen Regionen mit hohen Arbeitslosenzahlen“ klare Priorität.<sup>290</sup> Eine Konzentration der Mittel fand daher in zweierlei Hinsicht statt: Zum einen eine Konzentration auf strukturschwache Regionen, zum anderen eine Konzentration auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen (Jugendliche, Langzeitarbeitslose).

---

<sup>288</sup> Vgl. Rolfes, Karl-Heinrich (1991): a.a.O., S. 51 f.

<sup>289</sup> Vgl. Ebenda, S. 52.

<sup>290</sup> Vgl. Schäfer, Nicole (2003): a.a.O., S. 72.

Dagegen hat das „Finanzierungsinstrument zur Ausrichtung der Fischereiwirtschaft (FIAF)“ zur „Förderung der nachhaltigen Nutzung der Fischereiresourcen“ allein schon aus geographischen Gesichtspunkten keinerlei Bedeutung für die Entwicklung der Region Westpfalz, daher soll auf diesen Strukturfonds im Rahmen dieser Arbeit nicht näher eingegangen werden. Gleiches gilt auch für den 1992 geschaffenen Kohäsionsfonds, der ebenfalls in der Region Westpfalz nicht zum Einsatz kommt, sondern nur in den wirtschaftsschwächsten Mitgliedstaaten der EU. Im Rahmen der Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung wurden wie bereits angedeutet weitere strukturpolitische Instrumente geschaffen, u.a. das Programm SAPARD zur Modernisierung der Landwirtschaft und zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes. Auch diese Programme haben keinerlei Relevanz für die Westpfalz, da sie lediglich in den entsprechenden Beitrittsländern eingesetzt werden.

### **2.2.1.2 Gemeinschaftsinitiativen**

Die Gemeinschaftsinitiativen, als zweites wichtiges strukturpolitisches Instrumentarium neben den Strukturfonds, sollen diese ergänzen und werden aus ihnen finanziert. Im Rahmen der in der Förderperiode 2000 bis 2006 lediglich noch vier Gemeinschaftsinitiativen LEADER+, INTERREG III, EQUAL und URBAN sollen innovative Lösungsansätze mit Pilotcharakter für Probleme von gemeinschaftlichem Belang initiiert werden.

Für die Region Westpfalz sind dabei v.a. die beiden Gemeinschaftsinitiativen LEADER+ und INTERREG III von großer Bedeutung. Dabei hat LEADER+ (LEADER = „Liasion entre actions de développement de l'économie rurale“) explizit die Entwicklung der ländlichen strukturschwachen Räume zum Ziel. Daran lässt sich bereits erkennen, dass dieses Instrument der EU-Strukturpolitik eine besondere Relevanz für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen hat. Wie der vollständige Name verrät, geht es dabei in erster Linie um einen Ansatz zur wirtschaftlichen Entwicklung. Ebenso wie die anderen Gemeinschaftsinitiativen ist auch LEADER+ als eine Art „Experimentierprogramm“ anzusehen, das zwar durch ein geringes Mittelvolumen gekennzeichnet ist, dessen grundlegende Prinzipien, jedoch „vielen Forderungen idealtypischer Regionalentwicklung und moderner Governance-Konzepte“ entsprechen.<sup>291</sup> Als zentrale Prinzipien von LEADER gelten demnach der „gebietsbezogene Ansatz“, die „Bottom-up-Aktivierung des endogenen Potenzials“, die „strategische Orientierung“ (Aufstellung von regionalen Entwicklungskonzepten), der „integrierte Ansatz“ (Integration von sektoralen Ansätzen in Regionen), die „lokale Trägerschaft durch die Gemeinschaft privater und öffentlicher Akteure“ sowie das „Lernen durch Austausch“ im interregionalen und internationalen Verbund der LEADER-Aktionsgruppen.<sup>292</sup>

Diese „Lokalen Aktionsgruppen (LAGen)“ gelten dabei als „Grundgerüst der regionalen Partnerschaft“, da sie einerseits Träger der Entwicklungsstrategie sind, andererseits verantwortlich für die Durchführung sind, indem sie den Entwicklungsprozess begleiten und steuern, Anlaufstellen sind für Projektideen und -anträge sowie verantwortlich sind für das Vernetzen der verschiedenen Akteure in der Region.

---

<sup>291</sup> Vgl. Hahne, Ulf (2004): Ländliche Regionalentwicklung mit LEADER+ - Ein EU-Förderprogramm auf dem Weg von der Experimentierstube zum Mainstream, in: Raumplanung, Heft Nr. 116 / 2004, S. 199.

<sup>292</sup> Vgl. Ebenda.

Aufgrund dessen wird LEADER sowohl als „Durchführungs- und Planungsinstrument, als auch als Förder- und Kontrollinstrument verstanden,<sup>293</sup> sowie als eine „Entwicklungsmethode, mit der die lokalen Akteure direkt Verantwortung für die Zukunft ihres Gebietes übernehmen können.“<sup>294</sup>

Die Gemeinschaftsinitiative LEADER existiert seit 1991 und wird aus dem EAGFL Abteilung Ausrichtung finanziert. Wobei aktuell LEADER+ nach Ansicht von HAHNE keine „bloße Fortsetzung von LEADER I und II ist, sondern die Anforderungen an die regionale Steuerung erhöht.“<sup>295</sup> Während jedoch LEADER II an die regionalen Fördergebiete gekoppelt war (5b-Zielgebiete), gilt LEADER+ in der Förderperiode 2000 bis 2006 nun für alle ländlichen Gebiete. Die Entscheidung über die Fördergebiete fällt dabei in einem Wettbewerb, in dem die einzelnen LAGen Regionale Entwicklungskonzepte einreichen müssen. An diesem Wettbewerb beteiligten sich auch LAGen aus der Region Westpfalz, wobei letztlich von ursprünglich vier LAGen eine in die LEADER+-Förderung aufgenommen wurde.

LEADER+ besteht aus insgesamt drei Titeln. Wobei Titel 1 „Gebietsbezogene, integrierte Entwicklungsstrategien mit Pilotcharakter (GIEP)“ bezeichnet und den Schwerpunkt innerhalb von LEADER+ bildet, während Titel 2 die „Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten“ fördert und Titel 3 die „Vernetzung von ländlichen Räumen.“ Die thematischen Schwerpunkthemen der GIEP bilden in diesem Zusammenhang „Einsatz neuer Know-hows und neuer Technologien“, „Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität“, „Aufwertung lokaler Erzeugnisse bzw. Erleichterung des Marktzugangs“ sowie „Nachhaltige Nutzung des natürlichen und kulturellen Potenzials“. Alle diese Bereiche sind von großer Bedeutung für die Entwicklung des ländlichen Raumes in der Westpfalz. Daher kann davon ausgegangen werden, dass von LEADER+ wichtige Impulse für die regionale Entwicklung der Westpfalz ausgehen.

Im Gegensatz zum Instrument LEADER+, welches für den gesamten ländlichen Raum in der Westpfalz von Bedeutung ist, ist die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III insbesondere für den südlichen Teil der Westpfalz, der direkt an Frankreich grenzt, von Bedeutung. INTERREG existiert seit 1989 und wird durch den EFRE finanziert. Hauptziel dieser Gemeinschaftsinitiative ist zum einen die Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zum anderen die gemeinsame grenzüberschreitende Lösung der spezifischen Probleme von Grenzregionen. Dabei gliedert sich INTERREG III in der Förderperiode 2000 bis 2006 ebenso wie LEADER+ in insgesamt drei Teile. Die Ausrichtung A dient der „Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“, d.h. der „integrierten Regionalentwicklung in Grenzregionen an der Binnen- und Außengrenzen sowie bestimmten Meeresgrenzen der Gemeinschaft.“<sup>296</sup>

---

<sup>293</sup> Vgl. Stöhr, Liane; Schenk, Winfried (1997): Die Umsetzung des EU-Förderprogramms LEADER – Ergebnis einer bundesweiten Evaluierung, in ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Heft 7 / 1997, Hannover, S. 421.

<sup>294</sup> Vgl. Fischler, Franz (2000): Kurz gesagt...in: Europäische Beobachtungsstelle LEADER (Hrsg.): LEADER magazine Nr. 25, Winter 2000-2001, S. 3.

<sup>295</sup> Vgl. Hahne, Ulf (2004): a.a.O., S. 199.

<sup>296</sup> Vgl. Schäfer, Nicole (2003): a.a.O., S. 154.

Des Weiteren fördert Ausrichtung B „eine harmonische räumliche Integration innerhalb der Gemeinschaft durch transnationale Zusammenarbeit.“ Dabei soll diese Ausrichtung insbesondere auch „zur Entwicklung eines integrierten und weitergefassten räumlichen Ansatzes der Regionalpolitik“ und vor allem „zur Umsetzung des Europäischen Raumentwicklungsprojektes EUREK beitragen.“

Damit ist INTERREG das Instrumente innerhalb der EU-Strukturpolitik das „am stärksten raumentwicklungspolitisch und querschnittsorientiert ausgerichtet ist“, wohingegen andere Instrumente zum Teil noch „stark ökonomisch und sektoral ausgerichtet sind.“<sup>297</sup>

Schließlich widmet sich Ausrichtung C der „interregionale Zusammenarbeit zur Verbesserung der Effektivität von Politiken und Instrumenten zur Regionalentwicklung und Kohäsion vor allem durch Einrichtung von Netzwerken.“<sup>298</sup> Für die Entwicklung von ländlichen Regionen generell sowie auch speziell für den Untersuchungsraum ist innerhalb von INTERREG III vor allem Ausrichtung A von Bedeutung. Denn Grenzregionen sind meist eher ländlich und strukturschwach geprägt. Auch die Region Westpfalz ist seit jeher Grenzregion (zu Frankreich) und hat demzufolge mit den spezifischen strukturellen Problemen von Grenzregionen zu kämpfen. INTERREG III (A) knüpft an diesen speziellen Problemen an und versucht innovative Lösungen mit Pilotcharakter zu finden. Die Gemeinschaftsinitiative INTERREG fördert dabei gemeinsame, grenzübergreifende und transnationale Entwicklungsstrategien und -programme.

Die Region Westpfalz ist in diesem Zusammenhang an zwei grenzüberschreitenden Programmen beteiligt, dem Programm „Großregion“ (Bereich Saarland-Lothringen-Westpfalz) sowie dem Programm „PAMINA“ (Pfalz-Mittlerer-Oberrhein-Elsass). Ein Schwerpunkt in diesen Programmen bildet dabei häufig der Bereich des Tourismus, dem im Rahmen dieser Arbeit besondere Beachtung geschenkt wird. Dabei wird vor allem die Vernetzung der Akteure beiderseits der Grenze gefördert, und durch den damit verbundenen Erfahrungs- und Wissensaustausch entstehen neue Impulse für die Entwicklung der Region, wie im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch verdeutlicht werden wird. Schlussendlich existieren noch zwei weitere Gemeinschaftsinitiativen EQUAL und URBAN, die jedoch kaum Relevanz haben für den ländlichen Raum. EQUAL wird aus dem ESF finanziert und ist daher sozialpolitisch ausgerichtet. Ziel ist dabei die „Förderung neuer Methoden zur Bekämpfung von Diskriminierungen und Ungleichheiten jeglicher Art in Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt durch transnationale Zusammenarbeit“. Dies kommt auch den Arbeitskräften in ländlichen Regionen zugute, dennoch ist davon auszugehen, dass EQUAL für die Entwicklung des ländlichen Raumes in der Westpfalz eine deutlich geringere Bedeutung hat als etwa LEADER oder INTERREG. Denn solche sozialpolitisch ausgerichteten Initiativen sind meist eher in den städtisch geprägten Gebieten zu finden. URBAN wird aus dem EFRE finanziert und dient der „physischen und ökologischen Erneuerung“ von städtischen Problemgebieten und hat damit logischerweise keinerlei Bedeutung für ländliche Regionen.

---

<sup>297</sup> Vgl. Schäfer, Nicole (2003): a.a.O., S. 115.

<sup>298</sup> Vgl. Ebenda, S. 154.

### 2.2.1.3 Weitere strukturpolitische Instrumente

Neben den Strukturfonds und Gemeinschaftsinitiativen als den zentralen Instrumenten der europäischen Strukturpolitik gibt es weitere strukturpolitische Instrumente. Diese haben jedoch im Verhältnis zu den beiden erstgenannten und bereits beschriebenen eine eher geringe Bedeutung für die Entwicklung der Region Westpfalz. Dazu zählen die Darlehen der Europäischen Investitionsbank sowie drei neugeschaffene struktur- bzw. kohäsionspolitische Instrumente. Die Darlehen der Europäischen Investitionsbank sind dabei als Darlehen zur Förderung der strukturpolitischen Ziele anzusehen und ergänzen somit die Strukturfonds und Gemeinschaftsinitiativen. Mithilfe dieser Darlehen sollen Projekte und Maßnahmen unterstützt werden, die zu einer ausgewogenen Entwicklung, zur Integration sowie zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt des Gemeinschaftsraumes beitragen.

Damit dienen sie auch der Förderung von strukturschwachen Regionen wie der Westpfalz und sind auch in gewissem Maße hier geeignet, die Maßnahmen der Strukturfonds und Gemeinschaftsinitiativen zu ergänzen. Ein weiteres ergänzendes Instrument der europäischen Strukturpolitik stellen die sog. „Innovativen Maßnahmen nach Art. 10 der EFRE-Verordnung“ dar. Im Rahmen dieser Maßnahmen unterstützt die Europäische Kommission ergänzend zur INTERREG-Initiative transnationale Pilotprojekte in vier Kooperationsräumen. Die Westpfalz ist an diesen Kooperationsräumen jedoch nicht beteiligt, so dass dieses Instrument keine direkte Bedeutung für die Entwicklung des ländlichen Raumes im Untersuchungsraum hat. Dennoch ist es möglich, dass Erfahrungen und Erkenntnisse, die in diesen Pilotprojekten gewonnen werden auch für die Region Westpfalz von Interesse sind.

In jüngerer Zeit schuf die Kommission drei neue strukturpolitische Instrumente: „JASPERS“, „JEREMIE“ und „JESSICA“. Wobei alle drei Instrumente eine stärkere Beteiligung der internationalen Finanzinstitutionen und des europäischen Finanzsektors an der Finanzierung und Durchführung der neuen Kohäsionsprogramme zum Ziel haben. JASPERS („Joint Assistance to Support Projects in European Regions“) soll dabei die Konzeption und Vorbereitung von Großprojekten unterstützen, die in der aktuellen Förderperiode 2007 bis 2013 von Kohäsionsfonds und EFRE finanziert werden. Des weiteren ist JEREMIE („Joint European Resources for Micro to Medium Enterprises“) ein auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zugeschnittenes Förderinstrument. Diese werden dabei durch auf sie speziell zugeschnittene Finanzierungsformen unterstützt (Vergabe von Kleinkrediten, Darlehen und Risikokapital). Schließlich dient JESSICA („Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas“) als Stadtentwicklungsfonds der Verknüpfung von Krediten und Sachkenntnis auf der einen Seite mit Zuschüssen aus den Programmen der Stadtentwicklung und -erneuerung bzw. des sozialen Wohnungsbaus auf der anderen Seite. Auf diese Weise baut die Initiative auf die Einbindung von privatem Kapital in Kombination mit EFRE-Strukturfondsmittel. Dabei hat die daraus resultierende Zusammenführung von öffentlichen und privaten Mitteln zur Folge, dass sich ein solcher Fonds „nicht alleine auf privatwirtschaftlich erwünschte Renditeprojekte beschränken kann.“<sup>299</sup>

---

<sup>299</sup> Vgl. Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2009): Quartiersgemeinschaften Innenstadt, Mainz / Kaiserslautern, S. 40.

Da diese drei neuen kohäsions- bzw. strukturpolitischen Instrumente erst zur aktuell laufenden Förderperiode neu eingeführt wurden, lässt sich deren Bedeutung für die Entwicklung ländlicher Regionen noch nicht eindeutig und abschließend bewerten. Es ist jedoch davon auszugehen, dass diese Instrumente aufgrund der Konzentration der Fördermittel auf die Konvergenzregionen eher in diesen Regionen eingesetzt werden, vor allem in den neuen Mitgliedstaaten, und weniger in Regionen wie dem Untersuchungsraum, der zwar auch strukturelle Probleme aufweist, aber aus Sicht der EU nicht zu den entwicklungsschwächsten Regionen zählt. Darüber hinaus ist beispielsweise JESSICA direkt auf städtische Gebiete bezogen, so dass diese neuen Instrumente für die ländlichen Gebiete der Westpfalz wohl eher keine besondere Bedeutung haben werden.

Weitere Instrumente zur Förderung ländlicher strukturschwacher Regionen besitzt die EU in den sog. „raumbedeutsamen Fachpolitiken“, diese zählen zwar nicht zur Strukturpolitik im engeren Sinne, sind jedoch geeignet positive Impulse bei der Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen zu initiieren.

In diesem Zusammenhang sind für ländliche Räume vor allem die „Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)“, die eng mit der Strukturpolitik verknüpft ist (Strukturfonds EAGFL als Finanzierungsinstrument der GAP) und für die der größte Anteil der Finanzmittel der EU zur Verfügung steht, sowie die „Transeuropäischen Netze (TEN)“ zu erwähnen. Eine differenzierte Betrachtung des Einflusses dieser einzelnen EU Fachpolitiken auf die Entwicklung der ländlichen strukturschwachen Regionen würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen, daher findet im Folgenden eine Konzentration auf die Analyse des Einflusses der EU-Strukturpolitik im engeren Sinne und ihrer für die ländlichen Gebiete der Westpfalz bedeutendsten Instrumente statt. Diese Instrumente sind in erster Linie der Strukturfonds EFRE sowie die Gemeinschaftsinitiativen LEADER und INTERREG.

## **2.2.2 Die Kontrolle der nationalen Strukturpolitik durch die EU im Rahmen der passiven EU-Strukturpolitik**

Die EU beeinflusst die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen nicht nur auf direkte Art und Weise über ihre aktive Strukturpolitik sondern auch indirekt durch ihre passive Strukturpolitik im Rahmen der sog. „Beihilfenkontrolle.“ Auf diese Weise soll zur Erreichung des Kohäsionsziels der (nationalen) Strukturpolitik ein „EU-weiter Ordnungs- und Wettbewerbsrahmen“ vorangestellt werden. Diesen Ordnungs- und Wettbewerbsrahmen schafft die Kommission im Rahmen ihrer Beihilfenkontrolle gemäß Art. 87 ff des EG-Vertrages. Wobei diesen Regelungen der Grundsatz zugrunde liegt, dass „Beihilfen grundsätzlich verboten sind.“ Beihilfen liegen nach dem Verständnis der EU dann vor „wenn Unternehmen selektiv begünstigt werden“, der „Gütermarkt verzerrt“ und der „Handel zwischen den Mitgliedstaaten verfälscht wird.“<sup>300</sup> Jedoch sind hierbei vielfältige Ausnahmen möglich, die entweder generell (Art. 87.2 EGV) oder nur fallweise gelten (Art. 87.3 EGV) gelten.

---

<sup>300</sup> Vgl. Karl, Helmut (2002): Die Kontrolle nationaler Regionalbeihilfen in der Europäischen Union, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 3-4 / 2002, Hannover, S. 209.

Der dadurch geschaffene Einfluss der EU auf die nationale Strukturpolitik wird insbesondere durch die der Kommission eingeräumte „ausschließliche Zuständigkeit“ und den dadurch bedingten „weiten Ermessensspielraum“ deutlich. Dieser Ermessensspielraum wird lediglich durch Art. 5 des EG-Vertrages, das sog. „Erforderlichkeitsgebot“ begrenzt, wonach Maßnahmen der Gemeinschaft „nicht über das für die Erreichung der Ziele des Vertrages erforderliche Maß hinausgehen dürfen.“<sup>301</sup> Der zunehmende Einfluss der EU auf die nationale Strukturpolitik wird insbesondere in Deutschland zunehmend kritisch gesehen.

Experten sehen in diesem Zusammenhang bereits eine „Zangenbewegung“ der EU: Nach Ansicht von TETSCH schränkt die EU einerseits durch „zunehmend schärfere Beihilfenkontrollen“ den Handlungsspielraum für die deutsche Regionalpolitik Schritt für Schritt ein, andererseits „erweitert sie Schritt für Schritt ihre eigenen Zuständigkeiten bzw. Interventionsmöglichkeiten im Bereich der Strukturfonds“ und „drängt so in Freiräume nach, die sie mit ihrer Beihilfenkontrolle geschaffen hat.“<sup>302</sup>

Auch KARL ist der Überzeugung, dass die Kommission ihre Beihilfenkontrolle nutzt, „um die Position ihrer „eigenen“ Regionalpolitik in den Mitgliedstaaten zu verbessern. Sie möchte laut KARL dabei insbesondere „die Regionalpolitik der Mitgliedstaaten im Interesse ihrer eigenen regionalpolitischen Vorstellungen und Programme harmonisieren und kontrollieren. Deshalb sind Beihilfen der europäischen Regionalpolitik „per se zulässig, während die der Mitgliedstaaten kontrolliert werden.“<sup>303</sup> Vor dem Hintergrund der von der Kommission angestrebten Kohärenz von Regional- und Wettbewerbspolitik steigen daher letztendlich die Chancen zur Beihilfengenehmigung, „wenn die nationale Förderpolitik dem Muster der europäischen Regionalpolitik folgt.“<sup>304</sup> Die Beihilfenkontrolle hat die EU mit ihren „Leitlinien für Regionalbeihilfen“ im Jahr 1997 konkretisiert, indem ein Rahmen gesetzt wurde, in dem die Mitgliedstaaten Regionalbeihilfen gewähren können.

Wesentliche Bestandteile dieser Leitlinien sind dabei: Die Kommission weist den Mitgliedstaaten bestimmte Plafonds für nationale Fördergebiete zu. Des Weiteren macht die Kommission Vorgaben für die Kriterien, die den Mitgliedstaaten bei der Auswahl der einzelnen Fördergebiete zur Ausfüllung des Plafonds anzuwenden haben, ebenso werden für die einzelnen Fördergebietskategorien unterschiedliche Förderobergrenzen (maximale Beihilfeintensitäten) festgelegt und schließlich Detailregelungen für die zulässigen Förderinstrumente und die materielle Ausgestaltung der Fördertatbestände. Im Jahr 2000 sind diese Leitlinien reformiert wurden, mit den zentralen Ziel einer Verringerung der Fördergebiete. Regionalbeihilfen sind demzufolge nur noch dann wettbewerbspolitisch zulässig, „wenn sie sich vor allem auf die Kohäsionsländer und die am schwächsten entwickelten Regionen in der EU konzentrieren.“ Im Gegensatz dazu wird eine Reduzierung von Regionalbeihilfen insbesondere in den wirtschaftlich starken Mitgliedstaaten angestrebt, sowie schließlich die Kohärenz zwischen nationaler und europäischer Strukturpolitik forciert.<sup>305</sup>

---

<sup>301</sup> Vgl. Tetsch, Friedemann (2002): a.a.O., S. 209.

<sup>302</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>303</sup> Vgl. Karl, Helmut (2002): a.a.O., S. 213.

<sup>304</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>305</sup> Vgl. Ebenda, S. 210.

Für die Region Westpfalz ergeben sich durch diese reformierten Leitlinien Konsequenzen vor allem in Hinblick auf den zunehmenden Einfluss der EU bei der Auswahl und dem Umfang der nationalen Fördergebiete. Es besteht in diesem Zusammenhang die konkrete Gefahr, dass die Westpfalz künftig weniger Fördergelder erhält sowohl aus EU-Mitteln als auch der nationalen Strukturpolitik, obwohl sie nach wie vor zur Bewältigung ihrer strukturellen Umstellungsprozesse auf Unterstützung angewiesen ist. Denn die EU strebt eine Kohärenz von EU-Fördergebieten und nationalen Fördergebieten an. Dies bedeutet letztendlich, dass nur diejenigen Regionen die EU-Fördergebiete sind auch nationale Fördergebiete sein können.

Die Kommission strebt in diesem Zusammenhang weiterhin eine Konzentration der Fördermittel auf die bedürftigsten Regionen der EU an, zu denen die Westpfalz im EU-Maßstab nicht zählt. Neben den „Leitlinien für Regionalbeihilfen“ wird der Einfluss der EU auf die nationale Strukturpolitik auch am Beispiel des „Multisektoralen Rahmens für Beihilfen an große Vorhaben“ deutlich. Mit diesem neuen Beihilferahmen verlangt die EU, dass „Investitionsvorhaben oberhalb einer bestimmten Schwelle vom Mitgliedstaat der Kommission notifiziert werden.“<sup>306</sup> Darunter fallen Vorhaben, bei denen „die vom Mitgliedstaat beabsichtigte Gesamtbeihilfe über 50 Mio. € liegt“, sowie Vorhaben, bei denen „das Gesamtinvestitionsvolumen größer als 50 Mio. €“ und der „beabsichtigte Beihilfesatz größer als die Hälfte des generell zulässigen Höchstsatzes“ und „die Beihilfe pro Arbeitsplatz höher als 40 000 € sind.“<sup>307</sup>

Mit diesem Beihilferahmen verfolgt die EU mehrere Ziele: „Subventionsspiralen, die den Wettbewerb im Binnenmarkt erheblich verzerren“ und „überdies eindeutig die reicheren Mitgliedstaaten und / oder Regionen, die mehr Mittel für Regionalbeihilfen zur Verfügung begünstigen“<sup>308</sup> sollen verhindert werden. Des Weiteren ist es die Absicht der Kommission die Regionalförderung vor allem auf kleine und mittlere Unternehmen zu begrenzen, sowie sicherzustellen dass mit der Förderung auch nachhaltige Regionaleffekte einhergehen. Daher können bei Investitionsvorhaben, die nach Auffassung der Kommission u.a. „besonders kapitalintensiv (wenig arbeitskostenintensiv) sind“ oder „keine besonders positiven Effekte für die regionale Entwicklung versprechen“, im „konkreten Einzelfall“, die an sich genehmigten Förderhöchstsätze um maximal 85 % absenkt werden.<sup>309</sup>

Für die Westpfalz als westdeutsches Fördergebiet bedeutet dies konkret, dass bei einem genehmigten Förderhöchstsatz von 18 % in diesen Fällen nur noch Zuschüsse in Höhe von 2,7 % der Investitionskosten gewährt werden können. Dadurch besteht für strukturschwache Regionen wie die Westpfalz die konkrete Gefahr, dass notwendige Investitionen zur Bewältigung des Strukturwandels aufgrund zu geringer Förderung ausbleiben. Denn eines der wesentlichen Ziele der nationalen Strukturpolitik im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur ist es, Standortnachteile von strukturschwachen Regionen durch finanzielle Förderung von Investitionen auszugleichen.

---

<sup>306</sup> Vgl. Tetsch, Friedemann (2002): a.a.O., S. 199.

<sup>307</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>308</sup> Vgl. Karl, Helmut (2002): a.a.O., S. 211.

<sup>309</sup> Vgl. Tetsch, Friedemann (2002): a.a.O., S. 199.

Wenn dann allerdings die Investitionsbeihilfen denn derart stark gekürzt werden können seitens der EU, kann dieser beabsichtigte Ausgleich kaum mehr stattfinden.

Zudem ist dieser Ansatz der EU für Investoren in den strukturschwachen Regionen „mit hohem bürokratischen Aufwand“ und „hoher Rechtsunsicherheit“ verbunden.<sup>310</sup> Auch wenn die Motive dafür seitens der EU zunächst sinnvoll erscheinen, sollte doch berücksichtigt werden, dass die Entscheidung im „konkreten Einzelfall“ sehr stark interpretationswürdig ist, insbesondere in Bezug auf mögliche Regionaleffekte, die sich zum Teil nicht immer vorab abschätzen lassen, zudem darf in diesem Zusammenhang bezweifelt werden, ob die EU die notwendige Kenntnis der jeweiligen regionalen bzw. lokalen Ausgangssituation hat. Inzwischen hat die EU-Kommission einen neuen Multisektoralen Rahmen für große Investitionsvorhaben beschlossen, der Anfang 2004 in Kraft trat. Dieser „gibt den aufwändigen einzelfallbezogenen Ansatz weitgehend auf“ und sieht „pauschale Kürzungen der Förderhöchstsätze für große Investitionsvorhaben“ vor. Ferner sollen die Beihilfen auf Sektoren mit strukturellen Problemen beschränkt werden.<sup>311</sup> Dennoch bleiben die beschriebenen Gefahren für mögliche Investitionen in strukturschwachen Gebieten wie der Westpfalz weitgehend bestehen.

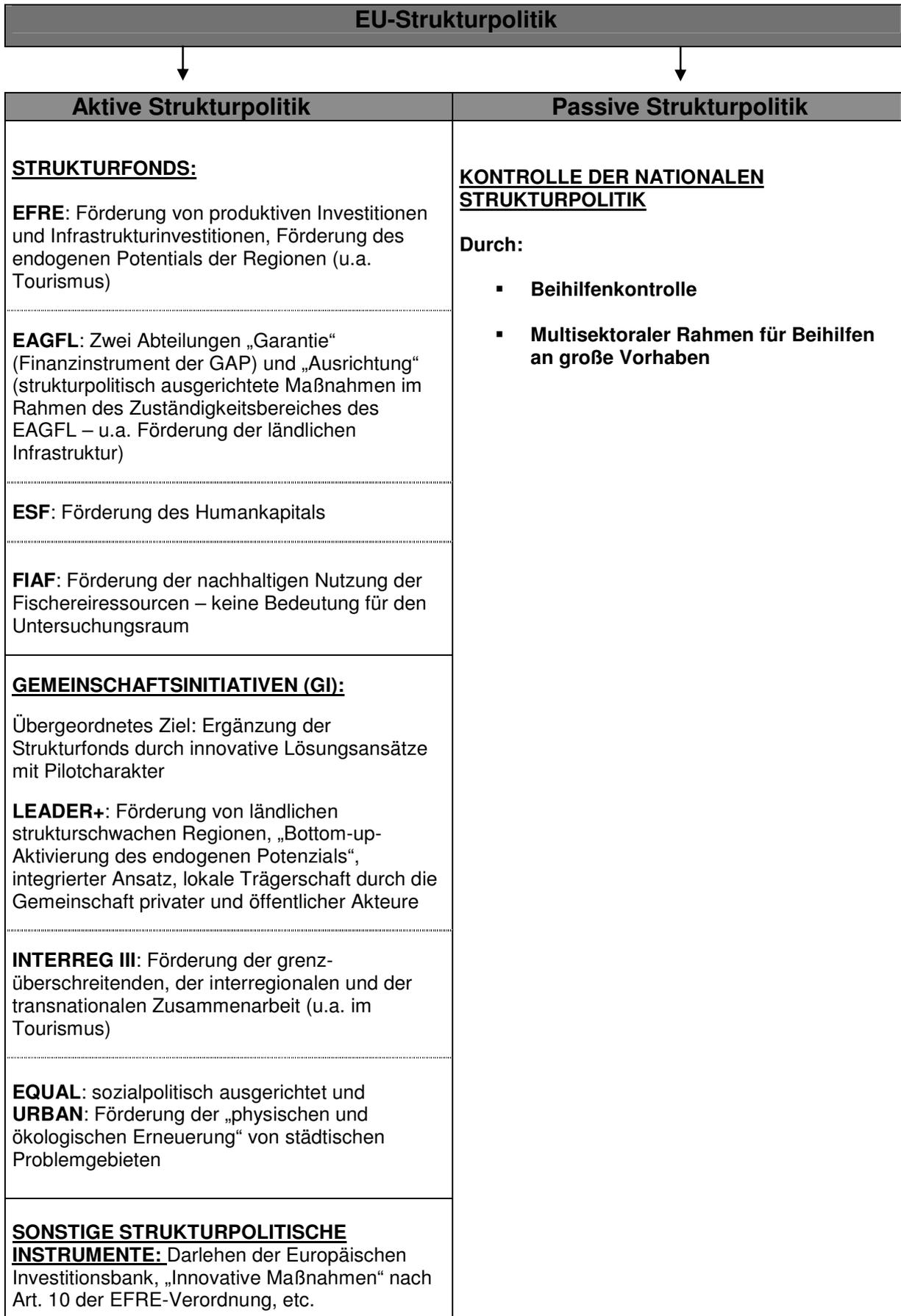
Aus diesen Ausführungen wird deutlich, dass die EU nicht nur direkt die Entwicklung von ländlichen strukturschwachen Regionen beeinflusst, sondern auch indirekt über ihre passive Strukturpolitik. Bei den folgenden detaillierten Analysen des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz wird der Schwerpunkt jedoch auf die aktive Strukturpolitik der EU gelegt, ansonsten würde der Rahmen dieser Arbeit gesprengt werden. Dieser kurze Abriss soll lediglich verdeutlichen, dass es neben der aktiven Strukturpolitik in Form der Strukturfonds und Gemeinschaftsinitiativen weitere Einflussebenen innerhalb der EU-Strukturpolitik gibt, welche die Entwicklung von ländlichen strukturschwachen Regionen beeinflussen können.

---

<sup>310</sup> Vgl. Tetsch, Friedemann (2002): a.a.O., S. 199.

<sup>311</sup> Vgl. Karl, Helmut (2002): a.a.O., S. 211.

**Abb. 5: Instrumente der EU-Strukturpolitik**



Entwurf: Eigener Entwurf, 2009.

## 2.3 Fazit

Diese einführenden Analysen hatten zwei wesentliche Ziele: Zum einen sollte der Hintergrund und die fachliche Aktualität der Arbeit aufgezeigt werden, zum anderen sollte eine Einführung in die beiden der Arbeit zugrundeliegenden Themenbereiche „Strukturpolitik“ und „Ländlicher Raum“ stattfinden. Dabei wurden beide Themenbereiche zusammengeführt im Sinne eines Aufzeigens des Zusammenhanges zwischen EU-Strukturpolitik und der Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen. An dieser Stelle sollten in ersten analytischen Ansätzen die grundlegende Bedeutung der EU-Strukturpolitik und ihrer Ziele, Prinzipien und Instrumente für die Entwicklung der Region Westpfalz dargestellt werden. Aus diesen ersten Analysen wird bereits erkennbar, dass die EU-Strukturpolitik geeignet ist, vielfältige Impulse zur Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen liefern zu können, und auf unterschiedliche Weise deren Entwicklung beeinflussen kann.

Insbesondere der Strukturfonds EFRE sowie die beiden Gemeinschaftsinitiativen LEADER und INTERREG haben auf den ersten Blick große Bedeutung für die Entwicklung der Westpfalz. Wobei die Strukturfonds in erster Linie die Entwicklung der sog. „harten Standortfaktoren“ wie z. B. die Infrastruktur und die Investitionstätigkeit beeinflussen können, während auf der anderen Seite die Gemeinschaftsinitiativen v.a. die sog. „weichen Standortfaktoren bzw. Aspekte“ der regionalen Entwicklung beeinflussen können, wie bspw. die Kooperation, die Vernetzung, den Erfahrungsaustausch oder die Nutzung des endogenen Potenzials der Region. Insgesamt betrachtet sind dabei die Gemeinschaftsinitiativen geeignet, einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung der Regionalentwicklung in der Westpfalz zu leisten, u.a. durch die Anwendung neuer Prinzipien und Methoden. Im Folgenden wird der Einfluss der EU-Strukturpolitik im Rahmen mehrerer aufeinander aufbauender Analyseschritte detailliert untersucht und bewertet, sowie empirisch belegt. Zu diesem Zweck erfolgt neben einer räumlichen Einschränkung (Region Westpfalz) auch eine sektorale Begrenzung durch die Konzentration auf den Bereich des Tourismus. Am Beispiel des Tourismus soll dabei der Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung der ländlichen strukturschwachen Region Westpfalz aufgezeigt werden.

## **II. Analyse des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen**

Nach diesen einführenden Analysen bezüglich der Bedeutung der EU-Strukturpolitik für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen folgt nun der eigentliche Analyseschwerpunkt dieser Arbeit: Die Erfassung und Bewertung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung der Region Westpfalz – dargestellt am Beispiel des Tourismus. Dabei setzt sich dieser Analyseteil, der sich aus konzeptioneller Sicht an der Methodik der Evaluation orientiert aus mehreren aufeinander aufbauenden Analyseschritten zusammen.

Zunächst wird die Ausgangssituation des Tourismus in der Westpfalz analysiert. Wobei hierbei v.a. bereits vorhandene Konzeptionen in Bezug auf die Stärken, Entwicklungsperspektiven und Ziele der touristischen Entwicklung untersucht werden sollen. Dies ist notwendig, um anschließend den Beitrag der EU-Strukturpolitik zur Erreichung dieser Ziele und zur Nutzung dieser Entwicklungspotenziale bewerten zu können. Darauf folgend wird im Rahmen einer Vollzugskontrolle die Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Förderperiode 2000 bis 2006 im Untersuchungsraum anhand der operationellen Programme des Landes Rheinland-Pfalz analysiert. Dabei werden die einzelnen Förderprogramme in Form einer Dokumentenanalyse hinsichtlich ihrer Relevanz für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz bewertet. In einem weiteren Analyseschritt findet dann eine Wirkungskontrolle der infolge dieser Förderprogramme entwickelten regionalen Entwicklungsstrategien und touristischen Leitprojekte statt, welche schließlich durch die Ergebnisse der empirischen Erhebungen ergänzt bzw. überprüft werden, sodass am Ende des analytischen Teiles der Arbeit, der Einfluss der europäischen Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz im Sinne einer Zielerreichungsanalyse zusammenfassend und abschließend bewertet werden kann.

### **1. Strukturelle Ausgangssituation in der Region Westpfalz unter besonderer Berücksichtigung des Tourismusbereichs**

Bevor konkret auf den Bereich des Tourismus eingegangen wird, soll an dieser Stelle zunächst in knapper Form die raumstrukturelle Ausgangssituation in der Region Westpfalz beleuchtet werden, insbesondere die Ursachen für die Strukturschwäche der Region.

Der Untersuchungsraum dieser Dissertation, die Region Westpfalz mit dem Oberzentrum Kaiserslautern ist Teil des Bundeslandes Rheinland-Pfalz. Die Westpfalz besteht aus den vier Landkreisen Donnersbergkreis, Kaiserslautern, Kusel und Südwestpfalz sowie den drei kreisfreien Städten Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken mit insgesamt rund 550.000 Einwohnern. Aus raumstruktureller Sicht ist die Region überwiegend ländlich geprägt, jedoch sind in einzelnen Teilräumen Verdichtungsansätze zu erkennen. Insgesamt betrachtet gilt die Region seit jeher als strukturschwach. Eine der Hauptursachen hierfür ist in der seit Jahrhunderten bestehenden Grenzlage der Region zu sehen. Diese Grenzlage „hat die Entwicklung und die Entwicklungsmöglichkeiten der Region Westpfalz nachhaltig beeinflusst,“ so dass insbesondere „globalpolitische und strategische Erfordernisse“ zu einer jahrzehntelangen „wirtschaftlichen und infrastrukturellen Vernachlässigung“<sup>312</sup> der Region führten: So mussten in der ersten Hälfte des 20. Jh. z.B. Verkehrswege „Artillerieabstand“ zum damals feindlichen Nachbarland „Frankreich“ einhalten, des Weiteren herrschte zu dieser Zeit in Grenzgebieten ein staatliches Investitionsverbot.

---

<sup>312</sup> Vgl. Planungsgemeinschaft Westpfalz (Hrsg.) (1999): Regionales Entwicklungskonzept (REK) Westpfalz, Kaiserslautern, S. 7.

Dadurch entstanden Mängel in der Infrastruktur der Westpfalz, vor allem im Bereich der Verkehrsanbindung, die bis in die heutige Zeit nicht mehr aufgeholt werden konnten. Die starke Präsenz der alliierten Streitkräfte nach dem Zweiten Weltkrieg insbesondere deren Flächeninanspruchnahme beeinflusste ebenfalls die räumliche Entwicklung der Region. Es handelte sich hierbei in erster Linie um quantitative Beeinträchtigungen der Entwicklungsmöglichkeiten der betroffenen Gebietskörperschaften, so dass beispielsweise „große Industrieansiedlungen gerade in der wirtschaftlichen Aufbauphase der Bundesrepublik oftmals nicht zu realisieren waren.“<sup>313</sup> Durch den Teilabzug der Streitkräfte in den 90-er Jahren wurden die strukturellen Probleme der Westpfalz weiter verstärkt und die Konversion der freigewordenen Areale stellt eine der zentralen Herausforderungen der Region dar. Darüber hinaus muss die Region verstärkt den Strukturwandel vom verarbeitenden Gewerbe hin zum Dienstleistungsbereich bewältigen, wobei die teilweise Monostrukturierung insbesondere im Südteil der Region (Teilbereiche Pirmasens / Dahn: Schuhindustrie und ihre Zulieferbranchen, sowie Zweibrücken: Maschinenbau) und Altindustrialisierung diesen Prozess noch erschwert. Dagegen ist im Nordteil der Region (Kusel / Kirchheimbolanden) der generelle Mangel an industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen das zentrale Problem. Der zentrale Kernraum der Westpfalz entlang der zentralen Ost-West-Achse Autobahn A6 (Mittelbereiche Kaiserslautern und Landstuhl) besitzt die ausgewogenste Wirtschaftsstruktur, wenn auch hier „Arbeitsplatzdichte und Produktivität landesweit nur einen Mittelfeldplatz einnehmen.“<sup>314</sup> Schließlich ist die für strukturschwache Regionen charakteristische starke Konjunkturanfälligkeit als ein weiteres zentrales Problem der Westpfalz anzusehen.

Ungeachtet dieser raumstrukturellen Problemlagen besitzt die Region Westpfalz auch eine Reihe von Entwicklungspotenzialen und –perspektiven. Für den ländlichen Raum der Westpfalz ist dabei an erster Stelle der Tourismus zu erwähnen. Dies insbesondere im Bereich des Naturparks bzw. Biosphärenreservats Pfälzerwald im südlichen Teil der Region. Darüber hinaus gibt es auch im Nordteil der Region Potenziale und Entwicklungsansätze die für eine gezielte touristische Entwicklung geeignet erscheinen. Da im Rahmen dieser Dissertation der Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz untersucht werden soll, steht in den nun folgenden Analysen dieser sektorale Bereich im Vordergrund.

## **1.1 Touristisches Profil der Region Westpfalz**

Aus Sicht der touristischen Entwicklung zählt die Westpfalz zusammen mit der Region Rheinpfalz zur Tourismusregion „Pfalz“. Die Pfalz zählt neben den Tourismusregionen Mosel / Saar und Eifel / Ahr zu den größten und bedeutendsten Tourismusregionen des Landes Rheinland-Pfalz. Als touristisches Zentrum der Region Westpfalz ist der Naturpark und Biosphärenreservat Pfälzer Wald anzusehen und hier insbesondere der südliche Teilraum, das sogenannte „Dahner Felsenland“. Das „Dahner Felsenland“ in der gleichnamigen Verbandsgemeinde bildet nach dem Teilraum „Deutsche Weinstraße“ in der Region Rheinpfalz den zweiten touristischen Schwerpunkt der Pfalz. Weitere touristische Schwerpunkte im Bereich des Pfälzerwaldes sind im Bereich der Verbandsgemeinden Hauenstein, Kaiserslautern-Süd sowie Waldfishbach-Burgalben zu finden. Der Nördliche Teil der Westpfalz mit den Landkreisen Kusel und Donnersberg ist im Gegensatz dazu eher als touristisches Randgebiet anzusehen.

---

<sup>313</sup> Vgl. Planungsgemeinschaft Westpfalz (Hrsg.) (1999): Regionales Entwicklungskonzept (REK) Westpfalz, Kaiserslautern, S. 7.

<sup>314</sup> Vgl. Ebenda, S. 4.

Jedoch sind auch hier bereits gewisse Anstrengungen zur Förderung des Tourismus zu erkennen, ebenso sind touristische Potenziale und Entwicklungsansätze vorhanden. Doch müssen diese Ansätze weiter ausgebaut werden, denn insbesondere im Bereich der touristischen Basisinfrastruktur (z.B. Angebot an Übernachtungsmöglichkeiten) ist hier noch deutlicher Nachholbedarf erkennbar. Insgesamt gibt es in der Tourismusregion Pfalz 867 Tourismusbetriebe mit rund 38.000 Betten. Im Jahr 2007 verzeichnete die Region 1,6 Mio. Gäste mit rund 3,9 Mio. Übernachtungen, wobei die durchschnittliche Verweildauer 2,5 Tage betrug. Von diesen rund 1,6 Mio. Gästen waren lediglich 400.000 Gäste aus dem Ausland. Damit ist der Anteil ausländischer Gäste in der Pfalz wesentlich geringer als in den anderen Tourismusregionen von Rheinland-Pfalz.

Nach Schätzungen des Europäischen Tourismus Institut GmbH an der Universität Trier (ETI) beträgt der Gesamtnettoumsatz aus dem Tourismus in Rheinland-Pfalz rund 6,2 Milliarden Euro pro Jahr und sichert 190.000 Arbeitsplätze. Allein im Tagesreiseverkehr beträgt der Nettoumsatz rund 4,6 Milliarden Euro, wobei die Tourismusregion Pfalz hierbei mit einem Anteil von über 35 % den größten Beitrag leistet. Dagegen leisten bei dem Übernachtungstourismus andere rheinland-pfälzische Tourismusregionen einen höheren Beitrag, jedoch ist hier der Nettoumsatz deutlich geringer als beim Tagesreiseverkehr, so dass die Pfalz insgesamt rund 32 % Anteil am rund 6,2 Mrd. Euro Nettoumsatz des rheinland-pfälzischen Tourismus hat.<sup>315</sup> Aus diesen Zahlen lassen sich mehrere wesentliche Erkenntnisse ableiten: Zum einen die hohe wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus, sowie zum anderen die Tatsache dass für die Tourismusregion Pfalz in erster Linie der Tagesreiseverkehr von Bedeutung ist: Die Region ist daher vor allem Ziel von Touristen und Erholungssuchenden aus den benachbarten großen Ballungsräumen in Südwestdeutschland (Rhein-Neckar, Rhein-Main, Saar, Raum Karlsruhe-Stuttgart). Darüber hinaus wird sichtbar, dass die touristische Attraktivität der Region auf überregionaler und internationaler Ebene wohl noch zu wenig bekannt ist.

Innerhalb der Westpfalz weist der Landkreis Südwestpfalz mit dem Tourismuszentrum Dahner Felsenland mit Abstand die meisten Übernachtungsbetriebe auf. Mit insgesamt 136 Betrieben mit neun oder mehr Betten besitzt der Landkreis Südwestpfalz mehr Betriebe als die Landkreise Kaiserslautern (67 Betriebe) und Kusel zusammen (31 Betriebe). Ebenso liegen auch die Gäste- und Übernachtungszahlen im Landkreis Südwestpfalz deutlich höher als in den restlichen westpfälzischen Kreisen. Des Weiteren verdeutlichen ebenso die Übernachtungszahlen je 1.000 Einwohner die deutlich höhere Intensität des Tourismus im Landkreis Südwestpfalz als dem touristischen Zentrum der Region. Dagegen ist der Anteil der ausländischen Gäste im Landkreis Kusel leicht und im Landkreis Kaiserslautern sogar deutlich höher als im Landkreis Südwestpfalz. Im Fall des Landkreises Kaiserslautern ist dies jedoch v.a. mit Übernachtungen im Zusammenhang mit der Airbase Ramstein zu begründen, der als größter US-Militärflughafen außerhalb der USA gilt und zudem auch NATO-Stützpunkt ist, und weniger mit einer großen Anzahl ausländischer Touristen. Bei Unterscheidung der Übernachtungen nach Betriebsarten ergibt sich ebenfalls ein differenziertes Bild in der Region. Während in den Landkreisen Kaiserslautern und Kusel deutlich mehr Gäste in Hotels, Hotel garnis oder Gasthöfen übernachten als in Pensionen und Privatquartieren, ist im Landkreis Südwestpfalz die Zahl der Übernachtungen in beiden Betriebsarten nahezu gleich hoch.

---

<sup>315</sup> Vgl. Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2009): Raumordnungsbericht 2008, Mainz, S. 256 f.

Daraus lässt sich erkennen, dass Pensionen sowie Privatquartiere für den Tourismus in der Südwestpfalz eine hohe Bedeutung haben und die touristische Basisinfrastruktur hier deutlich stärker ausgeprägt ist als in anderen Teilen der Westpfalz. Insgesamt betrachtet ist die Region Westpfalz jedoch weniger stark touristisch geprägt als andere Regionen in Rheinland-Pfalz. Selbst der Tourismusschwerpunkt Südwestpfalz liegt im Hinblick auf die Übernachtungen je 1.000 EW unter dem Landesdurchschnitt von Rheinland-Pfalz.

## **1.2 Ziele, Konzeptionen und Entwicklungspotenziale des Tourismus in der Westpfalz**

Sowohl auf Landes- als auch auf regionaler bzw. lokaler Ebene bestehen zahlreiche konzeptionelle Ansätze, die sich mit den Stärken, Schwächen, Potenzialen und Entwicklungsperspektiven des Tourismus in der Region Westpfalz auseinandersetzen sowie Ziele und Handlungsfelder formulieren (vgl. hierzu Tab. 6).

Eines dieser Konzepte auf Landesebene stellt die Konzeption „Rheinland-Pfalz – Ein touristisches Drehbuch für das neue Jahrtausend“ dar. Ziel dieser Konzeption ist es dabei, Potenziale und Profilierungsmöglichkeiten für die einzelnen Tourismusregionen des Landes aufzuzeigen, so auch für die Pfalz. Bezüglich der Stärken bzw. Potenziale werden in diesem Zusammenhang vor allem der hohe Anteil an Tagesgästen erwähnt, sowie der Pfälzerwald als größte zusammenhängende Waldfläche in Deutschland. Weiterhin die vorhandene Spitzengastronomie sowie bedeutsame Bauwerke, ebenso wie die Nähe zu verschiedenen Ballungszentren, wie etwa Rhein-Main oder Rhein-Neckar und die sich hieraus ergebenden Potenziale für Kurzurlauber bzw. den Tagestourismus. In Bezug auf mögliche Profilierungsmöglichkeiten ist dabei für den Teilraum Westpfalz vor allem die „Touristische Inwertsetzung des Naturparks Pfälzerwald als Biosphärenreservat“ von Bedeutung. Damit würde nach Ansicht der Verfasser im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung unter dem Schlagwort „umweltgerechte touristische Inwertsetzung“ auch dem sensiblen Thema Umweltschutz und Umweltbewahrung Rechnung getragen. Dabei könne sich das Biosphärenreservat „durch ein professionelles Besuchermanagement“ als „Anziehungspunkt für Touristen – insbesondere für Familien mit Kindern“ positionieren und gleichzeitig „eine neue Sensibilität für Natur und Umwelt erzeugen.“

Darüber hinaus setzt sich auf Landesebene der aktuelle Raumordnungsbericht aus dem Jahr 2008 sowie die „Tourismusstrategie 2015 – Markttrends erkennen, Potenziale nutzen“ mit Entwicklungsperspektiven des Tourismus sowohl in Rheinland-Pfalz insgesamt, als auch bezogen auf die einzelnen Regionen des Landes auseinander. Dabei wird als wesentliche Stärke insbesondere die gute Erreichbarkeit aller touristischen Regionen des Landes insbesondere in Zusammenhang mit der Nähe zu den großen Ballungsräumen hervorgehoben. Darüber hinaus werden als „Basis für den touristischen Erfolg des Landes“ die „attraktiven Natur- und Kulturlandschaften, die Städte und Gemeinden mit vielfach gut erhaltenen historischen Stadt- und Ortsbildern“, sowie die „Kulturschätze des Landes und das hohe Engagement der touristischen Leistungsträger und der Kommunen“ angesehen.

In Bezug auf Entwicklungsperspektiven wird in diesem Zusammenhang verstärkt auf den Inlandstourismus verwiesen, indem sich „die Regionalisierung als Gegenpol zur Globalisierung aufbaut“ und daher Urlaub in Deutschland „in Verbindung mit vertrauten Inhalten und Werten“ an Bedeutung gewinnt. Ebenso gewinnt dabei mit der Regionalisierung auch das „Bedürfnis nach Natur und Landschaft“ an Bedeutung.<sup>316</sup>

---

<sup>316</sup> Vgl. Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2009): a.a.O., S. 257 f.

Die Tourismusstrategie 2015 wurde vom Land Rheinland-Pfalz in Kooperation mit der Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH (RPT), dem Tourismus- und Heilbäderverband (THV), dem Hotel- und Gaststättenverband Rheinland-Pfalz (DEHOGA) und den Industrie- und Handelskammern gemeinsam am 28. April 2008 verabschiedet. Diese Strategie soll als Handlungsgrundlage für die kommenden Jahre dienen. Dabei soll sich insbesondere auf Themen und Märkte konzentriert werden in denen Rheinland-Pfalz sowie seine Tourismusregionen besonders wettbewerbsfähig sind. Dazu zählen u.a. die Festlegung der Bereiche Wandern, Radtourismus, Wein und Gesundheit als chancenreichste Themen des Landes, die Stärkung des Auslandsmarketings auf besonders chancenreichen Märkten, sowie die Erhaltung und Verbesserung der Ortsbilder, die zu den wichtigsten touristischen Stärken des Landes zählen.<sup>317</sup>

Für die Region Westpfalz sind dabei vor allem die Kernthemen Wandern und Radtourismus von hoher Bedeutung. Dabei wird in diesem Zusammenhang der Trend „zur Einrichtung von prädikatisierten Wanderwegen“ besonders hervorgehoben der „derzeit bundesweit umgesetzt wird“. Es wird erwartet, dass „künftig Wanderziele nur dann am Markt bestehen können, wenn solche vorgehalten werden“. Daher sind auch in der Tourismusregion Pfalz drei Prädikatsweitwanderwege in Umsetzung bzw. Planung.<sup>318</sup> Der Radtourismus ist insbesondere für den Inlandstourismus von Bedeutung, da bei den deutschen Touristinnen und Touristen „das Radfahren die Urlaubsaktivität Nummer eins ist“, denn rund 48 % nutzen das Fahrrad im Urlaub. Die Region Westpfalz bietet gute Voraussetzungen für den Radtourismus. Denn in den letzten Jahren sind zahlreiche Projekte bzw. Initiativen zur Förderung dieses Tourismussegments realisiert worden, wie im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch intensiv dargestellt werden wird. Im Rahmen der Tourismusstrategie 2015 sind Maßnahmen vorgesehen die geeignet erscheinen, diese Bemühungen zu unterstützen (einheitliche Ausschilderung der Radwege, Aufbau der Webseite [www.radwanderland.de](http://www.radwanderland.de)). Ein weiteres zentrales Thema dieser Strategie ist die Herausforderung des demografischen Wandels, die für alle Tourismusregionen von Bedeutung ist. Dabei gewinnen vor allem Barrierefreiheit und Service an Bedeutung. Weiterhin gewinnt bei der Entwicklung von Reiseangeboten für mobilitätseingeschränkte Menschen die „Kooperationsbereitschaft von Leistungsträgern, Kommunen und in der Tourismusbranche“ an Bedeutung. Aus diesem Grund soll daher in ausgewählten Kommunen die „Entwicklung barrierefreier Leistungsketten vorangetrieben werden, die möglichst miteinander vernetzt werden sollen“, ebenso sollen künftig Maßnahmen der touristischen Infrastruktur nur dann gefördert werden, wenn sie barrierefrei gestaltet sind.<sup>319</sup>

Neben diesen Konzeptionen auf Landesebene gibt es insbesondere auf regionaler Ebene Strategien die sich mit den Stärken und Entwicklungsperspektiven des Tourismus in der Westpfalz auseinandersetzen sowie die Ziele der touristischen Entwicklung formulieren. Wesentliche Aussagen bezüglich der Ziele und Entwicklungspotenziale des Tourismus in der Westpfalz bietet dabei zunächst das im Jahr 1999 erschienene „Regionale Entwicklungskonzept (REK) Westpfalz.“ Als informelles, umsetzungsorientiertes Instrument der Regionalentwicklung soll das REK Westpfalz im Bereich des Tourismus vor allem dazu dienen, die „Entwicklungsziele des Planungsraums zu definieren“ und die „regional- und strukturpolitisch bedeutsamen Handlungsfelder festzulegen.“

---

<sup>317</sup> Vgl. Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2009):a.a.O., S. 258 ff.

<sup>318</sup> Vgl. Ebenda, S. 260.

<sup>319</sup> Vgl. Ebenda, S. 261 f.

Sowie ferner die „regionalpolitischen Maßnahmen in Abstimmung mit anderen raumwirksamen Politikbereichen darzustellen“ und „zu Entwicklungsprogrammen zusammenzufassen“ um somit schließlich eine Grundlage „für strukturelevante landespolitische Entscheidungen in der Region zu schaffen.“<sup>320</sup>

Das REK kommt zunächst zu der Erkenntnis, dass der Bereich des Tourismus einen „zu fördernden Entwicklungsfaktor“ der Region Westpfalz darstellt. Dabei werden als wesentliche touristische Stärken der Region die landschaftliche Vielfalt, der hohe Waldanteil sowie der hohe Freizeitwert angeführt. Aus dieser Stärken-Schwächen-Analyse werden schließlich Entwicklungspotenziale und Handlungsfelder abgeleitet. Entwicklungspotenziale werden demzufolge vorrangig im Dienstleistungsbereich und hier insbesondere in den Bereichen Tourismus, Gesundheit, sowie in bereits vorhandenen sozialen Einrichtungen gesehen. Als wesentliches Handlungsfeld wird in diesem Zusammenhang die Nachhaltige Nutzung des Naturraumpotenzials einschließlich der Tourismusentwicklung formuliert. Darüber hinaus sind auch die beiden Handlungsfelder „Stärkung der regionalen Identität“ sowie „Kooperation und Vernetzung“ für die Entwicklung des Tourismus von Bedeutung. Diese Handlungsfelder sollen wiederum anhand von räumlichen und sachlichen Entwicklungsprogrammen mit entsprechenden Leitprojekten umgesetzt werden. Wobei eines dieser Entwicklungsprogramme sich direkt auf die Förderung des Tourismus bezieht. Das sog. Entwicklungsprogramm „Natur-Kultur-Tourismus“ beinhaltet demzufolge mehrere Vorschläge für regionale Leitprojekte, welche geeignet erscheinen die touristische Entwicklung der Region zu fördern. Es handelt sich hierbei um die Leitprojekte „Eisenhüttenmuseum Trippstadt“, „Biosphärenhaus Fischbach / Entwicklungskonzept Dahner Felsenland“, „Touristische Nutzung der Glantalschienenstrecke durch Fahrraddraisinen“ sowie „Klosterbezirk Hornbach“. Als weitere Projektvorschläge werden ferner die „Deutsche Schuhbegegnungsstätte Pirmasens, das „Museum für Schuhproduktion und Industriegeschichte Hauenstein“ sowie das Projekt „Wilgartasee Wilgartswiesen“ entwickelt.

In diesem Zusammenhang fällt auf, dass alle diese Projekte mit Ausnahme der „Touristischen Nutzung der Glantalschienenstrecke durch Fahrraddraisinen“ im Landkreis Kusel, sich im Bereich Pfälzerwald / Südwestpfalz befinden, dem Zentrum des Tourismus in der Region Westpfalz. Dies verdeutlicht erneut, dass sich in diesem Teilraum der Westpfalz das größte Entwicklungspotenzial im Bereich des Tourismus befindet. Die genannten Projekte sind mittlerweile bis auf den „Wilgartasee Wilgartswiesen“ alle realisiert worden. Darüber hinaus sind auch durch einige der räumlichen Entwicklungsprogramme Impulse für den Tourismus in der Westpfalz zu erwarten. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Projekte Landesgartenschau Kaiserslautern 2000, die Schnellbahnverbindung Paris-Ostfrankreich-Südwestdeutschland mit Halt in Kaiserslautern sowie insbesondere um das Konversionsprojekt „Flugplatz Zweibrücken“ mit den Säulen Designer-Outlet und Freizeitbereich.

Auch wenn diese Projekte in den Städten Kaiserslautern und Zweibrücken angesiedelt sind und damit in erster Linie dort den Tourismus stärken, profitiert davon letztlich die Westpfalz insgesamt als Tourismusstandort, da hierdurch neue touristische Anziehungspunkte geschaffen werden, die über einzelne Standorte hinaus auf die gesamte Region ausstrahlen können. Darüber hinaus wurden auch in der jüngsten Vergangenheit Analysen durchgeführt, welche sich mit den Entwicklungspotenzialen der Westpfalz auseinandersetzen. Dabei wäre an erster Stelle die sog. „Westpfalzstrategie“ zu erwähnen, in deren Rahmen eine „Potenzialanalyse“ der Westpfalz durchgeführt wurde.

---

<sup>320</sup>

Vgl. Planungsgemeinschaft Westpfalz (Hrsg.) (1999): a.a.O., S. 3.

Die „Westpfalzstrategie“ ist dabei v.a. als „Antwort auf die Gründung der Metropolregion Rhein-Neckar“ zu verstehen. In diesem Zusammenhang gab es Befürchtungen in der Region Westpfalz, dass künftig eine Konzentration der Fördermittel auf diese Metropolregion angestrebt wird.<sup>321</sup> Eine Befürchtung, welche im Hinblick auf die im Rahmen dieser Arbeit bereits beschriebenen Diskussionen um die neuen Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland nicht ganz unbegründet erscheint. Initiiert wurde die Westpfalzstrategie von der Landesregierung mit dem Ziel „einer Bündelung der Interessen und Potenziale“ der Region Westpfalz. Dabei soll es sich um eine flexible und langfristig angelegte Initiative handeln. Zentrales Ziel der Strategie ist letztlich die „Förderung einer regionalen Profilbildung über die Kommunikation und Kooperation.“ Zu diesem Zweck sollen zunächst Projekte und Maßnahmen identifiziert werden, die sowohl sektorale als auch räumliche Netzwerke unterstützen oder deren Entstehung begünstigen.<sup>322</sup> Daraufaufgehend sollen Projektansätze formuliert werden, die Synergien zu anderen Projekten bewirken und sich damit auf diese Weise für eine regionale Netzwerkbildung eignen.

Ferner zeigt die durchgeführte Potenzialanalyse auf, „wo in der Westpfalz besondere Stärken hinsichtlich einer Cluster- und Netzwerkbildung liegen.“ Im Ergebnis wird deutlich, dass die einzelnen Teilräume der Westpfalz über zahlreiche Potenziale sowie Cluster- und Netzwerkansätze im Bereich des Tourismus aufweisen. Für den Teilraum Südwestpfalz werden hierbei insbesondere Impulse durch die Konversion angeführt, so z.B. durch die Entwicklung des Flughafens Zweibrücken mit den Säulen Designer-Outlet, Freizeitbereich und Flugplatz. Sowie des Weiteren das Biosphärenhaus Fischbach, welches als Umweltbildungseinrichtung ein „wichtiger Baustein für die Inwertsetzung der natürlichen Ressourcen dieses Teilraumes, aber auch benachbarter Gebiete gilt“. Als weiteres touristisches Potenzial der Südwestpfalz wird ferner der Klosterbezirk Hornbach gesehen. An dieser Stelle wurde durch den Umbau der Klosterruine Hornbach in ein Hotel ein „Alleinstellungsmerkmal in der Hotellerie der Region“ geschaffen. Aus diesen Potenzialen ergeben sich in der Folge Cluster- und Netzwerkansätze mit Bedeutung für den Tourismus. Dazu zählen für den Bereich Südwestpfalz der Clusteransatz Gesundheitswirtschaft / Wellness sowie die Netzwerkansätze Naturerlebnis / Wandern / Klettern, Reiten und Shoppingtourismus.<sup>323</sup>

Neben dem Teilraum Südwestpfalz wurden auch die Entwicklungspotenziale des Teilraumes Kaiserslautern sowie des Teilraumes Landkreis Kusel / Donnerbergkreis analysiert. Wobei auch in diesen Teilräumen der Tourismus zu den wesentlichen Entwicklungspotenzialen gehört. Für den Teilraum Kaiserslautern wird in diesem Zusammenhang das Leitprojekt „Haus der Nachhaltigkeit“ in Johanniskreuz als ein wesentlicher Anziehungs- und Ausgangspunkt einer touristischen Entwicklung angesehen. Wie das Biosphärenhaus im südlichen Pfälzerwald ist das „Haus der Nachhaltigkeit“ als Umweltbildungseinrichtung anzusehen. Als Zentrum für Touristen im Pfälzerwald soll es im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung insbesondere für die Bereiche regenerative Energieversorgung und energiesparende Bauweisen sensibilisieren. Dabei sind im Teilraum Kaiserslautern als wesentliche Netzwerkansätze im des Tourismus die Bereiche Tagestourismus und Naherholung + Natur- und Kulturtourismus anzusehen.

---

<sup>321</sup> Vgl.: DIE RHEINPFALZ vom 24.08.2008: „Die Westpfalz-Strategie: Einer für alle und alle für einen.“

<sup>322</sup> Vgl. Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz e.V. (Hrsg.) (2007): Westpfalzstrategie – Potenzialanalyse, Dokumentation der Ergebnisse bis 12 / 06, Kaiserslautern.

<sup>323</sup> Vgl. Ebenda, S. 17 ff.

Schließlich wurden auch für den nördlichen Teilraum der Region Westpfalz mit den Landkreisen Kusel und Donnersbergkreis die vorhandenen touristischen Angebote als wesentliche Stärken und Entwicklungsansätze identifiziert. Zu diesen zählen in erster Linie das Projekt „Draisinen“ – die touristische Nutzung der Glantalschienenstrecke für Fahrraddraisinen sowie das „Haus der Kulinarischen Landstraße“ mit der Vermarktung regionaler wie auch aus den Partnerregionen stammender Produkte im Landkreis Kusel, sowie im Donnersbergkreis die keltische Siedlung in Steinbach am Donnersberg. In diesem Zusammenhang wird schließlich der Geschichts- und Kulturtourismus als Netzwerkansatz formuliert. In einem weiteren Arbeitsschritt wurden Projektideen entwickelt, welche geeignet erscheinen die vorhandenen regionalen Potenziale zu stärken. Dabei wurden die einzelnen Projekte unter Leitthemen bzw. Projektfamilien für die Region Westpfalz zusammengefasst. Eine dieser Projektfamilien bildet der Tourismus. So wurden unter anderem Modell- und Schlüsselprojekte sowie Maßnahmenpakete zur Stärkung und Weiterentwicklung der Netzwerkansätze „Naherholung, Natur- und Kulturtourismus“, „Kulturreisen“, „Shoppingtourismus“ und „Geschichtstourismus“ entwickelt. Innerhalb dieser Strategie fand des Weiteren im Jahr 2008 eine Westpfalzkonferenz in Zweibrücken statt. Infolgedessen sind ferner sog. Werkstätten zu bestimmten Themenfeldern geplant, in denen der Westpfalz aufgrund ihres Bestandes und der jüngeren Entwicklung gute Chancen eingeräumt werden. Als eines dieser Themenfelder wurde auch der Tourismus identifiziert.

Weiterhin gibt es in der Westpfalz zahlreiche weitere regionale Konzeptionen, die sich mit den Entwicklungspotentialen des Tourismus auseinandersetzen und dementsprechend Zielsetzungen, Handlungsfelder und Maßnahmenvorschläge formulieren. Neben dem bereits erwähnten Regionalen Entwicklungskonzept (REK) der Westpfalz sind dies insbesondere die Konzeptionen des Naturparks Pfälzerwald / Biosphärenreservat Pfälzerwald / Nordvogesen sowie das Programm „PAMINA“ / Region der Zukunft in den Verbandsgemeinden Dahn und Hauenstein im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Südpfalz-Mittlerer Oberrhein und Elsass innerhalb von INTERREG III A. Weiterhin das „Touristische Entwicklungskonzept Dahner Felsenland“, das in Zusammenhang mit der Realisierung des Biosphärenhauses in Fischbach aufgestellt wurde und als ein Modellprojekt des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz unter dem Motto „Schutz durch Nutzung“ anzusehen ist.

Darüber hinaus wurden insbesondere in Zusammenhang mit der EU-Strukturpolitik ausführliche Analysen der Stärken, Schwächen, Entwicklungsperspektiven und Entwicklungshemmnisse des Untersuchungsraumes im Bereich des Tourismus durchgeführt. So beinhaltet bspw. die „Gebietsbezogene integrierte Entwicklungsstrategie mit Pilotcharakter (GIEP)“ eine ausführliche Bestandsaufnahme mit einer zusammenfassenden Darstellung der zentralen Stärken und Schwächen des Tourismus im Pfälzerwald. Stärken und Chancen werden dabei vor allem durch die zentrale Lage der Region im Schnittpunkt der Verdichtungsräume Rhein-Neckar, Karlsruhe und Kaiserslautern gesehen, sowie in der sehr guten Qualität der Umweltmedien, insbesondere des Pfälzerwaldes, der als Naturpark und Biosphärenreservat anerkannt ist und ferner als größtes zusammenhängendes Waldgebiet Deutschlands gilt. Demgegenüber werden als zentrale Schwächen des Tourismus im Pfälzerwald die Gefahr der Verbuschung und Wiederbewaldung naturschutzfachlich wichtiger Offenlandbereiche durch Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzung gesehen. Des Weiteren die Stagnation der relativ geringen Aufenthaltsdauer der Touristen, Nachholbedarf bzw. Mängel des Wanderwege- und Reitwegenetzes in Teilen des Pfälzerwaldes, sowie in den kaum vorhandenen Möglichkeiten zum Betreiben von Wasser- und Wintersport. Problematisch wird zudem die eher mittelmäßige Verkehrsanschließung und schlechte Erreichbarkeit der Verdichtungsräume und des Oberzentrums vor allem im Südwesten.

Ebenso werden im Rahmen der regionalen Entwicklungsstrategien von LEADER bzw. INTERREG Zielsetzungen, Handlungsfelder sowie Maßnahmenschwerpunkte bezüglich der touristischen Entwicklung der Westpfalz formuliert. Der Zusammenhang zwischen diesen regionalen Entwicklungsstrategien und der Tourismusedwicklung wird dabei im weiteren Verlauf dieser Arbeit ausführlich analysiert werden.

Als zentrale Erkenntnisse bezüglich der Ausgangssituation des Untersuchungsraumes im Tourismusbereich lässt sich ein deutliches Entwicklungs- und Angebotsgefälle zwischen südlichem und nördlichem Teilraum erkennen. Dabei weist die Südwestpfalz sowohl ein größeres touristisches Entwicklungspotenzial als auch eine bessere touristische Erschließung auf, als die nördliche Westpfalz. Dieses sichtbare Angebotsgefälle ist zudem als wesentliches Defizit bzw. Entwicklungshemmnis im Bereich der Tourismusedwicklung innerhalb der Westpfalz anzusehen. Im Rahmen dieser Arbeit wird daher v.a. der Einfluss der EU-Strukturpolitik auf diese vorhandenen Disparitäten untersucht und der Frage nachgegangen, ob diese infolge der EU-Strukturpolitik eher verschärft oder eher abgebaut werden können. Aus diesen Potenzialen und Entwicklungshemmnissen können direkt die wesentlichen Zielsetzungen der touristischen Entwicklung in der Region Westpfalz abgeleitet werden. Dies ist zunächst der Schutz, die Nutzung und Inwertsetzung von vorhandenen natürlichen und kulturellen Potenzialen der Region, insbesondere auch die Vermeidung von Nutzungskonflikten. Weiterhin der Abbau vorhandener Defizite im Bereich des Tourismus, wobei hier in erster Linie bestehende Lücken innerhalb der touristischen Infrastruktur und im Angebot geschlossen werden sollen. Sowie ferner die Anpassung des vorhandenen Angebotes und der Konzeptionen an aktuelle Trends, Nachfragestrukturen sowie veränderte Rahmenbedingungen im Tourismus.

Im Folgenden soll nun der Beitrag der EU-Strukturpolitik zur Erreichung dieser Ziele erfasst werden, um anschließend im Rahmen einer Evaluation den Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz bewerten zu können. Zu diesem Zweck wird zunächst analysiert, welche Förderprogramme seitens der EU zur Förderung der Entwicklung der Region Westpfalz initiiert werden, und welche Bedeutung diese Programme letztlich für den Bereich des Tourismus haben. Anschließend wird der Einfluss der im Rahmen dieser Programme realisierten und von der EU finanzierten regionalen Leitprojekte auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz im Rahmen einer Wirkungsanalyse untersucht. Diese Einschätzungen und Bewertungen werden danach schließlich durch Experteninterviews mit den regionalen Akteuren und Entscheidungsträgern empirisch überprüft, um den Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz abschließend bewerten zu können.

**Tab. 6: Ausgangssituation des Tourismus im Untersuchungsraum**

Konzeptionen mit touristischen Zielsetzungen	Entwicklungspotentiale	Entwicklungshemmnisse
<p><b><u>Landesebene:</u></b></p> <p>„Rheinland-Pfalz – ein touristisches Drehbuch für das neue Jahrtausend“</p> <p>„Tourismusstrategie 2015 – Markttrends erkennen, Potenziale nutzen“</p> <p>Raumordnungsbericht 2008</p> <p>LEP IV</p>	<p><b>Natürliche Potenziale</b> der Region als Hauptentwicklungsressource:</p> <p>Landschaftliche Attraktivität und Vielfalt, intakte Umwelt im „Naturpark und Biosphärenreservat Pfälzerwald“ sowie im Bereich „Pfälzer Bergland“</p>	<p><b>Angebotsgefälle</b> sowohl innerhalb der Region als auch innerhalb der einzelnen Teilräume (nördlicher und südlicher Pfälzerwald)</p>
<p><b><u>Regionale Ebene:</u></b></p> <p>REK Westpfalz</p> <p>„Westpfalzstrategie“</p> <p>Regionale Entwicklungsstrategien im Rahmen der EU-Strukturpolitik (LEADER+ - GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ bzw. INTERREG III A „PAMINA“)</p>	<p>Daher: Entwicklungspotenziale in den Bereichen <b>Wander- und Radtourismus, Gesundheit und Wellness, Nordic Walking, Klettertourismus</b></p> <p>Nähe zu den Ballungsräumen – <b>Tagestourismus / Naherholung</b></p>	<p>Noch vorhandene <b>Lücken</b> im Bereich der <b>Tourismusinfrastruktur</b> (v.a. im Bereich „Pfälzer Bergland“)</p> <p>Teilweise noch <b>Qualitätsdefizite</b> im Bereich der <b>privaten Tourismusbetriebe</b> und im Bereich der <b>öffentlichen Infrastruktur</b></p>
<p><b><u>Lokale Ebene:</u></b></p> <p>z.B.: „Touristisches Entwicklungskonzept Dahner Felsenland“</p>	<p>Nähe zu Frankreich</p> <p>Weitere Entwicklungspotenziale:</p>	<p>Erhalt der vielfältigen Natur- und Kulturlandschaft als Herausforderung (<b>Gefahr der Verbuschung</b> von Offenlandbereichen im Pfälzerwald)</p>
<p><b><u>Sektorale Konzeptionen mit touristischem Bezug:</u></b></p> <p>z.B.: „Naturpark Biosphärenreservat Pfälzerwald“</p>	<p><b>Kulturelles Erbe / Historie und Geologie</b> sowie im Bereich <b>Shoppingtourismus</b> (Outlet Zweibrücken, Schuhoutlet Hauenstein)</p>	
<p style="text-align: center;"><b>Zentrale Ziele der Tourismusedwicklung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Potentiale erkennen und nutzen</b></li> <li>▪ <b>Entwicklungshemmnisse und Defizite abbauen</b></li> </ul>		

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010.

## 2. Bewertung der Relevanz von EU-Förderprogrammen für die Tourismusentwicklung in der Westpfalz

Die Umsetzung der EU-Strukturpolitik erfolgt in enger Abstimmung zwischen Europäischer Kommission und den Mitgliedstaaten. Wobei in der Bundesrepublik Deutschland vor allem die einzelnen Bundesländer für die Umsetzung verantwortlich sind. Im Falle der Region Westpfalz handelt es sich dabei um das Bundesland Rheinland-Pfalz.

Bezüglich der programmatischen und planerischen Umsetzung kommen dabei „fünf unterschiedliche konzeptionelle bzw. planerische Dokumente zum Einsatz.“<sup>324</sup> Das sog. „Gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK)“, wo Kommission und Mitgliedstaaten für jedes Ziel und jeden Strukturfonds die jeweiligen Förderschwerpunkte, Finanzmittel, Interventionsformen und die Laufzeit festlegen. Dabei bilden GFKs die Grundlage für die operationellen Programme (OP), die von den Mitgliedstaaten (in Deutschland die einzelnen Bundesländer) erstellt werden und die Schwerpunkte der Umsetzung in strukturpolitischen Maßnahmen konkretisieren. Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen wird das OP durch das sog. „Programm im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen (PGI)“ ersetzt. Wobei die PGI aus inhaltlicher Sicht „jedoch noch stärker auf die Charakteristika der Gemeinschaftsinitiativen eingehen.“<sup>325</sup> Des Weiteren ersetzt das „Einheitliche Programmplanungsdokument („EPPD“), GFK sowie OP und ist zur Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens bei strukturpolitischen Maßnahmen eingeführt worden. Schließlich dient die „Ergänzung zur Programmplanung (EzP)“ als „Ergänzung“ der vorangegangenen, übergeordneten Dokumente in dem Sinne, als dass hierbei die konkrete Umsetzung auf Maßnahmenebene geregelt wird. Bei der Umsetzung einer EzP sind die Strategien und Schwerpunkte aus GfK sowie OP, PGI bzw. EPPD als Leitlinien zu beachten.

Zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik müssen gemäß den Prinzipien von Partnerschaft und Programmplanung vom Land Rheinland-Pfalz operationelle Programme aufgestellt werden. In der Förderperiode 2000 bis 2006 waren dies Programme im Rahmen von Ziel-2 (EFRE- und ESF finanziert), sowie von LEADER+ und dem EAGFL, ferner in Kooperation mit den europäischen Nachbarregionen im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (INTERREG III A). Infolge dieser Programme werden dann Projekte initiiert und von der EU finanziert, die geeignet sind, die Ziele dieser Programme in der Praxis zu realisieren. Dabei müssen zahlreiche Vorgaben der EU berücksichtigt werden (Strukturfondsleitlinien, Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, Verordnung betreffend den Europäischen Sozialfonds, etc.). Tabelle 7 verdeutlicht dabei, dass der Untersuchungsraum in der Programmplanungsperiode 2000 bis 2006 in hohem Umfang von den Förderprogrammen der EU profitiert.

---

<sup>324</sup> Vgl. Schödl, Diana C. (2008): Wissen in planerischen Entwicklungsprozessen – Ein Ansatz zum strukturierten Umgang mit Wissen verdeutlicht am Beispiel der europäischen Strukturpolitik durch INTERREG, in: Troeger-Weiß, Gabi (Hrsg.): Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung, Band 24, Kaiserslautern, S. 31 f.

<sup>325</sup> Vgl. Ebenda, S. 32.

**Tab. 7: EU-Fördergebiete im ländlichen Raum der Region Westpfalz – Förderperiode 2000-2006**

<b>Gebietskörperschaft</b>	Landkreis Südwestpfalz	Landkreis Kaiserslautern	Landkreis Kusel	Donnersbergkreis
<b>EU-Förderprogramm</b>				
Ziel-2	Flächendeckend	Teilweise	Teilweise	Teilweise
Ziel-2 (Übergangsgebiet)		Teilweise	Teilweise	Teilweise
Ziel-3	Flächendeckend	Flächendeckend	Flächendeckend	Flächendeckend
LEADER+	Teilweise	Teilweise		
INTERREG III A	Flächendeckend			
INTERREG III B	Flächendeckend	Flächendeckend	Flächendeckend	Flächendeckend

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

Im Folgenden werden nun im Rahmen einer Dokumentenanalyse zur Gewinnung der notwendigen sekundärstatistischen Datengrundlage der Evaluation die einzelnen operationellen Programme des Landes Rheinland-Pfalz dargestellt und hinsichtlich ihrer Relevanz, ihres Einflusses sowie ihrer möglichen Wirkungen auf die Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz bewertet. Dabei werden sowohl mögliche direkte als auch indirekte Auswirkungen der Programme auf den Bereich des Tourismus miteinbezogen. Zentrale Analyseschwerpunkte stellen in diesem Zusammenhang darüber hinaus der Beitrag der einzelnen Programme zur Nutzung vorhandener touristischer Potenziale sowie darüber hinaus der potentielle Einfluss dieser Programme auf die festgestellten Disparitäten in Hinblick auf das vorhandene Angebotsgefälle innerhalb des Tourismus im Untersuchungsraum dar, ebenso der Bezug der einzelnen Programme zueinander in Hinblick auf mögliche Synergien. Ergänzend hierzu werden innerhalb der Dokumentenanalyse auch die wesentlichen Erkenntnisse aus der Evaluierung der einzelnen EU-Förderprogramme in Rheinland-Pfalz berücksichtigt.

## **2.1 Zusammenhang zwischen dem Ziel-2-Programm Rheinland-Pfalz und der Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz**

### **2.1.1 Umsetzung der Förderung gemäß Ziel 2 der Europäischen Strukturfonds in der Region Westpfalz (Förderperiode 2000 bis 2006)**

Die Förderung im Rahmen von Ziel 2 der Europäischen Strukturfonds unterstützte in der Programmperiode 2000 bis 2006 v.a. Regionen, die mit strukturellen Problemen infolge von Umstellungsprozessen zu kämpfen haben. Dabei kann es sich um altindustrialisierte, städtische, ländliche oder Fischereigeiete handeln. In Rheinland-Pfalz handelte es sich in erster Linie um Gebiete mit Strukturproblemen infolge von Konversion und Altindustrialisierung. Insgesamt umfasste das Ziel 2-Fördergebiet in der Förderperiode 2000 bis 2006 ein Gebiet mit etwa 414.000 Einwohnern und einer Fläche von 1.900 km<sup>2</sup>, was einem Anteil von ca. 10 % der Landesfläche entspricht. Dazu zählten die kreisfreien Städte Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken, ebenso wie der gesamte Landkreis Südwestpfalz, sowie darüber hinaus der Großteil des Landkreises Kaiserslautern, Teile des Landkreises Kusel sowie einige Kommunen aus dem Donnersbergkreis. Daraus wird ersichtlich, dass in der Programmperiode 2000 bis 2006 das gesamte rheinland-pfälzische Ziel 2-Fördergebiet in der Region Westpfalz lag.

Des Weiteren konnten auch die ehemaligen Ziel 5b Fördergebiete der Programmperiode 1994 bis 1999 als sog. „Übergangsgebiete“ EU-Strukturmittel erhalten. In der Westpfalz handelt es sich hierbei um ländliche strukturschwache Regionen im Donnersbergkreis und im Landkreis Kusel außerhalb des eigentlichen Ziel 2-Gebietes. Der größte Teil des rheinland-pfälzischen Übergangsgebietes umfasste jedoch Regionen außerhalb der Westpfalz. Die Förderung gemäß Ziel 2 der europäischen Strukturfonds wurde schließlich im „Einheitlichen Programmplanungsdokument (EPPD) für die Förderung gemäß Ziel 2 der Europäischen Strukturfonds in den Jahren 2000 bis 2006 in Rheinland-Pfalz umgesetzt“. Dabei betrug das Fördervolumen dieses Programms, das aus den beiden Strukturfonds EFRE und ESF finanziert wurde und somit als ein sog. „Multifondsprogramm“ ausgestaltet war, rund 170 Mio. €. Zusätzlich stockte das Land Rheinland-Pfalz diese Mittel um rund 140 Mio. € auf, so dass insgesamt rund 300 Mio. € für strukturpolitische Maßnahmen in der Förderperiode 2000 bis 2006 zur Verfügung standen. Die Durchführung des Programms oblag dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz. Einzelne Maßnahmen wurden darüber hinaus auch vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit (Maßnahmen im Bereich des ESF) oder der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH abgewickelt.

Das Ziel-2-Programm Rheinland-Pfalz gliedert sich in elf Teile mit den wesentlichen Bestandteilen „Sozio-ökonomische Ausgangslage in den Programmgebieten“, „Ergebnisse der bisherigen EU- und nationalen Fördermaßnahmen“, „Stärken, Schwächen, Potenziale und Risiken der Programmgebiete“, „Regionale Entwicklungsziele und Strategien“, „Förderschwerpunkte und Maßnahmen“, „Indikatoren für die Begleitung und Bewertung“, „Quantifizierung der Ziele sowie Bestimmung der leistungsgebundenen Reserve“ sowie „Kohärenz und Koordination“.<sup>326</sup>

---

<sup>326</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Einheitliches Programmplanungsdokument für die Förderung gemäß Ziel 2 der Europäischen Strukturfonds in den Jahren 2000-2006 in Rheinland-Pfalz, Stand: 07.09.2007, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > Ziel 2 Programm.

Im Folgenden soll sich zur Analyse der Bedeutung des Programms für die Entwicklung des Tourismus vor allem mit den einzelnen Zielen, Prioritäten, Schwerpunkten und Maßnahmen auseinandergesetzt werden. Ergänzend hierzu werden darüber hinaus auch Ergebnisse und Erkenntnisse aus der Evaluierung des Ziel-2-Programms miteinbezogen.

Die Programmstruktur setzt sich aus einem Oberziel („Stärkung der Wirtschaft zur Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze in KMU“) und davon abgeleiteten strukturpolitischen (Unter-)zielen zusammen. Zu diesen zählen „Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur“, „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“, „Weiterentwicklung des Tourismus“, „Förderung der technologischen Entwicklung und Informationsgesellschaft“, „Förderung der Humanressourcen (ESF)“ sowie die „Stärkung einer nachhaltigen umweltgerechten Entwicklung.“ Weiterhin müssen die beiden von der EU geforderten Querschnittsziele „Chancengleichheit“ und „Nachhaltigkeit“ berücksichtigt werden. Bereits auf der Zielebene wird dabei im Ziel 2 Programm der Bereich des Tourismus direkt angesprochen und in den Zielkatalog integriert („Weiterentwicklung des Tourismus“). Daraus lässt sich erkennen dass die Förderung des Tourismus ein zentrales strukturpolitisches Ziel und einen wichtigen Fördertatbestand im Rahmen des Ziel 2 Programms Rheinland-Pfalz darstellt. Daher ist davon auszugehen, dass dieses Programm für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz von großer Relevanz ist. Dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, dass wie bereits erwähnt, sich das gesamte rheinland-pfälzische Ziel 2 Fördergebiet in der Region Westpfalz befand und somit die Strukturmittel auf die Westpfalz konzentriert wurden.

### **2.1.2 Bedeutung der Entwicklungsziele, Förder- und Maßnahmenswerpunkte des Ziel-2-Programms für den Tourismus in der Westpfalz**

Zur Erreichung der im vorherigen Abschnitt beschriebenen Ziele wurden sechs Förderschwerpunkte festgelegt, die jeweils durch verschiedene Maßnahmen konkretisiert wurden. Dabei dienen zwei der sechs Förderschwerpunkte direkt der Förderung des Tourismus. Daraus wird bereits auf den ersten Blick ersichtlich, dass das rheinland-pfälzische Ziel-2-Programm eine große Relevanz für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz hat. So sieht Schwerpunkt 1 neben der „Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur“ die „Förderung der Tourismusinfrastruktur“ vor. Maßnahmen sind dementsprechend der „Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur“ sowie der „Ausbau der touristischen Infrastruktur“ und die „Verbesserung der Chancen der Tourismuswirtschaft“.

In diesem Zusammenhang sind folgende Aktionen förderfähig: „Ausbau von Besucher- und Erlebniszentren, Informationszentren und Informationssysteme sowie Kommunikationseinrichtungen, Ausbau von Wetter unabhängigen Indoor-Angeboten, Themenbezogene Wegeinfrastruktur wie Wanderwege oder Lehrpfade, Radwege zur Förderung des naturgerechten Tourismus, Bau- und Ausbau von Freizeit- und Erholungsanlagen, touristische Erschließung von landschaftsbezogenen und historischen Sehenswürdigkeiten, sowie Kurhäuser, Kurparks und Häuser des Gastes.“<sup>327</sup> Damit leistet das Ziel-2-Programm Rheinland-Pfalz zunächst einerseits einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Tourismusinfrastruktur in der Region Westpfalz und andererseits einen wichtigen Beitrag zur besseren Nutzung vorhandener Tourismuspotenziale durch die „Verbesserung der Chancen der Tourismuswirtschaft“. Ein wesentliches Ziel dieser Maßnahmen ist dabei „die naturräumlichen und kulturellen Potenziale im Interesse einer verstärkten, touristischen Nutzung durch den weiteren Ausbau der touristischen Infrastrukturen besser zu erschließen.“

---

<sup>327</sup>

Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): a.a.O.

Der Ausbau der touristischen Infrastruktur ist von großer Bedeutung für den Tourismus, da eine touristische Basisinfrastruktur die Grundlage für eine touristische Entwicklung einer Region darstellt. Dazu zählen insbesondere das Vorhandensein von ausreichenden bzw. differenzierten Übernachtungsmöglichkeiten, sowie touristische Anziehungspunkte wie z.B. ein gut ausgebautes bzw. vernetztes Wander- und Radwegenetz sowie professionelle Vermarktungs- bzw. Service- und Dienstleistungsstrukturen (u.a. Tourist Informationen). Dementsprechend sind die im Ziel-2-Programm vorgesehenen förderfähigen Aktionen allesamt geeignet die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz aktiv zu fördern und voranzutreiben. Dies gilt insbesondere für die touristischen Randgebiete im nördlichen Teil der Westpfalz wie das Pfälzer Bergland, wo durchaus bereits einige touristische Ansatzpunkte und Entwicklungspotenziale vorhanden sind, jedoch noch Defizite bzw. Lücken im Bereich der touristischen Basisinfrastruktur bestehen. Das rheinland-pfälzische Ziel-2-Programm kann somit einen wesentlichen Beitrag zur besseren touristischen Erschließung dieser auf nationaler und internationaler Ebene noch relativ unbekanntem Tourismusstandorte leisten.

Dagegen sind in Bezug auf den klassischen Tourismusschwerpunkt der Westpfalz dem Pfälzerwald und hier insbesondere das „Dahner Felsenland“ diese Maßnahmen insbesondere geeignet, das vorhandene Angebot zu ergänzen und neue Anziehungspunkte zu schaffen. Insgesamt betrachtet kann durch diese Maßnahmen in der gesamten Westpfalz das touristische Angebot erweitert werden und damit besteht dann auch die Möglichkeit neue potentielle Zielgruppen im Tourismus zu gewinnen. Weiterhin scheinen die vorgesehenen Maßnahmen geeignet, die touristische Profilierung der Region Westpfalz und ihrer Teilräume zu fördern durch die effizientere und intensivere Nutzung der regionalen endogenen Potenziale im Tourismus. Letztlich wird insgesamt gesehen die Wettbewerbsfähigkeit der Westpfalz im Tourismus durch die genannten Maßnahmen gestärkt, vor allem kann hier von einer Qualitätssteigerung des Angebotes ausgegangen werden. Mit Maßnahmen zur Förderung der touristischen Infrastruktur können zudem Anpassungen dergleichen an veränderten Nachfragestrukturen oder veränderte Rahmenbedingungen realisiert werden, beispielsweise in Zusammenhang mit dem demografischen Wandel. So können spezielle Angebote für Senioren geschaffen bzw. finanziert werden, um damit die Wettbewerbsfähigkeit der Region im nationalen und internationalen Vergleich zu erhöhen.

Als sinnvolle Ergänzung und Erweiterung des Schwerpunktes 1 stellt sich der Schwerpunkt 2 dar, der als Ziel die „Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der Tourismuswirtschaft und des Dienstleistungssektors“ formuliert. In Bezug auf den Tourismus bedeutet dies konkret die „Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen in Tourismusunternehmen.“ Bestehende Unternehmen sollen dabei bei Erweiterungsinvestitionen unterstützt werden, um auf diese Weise „wettbewerbsfähige Arbeitsplätze“ zu sichern. Geht es bei Schwerpunkt 1 um die Förderung von öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur, geht es auf der anderen Seite bei Schwerpunkt 2 um die Förderung von privaten Investitionen in der Tourismuswirtschaft. Dazu zählen v.a. die „Errichtung, Erweiterung und Modernisierung von Fremdenverkehrsbetrieben, die Umstellung oder grundlegende Rationalisierung von Fremdenverkehrsbetrieben, der Erwerb eines stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Fremdenverkehrsbetriebes sowie die Förderung von Campingbetrieben.“<sup>328</sup> Wesentliches Ziel ist dabei neben der „Schaffung neuer und Sicherung bestehender Arbeitsplätze“ und der „Anpassung an neue Nachfrageentwicklungen“ insbesondere „die Angebotsqualität der Tourismusunternehmen in den Zielgebieten an die internationalen Anforderungen des Tourismusmarktes heran zu führen.“

---

<sup>328</sup>

Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): a.a.O.

Darüber hinaus werden Synergieeffekte auf die regionale Wirtschaft durch „die Aktivierung des Beschäftigtenpotenzials von Modernisierungen und Erweiterungen“ erwartet. Schwerpunkt 2 hat daher ebenso wie Schwerpunkt 1 eine große Bedeutung für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz. Beide Schwerpunkte stehen dabei in einem engen Zusammenhang zueinander und ergänzen sich sinnvoll. Es ist ferner davon auszugehen, dass Synergien zwischen beiden Schwerpunkten erwartet werden können. Werden beispielsweise im Rahmen von Schwerpunkt 1 neue Anziehungspunkte und Infrastruktureinrichtungen geschaffen ist es durchaus möglich, dass infolgedessen Folgeinvestitionen in den örtlichen Tourismusbetrieben getätigt werden.

Durch Schwerpunkt 2 sind infolge der engen Verbindung mit Schwerpunkt 1 ähnlich positive Effekte für die touristische Entwicklung der Westpfalz zu erwarten. Jedoch ist auch hier die Bedeutung für die einzelnen Teilräume durchaus verschieden. Im klassischen Tourismusschwerpunkt Pfälzerwald fördern die Maßnahmen in Schwerpunkt 2 insbesondere die Modernisierung, Erweiterung und Ergänzung des bestehenden Angebotes an Tourismusbetrieben. Darüber hinaus wird die Anpassung an veränderte Anforderungen (demografischer Wandel, steigender Wettbewerb) gefördert und somit besteht letztlich die Chance neue Zielgruppen anzusprechen. Insgesamt betrachtet sind die aufgezeigten Maßnahmen daher vor allem dazu geeignet, im touristischen Zentrum der Westpfalz zu einer Qualitätssteigerung beim vorhandenen Angebot zu führen, was in Zeiten eines steigenden Wettbewerbsdrucks auch im Bereich des Tourismus von immer größerer Relevanz ist.

Für diejenigen Teilräume der Westpfalz wie bspw. das Pfälzer Bergland, welche aus touristischer Sicht im Vergleich zur Südwestpfalz deutlich weniger erschlossen sind, hat Schwerpunkt 2 ebenfalls eine große Bedeutung. Durch diese Maßnahmen wird ergänzend zu Schwerpunkt 1 der Aufbau einer Basisinfrastruktur gefördert. Denn ausreichende und vielfältige Übernachtungsmöglichkeiten (Hotels, (Land-)Gasthöfe, Pensionen oder Ferienwohnungen, etc.) zählen neben dem Vorhandensein von touristischen Anziehungspunkten wie etwa Rad-, Wander- oder Themenwege sowie Tourist Informationen zu den wesentlichen Grundvoraussetzungen für die Entwicklung des Tourismus. Das Pfälzer Bergland weist durchaus touristische Potenziale und Ansatzpunkte auf, hat jedoch gegenüber der Südwestpfalz noch einen deutlichen Nachholbedarf an Übernachtungsmöglichkeiten. Schwerpunkt 2 des Ziel-2-Programmes leistet daher einen wichtigen Beitrag zur touristischen Erschließung dieser Regionen. Letztlich werden hierdurch die Grundlagen für eine intensivere touristische Nutzung dieser Teilräume der Westpfalz gelegt.

Beide direkt auf die Förderung des Tourismus ausgerichteten und sich ergänzenden Schwerpunkte innerhalb des Ziel-2-Programmes sind insgesamt betrachtet vor allem dazu geeignet, den Ausbau und die Erweiterung bzw. Modernisierung des vorhandenen touristischen Angebotes in der Region Westpfalz voranzutreiben. Diese Schwerpunkte fördern sowohl den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, ebenso dienen sie darüber hinaus dazu Investitionen in privaten Tourismusbetrieben anzuregen. Damit wird letztlich ein wichtiger Beitrag zur touristischen Erschließung und Entwicklung der Westpfalz geleistet. Es ist davon auszugehen, dass solche Investitionen insbesondere im Hinblick auf größere Infrastrukturprojekte in einer struktur- und finanzschwachen Region ohne diese EU-Fördermittel wohl kaum zu realisieren wären. Die Maßnahmen tragen des Weiteren dazu bei, sowohl vorhandene Stammgäste in der Region zu halten, als auch neue Gäste und im Optimalfall gar neue Zielgruppen zu gewinnen. Ob diese potentiellen Wirkungen in der Praxis tatsächlich eintreffen bzw. mit welcher Intensität sie eintreffen hängt jedoch in erster Linie davon ab, ob die Fördergelder sinnvoll und zielgerichtet eingesetzt werden. Es erscheint dabei notwendig, dass bei Investitionen in Infrastruktur bzw. Betrieben eine klare

Nachfrageorientierung stattfindet und Trends sowie veränderte Rahmenbedingungen im Tourismus berücksichtigt bzw. aufgegriffen werden. Ebenso sollten regionale Besonderheiten bei der Schaffung neuer Angebote beachtet und stärker in den Blickpunkt gerückt werden. Es ist davon auszugehen, dass die in den beiden Schwerpunkten beschriebenen Fördermaßnahmen darüber hinaus auch Synergieeffekte auf andere Bereiche in der regionalen Entwicklung der Westpfalz haben werden. Denn die vorgesehenen Maßnahmen steigern die Attraktivität der Region nicht nur für potentielle Touristen, sondern auch für die einheimische Bevölkerung. Dies vor allem in der Weise, als das die touristischen Infrastrukturen wie Rad- oder Wanderwege, sowie sonstige Anziehungspunkte ebenso von der einheimischen Bevölkerung genutzt werden können. Das vorhandene Freizeitangebot sowohl auf kommunaler als auch auf regionaler Ebene wird dabei ausgebaut, wodurch die Lebensqualität in der Region steigt. Eine hohe Lebensqualität steigert dabei die Attraktivität der Westpfalz als Wohnstandort.

Des Weiteren gewinnen sog. „weiche Standortfaktoren“ wie bspw. die Lebensqualität einer Region zunehmend auch für die wirtschaftliche Entwicklung an Bedeutung. Dies insbesondere im tertiären Sektor. Investitionen in das touristische Angebot der Westpfalz tragen damit zu einer Diversifizierung innerhalb der regionalen Wirtschaft bei. Eine Diversifizierung der Wirtschaft ist vor allem für eine strukturschwache Region, die wie der Untersuchungsraum eine relativ hohe Arbeitslosenquote aufweist, und zudem in Teilen noch von Monostrukturierung (z.B. Südwestpfalz) geprägt ist von enormer Bedeutung. Darüber hinaus sollte nicht vernachlässigt werden, dass durch die vorgesehenen Maßnahmen zum Ausbau der touristischen Infrastruktur, zur Schaffung neuer Angebote oder zur Förderung von Investitionen in Tourismusbetrieben (Erweiterungen, Modernisierungen, etc.) im Optimalfall neue Arbeitsplätze geschaffen werden, zumindest jedoch vorhandene gesichert werden.

Dadurch wird direkt ein Beitrag zur Stärkung bzw. Stabilisierung der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung erreicht. Ferner werden Arbeitsplätze im Tourismus größtenteils von Frauen besetzt, womit Maßnahmen zur Förderung des Tourismus einen Beitrag zur Verbesserung der beruflichen Perspektiven von Frauen leisten können. Gleichsam bietet der Tourismusbereich berufliche Perspektiven für junge Menschen, so dass die Abwanderung dieser Bevölkerungsgruppe vermindert werden kann. Steigen infolge dieser Fördermaßnahmen die Gäste- bzw. Übernachtungszahlen der Westpfalz und werden Arbeitsplätze geschaffen kann dies letztlich zu einer Steigerung des regionalen Einkommens und der kommunalen Einnahmen führen, so dass die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte, die sich insbesondere in strukturschwachen Regionen teilweise dramatisch gestaltet, hierdurch zumindest leicht verbessert werden kann. Bei einer intensiven Nutzung der bestehenden Strukturmittel und einem zielgerichteten Einsatz dergleichen können aufgrund dessen durchaus zahlreiche Synergieeffekte für die Entwicklung des Untersuchungsraumes über den Tourismus hinaus gefördert werden.

Das rheinland-pfälzische Ziel-2-Programm in der Förderperiode 2000 bis 2006 ist als Multifondsprogramm ausgestaltet. Das bedeutet, es wurde aus mehreren Strukturfonds finanziert, sowohl aus dem EFRE, als auch aus dem ESF. Aus diesem Grund werden die aus dem EFRE finanzierten Fördermaßnahmen aus Schwerpunkt 1 und 2 durch den Schwerpunkt 5 „Modernisierung der Beschäftigung durch integrierte Maßnahmen zur Qualifizierung der Humanressourcen“<sup>329</sup> ergänzt, der wiederum aus dem ESF finanziert wird. Dabei findet eine Ergänzung vor allem in der Hinsicht statt, als dass durch die Maßnahmen des Schwerpunktes 5 und hier v.a. Maßnahme 5.2 das entsprechende

---

329

Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): a.a.O.

Humankapital für Maßnahmen aus den Schwerpunkten 1 und 2 bereitgestellt werden soll. Bei dieser Maßnahme stehen demzufolge „Aktivitäten zur Humanqualifizierung im Zusammenhang mit EFRE unterstützten Projekten in der einzelbetrieblichen Förderung in gewerblichen Unternehmen sowie Dienstleistungs- und Unternehmen der Tourismuswirtschaft“ im Mittelpunkt. Die Förderung des Humankapitals im Rahmen des ESF ist für die Entwicklung der Region Westpfalz insgesamt aus zweierlei Gründen als sehr bedeutend einzustufen: Einerseits ist die hohe Arbeitslosenzahl der Westpfalz im Vergleich zu anderen Regionen in Rheinland-Pfalz als ein zentrales Problem der Region anzusehen, so dass die in Schwerpunkt 5 angebotenen Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen hier als ein wirkungsvolles Instrument zum Abbau der hohen Arbeitslosenquote dienen können. Andererseits befindet sich die Region Westpfalz nach wie vor in einem Strukturwandel von einem Standort des produzierenden Gewerbes hin zu einem Dienstleistungs- und Wissenschaftsstandort. Um diesen Strukturwandel erfolgreich und zielgerichtet bewältigen zu können, ist die Förderung des Humankapitals in Form von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen notwendig.

Auch speziell im Bereich des Tourismus ist eine Förderung des Humankapitals sinnvoll. Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sind hier vor allem notwendig, um die Servicequalität zu verbessern, ebenso um neue Trends und veränderte Rahmenbedingungen zu erfassen bzw. bewältigen zu können. Die Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitnehmern im Bereich des Tourismus steigert daher insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der Westpfalz als Tourismusstandort. Insgesamt betrachtet scheint die ergänzende ESF-Förderung in Schwerpunkt 5 des Ziel-2-Programmes aus diesen Gründen geeignet die Effizienz der EFRE-Projekte aus Schwerpunkt 1 und 2 zu erhöhen und mögliche Synergieeffekte zu verstärken.

Die weiteren Schwerpunkte des 2-Ziel-Programmes in Rheinland-Pfalz, die Technologieförderung in Schwerpunkt 3 sowie Schwerpunkt 4, welche die Förderung von Umwelt und Nachhaltigkeit zum Ziel hat, scheinen auf den ersten Blick keine größere Bedeutung für den Tourismusbereich zu haben. Bei genauerer Betrachtung sind jedoch bei einigen der hier vorgesehenen Maßnahmen zumindest ein indirekter Einfluss bzw. gewisse Impulse für die Entwicklung des Tourismus möglich. In Zusammenhang mit der Technologieförderung, die für die Entwicklung der Region Westpfalz insgesamt von hoher Bedeutung ist, aufgrund spezifischer Potentiale im Bereich des Oberzentrums Kaiserslautern, gilt dies vor allem in Verbindung mit dem Internet. Eine flächendeckende Versorgung mit Breitbandinternet, gewinnt auch für touristische Betriebe gerade im ländlichen Raum immer stärker an Bedeutung. Die Vermarktung der Region über das Internet stellt in Zeiten eines zunehmenden Wettbewerbes eine Notwendigkeit zur Akquirierung neuer Gäste dar, des Weiteren besteht auf diese Weise die Möglichkeit eines schnellen Informationsaustausches, ebenso stehen spezielle Dienste zur Verfügung wie etwa die Online-Reservierung. Von der Förderung der Bereiche Umwelt und Nachhaltigkeit in Schwerpunkt 4 des rheinland-pfälzischen Ziel-2-Programmes kann auch der Tourismus profitieren. Maßnahmen, die der Verbesserung der Umweltqualität dienen tragen zudem dazu bei die Attraktivität und Vielfalt der Landschaft in der Westpfalz zu erhalten.

Dies ist von großer Bedeutung für die touristische Entwicklung der Region, denn die naturräumliche Ausstattung ist als das wesentliche Potenzial der Westpfalz im Bereich des Tourismus (v.a. „Pfälzerwald“) anzusehen. Daneben können auch Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz bzw. zur Förderung erneuerbarer Energien indirekte Effekte für den Tourismus mit sich bringen. Maßnahmen in diesem Zusammenhang können zur Senkung der Energiekosten führen und somit ein effizienteres Wirtschaften erlauben. Durch Senkung der Stromkosten können finanzielle Ressourcen für Investitionen in die Betriebe wie etwa Modernisierungen oder Angebotserweiterungen freigesetzt werden.

### 2.1.3 Beitrag des Ziel-2-Programms zur touristischen Entwicklung der Westpfalz

Wie sich aus diesen Ausführungen erkennen lässt, besteht zwischen dem Ziel-2-Programm Rheinland-Pfalz und der Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz ein enger Zusammenhang (vgl. auch Tab. 8).

**Tab. 8: Zusammenhang zwischen dem Ziel-2-Programm und der Entwicklung des Tourismus**

Fördermaßnahme	Bedeutung für den Tourismus
<p><b>Schwerpunkt 1: Förderung der Tourismusinfrastruktur</b></p> <p>u.a.: Ausbau von Besucher- Erlebniszentren, themen-bezogene Wegeinfrastruktur (Wanderwege, Lehrpfade), Radwege zur Förderung des naturgerechten Tourismus, touristische Erschließung von landschaftsbezogenen und historischen Sehenswürdigkeiten, etc.</p>	<p>Beitrag zur touristischen Erschließung</p> <p>Schaffung der Grundlagen für eine touristische Entwicklung (Basisinfrastruktur) v.a. in den touristischen Randgebieten</p> <p>Lückenschluss im Bereich der Infrastruktur</p> <p>Erweiterung des touristischen Angebotes</p>
<p><b>Schwerpunkt 2: Förderung der Tourismuswirtschaft</b></p> <p>u.a.: Errichtung, Erweiterung und Modernisierung von Fremdenverkehrsbetrieben, Umstellung und grundlegende Rationalisierung von Fremdenverkehrsbetrieben</p>	<p>Bessere Nutzung des endogenen Potentials</p> <p>Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit</p> <p>Qualitätssteigerung des Angebotes</p> <p>Gewinnung neuer Zielgruppen</p> <p>Anpassung an veränderte Anforderungen</p>
<p><b>Schwerpunkt 5: Bereitstellung des Humankapitals für Maßnahmen aus den Schwerpunkten 1 und 2</b></p> <p>u.a.: Aktivitäten zur Humanqualifizierung in Unternehmen der Tourismuswirtschaft</p>	<p>Verbesserung der Servicequalität</p> <p>Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit</p> <p>Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen und neue Trends</p>
<p><b>Schwerpunkte 3 (Technologieförderung) und 4 (Förderung von Umwelt und Nachhaltigkeit)</b></p>	<p>Geringe Bedeutung – jedoch indirekte Impulse und Einflüsse möglich</p>

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010.

Die Förderung des Tourismus ist ein zentrales Ziel dieses Strukturfondsprogramms. Dies lässt sich u.a. daran erkennen, dass der Hauptanteil der Finanzmittel dieses Förderprogramms für die Schwerpunkte 1 und 2 eingesetzt wird. Auf beide Schwerpunkte, die große Relevanz für die Entwicklung des Tourismus haben, entfallen rund 66 % der Finanzmittel des Ziel-2-Programms. Diese Schwerpunktsetzung zugunsten des Tourismus ist als sinnvoll anzusehen, da der Tourismusbereich sich als ein wesentliches Entwicklungspotenzial sowohl im Ziel-2-Gebiet als auch im Übergangsbereich erweist. Zwei von fünf Schwerpunkten des Programms sind direkt auf die Förderung bzw. die Entwicklung des Tourismus ausgerichtet: Schwerpunkt 1, welcher u.a. der Förderung der Tourismusinfrastruktur dienen soll, sowie Schwerpunkt 2 mit dem Ziel einer Förderung der Tourismuswirtschaft im Ziel-2-Gebiet.

Ebenso wird der Tourismus auch in Schwerpunkt 3 direkt erwähnt, während die anderen beiden Schwerpunkte des Programms zunächst keinen direkten Bezug zum Tourismus zu haben scheinen, jedoch sind wie dargelegt wurde, auch hier durchaus gewisse Impulse für die Entwicklung des Tourismus möglich. Insgesamt betrachtet erscheint daher das Ziel-2-Programm Rheinland-Pfalz geeignet, zahlreiche direkte und indirekte Einflüsse auf die Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz auszuüben. Wobei der Einfluss dieses Programms der EU-Strukturpolitik insbesondere auf die Entwicklung der harten Standortfaktoren abzielt. Denn das Ziel-2-Programm hat in erster Linie Bedeutung für die Schaffung bzw. den Ausbau der touristischen Infrastruktur sowie für Investitionen in Tourismusbetrieben. Damit bedient sich dieses Programm mit der Infrastruktur- und Investitionsförderung den beiden klassischen Instrumenten der Strukturpolitik zur Förderung strukturschwacher Regionen. Darüber hinaus bietet dieses Programm Fördermaßnahmen im Bereich des Humankapitals an (Förderung der Qualifizierung und Weiterbildung), wovon wie aufgezeigt wurde, auch der Tourismus profitieren kann.

Innerhalb der EU-Strukturpolitik ist eine intensive Begleitung, Bewertung und Dokumentation der Programmplanung vorgeschrieben. Neben einem Monitoring in Form jährlicher Durchführungsberichte geschieht dies vor allem im Rahmen der Evaluierung. So muss jedes Förderprogramm der EU sowohl ex-ante als auch ex-post evaluiert werden. Darüber hinaus muss seit der Förderperiode 1994-1999 zur Mitte der jeweiligen Förderperiode eine Halbzeit- bzw. Zwischenbewertung durchgeführt werden, um die Effizienz der einzelnen Fördermaßnahmen zu überprüfen, und um gegebenenfalls Änderungen bzw. Modifizierungen in den Förderprogrammen vornehmen zu können. Die Aussagen bezüglich der Wirkungen des Programms auf das Ziel-2-Gebiet können dabei direkt auf den Untersuchungsraum bezogen werden, da in der Förderperiode 2000 bis 2006 das rheinland-pfälzische Fördergebiet im Rahmen des Ziel-2 der EU-Strukturfonds sich komplett in der Region Westpfalz befindet. Aussagen bezüglich des Übergangsbereiches können dagegen nicht ohne weiteres direkt auf den Untersuchungsraum übertragen werden, da sich nur ein geringer Teil des rheinland-pfälzischen Übergangsbereiches in der Westpfalz befindet.

Im Folgenden sollen die wesentlichen Erkenntnisse aus den bisher durchgeführten Evaluierungen des Ziel-2-Programms Rheinland-Pfalz bezüglich des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus zusammenfassend dargestellt und analysiert werden. In diesem Zusammenhang weist die ex-ante-Evaluierung daraufhin, dass zwischen der Verbesserung der touristischen Infrastrukturen und einer steigenden Auslastung der vorhandenen Hotel- und Bettenkapazität ein „unmittelbarer Zusammenhang nachgewiesen ist.“ Weiterhin werden Synergieeffekte in Form von „indirekten Arbeitsplatzeinwirkungen in den nachgelagerten Wirtschaftssektoren“ sowie in einem „Beitrag zur Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen“ erwartet.<sup>330</sup>

Ebenso werden die vorgesehenen Fördermaßnahmen in Schwerpunkt 2 als geeignet erachtet die Entwicklung des Tourismus zu fördern. Es wird betont, dass die Maßnahmen in diesem Schwerpunkt spiegelbildlich wie in Schwerpunkt 1 aufgebaut sind und sie auch in diesem Fall den entsprechenden Schwerpunkt unterstützen, „da sie logisch aus ihm abgeleitet sind.“ Maßnahme 2.2 trägt nach Ansicht der Evaluatoren „den in der Regionalanalyse zu Tage getretenen Schwächen in der Angebotsqualität des Hotel- und Gaststättengewerbes Rechnung.“

---

<sup>330</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Ergänzendes Programmplanungsdokument zum EPPD Rheinland-Pfalz, Stand: 07.09.2007, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > Ziel 2 Programm.

Die Wirkung auf den Tourismus wird in erster Linie darin gesehen, dass die Förderung touristischer Unternehmen flankierend erfolgt und somit insgesamt „zur Verbesserung des touristischen Angebotes beiträgt“, des Weiteren wird infolgedessen „die Anpassung touristischer und freizeitwirtschaftlicher Unternehmen an die internationalen Qualitätsstandards und neue Nachfrageentwicklungen unterstützt.“ Schließlich werden die (möglichen) positiven Impulse auf die Beschäftigungssituation und die wirtschaftliche Situation allgemein im Ziel-2-Fördergebiet erwähnt („Damit wird das hohe Beschäftigungspotenzial von Modernisierungen und Erweiterungen sowie von Existenzgründungen im Sektor der Tourismuswirtschaft aktiviert“ (...) „Die Maßnahme leistet damit einen direkten und unmittelbaren sowie kohärenten Beitrag zur Verwirklichung der Arbeitsplatz- und Investitionsförderziele des Schwerpunktes 2 des EPPD“).

Zur Halbzeit der Programmperiode 2000 bis 2006 wurde eine Zwischenbewertung des Ziel-2-Programms vorgenommen, die sog. „Halbzeitbewertung“. Diese wurde unter der Verantwortung der Verwaltungsbehörde in Zusammenarbeit mit den Förderreferaten, der zwischengeschalteten Stelle ISB (Investitions- und Strukturbank) und dem Begleitausschuss sowie der EU-Kommission im Rahmen der Partnerschaft durchgeführt. Dabei werden unabhängige Bewertungssachverständige die Halbzeitbewertung durch Erstellung eines Evaluierungsgutachtens vorbereiten. Es handelt sich hierbei um das „Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH“ in Saarbrücken und um das „Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.“. Der inhaltliche Schwerpunkt der Halbzeitbewertung liegt darin, die in der ex-ante Bewertung getroffenen Feststellungen und Zielvorgaben sowie die für die leistungsgebundenen Reserve vorgegebenen relevanten Indikatoren einer Überprüfung hinsichtlich des erreichten Zielstandes zu unterziehen. Aus methodischer Sicht wird hierzu als Hauptbestandteil eine Zielerreichungsanalyse durchgeführt. Dabei wird der Logical-Framework-Ansatz zur Ermittlung von Zielerreichungsgraden einer Intervention angewandt. Dieser Ansatz legt das in den Planungsdokumenten festgeschriebene System von Indikatoren zugrunde und ist in der Lage die komplexen Beziehungen zwischen den verschiedenen Interventionsebenen in sog. Projektplanungs- und Evaluierungsübersichten darzustellen.

Welche zentralen Erkenntnisse daraus speziell in Bezug auf die Relevanz dieses Programms für die touristische Entwicklung der Westpfalz gewonnen werden können wird im folgenden Abschnitt dargelegt. Insgesamt betrachtet enthält die Halbzeitbewertung insbesondere Aussagen zum Umsetzungstand der einzelnen Maßnahmen des Programms sowie zu Problemen bei der Umsetzung: So kommt die Halbzeitbewertung u.a. zu dem Ergebnis, dass in Schwerpunkt 1, der direkt auf die Förderung des Tourismus ausgerichtet ist, bisher eine hohe Mittelbindung erfolgt und somit ein positiver Zielerreichungsgrad erreicht wurde.<sup>331</sup> Dabei wird die hohe Zahl an geschaffenen Arbeitsplätzen als ein besonderer Erfolg angesehen. Insgesamt wird daraus ein realer Bedarf an Infrastrukturförderung abgeleitet.

Im Bereich der Investitionsförderung in Schwerpunkt 2 des Ziel-2-Programms wird dagegen insgesamt eine relativ geringe Mittelbindung sowie ein niedriger Zielerreichungsgrad festgestellt, wobei als Ursache hierfür die konjunkturelle Entwicklung angesehen wird. Des Weiteren zeigt die Halbzeitbewertung bisher festgestellte Defizite des Ziel-2-Programms auf und formuliert Empfehlungen für die restliche Programmlaufzeit.

---

<sup>331</sup> Vgl. Isoplan – Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH; Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2003): Halbzeitbewertung des Ziel 2-Programms Rheinland-Pfalz 2000 bis 2006, Endbericht, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > Ziel 2 Programm.

Dabei wird als Defizit vor allem angesehen, dass die Inanspruchnahme der Förderangebote durch die (potenziellen) Empfänger „sich nicht in allen Bereichen so entwickelt hat, wie es in der Programmplanung vorgesehen war.“ Als Gründe hierfür werden insbesondere die Engpässe der öffentlichen Haushalte und die damit verbundenen Probleme bei der Kofinanzierung angeführt. Weiterhin die Zurückhaltung der Unternehmen bei Abrufung von Fördergeldern zur Investitionsförderung verursacht durch unsichere Konjunkturaussichten sowie durch den bürokratischen Aufwand bei der Beantragung und Durchführung.<sup>332</sup>

Die Halbzeitbewertung verdeutlicht an dieser Stelle ein wesentliches Problem bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in strukturschwachen ländlichen Regionen wie der Westpfalz: Strukturschwache Regionen sind finanzschwach, so dass der ohnehin generell enge finanzielle Spielraum der öffentlichen Hand hier noch deutlich begrenzter ist als bspw. in Metropolregionen, so dass die (nationale) Kofinanzierung der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen zunehmend Probleme bereitet. Darüber hinaus gilt es in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass darüber hinaus in strukturschwachen Regionen in der Regel auch weniger finanzstarke Unternehmen oder Privatpersonen (oder bspw. Stiftungen) vorhanden sind, die alternativ die Kofinanzierung von Projekten (etwa im Tourismus) sicherstellen können. Darin ist möglicherweise die Ursache für den geringen Mittelabruf in Schwerpunkt 1 im Ziel-2-Gebiet der Westpfalz zu sehen. Die Evaluatoren empfehlen aus diesem Grund die „Umschichtung von Fördermitteln innerhalb des Programms“, wenn „dadurch weitere erfolgsversprechende Projekte in Gang gesetzt werden können.“

Als weiteres wesentliches Defizit bei der Umsetzung des Ziel-Programms Rheinland-Pfalz wird der insgesamt hohe bürokratische Aufwand identifiziert. Wobei dies generell als ein zentrales Problem bzw. Defizit nicht nur der EU-Strukturpolitik allgemein, sondern noch vielmehr der EU insgesamt gilt. Innerhalb der Halbzeitbewertung wurde festgestellt, dass die Förderbegünstigten eine Vereinfachung und Beschleunigung der Antragsverfahren sowie der Begleitkontrollen wünschen. Kritisiert wurden in diesem Zusammenhang vor allem die langen Wartezeiten zwischen Antrag, Bewilligung und ersten Zahlungen, wobei insbesondere eine größere Flexibilität bei der notwendigen Anpassung von Zahlungsplänen an veränderte Rahmenbedingungen angemahnt wird. Schließlich wird auch bei den Bewertungs- und Begleitsystemen Vereinfachungs- und Reformbedarf gesehen. Dies speziell bei der Auswahl (und damit die Gültigkeit und Zuverlässigkeit) der Indikatoren der Zielerreichung, da an dieser Stelle festgestellt wurde, dass „einige kaum geeignet erscheinen, Ergebnisse und Wirkungen der Interventionen zu messen.“ Weiterhin wurde hierbei als Problem festgestellt, dass die Fördermittelempfänger mangels klarer Definitionen und Anweisungen zumindest teilweise nicht in der Lage sind, die „Messungen“ vorzunehmen und die Indikatorenlisten „sachgemäß auszufüllen.“<sup>333</sup>

Insgesamt betrachtet lässt sich bei der Analyse der Erkenntnisse aus der Halbzeitbewertung feststellen, dass hier keine speziell auf den Tourismus bezogenen Aussagen getroffen wurden, bezüglich der Wirkungen des Ziel-Programms auf den Tourismus. In erster Linie wurden hierbei neben einer Vollzugskontrolle, v.a. allgemeine Defizite und Probleme bei der Umsetzung des Ziel-2-Programms in Rheinland-Pfalz erfasst. Dennoch sind diese Erkenntnisse auch speziell in Bezug auf den Tourismus von Bedeutung, da die Förderung des Tourismus einen zentralen Schwerpunkt dieses Strukturfondsprogramms darstellt.

---

<sup>332</sup> Vgl. Isoplan – Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH; Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2003): a.a.O.

<sup>333</sup> Vgl. Ebenda.

Es ist daher davon auszugehen, dass im Rahmen der Halbzeitbewertung festgestellte Defizite wie der hohe bürokratische Aufwand oder lange Genehmigungszeiträume daher auch die effiziente Umsetzung von touristischen Projekten in der Westpfalz behindern können. Im Jahr 2005 wurde die Halbzeitbewertung durch die beiden Institute „Isoplan consult – Sozioökonomische Forschung und Beratung Zwick und Schmidt-Fink GbR“ und „Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.“ aktualisiert. Die Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Ziel-2-Programms enthält im Gegensatz zur Halbzeitbewertung spezifische Aussagen zum Einfluss dieses Förderprogramms auf die Entwicklung des Tourismus.

Zunächst wird bei der Analyse der sozioökonomischen Ausgangssituation des Tourismus als potentielle Wachstumsbranche eingeschätzt und darauf verwiesen dass es ein konkretes Ziel der Landesregierung ist, „das wirtschaftliche Potenzial des Tourismus optimal zu erschließen.“ Darüber hinaus wird darauf verwiesen, dass der Tourismus in einigen Regionen des Programmgebiets einen infrastrukturellen und einzelbetrieblichen Förderschwerpunkt darstellt. Durch diese Fördermaßnahmen werden nach Ansicht der Evaluatoren positive Impulse für die touristische Entwicklung ausgelöst. Dies wird einerseits durch steigende Übernachtungszahlen im Ziel-2-Gebiet und eine insgesamt günstigere Entwicklung in den Fördergebieten als auf Landesebene begründet. Andererseits wird die Wirkung der geförderten Tourismusprojekte betont, wobei hervorgehoben wird, dass es sich hierbei um „Leuchtturmprojekte“ handelt, „von denen anzunehmen ist, dass sie nicht unwesentlich zur Attraktivitätssteigerung der Region beitragen.“<sup>334</sup>

Einen wesentlichen Schwerpunkt der aktualisierten Halbzeitbewertung stellt die Analyse bisheriger Leistungen und Ergebnisse des Programms dar. Untersucht wurde dabei vor allem der Programmvollzug, insbesondere seit bzw. im Vergleich zum Zeitpunkt der Halbzeitbewertung und gemessen an den Programmzielen. Ferner steht die Frage im Vordergrund welche Ergebnisse bis zum Ende der Programmperiode umgesetzt werden können. So wurde u.a. festgestellt, dass bspw. bei Maßnahme 1.2 (Förderung der Tourismusinfrastruktur) sieben weitere Projekte in die Förderung aufgenommen wurden und somit sich die Zielerreichung in diesem Schwerpunkt als sehr positiv gestaltet. Ebenso werden die meisten Indikatoren über Soll erfüllt, wobei jedoch angemerkt wird, dass einige Schätzwerte niedrig angesetzt wurden. Die Wirkungen des Ausbaus der touristischen Infrastruktur wird dabei besonders hervorgehoben. Es wird davon ausgegangen, dass durch die Förderung von Leitprojekten Ausstrahlungseffekte auf die gesamte Region erreicht werden. Ähnlich wie bereits zur Halbzeitbewertung wird auch an dieser Stelle auf die unterschiedliche Mittelbindung zwischen Ziel-2 und Übergangsbereich hingewiesen.

Zur Begründung wird hierfür nun angeführt, dass im Ziel-2-Gebiet die finanziellen Möglichkeiten zur Kofinanzierung in den Kommunen durchaus begrenzt sind, auch wenn vielfach Bedarf an weiterer Förderung signalisiert wird. Die Finanzschwäche der Kommunen in ländlichen strukturschwachen Regionen und die damit verbundenen Probleme bei der Sicherstellung der (nationalen) Kofinanzierung kristallisiert sich daher immer deutlicher als ein wesentliches Problem bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Westpfalz heraus. Verstärkt wird dieses Problem im Untersuchungsraum noch dadurch, als dass sich hier häufig noch mehrere strukturelle Problemlagen überlagern.

---

<sup>334</sup> Vgl. Isoplan CONSULT – Sozioökonomische Forschung und Beratung Zwick und Schmidt-Fink GbR; Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2005): Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Ziel-2-Programms Rheinland-Pfalz 2000-2006, Endbericht, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > Ziel 2 Programm.

So ist nicht nur eine für eher peripher gelegene ländliche Regionen generelle Strukturschwäche mit Defiziten in der Infrastruktur (Verkehrsanbindung) zu beobachten, sondern teilweise noch eine Altindustrialisierung und Monostrukturierung (in der Südwestpfalz), eine relativ hohe Arbeitslosigkeit, ein deutlicher Bevölkerungsrückgang sowie schließlich die Bewältigung von Konversion und allgemeinen Strukturwandel. Bedingt durch die teilweise hohe Arbeitslosigkeit sind vielerorts zudem die Sozialausgaben der westpfälzischen Kommunen relativ hoch, so dass der ohnehin sehr enge finanzielle Spielraum der Kommunen noch stärker begrenzt ist. Aufgrund dieser unterschiedlichen Mittelabrufung empfehlen die Evaluatoren erneut Mittelumrichtungen zwischen Ziel-2- und Übergangsgebiet.

Auch für die Umsetzung der Fördermaßnahmen in Schwerpunkt 2 (Investitionsförderung) wird ein positives Zwischenfazit gezogen. Der Zielerreichungsgrad hat sich an dieser Stelle gegenüber der Halbzeitbewertung deutlich verbessert. Wobei dieser im Bereich der Förderung der gewerblichen Wirtschaft noch deutlich höher liegt (96 %) als bei der Förderung des Tourismus mit 62 %. In beiden Bereichen handelt es sich bei den geförderten Maßnahmen jedoch größtenteils um Erweiterungen, während der Anteil an Neuerrichtungen bei rund 30 % liegt. Jedoch ist auch bei Schwerpunkt 2 eine gebietsspezifisch unterschiedliche Mittelbindung zu beobachten: Innerhalb des Schwerpunktes 2 werden im Übergangsgebiet mehr Mittel abgerufen als im auf die Westpfalz konzentrierten Ziel-2-Gebiet. Darüber hinaus werden hier keine konkreteren Aussagen bezüglich der Wirkungen dieser Maßnahmen auf die Entwicklung des Tourismus getroffen. Von Bedeutung für die Entwicklung der Westpfalz insgesamt ist jedoch die Aussage, dass die Zielerreichung hinsichtlich der Arbeitsplatzeffekte noch nicht voll ausgeschöpft ist. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit in der Westpfalz muss daher die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze noch erhöht werden, um die Effizienz des Ziel-2-Programmes sicherzustellen.

Der Förderung des Humankapitals in Schwerpunkt 5 kommt nach Ansicht der Evaluatoren eine wichtige Bedeutung zu, „um die volle Wirksamkeit dieser Förderung von Sachkapitalinvestitionen (u.a. in den Schwerpunkten 1 und 2) zu gewährleisten.“ Daher sollte die EFRE-Förderung im Sinne „eines abgestimmten und integrativen Ansatzes für das Ziel-2-Gebiet mit Mitteln des ESF durch Aktivitäten zur Erschließung und integrierten Qualifizierung des Humankapitals ergänzt werden.“<sup>335</sup> Dies gilt, wie bereits erwähnt speziell auch für touristische Projekte. An dieser Stelle ist eine Förderung des Humankapitals (Qualifizierung und Weiterbildung) notwendig, damit die Westpfalz als Tourismusstandort konkurrenzfähig bleibt und auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren kann. Maßnahme 5.2 („Durchführung von integrierten berufs- und funktionsqualifizierenden Maßnahmen im Schwerpunkt 2“) wird insgesamt zugestanden, zur zielgerichteten Erschließung bzw. Entwicklung der Humanressourcen beizutragen.

Jedoch ist der Umsetzungsgrad der Projekte in diesem Maßnahmenbereich bisher niedrig (rund 31 %) und entspricht bei weitem nicht der ursprünglichen Zielsetzung. Auch bei der Realisierung der ESF finanzierten Fördermaßnahmen ist die Kofinanzierung als wesentliches Umsetzungsproblem anzusehen. Aufgrund dieser bislang unterdurchschnittlichen Umsetzung der Fördermaßnahmen kann „nach wie vor noch keine Integration von ESF- und EFRE Förderung auf Projektebene festgestellt werden.“ Wobei im Vergleich zu anderen förderbegünstigten Bereichen (unternehmensnahe Dienstleistungen, etc.) noch am ehesten im Tourismus Fördermittel für Qualifizierungsmaßnahmen abgerufen wurden.

---

<sup>335</sup> Vgl. Isoplan CONSULT – Sozioökonomische Forschung und Beratung Zwick und Schmidt-Fink GbR; Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2005): a.a.O.

Die Evaluatoren machen daher darauf aufmerksam, dass in der restlichen Förderperiode „verstärkte Anstrengungen nötig sein werden, um diese Maßnahme vollständig umsetzen zu können.“ Wobei im Rahmen dieser Qualifizierungsmaßnahmen Potenziale v.a. im Bereich des Tourismus gesehen werden, so u.a. im direkten und indirekten (z.B. Vermarktung) touristischen Umfeld. Qualifizierungsmaßnahmen werden des Weiteren auch im präventiven Bereich angewandt. Dieser Bereich ist für die Entwicklung der Region Westpfalz mit ihrer hohen Arbeitslosenquote von hoher Relevanz. In diesem Zusammenhang bilden Projekte mit dem Ziel der Weiterentwicklung des Tourismus einen Schwerpunkt. Als eine Hauptzielgruppe von Qualifizierungsmaßnahmen mit präventiven Charakter werden daher v.a. Tourismusunternehmen angesehen.

Der Programmvollzug insgesamt gestaltet sich zwar bezogen auf die einzelnen Schwerpunkte des Ziel-2-Programms unterschiedlich, dennoch zeigen Schlüsselindikatoren wie bspw. die Anzahl der geschaffenen und der gesicherten Arbeitsplätze einen durchaus positiven Zielerreichungsgrad an. Dies insbesondere in Bezug auf den Schwerpunkt 1 der direkt auf die Förderung des Tourismus abzielt (Förderung der Tourismusinfrastruktur). Fortschritte werden bei Schwerpunkt 2 erkannt, der ebenfalls einen direkten Bezug zur Entwicklung des Tourismus aufweist. Wobei hier die Zahl der umgesetzten Projekte deutlich gesteigert wurde, jedoch die Arbeitsplatzeffekte insgesamt noch hinter den Erwartungen blieben. Aus diesen Ausführungen lässt sich erkennen, dass im Bereich des Tourismus ein erhöhter Bedarf an EU-Fördergeldern besteht, und sich die Förderung des Tourismus als einen wesentlichen Schwerpunkt des Ziel-2-Programms bewährt hat. Es wird weiterhin erneut darauf hingewiesen, dass sich bei der Mittelbindung jedoch gebietsspezifische, zum Teil deutliche Unterschiede ergeben.

Insgesamt betrachtet ziehen die Evaluatoren abschließend ein positives Fazit bezüglich des Umsetzungsstandes bzw. der Effizienz des Ziel-2-Programmes Rheinland-Pfalz. Es wird in diesem Zusammenhang festgestellt, dass „das Ziel-2-Programm Rheinland-Pfalz insgesamt auf einem guten Wege ist“ und dass „durch die eingeleiteten Maßnahmen bereits deutlich erkennbare Wirkungen erzielt wurden, die zum Erreichen des Oberziels – Stärkung der Wirtschaftskraft zur Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze – beitragen.“<sup>336</sup> Neben der Analyse des Umsetzungsstandes formuliert die aktualisierte Halbzeitbewertung Empfehlungen für die restliche Programmlaufzeit.

Derartige Empfehlungen wie etwa die Umschichtung von Fördermitteln oder die Vereinfachung und Beschleunigung der Antragsverfahren bzw. Begleitkontrollen wurden bereits im Rahmen der Halbzeitbewertung aufgestellt wobei nun jedoch anerkannt wird, dass es sich hierbei um Problemlagen handelt, die nur „schwerlich im Laufe einer Förderperiode zu ändern sind“ und daher „vielmehr im Hinblick auf die Ausgestaltung der kommenden Förderperiode Berücksichtigung finden.“ Aus diesem Grund werden für die restliche Programmlaufzeit daher lediglich Empfehlungen im Sinne eines „Nachsteuerungsbedarfs“ formuliert. Kern dieser Empfehlungen bildet die Forderung nach „flexibler Handhabung“ statt „möglichst genauer Programmfüllung“, da zum Zeitpunkt der Programmplanung es noch nicht im Detail absehbar war, „wie sich der Bedarf (oder die reale Nachfrage) an bzw. nach Fördermitteln in bestimmten Schwerpunktbereichen entwickelt.

Diese Möglichkeit der Programmanpassung wurde bereits in die Durchführungsregeln der Strukturfondsverordnung eingebaut. Eine Mittelumschichtung im EFRE-Programmteil zur Umlenkung und Aufstockung von Fördermitteln in das Übergangsbereich – zum Teil aus dem

---

<sup>336</sup> Vgl. Isoplan CONSULT – Sozioökonomische Forschung und Beratung Zwick und Schmidt-Fink GbR; Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2005): a.a.O.

Ziel-2-Gebiet, zum Teil auch aus Schwerpunkt 4 wird weiterhin empfohlen, „wenn die angemeldeten Projekte tatsächlich dem Bedarf entsprechen“ und „sinnvoll in regionalwirtschaftliche Konzepte eingebettet sind.“<sup>337</sup> Diese Empfehlung ist in Bezug auf den Untersuchungsraum zu unterstützen, da die Westpfalz teilweise Ziel-2-Gebiet und teilweise Übergangsbereich ist. Durch Mittelumrichtungen kann in Bezug auf den Tourismus bspw. dazu beigetragen werden, das Angebotsgefälle zwischen Südwestpfalz / Pfälzerwald (Ziel-2-Gebiet) und Pfälzer Bergland (größtenteils Übergangsbereich) zu minimieren. Schließlich werden noch spezifische Vorschläge zur weiteren Programmumsetzung in Schwerpunkt 5 erarbeitet und hier neben einem weiterhin vorhandenen Unterstützungsbedarf von Unternehmen bei der Bewältigung des generellen Strukturwandels auch der Bedarf bei der Förderung von Tourismusunternehmen unterstrichen.

Abschließend lässt sich bei der Analyse der Ergebnisse der bislang durchgeführten Evaluierungen des Ziel-2-Programms Rheinland-Pfalz eine hohe Übereinstimmung mit der vorangegangenen Dokumentenanalyse feststellen. Demzufolge besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Ziel-2-Programm und der Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz. Die in diesem Strukturfondsprogramm vorgesehenen Fördermaßnahmen erscheinen nahezu allesamt geeignet, die touristische Entwicklung der direkt oder zumindest indirekt zu beeinflussen. So sind Impulse durch die vorgesehenen Maßnahmen vor allem in Bezug auf die Angebotserweiterung, die Qualitätssteigerung sowie die Gewinnung neuer Zielgruppen zu erwarten. Aufgrund dessen ist dem Ziel-2-Programm eine hohe Relevanz für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz zuzugestehen.

Neben der Evaluation sind die verantwortlichen Stellen dazu angehalten, jährliche Durchführungsberichte über den Stand der Programmumsetzung zu verfassen. Es geht in diesem Zusammenhang im Jahresbericht 2007 des Ziel-2-Programms Rheinland-Pfalz hierbei u.a. um den Programmkontext, den Stand der finanziellen Abwicklung, den Stand der Durchführung der Schwerpunkte und Maßnahmen, die Abwicklung und Begleitung des Programms, die Sicherung der Qualität und Effizienz sowie realisierte Großprojekte. Was den Stand der finanziellen Abwicklung des Ziel-2-Programms bis Ende 2006 betrifft, lässt sich feststellen, dass bis zu diesem Zeitpunkt rund 262 Mio. Euro zuschussfähige Ausgaben getätigt wurden. Wobei rund ein Drittel dieser Ausgaben auf Projekte in Schwerpunkt 1 entfielen, was erneut die hohe Nachfrage nach Fördermitteln im Bereich der Tourismusinfrastruktur verdeutlicht. Bisher konnten bei Schwerpunkt 1 rund 86 % der geplanten zuschussfähigen Ausgaben realisiert werden und in Schwerpunkt 2 immerhin schon rund 67 %. Allein im Jahr 2006 wurden rund 23 Mio. € aus EFRE-Mitteln an die Fördergebiete, die nahezu die gesamte Region Westpfalz umfassen, ausgezahlt.

Daraus lässt sich erkennen, welche Bedeutung die EU-Strukturpolitik allein aus finanzieller Sicht für eine struktur- und finanzschwache ländliche Region hat. Dieser Eindruck wird bei Betrachtung des Standes der Durchführung innerhalb der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen noch verstärkt. Bei der Förderung von wirtschaftsnaher- und Tourismusinfrastruktur wurden bis zum Jahr 2006 Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 145 Mio. Euro bewilligt. Diese Finanzmittel flossen zu jeweils etwa gleichen Teilen sowohl in das Ziel-2-Gebiet als auch in das Übergangsbereich. Damit sind bereits 2006 schon die für diesen Schwerpunkt in der Programmlaufzeit geplanten Gesamtkosten in Höhe von rund 100 Mio. Euro gebunden worden und es liegt somit eine „Überbewilligung“ vor.

---

<sup>337</sup> Vgl. Isoplan CONSULT – Sozioökonomische Forschung und Beratung Zwick und Schmidt-Fink GbR; Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2005): a.a.O.

Zum Ausbau der Tourismusinfrastruktur sind bislang EFRE-Mittel in Höhe von rund 12,2 Mio. Euro bewilligt worden, wobei die Gesamtkosten der bewilligten Projekte sich auf rund 28,3 Mio. Euro belaufen. Insgesamt konnten mit diesen Mitteln rund 43 Vorhaben genehmigt werden. Bei diesen Vorhaben handelt es sich dabei überwiegend um Besucher- und Gästezentren sowie um Freizeiteinrichtungen.

Im Bereich des Schwerpunktes 2 „Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der Tourismuswirtschaft und des Dienstleistungssektors“ umfassen die bewilligten Projekte ein Gesamtvolumen von rund 982,9 Mio. Euro und damit sind bis Ende 2006 bereits rund 83 % der geplanten Gesamtkosten der Förderperiode gebunden.

Dabei wurden bisher EFRE-Fördermittel in Höhe von rund 49,1 Mio. € bewilligt. Davon entfallen rund 3,0 Mio. € auf die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen in Tourismusunternehmen, somit waren bereits 135,9 % der in dieser Maßnahme vorgesehenen Mittel bewilligt. Die Gesamtkosten dieser bewilligten Projekte belaufen sich auf rund 44,8 Mio. €. Im Zeitraum 2001-2007 wurden 74 Bewilligungen ausgesprochen zur Förderung der Neugründung bzw. Erweiterung von Tourismusunternehmen. Letztlich wurden im Zuge dieser Projekte 190 neue Arbeitsplätze (davon 76 für Frauen) geschaffen und 1.976 Gästebetten entweder neu eingerichtet bzw. modernisiert.<sup>338</sup> Beide Schwerpunkte mit einem direkten Bezug zum Bereich des Tourismus weisen daher „bereits zu einem frühen Zeitpunkt einen vergleichsweise hohen Umsetzungsstand auf“. Dies verdeutlicht einerseits die hohe Nachfrage nach EU-Strukturmitteln im Bereich des Tourismus, andererseits wird deutlich, dass sich die Auswahl der Tourismusförderung als ein wesentlicher Schwerpunkt des Ziel-2-Programms bewährt hat.

## **2.2 Zusammenhang zwischen dem LEADER+-Programm Rheinland-Pfalz und der Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz**

Ein Förderinstrument der EU-Strukturpolitik, welches direkt auf die Förderung von ländlichen Regionen bezogen ist, stellt die Gemeinschaftsinitiative LEADER+ dar. Wie bereits angedeutet ist diese aus dem EAGFL Abteilung Ausrichtung finanzierte Gemeinschaftsinitiative darauf ausgerichtet innovative Strategien zur ländlichen Entwicklung zu initiieren. Die Gemeinschaftsinitiative LEADER+ soll sozusagen als „Ideenbörse der Kommission“ wirken, mit deren Hilfe „pilothafte Projekte“ getestet werden sollen, „inwieweit sie zur Entwicklung des ländlichen Raumes beitragen können.“<sup>339</sup> Im Rahmen von LEADER+ wird den regionalen Akteuren direkt die Verantwortung für die Region und den Einsatz der Fördermittel übertragen. Zu diesem Zweck werden Lokale Aktionsgemeinschaften (LAGen) gegründet, wo neben dem Verwaltungsbereich auch Wirtschafts- und Sozialpartner vertreten sein müssen. Seit Beginn der LEADER-Förderung in der Programmperiode 1989-1993 waren jeweils auch Teile der Region Westpfalz Fördergebiet (vgl. Tab. 9). In den Anfängen war LEADER ähnlich wie die Ziel-2-Förderung gekoppelt an bestimmte Fördergebiete. Hierbei handelte es sich um die sog. „Ziel-5b-Fördergebiete“, d.h. um ländliche Regionen mit Entwicklungsrückstand. Innerhalb der Förderperiode 1989-1993 war in der Westpfalz der Landkreis Kusel 5b-Fördergebiet und damit auch Fördergebiet von LEADER I.

---

<sup>338</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Einheitliches Programmplanungsdokument (EPPD) für die Förderung gemäß Ziel 2 der Europäischen Strukturfonds in den Jahren 2000-2006 in Rheinland-Pfalz, Jahresbericht 2007, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > Ziel 2 Programm.

<sup>339</sup> Vgl. Planungsgemeinschaft Westpfalz (Hrsg.) (2003): LEADER+ - Beispielhafte Regionalentwicklung in der Westpfalz, in: Westpfalz-Informationen, Nr. 112, Kaiserslautern.

Schwerpunkt der Förderung im Rahmen von LEADER I waren zu diesem Zeitpunkt vor allem die „Förderung des ländlichen Fremdenverkehrs“ sowie die Förderung von Vermarktungsinitiativen oder Maßnahmen zur Vermeidung von Umweltbelastungen. In der darauffolgenden Programmperiode 1994-1999 zählte aus der Westpfalz neben dem Landkreis Kusel auch der Donnersbergkreis zum Fördergebiet gemäß Ziel-5b. Damit waren beide Landkreise der nördlichen Westpfalz LEADER II-Fördergebiet. Auch in dieser Programmperiode war die „Förderung des ländlichen Fremdenverkehrs“ ein wesentlicher Schwerpunkt von LEADER, darüber hinaus die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die Vermarktung von lokalen Erzeugnissen, die Verbesserung von Umwelt bzw. Lebensqualität, der Erwerb von Fachwissen sowie schließlich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Untersuchungen über die Wirksamkeit und Effizienz von LEADER I und II kommen zu der Ansicht, dass trotz vereinzelt noch vorhandener Defizite, wie bspw. die zu starke Dominanz der Vertreter der Kreisverwaltungen – dadurch kam der Bottom-up-Ansatz nur eingeschränkt zum Tragen, die geförderten Projekte „in ihrer Wirkungssumme deutlich Einfluss auf die Beschäftigungslage und die Wirtschaftskraft in den LEADER-Gebieten haben.“ In diesen beiden Förderperioden waren mit den Landkreisen Kusel und Donnersbergkreis Teilräume der Westpfalz LEADER Fördergebiet die im Vergleich zur Südwestpfalz eher als touristisches Randgebiet anzusehen sind. Dennoch weisen diese Teilräume durchaus Potenziale für eine touristische Entwicklung auf. Durch die Förderung im Rahmen von LEADER konnte ein gewisser Beitrag geleistet werden zur Nutzung bzw. zum Ausbau dieser Potenziale, sowie zum Abbau des bestehenden Angebotsgefälles im Tourismus zwischen südlicher und nördlicher Westpfalz. LEADER I und LEADER II weisen einen direkten Bezug zum Tourismus auf (Förderung des ländlichen Fremdenverkehrs als ein zentrales Ziel) und fördern Synergien mit anderen Bereichen, die ebenfalls für die touristische Entwicklung von hoher Relevanz sind (v.a. die Bereiche Umwelt, Landwirtschaft / Vermarktung regionaler Produkte).

**Tab. 9: LEADER-Aktionsgebiete in der Region Westpfalz**

<b>Förderperiode</b>	1989-1993 Pilotphase ( <b>LEADER I</b> )	1994-1999 Ziel 5b- Fördergebiet ( <b>LEADER II</b> )	2000-2006 <b>LEADER+</b>	2007-2013 <b>LEADER</b> als Bestandteil des Programm PAUL (ELER)
<b>LEADER- Aktionsgebiete in der Westpfalz</b>	LK Kusel	LK Kusel Donnersbergkreis	Zunächst 4 LAGen im Wettbewerb, ausgewählt:  <b>LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“</b> (Teile LK Südwestpfalz und LK Kaiserslautern)	<b>LAG „Pfälzerwald“</b> (Teile des LK Südwestpfalz), <b>LAG „Pfälzer Bergland“</b> (LK Kusel), <b>LAG „Donnersberger und Lautrer Land“</b> (Teile des Donnersbergkreis u. LK KL) sowie <b>LAG „Rheinhessen- Zellertal“</b> (Teil des Donnersbergkreis)

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010.

Zu Beginn der Programmperiode 2000 bis 2006 wurde im Rahmen von LEADER+ erstmalig das Leitbild des „aktivierenden Staates“ implementiert. Die LEADER-Förderung ist seither nicht mehr an bestimmte Zielgebiete gekoppelt, sondern der gesamte ländliche Raum gilt nunmehr als potenzielles Fördergebiet. Damit ist in Rheinland-Pfalz etwa 77 % der Landesfläche mögliches LEADER-Fördergebiet. Der ländliche Raum im Sinne der GI LEADER wird demzufolge begrenzt durch jene Flächen, die nach dem Landesentwicklungsprogramm (LEP) III des Landes Rheinland-Pfalz „nach der Raumstrukturgliederung als ländliche Räume ausgewiesen sind.“ Aufgrund begrenzter finanzieller Ressourcen haben sich zur Auswahl der LEADER-Fördergebiete die ländlichen Gebiete in lokalen Aktionsgruppen (LAG) zu organisieren und sich „mit den selbst zu entwickelnden Konzepten einem Wettbewerbs-/ Auswahlverfahren zu stellen.“ Insgesamt standen zur Umsetzung von LEADER in Rheinland-Pfalz 2000-2006 rund 10 Mio. Euro zur Verfügung, wobei sich die Kommission mit einem Satz von 50 % der öffentlichen nationalen Ausgaben an der Finanzierung von Projekten beteiligt, die im Rahmen von LEADER+ durchgeführt werden.

### **2.2.1 Bedeutung der Entwicklungsziele, Förder- und Maßnahmenschwerpunkte des LEADER+-Programms für den Tourismus in der Region Westpfalz**

In Rheinland-Pfalz wird die Gemeinschaftsinitiative LEADER+ in der Förderperiode 2000 bis 2006 mit dem „Einheitlichen Programmplanungsdokument (EPPD) des Landes Rheinland-Pfalz zur Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raumes (LEADER+) im Zeitraum 2000 bis 2006“ umgesetzt. Die wesentlichen Bestandteile des EPPD stellen dabei die Abgrenzung des Anwendungsbereichs, eine Analyse des Gebietes, die Ex-ante-Bewertung, Ziele und Strategien für das Programmgebiet, die Teile der Initiative LEADER sowie zahlreiche Verwaltungs- und Finanzierungsbestimmungen dar. Im Folgenden soll der Zusammenhang zwischen dem LEADER+-Programm Rheinland-Pfalz und der Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz untersucht werden. Zu diesem Zweck werden die einzelnen Entwicklungsziele, Förderschwerpunkte und Maßnahmenvorschläge erfasst und hinsichtlich ihres direkten oder indirekten Einflusses auf die touristische Entwicklung des Untersuchungsraums bewertet.

Bereits in der Analyse der Ausgangssituation des (potentiellen) Fördergebietes werden erste Hinweise auf die Bedeutung von LEADER für den Tourismus deutlich. Zunächst wird erwähnt, dass „die Potenziale der ländlichen Räume im Hinblick auf Freizeit und Erholung nicht in dem möglichen Maße genutzt werden.“<sup>340</sup> An dieser Stelle wird somit erneut deutlich, dass der Bereich Tourismus / Erholung das wesentliche Entwicklungspotenzial der ländlichen Räume darstellt, das jedoch noch stärker genutzt bzw. ausgebaut werden muss. Die EU-Strukturpolitik hier konkret LEADER, möchte hierzu einen Beitrag leisten, da „der Tourismus vor allem die Wirtschaftskraft der ländlichen Räume stärkt“, indem er „kaufkräftige Nachfrage und Investitionen in strukturschwache Regionen lenkt.“ Der Gemeinschaftsinitiative LEADER+ wird bescheinigt, die Chance zu bieten, „den Wirtschaftsfaktor und Wachstumsmarkt Tourismus für den ländlichen Raum nachhaltig und landschaftsverträglich zu nutzen.“<sup>341</sup> Innerhalb des Tourismus muss das LEADER-Programm nach dem Willen der Verantwortlichen vor allem einen Beitrag zur Verbesserung der Qualität und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit leisten.

---

<sup>340</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Einheitliches Programmplanungsdokument (EPPD) des Landes Rheinland-Pfalz zur Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raumes (LEADER+) im Zeitraum 2000 bis 2006, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > LEADER+.

<sup>341</sup> Vgl. Ebenda.

Weiterhin wird auf den engen Zusammenhang zwischen Tourismus und Landwirtschaft im ländlichen Raum verwiesen. Insbesondere in Bezug auf die Notwendigkeit der Landwirtschaft zum Erhalt der Kulturlandschaft, die für die touristische Entwicklung von großer Bedeutung ist. Dabei kann LEADER+ prüfen, „wie die Attraktivität in den Bereichen Tourismus und Erholung, Umweltbildung, Landschaftspflege und eine Verknüpfung von Land- und Forstwirtschaft und Naturschutz schonend weiterentwickelt werden können.“

Die Gemeinschaftsinitiative LEADER+ besteht in der Programmperiode 2000 bis 2006 aus drei Teilen: Titel 1 beinhaltet den „Gebietsbezogenen integrierten Entwicklungsansatz mit Pilotcharakter (GIEP)“, Titel 2 hat die „Förderung der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten“ zum Ziel, sowie Titel 3 die „Vernetzung“. Wobei der Schwerpunkt von LEADER+ eindeutig Titel 1 (GIEP) darstellt. Wobei hier die übergeordneten von der Kommission vorgeschlagenen Themen im rheinland-pfälzischen LEADER-Programm nicht erweitert wurden, „da diese Problemlagen im ländlichen Raum von Rheinland-Pfalz in ausreichendem Maße abdecken.“ Nach dem Willen des LEADER-Programms sollen mit Titel 1 die Gebiete unterstützt werden, „die glaubhaft machen, dass sie willens und in der Lage sind, auf der Grundlage eines vorliegenden Entwicklungsplanes eine gebietsbezogene, integrierte und nachhaltige Entwicklungsstrategie mit Pilotcharakter zu erarbeiten und umzusetzen. Wobei die Strategie auf einer „repräsentativen Partnerschaft“ beruhen muss und sich mit einem „für die Identität des Gebietes typischen Schwerpunktthema“ auseinandersetzen muss. Auf diese Weise soll LEADER+ nach Möglichkeiten suchen, „wie mit pilothaften Konzepten ein Abbau des Gefälles zwischen den Verdichtungsräumen und den ländlichen Räumen bei einer besseren Nutzbarmachung der Potenziale der ländlichen Räume herbeigeführt werden kann.“ Dabei wird betont, dass die Festlegung von Zielen nicht abschließend sein kann, „da die Wege durch pilothafte Konzepte erprobt werden sollen“ und sonst „entgegen der LEADER-Philosophie die Erprobungsmöglichkeiten zu sehr eingeengt“ würden.<sup>342</sup>

Die Ziele des rheinland-pfälzischen LEADER-Programms sind aus den vorgegebenen Zielen und Themen der LEADER-Leitlinie der Kommission abgeleitet. Ziele der Leitlinie sind demnach die „Valorisierung des Natur- und Kulturerbes“, „Wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsplätze“ sowie „Organisation der Gemeinschaft“. Themen der Leitlinie sind „Neues Know-how, neue Technologien“, „Lebensqualität“, „Lokale Erzeugnisse“, sowie „Natürliche und kulturelle Potenziale“. Diese Vorgaben werden innerhalb des LEADER-Programms Rheinland-Pfalz durch vier zentrale Ziele umgesetzt und jeweils durch verschiedene (strategische) Ansätze für das Fördergebiet konkretisiert: Ziel 1 soll hierbei zu einer „Steigerung der Attraktivität im ländlichen Raum“ durch die Ansätze „Neue Technologien“, „Qualifizierung“, „Mobilität“ und „Versorgung“ führen. Des Weiteren hat Ziel 2 durch die Ansätze „Vermarktung“, „Zuerwerb Land- und Forstwirtschaft“ sowie „Familiäre Humanressourcen“ die „Steigerung der Einkommen“ zum Inhalt. Ziel 3 soll sich im Rahmen der Ansätze „Naturparks und dergleichen“, „Landschaftsprägende Elemente“, „Energie“ mit den „Natürlichen Potenzialen“ auseinandersetzen und schließlich Ziel 4 mit der „Nachhaltigen Tourismusentwicklung.“

---

<sup>342</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): EPPD des Landes Rheinland-Pfalz zur Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raumes (LEADER+), a.a.O.

Als erfolgsversprechende Ansätze hierzu werden die Schwerpunkte „Touristische Attraktivität“, „Radwege“ und „Kulturförderung“ angesehen.<sup>343</sup> Eine erste Bewertung der vorgesehenen Ziele und Maßnahmen im LEADER-Programm lässt bereits eine hohe Relevanz für den Bereich des Tourismus erkennen (vgl. hierzu Tab. 10). Die Förderung des Tourismus, konkret einer „Nachhaltigen Tourismusentwicklung“ ist ein wesentliches Ziel des rheinland-pfälzischen LEADER-Programms. Ebenso sind auch durch die restlichen Ziele des Programms Impulse für die touristische Entwicklung der Region Westpfalz möglich, insbesondere in Hinblick auf die Förderung von Synergien zwischen dem Tourismus sowie den Bereichen Landwirtschaft und Umweltschutz / Landschaftspflege. Im Folgenden sollen die einzelnen strategischen Ansätze hinsichtlich ihres Einflusses auf die touristische Entwicklung der Westpfalz genauer analysiert werden.

Dabei wird zunächst das direkt auf den Tourismus bezogene Ziel 4 genauer beleuchtet. Zur „Nachhaltigen Tourismusentwicklung“ sollen hierbei im Rahmen des LEADER-Programms zunächst Möglichkeiten „zur Steigerung der touristischen Attraktivität erprobt werden.“ Begründet wird dies mit der Tatsache, dass ein „Qualitativ hochwertiges Angebot“ und „neue Angebotsformen“ notwendig sind „um im internationalen Wettbewerb den Zukunftsmarkt Tourismus zu nutzen.“ Potenziale werden dabei vor allem durch die Einbeziehung von natur- und landschaftsbezogenen Formen des Tourismus sowie des umweltfreundlichen Tourismus gesehen. Dieses Anliegen ist somit eine sinnvolle Ergänzung bzw. Konkretisierung zur Tourismusförderung in den Schwerpunkten 1 und 2 des Ziel-2-Programms. Wie in diesem Zusammenhang bereits erwähnt, ist das Vorhandensein einer touristischen Basisinfrastruktur (Anziehungspunkte und Übernachtungsmöglichkeiten) die Voraussetzung für die touristische Entwicklung einer Region.

Während das Ziel-2-Programm dieses Angebot eher in quantitativer Hinsicht fördert, unterstützt LEADER+ das Angebot in qualitativer Hinsicht, im Sinne „neuer Angebotsformen“. Somit wird zum einen ein Beitrag zum Ausbau bzw. zur Aufwertung des touristischen Potenzials geleistet, sowie zum anderen zur Profilbildung, indem bspw. Alleinstellungsmerkmale in Form von neuen Angebotsformen geschaffen werden. Solche Alleinstellungsmerkmale sind für die Westpfalz notwendig, um sich einerseits im verschärften Wettbewerb der Tourismusstandorte profilieren zu können und andererseits den Bekanntheitsgrad der Region Westpfalz als Tourismusstandort zu erhöhen. Letzteres erscheint umso wichtiger, da große Teile der Region national und international nicht als klassische Tourismusstandorte bekannt sind. Darüber hinaus weist die Westpfalz und insbesondere ihre touristischen Randgebiete (z.B. das „Pfälzer Bergland“) Potenziale in den hier vorgeschlagenen Bereichen, wie etwa Landschaftsbezogener- und umweltfreundlicher Tourismus, auf.

Einen weiteren strategischen Ansatzpunkt zur Förderung einer nachhaltigen Tourismusentwicklung stellt die „Förderung von Radwegen oder den Radwegen vergleichbare Einrichtungen sowie von Veranstaltungen im Zusammenhang mit denselben“ dar. Wobei gleichzeitig unterstrichen wird, dass diese Attraktionen hierbei „nicht auf das Radfahren beschränkt bleiben sollen“, sondern vielmehr „auch andere Formen denkbar sind.“ Weiterhin wird an dieser Stelle auf den Erfolg von organisierten Veranstaltungen, den sog. „Events“ verwiesen.

---

<sup>343</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): EPPD des Landes Rheinland-Pfalz zur Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raumes (LEADER+), a.a.O.

Auch dieser Ansatzpunkt scheint geeignet, einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz zu leisten. Denn der Radtourismus ist als ein Hauptpotenzial des Tourismus im Untersuchungsraum anzusehen. LEADER+ kann somit einen Beitrag zur besseren Nutzung dieses Potenzials leisten, insbesondere in Bezug auf den Lückenschluss in der Infrastruktur, die Erweiterung bzw. Ergänzung bestehender Angebote sowie die Vermarktung vorhandener Potenziale durch organisierte Veranstaltungen. Ebenso sollte in diesem Zusammenhang erwähnt werden, dass spezifische Events eine Wirkung nach innen (in die Region selbst hinein) sowie nach außen haben.

Innerhalb der Region wird die Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung der Akteure für die mit dem Radtourismus verbundenen Chancen und Potenziale geschärft, nach außen können sie dazu beitragen, Radtouristen als spezielle Zielgruppe für den westpfälzischen Tourismus zu gewinnen. Als dritten strategischen Ansatzpunkt in diesem Zielbereich formuliert das Programm „Tourismus und Kulturförderung“. Dies aufgrund der Tatsache, dass „dem Tourismus auch in Bezug mit der kulturellen Identifizierbarkeit in Rheinland-Pfalz eine besondere Rolle zukommt“, da „die spezifische Kultur einer Region im Hinblick auf die Standortkonkurrenz der Region eine erhebliche Bedeutung im Wettbewerb erhält“ sowohl bei Neuansiedlungen als auch im Tourismusbereich. Diesem Maßnahmenbereich kommt für den Tourismus im Untersuchungsraum eine große Bedeutung zu, denn die Westpfalz weist zahlreiche kulturelle Besonderheiten, Traditionen und Veranstaltungen auf, insbesondere in Zusammenhang mit der Historie. Maßnahmen in diesem Bereich können an dieser Stelle Synergien zwischen Kultur und Tourismus fördern, und somit auf diese Weise die touristische Profilierung der Region unterstützen, da regionale kulturelle Traditionen bzw. Besonderheiten als Alleinstellungsmerkmale anzusehen sind, wenn sie gezielt für die touristische Entwicklung genutzt werden. Ebenso kann auf diese Weise auch die Identifikation mit der Region gefördert werden und somit eine wichtige Voraussetzung für einen stärkeren Zusammenhalt sowie einen stärkeren Kooperationswillen im Tourismusbereich geschaffen werden.

Die restlichen drei zentralen Ziele des LEADER-Programms scheinen ebenfalls geeignet, die touristische Entwicklung der Region Westpfalz positiv zu beeinflussen, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Starke Impulse gehen von Ziel 3 „Sicherung und Entwicklung des natürlichen Potenzials durch eine weitgehende Verknüpfung von Landwirtschaft und Natur- und Umweltschutz“ aus. Wie bei der Analyse der Ausgangssituation des Tourismus in der Westpfalz festgestellt wurde, stellt das „natürliche Potenzial“ die wesentliche Entwicklungsperspektive des Untersuchungsraumes im Bereich des Tourismus dar. Dies gilt sowohl für das touristische Zentrum der Region, den Teilraum Südwestpfalz / Pfälzerwald, als auch für andere Teilräume der Westpfalz wie bspw. das Pfälzer Bergland, die momentan eher noch als touristisches Rand- bzw. Entwicklungsgebiet zu betrachten sind. Wobei diese wesentliche Stärke der Westpfalz im Tourismus erhalten bzw. besser genutzt und vermarktet werden sollte. Die innerhalb dieses Zieles vorgesehenen Maßnahmen können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, insbesondere durch die Intensivierung von Kooperationsansätzen zwischen dem Tourismus auf der einen, sowie Landwirtschaft und Umweltschutz / Landschaftspflege auf der anderen Seite.

Als Maßnahme wird hier zunächst die „Erhaltung und Entwicklung von Naturparks und Schutzgebieten“ vorgeschlagen. Diese Maßnahme ist für den Tourismus in der Westpfalz von großer Bedeutung, da der Naturpark Pfälzerwald, der zudem noch als Biosphärenreservat der UNESCO ausgewiesen ist, die zentrale touristische Ressource im Untersuchungsraum darstellt. LEADER+ leistet mit dieser Fördermaßnahme daher einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt der landschaftlichen Vielfalt und Attraktivität dieses touristischen Zentrums der Region.

Weiterhin scheint diese Maßnahme geeignet, Synergien zwischen dem Tourismus und den Bereichen Landwirtschaft und Naturschutz zu fördern, da im Rahmen dieses Maßnahmenbereiches „insbesondere der Aspekt der nachhaltigen Nutzung durch eine Verknüpfung von Landwirtschaft und Naturschutz in die Betrachtung einbezogen werden sollte.“ Auf diese Weise kann ebenso die Sensibilisierung bzw. Bewusstseinsbildung für die unterschiedlichen Belange und Interessen der Bereiche Tourismus, Landwirtschaft und Naturschutz gefördert werden. Somit können letztlich Konflikte zwischen diesen Bereichen entschärft oder gar vermieden werden.

Des Weiteren soll die Entwicklung der natürlichen Potenziale durch die „Pflege von landschaftsprägenden Elementen und Wiederherstellung ihrer Funktionalität“ erreicht werden. Dabei wird betont, dass „Schutz und Pflege dabei auch durch Nutzungen verwirklicht werden können.“<sup>344</sup> Als landschaftsprägende Elemente werden in diesem Zusammenhang insbesondere Gewässer verstanden und auf die Erfolge von LEADER II verwiesen, wo „durch Rückbaumaßnahmen an Gewässern natürliches Potenzial in wesentlichem Umfang gesichert und entwickelt werden konnte.“ Auch durch diesen Maßnahmenbereich sind positive Auswirkungen auf den Tourismus in der Westpfalz zu erwarten. Ergänzend zum vorangegangenen Ansatz kann hier ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der landschaftlichen Vielfalt und Attraktivität als zentrale Entwicklungsressource des westpfälzischen Tourismus außerhalb des Naturparks Pfälzerwald geleistet werden. Dagegen weist Ansatz 3.3 „Energieeinsparung und Förderung erneuerbarer Ressourcen“ keinen direkten Bezug zum Tourismus auf, jedoch sind bei genauerer Betrachtung durchaus gewisse Impulse möglich, wenn auch eher indirekter Art, bspw. in Verbindung mit Modellprojekten im Bereich erneuerbarer Energien.

Deutlich geringere Relevanz für die Entwicklung des Tourismus haben dagegen Ziel Nr. 2 „Steigerung der Einkommen im ländlichen Raum“ sowie Ziel Nr. 1 „Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raumes als Lebensraum.“ Beide Ziele sind für die Entwicklung der Region Westpfalz insgesamt von hoher Bedeutung, speziell für den Tourismus ist lediglich Ansatz 2.1 „Methoden zur Verbesserung der Vermarktung endogener Potenziale“ sowie Ansatz 2.2 „Nutzung von Zuerwerbsmöglichkeiten in der Land- und Forstwirtschaft“ von gewisser Relevanz. Insbesondere „Initiativen zur Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse“, aber auch die „Steigerung des Bekanntheitsgrades ortstypischer Erzeugnisse aus dem nicht-landwirtschaftlichen Bereich.“ Neben positiven Impulsen insbesondere auf die Gastronomie, kann auf diese Weise die touristische Profilierung der Westpfalz gefördert werden, gerade im Hinblick auf benachbarte Regionen wie die Rheinpfalz, wo eine stärkere Vermarktung regionaler Produkte stattfindet (Wein, Spargel, etc.). Regionale Besonderheiten, wie etwa regionalspezifische Produkte, die als Alleinstellungsmerkmale definiert werden können, eröffnen zudem neue Möglichkeiten zur einer intensivieren und professionelleren Vermarktung der Westpfalz sowie ihrer Potenziale. Infolgedessen kann der Bekanntheitsgrad der Region als Tourismusstandort erhöht werden.

Innerhalb von Ansatz 2.2 weist die Förderung des Urlaubs auf Bauern- und Winzerhöfen „zur Erreichung der Ziele der Einkommenserhöhung landwirtschaftlicher Unternehmen und der Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum“ einen direkten Bezug zur Entwicklung des Tourismus auf.

---

<sup>344</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): EPPD des Landes Rheinland-Pfalz zur Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raumes (LEADER+), a.a.O.

Insbesondere in den touristischen Randgebieten der Westpfalz, die noch einen deutlichen Nachholbedarf an Übernachtungsmöglichkeiten in Tourismusbetrieben aufweisen, kann hier ein sinnvoller Beitrag zum Aufbau einer touristischen Basisinfrastruktur geleistet werden. Dadurch kann letztlich das bestehende Angebotsgefälle im Bereich des Tourismus innerhalb der Region Westpfalz zwar nicht vollständig abgebaut, jedoch womöglich etwas abgemildert werden. Positive Impulse für die touristische Entwicklung sind ebenso durch weitere Maßnahmenvorschläge wie bspw. „produktübergreifende Initiativen, wie ortstypische Feste“ oder „Feste mit einem Bezug zu einer landschaftstypischen Eigenschaft“ möglich.

Infolge solcher Events wird ebenfalls die touristische Profilierung der Region gefördert, da solche orts- bzw. regionalspezifischen Events als Alleinstellungsmerkmale dienen können. Förderfähige Maßnahmen im Rahmen von Titel 1 des LEADER-Programms sind damit vor allem „Investitionen, Infrastrukturmaßnahmen sowie andere Entwicklungsmaßnahmen in den Bereichen Tourismusförderung, Förderung von KMU (Kleine- und mittlere Unternehmen), agrarstrukturelle Entwicklungsplanungen, Bodenordnungen, Wegebau, Dorferneuerung, Kulturdenkmäler, Radwegbau, Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Naturschutz / Landschaftspflege, Forstmaßnahmen sowie die Technische Hilfe.“<sup>345</sup> Dies wirkt zunächst in Teilen wie eine Doppelförderung, da auch im Ziel-2-Programm, wie gesehen, Investitions- und Infrastrukturförderung wesentliche Förderschwerpunkte bilden. Jedoch grenzt sich das LEADER-Programm letztlich doch deutlicher vom Ziel-2-Programm ab als dies auf den ersten Blick erscheint. In diesem Zusammenhang wird betont, dass LEADER+ die Förderung nach dem Ziel-2-Programm ergänzen soll, und zwar um „regionale, integrierte und nachhaltige Fördermaßnahmen.“

Als weiteres Abgrenzungsmerkmal gegenüber der Förderung im Rahmen von Ziel 2 werden unterschiedliche Adressaten des Förderangebotes angesehen. So werden beim Ziel-2-Programm „Anreize gegeben, um Investitionen in den ländlichen Räumen zu fördern“, d.h. die Zielgruppe sind in erster Linie potentielle Investoren von außerhalb der Region, während im Gegensatz dazu die LEADER+-Aktionen „sich an die lokale Bevölkerung richten.“ Schließlich ist die Förderung von Infrastruktureinrichtungen sowie von produktiven Investitionen innerhalb von LEADER+ nur in begrenztem Umfang möglich und nur dann „wenn sie zur Erreichung der mit der regionalen Entwicklungsstrategie angestrebten Ziele unverzichtbar sind.“<sup>346</sup> Die Höhe der förderfähigen Gesamtkosten sowohl für Infrastrukturinvestitionen und für produktive Investitionen wird daher im Einzelfall auf 300.000 Euro begrenzt. LEADER fördert also lediglich kleinere (lokale) Infrastruktur und Investitionsprojekte, während im Rahmen des Ziel-2-Programmes Projekte von größerem Umfang gefördert werden können. Ebenso erweitert das LEADER-Programm das Förderangebot des Ziel-2-Programmes inhaltlich um spezifische Bereiche der ländlichen Entwicklung (agrarstrukturelle Entwicklungsplanungen, Dorferneuerung, Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse), die auch für den Tourismus von Bedeutung sind.

Die Bedeutung von LEADER+ für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen ist aus diesem Grund weniger aufgrund des eher geringen finanziellen Umfangs des Förderprogramms zu messen, als vielmehr aufgrund des sog. „Mehrwertes“ dieses Programms, welcher sich nicht quantifizieren, d.h. absolut in Zahlen ausdrücken lässt.

---

<sup>345</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): EPPD des Landes Rheinland-Pfalz zur Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raumes (LEADER+), a.a.O.

<sup>346</sup> Vgl. Ebenda.

Im LEADER-Programm Rheinland-Pfalz wird davon ausgegangen, dass vom Einsatz der Mittel „wegen der Pilothaftigkeit der Konzepte“, „ein allgemeiner Entwicklungsschub erwartet werden kann, der Folgewirkungen einleitet.“<sup>347</sup> So wurde aus der Evaluierung des vorangegangenen 5b-Programms die Erkenntnis gewonnen, dass „je 1 Mio. DM Investitionsvolumen eine Wirkung von 5 erhaltenen Arbeitsplätzen erzielt wird.“ Dieser Mehrwert ergibt sich vor allem aufgrund der konsequenten Anwendung des „Bottom-up-Prinzips.“ Daher ist die Gemeinschaftsinitiative LEADER+ das Instrument der EU-Strukturpolitik, wo eine Regionalisierung innerhalb der Förderpolitik zum Tragen kommt und das Subsidiaritätsprinzip im Vordergrund steht. Den Lokalen Aktionsgemeinschaften (LAGen) wird im Rahmen von LEADER+ die Verantwortlichkeit für den Einsatz der EU-Strukturmittel in der Region übertragen.

Somit ist LEADER+ letztlich das einzige Instrument innerhalb der EU-Strukturpolitik wo die Umsetzung direkt auf der eigentlichen regionalen Ebene erfolgt, da hier regionale Entwicklungsstrategien aufgestellt werden müssen, um sich im Wettbewerb um LEADER+ Fördermittel durchsetzen zu können. Neben der eigentlichen gebietsbezogenen, integrierten Entwicklungsstrategie mit Pilotcharakter (GIEP) in Titel 1, verfolgt LEADER+ noch zwei weitere zentrale Anliegen. Zum einen die „Förderung der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten“ (Titel 2), zum anderen die „Vernetzung der Akteure“, die beide direkt in das LEADER-Programm Rheinland-Pfalz aufgenommen wurden. In Titel 2 wird dabei die Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten sowohl innerhalb eines Mitgliedstaates (gebietsübergreifende Zusammenarbeit) als auch zwischen mehreren Mitgliedstaaten (transnationale Zusammenarbeit) gefördert und unterstützt. Wobei die Zusammenarbeit in dem betreffenden Gebiet „einen echten zusätzlichen Nutzeffekt bewirken muss.“ Weiterhin darf sich die Zusammenarbeit nicht „auf den Austausch von Erfahrungen beschränken“, sondern muss vielmehr auf „die Durchführung gemeinsamer Projekte und / oder Aktionen abzielen“, die wiederum nach Möglichkeit jeweils „von einer gemeinsamen Struktur getragen werden.“ Infolge dieser Zusammenarbeit soll dann das „Know-how bzw. die Humanressourcen und Finanzmittel zusammengeführt werden, die über jedes der beteiligten Gebiete verstreut sind.“<sup>348</sup>

Durch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten können insbesondere für den Tourismus neue Impulse entstehen. Allein aus dem intensiven Erfahrungsaustausch zwischen den unterschiedlichen ländlichen Gebieten der EU sind hierdurch bereits positive Effekte möglich. So können bspw. Ideen für neue Projekte gewonnen werden, ebenso für neue Wege und Herangehensweisen bei der Lösung von konkreten regionalen touristischen Problemen, wie etwa dem Abbau von Entwicklungshemmnissen. Des Weiteren bietet sich der Bereich des Tourismus als eine, bzw. oftmals gar die zentrale Entwicklungsressource des ländlichen Raumes besonders für die Erarbeitung von gemeinsamen nationalen und transnationalen Projekten des ländlichen Raumes wie z.B. nationale oder transnationale Tourismusrouten an.

Im südlichen Teil der Region Westpfalz bietet die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den ländlich geprägten Regionen im benachbarten Frankreich Potentiale für den Tourismus, insbesondere in Ergänzung zur Gemeinschaftsinitiative INTERREG.

---

<sup>347</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): EPPD des Landes Rheinland-Pfalz zur Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raumes (LEADER+), a.a.O.

<sup>348</sup> Vgl. Ebenda.

Für den Tourismus können hierdurch neue Impulse entstehen, z.B. in Hinblick auf das grenzüberschreitende Biosphärenreservat Pfälzerwald / Nordvogesen. Die Potenziale die sich durch die Nähe der Westpfalz zum touristisch attraktiven Frankreich ergeben, können durch grenzüberschreitende Projekte im Rahmen von LEADER+ besser genutzt und stärker in der Vordergrund gerückt werden. Auch an dieser Stelle können Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung durch LEADER+ gefördert werden: In früheren Zeiten war die Grenzlage der Region von Nachteil, im heutigen vereinten Europa hat sich dies zu einem Standortvorteil gewandelt. Dies gilt gerade für den Bereich des Tourismus, wo die unmittelbare Nachbarschaft zu Frankreich ein gewisses Alleinstellungsmerkmal im Wettbewerb mit anderen Regionen darstellt.

Schließlich fördert Titel 3 der GI LEADER+ die Vernetzung der Akteure in den verschiedenen ländlichen Räumen. Zu diesem Zweck gibt es sowohl eine nationale als auch eine internationale Vernetzungsstelle. In Deutschland ist diese Vernetzungsstelle bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung als eigenständige Projektgruppe „Deutsche Vernetzungsstelle – DVS“ angesiedelt. Die nationale LEADER-Vernetzungsstelle organisiert dabei vor allem die Kontaktherstellung sowie die Zusammenstellung der wichtigsten Informationen über die LEADER-Gruppen und deren Informationen, ferner die Organisation und Durchführung von Seminaren und die Veranstaltung von Workshops und Schulungen. Als internationale LEADER-Vernetzungsstelle fungiert die von der Kommission geleitete „Beobachtungsstelle für den ländlichen Raum.“ Deren Aufgaben sind mit der Ermittlung und Analyse bewährter Verfahren, der Betreuung des Netzes, der Organisation des Austausches von Erfahrungen und Know-how sowie mit der Organisation von Seminaren, Kolloquien und Koordinierungssitzungen für Netzbetreiber umschrieben.<sup>349</sup> Die Vernetzung dient dem Erfahrungsaustausch bzw. dem Wissenstransfer zwischen den unterschiedlichen Akteuren in den LEADER Fördergebieten. Weitere Schwerpunkte bilden die Information und Qualifikation bzw. Weiterbildung der Verantwortlichen. Dadurch wird die Effizienz von LEADER+ und der im Programm vorgesehenen Fördermaßnahmen erhöht.

Ferner werden durch den fachlichen Austausch im Rahmen von Seminaren, Workshops und Exkursionen Lernprozesse angestoßen und die regionalen Akteure gewinnen auf diese Weise neue Impulse für die Aufstellung, Umsetzung und Weiterentwicklung ihrer jeweiligen regionalen Entwicklungsstrategien, sowohl in inhaltlicher als auch in methodischer Hinsicht. Aufgrund des direkten oder zumindest indirekten touristischen Bezuges eines Großteils der vorgesehenen Fördermaßnahmen können auch durch die Maßnahmen in Titel 2 und 3 (positive) Einflüsse auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz ausgelöst werden. Unter anderem können durch den intensiven nationalen und internationalen Austausch aktuelle Trends innerhalb des Tourismus schneller erfasst bzw. genutzt werden. Weiterhin dient der Wissenstransfer der Förderung von Kreativität und Innovationen im Tourismus, welche wiederum die Herausbildung von Alleinstellungsmerkmalen und Nischen fördert, die im verschärften Wettbewerb immer stärker an Bedeutung gewinnen.

---

<sup>349</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): EPPD des Landes Rheinland-Pfalz zur Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raumes (LEADER+), a.a.O.

**Tab. 10: Zusammenhang zwischen LEADER+-Programm und dem Tourismus**

Fördermaßnahme	Bedeutung für den Tourismus
<p><b>Titel 1: „Gebietsbezogener integrierter Entwicklungsansatz mit Pilotcharakter“</b></p> <p>u.a. Infrastruktur- und Investitionsförderung sowie andere Entwicklungsmaßnahmen im Bereich Tourismusförderung</p> <p><b>Ziel: „Nachhaltige Tourismusentwicklung“</b></p> <p>u.a. Erprobung von Möglichkeiten „zur Steigerung der touristischen Attraktivität“ durch „qualitativ hochwertiges Angebot“ und „neue Angebotsformen“, ebenso „Einbeziehung von natur- und landschaftsbezogenen Formen des Tourismus“ und „umweltfreundlicher Tourismus“</p> <p>„Förderung von Radwegen“ und Events in diesem Bereich</p> <p>„Tourismus und Kulturförderung“</p> <p><b>Ziel: „Sicherung und Entwicklung des natürlichen Potenzials“</b> durch „eine weitgehende Verknüpfung von Landwirtschaft und Natur- und Umweltschutz“</p> <p>u.a. Erhaltung und Entwicklung von Naturparks und Schutzgebieten, Pflege von landschaftsprägenden Elementen</p> <p><b>weitere Ziele: „Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raumes als Lebensraum“ und „Steigerung der Einkommen im ländlichen Raum“</b></p>	<p>Ergänzung des Ziel-2-Programms: Angebotsweiterung, Gewinnung neuer Zielgruppen, Nutzung der endogenen Potenziale</p> <p>Stärker Nutzung des Potentials Fahrradtourismus, bessere Vermarktung, Ausbau der Infrastruktur bzw. Lückenschluss</p> <p>Nutzung des endogenen Potentials, Beitrag zur touristischen Profilierung, Förderung von Synergien zwischen Tourismus und Kultur</p> <p>Nutzung von Synergien zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus, Beitrag zum Erhalt der natürlichen Potenziale als der zentralen Entwicklungsressource im Tourismus, Intensivere Nutzung der vorhandenen Potenziale</p> <p>Teilweise positive Impulse für die Tourismusentwicklung möglich, v.a. durch die „Förderung des Urlaubs auf Bauern- und Winzerhöfen“ sowie durch „Methoden zur Verbesserung der Vermarktung endogener Potenziale“</p>
<p><b>Titel 2: „Förderung der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten“</b></p> <p>sowohl innerhalb eines Mitgliedstaates als auch zwischen mehreren Mitgliedstaaten - Durchführung gemeinsamer Projekte</p>	<p>Förderung eines intensiven Erfahrungsaustausches und Wissenstransfers, Erweiterung des touristischen Angebotes durch konkrete Projekte</p>
<p><b>Titel 3: „Vernetzung“</b></p> <p>nationale und internationale Vernetzungsstelle</p>	<p>Ergänzung zu Titel 2, Förderung von Lernprozessen, Information und Qualifizierung der regionalen Akteure – Steigerung der Effizienz</p>

Im Folgenden soll nun konkret die Umsetzung von LEADER+ in der Programmperiode 2000 bis 2006 in der Region Westpfalz untersucht werden. Dabei obliegt die Umsetzung von LEADER+ in den einzelnen Regionen den lokalen Aktionsgemeinschaften (LAGen). In diesem Zusammenhang hat die EU-Kommission mehrere Vorbedingungen an das Gebiet und die Lokale Aktionsgruppe vorgegeben, „um ihre Grundsätze, und insbesondere das Bottom-up-Prinzip, zu wahren.“ Bezüglich der Zusammensetzung der LAG wurde festgelegt, dass der Anteil der Behördenmitglieder (öffentliche Verwaltung) unter der Hälfte aller Mitglieder liegen soll. Weiterhin muss die Gruppe „mindestens zehn Partner auf der Ebene der Entscheidungsfindung umfassen“ und sich „vielfältig aus unterschiedlichen Akteuren des ländlichen Raumes zusammensetzen.“<sup>350</sup> Die lokalen Gebietseinheiten im Rahmen von LEADER+ müssen eine Bevölkerungszahl zwischen 10.000 und 100.000 Einwohnern sowie eine maximale Bevölkerungsdichte von 120 EW / km<sup>2</sup> aufweisen. Des Weiteren eine „geographisch, wirtschaftlich und sozial homogene Einheit“ bilden.<sup>351</sup> Nachfolgend werden nun die einzelnen LAGen aus der Westpfalz, welche sich als LEADER-Fördergebiet beworben haben in knapper Form vorgestellt, wobei an dieser Stelle insbesondere der Bezug der einzelnen Strategien zum Tourismus analysiert werden soll.

## **2.2.2 Umsetzung von LEADER+ in der Region Westpfalz – Lokale Aktionsgemeinschaften (LAGen) in der Förderperiode 2000 bis 2006**

Die jeweilige Entwicklungsstrategie einer Lokalen Aktionsgemeinschaft muss einige Vorgaben beachten sowie bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Es muss sich zunächst um einen integrierten Ansatz handeln, welcher die von der europäischen Ebene vorgegebenen und in das LEADER-Programm Rheinland-Pfalz integrierten übergeordneten Themen aufgreift. Dabei handelt es sich um die Themen: „Einsatz neuen Know-hows und neuer Technologien zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Erzeugnisse und Dienstleistungen der Gebiete“, „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum“, „Aufwertung der lokalen Erzeugnisse, indem besonders Kleinbetriebe durch kollektive Maßnahmen der Marktzugang erleichtert wird“ sowie „Valorisierung des natürlichen und kulturellen Potenzials einschl. der Steigerung des Wertes von Flächen im gemeinschaftlichen Interesse, die unter NATURA 2000 ausgewählt wurden.“<sup>352</sup>

Bei der Umsetzung der vorgegebenen Themen muss weiterhin eine Abstimmung mit den lokalen Gegebenheiten erfolgen, d.h. „die Entwicklungsstrategie muss nachweislich auf das betreffende Gebiet und besonders dessen sozioökonomische Lage abgestimmt sein.“<sup>353</sup> Ferner muss die Entwicklungsstrategie einen Pilotcharakter aufweisen, im Sinne „der Unterstützung neuartiger Ansätze zur Entwicklung des ländlichen Raumes.“ Kriterien hierbei sind u.a. die Entwicklung neuer Erzeugnisse und Dienstleistungen sowie Neuartige Formen der Organisation und Beteiligung der lokalen Bevölkerung. Ebenso sollte die Entwicklungsstrategie auch auf andere ländliche Räume übertragbar sein und sich in übergeordnete Programme (vor allem die Mainstream-Programme der EU) einfügen, d.h. deren Zielen nicht entgegenstehen und stattdessen deren Auswirkungen direkt oder indirekt verstärken. Bereits durch die Bildung der Lokalen Aktionsgemeinschaften (LAGen), die „eine ausgewogene und repräsentative Zusammensetzung von Akteuren mit Wirkungsbereichen im ländlichen Raum“ aufweisen muss, werden positive Impulse für die Entwicklung ländlicher Regionen erwartet.

---

<sup>350</sup> Vgl. Planungsgemeinschaft Westpfalz (Hrsg.) (2003): a.a.O.

<sup>351</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>352</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>353</sup> Vgl. Ebenda.

Da die „vielschichtig zusammengesetzten Gruppen“ für den ländlichen Raum ein „neuartiges Zusammenwirken von Akteuren des ländlichen Raumes darstellen“ bewirken diese „ein Zusammengehörigkeitsgefühl mit Impulsen für das Fördergebiet.“ Darüber hinaus wird die Anzahl der Mitglieder einer LAG als Erfolgsfaktor angesehen: Je größer die Anzahl der Gruppenmitglieder ist, „umso intensiver wird die LEADER-Idee zur Entwicklung des ländlichen Raumes verbreitet.“<sup>354</sup> Auch speziell für den Bereich des Tourismus ist die Bildung von LAGen in der Westpfalz und die damit verbundene intensivere Vernetzung und Kooperation äußerst positiv zu bewerten. Denn insbesondere im Tourismus sind die Identifikation mit der Region und eine enge Kooperation zur gemeinsamen Vermarktung und Nutzung der touristischen Potenziale von enormer Bedeutung. Ebenso kann auf diese Weise die Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange der mit dem Tourismus eng verbundenen Bereiche Landwirtschaft, Naturschutz- / und Landschaftspflege gefördert werden und so letztlich Nutzungskonflikte vermieden oder zumindest entschärft werden. Weiterhin können infolgedessen Synergien zwischen diesen Bereichen genutzt werden.

Im Untersuchungsraum bestand in der Programmperiode 2000 bis 2006 ein reges Interesse an der Gemeinschaftsinitiative LEADER+. So bewarben sich insgesamt vier westpfälzische „Lokale Aktionsgemeinschaften“ um die Anerkennung als LEADER-Fördergebiet: Die LAG „Donnersberger Land“ (LK Donnersbergkreis) mit dem regionalen Entwicklungsprogramm „Donnersberger Land“, dessen Ziel die „Verbesserung der Lebensqualität in wichtigen Handlungsfeldern wie Wirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus, Freizeit, Natur und Kultur“ ist. Des Weiteren die LAG „Pfälzer Bergland“ aus dem Landkreis Kusel mit dem Ziel der „Steigerung der regionalen Wertschöpfung durch Inwertsetzung der Landschaft“. Sowie ferner aus der Südwestpfalz die LAGen „Sickingen Höhe / Pirminiusland“ mit dem Entwicklungskonzept „Bauernland – Erlebnisland im Städtedreieck Kaiserslautern-Pirmasens-Zweibrücken“ sowie „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ mit dem Ziel der „Steigerung der regionalen Wertschöpfung der Produkte des Pfälzerwalds.“ Damit bewarb sich nahezu der gesamte ländliche Raum der Westpfalz um LEADER+ Fördermittel, sowohl klassische Tourismusschwerpunkte wie der „Zentrale und südliche Naturpark Pfälzerwald“ als auch touristische Randgebiete wie das „Pfälzer Bergland“.

In allen regionalen Entwicklungsprogrammen stellte dabei die Entwicklung des Tourismus einen wesentlichen Schwerpunkt dar. So wird bspw. im regionalen Entwicklungsprogramm „Donnersberger Land“ der Bereich „Naherholung und Tourismus“ als Handlungsfeld identifiziert und die „Profilierung des Gebietes innerhalb des Angebotes der bestehenden touristischen Strukturen“ sowie „deren bedarfsgerechter Ausbau“ ebenso wie die „Erhöhung der Wertschöpfung aus Tourismus und Naherholung“ als konkrete Entwicklungsziele formuliert. Die Entwicklungsstrategie der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ beinhaltet mit den Themenfeldern „Erweiterung der touristischen und kulturellen Angebote“ und „Entwicklung der Kulturlandschaft unter besonderer Berücksichtigung der Offenlandbereiche“ ebenfalls Ansätze zur Förderung des Tourismus. Schließlich weist auch die Entwicklungsstrategie der LAG „Pfälzer Bergland“ mit dem Oberziel „Steigerung der regionalen Wertschöpfung durch Inwertsetzung der Landschaft“ sowie den Teilzielen „Stärkung des natur- und kulturbezogenen Freizeitangebotes“ sowie „Förderung der Entwicklung und Vermarktung landschaftsbezogener Produkte“ einen touristischen Bezug auf.<sup>355</sup>

---

<sup>354</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): EPPD des Landes Rheinland-Pfalz zur Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raumes (LEADER+), a.a.O.

<sup>355</sup> Vgl. Planungsgemeinschaft Westpfalz (Hrsg.) (2003): a.a.O.

Da für die Umsetzung von LEADER+ in Rheinland-Pfalz jedoch nur begrenzte finanzielle Ressourcen im Umfang von rund 10 Mio. Euro zur Verfügung standen, konnten nicht alle 14 LAGen als Fördergebiete anerkannt werden. In einem Wettbewerbsverfahren wurden schließlich sieben rheinland-pfälzische LAGen ausgewählt. Aus der Westpfalz wurde lediglich die LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ als LEADER-Aktionsgebiet in der Förderperiode 2000 bis 2006 anerkannt. Dagegen müssen die übrigen westpfälzischen LAGen nach diesem Wettbewerb aus der LEADER-Förderung ausscheiden. Jedoch wird für sie nach Möglichkeiten gesucht um zumindest Teile der erarbeiteten Entwicklungskonzeptionen auf anderen Wegen umsetzen zu können.

Gründe dafür, warum die restlichen westpfälzischen LAGen nicht zum Zuge kamen, sind auf den ersten Blick nicht zu erkennen. Erkenntnisse aus der Evaluation verdeutlichen, dass LAGen dies selbst teilweise nicht nachvollziehen konnten. Es ist jedoch anzunehmen, dass aufgrund der Tatsache, dass sich auch aus anderen Teilen von Rheinland-Pfalz zahlreiche LAGen bewarben und nicht alle wegen der begrenzten finanzielle Ressourcen in die LEADER+-Förderung aufgenommen werden konnten, ein gewisser „regionaler Proporz“ gewahrt und daher aus jeder Region letztlich nur eine LAG ausgewählt wurde. Möglicherweise war auch der innovative, regionsspezifische Charakter einiger Strategien nicht zufriedenstellend ausgeprägt, so dass letztlich die geforderte Pilothaftigkeit nicht ausreichend zu erkennen war. Innerhalb der Westpfalz wurde mit der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ das traditionelle touristische Zentrum der Region mit dem höchsten Bekanntheitsgrad ausgewählt. Die gebietsbezogene, integrierte Entwicklungsstrategie mit Pilotcharakter (GIEP) dieser LAG soll nun im Folgenden genauer analysiert werden hinsichtlich ihrer Relevanz für die Entwicklung des Tourismus.

### **2.2.3 Gebietsbezogene, integrierte Entwicklungsstrategie mit Pilotcharakter (GIEP) der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER+**

Das Aktionsgebiet der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ umfasst Teile der Landkreise Südwestpfalz (Verbandsgemeinden Dahn, Hauenstein und Rodalben sowie Teile der Verbandsgemeinden Pirmasens-Land und Waldfishbach-Burgalben) und Kaiserslautern (Verbandsgemeinden Enkenbach-Alsenborn und Hochspeyer sowie Teile der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd) sowie aus geografischen Gründen die Ortsgemeinde Elmstein im Landkreis Bad Dürkheim. Im Zeitraum von 2002 bis 2006 steht der LAG einschließlich des lokalen Anteils ein Budget von insgesamt von 6 Mio. € zur Verfügung.

Die Organisation der Umsetzung ist dabei eng an bestehende Verwaltungsstrukturen geknüpft. So fungiert der Landrat der Kreises Südwestpfalz als Vorsitzender und der Landrat des Kreises Kaiserslautern als dessen Stellvertreter. Ebenso ist auch die Geschäftsführung mit zwei Mitgliedern den Kreisverwaltungen zugeordnet. Darüber hinaus ist mit der Leitung der Geschäftsstelle eine hauptamtliche Regionalmanagerin an der Umsetzung beteiligt, die jedoch ebenfalls in die bestehenden Verwaltungsstrukturen integriert ist (angesiedelt bei der Kreisverwaltung Südwestpfalz – Abteilung Umwelt). Neben der LAG-Lenkungsgruppe und der LAG-Geschäftsführung wurden insgesamt vier Arbeitsgruppen gegründet, worunter sich eine neben den Bereichen „Schwachholz“, „Stammholz“, „Kulturlandschaft“ explizit dem Bereich des „Tourismus“ widmet. Die einzelnen Arbeitsgruppen haben dabei den Auftrag Ideen für die strategischen Felder zu sammeln, zu bewerten und zu bearbeiten. Die gebietsbezogene, integrierte Entwicklungsstrategie (GIEP) für das Aktionsgebiet der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ wurde in einem mehrstufigen Erarbeitungsprozess erstellt.

Dieser begann Anfang 2001 mit Expertengesprächen und Runden Tischen „zur Eruierung der Entwicklungspotenziale in der Region“ und ging weiter mit der Besiegelung der gebietsübergreifenden Zusammenarbeit der Landkreise durch die Landräte und einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit zur Mobilisierung der lokalen Akteure. Ende 2001 wurde ein Auftaktworkshop zur Erarbeitung der GIEP durchgeführt und damit die konkrete Projektentwicklungsphase eingeleitet. Anfang 2002 folgte schließlich die konstituierende Sitzung der Lenkungsgruppe in deren Rahmen die GIEP vorgestellt und diskutiert wurde. Anschließend wurde der Entwurf überarbeitet und im April 2002 bei der zuständigen Behörde (ADD Trier) eingereicht.<sup>356</sup>

Als Schwerpunktthema wurde die „Valorisierung des natürlichen und kulturellen Potenzials“ zur „Steigerung der regionalen Wertschöpfung der Produkte des Pfälzerwaldes“ gewählt. Dieses Thema weist einen eindeutigen und engen Bezug zur Entwicklung des Tourismus auf: Das natürliche und kulturelle Potenzial des Pfälzerwaldes stellt die Grundlage und die Hauptentwicklungsressource der Region im Tourismusbereich dar. Dies wird auch in der einleitenden Bestandsaufnahme bestätigt, welche die naturräumliche Ausstattung, insbesondere im Teilraum „Dahner Felsenland“ als zentrale Ressource des LAG Gebietes identifiziert. Die GIEP setzt sich darüber hinaus intensiv mit den Stärken und Schwächen der Region im Bereich des Tourismus auseinander, die bereits bei der Analyse der Ausgangssituation im Tourismus aufgezeigt wurden. Daher werden an dieser Stelle nur die wesentlichen Erkenntnisse dargelegt.

Gute Voraussetzungen für eine verstärkte touristische Entwicklung sieht die Bestandsaufnahme vor allem in den Bereichen Wandern, Klettern, Radfahren sowie im Reitsport und in Verbindung mit der Kultur. Aufgrund dessen ist die Förderung des Tourismus ein wesentlicher Schwerpunkt innerhalb der GIEP. Deren strategischer Ansatzpunkt es ist, „die im LAG-Gebiet vorhandenen Potentiale sowohl im Bereich des Waldbaus, als auch im Tourismus zu verknüpfen und daraus innovative Produkte zu entwickeln, die eine Grundlage für die Förderung des Dienstleistungssektors bilden können.“ Es sollen in diesem Zusammenhang also insbesondere Synergien gefördert und genutzt werden zwischen unterschiedlichen, jedoch eng miteinander verbundenen Bereichen, wie etwa der Land- und Forstwirtschaft, dem Tourismus oder dem Bereich Naturschutz / Landschaftspflege. Auf diese Weise soll letztlich ein Kreislauf hergestellt werden „zwischen der nachhaltigen Nutzung des Natur- und Kulturerbes der Region und dessen Pflege und Entwicklung.“ Als Begründung hierfür wird betont, dass diese Potenziale nur dann langfristig erhalten bleiben, „wenn sie wirtschaftlichen Nutzen bringen.“<sup>357</sup> Infolge der vorgesehenen Maßnahmen werden weiterhin Arbeitplatzeffekte erwartet, die letztlich zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen im Aktionsgebiet beitragen sollen.

---

<sup>356</sup> Lokale Aktionsgemeinschaft (LAG) „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ (Hrsg.) (2002): Gebietsbezogene, integrierte Entwicklungsstrategie mit Pilotcharakter (GIEP) der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER+.

<sup>357</sup> Vgl. Ebenda.

### 2.2.3.1 Bedeutung der Entwicklungsziele, Maßnahmenschwerpunkte und Projekte der GIEP für die Entwicklung des Tourismus

Zur Konkretisierung bzw. zur Erreichung des Oberziels wurden vier Handlungs- bzw. Themenfelder formuliert. Themenfeld A setzt sich dabei mit der „Förderung eines regionalen Absatzmarktes für Schwachholz und nachwachsende Rohstoffe“ auseinander. Darüber hinaus sollen die weiteren Themenfelder eine „Steigerung der regionalen Wertschöpfung von Stammholz“ (B), eine „Erweiterung der touristischen und kulturellen Angebote“ (C) sowie eine „Entwicklung der Kulturlandschaft unter besonderer Berücksichtigung der Offenlandbereiche“ (D) unterstützen.<sup>358</sup> Dabei wird deutlich, dass ein direkter Zusammenhang zwischen der GIEP und der Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz besteht (vgl. hierzu Tab. 11): Einer der vier Schwerpunkte (Themenfeld C) ist direkt auf die Förderung des Tourismus ausgerichtet, im Sinne einer „Erweiterung des touristischen Angebotes.“ Daneben ist Schwerpunkt C mit dem Ziel einer „Entwicklung der Kulturlandschaft unter besonderer Berücksichtigung der Offenlandbereiche“ ebenfalls von großer Relevanz für den Tourismus, da die landschaftliche Vielfalt und Attraktivität das Hauptpotenzial des Tourismus in der Region darstellt. Im Gegensatz dazu scheinen die restlichen beiden Themenfelder zunächst keinen direkten Bezug und somit keine Relevanz für die touristische Entwicklung zu haben. Die einzelnen Themenfelder werden nun im Folgenden genauer hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Entwicklung des Tourismus analysiert.

Themenfeld C besitzt wie erwähnt zweifellos die größte Bedeutung für den Tourismus. Als konkrete Maßnahmen werden in diesem Zusammenhang der „Ausbau der vorhandenen touristischen Infrastruktur“, der „Ausgleich des bestehenden touristischen Attraktivitätsgefälles im LAG-Gebiet“ durch Schaffung neuer Attraktivitätspunkte, die „Vernetzung des bestehenden Angebots“, die „Erhöhung der Aufenthaltsdauer der Gäste“ als ein Beitrag zur Steigerung der regionalen Wertschöpfung sowie die „stärkere Verknüpfung von regionaltypischen landschaftsbezogenen Produkten mit dem Tourismus in der Gastronomie“ genannt. Im Gegensatz zu den operationellen Programmen auf Landesebene (Ziel-2-Programm oder LEADER-Programm) werden im Rahmen dieses regionalen Entwicklungsprogramms zur Umsetzung von LEADER+ im Untersuchungsraum bereits konkrete Projektvorschläge erarbeitet.

Dabei handelt es sich im Einzelnen um das Projekt „Kulinarische Spezialitäten“ im „Zentrum Pfälzerwald“ (VGen Rodalben, Waldfishbach-Burgalben, Kaiserslautern-Süd (teilweise) und OG Elmstein) in dessen Rahmen ein Verein gegründet werden soll, mit dem Ziel kulinarische Spezialitäten anzubieten. Anschließend sollen Themenwochen in der Gastronomie sowie in Geschäften ebenso wie eine intensive Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden. Dadurch soll das touristische Angebot erweitert werden, eine Verbesserung der Wertschöpfung in der Region sowie eine Kooperation zwischen den Wirtschaftszweigen erreicht werden. Ein weiterer Verein im Bereich des „Zentrums Pfälzerwald“ soll sich mit der Thematik „Kultur im Wald“ beschäftigen, um auf diese Weise zur Erweiterung des touristischen Angebotes ein gemeinsames Kulturprogramm zu erstellen, das entsprechend vermarktet werden soll. In diesem Zusammenhang soll ferner auch das Projekt „Kultur und Geschichte erleben“ etabliert werden. Durch Erstellung einer Wegekonzeption sowohl für PKW, als auch für Rad und Wandern mit Informationstafeln an einzelnen Stationen (Burgen, etc.), um so die vielen geschichtlichen und kulturhistorischen Stätten der Region aufzuwerten und bekannter zu machen. Letztlich soll auf diese Weise auch die Identität mit der Region gestärkt werden.

---

<sup>358</sup> Vgl. Lokale Aktionsgemeinschaft (LAG) „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ (Hrsg.) (2002): a.a.O.

Ein weiteres Projekt im Rahmen der GIEP mit dem Namen „Themenwanderweg und Stationen“ widmet sich der Erschließung des Pfälzerwaldes mit Themenwanderwegen.<sup>359</sup> Dabei sind u.a. ein sog. „Triftwanderweg“ zwischen Leinbachtal – Elmstein – Johanniskreuz sowie ein Waldlehrpfad geplant. Bestandteile dieses Projektes sind weiterhin ein einheitliches Leitsystem, die Freihaltung der Wege sowie deren thematische Aufbereitung. Mit dem Projekt „Auf dem Holzweg“ soll im „Zentrum Pfälzerwald“ ein weiterer Themenweg geschaffen werden, welcher sich der Darstellung verschiedener Holzgewinnungsarten widmen, und somit vorhandene Museen zum Thema Holz ergänzen soll. Ein zentrales Fest „Rund um's Holz“ soll neben Informationsmaterial zur Vermarktung dieses Themenweges beitragen.

Das zentrale Projekt der GIEP im Bereich des Tourismus stellt darüber hinaus die Mountainbike-Konzeption Pfälzerwald dar. In deren Rahmen im Bereich des „Zentrums Pfälzerwald“ eine qualifizierte „Mountainbike-Wegekonzeption mit Pilotcharakter“ entstehen soll. Dabei soll die Schaffung eines neuen touristischen Angebotes für eine neue Zielgruppe und die „Förderung der touristischen Nutzung des Waldes durch behutsame touristische Entwicklung in Verbindung mit der Biosphärenreservatsidee“ angestrebt werden. Der innovative Charakter dieses Projektansatzes soll durch die Nutzung neuer Technologien (Internet, GPS) verstärkt, und gleichzeitig auf diese Weise auch die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden. Darüber hinaus wurden innerhalb der GIEP noch weitere Projektvorschläge mit dem Ziel der Erweiterung des touristischen Angebotes entwickelt: So u.a. ein „Lebendes Museum für Handwerk und Technik – Haus Gienanth“ in Verbindung mit der „Offenhaltung der Landschaft durch Beweidung im Karlstal“ sowie mit der „Fünf-Bäche-Tour“ im „Zentrum Pfälzerwald“ ein weiterer Themenweg, welcher durch die Einrichtung von Informations- und Beobachtungsstationen an besonderen Abschnitten der Gewässer sowie die touristische Vernetzung der Quellbäche rund um die Wasserscheide Johanniskreuz „das Medium Wasser erlebbar machen soll.“

Durch alle genannten Projektvorschläge sind positive Auswirkungen bzw. Impulse für die Entwicklung des Tourismus möglich. Dabei fällt zunächst auf, dass sich die Projektvorschläge aus räumlicher Sicht allesamt auf den Teilbereich „Zentrum Pfälzerwald“ konzentrieren und damit auf den Teil des Pfälzerwaldes, der bislang eher im Schatten des südlichen Teilbereiches, des sog. „Dahner Felsenlandes“ stand. Dies ist jedoch auf den zweiten Blick logisch und sinnvoll, da eines der wesentlichen Ziele der GIEP in Bezug auf den Tourismus der „Ausgleich des bestehenden touristischen Attraktivitätsgefälles im LAG-Gebiet“ darstellt, wobei dies in erster Linie durch die Schaffung neuer Attraktivitätspunkte erreicht werden soll. Bislang ist das Dahner Felsenland der eindeutig touristisch attraktivste Teilraum sowohl innerhalb der Westpfalz insgesamt als auch innerhalb des Pfälzerwaldes. In diesem Bereich ist die touristische Erschließung am weitesten fortgeschritten und das Angebot am vielfältigsten und differenziertesten ausgeprägt sowohl in Bezug auf die Übernachtungsmöglichkeiten (Sterne-Hotels, (Land-)Gasthöfe, Pensionen, Ferienwohnungen, etc.) als auf Anziehungspunkte (Felsenformationen, Burgen). Wobei die Attraktivität des Dahner Felsenlandes als Tourismusstandort darüber hinaus durch die unmittelbare Nachbarschaft zu den Tourismusregionen Elsass und Deutsche Weinstraße noch deutlich gesteigert wird.

Die geplanten Projekte können vor diesem Hintergrund einen Beitrag dazu leisten, die touristische Entwicklung im sog. „Zentrum Pfälzerwald“ zu forcieren, sowie darüber hinaus die Potenziale in diesem Teilbereich stärker als bislang hervorzuheben.

---

<sup>359</sup> Vgl. Lokale Aktionsgemeinschaft (LAG) „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ (Hrsg.) (2002): a.a.O.

Insbesondere scheinen diese Projektansätze geeignet, neue touristische Anziehungspunkte zu schaffen und damit das vorhandene Angebot im Pfälzerwald sinnvoll zu ergänzen. Durch die Anlage von Rad- bzw. Wanderwegen und dem damit verbundenen Ausbau der Basisinfrastruktur wird die touristische Erschließung dieses Teilraums gefördert. Davon profitiert letztlich die gesamte Region, da ein Lückenschluss im Bereich der touristischen Infrastruktur stattfindet und somit die Potenziale des nördlichen und südlichen Pfälzerwaldes stärker miteinander verknüpft werden.

Des Weiteren erscheinen einige Projektideen („Mountainbike-Konzeption Pfälzerwald“, „Jugendfreizeitprogramm“) dazu geeignet, neue Zielgruppen für den regionalen Tourismus zu gewinnen. Ebenso kann infolge der vorgesehenen Maßnahmen, wie etwa den geplanten Themenwegen („Auf dem Holzweg“), die touristische Profilierung gestärkt werden durch die Nutzung bzw. Hervorhebung regionaler Besonderheiten. Regionale Besonderheiten des LAG-Gebietes werden dabei nicht nur stärker nach außen transportiert sondern entfalten auch Wirkung innerhalb der Region, so dass auf diese Weise die Bewusstseinsbildung und Identifikation mit der Region gestärkt werden kann. Im Zusammenspiel mit den vorgesehenen Maßnahmen einer intensivierten Öffentlichkeitsarbeit (Infomaterial, besondere Veranstaltungen, etc.) wird somit die Vermarktung der Region als Tourismusstandort professionalisiert.

Die GIEP ist damit durch diese zahlreichen Vorschläge und Initiativen für Projekte im bislang weniger touristisch erschlossenen nördlichen Teil des Pfälzer Waldes daher einerseits geeignet, das bestehende Attraktivitätsgefälle zwischen nördlichen und südlichen Pfälzerwald abzumildern, auf der anderen Seite wird der Pfälzerwald insgesamt als Tourismusstandort infolge einer Erweiterung des touristischen und kulturellen Angebotes gestärkt. Im Hinblick auf das bestehende Attraktivitätsgefälle muss allerdings noch erwähnt werden, dass dieses zwar abgemildert, jedoch vermutlich nicht gänzlich beseitigt werden kann, da einige wesentliche Standortvorteile des Dahner Felsenlandes aus Sicht des Tourismus vorhanden sind: Der Pfälzerwald ist in diesem Teilraum aus landschaftlicher Sicht attraktiver und vielfältiger, so bspw. aufgrund der charakteristischen Felsformationen oder aufgrund einiger Seen. Weiterhin ist die bereits erwähnte Nähe zu Frankreich als Alleinstellungsmerkmal zu bewerten. Ebenso sind die hier vorhandenen idyllischen Dörfer mit Fachwerkhäusern und weiteren Sehenswürdigkeiten (Burgen, Museen, etc.) als ein touristischer Standortvorteil gegenüber anderen Teilräumen der Westpfalz anzusehen.

Themenfeld D „Entwicklung der Kulturlandschaft unter besonderer Berücksichtigung der Offenlandbereiche“ ist für die Entwicklung des Tourismus von ähnlich großer Bedeutung wie Themenfeld C. Dabei wird vor allem die Relevanz der Landwirtschaft für die Offenhaltung der Talbereiche hinsichtlich Landschaftsbild, Erholungsnutzung und Biotopvielfalt betont. Auch wenn der Tourismus hier zunächst nicht explizit erwähnt wird, weist dieses Themenfeld einen engen Zusammenhang mit der Entwicklung des Tourismus auf. Die naturräumliche Ausstattung, die landschaftliche Attraktivität und Vielfalt stellt wie im Rahmen dieser Arbeit bereits aufgezeigt wurde die zentrale Entwicklungsressource des Tourismus in der Westpfalz dar. Diese landschaftliche Attraktivität und Vielfalt wird wie bereits erwähnt, durch die Gefahr einer Verbuschung der Offenlandbereiche in den Tälern des Pfälzerwaldes infolge des Rückgangs der landwirtschaftlichen Nutzung bedroht. Die innerhalb dieses Themenfeldes der GIEP vorgesehenen Maßnahmen sind daher geeignet, die Kulturlandschaft des Pfälzerwaldes zu schützen bzw. zu erhalten.

Damit leistet die GIEP einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der landschaftlichen Vielfalt des Pfälzerwaldes, welche als wesentliche Grundlage und Voraussetzung für die weitere touristische Entwicklung der Region anzusehen ist.

Dabei erscheinen einige der vorgesehenen Projekte besonders geeignet die touristische Weiterentwicklung der Westpfalz zu fördern: Mit der „Offenhaltung prägender Landschaftselemente am Felsenwanderweg“ in Rodalben wird der „Ausbau der vorhandenen touristischen Infrastrukturen in Verbindung mit der Entwicklung der Kulturlandschaft angestrebt.“ Dieses Projekt stellt eine sinnvolle Ergänzung und Erweiterung der in Themenfeld C geplanten Themenwanderwege dar und leistet ebenso wie diese einen Beitrag zur regionalen Profilbildung im Tourismus. Die für den südlichen Pfälzerwald charakteristischen Felsformationen aus Bundsandstein stellen ein Alleinstellungsmerkmal der Region Westpfalz im Bereich des Tourismus dar. Infolge des Projektansatzes „Felsenwanderweg“ kann dieses Potential stärker in den Vordergrund gerückt und somit besser vermarktet werden.

Eine für den Tourismus bedeutsame Projektidee stellt zudem der Ansatz „Offenhaltung der Landschaft durch Beweidung“ dar. Dabei soll die Freihaltung des verbuschten Karlstals und dessen Pflege durch Beweidung mit Rindern der staatlichen landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Neumühle gewährleistet werden. Infolge dieser Maßnahme wird mit dem Karlstal ein touristischer Anziehungspunkt im nördlichen Pfälzerwald aufgewertet und erlebbar gemacht, der auch aus landschaftlicher und historischer Sicht als bedeutsam einzustufen ist. Somit wird ein wesentlicher Beitrag zur Förderung der touristischen Erschließung des nördlichen Pfälzerwaldes geleistet. Eine ähnliche Zielsetzung verfolgt auch der Projektvorschlag „Frankenstein – Diemersteiner Tal – Offenhaltung der Landschaft“. Auch an dieser Stelle soll ein „ökologisch, kulturhistorisch und industriegeschichtlich bedeutsames Tal“ im nördlichen Pfälzerwald eine Inwertsetzung erfahren. Dies soll u.a. durch die Freilegung von Gewässern, den Erwerb von Teichen, die Freilegung von Felsformationen sowie Landespflegerische Maßnahmen erreicht werden um so die Kulturlandschaft herauszuheben mit den vorhandenen historischen Kernen „Villa Denis“, „Burgruine Diemerstein“ und „Ritterischen Posthalterei“ als „Teil der touristischen Infrastruktur im Pfälzerwald.“ Ähnlich wie bereits bei Themenfeld C festgestellt, konzentrieren sich die Projektvorschläge innerhalb des Themenfeldes D hierbei von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf den nördlichen Teil des Pfälzerwaldes.

Aus diesem Grund scheinen sie geeignet, unterstützend und ergänzend zu den Projekten aus Themenfeld C das vorhandene Attraktivitätsgefälle zwischen nördlichen und südlichen Pfälzerwald abzumildern. Insbesondere kann dies durch den Schutz, die Aufwertung oder die Erlebbarmachung von Kulturlandschaft sowie natürlichen Ressourcen des nördlichen Pfälzerwaldes geschehen. Des Weiteren wird durch einige der vorgesehenen Projekte die touristische Erschließung bzw. Vermarktung dieses Teilraumes gefördert und somit die Grundlage für eine effizientere bzw. intensivere Nutzung der vorhandenen Potenziale für die touristische Entwicklung geschaffen. Durch die geplanten Offenhaltungsprojekte nach dem Leitbild „Schutz durch Nutzung“ werden zudem Synergien und Kooperationen zwischen Landwirtschaft, Naturschutz sowie Tourismus gefördert. Sie unterstützen dabei die gegenseitige Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung, so dass auf diese Weise Konflikte zwischen diesen Bereichen entschärft bzw. im Optimalfall gar vermieden werden können.

Die beiden restlichen Themenfelder der GIEP, welche sich mit der „Förderung eines regionalen Absatzmarktes für Schwachholz“ (Themenfeld A) sowie der „Steigerung der regionalen Wertschöpfung für Stammholz“ befassen, scheinen auf den ersten Blick keine Bedeutung für den Bereich des Tourismus zu haben.

Bei genauerer Betrachtung sind dennoch gewisse, zumindest indirekte Impulse bzw. Ansatzpunkte für Zusammenhänge zwischen diesen Themenfeldern und dem Tourismus zu erkennen.

So wird durch diese Themenfelder eine Steigerung der regionalen Wertschöpfung und Einkommen angestrebt, ebenso die Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen. Infolgedessen scheint eine Steigerung der Einnahmen der öffentlichen Hand in der Region möglich, wodurch finanzielle Ressourcen frei werden können für weitere Investitionen im Tourismusbereich.

Weiterhin können einzelne der geplanten Maßnahmen unterstützend zu Themenfeld D dazu beitragen die landschaftliche Attraktivität des Pfälzerwaldes zu erhalten, da im Rahmen von Analysen innerhalb der GIEP festgestellt wurde, dass die Absatzprobleme im Holzbereich „zu Defiziten bei Waldpflege“ führen können.<sup>360</sup> So dass letztlich auch die Maßnahmen im Rahmen der Themenfelder A und B einen Beitrag zum „Schutz durch Nutzung“ leisten. Ebenso muss in diesem Zusammenhang bedacht werden, dass Infrastrukturen zur wirtschaftlichen Nutzung der Ressourcen des Pfälzerwaldes auch zur touristischen Erschließung (mit)genutzt werden können, so u.a. Wirtschaftswege als Wanderwege, Nordic-Walking- und / oder Mountainbikeparcours, Lagerplätze als Rast- oder Parkplätze.

Schlussendlich sind geplante Modell- oder Demonstrationsprojekte (z.B. Blockheizkraftwerke, Einsatz neuer Technologien) in diesen Bereichen geeignet das Interesse der Öffentlichkeit auf die Region zu lenken. An diesen Projekten interessierte haben dann einen Anreiz die Region zu besuchen im Rahmen von Exkursionen, Fachtagungen, wobei ihnen dann auf diese Weise auch die touristischen Potenziale des Pfälzerwaldes aufgezeigt werden können. Ebenso ist es denkbar Modell- und Demonstrationsprojekte in Verbindung mit touristischen Einrichtungen zu realisieren, um auf diese Weise die Attraktivität bzw. den Innovationsgehalt von touristischen Projekten zu erhöhen und somit Alleinstellungsmerkmale zu schaffen, die letztlich neben Touristen auch weitere Zielgruppen ansprechen (Fachleute, Technikinteressierte, etc.). Dadurch können des weiteren Synergieeffekte geschaffen und die Fördermöglichkeiten erhöht werden, was in einer finanz- und strukturschwachen Region wie der Westpfalz von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

---

<sup>360</sup> Vgl. Lokale Aktionsgemeinschaft (LAG) „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ (Hrsg.) (2002): a.a.O.

**Tab. 11: Zusammenhang zwischen GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ und der Entwicklung des Tourismus**

Fördermaßnahme	Bedeutung für den Tourismus
<p><b>Themenfeld C: „Erweiterung der touristischen und kulturellen Angebote“</b></p> <p>Maßnahmen, u.a.:</p> <p>„Ausbau der vorhandenen touristischen Infrastruktur“</p> <p>„Ausgleich des bestehenden touristischen Attraktivitätsgefälles im LAG-Gebiet durch Schaffung neuer Attraktivitätspunkte“</p> <p>„Vernetzung des bestehenden Angebotes“</p> <p>„Erhöhung der Aufenthaltsdauer der Gäste“</p> <p>„Stärkere Verknüpfung von regionaltypischen landschaftsbezogenen Produkten mit dem Tourismus in der Gastronomie“</p> <p>Konkrete Projektvorschläge, u.a.: Mountainbikepark-Konzeption, u.a.: Erschließung des Pfälzerwaldes mit Themenwanderwegen, Multimediale Darstellung des Projektgebietes, etc.</p>	<p>Ergänzung des Ziel-2-Programmes: Beitrag zur touristischen Erschließung, Erweiterung des touristischen Angebotes</p> <p>Abbau von Disparitäten im regionalen Tourismus,</p> <p>Förderung der touristischen Profilbildung, intensivere Nutzung vorhandener Potenziale, Nutzung von Synergien zwischen Tourismus, Landwirtschaft und Naturschutz</p> <p>Gewinnung neuer Zielgruppen, Schaffung von Alleinstellungsmerkmalen, Professionellere Vermarktung der Region und ihrer (touristischen) Potenziale</p>
<p><b>Themenfeld D: „Entwicklung der Kulturlandschaft unter besonderer Berücksichtigung der Offenlandbereiche“</b></p> <p>Suche nach wirtschaftlich tragfähigen Nutzungsformen dieser Offenlandbereiche</p> <p>Konkrete Projektvorschläge, u.a.: Ausbau der vorhandenen touristischen Infrastrukturen in Verbindung mit der Entwicklung der Kulturlandschaft“ (z.B. Felsenwanderweg Rodalben, Heidelehrpfad Mehlingen)</p>	<p>Förderung von Synergien und Kooperation zwischen den Bereichen Tourismus, Naturschutz und Landwirtschaft</p> <p>Erhalt des natürlichen Potenzials als zentrale Entwicklungsressource im Tourismusbereich</p> <p>In Ergänzung zu Themenfeld C: Ausbau der touristischen Infrastruktur, Schaffung von Alleinstellungsmerkmalen und Profilbildung</p>
<p><b>Themenfelder A („Förderung eines regionalen Absatzmarktes für Schwachholz“) und B („Steigerung der regionalen Wertschöpfung für Stammholz“)</b></p>	<p>Keine direkte Bedeutung für die Entwicklung des Tourismus – lediglich ansatzweise indirekte Impulse möglich (z.B. durch Motto „Schutz durch Nutzung“ erhalt der landschaftlichen Vielfalt und Attraktivität)</p>

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

In gleicher Weise wie das Ziel-2-Programm wurde auch das LEADER+-Programm Rheinland-Pfalz einer umfassenden Evaluierung unterzogen. Bereits in das EPPD ist dabei die Ex-ante-Bewertung integriert, die durch das TAURUS-Institut an der Universität Trier in engem Austausch mit dem zuständigen Ministerium (Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau) durchgeführt wurde. Dabei wird Ziel 4 „Förderung einer nachhaltigen Tourismusentwicklung“ als einer der Schwerpunktbereiche der vorangegangenen Förderperioden identifiziert. Gleichzeitig wird an dieser Stelle verdeutlicht, dass in diesem Bereich „noch erhebliche Wachstumspotenziale vorhanden sind“ und es wird die „besondere Bedeutung des Tourismus innerhalb der ländlichen Entwicklung unterstrichen.“ Die Evaluatoren betonen in diesem Zusammenhang einerseits die Notwendigkeit einer „stärkeren Erläuterung“ der Zielsetzung – „um den LAGen deutlichere Entwicklungslinien aufzuzeigen“, die „zu einer Gesamtprofilierung des rheinland-pfälzischen Tourismus führen könnten.“<sup>361</sup>

Andererseits enthält das LEADER+-Programm nach Ansicht der Evaluatoren teilweise zu konkrete Vorgaben bezüglich der möglichen Projekte, bspw. die Vorschläge zur Förderung von Radwegen. Dabei wird befürchtet, dass dies letztlich zu einer „Einengung der Ideenentwicklung der LAGs führen kann.“ Die Ex-ante Bewertung stellt in diesem Kontext jedoch auch fest, dass die Festlegung von Zielen und Unterzielen nicht abschließend ist, „um die Erprobungsmöglichkeiten der LAGs nicht zu sehr einzuengen.“ Dadurch werden zum einen „große Spielräume“ für die LAGen eröffnet, wobei dann die Gefahr besteht dass „eine klare Zielsetzung geschwächt werden kann“, was wiederum eine „Bündelung der Energien und Ressourcen im ländlichen Raum in RP erschweren könnte.“<sup>362</sup>

Im Gegensatz dazu schlagen die Evaluatoren einen „deutlicheren Bezug zu den spezifischen Problemstellungen innerhalb der ländlichen Regionen von Rheinland-Pfalz“ vor. Schließlich erkennt die Ex-ante-Evaluierung in der Kofinanzierung das wesentliche Problem des rheinland-pfälzischen LEADER+-Programms: Diese erfolgt in erster Linie durch bestehende Förderprogramme, jedoch können im Rahmen von LEADER+ nur Projekte mit Pilotcharakter gefördert werden. Wobei bei neuartigen Ansätzen nicht immer davon ausgegangen werden kann, „dass bereits ein passendes Landesprogramm mit entsprechender Verwaltungsvorschrift existiert.“ Anhand dieser Aussagen wird erneut bestätigt, was bereits bei der Analyse der Umsetzung von LEADER+ in der Westpfalz angedeutet wurde: In Deutschland ist die Umsetzung der EU-Strukturpolitik eng an bestehende Verwaltungsstrukturen und bestehende Förderprogramme geknüpft.

Zur Mitte der Förderperiode 2000 bis 2006 wurde das LEADER+-Programm Rheinland-Pfalz einer Halbzeitbewertung unterzogen. Neben der fachlichen Begleitung durch die verantwortlichen Verwaltungsbehörden Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) sowie Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) wurde als externer Evaluator das ABP Abresch Bergfeld & Partner Competence Center Projektmanagement Gießen beauftragt. Die Halbzeitbewertung weist zwei zentrale Zielsetzungen auf, zum einen soll das rheinland-pfälzische LEADER+-Programm hinsichtlich seiner Wirkungen und Effekte im Sinne der Kernfrage „Welche tatsächlichen Entwicklungen sind durch LEADER+ in den Programmregionen ausgelöst worden?“ untersucht werden, „umso die Zweckmäßigkeit des Förderansatzes zu überprüfen.“

---

<sup>361</sup> Vgl. ABP Abresch, Bergfeld & Partner Competence Center Projektmanagement Gießen (Hrsg.): Halbzeitbewertung des rheinland-pfälzischen LEADER+-Programms, Bewertungsbericht Oktober 2003, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > LEADER+.

<sup>362</sup> Vgl. Ebenda.

Zum anderen soll die Evaluation aller europäischer LEADER+-Programme durch einen gemeinsamen Bewertungsrahmen die Ergebnisse „vergleichbar machen“ und so „Lerneffekte zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen den einzelnen Regionen auslösen.“ Zu diesem Zweck wurden neben den vorgegebenen gemeinsamen Bewertungsfragen auch programmspezifische Bewertungsfragen formuliert. Daraus lässt sich erkennen, dass die Evaluierung des rheinland-pfälzischen LEADER+-Programms stärker qualitativ und verbal-argumentativ ausgerichtet ist als z.B. die bereits beschriebene Evaluierung des Ziel-2-Programms Rheinland-Pfalz. Dies ist letztlich den jeweils unterschiedlichen Programmschwerpunkten in beiden Programmen geschuldet (Das Ziel-2-Programm zielt stärker auf die Förderung der sog. harten Standortfaktoren ab, und ist daher eher quantitativ ausgerichtet, während dagegen das LEADER+-Programm stärker auf die Förderung von qualitativen bzw. sog. weichen Aspekten konzentriert ist).

Zur Halbzeitbewertung des LEADER+-Programms wurde ein sog. „pragmatischer Evaluierungsansatz“ gewählt, im Sinne einer „Bottom-up-Evaluierung“, welcher sich im Wesentlichen auf Einschätzungen und Erfahrungen der regionalen Akteure stützt. Wobei an dieser Stelle vor allem Fragen zur Umsetzung von LEADER+ im Vordergrund stehen, während die programmspezifischen Fragen sich teilweise direkt dem Tourismus widmen. Eine dieser Bewertungsfragen soll dabei u.a. anhand unterschiedlicher Kriterien untersuchen, „Welche Effekte und Wirkungen in den begünstigten Gebieten durch eine nachhaltige Tourismusedwicklung“ erreicht wurden. Dabei soll insbesondere überprüft werden, ob LEADER+ in den begünstigten Gebieten zu einer Verknüpfung des kulturellen Erbes in den begünstigten Gebieten mit einer „zukunftsfähigen, nachhaltigen und sanften Tourismusedwicklung“ führt. Dabei ist für die Evaluatoren von besonderem Interesse, „inwieweit die einzelnen Regionen ihr endogenes Potenzial mit den Aktivitäten im Tourismus so verknüpfen können,“ „dass es zu einer erkennbaren Fremdenverkehrsprofilierung im Wettbewerb mit den übrigen Regionen kommt (Sichtbarmachung des Tourismusangebotes)“ und dadurch letztlich „zusätzliche Wertschöpfung im Sinne einer Erhöhung der überregionalen Nachfrage generiert werden kann.“<sup>363</sup>

Die Beantwortung dieser programmspezifischen Bewertungsfragen soll im Rahmen der Aktualisierung der Halbzeitbewertung im Jahr 2005 erfolgen. Doch bereits zum Zeitpunkt der Halbzeitbewertung (Oktober 2003) konnte bestätigt werden, dass „das Programm LEADER+ in Rheinland-Pfalz (und damit auch im Untersuchungsraum) positive Impulse für den ländlichen Raum ausgelöst hat.“ Dabei können auch positive Entwicklungsimpulse für die Gebiete erwartet werden, die sich als LEADER+ Fördergebiet bewarben aber letztlich nicht in die LEADER+ Förderung aufgenommen wurden. Denn die „Kommunikations- und Entscheidungsprozesse, die mit der Erarbeitung der regionalen Entwicklungskonzepte verbunden waren, stellen unabhängig von der Aufnahme in das Förderprogramm aus gutachtlicher Sicht einen besonderen Impuls gebenden sowie das Bottom-up-Prinzip mit Leben erfüllenden Wert an sich“ und eine „Aktivierung des endogenen Potenzials der Regionen dar.“

Diese Aussagen lassen sich speziell auf den Tourismus beziehen. Dieser Bereich profitiert besonders von LEADER+, da er das wesentliche endogene Potenzial der ländlichen Regionen darstellt. Des Weiteren ist der Tourismus eng mit anderen Bereichen der ländlichen Entwicklung verbunden (Naturschutz, Landwirtschaft, Kultur, etc.), infolge der beschriebenen „Kommunikations- und Entscheidungsprozesse“ im Sinne einer verstärkten Kooperation und Vernetzung sind daher ebenfalls neue Impulse und Synergien zu erwarten.

---

<sup>363</sup> Vgl. IfR – Institut für Regionalmanagement, Büro Gießen (Hrsg.): a.a.O.

Ein Bestandteil der programmspezifischen Fragen stellen weiterhin die titelspezifischen Fragen zur gebietsbezogenen, integrierten Entwicklungsstrategie mit Pilotcharakter, zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten sowie zur Vernetzung dar. In diesem Zusammenhang werden LEADER+ bereits in Ansätzen positive Einflüsse auf die regionale Entwicklung bescheinigt, wie bspw. das Zurückdrängen des Kirchturmdenkens „durch gemeinsame Entwicklungsanstrengungen der regionalen Akteure“ das speziell dem Tourismus zugutekommt. Abschließend setzt sich die Halbzeitbewertung mit der Evaluierung des Programmmanagements auseinander. Dabei werden Probleme und Defizite bei der Umsetzung von LEADER+ herausgestellt. In diesem Zusammenhang wird u.a. festgestellt, dass die zu knappe Bewerbungsphase „qualifizierte Projektentwicklungen und Projektskizzen getragen durch ehrenamtliches und zusätzliches hauptamtliches Engagement“ behindern kann. Stattdessen könnten aufgrund des kurzen Bearbeitungszeitraums sog. „Schubladenprojektierungen“, d.h. bereits an anderer Stelle entwickelte Projektideen, die bisher noch keine Förderung erhalten haben, hervorgeholt werden. Als größte Schwäche von LEADER+ wird der enorme Aufwand angesehen und es wird betont, dass die Abwicklung von Projekten unter LEADER II sich einfacher gestaltete. Noch einmal wird an dieser Stelle deutlich, dass die Sicherung der Kofinanzierung das wesentliche Umsetzungsproblem im Bereich der EU-Strukturpolitik darstellt.

Infolge der Aktualisierung der Halbzeitbewertung die vom Institut für Regionalmanagement in Gießen durchgeführt wurde, werden weitere Erkenntnisse bezüglich des Einflusses von LEADER+ auf die regionale Entwicklung deutlich. Wobei auch an dieser Stelle aufgrund der Thematik wieder der Bereich des Tourismus sowie vorhandene Schwächen und Defizite bei der Umsetzung im Vordergrund stehen sollen. Wobei erste Analysen der im Rahmen der Aktualisierung der Halbzeitbewertung gesammelten Informationen bereits erneut den engen Zusammenhang zwischen LEADER+ und der Entwicklung des Tourismus aufzeigen: So waren zum Zeitpunkt der Evaluierung insgesamt 83 Projekte mit Gesamtkosten von rund 6 Mio. € zur Förderung des ländlichen Fremdenverkehrs bewilligt. Im Bereich der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ waren bis 2005 insgesamt neun Projekte zur „Inwertsetzung touristischer Infrastruktur“ wie bspw. Aussichtstürme beantragt worden. Diese Projekte führen dabei zu einer „deutlichen Aufwertung von touristischen Einrichtungen“, v.a. aufgrund der „Vernetzung der touristischen Infrastruktur.“ So wird z.B. die Beschilderung eines Wanderweges mit Hinweisen auf ein Museum verbunden. Die Zielerreichungsgrade sind aus Sicht der Evaluatoren daher angemessen und es werden „mit Blick auf die Projektplanungen zeitnah weitaus höhere Inwertsetzungen touristischer Infrastrukturen erwartet“, u.a. bei Rad- und Wanderwegen.<sup>364</sup>

Des Weiteren wurden zum Zeitpunkt der aktualisierten Halbzeitbewertung im Bereich der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ Projekte im Bereich der nichtinvestiven Maßnahmen wie z.B. touristische Events, Konzeptionen und Veranstaltungen beantragt. So wurden bzw. werden zahlreiche Veranstaltungen im Tourismus mit Mitteln aus LEADER+ gefördert. Wobei die Zahl der durchgeführten Veranstaltungen die Planungen der LAG weit überstieg, als Ursache hierfür werden Sekundäreffekte in der Projektentwicklung angesehen, die „zu begleitenden Veranstaltungen in den Regionen geführt haben.“ Darüber hinaus wurden durch Qualifizierungsmaßnahmen in „praktisch allen LAGen Impulse in der Qualifizierung ländlicher Akteure und Akteurinnen ausgelöst“<sup>365</sup>, die sicherlich dem Bereich des Tourismus zugutekommen.

---

<sup>364</sup> Vgl. IfR – Institut für Regionalmanagement, Büro Gießen (Hrsg.): a.a.O.

<sup>365</sup> Vgl. Ebenda.

Damit wird insgesamt ein angemessener Umsetzungsstand erreicht, da 2005 bereits 80 % der EU-Mittel durch Bewilligungen abgedeckt sind. Den Schwerpunkt der aktualisierten Halbzeitbewertung bildet die Beantwortung der gemeinsamen und programm- bzw. titelspezifischen Bewertungsfragen. In diesem Zusammenhang wird bestätigt, dass LEADER+ u.a. die internationale und gebietsübergreifende Zusammenarbeit ebenso wie die Vernetzung auf der Programmebene gefördert hat. Ebenso wird im Rahmen der Evaluation deutlich, dass LEADER+ Synergieeffekte zwischen dem Tourismus und anderen Bereichen der regionalen Entwicklung fördert. Ferner verdeutlicht die Beantwortung der programmspezifischen Bewertungsfragen, welche sich v.a. mit den Effekten einer nachhaltigen Tourismusentwicklung befassen, den großen Einfluss und die herausragende Bedeutung von LEADER+ für die Entwicklung des Tourismus. Die Evaluatoren bestätigen, dass die Ausrichtung der regionalen Entwicklungsstrategien auf das Ziel 4 („Nachhaltige Tourismusentwicklung“) in den Regionen insgesamt „äußerst positive Entwicklungen angestoßen hat.“

Aus Sicht des Tourismus erfuhren die LEADER+-Aktionsgebiete eine relativ bessere Entwicklung als das Gesamtgebiet: So wurden u.a. neue Zielgruppen durch entsprechende (neue) Angebote angesprochen. Im Rahmen der touristischen Inwertsetzung der LEADER+-Regionen wurden bislang über 300 km Rad- und über 700 km Wanderwege ausgebaut, beschildert, restauriert oder ausgewiesen. Ebenso wurde insgesamt 220 km Themenpfade und 14 Aussichtstürme sowie 94 touristische Einrichtungen realisiert. Durchgeführte Befragungen der touristischen Regionalagenturen kamen letztlich zu dem Ergebnis, dass „der Einfluss von LEADER+ auf die Tourismussituation bedeutend ist.“<sup>366</sup> Der Erfolg von LEADER+ scheint hierbei im Vergleich zu anderen EU-Förderprogrammen v.a. in einer hohen Effizienz zu liegen. So wird LEADER+ im Bereich des Tourismus bescheinigt, mit einem „vergleichbar überschaubaren Mitteleinsatz“ in den begünstigten Gebieten „zu umfassend positiven Entwicklungen geführt zu haben.“ Daher hat sich schließlich die „hohe Priorität der Tourismusentwicklung als Ansatzpunkt für eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Regionen insgesamt bewährt.“<sup>367</sup>

Darüber hinaus analysiert die aktualisierte Halbzeitbewertung die touristische Entwicklung in den einzelnen LEADER+-Regionen. Bezüglich des Untersuchungsraumes wird dabei auf eine deutliche Verbesserung der Zufriedenheit der Gäste, eine Verbesserung der Attraktivität der Region sowie eine „wesentlich stärkere Inwertsetzung des kulturellen und des natürlichen Potenzials“ verwiesen.<sup>368</sup> Kritisch bezüglich der Umsetzung von LEADER+ in Rheinland-Pfalz bemerkt die Aktualisierung der Halbzeitbewertung an, dass die Umsetzung hier zu ca. 95 % durch öffentliche Partner erfolgt, während private nur zu etwa 5 % begünstigt werden. Dies kann nach Meinung der Evaluatoren die Bottom-up-Orientierung beeinträchtigen, da private wie bspw. Unternehmer / Unternehmerinnen so „nur schwer langfristig in den Prozess einzubeziehen sind.“ Daneben wird erneut in Frage gestellt ob „der erhebliche Aufwand in angemessener Relation zum Mittelvolumen von LEADER+ steht.“

Daher empfehlen die Evaluatoren auf eine „vollkommene Neuauslobung der LEADER-Mittel durch einen Wettbewerb“ zu verzichten und eine Weiterführung der bestehenden LAGen zur neuen Förderperiode 2007 bis 2013 anzustreben. Dabei sollten die vorhandenen Entwicklungsstrategien weiterentwickelt werden. Jedoch sollte beim „Übergang in die neue Förderperiode die LEADER-Achse auch für neue Regionen geöffnet werden.“<sup>369</sup>

---

<sup>366</sup> Vgl. IfR – Institut für Regionalmanagement, Büro Gießen (Hrsg.): a.a.O.

<sup>367</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>368</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>369</sup> Vgl. Ebenda.

Dies ist insbesondere in Hinblick auf den Untersuchungsraum von Bedeutung. Wenn hier künftig weiterhin nur der Pfälzerwald als touristisches Zentrum Bestandteil der LEADER+-Förderung ist und damit weiter gestärkt wird gegenüber den touristischen Randgebieten der Westpfalz, besteht die Gefahr dass das vorhandene touristische Angebotsgefälle in der Region weiter verschärft wird. Neben den verschiedenen Evaluierungen müssen auch für das LEADER+-Programm zur Bewertung und Begleitung jährliche Durchführungsberichte angefertigt werden. Dabei soll in erster Linie der aktuelle Umsetzungsstand des Programms dokumentiert werden.

Der Durchführungsbericht 2006 erkennt dabei einmal mehr in der Sicherung des nationalen Finanzierungsanteils das wesentliche Problem bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik. Trotz der „schwierigen Haushaltslage von Bund, Land und Kommunen“, welche auch im Jahr 2006 „einen reibungslosen Ablauf der Finanzplanung erschwerte, insbesondere die Bereitstellung zusätzlicher nationaler Mittel für Vorhaben privater Projektträger“, konnte jedoch letztlich die Kofinanzierung der EU-Mittel gewährleistet werden.<sup>370</sup> Betreffend des Umsetzungsstandes zum Ende der Programmperiode 2000 bis 2006 konnte attestiert werden, dass „die Umsetzung des rheinland-pfälzischen LEADER+-Programms insgesamt zufrieden stellend verlaufen ist.“ Wobei der „Realisierungsgrad in den einzelnen Maßnahmen unterschiedlich ist.“ So wurden bis Ende des Jahres 2006 insgesamt 241 Projekte mit Gesamtkosten von 24,2 Mio. Euro bewilligt. Bezogen auf die einzelnen Titel des LEADER+-Programmes Rheinland-Pfalz wird deutlich, dass bspw. bei Titel 1 (GIEP) bis Ende 2006 „die Förderung des ländlichen Fremdenverkehrs in Rheinland-Pfalz mit 131 bewilligten Projekten im investiven Bereich, und mit 13 Projekten in den überwiegend anderen Maßnahmen dominierte.“<sup>371</sup>

#### **2.2.4 Fazit**

Abschließend lässt sich ein enger Zusammenhang zwischen dem LEADER+-Programm und der Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz feststellen. Die Förderung des Tourismus in Form der Inwertsetzung des natürlichen und kulturellen Potenziales der Region ist das zentrale Ziel sowohl des LEADER+-Programms Rheinland-Pfalz als auch der aus diesem entwickelten GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“. Dabei wird auf den ersten Blick das traditionelle Tourismuszentrum der Region weiter gestärkt, jedoch lässt sich bei genauerer Analyse erkennen, dass auch in den letztlich nicht als LEADER-Aktionsgebiet ausgewählten Teilräumen der Westpfalz, diese Gemeinschaftsinitiative der EU zu positiven Impulsen für die touristische Entwicklung führen kann, wie letztlich die Evaluierungsergebnisse bestätigen.

Dies lässt sich damit begründen, dass im Gegensatz zum Ziel-2-Programm die Bedeutung des LEADER+-Programms sich nicht in erster Linie auf das Volumen der Finanzmittel beschränken lässt, denn dieses ist deutlich geringer als z.B. im Ziel-2-Programm. Der wesentliche Beitrag des LEADER+-Programms liegt dagegen vielmehr in seinem sog. „Mehrwert“, welcher sich nicht in Zahlen ausdrücken lässt. LEADER+ wirkt sich daher vor allem qualitativ statt quantitativ auf den Bereich des Tourismus aus. Dieser Gemeinschaftsinitiative wird allgemein bestätigt, dass sie zu einer Modernisierung der Regionalentwicklung führt.

---

<sup>370</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz (Hrsg.): EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER+ in Rheinland-Pfalz, Durchführungsbericht 2006, Stand: Juni 2007, <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > LEADER+.

<sup>371</sup> Vgl. Ebenda.

Aufgrund der vorgegebenen Programmplanung sind die regionalen und lokalen Akteure angehalten sich zu einer lokalen Aktionsgemeinschaft (LAG) zusammenzuschließen, um gemeinsam eine regionale Entwicklungsstrategie als Grundlage für eine LEADER+-Bewerbung zu entwickeln. Im Rahmen dieses Prozesses findet damit eine intensive Kooperation und Vernetzung statt. Ferner eine intensive Auseinandersetzung mit den regionalen Stärken, Schwächen und Entwicklungspotentialen. Auf diese Weise wird die Profilbildung sowie die Entwicklung innovativer Strategien innerhalb der Region gefördert, gerade im Tourismus als dem zentralen Entwicklungspotential des ländlichen Raumes der Westpfalz.

Die Herausbildung von Nischen und Alleinstellungsmerkmalen gewinnt innerhalb der touristischen Entwicklung, in welcher ähnlich wie in anderen Bereichen der regionalen Entwicklung ein zunehmend verschärfter Wettbewerb zu beobachten ist, immer stärker an Bedeutung. Darüber hinaus profitiert der Tourismus, der eng mit anderen Bereichen der ländlichen Entwicklung wie etwa Landwirtschaft oder Naturschutz verbunden ist, durch die Kooperation und Vernetzung der Akteure. Dadurch können mögliche Synergien stärker gefördert werden, ebenso die Bewusstseinsbildung bzw. Sensibilisierung für die Belange anderer Bereiche (Naturschutz, Landwirtschaft, etc.), was letztlich zur Vermeidung bzw. Abmilderung von Konflikten führen kann. Die Förderung von Kooperationsbereitschaft und Vernetzung infolge der LEADER-Prozesse stärkt zudem die Identifikation und das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Region, was dem im Hinblick auf die touristische Entwicklung extrem hinderlichen Kirchturmdenken entgegenwirkt.

Daher ist die Bedeutung von LEADER+ für den Tourismus im Gegensatz zur Ziel-2-Förderung eher qualitativer denn quantitativer Art. LEADER+ stellt damit in mehrfacher Hinsicht eine sinnvolle Ergänzung zum Ziel-2-Programm dar. Denn auch innerhalb des LEADER+-Programms können investive Maßnahmen wie z.B. die Inwertsetzung der Tourismusinfrastruktur gefördert werden, jedoch lediglich Projekte im kleineren Umfang bzw. mit eher lokaler Ausrichtung. Dennoch können auf diese Weise Lücken oder Defizite innerhalb der touristischen Infrastruktur geschlossen werden. Ebenso werden kleinere touristische Anziehungspunkte geschaffen, die das touristische Angebot ebenfalls ergänzen. Ferner können im Rahmen von LEADER+ im Gegensatz zum Ziel-2-Programm Marketingmaßnahmen gefördert werden.

Dies ist insbesondere für den Tourismus in der Westpfalz von Bedeutung, denn die Region ist als Tourismusstandort im nationalen sowie v.a. im internationalen Maßstab noch nicht ausreichend bekannt. Darüber hinaus können diese Marketingmaßnahmen zu einer Effizienzerhöhung der Maßnahmen im Rahmen von Ziel 2 beitragen, indem sie den Bekanntheitsgrad von touristischen Anziehungspunkten erhöhen. Daneben können auch Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von ländlichen Gebieten das touristische Angebot erweitern bzw. ergänzen. Für die Westpfalz ist dies aufgrund der Nachbarschaft zu Frankreich und der damit verbundenen touristischen Potenziale von besonderer Bedeutung.

Zusammenfassend lässt sich daher feststellen, dass die Bedeutung von LEADER+, trotz des deutlich geringeren Finanzvolumens für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz insgesamt betrachtet, aufgrund dieses deutlichen Mehrwertes, noch wesentlich höher einzuschätzen ist als die Förderung im Rahmen von Ziel 2.

## **2.3 Weitere Förderprogramme der EU mit Relevanz für den Tourismus in der Westpfalz**

Die Förderung nach Ziel 2 der Europäischen Strukturfonds sowie die Gemeinschaftsinitiative LEADER+ stellen auf den ersten Blick zunächst die beiden wichtigsten Instrumente der EU Strukturpolitik zur Förderung des Tourismus in ländlichen strukturschwachen Regionen dar. Darüber hinaus lassen sich jedoch bei genauerer Betrachtung noch weitere relevante Instrumente der EU zur Tourismusförderung erkennen. Zu diesen zählen in der Programmperiode 2000 bis 2006 die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III sowie die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, die in Rheinland-Pfalz durch das Programm „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum (ZIL)“ umgesetzt wird.

Wobei INTERREG III in erster Linie für den südlichen Teilraum der Westpfalz (Landkreis Südwestpfalz) von Bedeutung ist. Dabei ist der Landkreis Südwestpfalz (sowie die Städte Pirmasens und Zweibrücken) insgesamt Teil des grenzüberschreitenden Programms „Saarland-Lothringen(Moselle)-Westpfalz“, darüber hinaus sind die beiden Verbandsgemeinden Dahner Felsenland und Hauenstein zusätzlich noch in das grenzüberschreitende Programm „PAMINA (Pfalz-Mittlerer Oberrhein-Nordelsass)“ integriert. Zwischen diesen Programmen und der Entwicklung des Tourismus bestehen ebenfalls zahlreiche direkte sowie indirekte Zusammenhänge (vgl. hierzu Tab. 12), die im Folgenden dargestellt werden sollen. Die Analyse der Programme erfolgt dabei jedoch nicht in der Intensität mit der Ziel-2- und LEADER+-Programm untersucht wurden. Vielmehr sollen an dieser Stelle vor allem der Bezug der grenzüberschreitenden Programme zum Ziel-2- und LEADER+-Programm aus touristischer Sicht herausgearbeitet werden.

### **2.3.1 Bedeutung der Programme zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz**

Wie bereits im Grundlagenteil erwähnt, besteht die Gemeinschaftsinitiative INTERREG aus insgesamt drei Ausrichtungen wobei die hier betrachteten Entwicklungsprogramme zur Ausrichtung A („grenzüberschreitende Zusammenarbeit“) zählen. Die Westpfalz hat hierbei zunächst Anteil am grenzüberschreitenden Kooperationsraum „Großregion“. Zu dieser „Großregion“ gehören neben der Westpfalz und anderen Gebieten in Rheinland-Pfalz (Region Trier), ferner das Saarland, die Region „Lorraine (Lothringen)“ in Frankreich, das Großherzogtum Luxemburg, sowie die deutschsprachige Gemeinschaft und die Region Wallonien in Belgien. Für die „Großregion“ wurden innerhalb der Förderperiode 2000 bis 2006 zwei (Teil-)Programme entwickelt: Zum einen das Programm „Saarland-Lothringen(Moselle)-Westpfalz“, zum anderen das Programm „Deutschland-Luxemburg mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft / Wallonischen Region Belgiens.“ Wobei für den Untersuchungsraum aus geografischen Gründen logischerweise lediglich ersteres von Relevanz ist.

Das Fördergebiet von INTERREG III A in der Westpfalz umfasst den unmittelbar an Frankreich grenzenden südlichen Teilraum mit dem Landkreis Südwestpfalz sowie den kreisfreien Städten Pirmasens und Zweibrücken. Die Förderschwerpunkte des Programms „Saarland-Moselle(Lothringen)-Westpfalz“ stellen die „Umsetzung einer aktiven Strategie der Standortpositionierung angesichts der Grenzlage“, die „Unterstützung der Optimierung einer neuen Standortattraktivität im Zentrum Europas“, die „Schaffung von Synergieeffekten durch grenzüberschreitende Raumentwicklung“, die „Profilierung des gemeinsamen Natur- und Kulturerbes“ sowie die Bereiche „Europäische Kompetenz“, „Vertiefung der

institutionellen Zusammenarbeit und Integration als Voraussetzung für den Abbau fortbestehender Trennwirkungen“ dar. Dabei wird der Bereich des Tourismus nicht direkt angesprochen, jedoch besteht vor allem durch den Bereich „Profilierung des gemeinsamen Natur- und Kulturerbes“ ein enger Zusammenhang zur touristischen Entwicklung in der Region Westpfalz. Denn das Natur- und Kulturerbe wird als zentrale Entwicklungsressource innerhalb des Tourismus im Untersuchungsraum angesehen. Es ergibt sich hierbei eine enge Verknüpfung zum LEADER+-Programm sowie der daraus entwickelten GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“, wo die Inwertsetzung der natürlichen und kulturellen Potentiale ebenfalls als Förderschwerpunkt identifiziert wurde. Insbesondere vor dem Hintergrund, als dass auch innerhalb von LEADER+ die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten gefördert wird.

Durch die im INTERREG Programm „Saarland-Moselle-Westpfalz“ vorgesehenen Maßnahmen im Rahmen der Förderbereiche „Schaffung von Synergieeffekten durch grenzüberschreitende Raumentwicklung“ sowie „Vertiefung der institutionellen Zusammenarbeit und Integration als Voraussetzung für den Abbau fortbestehender Trennwirkungen“ kann die Effizienz touristischer Maßnahmen erhöht werden, indem Potenziale der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besser genutzt werden können. Dabei bietet v.a. der Tourismus Chancen zur grenzüberschreitenden Kooperation und Vernetzung, da dieser Bereich ein Hauptentwicklungspotenzial der Großregion darstellt. Dieser Eindruck wird zusätzlich noch dadurch verstärkt, als dass die einzelnen Regionen auch innerhalb des Tourismus über gleiche bzw. ähnliche Potenziale im Bereich des Natur- und Kulturerbes verfügen, so bspw. das grenzüberschreitende Biosphärenreservat Pfälzerwald / Nordvogesen oder historische Verteidigungsanlagen wie auf deutscher Seite der „Westwall“ bzw. auf französischer Seite die „Maginot-Linie“.

Neben der Großregion hat die Westpfalz mit den Verbandsgemeinden Dahner Felsenland und Hauenstein aufgrund gewachsener Verflechtungen dieser Kommunen mit dem Oberrheinraum noch Anteil am europäischen Kooperationsraum „PAMINA.“ Dabei handelt es sich bei diesen beiden Verbandsgemeinden um den aus touristischer Sicht attraktivsten und am besten erschlossensten Teilraum der Westpfalz. Das Programmgebiet PAMINA verfügt darüber hinaus über eine große Erfahrung im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. So war der PAMINA-Raum seit 1988 und damit bereits in der Pilotphase Fördergebiet im Rahmen von INTERREG. Später wurde erfolgreich an den Programmen INTERREG I und INTERREG II teilgenommen, so dass INTERREG „in erheblichen Maße dazu beigetragen hat, diesen Kooperationsraum zu gestalten und zu entwickeln“. Ebenso wurden auf diese Weise „die Verflechtungen und Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Akteuren auf beiden Seite vertieft“ sowie „bleibenden Strukturen der Zusammenarbeit geschaffen.“<sup>372</sup>

Aus diesen Gründen wird das operationelle Programm PAMINA bezüglich seiner Relevanz für den Tourismus in der (Süd-)Westpfalz an dieser Stelle intensiver analysiert werden. Dies ist insbesondere im Bereich des Tourismus von Bedeutung um die Potenziale der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit effizient zu nutzen. Auf diese Weise können die Potenziale der benachbarten Regionen der Westpfalz intensiver genutzt werden insbesondere zur Vermarktung der Region als Tourismusstandort. Dabei sollte vor allem bedacht werden dass es sich bei Regionen wie dem Elsass und dem Bereich Oberrhein / Schwarzwald um touristisch äußerst attraktive Regionen handelt.

---

<sup>372</sup> Vgl. Operationelles Programm INTERREG IIIA-PAMINA, verfügbar unter: [http://www.region-pamina.eu/\\_interreg](http://www.region-pamina.eu/_interreg).

Die Nähe der Südwestpfalz zu diesen Regionen kann dabei als ein Alleinstellungsmerkmal zur Vermarktung und zur touristischen Profilbildung genutzt werden. Dies kann durch die Kooperation und Vernetzung innerhalb der INTERREG-Prozesse gefördert werden. Die große Erfahrung der Region PAMINA in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zeigt sich insbesondere darin, dass bislang rund 100 Projekte im Rahmen der INTERREG Programme realisiert werden konnten. Mit dem operationellen Programm der Förderperiode 2000 bis 2006 sollen „noch bestehende grenzbedingte Entwicklungsdefizite abgebaut werden“ umso diesen deutsch-französischen Grenzraum „einer kohärenten und zukunftsfähigen Entwicklung zuzuführen.“

Dabei soll eine integrierte und nachhaltige Regionalentwicklung des PAMINA-Raumes angestrebt werden, „wofür in den Vorläuferprogrammen bereits gut fundierte Grundlagen geschaffen werden konnten.“<sup>373</sup> Das operationelle Programm „PAMINA“ analysiert zunächst die sozio-ökonomische Ausgangssituation sowie die Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken im Programmgebiet. Wobei innerhalb der Bereiche Wirtschaft / Forschung, Kultur, Umwelt und grenzüberschreitende Kooperation auch Bezug auf den Tourismus genommen wird. Dabei wird für den Tourismus das Kulturerbe sowie die hohe Dichte von Baudenkmälern und Museen als besonders relevant betrachtet. Dieses touristische Entwicklungspotenzial wird durch zahlreiche grenzüberschreitende Projekte im PAMINA-Raum und im Oberrheingebiet „noch besser in Wert gesetzt“, darüber hinaus sind bereits weitere Projektideen vorhanden bzw. in Vorbereitung.

Der PAMINA Raum verfügt über zahlreiche Ansätze im Bereich der grenzüberschreitenden Kooperation. So findet seit mehreren Jahren ein regelmäßiger Meinungs austausch sowie Kontakte zwischen Dienststellen oder Verwaltungsbehörden statt, „dies nicht zuletzt aufgrund von INTERREG-Projekten.“ Weiterhin sind spezielle grenzüberschreitende Gremien sowie Ansätze grenzübergreifender Raumbewachung und -planung zur Förderung grenzüberschreitender abgestimmter Konzepte vorhanden, wie bspw. „Orientierungslinien für die räumliche und wirtschaftliche Entwicklung des PAMINA-Raumes (INTERREG I)“, das „Raumentwicklungskonzept PAMINA (INTERREG II), sowie ein „raumordnerischer Orientierungsrahmen für das Oberrheingebiet“ (INTERREG II). Die Gesamtstrategie von INTERREG III im PAMINA-Raum soll dazu beitragen, dass „die durch die Staatsgrenzen voneinander getrennten Teilräume durch eine gemeinsame Entwicklungsstrategie einander angenähert werden.“

Als Oberstes Ziel der Gesamtstrategie gilt demzufolge das Programmgebiet „in wirtschaftlicher, sozio-kultureller und ökologischer Hinsicht einer integrierten Regionalentwicklung zuzuführen.“ Diese drei Bereiche „Wirtschaft“, „Soziales“, „Kultur und Umwelt“ sind zugleich die „Determinanten für die angestrebte nachhaltige Entwicklung des PAMINA-Raumes.“<sup>374</sup> Zur Konkretisierung des Oberzieles werden vier Entwicklungsschwerpunkte formuliert: Die „Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit“, die „Schaffung eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes“, „Schutz und Nutzung der natürlichen Ressourcen sowie die Stärkung der Nachhaltigkeit“ sowie die „Sozio-kulturelle Integration.“<sup>375</sup> Zunächst wird der Tourismusbereich im Zielkatalog nicht explizit erwähnt, jedoch wird im Entwicklungsschwerpunkt „Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit“ die „Förderung der regionalen Standortqualität und des Tourismus“ als konkreter Maßnahmenbereich benannt.

---

<sup>373</sup> Vgl. Operationelles Programm INTERREG IIIA-PAMINA, verfügbar unter: [http://www.regio-pamina.eu/\\_interreg](http://www.regio-pamina.eu/_interreg).

<sup>374</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>375</sup> Vgl. Ebenda.

Denn „angesichts der Naherholungs- und fremdenverkehrlichen Attraktivität des PAMINA-Raumes“ kann auch der Tourismus „gerade durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu einer interessanten und ausbaufähigen Erwerbsquelle weiterentwickelt werden.“<sup>376</sup> Zentrales Ziel innerhalb des Maßnahmenbereiches „Förderung des Tourismus“ ist zunächst die „Stärkung des PAMINA-Raumes als Tourismusstandort.“ Wobei sich bei der Weiterentwicklung des Tourismus auf „themenorientierte Projekte“ wie z.B. dem Fahrradtourismus oder dem Kulturtourismus konzentriert werden soll.

Damit ergibt sich an dieser Stelle erneut ein enger Zusammenhang zwischen LEADER+ und INTERREG: Im Rahmen der GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ wurde die Förderung des Fahrradtourismus ebenfalls als wesentliches Entwicklungspotenzial identifiziert, in dem trotz neuer Angebote (v.a. „Mountainbikepark Pfälzerwald“) noch gewisser Optimierungsbedarf besteht, v.a. in Bezug auf die Infrastruktur. Durch grenzüberschreitende Radwege kann daher ein wesentlicher Beitrag zur Schließung von Lücken im Radwegenetz bzw. zur Angebotserweiterung geleistet werden. Darüber hinaus wird als zweites zentrales Ziel der „Ausbau der grenzüberschreitenden Tourismuskoooperation“ formuliert. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass alle Teilräume im PAMINA-Raum über „spezielle touristische Attraktionen verfügen, die sich ergänzen.“ Weiterhin wird betont, dass die touristische Nachfrage im gesamten PAMINA-Raum einen leichten Aufwärtstrend verzeichnet und daher sollten „die Partner diese Dynamik gemeinsam für Werbung und für gemeinsame Marketingmaßnahmen nutzen und das gemeinsame Entwicklungspotenzial ausbauen.“ Um dies zu erreichen, soll eine „kohärente Tourismusstrategie“ entwickelt werden. Ferner sollen neue regionaltypische touristische Produkte geschaffen und entsprechend vermarktet werden sowie ein „Label PAMINA“ für regionaltypische Tourismusdienstleistungen etabliert werden.<sup>377</sup>

Ebenso sollen Werbemaßnahmen ausgebaut, sowie gemeinsame Managementstrukturen, touristische Kommunikationsnetzwerke bzw. Informations- und Reservierungssysteme aufgebaut werden. Dazu sollen neue grenzüberschreitende Tourismuswerbemittel, Aktionen und Veranstaltungen realisiert werden. Daneben wird der Aufbau einer grenzüberschreitenden Monitoringstelle für Tourismus sowie die intensivere Zusammenarbeit zwischen dem grenzüberschreitenden Tourismusverein, dem Biosphärenreservat Nordvogesen / Pfälzerwald und dem Rheinpark-PAMINA angestrebt. Diese Marketingmaßnahmen sind im Hinblick auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz von Bedeutung, da der Bekanntheitsgrad der Region als Tourismusstandort vor allem auf internationaler Ebene noch deutlich ausbaufähig ist. Andere Maßnahmen wie z.B. das „Label PAMINA“ sind geeignet die Profilbildung der Region im Tourismus und damit die Positionierung der Region im zunehmenden Wettbewerb zu fördern.

Schließlich sind „Qualifizierungsmaßnahmen der im Tourismus tätigen“ vorgesehen, womit letztlich auch die Dienstleistungsqualität gestärkt werden soll. Infolge dieser Maßnahmen wird ein Beitrag geleistet zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Region im Bereich des Tourismus. Darüber hinaus stellen diese Maßnahmen Ergänzungen von Fördermaßnahmen mit ähnlicher Zielsetzung im Rahmen von LEADER+- und Ziel-2-Programm dar (z.B. die Förderung des Humankapitals durch Qualifizierungsmaßnahmen). Daneben stellt der Entwicklungsschwerpunkt „Schutz und Nutzung der natürlichen Ressourcen / Stärkung der Nachhaltigkeit“ einen Förderbereich mit hoher Relevanz für die touristische Entwicklung der (Süd-)Westpfalz dar.

---

<sup>376</sup> Vgl. Operationelles Programm INTERREG IIIA-PAMINA, verfügbar unter: [http://www.regio-pamina.eu/\\_interreg](http://www.regio-pamina.eu/_interreg).

<sup>377</sup> Vgl. Ebenda.

Der „grenzüberschreitende Schutz von Umwelt, Natur und Landschaft“ leistet dabei einen wichtigen Beitrag zum Erhalt bzw. zur Inwertsetzung des natürlichen Potenzials als der wesentlichen Grundlage einer touristischen Entwicklung. Dieses natürliche Potenzial ist in erster Linie im grenzüberschreitenden Biosphärenreservat Pfälzerwald / Nordvogesen zu sehen, welches noch Optimierungsbedarf im Bereich der touristischen Vermarktung aufweist. Schutzmaßnahmen sind in erster Linie erforderlich zum Erhalt der landschaftlichen Vielfalt des Pfälzerwaldes, die durch die Gefahr einer Verbuschung von Offenland- und Talbereichen bedroht wird.

Wie bereits angedeutet, besteht in diesem Förderbereich ein enger Zusammenhang zu LEADER+, wo Erhalt und Nutzung des natürlichen Potenzials ebenfalls einen zentralen Förderschwerpunkt darstellen. Die grenzüberschreitende Kooperation in diesem Bereich erhöht aufgrund des engen thematischen Bezuges einerseits die Effizienz der vorgesehenen LEADER+ Projekte. Des Weiteren wird die GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald durch die grenzüberschreitenden Konzeptionen im Rahmen von INTERREG ergänzt. Denn ähnlich wie bei LEADER+ können auch im Rahmen von INTERREG III Konzeptionen gefördert werden, die in der Regel aufgrund der vorhandenen Potenziale auch einen engen Bezug zur touristischen Entwicklung aufweisen. Als konkrete Maßnahmen zum „grenzüberschreitenden Schutz von Umwelt, Natur und Landschaft“ sind u.a. die Abstimmung bei der Ausweisung von Schutzgebieten sowie die nachhaltige Entwicklung bzw. der Erhalt des Waldes als wichtiges Feld für grenzüberschreitende Kooperationen. Wobei die Zusammenarbeit bei der Verwaltung und Entwicklung von Naturparks im PAMINA-Raum „auch aufgrund ihrer fremdenverkehrs-fördernden Wirkung“ als ein wichtiges Kooperationsgebiet angesehen wird.<sup>378</sup> Zu diesem Zweck soll eine Konzeption für eine nachhaltige Entwicklung angestrebt werden, z.B. im Bereich des Biosphärenreservats Nordvogesen-Pfälzerwald.

Durch die Förderung einer „rentablen und umweltgerechten Landbewirtschaftung“ die etwa durch Maßnahmen zur stärkeren grenzüberschreitenden Kooperation (z.B. Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Beratungsstelle) durch Nutzung komplementärer Potenziale im Bereich der Vermarktung regionaler Produkte (bspw. grenzüberschreitende Verkaufs- und Vermarktungsveranstaltungen), sowie bei der Zusammenarbeit bei Freizeit- und Urlaubsangeboten realisiert werden soll, ergibt sich erneut ein enger thematischer Zusammenhang mit LEADER+, insbesondere in Bezug auf die in beiden Programmen vorgesehenen Maßnahmen zur Landschaftspflege. Auf diese Weise können Synergieeffekte zwischen LEADER+ und INTERREG III gefördert werden.

Positive Impulse für die touristische Entwicklung sind in diesem Zusammenhang weiterhin durch einen Erfahrungsaustausch bzw. Wissenstransfer zwischen LEADER+ und INTERREG III denkbar. Für die Entwicklung des Tourismus im Grenzraum ist indirekt auch der Schwerpunkt „Sozio-kulturelle Integration“ in gewissem Maße relevant. Denn Maßnahmen im Bereich der sozio-kulturellen Integration können einen Beitrag dazu leisten die häufig noch vorhandenen mentalen Barrieren im Grenzraum abzubauen, um somit die Kooperationsbereitschaft und Vernetzung durch die Bewusstseinsbildung der spezifischen Potentiale der grenzüberschreitenden PAMINA-Region zu erhöhen.

---

<sup>378</sup> Vgl. Operationelles Programm INTERREG IIIA-PAMINA, verfügbar unter: [http://www.regio-pamina.eu/\\_interreg](http://www.regio-pamina.eu/_interreg).

Der Tourismusbereich kann in diesem Zusammenhang profitieren, bspw. durch verstärkte Kooperationen zwischen lokalen Tourismus- und Kulturvereinen im PAMINA-Raum. Bei der vergleichenden Betrachtung der beiden INTERREG Programme an denen die Region Westpfalz Anteil hat lassen sich zunächst einige Gemeinsamkeiten erkennen: An beiden grenzüberschreitenden Kooperationsräumen ist dabei nur jeweils der grenznahe südliche Teilraum der Westpfalz direkt beteiligt. Wobei dieser Teilraum in beiden Kooperationsräumen eher im Randbereich liegt. Da es sich mit der Südwestpfalz und hier insbesondere dem sog. „Dahner Felsenland“ jedoch um das touristische Zentrum der Region handelt, wird zunächst der Eindruck weiter verstärkt, der sich bereits bei der Analyse des Ziel-2 und des LEADER+-Programms herauskristallisiert hat: Die EU-Strukturpolitik in der Förderperiode 2000 bis 2006 scheint auf den ersten Blick insbesondere das klassische Tourismuszentrum der Westpfalz weiter zu stärken.

Des Weiteren scheint die Förderung des Tourismus in beiden Programmen zunächst kein zentraler Förderschwerpunkt zu sein, da dieser Bereich nicht direkt in den Hauptzielsetzungen und Schwerpunkten erwähnt wird. Jedoch wird bei genauerer Analyse deutlich, dass zwischen beiden INTERREG-Programmen und der Entwicklung des Tourismus dennoch ein Zusammenhang besteht, welcher im Programm „PAMINA“ noch enger ausgeprägt ist als im Programm „Saarland-Moselle-Westpfalz“. Beide operationellen Programme identifizieren das natürliche bzw. kulturelle Erbe und damit letztlich den Tourismus als zentrale Entwicklungsressource. Dementsprechend wird die Förderung des Tourismus in den Unterzielen bzw. Maßnahmenbereichen teilweise direkt, teilweise indirekt erwähnt. Dabei wird der Tourismus häufig den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Umwelt oder Raumentwicklung zugeordnet. Wobei letzteres als durchaus sinnvoll zu erachten ist, da die Förderung der touristischen Entwicklung als Querschnittsaufgabe anzusehen ist: Eine integrierte Entwicklung und Sichtweise ist im Tourismus aufgrund der engen Verknüpfung mit anderen Bereichen (Landschaftsschutz, Landwirtschaft, Kultur, etc.) von großer Bedeutung. Daher ist die Vielzahl der vorgesehenen Fördermaßnahmen im Rahmen der beiden INTERREG-Programme geeignet, die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz direkt oder zumindest indirekt zu unterstützen.

Die EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG leistet damit ebenso einen Beitrag zur touristischen Entwicklung der Westpfalz wie LEADER+ oder die Förderung im Rahmen von Ziel 2. Wobei in erster Linie Impulse für den grenznahen, südlichen Teilraum erwartet werden können. Touristische Schwerpunkte wie die Verbandsgemeinden Dahner Felsenland und Hauenstein werden dabei besonders gestärkt, da sie sowohl Teil des Programms „Saarland-Moselle-Westpfalz“ als auch in das Programm „PAMINA“ integriert sind. Beide Programme können sich dabei ergänzen und Synergien entfalten. Vor allem die Sensibilisierung bzw. Bewusstseinsbildung der Akteure für die Potenziale der grenzüberschreitenden Kooperation, etwa im Tourismus, kann infolge einer erhöhten Aufmerksamkeit aufgrund gleich zweier INTERREG-Programme gefördert werden.

Schließlich kann jedoch die Region insgesamt von diesen Fördermaßnahmen profitieren. Insbesondere von den Maßnahmen im Bereich der Vermarktung, die intensiviert und grenzüberschreitend koordiniert werden soll. Wenn auf diese Weise der Bekanntheitsgrad der Region gesteigert wird, gerade auch im Hinblick auf bestimmte Alleinstellungsmerkmale wie bspw. die Nähe zu Frankreich, kann letztlich die gesamte Westpfalz als Tourismusstandort hiervon profitieren. In Bezug auf die Förderung des Tourismus ist INTERREG III sowohl qualitativ als auch quantitativ ausgerichtet. Es werden dabei sowohl die harten Standortfaktoren gefördert, infolge investiver Maßnahmen (wie z.B. dem Ausbau der Infrastruktur), als auch nicht-investive Maßnahmen (wie z.B. Marketing).

Dabei sind sinnvolle Ergänzungen sowohl zur Ziel-2-Förderung als auch zu LEADER+ zu erkennen. So werden u.a. neue touristische Angebote geschaffen und Lücken im Bereich der Infrastruktur geschlossen. Ebenso trägt INTERREG in Ergänzung zu LEADER+ zum Schutz und Erhalt der natürlichen Potenziale bei, wobei es sich hier in erster Linie um das Biosphärenreservat Pfälzerwald handelt.

Ergänzend zu LEADER+ wird des Weiteren die Vernetzung, Kooperation und der Erfahrungsaustausch gefördert, ebenso die Identifikation mit der Region. Wobei LEADER+ an dieser Stelle vor allem innerhalb der Region wirkt, jedoch ansatzweise auch darüber hinaus (Vernetzung ländlicher Räume). Diese Vernetzung und Kooperation über die Westpfalz hinaus wird durch INTERREG III intensiviert.

Der Hauptbeitrag von INTERREG zur Tourismusentwicklung besteht in der Nutzung der Potenziale und Synergien der grenzüberschreitenden Kooperation. Entwicklungshemmnisse wie etwa mentale Barrieren oder ein gerade im Tourismusbereich destruktiver Konkurrenzkampf können im Rahmen der INTERREG-Prozesse deutlich abgemildert werden. Denn die Nähe zum aus touristischer Sicht attraktiven Frankreich (v.a. Region Elsass) bietet für die Westpfalz deutlich mehr Chancen als Risiken, insbesondere wenn dies als ein Alleinstellungsmerkmal künftig stärker nach außen vermittelt wird. Solche Alleinstellungsmerkmale sind zur Profilbildung in Zeiten eines sich auch im Tourismus verschärfenden interregionalen Wettbewerbs unverzichtbar. INTERREG hilft dabei zunächst das Bewusstsein hierfür zu schärfen, um anschließend in einem weiteren Schritt konkrete grenzüberschreitende Projekte zur Nutzung und Vermarktung dieser Potenziale zu entwickeln. Schließlich stellt INTERREG eine konzeptionelle Ergänzung zu LEADER+ dar. Denn auch im Rahmen von INTERREG, insbesondere im PAMINA Programmgebiet, werden (grenzüberschreitende) Entwicklungskonzeptionen erstellt, welche ebenso Relevanz für den Tourismusbereich besitzen, und damit letztlich bestehende Entwicklungskonzeptionen im Rahmen von LEADER+ ergänzen können.

Insgesamt gesehen, scheint der touristische Bezug des Programms „PAMINA“ noch etwas stärker ausgeprägt zu sein, als im Programm „Saarland-Moselle-Westpfalz“. Ebenso verfügt das PAMINA-Programmgebiet über eine größere Erfahrung im Bereich der Gemeinschaftsinitiative INTERREG, darüber hinaus scheint hier die grenzüberschreitende Kooperation über INTERREG hinaus generell deutlich ausgeprägter und gewachsener zu sein, als im Teilbereich „Saarland-Moselle-Westpfalz“ der sog. „Großregion.“ Daher kann davon ausgegangen werden, dass das Programm „PAMINA“ größere Relevanz für die touristische Entwicklung der Westpfalz besitzt als das Programm „Saarland-Moselle-Westpfalz“. Dies trotz der Tatsache, dass am PAMINA-Programm lediglich zwei Kommunen (Verbandsgemeinden Dahner Felsenland und Hauenstein) aus der Westpfalz beteiligt sind, die jedoch aus Sicht des Tourismus als die am weitesten entwickelten Teilräume innerhalb des Untersuchungsraumes anzusehen sind. Wobei dieser Eindruck im Rahmen der vorgesehenen Expertenbefragung empirisch überprüft werden soll.

**Tab. 12: Zusammenhang zwischen INTERREG III A und der Entwicklung des Tourismus**

Förderprogramm	Bedeutung für den Tourismus
<p><b>INTERREG III A – “Großregion“ – Teilprogramm „Saarland-Moselle-Westpfalz“</b> (u.a. LK Südwestpfalz)</p> <p>Schwerpunkte, u.a.: „Profilierung des gemeinsamen Natur- und Kulturerbes“, „Schaffung von Synergieeffekten durch grenzüberschreitenden Raumentwicklung“ sowie „Vertiefung der institutionellen Zusammenarbeit und Integration als Voraussetzung für den Abbau fortbestehender Trennwirkungen“</p>	<p>Nutzung der spezifischen Potenziale der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Tourismus</p> <p>Abbau von Entwicklungshemmnissen infolge der Grenzlage</p>
<p><b>INTERREG III A – “PAMINA”</b> (u.a. VG Dahner Felsenland und VG Hauenstein im LK Südwestpfalz)</p> <p>Ziel: Abbau von grenzbedingten Entwicklungsdefiziten, integrierte und nachhaltige Raumentwicklung</p> <p>Schwerpunkte, u.a.: <b>Förderung der regionalen Standortqualität und des Tourismus</b></p> <p>„Stärkung des PAMINA-Raumes als Tourismusstandort“ – Weiterentwicklung durch „themenorientierte Projekte“ (Fahrradtourismus, Kulturtourismus)</p> <p>„Ausbau der grenzüberschreitenden Tourismuskoooperation“ – „kohärente Tourismusstrategie“, „touristische Kommunikationsnetzwerke“, „neue grenzüberschreitende Tourismuswerbemittel“</p> <p>Qualifizierungsmaßnahmen der im Tourismus tätigen</p> <p><b>„Schutz und Nutzung der natürlichen Ressourcen / Stärkung der Nachhaltigkeit“</b></p> <p>„grenzüberschreitender Schutz von Umwelt, Natur und Landschaft“ (Abstimmung bei der Ausweisung von Schutzgebieten, nachhaltige Entwicklung bzw. der Erhalt des Waldes)</p> <p><b>„Sozio-kulturelle Intergration“</b></p> <p>Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung bei der Bevölkerung, Kooperation im Kulturbereich</p>	<p>Vernetzung der touristischen Angebote – stärkere Nutzung der Potenziale der benachbarten Regionen (Elsass / Lothringen)</p> <p>Lückenschluss im Bereich der touristischen Infrastruktur - Ergänzung von LEADER+ (Fahrradtourismus)</p> <p>Ausbau und Professionalisierung der touristischen Vermarktung, Positionierung im internationalen Wettbewerb</p> <p>Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, Ergänzung des Ziel-2-Programms (Qualifizierungsmaßnahmen)</p> <p>Erhalt der natürlichen Ressourcen (Vielfalt und Attraktivität der Landschaft), Förderung von Synergien zwischen Tourismus und Naturschutz, Synergien zwischen LEADER und INTERREG</p> <p>Nutzung von Synergien zwischen Tourismus und Kultur, Förderung der Profilbildung im Tourismusbereich</p>

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010.

### **2.3.2 Programm „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum (ZIL)“ zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)**

Mit der „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum (ZIL)“ wird in Rheinland-Pfalz die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) umgesetzt. Damit handelt es sich neben der Gemeinschaftsinitiative LEADER+ um ein zweites Förderinstrument innerhalb der EU-Strukturpolitik, welches sich explizit der Förderung des ländlichen Raumes widmet. Im Entwicklungsplan „ZIL“ werden die beiden Programme nach Ziel 5a und Ziel 5b aus der Förderperiode 1994 bis 1999 zusammengeführt.

Der Aufbau des Programms „ZIL“ ist dem der bereits analysierten Programmen ähnlich. Wesentliche Inhalte sind demzufolge Situationsanalyse, Analyse der Stärken und Schwächen, Beschreibung von Strategie, Zielen und Schwerpunkten, die Ex-ante-Analyse sowie Verwaltungs- und Verfahrensbeschreibungen. Wobei der ausführliche Titel des Programms bereits die groben Zielsetzungen erkennen lässt. Dieser lautet „Entwicklungsplan der „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum“ (ZIL) zur Verbesserung der Agrarstrukturen, zur Förderung einer umweltfreundlichen Landwirtschaft und zur Entwicklung des ländlichen Raumes in Rheinland-Pfalz“ nach Verordnung (EG) Nr. 1257 / 1999. Dieses Programm scheint dabei zunächst stärker sektoral orientiert, als bspw. die entsprechenden Programme innerhalb der Gemeinschaftsinitiativen LEADER+ oder INTERREG III. Aufgrund des im Grundlagenteil angedeuteten engen Zusammenhangs zwischen Landwirtschaft und ländlicher Entwicklung, sowie auch zwischen Landwirtschaft und Tourismus sind jedoch dennoch gewisse Impulse dieses Programms für die Entwicklung des Tourismus zu erwarten (vgl. hierzu Tab. 13).

Dieser Entwicklungsplan gilt dabei zunächst im Gegensatz zu Ziel-2- und LEADER+-Programm grundsätzlich für das gesamte Land Rheinland-Pfalz und damit auch für die gesamte Westpfalz. Jedoch kommen für einzelne Maßnahmen, wie bspw. die Ausgleichszulage, nur Teilgebiete in Frage. Dieses Förderprogramm ist als Teil der Gesamtstrategie des Landes Rheinland-Pfalz zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes im gesamten Plangebiet anzusehen und berücksichtigt dabei „nationale und internationale Zielvorgaben sowie Vereinbarungen.“ Bei den spezifischen Zielen dieses stärker sektoral orientierten Programms wird dabei der Bereich des Tourismus zunächst nicht explizit erwähnt. Jedoch sind durch einige dieser Zielsetzungen direkte und indirekte Einflüsse auf den Tourismus zu erwarten. Zu diesen zählen insbesondere die „Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft“ sowie die „Sicherung der flächendeckenden Landbewirtschaftung“. Ebenso können auch durch die Ziele „Verbesserung der Umweltsituation“ sowie die „Schaffung von Einkommensalternativen“ Relevanz für den Tourismus entfalten.

Die beiden Ziele „Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft“ sowie „Sicherung der flächendeckenden Landbewirtschaftung“ sind zudem thematisch eng an den LEADER+ (v.a. GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“) und INTERREG III Entwicklungsprogrammen (v.a. Programm „PAMINA“) orientiert. Sie leisten dabei einen Beitrag zum Erhalt der natürlichen Ressourcen in denjenigen Teilräumen der Westpfalz, welche innerhalb der Förderperiode 2000 bis 2006 nicht LEADER+ oder INTERREG III A Fördergebiet waren. Es handelt sich hierbei v.a. um den nördlichen Teilraum der Westpfalz, der im Vergleich zur südlichen Westpfalz mit dem Naturpark Pfälzerwald als eher touristisches Randgebiet, mit jedoch gewissen Entwicklungsansätzen anzusehen ist.

Der „ZIL“ ist daher geeignet, LEADER+ bzw. INTERREG sinnvoll zu ergänzen, und dem weiteren Auseinanderdriften der Region bezüglich des touristischen Angebotes sowie der touristischen Attraktivität zwischen nördlicher und südlicher Westpfalz entgegenzuwirken. Zudem sind die genannten Förderziele ähnlich wie LEADER+ geeignet, Synergien zwischen den Bereichen Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus zu fördern. Erneut wird auf diese Weise die enge Verknüpfung dieser Bereiche möglich.

Aus diesen Entwicklungszielen leiten sich in der Folge drei Schwerpunkte ab: „Förderung der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft“, „Agrarumweltmaßnahmen und Förderung der benachteiligten Gebiete“ sowie „Schaffung alternativer Einkommensmöglichkeiten für die Landwirtschaft und Verbesserung der ländlichen Infrastruktur.“ Bei der Bewertung dieser Entwicklungsziele wird abermals deutlich, dass der Entwicklungsplan ZIL im Gegensatz zu den integrierten Entwicklungsprogrammen im Rahmen von LEADER oder INTERREG wesentlich stärker sektoral ausgerichtet ist, insbesondere auf die Förderung von Landwirtschaft bzw. des landwirtschaftsnahen Bereiches. Dennoch können sich infolge der Schwerpunkte „Agrarumweltmaßnahmen und Förderung der benachteiligten Gebiete“ sowie „Schaffung alternativer Einkommensmöglichkeiten für die Landwirtschaft und Verbesserung der ländlichen Infrastruktur“ Impulse für den Tourismusbereich ergeben.

Dieser Eindruck wird vor allem durch die hierbei vorgesehenen Fördermaßnahmen verstärkt. Maßnahmen wie die „Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse“, die „Flurbereinigung“, die „Entwicklung und Verbesserung der mit der Landwirtschaft verbundenen Infrastruktur“, die „Förderung der umweltschonenden Landbewirtschaftung (FUL)“, die „Förderung der Dorferneuerung“ sowie die „Diversifizierung der Tätigkeiten im landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Bereich.“<sup>379</sup> Der Förderumfang des Entwicklungsplans „ZIL“ ist dabei mit Mitteln von jährlich etwa 40 Mio. € deutlich höher als bspw. der des LEADER+ Programms. Jedoch entfällt der Großteil der Fördermittel (ca. 80 %) dabei auf die beiden ersten eher sektoral orientierten Schwerpunkte, während dem stärker auf eine integrierte Vorgehensweise konzentrierte Schwerpunkt 3 mit Maßnahmen in den Bereichen Forsten, Dorferneuerung und Diversifizierung lediglich rund 20 % der Mittel zugutekommen.

Bezüglich der Strategie des Programms wird verdeutlicht, dass der ZIL „auf der Grundstrategie basiert, die „Schwächen des Planungsgebietes zu beseitigen“ und seine „Stärken zu unterstützen.“ Zu diesen Stärken zählt der Entwicklungsplan u.a. ein „hochwertiges Naturraumpotenzial“ sowie eine „attraktive Landschaft“, damit werden letztlich „günstige Voraussetzungen für die Entwicklung und Sicherung des Tourismus“<sup>380</sup> verbunden. Wobei hierdurch erneut verdeutlicht wird, dass der Tourismus das zentrale Entwicklungspotenzial des ländlichen Raumes darstellt. Dabei wird an dieser Stelle neben den Gebieten Rheinhessen und Mosel / Saar vor allem der Region Pfalz „das Potenzial zur Entwicklung des Tourismus“ zugestanden. Zu diesem Zweck soll „in Übereinstimmung mit europäischen, nationalen und regionalen Zielen zur Förderung des ländlichen Raumes“ diese „Grundüberlegung um landesspezifische Aspekte ergänzt werden.“

---

<sup>379</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz; Ministerium für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz (Hrsg.): ZIL, a.a.O.

<sup>380</sup> Vgl. Ebenda.

Darüber hinaus sollen „regional angepasste Entwicklungskonzepte und Entwicklungsschwerpunkte“ gefördert werden, um „regionale Entwicklungspotenziale gezielt zu nutzen.“ Dies soll ferner zur Nutzung von Synergieeffekten mit Maßnahmen anderer Politikbereiche beitragen, durch „einen koordinierten Einsatz von Fördermitteln in sog. Entwicklungsschwerpunkten.“<sup>381</sup> Schließlich sollen auf diese Weise Wechselwirkungen zur GAK unterstützt werden. Bei der Bewertung dieser Maßnahmen kann ein enger Zusammenhang mit der Gemeinschaftsinitiative LEADER+ festgestellt werden, etwa durch Maßnahmen zur Förderung regionaler Produkte sowie konzeptionelle Ansätze zur effizienteren Nutzung regionaler Entwicklungspotenziale, ferner eine notwendige Ergänzung bzw. ein gewisser Ersatz in der Hinsicht, als dass im Rahmen der ZIL diese Maßnahmen auch in Teilräumen der Westpfalz gefördert werden können, welche in der Förderperiode 2000 bis 2006 nicht LEADER+-Fördergebiet waren.

Während auf den ersten Blick der ZIL für die Entwicklung des Tourismus kaum von Bedeutung erscheint, wird bei genauerer Analyse deutlich, dass durchaus ein Zusammenhang zu erkennen ist. Dies insbesondere in Bezug auf Schwerpunkt 3, der wesentlich stärker querschnittsorientiert ausgerichtet ist als die Schwerpunkte 1 und 2. Schwerpunkt 3 soll die „Förderung von Erwerbs- und Beschäftigungsmöglichkeiten im landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Dienstleistungsbereich“ unterstützen. Bei den hierbei vorgeschlagenen Maßnahmen wird auch direkt der Tourismus erwähnt, im Sinne der „Entwicklung neuer Tätigkeitsfelder in den Bereichen „Tourismus“, „Direktvermarktung“ und „Frauen im ländlichen Raum“. Ebenso wie im Bereich der „Förderung der Kooperation landwirtschaftsnaher Unternehmen mit Partnern im touristischen Bereich, der regionalen Wirtschaft und Einzelpersonen.“<sup>382</sup> Mit diesen Maßnahmen kann ein aktiver Beitrag zur Förderung des Tourismus im ländlichen Raum geschaffen werden.

Vor allem der Bereich des Agrartourismus („Urlaub auf dem Bauernhof“) kann hierbei ein „neues Tätigkeitsfeld“ für Landwirte darstellen. Damit können Synergien zwischen Tourismus und Landwirtschaft gefördert werden. Landwirte gewinnen in diesem Zusammenhang neue Einkommensquellen, gleichzeitig wird damit auch die touristische Infrastruktur im ländlichen Raum verbessert. Dies vor allem in Bezug auf die Schaffung von Übernachtungsmöglichkeiten, an denen es insbesondere im nördlichen Teilraum der Westpfalz noch mangelt (z.B. Landkreis Kusel, Donnersbergkreis). Auf diese Weise ergänzt der ZIL insbesondere in ländlichen Regionen der Westpfalz die Ziel-2-Förderung, welche ebenfalls Investitionen in Tourismusbetrieben fördert. Beide Programme unterstützen damit letztlich den Ausbau der Basisinfrastruktur als wesentliche Grundlage für die touristische Entwicklung der Region. Des Weiteren können sich Maßnahmen zur Förderung der Dorferneuerung positiv auf den Tourismusbereich auswirken. So profitiert der Tourismus von einem attraktiven Erscheinungsbild der Dörfer mit lebendigen Ortskernen, Begrünungsmaßnahmen, einer entsprechenden Infrastruktur, Versorgungseinrichtungen sowie einem intakten Vereinsleben mit Festen bzw. kulturellen Veranstaltungen.

Weitere Erkenntnisse bezüglich der Bedeutung des ZIL für die Tourismusentwicklung liefert die aktualisierte Halbzeitbewertung des rheinland-pfälzischen Entwicklungsplanes „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum“ (ZIL) im Zeitraum 2000 bis 2006. Diese wurde vom „Institut für Ländliche Strukturforchung (IfLS)“ an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt / Main durchgeführt, als Unterauftragnehmer fungierte dabei das „Institut für Forst- und Umweltpolitik.“

---

<sup>381</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz; Ministerium für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz (Hrsg.): ZIL, a.a.O.

<sup>382</sup> Vgl. Ebenda.

Aus Gründen der Relevanz vor die vorliegende Thematik werden dabei lediglich die Ergebnisse der Bewertung des Förderbereiches „Diversifizierung als Teil der Förderung der Anpassung und Entwicklung von Ländlichen Räumen“ berücksichtigt. Die Aktualisierung der Halbzeitbewertung bescheinigt dem Entwicklungsplan ZIL, „die touristische Entwicklung des ländlichen Raumes positiv beeinflusst zu haben.“ Insbesondere in Bezug auf die Erweiterung des touristischen Angebotes, welches neben dem Vorhandensein einer Basisinfrastruktur (z.B. Übernachtungsmöglichkeiten) zu den Grundvoraussetzungen für eine touristische Entwicklung einer Region zählt. Bei diesen Angeboten handelt es sich z.B. um Führungen zum Thema Kräutergärten, Weinerlebnis-Touren, Angebote zu Pferd oder die Ausweisung weiterer Rad- und Wanderwege ebenso wie die Schaffung von Indoor-Angeboten (Spielscheune). Ebenso führen die Marketingmaßnahmen zu positiven Impulsen für die Tourismusentwicklung, so soll ab 2005 die Registrierung der Kooperationsbetriebe im Touristischen Kommunikations-Netzwerk (TKN) als Fördervoraussetzung vorgeschrieben werden. Auf diese Weise „werden flächendeckend alle Betriebe „NatUrlaub in Rheinland-Pfalz“ im Buchungssystem dargestellt“ und „auch abgelegene Betriebe haben dann die Chance, ihre Angebote gleichwertig zu präsentieren.“<sup>383</sup>

Dadurch leistet ZIL ebenso wie etwa das Ziel-2- oder LEADER+-Programm einen Beitrag zur touristischen Erschließung von ländlichen strukturschwachen Regionen. Der Vorteil dieses Programms liegt dabei darin, dass es im Gegensatz zu LEADER+- und Ziel-2-Förderung flächendeckend einsetzbar ist. In LEADER+- und Ziel-2-Fördergebieten kann dieser Entwicklungsplan aufgrund eines ähnlichen Förderangebotes einen Beitrag zur Ergänzung bzw. zur Effizienzsteigerung von Projekten leisten. Letztlich stellen die Evaluatoren daher fest, dass somit „durch die Förderung im Agrartourismus das touristische Potenzial der Regionen in Rheinland-Pfalz weiter ausgebaut und teilweise auch auf eine höhere Qualitätsstufe gehoben wurde.“ Darüber hinaus wird betont, dass die geschaffenen Angebote „ebenso von der einheimischen Bevölkerung wahrgenommen werden,“<sup>384</sup> und somit das Programm ZIL letztlich Synergien zwischen dem Tourismus und dem Bereich des Wohnens fördert. Darüber hinaus fördert der Entwicklungsplan ZIL Kooperationen innerhalb des Tourismus im ländlichen Raum. Befragungen im Rahmen der aktualisierten Halbzeitbewertung unterstützen dies, so wird bestätigt, dass die Förderung „auf jeden Fall zu einem Imageaufbau der Region“ und „zur Inwertsetzung des touristischen Potenzials beiträgt.“

Insgesamt betrachtet lässt sich erkennen, dass mit dem Entwicklungsplan ZIL eine Vereinfachung der EU-Förderpolitik für den ländlichen Raum zur Programmperiode 2000 bis 2006 gelungen ist. Gab es in der vorangegangenen Förderperiode 1994 bis 1999 noch drei Programme (Ziel-5a- und 5b-Förderprogramm, LEADER II) mit teilweise noch weiteren Unterprogrammen (Unterprogramme EFRE, ESF und EAGFL im Rahmen des Ziel-5b-Förderprogramms) sind im Zeitraum 2000 bis 2006 mit der Zusammenfassung des Ziel-5a- und Ziel-5b-Förderprogramms im Entwicklungsplan ZIL und dem LEADER+-Programm nur noch zwei Programme für die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums zuständig. Dementsprechend weisen beide Programme teilweise ähnliche Zielsetzungen sowie ähnliche (potentielle) Wirkungen auf. Durch diese Ausführungen lässt sich erkennen, dass auch der Entwicklungsplan ZIL eine gewisse Relevanz für die touristische Entwicklung der Westpfalz besitzt.

---

<sup>383</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz; Ministerium für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz (Hrsg.): ZIL, a.a.O.

<sup>384</sup> Vgl. Institut für Ländliche Strukturforchung (IfLS) an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt / Main (Hrsg.) (2005): a.a.O.

Der grundlegende Vorteil des ZIL gegenüber LEADER+ liegt dabei darin begründet, dass er flächendeckend im Untersuchungsraum einsetzbar ist und daher geeignet erscheint in den Teilräumen ausgleichend zu wirken, wo 2000 bis 2006 keine LEADER+ Fördermittel eingesetzt werden konnten. Dabei handelt es sich mit dem nördlichen Teilraum der Westpfalz um Gebiete die Ansätze einer touristischen Entwicklung aufweisen, jedoch gegenüber dem klassischen Tourismuszentrum Pfälzerwald noch Nachholbedarf im Bereich der touristischen Infrastruktur (Übernachtungsmöglichkeiten) und im Bekanntheitsgrad aufweisen. Durch die Förderung des Agrartourismus im Rahmen des Entwicklungsplan ZIL kann hier entgegengewirkt werden, ebenso infolge der vorgesehenen Maßnahmen im Marketingbereich. Das Programm ZIL stellt daher eine sinnvolle Ergänzung zu den bereits dargestellten Instrumenten der EU-Strukturpolitik, insbesondere der Gemeinschaftsinitiative LEADER+, sowie teilweise auch zum INTERREG III (z.B. im Bereich Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft) und dem Ziel-2-Programm (z. B. im Bereich Ausbau der Tourismusinfrastruktur) dar.

**Tab. 13: Zusammenhang zwischen „ZIL“ und der Entwicklung des Tourismus**

Fördermaßnahme	Bedeutung für den Tourismus
Ziele und Maßnahmen, u.a.: <b>„Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft“</b> <b>„Sicherung der flächendeckenden Landbewirtschaftung“</b> <b>„Verbesserung der Umweltsituation“</b>	Beitrag zum Erhalt des natürlichen Potenzials als zentrale Entwicklungsressource des Tourismus  Ergänzung von LEADER+ und INTERREG – Förderung von Synergien zwischen Tourismus, Landwirtschaft und Naturschutz
<b>„Schaffung alternativer Einkommensmöglichkeiten für die Landwirtschaft“</b>  u.a. Entwicklung neuer Tätigkeitsfelder im Bereich Tourismus, Förderung der Kooperation landwirtschaftsnaher Unternehmen mit Partnern im touristischen Bereich  Förderung des Agrartourismus („Urlaub auf dem Bauernhof“	Nutzung von Synergien zwischen Landwirtschaft und Tourismus sowie Förderung von Kooperationen  Ausbau des touristischen Angebotes, Verbesserung der Tourismusinfrastruktur
<b>„Verbesserung der ländlichen Infrastruktur“</b>  u.a. Förderung der Dorferneuerung	Nutzung von Synergien zwischen den Bereichen Wohnen und Tourismus

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

## **2.4 Ausblick auf die aktuelle Förderperiode 2007 bis 2013: Bedeutung der neuen operationellen Programme im Rahmen der EU-Strukturpolitik für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz**

Nach dem Rückblick auf die vergangene Förderperiode 2000 bis 2006, die den Analyseschwerpunkt der Untersuchung bildet, soll nun ein Ausblick auf die aktuell laufende Förderperiode gegeben werden: Denn die vorliegende Dissertation soll neben der Analyse des Einflusses der EU-Strukturpolitik konzeptionelle Ansätze zu deren Weiterentwicklung formulieren, also letztlich auch einen Ausblick in die Zukunft geben. Diesem Anspruch soll daher bereits im Analyseteil Rechnung getragen werden. Darüber hinaus fällt der Bearbeitungszeitraum dieser Dissertation zeitlich gesehen auf den Übergang zwischen zwei Förderperioden, in dem gerade in Bezug auf die Förderung von ländlichen Regionen zahlreiche Neuerungen umgesetzt bzw. etabliert wurden. Im Rahmen dieser Arbeit soll daher nicht eine einzelne Förderperiode isoliert betrachtet werden, sondern stattdessen zwei aufeinanderfolgende Förderperioden zueinander in Bezug gesetzt werden.

Auf diese Weise wird zudem eine weitere Abgrenzung gegenüber den innerhalb der EU-Strukturpolitik verpflichtend vorgeschriebenen Evaluationen vorgenommen. Im Zentrum des nun folgenden Ausblicks steht dabei die Frage, ob die Tourismusförderung auch in der aktuellen Programmplanungsperiode einen zentralen Förderschwerpunkt innerhalb der EU-Strukturpolitik darstellt. Ferner soll berücksichtigt werden, inwieweit eine inhaltliche Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik stattfand, etwa hinsichtlich auch für den Tourismusbereich relevanter veränderter Rahmenbedingungen (z.B. demografischer Wandel) sowie neuer Herausforderungen innerhalb der Strukturpolitik allgemein (z.B. zunehmendes Spannungsverhältnis zwischen Ausgleichs- und Wachstumsziel).

### **2.4.1 Die wesentlichen Neuerungen und ihre Konsequenzen für die Entwicklung der Region Westpfalz**

Im einführenden Kapitel wurde bereits angedeutet, dass zu Beginn der aktuell laufenden Förderperiode 2007 bis 2013 zahlreiche Änderungen innerhalb der EU-Strukturpolitik eingeführt wurden, die insbesondere für ländliche strukturschwache Regionen wie die Westpfalz von Bedeutung sind (vgl. hierzu auch Tab. 14).

Zunächst wurde durch die EU-Osterweiterung die Bedeutung der ländlichen Entwicklung als wichtiges Politikfeld unterstrichen: So lebt nun in der erweiterten Union mit mittlerweile 27 Mitgliedstaaten über 60 % der Bevölkerung in ländlich geprägten Regionen, welche wiederum knapp 90 % der Fläche der gesamten EU ausmachen. Für ländliche strukturschwache Regionen ist dieser Bedeutungsgewinn der ländlichen Entwicklungspolitik daher zunächst positiv zu bewerten. Jedoch nimmt durch die Tatsache, dass die neuen Mitgliedstaaten nahezu flächendeckend einen deutlichen Entwicklungsrückstand gegenüber den alten Mitgliedstaaten aufweisen und damit allesamt sog. „Konvergenzgebiete“ darstellen, der Wettbewerb um die Verteilung von EU-Strukturmitteln deutlich zu. Dies wird noch dadurch verschärft, als dass das Ziel 2 gemäß der Strategie von Lissabon künftig stärker dem Wachstumsziel dienen soll. Fördermittel im Rahmen von Ziel 2 sind daher in Zukunft flächendeckend einsetzbar und nicht wie noch in der vorangegangenen Förderperiode an bestimmte Fördergebiete gebunden, welche sich wie bspw. die Westpfalz in Umstrukturierungsprozessen befinden. Die Förderung des ländlichen Raumes wurde des Weiteren nunmehr in die „Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)“ integriert. Wobei sie hier nun neben der „Marktpolitik“ die zweite Säule zur „Entwicklung des ländlichen Raumes“ bildet. Der neugeschaffene Fonds „Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“ (ELER) bildet hierfür die rechtliche Grundlage.

Bislang selbstständige Gemeinschaftsinitiativen wie z.B. LEADER+ werden in der aktuellen Förderperiode in die Mainstream-Programme der EU integriert. Dabei werden in Rheinland-Pfalz die bisherigen Programme „Entwicklungsplan ZIL“ und „LEADER+-Programm“ in dem Programm „PAUL“ (Entwicklungs-Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung) zusammengefasst. Dabei gelingt im Bereich der EU-Förderpolitik für den ländlichen Raum eine weitere Vereinfachung bzw. bessere Übersichtlichkeit. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG wird nun als drittes Ziel mit dem Titel „Europäische Transnationale Zusammenarbeit“ neben dem weiterhin als Ziel 1 fungierenden „Konvergenzziel“ und dem neuen Ziel 2 „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ ebenfalls in die Mainstream-Programme integriert. Ob die beiden Instrumente LEADER und INTERREG, die wie aufgezeigt wurde, trotz eines eher geringen Mitteleinsatzes dennoch große Relevanz für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz haben durch diese Neuerungen eher gestärkt oder geschwächt werden, soll im dritten, dem konzeptionellen Teil der Arbeit genauer dargelegt werden.

Des Weiteren wurde innerhalb der Programmplanung neben der europäischen und der regionalen (in Deutschland Landesebene) Ebene nun auch die nationale Ebene mit eigenen Programmen integriert. So dass der Programmplanungsprozess im Rahmen der EU-Strukturpolitik sich nunmehr dreistufig präsentiert. Im Bereich der EFRE Förderung soll in Deutschland nun auf nationaler Ebene der „Nationale strategische Rahmenplan (NSRP)“ die Strategischen Leitlinien der EU konkretisieren und Vorgaben für die operationellen Programme auf Landes- bzw. regionaler Ebene liefern. Dabei handelt es sich in Rheinland-Pfalz um das Programm „Wachstum durch Innovation“, mit welchem die EFRE Förderung gemäß Ziel 2 in der Förderperiode 2007 bis 2013 umgesetzt wird. Innerhalb der aus dem ELER finanzierten Entwicklung des ländlichen Raumes wird auf nationaler Ebene der „Nationalen Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume“ den operationellen Programmen auf Landes- und regionaler Ebene (für Rheinland-Pfalz Programm „PAUL“) als zusätzlicher konzeptioneller Rahmen vorangestellt. Dies kann jedoch womöglich trotz aller sich hieraus ergebenden Orientierungshilfen bzw. Chancen infolge dieser Neuerungen wie etwa die Förderung des strategischen und innovativen Charakters der Programme auch zu einem erneuten bürokratischen Mehraufwand sowie einer erhöhten Kompliziertheit bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik führen. Ebenso kann durch zu detaillierte Vorgaben eine Uniformität der einzelnen Programme, wenn auch unbeabsichtigt, gefördert werden.

Bezüglich der Förderschwerpunkte lässt sich auf den ersten Blick erkennen, dass vor allem bei der Förderung gemäß dem EFRE (in Rheinland-Pfalz durch das Programm „Wachstum durch Innovation“) die Förderung des Tourismus im Gegensatz zur vorangegangenen Ziel-2-Förderung, wo die Infrastruktur- und Investitionsförderung innerhalb des Tourismus ein zentraler Fördertatbestand war, wohl keinen zentralen Schwerpunkt mehr darstellen wird. Stattdessen sollen die Themen „Innovation“ und „wissensbasierte Gesellschaft“ neben den Bereichen „Umwelt“, „Risikoprävention“, „Daseinsvorsorge“ und „Infrastruktur“ zentrale Themen der EU-Strukturförderung sein. Dabei sollen vor allem „zielgerichtete Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE)“, eine „Erleichterung der Innovation durch kleine und mittelständische Unternehmen“, ein „besserer Zugang zu Finanzierungen“, die „Verbesserung der Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen“ sowie „entsprechende Aus- und Fortbildungsangebote in den Regionen“ unterstützt werden.<sup>385</sup>

---

<sup>385</sup> Vgl. Wink, Rüdiger (2007): Innovationsförderung durch die EU-Strukturpolitik nach 2007: neue Ansätze, alte Probleme ?, in ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 4 / 2007, Hannover, S. 322.

Diese Themen, insbesondere die „Verbesserung der Informations- und Kommunikationsstrukturen“ sind gerade für die Entwicklung von ländlichen Gebieten in der Region Westpfalz von hoher Bedeutung, jedoch scheint das darüber hinaus vorgesehene Förderangebot auf den ersten Blick eher für städtische Teilräume prädestiniert zu sein. Dennoch ist dieses Förderangebot von hoher Relevanz für die Region insgesamt, da der Bereich FuE v.a. für das Oberzentrum der Region (Kaiserslautern) von großer Bedeutung ist und zahlreiche Entwicklungsperspektiven bietet, welche auch auf die ländlichen Teilräume der Westpfalz ausstrahlen können. Die genaue Relevanz der neuen Programme für den Tourismusbereich kann jedoch endgültig erst im Rahmen der nun folgenden ausführlicheren Analysen abgeschätzt werden.

**Tab. 14: Übersicht über die Neuerungen innerhalb der EU-Strukturpolitik zur aktuellen Förderperiode 2007 bis 2013**

<b>Veränderungen innerhalb der EU-Strukturpolitik</b>	<b>Konsequenzen für den Untersuchungsraum</b>
Neuformulierung der Ziele - stärkere Berücksichtigung des Wachstumsziels (Strategie von Lissabon)	Deutlich verschärfter Wettbewerb um die Vergabe von EU-Strukturmittle – zunehmendes Spannungsverhältnis zwischen Ausgleichs- und Wachstumsziel  Steigerung der Konzept- und Projektqualität (noch stärkerer Innovationsgehalt und Profilbildung notwendig)
Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes wurde als 2. Säule in die GAP integriert – Strukturfonds ELER als Rechtsgrundlage (Bündelung und Vereinfachung der Förderpolitik für den ländlichen Raum)	Bessere Übersichtlichkeit und höhere Transparenz
Gemeinschaftsinitiativen werden in die Mainstream-Programme integriert	Geringere Mittelausstattung – Notwendigkeit stärker eigene Entwicklungsinitiativen zu starten
Erweiterung der Programmplanung durch die Einführung des „Nationalen strategischen Rahmenplanes (NSRP)“	Erhöhter Koordinierungs- und Abstimmungsbedarf
Förderung des Tourismus im Rahmen des EFRE ein herausragender Schwerpunkt mehr, stattdessen stärkere Berücksichtigung der Themen „Innovation“ und „wissensbasierte Gesellschaft“	Notwendigkeit einer stärkeren Diversifizierung der regionalen Wirtschaft, stärkere Berücksichtigung veränderter Rahmenbedingungen und neuer Trends

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

Bezüglich dieser zahlreichen Neuerungen zu Beginn der aktuellen Programmplanungsperiode innerhalb der EU-Strukturpolitik lässt sich abschließend speziell in Bezug auf den Untersuchungsraum vor allem feststellen, dass sich der Wettbewerb um EU-Fördermittel deutlich verschärfen wird.

Des Weiteren treten Wachstums- und Ausgleichsziel immer stärker in ein Spannungsverhältnis zueinander, welches durch zum Teil kontroverse Diskussionen in der Fachwelt um die künftige Ausrichtung der Strukturpolitik begleitet wird. Für strukturschwache ländliche Räume v.a. in Westdeutschland bedeutet dies, dass diese Regionen künftig damit rechnen müssen wohl deutlich weniger Fördermittel sowohl aus nationalen, als auch aus europäischen Förderprogrammen zu erhalten. Daher müssen überzeugende, sich an den spezifischen regionalen Gegebenheiten und Perspektiven orientierende regionale Entwicklungsstrategien entwickelt werden, um so die zur Verfügung stehenden Fördergelder noch effizienter und zielgerichteter als bislang einsetzen zu können.

#### **2.4.2 Bedeutung des Programms „Wachstum durch Innovation“ im Rahmen von EFRE für die Entwicklung des Tourismus**

Die Umsetzung der EU-Strukturpolitik in Rheinland-Pfalz obliegt wie bereits in der vorangegangenen Förderperiode auch 2007 bis 2013 in erster Linie im Verantwortungsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau. Unter Federführung dieses Ministeriums wurde schließlich das operationelle Programm „Wachstum durch Innovation“ im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (EFRE) im Zeitraum 2007 bis 2013 aufgestellt. Im Unterschied zum Vorgängerprogramm, dem „Ziel-2-Programm Rheinland-Pfalz“, welches sowohl durch den EFRE als auch durch den ESF finanziert und somit als „Multifondsprogramm“ ausgestaltet wurde, handelt es sich hierbei jedoch um ein sog. „Monofondsprogramm“, d.h. es wird nur aus einem Strukturfonds der EU finanziert, und zwar aus dem EFRE. Für Fördermaßnahmen, die aus dem ESF finanziert werden, wird ein eigenständiges Programm aufgestellt. Aus inhaltlicher Sicht muss das Programm die Vorgaben der Strategischen Leitlinien der Kommission sowie aus dem „Nationalen Strategischen Rahmenplan für den Einsatz der EU-Strukturfonds in der Bundesrepublik Deutschland 2007-2013“ beachten.

Das Programm „Wachstum durch Innovation“ setzt sich dabei zunächst mit der Analyse der gegenwärtigen Situation auseinander, wobei auch ein Rückblick auf die Strukturförderung im Zeitraum 2000 bis 2005 gegeben wird. Hierbei wird erneut deutlich, dass neben der Wirtschaft der Tourismussektor ein wesentlicher Bestandteil der Ziel-2-Förderung war. Insgesamt wurden zwischen 2000 und 2006 für die Förderung gemäß Ziel-2 aus Mitteln der europäischen Strukturfonds rund 171 Mio. Euro bereit gestellt, die zu einem großen Teil in den Untersuchungsraum, der nahezu flächendeckend entweder Ziel-2-Fördergebiet oder zumindest Übergangsbereich war, flossen. Aufgrund der Erkenntnisse der Evaluierung des rheinland-pfälzischen Ziel-2-Programms und der Analyse der Ausgangssituation wurde deutlich, dass „die in der vorherigen Förderperiode verfolgten Ziele und durchgeführten Fördermaßnahmen auch für die neue Förderperiode – auch unter Berücksichtigung der Ausweitung des Fördergebiets – noch eine Rolle spielen sollten.“ Jedoch wird hinzugefügt, dass „das Förderprogramm für die neue Programmperiode gemäß der Lissabon Strategie zu erweitern ist.“ Wobei der „Fokus in Zukunft eindeutig auf der Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und der technologischen Entwicklung liegen sollte.“<sup>386</sup> Daraus lässt sich erkennen, dass die Förderung des Tourismus weiterhin im Rahmen des EFRE möglich sein wird, jedoch nicht mehr in dem hohen Maße wie noch im Vorläuferprogramm (vgl. hierzu Tab. 15).

---

<sup>386</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Operationelles Programm „Wachstum durch Innovation“ für die neue Strukturfondsperiode 2007-2013, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > EFRE.

Dieser Eindruck wird bei der Betrachtung von Strategie, Prioritäten und Zielen des operationellen Programms „Wachstum durch Innovation“ weitgehend bestätigt.

Als Oberziel dieses Programms wurde die „Steigerung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung – Wachstum durch Innovation“ formuliert. Damit erfolgte eine fast wörtliche Übernahme des neuen Ziel 2 der EU-Strukturpolitik in der Förderperiode 2007 bis 2013. Dieses Oberziel wird anschließend mit Hilfe von sechs Strategiezielen konkretisiert: 1. „Erhöhung der Dynamik in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft durch die Modernisierung und Erweiterung des unternehmerischen Kapitalstocks (Wissensverwertung, Gründungen, innovative Finanzierungsinstrumente, Exportorientierung)“, 2. „Verbesserung der Wissensentwicklung und des Wissenstransfers zur Erhöhung der Innovationskraft und Innovationsgeschwindigkeit in der Wirtschaft, 3. „Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der regionalen Standortqualitäten, insbesondere zur Unterstützung des Wandels zur Wissensgesellschaft“, 4. „Identifizierung, Entwicklung und Verfestigung bestehender und sich entwickelnder und neuer Netzwerke, Kompetenzfelder und Cluster als Motoren einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung für Regionen und Unternehmen“, 5. „Nutzung der spezifischen ländlichen Potenziale, insbesondere Tourismus“ sowie 6. „Stärkung der Städte als Träger des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels und als Wachstumskerne regionaler Entwicklungen.“ Ergänzend dazu werden wie bereits im Ziel-2-Programm die Bereiche „Umwelt“ und „Chancengleichheit“ als sog. „Querschnittsziele“ formuliert.<sup>387</sup>

Damit wird die Förderung des Tourismus in einem der sechs Strategieziele direkt angesprochen und gleichzeitig abermals verdeutlicht, dass die Entwicklung des Tourismus eines der zentralen Potentiale von ländlichen Regionen darstellt. Die restlichen fünf Strategieziele sind mit Ausnahme von Ziel Nr. 3, welches die Förderung von wirtschaftsnahen Infrastrukturen anstrebt, eher auf die städtischen Regionen der Westpfalz ausgerichtet, da sich dort schwerpunktmäßig Forschungseinrichtungen und Unternehmen mit entsprechenden Innovationspotentialen befinden. Dennoch können vereinzelt durchaus auch Unternehmen im ländlichen Raum von diesem Förderangebot profitieren. Zudem muss hierbei bedacht werden, dass eine Stärkung der städtischen Zentren sich positiv auf das ländlich geprägte Umland auswirken kann: So kann bspw. infolge der Schaffung von Perspektiven im Forschungs- und Entwicklungsbereich, der Abwanderung von hochqualifizierten jungen Menschen aus der Region entgegengewirkt werden.

Innerhalb des fünften Strategieziels wird in diesem Zusammenhang zunächst eine enge Abstimmung mit anderen Förder- (insbesondere dem Programm „PAUL“) und anderen Fachpolitiken (z.B. Verkehrs-, Bildungs-, Wirtschafts-, Struktur- und Agrarpolitik) angestrebt, um „Synergien zu erreichen und ein möglichst vollständiges und abgerundetes Förderangebot zur Entwicklung der ländlichen Räume zu gewährleisten.“ Dabei sollen aus dem EFRE vor allem „investive Projekte und Maßnahmen mit strukturpolitischem Bezug“ im ländlichen Raum „zur Erhöhung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung unterstützt werden.“ Weiterhin wird in diesem Zusammenhang auf die „hervorzuhebende Relevanz“ des Tourismus für den ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz verwiesen, „die allerdings regional höchst unterschiedlich ausgeprägt ist.“ Daher soll „aufbauend auf den vorhandenen Potenzialen der bedeutenden Tourismusregionen im Land“, die Tourismus- und Kulturlandschaft „gezielt gefördert werden.“ Gemäß der Orientierung des operationellen Programms an der Strategie von Lissabon, sollen dabei insbesondere „die sich hieraus bietenden Chancen für Wachstum und Beschäftigung genutzt werden.“<sup>388</sup>

<sup>387</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Operationelles Programm „Wachstum durch Innovation“, a.a.O.

<sup>388</sup> Vgl. Ebenda.

Wobei hierbei in Bezug auf den Untersuchungsraum vor allem Wachstumschancen im nördlichen Teilraum liegen, wo bereits Ansätze einer touristischen Entwicklung vorhanden sind, jedoch noch Ausbaubedarf vorhanden ist, gerade im Bereich der touristischen Basisinfrastruktur (Übernachtungsmöglichkeiten, touristische Anziehungspunkte, Wanderwege). Ebenso ist für die Region Westpfalz die im Programm „Wachstum durch Innovation“ vorgesehene Förderung der „Entwicklung der natürlichen und kulturellen Potenziale“ vor allem im Hinblick auf eine „umweltverträgliche Erschließung“ von Bedeutung, da in diesem Bereich das Hauptentwicklungspotenzial und damit das größte Wachstumspotenzial innerhalb des Tourismus liegt.

Speziell für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen ist darüber hinaus Strategieziel 3: „Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der regionalen Standortqualität, insbesondere zur Unterstützung des Wandels zur Wissensgesellschaft“ von hoher Relevanz. Dabei sind u.a. die „Verbesserung der regionalen Standortqualitäten – Abbau von regionalen Disparitäten“, der Ausbau „dienstleistungsorientierter Infrastrukturen“ sowie der „Ausbau der IuK-Infrastruktur in ländlichen Regionen“<sup>389</sup> vorgesehen. Der Wert des Strategieziels 3 für ländliche strukturschwache Regionen wie die Westpfalz liegt jedoch in erster Linie darin, dass hierbei verdeutlicht wird, dass trotz einer stärkeren Betonung und Ausrichtung auf das Wachstumsziel nach wie vor auch das Ausgleichsziel Berücksichtigung findet: So wird zwar innerhalb des Programms auf „die veränderte strategische Ausrichtung der EFRE Strategie in Rheinland-Pfalz“ hingewiesen, indem der „in der Förderperiode 2000 bis 2006 primär ausgleichsorientierte Förderansatz durch eine wachstums- und chancenorientierte Förderung ergänzt wird.“ Jedoch wird betont dass es „trotz dieser Verschiebung und einer Betonung der Förderung im Sinne der Zielsetzungen von Lissabon“ es weiterhin gilt „den ausgleichsorientierten Grundgedanken des Artikels 158 EGV im Rahmen der Strukturfondsförderung zu beachten und zu verfolgen.“<sup>390</sup>

Die Tatsache, dass es im Gegensatz zur vorangegangenen Förderperiode in der aktuellen Programmperiode keine Fördergebietskulissen mehr gibt, ist für den Untersuchungsraum differenziert zu bewerten: Einerseits haben aufgrund dieser neuen Bestimmung nun alle Teilräume der Westpfalz die Chance EU-Strukturmittel zu erhalten, damit kann der Abbau von Disparitäten im touristischen Angebot von der EU-Strukturpolitik nun überall mit gleicher Intensität unterstützt werden. Während im Gegensatz dazu 2000 bis 2006 auf den ersten Blick vor allem der bestehende Tourismusschwerpunkt Pfälzerwald weiter gestärkt wurde, durch einen erhöhten Mitteleinsatz in diesem Teilraum (Südwestpfalz Ziel-2-Fördergebiet, nördlicher Teilraum größtenteils lediglich Übergangsgebiet, usw.). Andererseits findet nun eine eindeutige Konzentration der EFRE-Fördermittel auf die strukturschwache Westpfalz wie noch im Ziel-2-Programm nicht mehr statt. Für den Untersuchungsraum hat sich aus diesem Grund der Wettbewerb um EU-Strukturmittel nun deutlich verschärft.

Aufgrund der Förderschwerpunkte des Programms „Wachstum durch Innovation“ ist davon auszugehen, dass „die technologisch leistungsfähigeren Räume mit entsprechenden Kompetenzen und Einrichtungen“ dabei „höhere Chancen auf die Attrahierung von Fördermitteln haben als die technologisch weniger leistungsstarken Räume.“<sup>391</sup>

---

<sup>389</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Operationelles Programm „Wachstum durch Innovation“, a.a.O.

<sup>390</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>391</sup> Vgl. Ebenda.

Bei den „technologisch weiterentwickelten Landesteilen“ handelt es sich dabei in der Regel um die städtischen Räume wie bspw. im Untersuchungsraum das Oberzentrum Kaiserslautern, welche in erster Linie entsprechende Forschungseinrichtungen und Unternehmen mit Innovationspotenzial aufweisen. Für ländliche strukturschwache Teilräume ergibt sich hierdurch ein verschärfter Wettbewerb um EU-Fördergelder in zweierlei Hinsicht, zum einen durch den Wegfall von spezifischen Fördergebietskulissen und zum anderen durch Verschiebungen der Förderschwerpunkte hin zu den Themen Innovation, Forschung und Wissen, die eher auf städtische Bereiche konzentriert sind. Um jedoch einer Benachteiligung ländlicher strukturschwacher Regionen entgegenzuwirken wird „bei einzelnen wesentlichen Förderinhalten eine räumliche Fokussierung vorgenommen“, um eine „dem Ausgleichsziel angemessene Mittelausstattung in den strukturschwachen Räume zu gewährleisten.“

Dies bedeutet nicht, dass „eine formal feststehende Abgrenzung nach Gebietseinheiten (z.B. Kreise) vorgenommen wird,“ sondern es soll sich an „spezifischen Kriterien“ orientiert werden, „die entsprechend der Anforderungen an die einzelnen Förderarten“ zu definieren sind. Letztlich soll hierbei vor allem in den Bereichen „sonstige einzelbetriebliche Investitionsförderung“, „Infrastrukturförderung mit besonderen Innovationsbezug“ sowie „Infrastrukturförderung ohne besonderen Innovationsbezug“ eine Konzentration zugunsten von strukturschwächeren Räumen stattfinden.<sup>392</sup> Dabei handelt sich hier um die klassischen Schwerpunkte der Strukturpolitik, welche bereits im Ziel-2-Programm besonders gefördert wurden und geeignet sind, „die regionalen Wachstumskräfte nachhaltig zu stärken“ und „bedarfsorientiert zu unterstützen.“ Wie bereits angedeutet wurde, wird erwartet, dass der ländliche Raum schließlich auch von denjenigen Fördermaßnahmen profitiert, die eher auf die städtischen Wachstumskerne ausgerichtet sind. Denn diese Wachstumskerne können „Impulse in das weitere Umland aussenden („Spill-over-Effekte“).“<sup>393</sup> Davon kann der Tourismus in einem bestimmten Maße profitieren: Denn prosperierende städtische Zentren nutzen das ländliche, landschaftliche attraktive Umland zur Naherholung und tragen somit zu einer besseren Auslastung von touristischen Infrastrukturen bzw. Übernachtungs- und Gastronomiebetrieben bei.

Die einzelnen Strategieziele werden in insgesamt drei Prioritätsachsen zusammengefasst, von denen für die Entwicklung des Tourismus Prioritätsachse 3 von Bedeutung ist, welche die „Förderung lokaler und regionaler Entwicklungspotenziale zur Erhöhung der Attraktivität der Regionen für Investoren und Arbeitskräfte“ zum Ziel hat. Dagegen haben die beiden restlichen Prioritätsachsen „Förderung der unternehmerischen Basis zur Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen“ sowie „Förderung von Wissen und Innovation für mehr Wachstum“ keine besondere Relevanz für die Tourismusentwicklung. Daher soll im Folgenden lediglich Prioritätsachse 3 und ihre spezifischen Ziele genauer untersucht werden. Hauptziel ist hierbei „die regional differenzierte Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Regionen.“ In Bezug auf die ländlichen Entwicklungspotenziale wird hierbei u.a. die „Qualitätsverbesserung der touristischen Infrastruktur“ angestrebt.<sup>394</sup> Damit handelt es sich letztlich um eine sinnvolle Fortführung des Förderangebotes aus dem Ziel-2-Programm.

---

<sup>392</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Operationelles Programm „Wachstum durch Innovation“, a.a.O.

<sup>393</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>394</sup> Vgl. Ebenda.

Aufgrund der nach wie vor vorhandenen Lücken innerhalb der touristischen Infrastruktur des nördlichen Teilraumes der Westpfalz und vereinzelt zu erkennender Defizite in qualitativer Hinsicht im Angebot des Tourismusschwerpunktes Pfälzerwald, ist dies gerade für den Untersuchungsraum weiterhin von großer Relevanz. Prioritätsachse 3 ist darüber hinaus für die Entwicklung von strukturschwachen ländlichen Regionen von Bedeutung, da hier dem Abbau regionaler Disparitäten Rechnung getragen wird und damit „der ausgleichsorientierte Grundgedanke des Artikels 158 EGV“ umgesetzt wird. Insgesamt vier Handlungsfelder konkretisieren die Prioritätsachse 3: „Modernisierung und Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur“, „Ausbau und Modernisierung von Verkehrsinfrastrukturen, „Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz, Förderung regenerativer Energien“ sowie die „Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung.“

Der Bereich des Tourismus wird in diesem Zusammenhang dem Handlungsfeld „Modernisierung und Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur“ zugeordnet. Dabei wird dieses Handlungsfeld in Bezug auf den Tourismus mit den „hohen touristischen Potenzialen in Rheinland-Pfalz“ begründet, die „einen Standortvorteil bieten“, der die „Attraktivität des Landes auch als Wohnstandort für Beschäftigte in einem ansiedlungswilligen Unternehmen hebt.“ Ebenso wird die Tourismuswirtschaft als „starker Wirtschaftszweig des Landes angesehen“, welcher „weiterhin viele Beschäftigungsmöglichkeiten bietet.“<sup>395</sup> An dieser Stelle werden somit erneut die zahlreichen potentiellen Synergieeffekte deutlich, die mit einer Förderung des Tourismus einhergehen können. Mit der Förderung des Tourismus sollen hierbei gemäß der Strategie von Lissabon „die Entwicklungschancen für ein qualitatives und quantitatives Wachstum der Tourismuswirtschaft genutzt werden.“ Zu diesem Zweck soll der „Ausbau der Infrastruktur unter Berücksichtigung der spezifischen ländlichen und kulturellen Potenziale“ gefördert werden. Dabei wird auf die „erheblichen positiven naturräumlichen und kulturellen Potenziale“ verwiesen, die „Entwicklungsperspektiven für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Wachstumssektor Tourismus eröffnen.“<sup>396</sup>

Damit wird ein weiteres Mal deutlich, dass der Tourismus und hier insbesondere das naturräumliche und kulturelle Erbe das wesentliche Entwicklungs- und Wachstumspotenzial des ländlichen Raumes darstellt. Um diese vorhandenen Potenziale „im Interesse der gewerblichen Tourismusunternehmen nutzen zu können“, ist „die Existenz einer attraktiven touristischen Infrastruktur von entscheidender Bedeutung.“ Daher werden in diesem Handlungsfeld mit finanzieller Hilfe des EFRE touristische Basiseinrichtungen gefördert, „die für die Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Entwicklung von Tourismusunternehmen von unmittelbarer Bedeutung sind“ und „überwiegend dem Tourismus dienen.“ Förderfähig sind in diesem Zusammenhang in erster Linie „investive Aktionen“, dazu zählen u.a. die Kosten für Bau, Versorgung und Entsorgung, sowie ferner die Kosten für die Herstellung der Barrierefreiheit, die Entwicklung und Realisierung von Marketingmaßnahmen sowie Koordinierungs- und Moderationsmaßnahmen.<sup>397</sup>

Dieses Förderangebot ist dem des vorangegangenen Ziel-2-Programms grundsätzlich ähnlich, und weist darüber hinaus einige sinnvolle Ergänzungen auf, die insbesondere für den Untersuchungsraum von Relevanz sind. So gewinnt bspw. die Herstellung der Barrierefreiheit vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und einer zunehmenden Anzahl an Senioren immer stärker an Bedeutung.

---

<sup>395</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Operationelles Programm „Wachstum durch Innovation“, a.a.O.

<sup>396</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>397</sup> Vgl. Ebenda.

Aktive Senioren sind gerade für den Wandertourismus im Untersuchungsraum (v.a. im Pfälzerwald) eine Hauptzielgruppe, so dass die Barrierefreiheit eine wichtige Voraussetzung zur optimalen Nutzung dieser Zielgruppe darstellt. Weiterhin sind Marketing-, Koordinierungs- und Moderationsmaßnahmen als sinnvolle und effiziente Ergänzung des Förderangebotes im Tourismusbereich anzusehen, um Kooperationen sowie eine professionellere, einheitliche Vermarktung der Westpfalz als Tourismusstandort zu unterstützen. Gerade in diesem Bereich ist im Untersuchungsraum noch deutlicher Optimierungsbedarf vorhanden. Daneben ist das Handlungsfeld „Ausbau und Modernisierung von Verkehrsinfrastrukturen“ von gewisser Relevanz für die Tourismusedwicklung. Als eine zentrale Maßnahme wird hierbei die „verbesserte umweltverträgliche Anbindung des wachsenden Verkehrsflughafens Frankfurt-Hahn“ bezeichnet. Wobei sich hierdurch in erster Linie Entwicklungsimpulse für die touristische Entwicklung im Norden von Rheinland-Pfalz realisieren lassen und weniger in der Westpfalz. Dennoch kann hierdurch unter Umständen die Erreichbarkeit des Untersuchungsraumes im Bereich des Luftverkehrs verbessert werden. Durch die beiden restlichen Handlungsfelder (Energieeffizienz, etc.) sind hingegen allenfalls vereinzelt indirekte Effekte für den Tourismus möglich (vgl. hierzu Ausführungen zum Ziel-2-Programm).

Insgesamt stehen zur Umsetzung des operationellen Programms „Wachstum durch Innovation“ rund 218 Mio. € zur Verfügung. Wobei jedoch die Mehrzahl der Mittel auf die Prioritätsachsen 1 und 2 konzentriert wird und lediglich rund 21 % für die für den Tourismus relevante Prioritätsachse 3. Direkt für den Tourismusbereich sind nur etwa 4,2 % der Mittel vorgesehen. Diese Mittelverteilung bestätigt die „starke Ausrichtung des OPs auf Lissabon-Ziele, welche überwiegend in den Prioritätsachsen 1 und 2 realisiert werden.“<sup>398</sup> Damit wird verdeutlicht, dass das Wachstumsziel künftig innerhalb der EU-Strukturpolitik stärker im Vordergrund stehen wird und das Ausgleichsziel zwar nach wie vor berücksichtigt wird, aber gegenüber dem Wachstumsziel an Bedeutung verliert. Letztlich bedeutet dies, dass erste Ansätze eines Paradigmenwechsels bereits durchaus zu erkennen sind: Strukturschwache, ländliche Regionen außerhalb der sog. „Konvergenzgebiete“ (gemäß Ziel 1) müssen daher künftig mit einem eindeutig verschärften Wettbewerb um Fördermittel rechnen und in Zukunft werden die EU-Strukturmittel innerhalb des Ziel 2 wohl stärker auf städtische Wachstumskerne konzentriert. Dies bestätigt ebenso die Aufschlüsselung der Fördermittel des Programms „Wachstum durch Innovation“ nach Gebietsarten: Selbst im eher ländlich geprägten Rheinland-Pfalz wird der deutlich größere Teil der Mittel für städtische Gebiete verwandt (rund 65 %) während für ländliche Gebiete noch rund 35 % zur Verfügung stehen.<sup>399</sup> Eine eindeutige Konzentration auf ländliche strukturschwache Regionen wie die Westpfalz ist daher in der aktuell laufenden Förderperiode nicht mehr festzustellen.

---

<sup>398</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Operationelles Programm „Wachstum durch Innovation“, a.a.O.

<sup>399</sup> Vgl. Ebenda.

Im Auftrag des zuständigen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz wurde von der Prognos AG Bremen und dem TAURUS Institut Trier eine Ex-ante-Evaluation des Programms „Wachstum durch Innovation“ durchgeführt. Als für die Thematik dieser Arbeit wesentliche Erkenntnis bleibt hierbei festzuhalten, dass die Evaluatoren zunächst darauf hingewirkt haben, „dass eine räumliche Konzentration fest ins operationelle Programm verankert wird“, damit „der Ausgleichsorientierung ein angemessenes Gewicht beigemessen wird.“<sup>400</sup>

Insbesondere für Rheinland-Pfalz scheint dies notwendig zu sein, da es hier größere regionale Disparitäten als in anderen Bundesländern gibt mit einem Nebeneinander von wachstumsstarken Metropolregionen und strukturschwachen ländlichen Räumen. Inwieweit sich dies letztlich in der Praxis umsetzen lässt, kann erst nach dem Ende der laufenden Programmperiode der EU-Strukturpolitik abgeschätzt werden. Zusammenfassend kann zunächst festgestellt werden, dass das operationelle Programm „Wachstum durch Innovation“ bereits Ansätze eines Paradigmenwechsels innerhalb der Strukturpolitik aufweist. Eine Konzentration der EFRE Fördermittel auf strukturschwache Regionen außerhalb der Konvergenzgebiete findet im Gegensatz zum Vorgängerprogramm (Ziel-2-Programm) nun nicht mehr statt. Vielmehr steht stattdessen nun gemäß der Strategie von Lissabon das Wachstumsziel stärker im Mittelpunkt, während das Ausgleichsziel zwar nach wie vor Berücksichtigung findet, jedoch eindeutig gegenüber dem Wachstumsziel an Bedeutung verliert.

Die Vergabe der Fördermittel ist des Weiteren derzeit nicht mehr an bestimmte Zielgebiete gebunden, der Wettbewerb um Fördermittel wird dadurch deutlich verschärft. Dies sowohl zwischen strukturschwachen Regionen als auch zwischen strukturschwachen und Wachstumsregionen. Für den Bereich des Tourismus besitzt das operationelle Programm nach wie Relevanz, wie auch Tabelle 15 verdeutlicht: Der Tourismus wird im Rahmen des Programms als das zentrale ländliche Entwicklungs- und Wachstumspotenzial identifiziert. Jedoch nimmt die Bedeutung im Vergleich zum Ziel-2-Programm deutlich ab, die Förderung des Tourismus ist zwar immer noch ein Förderschwerpunkt, jedoch nicht mehr der zentrale wie dies noch innerhalb des Ziel-2-Programms der Fall war. Dies zeigt sich u.a. auch darin, dass zur Förderung des Tourismus lediglich nur noch 4,2 % der Mittel bereitstehen, während im Ziel-2-Programm die Mittel eindeutig auf die beiden Schwerpunkte, welche eine Förderung des Tourismus vorsahen, konzentriert wurden.

---

<sup>400</sup> Vgl. Prognos AG, Bremen; TAURUS Institut, Trier (Hrsg.): Ex-ante-Evaluation des operationellen Programms „Wachstum durch Innovation“ im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (EFRE) im Zeitraum 2007-2013, verfügbar unter: [www.mwvllw.rlp.de](http://www.mwvllw.rlp.de) > Europa > EFRE.

**Tab. 15: Zusammenhang zwischen dem Programm „Wachstum durch Innovation“ und der Entwicklung des Tourismus**

Förderangebot	Bedeutung für den Tourismus
<p>Strategieziel 5: „<b>Nutzung der spezifischen ländlichen Potenziale, insbesondere Tourismus</b>“, u.a.:</p> <p>Förderung von investiven Projekten und Maßnahmen mit strukturpolitischen Bezug zur „Erhöhung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“</p> <p>Gezielte Förderung der Tourismus- und Kulturlandschaft „aufbauend auf den vorhandenen Potenzialen“</p> <p>Förderung von touristischen Basiseinrichtungen – v.a. Qualitätsverbesserung der touristischen Infrastruktur</p> <p>investive Maßnahmen – u.a. Herstellung der Barrierefreiheit</p> <p>Förderung von Marketingmaßnahmen und Koordinierungs- und Moderationsmaßnahmen</p>	<p>Insgesamt sinnvolle Fortführung des Förderangebotes des Ziel-2-Programms – teilweise Erweiterung des Förderangebotes aus dem Vorgängerprogramm (Marketingmaßnahmen)</p> <p>Beitrag zum Ausbau der Tourismusinfrastruktur</p> <p>Beitrag zu einer intensiveren Nutzung der endogenen Potenziale</p> <p>Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit</p> <p>Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen (demografischer Wandel)</p>

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

Was das vorgesehene Förderangebot im Tourismusbereich angeht, wird dagegen weitgehend an das Ziel-2-Programm angeknüpft, so stehen auch im neuen operationellen EFRE-Programm v.a. der Ausbau von Tourismusinfrastruktur sowie die Investitionsförderung in touristischen Betrieben im Mittelpunkt. Darüber hinaus wird das vorhandene Förderangebot sinnvoll ergänzt und an veränderte Rahmenbedingungen angepasst. So wird im Hinblick auf die zunehmende Anzahl von Senioren die Herstellung der Barrierefreiheit in touristischen Einrichtungen und Betrieben unterstützt.

Generell ist das Programm „Wachstum durch Innovation“ aufgrund seiner Förderschwerpunkte (Förderung von Innovationen, Clustern, Wissenstransfer, etc.) und der stärkeren Berücksichtigung des Wachstumsziels nun beinahe zwangsläufig eher auf städtische Regionen bzw. Wachstumskerne ausgerichtet, da diese für bestimmte Fördermaßnahmen deutlich günstigere Rahmenbedingungen aufweisen als ländliche strukturschwache Regionen, so sind etwa Forschungseinrichtungen bzw. Unternehmen mit Innovationspotenzial in der Regel eher auf städtische Teilräume konzentriert.

### 2.4.3 Bedeutung des Programms „PAUL“ im Rahmen des ELER für die Entwicklung des Tourismus

Wie bereits beschrieben, wurden innerhalb der EU-Strukturpolitik im Bereich der Förderung des ländlichen Raumes zur aktuellen Förderperiode 2007 bis 2013 zahlreiche Änderungen durchgeführt. Die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes bildet nunmehr die zweite Säule der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) und wird aus dem Strukturfonds ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes) finanziert. In Rheinland-Pfalz wird dies im Programm „PAUL“ (Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen und Landentwicklung) umgesetzt. Als verantwortliche Verwaltungsbehörde fungiert hierbei ebenso wie beim Programm „Wachstum durch Innovation“ das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau. Das Programm „PAUL“ fasst dabei in der laufenden Programmperiode LEADER+-Programm sowie Entwicklungsplan „ZIL“ in einem Programm zusammen. Damit wird bei der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes im Rahmen der EU-Strukturpolitik eine weitere Vereinfachung sowie eine höhere Transparenz etabliert.

Der Aufbau des Programms folgt dem typischen Schema der operationellen Programme und orientiert sich thematisch an den Vorgaben der Strategischen Leitlinien der EU-Kommission sowie dem Nationalen Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume. Im Folgenden wird nun die Relevanz des Programms „PAUL“ für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz dargelegt und bewertet. Dabei wird bereits in der einleitenden Analyse der Ausgangssituation ein enger Zusammenhang zwischen dem Programm „PAUL“ und der Entwicklung des Tourismus deutlich. Es ist zudem erkennbar, dass „PAUL“ im Gegensatz zum Programm „Wachstum durch Innovation“ speziell auf die Förderung ländlicher Räume ausgerichtet ist. Aufgrund dessen kann bereits auf den ersten Blick vermutet werden, dass PAUL größere Relevanz für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz hat als das operationelle Programm „Wachstum durch Innovation“.

Als ländliche Räume und damit als potentiell Fördergebiet werden hierbei „die Landkreise ohne Kreisangehörige Städte mit mehr als 20.000 definiert.“ Damit gilt auch der gesamte ländliche Raum der Westpfalz als potentiell Fördergebiet im Rahmen des Programms „PAUL“. Die Analyse der Ausgangssituation im Fördergebiet verdeutlicht anhand der Statistik (3/4 der Gesamtfläche von Rheinland-Pfalz entfällt auf Ländliche Räume, annähernd die Hälfte der Gesamtbevölkerung wohnt in diesen Gebiet, etc.) die „hohe Bedeutung des ländlichen Raumes und seiner Dörfer für die Entwicklung von Rheinland-Pfalz.“ Darauf folgend wird bereits direkt auf den Bereich des Tourismus eingegangen: So wird der Tourismus als ein „bedeutender Wirtschaftsfaktor in Rheinland-Pfalz“ anerkannt, welcher Arbeitsplätze schafft und erhält, direkte Einkommen generiert und die regionale Identität, das Bewusstsein für den Schutz und die nachhaltige Entwicklung der Kultur- und Naturlandschaft stärkt. Insbesondere in ländlichen Räumen wird dem Tourismus ein „bedeutende Rolle“ zugestanden, die „in Kombination mit landwirtschaftlicher Tätigkeit und mit Landschaftspflege wesentliche Synergien erzielen kann.“<sup>401</sup>

---

<sup>401</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung (PAUL), verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > ELER – PAUL.

Damit wird einmal mehr der enge Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Tourismus und der ländlichen Entwicklung insgesamt hervorgehoben. Dieser ergibt sich in erster Linie aufgrund der zahlreichen Synergien, die sich infolge der Tourismusförderung ergeben können, wie bspw. positive Impulse für den Bereich Wohnen oder den Bereich Landwirtschaft. Wesentliche Entwicklungspotenziale für den Tourismus in ländlichen Räumen werden dabei vor allem in den Bereichen Natur- und Aktivurlaub, Wassertourismus, „Wein- und Tourismus“, „Urlaub mit Familie“ sowie „Urlaub auf Winzer- und Bauernhöfen“ gesehen.

Für den Untersuchungsraum kommt wie die Analyse der Ausgangssituation im Tourismus gezeigt hat, aufgrund der spezifischen Rahmenbedingungen hiervon vor allem der Bereich Natur- und Aktivurlaub in Frage, z.B. in Form von Radwandern, Wandern und Reiten. Darüber hinaus „Urlaub mit Familie“, sowie vereinzelt in Teilräumen wie dem Pfälzer Bergland oder der Sickingerhöhe auch der Bereich „Urlaub auf Bauernhöfen“. Leitbild des Entwicklungsprogramms PAUL ist demgemäß die „Integrierte Ländliche Entwicklung.“ Diese soll im Rahmen der thematischen Schwerpunkte „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft“ (Schwerpunkt 1), „Verbesserung der Umwelt und der Landschaft“ (Schwerpunkt 2) sowie „Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“ (Schwerpunkt 3) unterstützt werden. Die ehemals selbstständige Gemeinschaftsinitiative LEADER+ wird darüber hinaus als methodischer, querschnittsorientierter (4.) Schwerpunkt in das Programm „PAUL“ integriert.<sup>402</sup> Dabei scheinen die Schwerpunkte 1 und 2 eher sektoral orientiert zu sein, die Schwerpunkte 3 und 4 scheinen dagegen verstärkt einen integrierten Charakter anzustreben.

Der Tourismusbereich wird dabei zunächst nicht direkt erwähnt, es ist jedoch davon auszugehen, dass aufgrund des engen Zusammenhanges zwischen Landwirtschaft, Umwelt- bzw. Naturschutz, sowie ländlicher Wirtschaft einerseits, und dem Tourismus andererseits, dennoch eine Relevanz dieser Schwerpunktthemen für die touristische Entwicklung vorhanden sein wird. Ebenso ist zu erwarten, dass erneut das LEADER-Konzept wieder enge Bezüge zur Förderung des Tourismus aufweisen wird, aufgrund der Analyse der Ausgangssituation, die den Tourismus als zentrale Entwicklungsressource des ländlichen Raumes in Rheinland-Pfalz ausweist. Diese ersten Einschätzungen sollen im Folgenden durch detaillierte Untersuchungen der Entwicklungsziele und Maßnahmen des Programms „PAUL“ bezüglich ihrer Bedeutung für den Tourismus in der Westpfalz überprüft werden (vgl. hierzu auch Tab. 16).

Als Entwicklungsziele werden im Einzelnen die „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit land- und forstwirtschaftlicher Betriebe“, die „Verbesserung der Produktqualität durch Managementsysteme“, die „Verbesserung der Umweltsituation, insbesondere Naturschutz durch land- und forstwirtschaftliche Nutzung“, die „Sicherung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung einschließlich Umweltschutz sowie Maßnahmen der EG-Wasserrahmenrichtlinie“, die „Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft“, die „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im ländlichen Raum“ sowie die „Schaffung von Einkommensalternativen“ geschaffen.<sup>403</sup>

---

<sup>402</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung (PAUL), a.a.O.

<sup>403</sup> Vgl. Ebenda.

Dabei bestätigen die Entwicklungsziele zunächst die ersten Einschätzungen: Die Ziele sind größtenteils eher sektoral orientiert, dennoch ergeben sich durch die „Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft“, die „Verbesserung der Umweltsituation, insbesondere Naturschutz durch land- und forstwirtschaftliche Nutzung“, die „Sicherung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung“ oder die „Schaffung von Einkommensalternativen“ zumindest indirekte Bezüge zur Entwicklung des Tourismus, auch wenn der Tourismusbereich hier nicht explizit namentlich genannt wird.

Des Weiteren lässt sich erkennen, dass die Ziele des Programms „PAUL“ denen in den beiden Vorgängerprogrammen „ZIL“ bzw. „LEADER+“ sehr ähnlich sind. Dies bedeutet letztlich, dass im Gegensatz zum neuen EFRE-Programm „Wachstum durch Innovation“ keine wesentlichen Förderschwerpunkte bzw. Akzentverschiebungen innerhalb der Förderung der ländlichen Entwicklung zur aktuellen Förderperiode zu erwarten sind. Die einzige ansatzweise Neuerung ist darin zu sehen, dass „PAUL“ auch verstärkt „Anreize für die Diversifizierung und Innovation in ländlichen Gebieten geben soll“, was in der vorangegangenen Förderperiode lediglich ansatzweise im LEADER+-Programm angestrebt wurde, während „ZIL“ insgesamt eher sektoral ausgerichtet war. Im Bereich des Tourismus können ferner „mit einer der demografischen Entwicklung angepassten Entwicklung Synergien mit dem für Rheinland-Pfalz bedeutendem Gesundheitsbereich erzielt werden.“<sup>404</sup> Dies stellt an dieser Stelle mit der Betonung neuer Chancen innerhalb des Tourismus durch die veränderten Rahmenbedingungen (z.B. demografischer Wandel) eine zweite inhaltliche Erweiterung des Programms PAUL gegenüber den Vorgängerprogrammen dar.

Schwerpunktmäßig ist das vorgesehene Förderangebot des Programms PAUL zur Unterstützung der touristischen Entwicklung im ländlichen Raum durchaus dem in der vorangegangenen Förderperiode ähnlich. So dass eine hohe Relevanz des operationellen Programms „PAUL“ für die Tourismusentwicklung in der Westpfalz abzusehen ist. Dieser Eindruck wird durch die strategischen Überlegungen bezüglich möglicher Fördermaßnahmen in den einzelnen Schwerpunkten bestätigt. Alle vier Schwerpunkte weisen dabei Maßnahmen auf, welche für die Entwicklung des Tourismus im Untersuchungsraum von direkter oder zumindest indirekter Relevanz sind. In diesem Zusammenhang sieht Schwerpunkt 1 „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft“ u.a. „Verbesserung und Ausbau der Infrastruktur in Zusammenhang mit der Entwicklung und Anpassung der Land- und Forstwirtschaft“ sowie „Beiträge zur Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft“ vor. Dabei soll die gemeindliche Entwicklung unterstützt werden (z.B. Dorferneuerungsmaßnahmen), ebenso soll die Umsetzung größerer Infrastrukturmaßnahmen unterstützt werden.<sup>405</sup>

Von diesen Maßnahmen insbesondere zur Dorferneuerung kann der Tourismus profitieren. Innerhalb des zweiten Schwerpunktes „Verbesserung der Umwelt und der Landschaft“ können Maßnahmen zur „Sicherung der Kulturlandschaften“ oder zur „Vermarktung regionaler Erzeugnisse“ die Entwicklung des Tourismus unterstützen. Dabei wird durch die Sicherung der Kulturlandschaften die wesentliche Grundlage des Tourismus im Untersuchungsraum, die in den natürlichen Potenzialen zu sehen ist (Landschaftliche Attraktivität und Vielfalt) gesichert, andererseits durch die „Vermarktung regionaler Erzeugnisse“ ein Beitrag zur Profilbildung im Tourismus geleistet.

---

<sup>404</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung (PAUL), a.a.O.

<sup>405</sup> Vgl. Ebenda.

Mit Unterstützung von Schwerpunkt 3 „Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft soll u.a. die „Erhaltung und ggf. Wiederherstellung des ländlichen Natur- und Kulturerbes“ sowie die „Erhaltung und Verbesserung des Freizeit- und Erholungswertes ländlicher Räume“ gefördert werden.<sup>406</sup>

Darüber hinaus soll die Bewältigung anstehender Herausforderungen wie etwa der demografische Wandel unterstützt werden, was insbesondere in ländlichen strukturschwachen Regionen wie der Westpfalz von großer Bedeutung ist. Darüber hinaus ergibt sich auch speziell im Tourismusbereich neuer Anpassungsdruck: So gewinnt die Barrierefreiheit an Bedeutung, ebenso infolge des verstärkten Wettbewerbs zwischen den Tourismusregionen die Qualitätssteigerung. Das Förderangebot ergänzt aufgrund des integrierten Charakters die restlichen Schwerpunkte u.a. im Bereich der Dorferneuerung und -entwicklung, der Erhaltung bzw. Verbesserung des ländlichen Erbes sowie der Förderung des Fremdenverkehrs. Dabei ergibt sich ein enger Zusammenhang zum LEADER-Konzept in Schwerpunkt 4, denn „voraussichtlich werden rund 80 % der Mittel des Schwerpunktes 4 für Maßnahmen des Schwerpunktes 3 eingesetzt werden.“

---

<sup>406</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung (PAUL), a.a.O.

**Tab. 16: Zusammenhang zwischen dem Programm „PAUL“ und der Entwicklung des Tourismus**

Förderangebot	Bedeutung für den Tourismus
<p>Schwerpunkt 3: „<b>Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft</b>“, u.a.:</p> <p>Erhaltung und ggf. Wiederherstellung des ländlichen Natur- und Kulturerbes</p> <p>Erhaltung und Verbesserung des Freizeit- und Erholungswertes ländlicher Räume</p> <p>Förderung des Fremdenverkehrs</p>	<p>Fortführung des Förderangebotes aus dem LEADER+-Programm und dem ZIL</p>
<p>Schwerpunkt 4: <b>LEADER-Konzept</b></p> <p>Investive und nicht-investive Maßnahmen aus allen 3 Schwerpunkten des Programms</p>	<p>Beitrag zur touristischen Profilierung und zum Ausbau der Tourismusinfrastruktur, etc.</p>
<p>Schwerpunkte 1 („<b>Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft</b>“) und 2 („<b>Verbesserung der Umwelt und der Landschaft</b>“) sektoral ausgerichtet, u.a.</p> <p>Beiträge zur Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft</p> <p>Sicherung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung“</p> <p>Schaffung von Einkommensalternativen</p> <p>Dorferneuerungsmaßnahmen</p>	<p>Positive Impulse für die Tourismusedwicklung möglich:</p> <p>Förderung von Synergien zwischen Landwirtschaft und Tourismus</p> <p>Beitrag zum Erhalt der Attraktivität der Landschaft als zentrale Entwicklungsressource des Tourismus im Untersuchungsraum</p>

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010.

Wie bereits in der Programmplanungsperiode 2000 bis 2006 soll der LEADER-Ansatz „regionalen Akteuren im ländlichen Raum Impulse geben und sie darin unterstützen, das Potenzial ihres Gebiets möglichst auszunutzen und eine dauerhaft wirksame Entwicklungsstrategie zu erarbeiten.“ Dabei können von den lokalen Entwicklungsgruppen alle Maßnahmen aus den Schwerpunkten 1-3 des Entwicklungsprogramms PAUL eingesetzt und miteinander kombiniert werden.“ Des Weiteren sollen „insbesondere auch Partnerschaften mit anderen Regionen und der Austausch von Erfahrungen gefördert werden.“<sup>407</sup>

<sup>407</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung (PAUL), a.a.O.

Förderfähige Maßnahmen stellen dabei neben den „Lokalen Entwicklungsstrategien“ die Bereiche „Wettbewerbsfähigkeit“, „Umweltschutz / Landbewirtschaftung“, „Lebensqualität / Diversifizierung“, „transnationale und gebietsübergreifende Zusammenarbeit“ und die „Arbeit der Lokalen Aktionsgruppe sowie Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung in dem betreffenden Gebiet“ dar.<sup>408</sup> Das Förderangebot ist dabei ähnlich wie im LEADER+-Programm ausgestaltet und umfasst sowohl investive als auch nicht-investive Maßnahmen, die allesamt Relevanz für die Entwicklung des Tourismus aufweisen. Insbesondere der Bereich „Arbeit der Lokalen Aktionsgruppe sowie Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung in dem betreffenden Gebiet“ stellt hierbei eine für den Tourismus sinnvolle Erweiterung des Förderangebotes im Rahmen von LEADER dar. Denn die Förderung der Sensibilisierung der regionalen Akteure für die spezifischen Potenziale, ist gerade im Tourismus von großer Bedeutung, um auf diese Weise die regionale Profilbildung im zunehmenden Wettbewerb der Tourismusstandorte zu schärfen.

Die Maßnahmen des Schwerpunktes 4 werden jedoch „ausschließlich in räumlich begrenzten sub-regionalen ländlichen Gebieten des Landes eingesetzt.“<sup>409</sup> Daher müssen wie bereits in den vorangegangenen Förderperioden LAGen gegründet und lokale Entwicklungsstrategien entwickelt werden um LEADER Fördermittel erhalten zu können. Dabei wurde der LEADER-Ansatz in Rheinland-Pfalz zur Förderperiode 2007-2013 ausgeweitet, so dass nun neben den bereits 2000 bis 2006 an der LEADER+-Förderung teilnehmenden weitere LAGen als LEADER-Fördergebiet anerkannt wurden. Auf den Untersuchungsraum wirkte sich dies äußerst positiv aus, denn neben der LAG „Pfälzerwald“ nehmen nun auch die LAGen „Pfälzer Bergland“ und „Donnersberger und Lauterer Land“ an LEADER teil, darüber hinaus hat die Westpfalz noch einen, wenngleich geringen Anteil an der LAG „Rheinessen-Zellertal“. Somit profitieren in der aktuellen Programmplanungsperiode neben dem Tourismuszentrum „Pfälzerwald“ verstärkt auch diejenigen Teilräume der Westpfalz wie das „Pfälzer Bergland“ von LEADER, die bislang trotz teilweise vorhandener Ansätze noch eher als touristisches Rand- bzw. Entwicklungsgebiet anzusehen sind.

Damit kann LEADER in der Förderperiode 2007 bis 2013 noch stärker ausgleichend wirken bezüglich der touristischen Entwicklung, während in der vorangegangenen Förderperiode auf den ersten Blick der traditionelle Tourismusschwerpunkt Pfälzerwald gegenüber den touristischen Randgebieten mit Entwicklungsansätzen (Pfälzer Bergland) weiter gestärkt wurde. Bezüglich ihrer Relevanz für die Entwicklung des Tourismus sollen im Folgenden stellvertretend für den Untersuchungsraum die „Lokalen integrierten ländlichen Entwicklungskonzepte (LILE)“ der LAGen „Pfälzerwald“ und „Pfälzer Bergland“ analysiert werden. Damit wird mit dem Pfälzerwald sowohl das traditionelle regionale Tourismuszentrum berücksichtigt, als auch mit dem Teilraum „Pfälzer Bergland“ ein Gebiet das in den letzten Jahren Anstrengungen zur touristischen Entwicklung unternommen hat, jedoch noch Lücken im Bereich der touristischen Infrastruktur aufweist und daher nach wie vor bezüglich der touristischen Entwicklung deutlichen Nachholbedarf gegenüber dem Teilraum Pfälzerwald (und hier insbesondere dem „Dahner Felsenland“) aufweist.

---

<sup>408</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung (PAUL), a.a.O.

<sup>409</sup> Vgl. Ebenda.

Beide Teilräume werden zudem im weiteren Verlauf der Arbeit als Schwerpunktuntersuchungsraum festgelegt. Dies vor allem im Hinblick auf einen dann möglichen Vergleich zwischen den Wirkungen der EU-Strukturpolitik auf den traditionellen Tourismusschwerpunkt der Region einerseits und einem eher noch als touristisches Randgebiet zu betrachtenden Teilraum mit jedoch gewissen Entwicklungsansätzen andererseits. Wie erwähnt und beschrieben war die LAG „Pfälzerwald“ unter der leicht veränderten Bezeichnung LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ bereits 2000 bis 2006 Teil der LEADER+ Förderung. Zur aktuellen Programmperiode wurde jedoch das LAG Gebiet leicht verändert. So ist die Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn nun Teil der LAG „Donnersberger und Lauterer Land“. Auf der anderen Seite wurde die LAG „Pfälzerwald“ um die Verbandsgemeinde Annweiler am Trifels, um Teile der Verbandsgemeinde Bad Bergzabern sowie einige weitere Ortsgemeinden aus den Verbandsgemeinden Kaiserslautern-Süd und Waldfischbach-Burgalben erweitert. Damit erstreckt sich das LAG-Gebiet nunmehr über zahlreiche Kommunen in vier unterschiedlichen Landkreisen (Südwestpfalz, Kaiserslautern, Südliche Weinstraße sowie eine Gemeinde aus dem Landkreis Bad Dürkheim). Die LAG „Pfälzerwald“ umfasst damit nun sowohl Teilräume aus der Region Westpfalz als auch Teilräume aus der Region Rheinpfalz. Dies bietet sowohl Risiken, wie z.B. einen erhöhten Abstimmungs- und Koordinierungsbedarf durch die Vielzahl der nunmehr beteiligten Institutionen (Verwaltungen, etc.) und Akteure, als auch Chancen: So wird die Kooperation mit der benachbarten Region Rheinpfalz gefördert, die mit dem Teilraum „Deutsche Weinstraße“ aus touristischer Sicht äußerst attraktiv ist. Auf diese Weise kann das touristische Angebot im Pfälzerwald sinnvoll ergänzt werden.

Der Aufbau des LILE ist dem der GIEP aus der Programmplanungsperiode 2000 bis 2006 sehr ähnlich. Bereits bei der Analyse der Ausgangssituation wird dabei ein enger Bezug des LILE zur Förderung der Entwicklung des Tourismus deutlich. So werden Natur und Landschaft mit dem Pfälzerwald „als größtes zusammenhängendes Waldgebiet Deutschlands mit großen Waldungen, Bundsandstein und dem Mittelgebirgscharakter als landschaftliche Eigenart“ als zentrales Entwicklungspotenzial identifiziert. In jüngerer Zeit kamen zudem im Programmgebiet neue touristische Entwicklungsperspektiven hinzu, wie etwa der Flughafen Zweibrücken mit dem „Designer-Outlet-Zentrum“. Zusammen mit weiteren Fabrikverkaufszentren wie etwa dem „Schuh-Outletzentrum“ in Hauenstein entstanden daher neue touristische Anziehungspunkte mit „sehr hoher Besucherfrequenz.“ Der Bereich „Shoppingtourismus“ kann dabei neben dem Erholungs-, Wander- und Radtourismus zu einer weiteren Säule des westpfälzischen Tourismus ausgebaut werden und bietet Chancen zu einer intensiveren Profilierung, da es sich hierbei auch um gewisse Alleinstellungsmerkmale handelt.

Als zentrales touristisches Entwicklungspotenzial wird jedoch der Bereich Wandern identifiziert. Wobei in diesem Zusammenhang v.a. eine verstärkte Qualitätsorientierung und Profilbildung gefördert werden soll. Wobei wichtige Ansätze hierfür bereits mit Unterstützung der EU-Strukturpolitik geschaffen wurden: So wurde u.a. mit dem „Dahner Felsenpfad, der erste Prädikatswanderweg der Marke „Extratour“ in Rheinland-Pfalz geschaffen. Des Weiteren prämierte der deutsche Wanderverband den „Felsenwanderweg Rodalben“ als ersten Qualitätsweg in der Kategorie „Wanderbares Deutschland“ in der Tourismusregion Pfalz.<sup>410</sup> Dabei sind nach Auskunft der regionalen Akteure bereits erste positive Wirkungen zu erkennen, so habe sich „die Anzahl der Wanderer und die Anfragen in den Touristinformationen haben sich durch die beiden Wege deutlich erhöht.“

---

<sup>410</sup> Vgl. LAG „Pfälzerwald“ (Hrsg.): a.a.O.

Insgesamt lässt sich daher die Südwestpfalz „hinsichtlich der Premium- und Qualitätswanderwege als Vorreiter in der Pfalz betrachten und konnte sich so einen Wettbewerbsvorteil erarbeiten.“ Darüber hinaus soll neben den Wanderwegen auch bei den Gastgebern eine qualitative Ausrichtung durch die Auszeichnung wanderfreundlicher Übernachtungsbetriebe mit dem Siegel „Qualitätsgastgeber Wanderbares Deutschland“ forciert werden.

Als weiterer Meilenstein im Rahmen dieser Entwicklung ist die Ausweisung eines Premiumwanderweges „Pfalz“ als „großer Prädikatswanderweg, ähnlich dem Saar-Hunsrück-Steig und dem Rheinsteig“ zu sehen. Die Westroute dieser Strecke (von Kaiserslautern nach Schweigen-Rechtenbach) soll dabei durch das gesamte LAG-Gebiet verlaufen. Damit wird die „gesamte Tourismusregion Pfälzerwald in das Projekt miteinbezogen und quasi durch den Weg auch „mental“ verbunden.“<sup>411</sup>

Neben weiteren Entwicklungspotenzialen in den Bereichen Klettersport und Nordic-Walking wird darüber hinaus verstärkt der Radtourismus als zentrales Entwicklungspotenzial, da das Programmgebiet über eine „insgesamt gut ausgebaute Radwegeinfrastruktur“ verfügt, welche jedoch „schlecht vernetzt und beschildert“ ist. Als wesentliches Entwicklungshemmnis innerhalb des Tourismus wird nach wie vor das „Qualitätsgefälle zwischen der etablierten Tourismusregion Wasgau und dem nördlichen Pfälzerwald“ gesehen. So wird ein „wahrnehmbares Qualitätsgefälle bei den privaten und öffentlichen touristischen Anbietern sowie auch bei der touristischen Infrastruktur“ erkannt. Dabei wird dieser qualitative Unterschied „vom Touristen durchaus wahrgenommen“ und „zumeist negativ für die ganze Region gewertet“, so dass letztlich hierunter „das Image der Region leidet.“<sup>412</sup>

Generell sind im Bereich des Tourismus in der Westpfalz große Disparitäten zu erkennen. Am weitesten erschlossen aus touristischer Sicht ist dabei der südliche Teilraum Wasgau / Dahner Felsenland, während das Zentrum bzw. der nördlicher Teil des Pfälzerwaldes und insbesondere das Pfälzer Bergland als nördlicher Teilraum der Westpfalz z.T. noch deutliche Lücken im Bereich der touristischen Infrastruktur sowie bezüglich des touristischen Angebotes aufweisen. Jedoch wurden in den letzten Jahren in diesen Teilräumen die Entwicklungsbemühungen im Tourismusbereich mit Unterstützung aus EU-Förderprogrammen verstärkt, wie der weitere Verlauf der Arbeit noch zeigen wird. Dennoch sind immer noch Disparitäten zu erkennen, die sowohl auf regionaler als auch auf lokaler Ebene innerhalb der Westpfalz deutlich werden. Es sollte jedoch in diesem Zusammenhang bedacht werden, dass selbst eine hocheffiziente Strukturpolitik Disparitäten in Bezug auf die touristische Entwicklung nicht vollständig beseitigen kann, da sich bestimmte Entwicklungsfaktoren nicht bzw. kaum beeinflussen lassen.

Insbesondere das sog. „ursprüngliche Angebot“ wie etwa die naturräumliche Ausstattung lässt sich in diesem Zusammenhang durch Interventionen innerhalb der Strukturpolitik kaum beeinflussen: So wurde im Rahmen dieser Arbeit bereits angedeutet, dass das „Dahner Felsenland“ aufgrund seines „ursprünglichen Angebotes“ in Form der Felsenlandschaft als Alleinstellungsmerkmal, der Nähe zu Frankreich, den zahlreichen Burgruinen und attraktiven Dörfern mit Fachwerkhäusern über die besten Entwicklungsperspektiven innerhalb der Westpfalz im Tourismusbereich verfügt. Dennoch kann die Strukturpolitik in gewissem Maße ausgleichend wirken, indem Anziehungspunkte geschaffen werden und die touristische Infrastruktur ausgebaut wird.

---

<sup>411</sup> Vgl. LAG „Pfälzerwald“ (Hrsg.): a.a.O.

<sup>412</sup> Vgl. Ebenda.

Dies wurde bspw. im Rahmen der GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ versucht, indem hier wie aufgezeigt wurde, verstärkt Anziehungspunkte im nördlichen Teil des Pfälzerwaldes geschaffen wurden. Ohne diese Interventionen im Rahmen der EU-Strukturpolitik zur Verbesserung des sog. „abgeleiteten Angebotes“ (z.B. Rad- und Wanderwege, etc.) würden sich die Disparitäten womöglich noch weiter verschärfen. Daher ist es uneingeschränkt positiv zu werten, dass in der Förderperiode 2007 bis 2013 neben der LAG „Pfälzerwald“ weitere westpfälzische LAGen in die LEADER-Förderung aufgenommen wurden. Der gerade im Bereich der Tourismusförderung bewährte LEADER-Ansatz kann dabei die Abmilderung des vorhandenen Angebots- und Qualitätsgefälle innerhalb der Westpfalz unterstützen. Anhand dieser Analysen (Situationsanalyse, SWOT-Analyse) zur Entwicklung des LILE wird erneut der Wert der Programmplanung im Rahmen der EU-Strukturpolitik deutlich: Die vorgegebene Programmplanung zwingt die regionalen Akteure aus unterschiedlichen Bereichen wie Verwaltung, Tourismus, Naturschutz, Landwirtschaft, Frauen- und Jugendverbände, Sozialpartner, etc. zu Kooperation bzw. Vernetzung und in der Folge zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der spezifischen Ausgangssituation innerhalb der Region. Zu diesem Zweck werden mit Hilfe der regionalen Entwicklungsstrategien („LILE“, früher „GIEP“) ausführlich Stärken, Schwächen und Entwicklungsperspektiven beleuchtet. Damit wird gewährleistet, dass die thematischen Schwerpunkte und das vorgesehene Förderangebot im Rahmen der LILE tatsächlich dem regionalen Bedarf entsprechen und auf diese Weise letztlich eine regionale Profilbildung gefördert wird, die im Tourismusbereich zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Das Förderangebot kann in der Folge effizient eingesetzt werden um einerseits vorhandene Entwicklungspotenziale (z.B. Potenziale im Bereich Wandertourismus) zielgerichtet zu nutzen, und andererseits festgestellte Entwicklungshemmnisse (Angebotsgefälle zwischen nördlichem und südlichem Pfälzerwald) abzubauen bzw. zumindest abzumildern. Dementsprechend bauen Leitbild und Zielvorstellungen auf der SWOT-Analyse auf. Aufgrund dessen ist ein enger Bezug zum Tourismus zu erwarten, da dem Programmgebiet für „naturnahe Formen des Tourismus“ ein „hervorragendes Potenzial“ zugebilligt wird. Zentrale Ziele der LAG sind dabei sinngemäß zunächst „bestehende Schwächen und Problemlagen zu mildern oder zu beseitigen, sowie die Potenziale und Stärken zu fördern.“ Ebenso soll die „Inwertsetzung der naturräumlichen Potenziale des LAG-Gebietes durch nachhaltige Maßnahmen flankiert“ sowie durch die „Gewährleistung und Steigerung der Lebensqualität“ gefördert werden. Damit wird das Leitbild der LAG „durch zwei Eckpfeiler entwickelt“: Die „Inwertsetzung der naturräumlichen Potenziale des LAG-Gebietes“ und die „Aufrechterhaltung und Steigerung der Qualität der Lebensbedingungen im LAG-Gebiet.“

Durch den ersten Eckpfeiler wird dabei ein enger Zusammenhang zum Tourismus bestätigt, da das vorhandene natürliche Potenzial (Naturpark Pfälzerwald) die Grundlage für die Entwicklung des Tourismus darstellt. Aus diesen beiden Eckpfeilern lässt sich ein prägnanter Leitspruch des Leitbildes formulieren: „Leben in und mit der Biosphäre Pfälzerwald.“<sup>413</sup> Im Gegensatz zum Oberziel der LAG in der vorangegangenen Förderperiode 2000 bis 2006 das als „Steigerung der regionalen Wertschöpfung durch die verbesserte Nutzung des natürlichen und kulturellen Potenzials“ formuliert war und im aktuellen LILE neben anderen Zielvorstellungen fortgeführt werden soll, scheint das neue Leitbild leichter erfassbar und einprägsamer zu sein, insbesondere für die Bevölkerung. Damit kann eine stärkere Sensibilisierung bzw. Bewusstseinsbildung innerhalb der Region für die LAG und das LILE mit ihren jeweiligen Zielsetzungen erreicht werden. Die vier vertikalen Entwicklungsziele sind thematisch eng an GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ orientiert, jedoch leichter verständlich formuliert.

---

<sup>413</sup> Vgl. LAG „Pfälzerwald“ (Hrsg.): a.a.O.

So soll mithilfe des LILE die „Inwertsetzung der Natur- und Kulturlandschaft Pfälzerwald“ gefördert werden, ebenso wie der „Ausbau des touristischen Angebotes und Steigerung seiner Attraktivität“, die „Förderung der hohen Lebensqualität im ländlichen Raum“ oder der „Ausbau erneuerbarer Energien.“<sup>414</sup> Dabei sind zwei der vier Entwicklungsziele von direkter Relevanz für den Tourismusbereich, der „Ausbau des touristischen Angebotes und Steigerung seiner Attraktivität“ sowie die „Inwertsetzung der Natur- und Kulturlandschaft Pfälzerwald.“ Mit ersterem wird dabei wie bereits in der vorangegangenen Förderperiode zunächst der Ausbau des touristischen Angebotes gefördert, jedoch wird hierbei das Förderangebot um qualitative Aspekte erweitert („und Steigerung seiner Attraktivität“). Damit kann LEADER einen Beitrag nicht nur zur Erweiterung des Angebotes innerhalb des Tourismus leisten sondern auch zur Gewinnung neuer Zielgruppen. Ebenso können auf diese Weise insbesondere im nördlichen Teil Lücken im Bereich der touristischen Infrastruktur geschlossen und somit eine qualitative Aufwertung unterstützt werden. Insbesondere eine stärkere Qualitäts- und Serviceorientierung ist dabei aufgrund eines zunehmenden Wettbewerbs der Tourismusstandorte untereinander von hoher Relevanz. Bei der Angebotserweiterung sollen verstärkt „Angebote mit Magnetfunktion“ realisiert werden. Womit hierdurch ebenfalls Synergien gefördert werden können.

Als wichtige Maßnahme innerhalb dieses Entwicklungsziels ist zudem die „Innerregionale Werbung, Information und Besucherlenkung“ sowie die „Bewerbung von Angeboten außerhalb der Region“ anzusehen. Dies erscheint sinnvoll, da der Bekanntheitsgrad der Region als Tourismusstandort noch ausbaufähig ist, insbesondere auf internationaler Ebene. Ebenso muss auch innerhalb der Region das Bewusstsein sowie die Sensibilisierung der Bevölkerung und der Akteure für die spezifischen Potenziale bzw. Chancen des Biosphärenreservates in Ergänzung etwa der Maßnahmen des Entwicklungsziels „Inwertsetzung der Natur- und Kulturlandschaft Pfälzerwald“ geschärft werden. Ein positiver und überzeugender Umgang der einheimischen Bevölkerung mit diesen Potenzialen wirkt sich dann auch positiv auf die Entwicklung des Tourismus aus (Gastfreundlichkeit, Hilfsbereitschaft, Information der Gäste).

Neben diesen vertikalen Entwicklungszielen formuliert die Entwicklungsstrategie noch acht horizontale Entwicklungsziele, welche größtenteils ebenfalls für die Entwicklung des Tourismus von Relevanz sind: Mit der „Förderung von Innovationen“ sowie der „Förderung einer nachhaltigen Entwicklung“ kann die Profilierung der Region innerhalb des Tourismus unterstützt werden. Währenddessen kann die „Förderung der regionalen Identität“ die Sensibilisierung bzw. Bewusstseinsbildung für die spezifischen Potenziale fördern, die für das LAG-Gebiet für vor allem im Tourismusbereich liegen. Des Weiteren kann der Tourismus von der „Förderung von Synergien, Wissenstransfer und Vernetzung“ profitieren. Dies insbesondere im Hinblick auf die enge Verflechtung mit anderen Bereichen wie etwa Naturschutz / Landschaftspflege, Landwirtschaft, Kultur oder dem Bereich Wohnen. Schließlich kann die Entwicklung des Tourismus durch die „Förderung von Public-Private-Partnerships“ unterstützt werden.

Dadurch kann womöglich u.a. privates Kapital zum Ausbau der Tourismusinfrastruktur oder zur Schaffung neuer touristischer Angebote bereitgestellt bzw. genutzt werden. Insbesondere in struktur- und damit finanzschwachen Regionen wie der Westpfalz können auf diese Weise größere Tourismusprojekte realisiert werden, ebenso kann die Kofinanzierung der EU-Strukturpolitik auf diesem Weg sichergestellt werden. Besonders in Bezug auf die „Förderung von Innovationen“ setzt sich die LAG „Pfälzerwald“ ambitionierte Ziele.

---

<sup>414</sup> Vgl. LAG „Pfälzerwald“ (Hrsg.): a.a.O.

So sollen Innovationen „auf allen Ebenen gefördert werden“ und der Pfälzerwald „in dem ihm eigenen Stärkenprofil“ zu einer „Experimentierwerkstatt für zukunftssträchtige Entwicklungen ersten Ranges in Rheinland-Pfalz“<sup>415</sup> ausgebaut werden. Projekte werden dann als innovativ anerkannt, wenn sie mindestens einem der folgenden vier Kriterien zugeordnet werden können: „Neue Produkte“, „neue Verfahren und Techniken“, „neue Organisationsformen und Strategien“ sowie „neue Absatzmärkte und Zielgruppen.“ Für die Entwicklung des Tourismus sind hierbei einige dieser Kriterien besonders von Relevanz. Dabei scheinen diese geeignet, die Profilierung des Pfälzerwaldes als Tourismusstandort voranzutreiben. Mit „neuen Produkten“ können in diesem Zusammenhang Impulse für den Tourismus entstehen, so bspw. durch die Schaffung neuer Angebote im Tourismus oder die Schaffung neuer regionale Produkte in kulinarischer Hinsicht. Darüber hinaus können in ähnlicher Weise die Anwendung „neuer Organisationsformen und Strategien“ sowie das Streben nach „neuen Absatzmärkten und Zielgruppen“ die Profilbildung innerhalb der Tourismusedwicklung im Pfälzerwald aktiv unterstützen.

Zur Konkretisierung der einzelnen Entwicklungsziele formuliert das LILE insgesamt vier Handlungsfelder, von denen drei für den Bereich des Tourismus von besonderer Bedeutung sind. Mit dem Handlungsfeld „Kulturlandschaft“ soll der landschaftliche Reiz des Naturraums Pfälzerwald „als wichtiger positiver Standortfaktor“ und in seiner „spezifischen Eigenart zugleich“ als ein „Alleinstellungsmerkmal der Region“ erhalten bleiben. Dies soll durch drei Maßnahmenbereiche erreicht werden. Mit der „Verbesserung der Landschaftsästhetik“ soll das abwechslungsreiche Landschaftsbild im Pfälzerwald erhalten bleiben und das Prinzip „Pflege durch Nutzung“ aus der vorangegangenen Förderperiode im Rahmen von LEADER+ fortgesetzt werden. Als wesentliche Entwicklungsschritte bzw. Etappenziele sollen dabei zunächst im Rahmen des Gesamtkonzeptes „landschafts- und kulturlandschaftstypische und –prägende Elemente identifiziert werden.“ Darauf folgend soll die „Inwertsetzung landschafts- und kulturlandschaftstypischer und –prägender Elemente „durch konkrete Maßnahmen und deren technische Ausführung“ gefördert werden.

Als Leitprojekt dient in diesem Zusammenhang die „Rekultivierung Wiesenrückensystem“, u.a. durch die „touristische Erschließung einer ehemals typischen Bearbeitungsmethode“ und der damit verbundenen überregionalen Alleinstellung „Wiesenrückensystem“. Weitere Maßnahmenbereiche im Handlungsfeld „Kulturlandschaft“ sind die „Förderung nachhaltiger Landwirtschaft“ sowie die „Stärkung des Umweltbewusstseins.“<sup>416</sup> Mit diesen thematisch eng an der vorangegangenen Förderperiode orientierten Maßnahmen kann LEADER erneut einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft und damit letztlich zum Erhalt der landschaftlichen Vielfalt als Grundlage des Tourismus im Untersuchungsraum leisten. Ferner sind diese Maßnahmen weiterhin geeignet, Kooperationen zwischen Tourismus auf der einen Seite und Landschaftspflege / Naturschutz bzw. Landwirtschaft auf der anderen Seite zu fördern und somit Synergien zu unterstützen.

Das zweite Handlungsfeld des LILE „Tourismus und Freizeit“ ist direkt auf die Förderung des Tourismus ausgerichtet. Innerhalb dieses Handlungsfeldes sollen zunächst private Tourismusanbieter gefördert werden. Diese werden als zentraler Garant „für die erfolgreiche Entwicklung der Tourismusregion angesehen“ und sollen beraten bzw. motiviert werden „zur Erweiterung oder qualitativen Verbesserung ihrer Angebote.“ In diesem Zusammenhang werden vor allem „Beratungsleistungen der organisatorischen und baulich-technischen Ausführung touristischer Angebote von privaten touristischen Angeboten“ wie z.B. die Barrierefreiheit als relevant angesehen.

---

<sup>415</sup> Vgl. LAG „Pfälzerwald“ (Hrsg.): a.a.O.

<sup>416</sup> Vgl. Ebenda.

Auch im Bereich dieses Handlungsfeldes ist die Qualitätsverbesserung ein wesentliches Anliegen, so u.a. neben der Aufwertung der Infrastruktur auch innerhalb des Informations- und Werbematerials. Da „hiervon der touristische Erfolg und die Außenwahrnehmung der Region maßgeblich abhängt.“<sup>417</sup> Nach Ansicht der LAG besitzt das Programmgebiet „als Pilotregion für familienfreundlichen Urlaub in Rheinland-Pfalz“ hierfür eine wertvolle Grundlage. Wesentliches Etappenziel ist hierbei u.a. die Entwicklung, Organisation und das Angebot von Beratungsdienstleistungen, „die sich an private touristische Anbieter richten“ und „den Qualitätstourismus in der Region fördern.“ Diese speziellen Förderangebote, die sich an private Anbieter aus dem Tourismusbereich richten sind positiv zu bewerten, da im Untersuchungsraum eine stärkere Nutzung dieser Förderangebote notwendig erscheint, wie bereits die Ergebnisse der Evaluation verdeutlicht haben. Als Leitprojekt gilt in diesem Zusammenhang das „Biosphären-Trekking.“ Ziel ist dabei die Vernetzung naturnaher Zeltplätze im LAG-Gebiet, um auf diese Weise die „Profilierung der Region als Wander- und Naturregion“ zu fördern. Weiterhin scheint dieses Projekt geeignet, die „regionale Identität durch Identifikation der Bevölkerung mit der Landschaft“ zu fördern. Schließlich wird durch das „Biosphären-Trekking“ eine nachhaltige Form des Tourismus im Untersuchungsraum etabliert.

Parallel dazu soll neben den privaten Tourismusanbietern in einem weiteren Maßnahmenbereich auch die „Weiterentwicklung öffentlicher Tourismusinfrastruktur und touristischer Angebote“ unterstützt werden. Dabei sollen v.a. die in der vergangenen Förderperiode geschaffenen touristischen Infrastrukturen ergänzt und erweitert werden. Diese dienen verstärkt „als wichtige Grundlage für die Inwertsetzung der Landschaft (z.B. Mountainbikepark Pfälzerwald)“, wobei die „Tourismusförderung im Rahmen von LEADER+ hierzu maßgeblich beigetragen hat.“<sup>418</sup> In diesem Zusammenhang hat sich insbesondere das Instrument „Themenwege“ zur „Ergänzung bereits bestehender Wegeinfrastruktur und zum Lückenschluss“ bewährt. Ebenso tragen Themenwege dazu bei die „Vermittlung regionalen Wissens und touristischer Infrastruktur zu verknüpfen.“ Im Untersuchungsraum gelten hierbei die Themenwege „Dahner Felsenpfad“ sowie „Rodalber Felsenwanderweg“ als Vorzeigeprojekte. In der laufenden Förderperiode strebt die LAG „Pfälzerwald“ an „in den Segmenten Wandern und Radfahren auch weiterhin zu entwickeln und auszuführen.“ Wobei sich an dem Leitbild „Qualität statt Quantität“ orientiert werden soll.

Des Weiteren soll innerhalb dieser Segmente der „Ausbau touristischer Angebote mit historischem Hintergrund zur Bewahrung des kulturellen Erbes“ vorangetrieben werden, ebenso wie die „Schaffung touristischer Infrastrukturen für ältere Menschen.“<sup>419</sup> Insgesamt handelt es sich bei diesen vorgesehenen Maßnahmen um eine sinnvolle Ergänzung bzw. Konkretisierung der GIEP aus der Programmperiode 2000 bis 2006. Insbesondere die „Schaffung touristischer Infrastrukturen für ältere Menschen“ ist vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung dieser Zielgruppe für den Tourismus positiv zu bewerten.

Als Leitprojekt fungiert hierbei die Entwicklung einer „Tourismusstrategie für den Pfälzerwald.“ Dabei soll das vorhandene Tourismuskonzept weiterentwickelt und in eine Strategie überführt werden, um anschließend im LAG-Gebiet umgesetzt zu werden. Mit dieser Maßnahme wird die strategische Ausrichtung und damit die Profilbildung innerhalb des Tourismus im Untersuchungsraum ausgebaut bzw. unterstützt. Die konzeptionellen Ansätze im Rahmen des LILE werden dabei erweitert und konkretisiert.

---

<sup>417</sup> Vgl. LAG „Pfälzerwald“ (Hrsg.): a.a.O.

<sup>418</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>419</sup> Vgl. Ebenda.

Dies zeigt einmal mehr dass der wesentliche Beitrag des LEADER-Ansatzes im Bereich des Tourismus vor allem in seinem Mehrwert begründet liegt. Durch die von der EU vorgeschriebene Programmplanung sind die Akteure gezwungen konzeptionelle Grundlagen für die Entwicklung des Programmgebietes zu schaffen. Dadurch wird die Strategieentwicklung gefördert und der Einsatz neuer Instrumente bzw. Strategien aktiv unterstützt, wovon insbesondere der Tourismusbereich profitiert.

Darüber hinaus wird als weiterer Maßnahmenbereich des Handlungsfeldes die „Förderung des Regionalmarketings“ formuliert. An dieser Stelle wird zunächst erkannt, dass „trotz touristischer Attraktionen kein stringentes Profil besteht“, jedoch bereits „wichtige Ansätze bestehen.“<sup>420</sup> Innerhalb dieses Maßnahmenbereiches soll daher eine regionale Vermarktungsstrategie „zur Schärfung des Regionalprofils“ geschaffen werden. Wobei auch die „Kommunikation erfolgreicher LEADER-Projekte aller Handlungsfelder im LAG-Gebiet“ für die „Zwecke des Innenmarketings“ instrumentalisiert werden soll.

Als weitere Maßnahmen sollen „nutzerfreundliche, attraktive und gut ausgestattete Tourist-Informationen“ geschaffen werden und der Flughafen Zweibrücken als Potenzial zu Marketingzwecken genutzt werden. Das Leitprojekt zu diesem Maßnahmenbereich lautet „Inwertsetzung Biosphärenreservat“. Dabei soll sowohl das Innen- als auch das Außenmarketing für das Biosphärenreservat forciert werden. Der Maßnahmenbereich „Regionalmarketing“ ist für die Entwicklung des Tourismus von zentraler Bedeutung und als eine sinnvolle Ergänzung zu den vorangegangenen Maßnahmen und Leitprojekten des LILE anzusehen (v.a. der „Tourismusstrategie Pfälzerwald“). Mithilfe des Regionalmarketings wird die Profilbildung der Region weiter geschärft, die Effizienz der weiteren vorgesehenen Maßnahmen und Leitprojekte erhöht und es wird letztlich ein wesentliches Defizit des Untersuchungsraums behoben: Bei diesem Defizit handelt es sich um den noch relativ geringen Bekanntheitsgrad der Region als Tourismusstandort im nationalen bzw. internationalen Vergleich. Insbesondere Potenziale wie das grenzüberschreitende Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen wurden bislang noch zu wenig nach außen und teilweise auch nach innen (Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung) kommuniziert.

Die letzte Maßnahme innerhalb des Handlungsfeldes „Tourismus und Freizeit“ stellt der „Aufbau des Gesundheits- und Naturtourismus“ dar. Womit „Anlage oder Ausbau touristischer Angebote zur Förderung der physischen und psychischen Gesundheit des Menschen“ gefördert werden sollen. Als thematischer Schwerpunkt soll dabei das Thema „Erlebbarer Gesundheit im Einklang mit dem natürlichen Potenzial des Pfälzerwaldes“ dienen. So sollen „Angebote zur physischen Gesundheitsprävention sowie Angebote der mentalen Wellness“, u.a. in Verbindung mit dem Jakobsweg geschaffen werden. Daher wurde das entsprechende Leitprojekt „Pfälzer Jakobsweg“ genannt. Der Pfälzer Jakobsweg soll dabei entsprechend vermarktet, und das spezifische touristische Rahmenangebot erweitert werden. Damit soll die „Weiterentwicklung des zur Zeit wichtigen Sektors des Pilgertourismus“ angestrebt werden.<sup>421</sup>

Mit diesen Maßnahmen kann die touristische Profilbildung des Untersuchungsraumes weiter geschärft werden. Durch diese Maßnahmen können ferner neue Zielgruppen für den Tourismusstandort Pfälzerwald gewonnen werden, wie bspw. ältere, gesundheitsbewusste Menschen oder Pilgertouristen. Die Strategieentwicklung innerhalb des Tourismus wird infolge dieser Maßnahmen weiterentwickelt bzw. konkretisiert.

---

<sup>420</sup> Vgl. LAG „Pfälzerwald“ (Hrsg.): a.a.O.

<sup>421</sup> Vgl. Ebenda.

Maßnahmen wie die Schaffung von „Angeboten der mentalen Wellness“ sind zudem als Alleinstellungsmerkmal geeignet. Solche Alleinstellungsmerkmale gewinnen in Zeiten eines verschärften Wettbewerbs auch im Bereich des Tourismus zunehmend an Bedeutung. Das Handlungsfeld „Dorf aktiv“ ist für die Entwicklung der ländlichen-strukturschwachen Region Westpfalz insgesamt von hoher Relevanz. Gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung, von welcher der Untersuchungsraum besonders stark betroffen sein wird, gewinnen die vorgesehenen Maßnahmen wie die „Errichtung dörflicher Treff- und Kommunikationspunkte“, die „Sicherung der Daseinsvorsorge und Hilfe zur Selbsthilfe“ sowie die „Reaktivierung der Ortskerne“ an Bedeutung. Diese Maßnahmen, welche die Entwicklung von lebendigen und attraktiven Dörfern fördern sollen, kommen zudem auch dem Tourismus zugute. So dass mit diesem Handlungsfeld Synergien zwischen den Bereichen Wohnen und Tourismus unterstützt werden.

Von großer Relevanz für die Tourismusentwicklung im Untersuchungsraum ist ferner die im Rahmen des LILE angestrebte „Intensivierung der gebietsübergreifenden und transnationalen Zusammenarbeit.“ In diesem Zusammenhang scheint vor allem die Kooperation mit der benachbarten westpfälzischen LAG „Donnersberger und Lautrer Land“ von Relevanz zu sein. Dabei wird die Chance gesehen, „gemeinsame Projekte zu entwickeln, die das ganze Gebiet des Naturparks Pfälzerwald betreffen.“ Beide LAGen streben hierbei die Realisierung gemeinsamer Projekte an, u.a. auch im Tourismusbereich: So werden „überregionaler Ausbau und Anbindungen bei Rad- und Wanderwegen“ ebenso wie die Zusammenarbeit bei der „wegweisenden und touristischen Beschilderung für den Radverkehr“ angestrebt. Auf diese Weise können Lücken im Bereich der Tourismusinfrastruktur geschlossen werden, dem Angebotsgefälle zwischen Wasgau und nördlichem Pfälzerwald entgegengewirkt, sowie touristische Potenziale miteinander vernetzt werden.

Weiterhin sind einerseits Kooperationen mit benachbarten ILE (Integrierte Ländliche Entwicklung)-Regionen geplant (ILE-Regionen Südwestpfalz, Bad Bergzabern, Nordpfälzer Bergland, Westrich und Landau), sowie andererseits Kooperationen mit weiteren LAGen in Deutschland wie bspw. die saarländischen LAGen „Warndt“ und „Biosphärenreservat Bliesgau“, sowie die LAG „Biosphärenreservat bayrische Rhön“ in Bayern, oder in benachbarten EU-Staaten (LAGen „Müllerthal“ in Luxemburg bzw. „Nordvogesen“ in Frankreich). Aufgrund der Tatsache, dass es sich hierbei um Gebiete handelt, die ebenfalls touristisch geprägt sind bzw. eine verstärkte touristische Entwicklung anstreben, ist davon auszugehen, dass ein intensiver Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer stattfinden kann, der neue Impulse für den Tourismus im Untersuchungsraum hervorbringen kann. Darüber hinaus ist die vorgesehene Kooperation mit der angrenzenden LAG „Nordvogesen“ dazu geeignet, Synergien zu INTERREG-Prozessen anzustoßen, denn Teile der LAG-Gebiete sind gleichzeitig in das INTERREG-Programm „PAMINA“ integriert. Neben Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer im Rahmen von Workshops, Seminaren und Exkursionen sind ergänzend dazu auch konkrete gemeinsame touristische Projekte geplant.

Für die Umsetzung des LILE der LAG „Pfälzerwald“ stehen in der Programmperiode 2007 bis 2013 insgesamt rund 1,7 Mio. € zur Verfügung.<sup>422</sup> Dies verdeutlicht die äußerst geringe Mittelausstattung von LEADER im Vergleich etwa zum EFRE-Programm „Wachstum durch Innovation“, wo ein Finanzvolumen im dreistelligen Millionenbereich zur Verfügung steht. Das LILE weist insgesamt betrachtet einen sehr engen Bezug zur Förderung des Tourismus auf. Nahezu jede Maßnahme ist von direkter oder zumindest indirekter Bedeutung für die Tourismusentwicklung.

---

<sup>422</sup> Vgl. LAG „Pfälzerwald“ (Hrsg.): a.a.O.

Es zeigt sich beim Vergleich der LILE mit der GIEP aus der vergangenen Förderperiode ein enger thematischer Zusammenhang, wobei gerade im Tourismus eine sinnvolle Erweiterung und v.a. Konkretisierung zu erkennen ist. Dabei wird deutlich, dass es sinnvoll war, die bestehenden LAGen auch in der aktuellen Förderperiode als LEADER-Fördergebiet anzuerkennen. Denn auf diese Weise können die begonnen Prozesse und Strategien zielgerichtet weitergeführt sowie ergänzt werden. Der LAG „Pfälzerwald“ scheint dies gelungen zu sein. Thematisch wurde sich eng an der GIEP orientiert, wobei Leitbild und Zielsetzungen im aktuellen LILE nun verständlicher formuliert wurden und damit gerade für die Bevölkerung leichter fassbar sind. Somit wird die Sensibilisierung der Bevölkerung für den LEADER-Prozess erleichtert.

Das LILE stellt daher eine sinnvolle Ergänzung und Konkretisierung der GIEP aus der Förderperiode 2000 bis 2006 dar. So findet im Tourismus, insbesondere im Bereich Wandertourismus eine Konzentration auf die Qualitätssteigerung statt, z.B. in Form von sog. „Prämiumwanderwegen“, während in der GIEP eher der Ausbau des touristischen Angebotes in quantitativer Hinsicht im Vordergrund stand. Ebenso wird nun der Natur- und Gesundheitstourismus mit dem Schwerpunkt „mentale Wellness / Pilgern“ als wichtiges weiteres Segment neben dem dominierenden Wandertourismus festgelegt. Auch veränderte Rahmenbedingungen wie der demografische Wandel sowie sich hieraus ergebende Herausforderungen („Barrierefreiheit“) und Chancen werden nun stärker berücksichtigt. Schließlich soll die Vermarktung der touristische Potenziale (v.a. Biosphärenreservat Pfälzerwald), die als noch unzureichend analysiert wurde, ausgebaut werden. Letztlich leistet die LILE mit den vorgesehen Handlungsfeldern und Maßnahmen einen wichtigen Beitrag zur touristischen Profilbildung der Westpfalz insgesamt, durch den Mehrwert der Programmplanung wird zudem die strategische Ausrichtung innerhalb des Tourismus forciert (Entwicklung einer Tourismusstrategie).

Neben dem Pfälzerwald als dem touristischen Zentrum der Westpfalz soll wie angedeutet auch das Pfälzer Bergland als touristisches Randgebiet mit jedoch vereinzelt vorhandenen touristischen Entwicklungsansätzen im Rahmen dieser Arbeit besondere Berücksichtigung finden. Das Pfälzer Bergland verfügt darüber hinaus über große Erfahrung mit dem LEADER-Ansatz. Zwar wurde dieser Teilraum 2000 bis 2006 nicht in die LEADER+-Förderung aufgenommen, jedoch war der Landkreis Kusel der deckungsgleich mit der LAG Pfälzer Bergland ist, in früheren Förderperioden Ziel-5b-Fördergebiet und damit Teil von LEADER I (1989-1994) und LEADER II (1994-1999). Daher wurden zahlreiche Entwicklungsansätze zur Förderung des Tourismus in diesem Teilraum von LEADER und damit von der EU-Strukturpolitik unterstützt.

Im Folgenden soll das LILE der LAG „Pfälzer Bergland“ in der Förderperiode 2007 bis 2013 bezüglich ihrer Relevanz für den Tourismus bewertet, und dabei insbesondere aus thematischer Sicht mit dem LILE der LAG „Pfälzerwald“ verglichen werden. Der Aufbau des LILE ist dabei mit dem der Entwicklungsstrategie der LAG „Pfälzerwald“ identisch, so dass Bestandsaufnahme, SWOT-Analyse, Leitbilder und Zielvorstellungen, Entwicklungsziele, -strategien und Handlungsfelder, die geplanten Maßnahmenbereiche sowie die geplante gebietsübergreifende und transnationale Zusammenarbeit die zentralen Entwicklungsschritte darstellen. Das Aktionsgebiet der LAG „Pfälzer Bergland“ besteht aus dem gesamten Landkreis Kusel sowie aus der Verbandsgemeinde Baumholder im Landkreis Birkenfeld sowie der Verbandsgemeinde Meisenheim im Landkreis Bad Kreuznach.

Damit ist die LAG „Pfälzer Bergland“ ebenso wie die LAG „Pfälzerwald“ in vielfacher Hinsicht interkommunal ausgerichtet (mehrere Verbandsgemeinden, mehrere Landkreise und letztlich auch zwei Regionen Westpfalz und Rheinhessen-Nahe). Diese Abgrenzung wurde vorgenommen, da die beteiligten Teilräume sich als „eine zusammengehörige Region verstehen“ und sich „zur touristischen Vermarktung zum Fremdenverkehrszweckverband Landkreis Kusel zusammengeschlossen haben.“<sup>423</sup> Daraus kann bereits erkannt werden, dass auch dieses LILE einen deutlichen Bezug zum Tourismus aufweisen wird. Dieser Eindruck wird im Rahmen der SWOT-Analyse bestätigt. Zwar wird die Randlage des Plangebietes „in relativ weiter Entfernung zu größeren Zentren und Märkten“ zunächst eher als Schwäche definiert, darauffolgend wird jedoch deutlich, dass dadurch auch „gewisse Stärken“ zu erkennen sind. Denn infolge dieser Randlage kann die Region „mit einer attraktiven Landschaft und Natur aufwarten“, welche in „relativ ursprünglichem, unzerschnittenen und wenig zersiedelten Zustand erhalten geblieben ist.“ Daher ist die „abwechslungsreiche Kulturlandschaft auch das Grundkapital für einen umweltschonenden Tourismus.“<sup>424</sup> Aufgrund dessen werden vor allem „in den Sektoren Landwirtschaft und Tourismus“ Potenziale gesehen, „gerade auch deshalb, weil bereits in den Förderzeiträumen von LEADER I und II eine Vielzahl von Projekten realisiert werden konnte, auf denen weiter aufgebaut werden kann.“<sup>425</sup>

Dies bestätigt zweierlei, zum einen wird der Tourismus auch im Pfälzer Bergland als zentrales Entwicklungspotenzial identifiziert, wobei das natürliche Potenzial (Kulturlandschaft) hier ähnlich wie im Teilraum Pfälzerwald die Grundlage für eine touristische Entwicklung darstellt. Zum anderen wird bestätigt, dass die EU-Strukturpolitik in Form von LEADER einen wesentlichen Beitrag zur touristischen Erschließung des Teilraumes Pfälzer Bergland geleistet hat. Wie bereits innerhalb dieser Programmanalyse deutlich wurde, kann die EU-Strukturpolitik mit ihren Förderprogrammen den Ausbau der touristischen Infrastruktur bzw. die Schaffung von touristischen Angeboten / Anziehungspunkten als Grundlage für eine touristische Entwicklung in solchen Randgebieten unterstützen.

Obwohl der Teilraum „Pfälzer Bergland“ gegenüber dem klassischen Tourismuszentrum „Pfälzerwald“ und hier insbesondere dem „Dahner Felsenland“ eher noch als touristisches Randgebiet zu bewerten ist, wurden hier in den letzten Jahren mit Unterstützung der EU-Strukturpolitik erste touristische Entwicklungsansätze geschaffen. Als Hauptstützen dieser positiven Entwicklung werden die „Draisinenbahn“ im Glantal sowie der grenzüberschreitende „Glan-Blies-Radweg“ angesehen, die beide von der EU teilfinanziert wurden und im weiteren Verlauf der Arbeit noch genauer hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Tourismusedwicklung im Untersuchungsraum untersucht werden sollen. Infolge dieser Entwicklungsanstrengungen konnte in den letzten Jahren im Bereich des Tourismus „ein insgesamt sehr positiver Trend in der Entwicklung der Übernachtungen und Gästezahlen bewirkt werden.“ Jedoch wurde diese positive Entwicklung in der letzten Zeit durch leichte Rückgänge etwas gebremst, daher sollen durch „Qualitätssicherung und –verbesserung weitere Rückgänge vermieden werden.“<sup>426</sup>

---

<sup>423</sup> Vgl. LAG „Pfälzer Bergland“ (Hrsg.): Kurzbeschreibung der Lokalen Aktionsgruppe Pfälzer Bergland sowie des Plangebietes und der Entwicklungsstrategie, verfügbar unter: <http://www.landkreis-kusel.de>.

<sup>424</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>425</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>426</sup> Vgl. Ebenda.

Damit wird erneut ein enger thematischer Bezug zur LILE der LAG „Pfälzerwald“ deutlich, wo ebenfalls bei der Förderung des Tourismus die Qualitätssteigerung eines der zentralen Ziele sein soll. Neben der Qualitätssteigerung sollen sich die Entwicklungsbemühungen innerhalb des Tourismus auf den „weiteren Ausbau einer vernetzten touristischen Infrastruktur“ konzentrieren, für den „eine Vielzahl weiterer Routen und Sehenswürdigkeiten dabei optimale Anknüpfungspunkte“ liefern. Das Leitbild und die einzelnen Zielvorstellungen wurden gemäß den zentralen Stärken des Teilraumes Pfälzer Bergland die in der „Lage im Raum“, den „naturräumlichen Gegebenheiten“ sowie der „intakten Umwelt“ gesehen werden und die Grundlage für einen „umweltverträglichen Natur- und Kulturtourismus“ bilden, formuliert. Ziel der LAG ist es daher „im land- und forstwirtschaftlichen Bereich alternative Handlungsfelder und Ergänzungen zu finden“, um eine „flächendeckende Nutzung und damit den Schutz von Natur und Landschaft auch weiterhin zu gewährleisten.“ Zu diesem Zweck sollen „Netzwerke“ und „neue Nischen“ geschaffen werden, um die „Landbewirtschaftung zu unterstützen.“ Auf diese Weise können die „charakteristischen Eigenschaften des Planungsraumes „Pfälzer Bergland“ bewahrt werden, wobei jedoch „kein Museumscharakter entstehen soll,“ sondern „die Pflege und Erhaltung soll mit der Nutzung der Kulturlandschaft einhergehen.“<sup>427</sup> Infolgedessen wurde das übergeordnete Leitbild der LAG mit „Schutz und Inwertsetzung zum Erhalt der Kulturlandschaft Pfälzer Bergland“ definiert.

Zur Realisierung dieses Leitbildes lassen sich insgesamt drei Schwerpunkte ableiten: „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum“ (Schwerpunkt A), „Erhaltung und Verbesserung des Freizeit- und Erholungswertes (Tourismus)“ (Schwerpunkt B) sowie „Diversifizierung der Landschaft und Umwelt“ (Schwerpunkt C).<sup>428</sup> Alle drei Schwerpunkt sind dabei für die Entwicklung des Tourismus von Bedeutung, wobei der stärkste Bezug bei Schwerpunkt B zu erkennen ist, aufgrund der engen Verflechtung von Tourismus und Freizeit- bzw. Erholung. Innerhalb von Schwerpunkt B wird der naturnahe Tourismus als Chance betrachtet. Wobei insbesondere auf den Mehrwert touristischer Maßnahmen verwiesen wird. Durch die Förderung des Tourismus können u.a. Arbeitsplätze geschaffen werden, deren wesentlicher Vorteil es ist, dass „sie nicht ausgelagert werden können“, sondern „auf Dauer eine Erwerbsmöglichkeit im Plangebiet darstellen.“ Dabei soll in diesem Zusammenhang vor allem die touristische Infrastruktur ausgebaut werden, sowie weiterhin durch „ständige Qualitätsverbesserungen und Vermarktung“ gesichert werden.<sup>429</sup> Daher kann das LILE einen Beitrag zur weiteren touristischen Erschließung des Pfälzer Berglandes leisten, da hier noch deutliche Lücken im Bereich der Infrastruktur zu verzeichnen sind. Ebenso kann durch angestrebte Qualitätsverbesserungen und intensivere Vermarktung die Effizienz bzw. Wirkung der bereits vorhandenen touristischen Entwicklungsansätze erhöht werden.

Des Weiteren weist auch Schwerpunkt C „Diversifizierung der Landbewirtschaftung und Umweltschutz“ eine große Relevanz für die Tourismusedwicklung auf. An dieser Stelle soll verstärkt der „Erhalt der abwechslungsreichen Mosaiklandschaft“ und damit der „Schutz von Umwelt und Natur“ gefördert werden. Weitere Entwicklungsziele innerhalb dieses Schwerpunktes stellen u.a. die „Unterstützung der Land- und Forstwirte“ in Form des Aufzeigens „neuer Nischen und Handlungsbereiche“ sowie zur „Förderung der Diversifizierung der Landwirtschaft“ dar. Schwerpunkt C ist für die Entwicklung des Tourismus im Untersuchungsraum von hoher Bedeutung.

---

<sup>427</sup> Vgl. LAG „Pfälzer Bergland“ (Hrsg.): a.a.O.

<sup>428</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>429</sup> Vgl. Ebenda.

Mit den vorgesehenen Entwicklungszielen wird ein wichtiger Beitrag zum Erhalt des natürlichen Potenzials (Kulturlandschaft) des Teilraumes als Grundlage für den Tourismus geleistet. Die einzelnen Ziele scheinen vor allem geeignet Synergien zwischen den Bereichen Tourismus, Land- und Forstwirtschaft sowie Natur- bzw. Umweltschutz zu fördern.

Im Gegensatz dazu ist Schwerpunkt A „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum“ mit dem zentralen Anliegen „Sicherstellung der Mindest- / Grundversorgung“ nur von indirekter Bedeutung für den Tourismus. Allenfalls sind hier Synergien zwischen den Bereichen Wohnen und Tourismus denkbar, bspw. im Bereich von Dorferneuerung bzw. Dorfentwicklung. Ergänzend zu diesen Schwerpunkten wurde der Bereich Konversion als zentrale Herausforderung in Teilbereichen des LAG-Gebiets als Querschnittsthemenfeld bestimmt. Zum Bereich des Tourismus ist an dieser Stelle zunächst jedoch kein direkter Bezug zu erkennen. Jedoch kann es künftig durchaus möglich sein, dass Konversionsflächen zu touristischen Zwecken genutzt bzw. touristisch erschlossen werden. Bezüglich der geplanten Maßnahmenbereiche ist zu erkennen, dass Maßnahmen mit direkten oder indirekten Bezug zum Tourismus einen zentralen Schwerpunkt des LILE darstellen werden, da die „Weiterentwicklung des Tourismus als großes Potenzial im ländlichen Raum angesehen wird.“ So wurde zur Vorbereitung des LILE u.a. ein Workshop zum Thema Fremdenverkehr durchgeführt. Hierbei wurde festgestellt, dass im Plangebiet „weitgehend die zur touristischen Grundausstattung gehörenden Wanderwege fehlen.“ Aufgrund dessen sollen im Rahmen des LILE ein Wanderwegenetz ausgewiesen werden, wobei vor allem eine „Anknüpfung an sog. Leuchtturmprojekte (z.B. „Draisinenstrecke“) angestrebt wird.“ Vor diesem Hintergrund können die Besonderheiten in den Vordergrund gerückt werden. So soll bspw. ein LAG-Übergreifender Rundwanderweg um den Truppenübungsplatz Baumholder ein sog. „Westrich-Weg“ angelegt werden. Dieser soll verschiedene Funktionen erfüllen, wobei er einerseits als Natur-, Geologie- und (Militär)Geschichtslehrpfad dienen soll, andererseits soll der „Westrich-Weg“ auch zu sportlichen Aktivitäten (Mountainbiking, „Westrich-Marathon“, etc) genutzt werden können.<sup>430</sup>

Des Weiteren wird im „Historischen Bergbau“ als Teil der Kulturgeschichte ein touristisch verwertbares Potenzial im Pfälzer Bergland gesehen. Ebenso bildet der Gedanke der „Entschleunigung“ nach dem Willen der LAG einen weiteren Ansatzpunkt für die touristische Entwicklung der Region. Aufgrund ihrer räumlichen Lage weit entfernt von den großen Ballungsräumen bietet das Pfälzer Bergland „Raum für Urlauber, die nach Ruhe und Selbstfindung streben.“<sup>431</sup> Ein enger Bezug wird hierbei mit dem Bereich Wellness angestrebt. Wobei dieser Bereich für das LAG-Gebiet einen gewissen innovativen Modellcharakter darstellt, da es derzeit in diesem Bereich kaum touristische Angebote gibt. Weiterhin soll auch die Gastronomie in das Konzept „Entschleunigung als Leitmotiv der Region“ eingebunden werden. Dies insbesondere in Zusammenhang mit der sog. „Slow-Food“-Bewegung, der bereits einige Restaurant- und Hotelbesitzer vor Ort angehören.<sup>432</sup> Ferner soll ein Regionales Produkt als „Leitprojekt“ Werbung für die Region machen, wobei an dieser Stelle Anknüpfungspunkte zum LEADER II-Projekt „Kulinarische Landstraße“ zu erkennen sind.

---

<sup>430</sup> Vgl. LAG „Pfälzer Bergland“ (Hrsg.): a.a.O.

<sup>431</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>432</sup> Vgl. Ebenda.

Generell ist dabei der Bereich „regionale Produkte“ als für den Tourismus bedeutend anzusehen. So soll nach dem Willen der LAG u.a. die Gastronomie durch die Verwendung regionaler Produkte aufgewertet werden und dies kann dann in der Folge „neben einem Imagegewinn für die Region“<sup>433</sup> insgesamt auch speziell die Entwicklung des Tourismus unterstützen. Denn spezifische regionale Produkte sind als Alleinstellungsmerkmale zu bewerten, die letztlich zu einer stärkeren Profilierung im Tourismusbereich führen können.

Aufgrund der Teilnahme am LEADER-Programm in früheren Förderperioden verfügt das LAG-Gebiet über zahlreiche Erfahrungen im Bereich der gebietsübergreifenden und transnationalen Zusammenarbeit. So gibt es bereits v.a. im Bereich Vermarktung regionaler Produkte zahlreiche Kooperationsansätze mit den Regionen Normandie (Frankreich), Nordkarelien (Finnland) sowie Schlesien (Polen). In der aktuellen Programmperiode werden weitere gebietsübergreifende Kooperationen angestrebt, wobei „erste Projektskizzen“ im Tourismusbereich bereits vorliegen.<sup>434</sup> Dabei handelt es sich vor allem um überregionale Wanderwege, so soll der bereits erwähnte sog. „Westrich-Wanderweg“ die LEADER-Fördergebiete „Pfälzer Bergland“ und „Hunsrück“ miteinander verbinden. Daneben bietet die „angedachte Bergbauroute“ bzw. das gesamte Ideenfeld „Historischer Bergbau“ „viel Potenzial zu einer Kooperation mit dem benachbarten Departement Lorraine in Frankreich.“ Diese Projektidee erscheint realistisch, da „über den Glan-Blies-Weg, der Saar-Pfalz-Kreis und die lothringische Stadt Sarreguemines bereits heute mit dem Pfälzer Bergland touristisch verbunden sind.“ Darüber hinaus sollen auch die Angebote des Europäischen und deutschen LEADER-Netzwerkes genutzt werden, „um neue Kontakte herzustellen und bereits vorhandene zu vertiefen.“<sup>435</sup> Durch diesen Austausch bzw. die konkreten Kooperationsprojekte kann der Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zwischen den verschiedenen Regionen gefördert werden.

Infolge dieser neuen Erkenntnisse kann anschließend die Effizienz touristischer Projekte und Maßnahmen im LAG-Gebiet erhöht werden, denn gerade der Tourismus bietet sich als Kooperationsbereich an, wie die bereits vorhandenen Projektideen gezeigt haben. Anhand dieser Maßnahmen wird erneut deutlich, wie die intensive Auseinandersetzung mit regionalen Stärken, Schwächen sowie Entwicklungspotenzialen im Rahmen der Programmplanung innerhalb der EU-Strukturpolitik zu einer spezifischen Profilbildung und darüber hinaus zu einer verstärkt strategisch ausgerichteten Tourismusentwicklung führt. Ähnlich wie innerhalb des LILE der LAG „Pfälzerwald“ werden auch infolge des LILE „Pfälzer Bergland“ Alleinstellungsmerkmale im Tourismus entwickelt. So ist die Idee der „Entschleunigung“ als ein innovativer touristischer Entwicklungsansatz mit Alleinstellungspotenzial zu betrachten. Auf diese Weise wird der vermeintliche Standortnachteil des Pfälzer Berglandes (ungünstige räumliche Lage weit abseits der Ballungsräume) in einen Standortvorteil und Alleinstellungsmerkmal (große Ruhe, unbelastete, ursprüngliche Natur – dadurch Möglichkeit zur Selbstfindung) verwandelt.

Aus thematisch-inhaltlicher Sicht sind letztlich beide LILE äußerst ähnlich ausgestaltet (vgl. hierzu Tab. 17). Beide identifizieren den Tourismus und hier insbesondere das vorhandene natürliche Potenzial (Biosphärenreservat Pfälzerwald bzw. Kulturlandschaft des Pfälzer Berglandes) als zentrale Entwicklungsressource. Daher ist die Förderung des Tourismus bzw. der Erhalt des natürlichen Potenzials als ein zentraler Förderschwerpunkt im Rahmen der Umsetzung des LEADER-Ansatzes im Untersuchungsraum innerhalb der Programmperiode 2007 bis 2013 anzusehen.

---

<sup>433</sup> Vgl. LAG „Pfälzer Bergland“ (Hrsg.): a.a.O.

<sup>434</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>435</sup> Vgl. Ebenda.

Bezüglich der vorgesehenen Maßnahmen sind ebenfalls deutliche Überschneidungen zu erkennen: Beide integrierten Entwicklungskonzepte („LILE“) streben dabei „Schutz durch Nutzung“ an, sowie weiterhin eine Qualitätssteigerung des touristischen Angebotes, die intensivere Vermarktung der Region sowie die Schaffung bzw. Vermarktung regionaler Produkte an. Wobei das LILE der LAG „Pfälzerwald“ in Teilen noch stärker konkretisiert ist als das LILE der LAG „Pfälzer Bergland“, vor allem in Bezug auf die geplanten Maßnahmen.

Dies ist möglicherweise damit zu erklären, als dass der Pfälzerwald im Gegensatz zum Pfälzer Bergland bereits in der vorangegangenen Programmplanungsperiode LEADER-Fördergebiet war und somit die bestehende GIEP als eine Grundlage für das LILE dienen konnte, welche auf diese Weise nun sinnvoll ergänzt bzw. konkretisiert werden konnte. Aufgrund dieser Übereinstimmungen der beiden LILE in thematischer Hinsicht und aufgrund der ähnlichen Rahmenbedingungen (z.B. finanzschwache öffentliche Haushalte – dadurch Probleme bei der Sicherstellung des nationalen Finanzierungsanteils) bietet sich eine enge Kooperation zwischen diesen beiden westpfälzischen LAGen an.

In diesem Zusammenhang kann dann ein Erfahrungsaustausch stattfinden, der letztlich zu einem intensiveren Wissenstransfer innerhalb der Region Westpfalz führen kann. Abschließend lässt sich feststellen, dass das Entwicklungsprogramm PAUL einschließlich des LEADER-Ansatzes sowohl für die Entwicklung von ländlichen strukturschwachen Regionen generell, als auch speziell insbesondere für den Tourismusbereich von großer Relevanz ist. Im Gegensatz zum operationellen Programm „Wachstum durch Innovation“ ist es speziell auf die Förderung des ländlichen Raumes ausgerichtet. Zwar ist das Programm „PAUL“ ebenfalls an den Strategien von Lissabon bzw. Göteborg und damit am Wachstumsziel ausgerichtet, durch die Berücksichtigung an den spezifischen Bedürfnissen des ländlichen Raumes ist gleichsam jedoch eine eindeutige Ausgleichsorientierung zu erkennen. So werden in diesem Förderprogramm veränderte Rahmenbedingungen wie z.B. der demografische Wandel und sich hierdurch ergebende neue Herausforderungen für ländliche strukturschwache Regionen (Sicherung der Versorgung, Innenentwicklung der Dörfer) berücksichtigt. Dabei werden speziell auch die Fördermaßnahmen im Bereich des Tourismus an diese veränderten Rahmenbedingungen angepasst, etwa durch die Förderung der Barrierefreiheit von touristischen Einrichtungen.

Darüber hinaus wird an bewährten Fördermaßnahmen aus der vergangenen Programmperiode festgehalten, so dass ein enger Zusammenhang zwischen dem Programm PAUL und der Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz besteht. Teilweise ergeben sich hierbei sinnvolle Ergänzungen zwischen den beiden operationellen Programmen „Wachstum durch Innovation“ und „PAUL“. Im Programm „PAUL“ werden jedoch die Fördermaßnahmen im Tourismus gegenüber denjenigen im EFRE-Programm „Wachstum durch Innovation“ abgegrenzt, um Doppelförderungen zu vermeiden und die Komplementarität sicherzustellen. Dies insbesondere in Bezug auf den nun in das Programm integrierten LEADER-Ansatz. Positiv ist für den Untersuchungsraum an dieser Stelle vor allem zu bewerten, dass in der laufenden Programmplanungsperiode neben dem Tourismuszentrum Pfälzerwald mit den LAGen „Pfälzer Bergland“ und „Donnersberger und Lauterer Land“ nun weitere Teilräume der Westpfalz in die LEADER-Förderung aufgenommen wurden.

Diese Teilräume, und hier vor allem das „Pfälzer Bergland“, weisen zwar bereits touristischen Ansätze und Entwicklungsbemühungen auf, haben jedoch noch deutliche Lücken im Bereich der Tourismusinfrastruktur. LEADER kann somit die weitere touristische Erschließung dieser Teilräume fördern, und zudem neue Impulse zur touristischen Entwicklung initiieren.

Letzteres insbesondere im Rahmen der Aufstellung von „Lokalen Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepten“ (LILE), wo eine Vernetzung und eine intensive Auseinandersetzung mit den spezifischen Entwicklungspotenzialen erfolgt, sowie letztlich die Profilbildung innerhalb der Region gefördert wird, wobei dies insbesondere für den Tourismusbereich gilt. Innerhalb des Untersuchungsraums scheint der LEADER-Ansatz in der Förderperiode 2007 bis 2013 geeignet, dem bestehenden Angebotsgefälle im Tourismus entgegenwirken, dies abzumildern oder zumindest ein weiteres Auseinanderdriften zu verhindern, während dagegen in der vorangegangenen Programmplanungsperiode auf den ersten Blick v.a. der bestehende Tourismusschwerpunkt „Pfälzerwald“ gegenüber den nördlichen Teilräumen wie etwa dem Pfälzer Bergland weiter gestärkt wurde.

Es erweist sich zudem als sinnvoll, dass die bereits in der vergangenen Förderperiode bestehenden LAGen allesamt auch in der aktuelle Förderperiode erneut in die LEADER-Förderung aufgenommen wurden. Auf diese Weise können bestehende Entwicklungsansätze weitergeführt, ergänzt und konkretisiert werden, wie für den Untersuchungsraum am Beispiel der LAG „Pfälzerwald“ verdeutlicht wurde.

Tab. 17: Vergleich zwischen LILE „Pfälzerwald“ und LILE „Pfälzer Bergland“

	LILE „Pfälzerwald“	LILE „Pfälzer Bergland“
<b>Aktionsgebiet</b>	<p>Interregional und interkommunal:</p> <p>Regionen Westpfalz und Rheinpfalz</p> <p>Teile der Landkreise Südwestpfalz, Kaiserslautern, Südliche Weinstraße und OG Elmstein(LK Bad Dürkheim)</p>	<p>Interregional und interkommunal:</p> <p>Regionen Westpfalz und Rheinhessen-Nahe</p> <p>Landkreis Kusel, VG Baumholder (LK Birkenfeld) und VG Meisenheim (LK Bad Kreuznach)</p>
<b>Thematische Schwerpunkte</b>	<p>Leitbild:</p> <p><b>„Leben in und mit der Biosphäre Pfälzerwald“</b></p> <p>Entwicklungsziele:</p> <p><b>„Inwertsetzung der Natur- und Kulturlandschaft Pfälzerwald“</b></p> <p>„Ausbau des touristischen Angebotes und Steigerung seiner Attraktivität“</p> <p>Angebote mit Magnetfunktion, Innerregionale Werbung, Information und Besucherlenkung</p> <p><b>„Förderung der hohen Lebensqualität im ländlichen Raum“</b></p> <p><b>„Ausbau der erneuerbaren Energien“</b></p> <p>Handlungsfelder:</p> <p><b>„Kulturlandschaft“</b> – Erhalt des landschaftlichen Reizes des Naturraums Pfälzerwald – „Pflege durch Nutzung“</p> <p><b>„Tourismus und Freizeit“</b> – Qualitätsverbesserung des Angebotes (Infrastruktur und Werbung), Erweiterung des Angebotes (Themenwege)</p> <p><b>„Dorf aktiv“</b></p> <p><b>„Energie“</b> – Verknüpfung mit dem Handlungsfeld „Tourismus und Freizeit“ – energieeffiziente Bauweise, Versorgung von touristischen Infrastrukturen mit regionalen, regenerativen Energieträgern</p>	<p>Leitbild:</p> <p><b>„Schutz und Inwertsetzung zum Erhalt der Kulturlandschaft Pfälzer Bergland“</b></p> <p>Schwerpunkte:</p> <p><b>„Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum“</b></p> <p><b>„Erhaltung und Verbesserung des Freizeit- und Erholungswertes (Tourismus)“</b></p> <p>Ausbau und Sicherung der touristischen Infrastruktur, Qualitätsverbesserung und Vermarktung</p> <p><b>„Diversifizierung der Landbewirtschaftung und Umweltschutz“</b></p>

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

#### **2.4.4 Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG IV A mit den Programmen „Großregion“ und „Oberrhein“ für die Entwicklung des Tourismus**

In der Förderperiode 2007 bis 2013 ist die Region Westpfalz wie bereits in der vorangegangenen Förderperiode 2000 bis 2006 an zwei INTERREG-Programmen beteiligt. Jedoch sind zu Beginn der aktuellen Programmplanungsperiode einige Änderungen zu beobachten. Die ehemals selbstständige Gemeinschaftsinitiative INTERREG wird nun ebenso wie LEADER in die Mainstream-Programme der EU integriert. Dabei wird INTERREG IV nun als neues Ziel 3 „Europäische territoriale Zusammenarbeit (ETZ)“ der EU-Strukturpolitik formuliert.

Mit Beschluss des Gipfels der Großregion vom 01.06.2006 gibt es in der laufenden Förderperiode ein gemeinsames Programm für die „Großregion“, d.h. „die bisherigen INTERREG-Programme „Deutschland-Luxemburg mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft / Wallonischen Regionen Belgiens“ und „Saarland-Moselle(-Lothringen)-Westpfalz“ gehen darin als geographische Einheit auf.“ Ebenso wurden am „Oberrhein“ die bisherigen INTERREG Programme „PAMINA“ und „Oberrhein Mitte-Süd“ zusammengelegt. Dennoch haben sich die direkten Fördergebiete gegenüber INTERREG III A nicht geändert.<sup>436</sup> So zählen im Untersuchungsraum dementsprechend weiterhin der Landkreis Südwestpfalz sowie die kreisfreien Städte Pirmasens und Zweibrücken zum INTERREG IV A Fördergebiet. Im Folgenden soll nun die Bedeutung der beiden operationellen Programme im Rahmen von INTERREG IV A für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz analysiert werden und dabei insbesondere beide Programme in Bezug zueinander gesetzt werden.

Teil des operationellen Programms zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit „Großregion“ sind als voll förderfähige Gebiete u.a. die kreisfreien Städte Pirmasens und Zweibrücken, sowie der Landkreis Südwestpfalz ebenso als sog. „angrenzendes Gebiet“ gemäß Artikel 21 der EFRE-Verordnung aus der Westpfalz zusätzlich die kreisfreie Stadt Kaiserslautern sowie der Landkreis Kaiserslautern und der Landkreis Kusel. Damit ist der Untersuchungsraum mit Ausnahme des Donnersbergkreises in der aktuellen Programmplanungsperiode INTERREG IV A Fördergebiet. Das Programm verfügt über ein Gesamtbudget von 106 Mio. Euro, welches aus dem EFRE finanziert wird. Neben Projekten aus den voll förderfähigen Gebieten, „können Projekte aus den angrenzenden Gebieten EFRE-Mittel in Höhe von maximal 20 % des EFRE-Beitrages zum Gesamtprogramm erhalten.“<sup>437</sup> Das operationelle Programm, welches dem bewährten Gliederungsschema der EU-Förderprogramme folgt, weist bereits in der Bestandsaufnahme einen direkten Bezug zum Bereich des Tourismus auf. Der Tourismus wird zunächst als zentrale Entwicklungsressource erkannt, insbesondere in Bezug „auf die Natur und Kultur“ die in der Großregion ein „reiches und vielfältiges Erbe besitzt“.

---

<sup>436</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Rheinland-Pfalz und die Europäische Territoriale Zusammenarbeit im Bereich – Grenzüberschreitende Zusammenarbeit – 2007-2013, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > INTERREG.

<sup>437</sup> Vgl. Région Wallonne (provisorische Verwaltungsbehörde Programm „Großregion“ 2007-2013) et al (Hrsg.) (2007): Europäische Territoriale Zusammenarbeit 2007-2013: Operationelles Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit „Großregion“, verfügbar unter: <http://www.grossregion.net/de/>.

Jedoch wird deutlich, dass „ihre derzeitige Bewertung als Träger touristischer Aktivitäten insgesamt gesehen noch unzureichend ist“, auch wenn „einzelne Teilregionen auf diesem Gebiet bereits Aktivitäten entwickelt und ihr eigenes Profil haben.“<sup>438</sup> Dennoch wird attestiert, dass u.a. mit Unterstützung der EU-Strukturpolitik „jede der verschiedenen Regionen die Qualität des Angebotes und der Ausstattung verbessert hat.“ Für die Zukunft wird dem Tourismusbereich „eine entscheidende Bedeutung in der Schaffung neuer Arbeitsplätze“ zugestanden und die sich hier bietenden Wachstumschancen betont. Innerhalb der Großregion sind dabei „noch Synergien möglich“ und es wird empfohlen „eine abgestimmte ganzheitliche Tourismuspolitik“ einzuführen.<sup>439</sup>

Diese Analyse der Ausgangssituation innerhalb des Tourismus in der Großregion zeigt damit ähnliche Ergebnisse wie bereits die vorangegangenen Analysen zur touristischen Ausgangslage im Untersuchungsraum auf. Potenziale im Bereich des Tourismus sind vorhanden, insbesondere in Hinblick auf das natürliche und kulturelle Erbe, jedoch ist noch deutlicher Optimierungsbedarf zu erkennen, etwa bei der effizienten Nutzung von sich bietenden Wachstumschancen. Dabei können diese Wachstumschancen durch eine intensive grenzüberschreitende Kooperation u.a. im Rahmen von INTERREG genutzt werden. Die Grundlagen für eine „intensivere touristische Zusammenarbeit“ wurden bereits „mit vielen bilateralen Kooperationsprojekten“ gelegt. Dazu zählen dezentrale Projekte wie z.B. „Gärten ohne Grenzen“, lokale Projekte wie Rad- und Wanderwege, Veranstaltungen und Ausstellungen, die Vernetzung von Naturparks und besonders von Museen, sowie die Schaffung von Kommunikationsinstrumenten (z.B. gemeinsame touristische Karten). Wachstumsimpulse werden darüber hinaus durch die Anbindung an das Hochgeschwindigkeitsnetz TGV erwartet, wobei „das Beispiel anderer Regionen zeigt“, dass dies „wesentliche Impulse für die touristische Entwicklung der Großregion geben kann.“<sup>440</sup> Speziell die Westpfalz kann hiervon durch den Halt des ICE / TGV Frankfurt-Paris im regionalen Oberzentrum Kaiserslautern profitieren.

Das operationelle Programm, welches zusätzlich der Göteborg Strategie Rechnung trägt „will zur Zusammenarbeit ermutigen, um so einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Großregion zu leisten.“ Dieses Ziel soll auf zweierlei Weise erreicht werden: „Durch Erleichterung bei der Schaffung von urbanen Zentren (Metropolen), bei gleichzeitiger Bewahrung von Naturräumen, die einen eigenen Reichtum darstellen.“ Die „Definition gemeinsamer Ziele“ soll in der Folge „ein echtes Gefühl der Zusammengehörigkeit zu diesem Raum entstehen“, „wozu dieses Programm seinen Beitrag leistet.“<sup>441</sup> Dies verdeutlicht, dass sowohl städtische als auch ländliche Regionen in die Entwicklungsstrategie eingebunden werden sollen und damit im Rahmen des operationellen Programms „Großregion“ ein Ausgleich zwischen Wachstums- und Ausgleichsziel angestrebt wird. Wobei die ländlichen Räume nicht namentlich genannt werden sondern als „Naturräume“ bezeichnet werden. Damit soll wohl die Hauptentwicklungsressource des ländlichen Raumes das sog. „natürliche Potenzial“ unterstrichen werden. Jedoch sollte die Rolle des ländlichen Raumes nicht nur (über ihre zweifellos wichtige) Funktion „Naturraum“ im Sinne einer „Ressourcenbereitstellungs-“ bzw. „Flächenvorrats-“ sowie „Erholungsfunktion“ reduziert werden.

---

<sup>438</sup> Vgl. Région Wallonne (provisorische Verwaltungsbehörde Programm „Großregion“ 2007-2013) et al (Hrsg.) (2007): a.a.O.

<sup>439</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>440</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>441</sup> Vgl. Ebenda.

Daher wäre eine andere Bezeichnung an dieser Stelle sinnvoller gewesen, wie bspw. eine Formulierung die auf der einen Seite „von urbanen Zentren“ und auf der anderen Seite von „zukunftsfähigen ruralen (ländlichen) Räumen mit spezifischen Potenzialen“ spricht. Eine solche Formulierung würde dem ländlichen Raum eine aktivere Rolle zugestehen. Innerhalb des INTERREG-Prozesses wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im operationellen Programm anhand dreier Schwerpunkte formuliert. Diese Schwerpunkte lauten: „Wirtschaft“ (Schwerpunkt 1), „Raum“ (Schwerpunkt 2) sowie „Menschen“ (Schwerpunkt 3). Dabei wird der Bereich des Tourismus dem Schwerpunkt 1 „Wirtschaft“ zugeordnet. In diesem Schwerpunkt wird die „Unterstützung des Tourismus“ direkt als Ziel formuliert. Eine der vorgesehenen Fördermaßnahmen stellt die „Förderung des touristischen Angebotes“ dar.

Ziele in diesem Zusammenhang sind dabei u.a. eine „bessere touristische Nutzung und Aufwertung der Vorteile der Großregion und ihrer Teilregionen in den Bereichen Geschichte sowie Kultur- und Naturerbe“, die „Förderung grenzüberschreitender touristischer Infrastrukturen“ ebenso wie die „Stärkung des Profils und der Kohärenz des touristischen Angebotes“ oder die „Vernetzung des touristischen Angebotes.“ Von diesen Interventionen wird in der Folge eine „Stärkung des wirtschaftlichen Gewichts des Tourismus in der Großregion“ sowie eine „Verbesserung des Profils und der Attraktivität der Großregion und ihrer Teilregionen als touristisches Ziel für potentielle Kunden“ erwartet.<sup>442</sup> Diese Zielsetzungen werden durch einzelne Handlungsfelder konkretisiert. Zu diesen zählen die „touristische Vermarktung des historischen, baugeschichtlichen, natürlichen und kulturellen Erbes“, die „Vernetzung des touristischen Angebotes“, die „Verbesserung der grenzüberschreitenden Zugangsmöglichkeiten zu den Sehenswürdigkeiten, insbesondere durch Beschilderung, die „Förderung der Professionalisierung und Organisation des Tourismusmanagements“, die „Entwicklung des sanften Tourismus“, die „Entwicklung und Vermarktung grenzüberschreitender touristischer Produkte und zielgruppenspezifischer Angebote (z.B. Jugendliche, Senioren, Behinderte,...) und Themen (z.B. Sport, Flusstourismus, Wellness,...)“ sowie die „Errichtung von Infrastrukturen und Einrichtungen im Rahmen grenzüberschreitender touristischer Projekte.“<sup>443</sup>

Als Zielgruppe dieser Handlungsfelder und Maßnahmen ist zunächst die Bevölkerung der Großregion und hier insbesondere grenzüberschreitende Nachbarn (für den Untersuchungsraum hier in erster Linie: Lothringen und Saarland) sowie ferner potentielle Touristen bzw. Tourismusorganisationen und -unternehmen anzusehen. Die weiteren Maßnahmen in Schwerpunkt 1 sind speziell für den Tourismus weniger von Bedeutung, jedoch handelt es sich hierbei um Maßnahmen, welche für die Entwicklung der Westpfalz insgesamt von hoher Relevanz sind (u.a. „Entwicklung der grenzüberschreitenden wirtschaftsnahen Infrastrukturen“, „Förderung der Entwicklung der grenzüberschreitenden Beschäftigung“, etc.).

Bezüglich des vorgesehenen Förderangebotes zur Entwicklung des Tourismus lässt sich zunächst eine enge Orientierung sowie eine hohe Übereinstimmung mit den Fördermaßnahmen der bereits analysierten Programme (v.a. „PAUL“, LILE der LAG „Pfälzerwald“, LILE der LAG „Pfälzer Bergland“ aber auch teilweise „Wachstum durch Innovation“) erkennen. Jedoch möchte das operationelle Programm „Großregion“ vor allem Synergien der grenzüberschreitenden Entwicklung nutzen und ergänzt demzufolge auf sinnvolle Art das Förderangebot der restlichen EU-Förderprogramme.

---

<sup>442</sup> Vgl. Région Wallonne (provisorische Verwaltungsbehörde Programm „Großregion“ 2007-2013) et al (Hrsg.) (2007): a.a.O.

<sup>443</sup> Vgl. Ebenda.

Auf diese Weise können die spezifischen touristischen Potentiale von grenznahen Räumen genutzt, und spezielle Entwicklungshemmnisse grenznaher Teilräume abgebaut werden. Somit kann INTERREG IV einen wichtigen Beitrag zur touristischen Entwicklung des Untersuchungsraums leisten, indem Lücken innerhalb der touristischen Infrastruktur geschlossen werden (z.B. durch grenzüberschreitende Rad- und Wanderwege) und das touristische Angebot erweitert wird (Nutzung der touristischen Potenziale der Nachbarregionen). Im Bereich von Vermarktung und Erhalt des natürlichen sowie kulturellen Erbes findet durch INTERREG eine sinnvolle Erweiterung bzw. Ergänzung des Förderangebotes statt, so dass auf diese Weise Synergien zwischen den einzelnen Förderprogrammen genutzt werden können.

INTERREG fördert des Weiteren den Erfahrungsaustausch und den Wissenstransfer zwischen der Westpfalz und benachbarten Regionen, so dass auch hier Synergien entstehen und somit neue Impulse für die touristische Entwicklung gewonnen werden können. Durch die beiden restlichen Schwerpunkte „Raum“ und „Menschen“ sind ebenfalls Synergien mit dem Tourismus möglich. So setzt sich der Schwerpunkt „Raum“ die „Verbesserung der Qualität des Lebensraumes“, die „Verstärkung der Attraktivität der Gebiete“ sowie den „Schutz der Umwelt“ als wesentliche Ziele. Diese Ziele sollen u.a. durch die „Unterstützung der Raumentwicklungspolitik“ realisiert werden. Dabei sind die vorgesehenen Handlungsfelder „Kooperation zwischen Naturparks“, „Schaffung und gemeinsame Nutzung grenzüberschreitender Infrastrukturen und Einrichtungen“ sowie „Erstellung und Koordinierung von grenzübergreifenden Planungsprozessen sowie Planungsinstrumenten“<sup>444</sup> auch für die Entwicklung des Tourismus im Untersuchungsraum von Relevanz.

Dabei stellen die geplanten investiven („grenzüberschreitende Infrastrukturen“) oder nicht-investiven Maßnahmen („Erstellung von Koordinierung von grenzübergreifenden Planungsprozessen und -instrumenten“) sinnvolle Ergänzungen zum Förderangebote der operationellen Programme „Wachstum durch Innovation“ und „PAUL“ einschließlich LEADER-Ansatz dar. So wird bspw. innerhalb der Maßnahme „Verbesserung der Mobilität in der Großregion“ die „Entwicklung grenzüberschreitender Rad- und Wanderwege“ im Programmgebiet gefördert.<sup>445</sup> Dadurch wird das touristische Angebot im Untersuchungsraum erweitert, ebenso werden Lücken im Bereich der Infrastruktur geschlossen sowie touristische Potenziale in der Westpfalz und den angrenzenden Gebieten in Lothringen bzw. dem Saarland vernetzt.

Die stärksten Synergien sind aufgrund thematischer Überschneidungen zwischen Maßnahme 2.3 „Aufwertung und Schutz der Umwelt“ und dem LEADER-Ansatz (v.a. LILE der LAG „Pfälzerwald“) zu erwarten. Mit dieser Maßnahme sollen „integrierte grenzüberschreitende Konzepte zum Schutz und zur Aufwertung der Umwelt sowie der natürlichen Ressourcen, einschließlich der Kulturlandschaft“ umgesetzt werden. Infolgedessen sollen „biologische Vielfalt und Kulturlandschaften im Rahmen gemeinsamer Konzepte“ geschützt werden. Um dies zu erreichen, soll vor allem eine „gemeinsame und effiziente Bewirtschaftung und Monitoring der Natur, insbesondere der Natura 2000 Gebiete“ angestrebt werden. Des Weiteren soll die „Sensibilisierung der Bevölkerung für den Umweltschutz“, die „Aufwertung der natürlichen und landschaftlichen Umwelt“ sowie die „Entwicklung umweltfreundlicher landwirtschaftlicher Produktionssysteme“ forciert werden.<sup>446</sup>

---

<sup>444</sup> Vgl. Région Wallonne (provisorische Verwaltungsbehörde Programm „Großregion“ 2007-2013) et al (Hrsg.) (2007): a.a.O.

<sup>445</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>446</sup> Vgl. Ebenda.

Dies verdeutlicht, dass sowohl bezüglich der Zielsetzungen als auch bezüglich der vorgesehenen Handlungsfelder ein enger Bezug zur LILE der LAG „Pfälzerwald“ besteht. Das operationelle Programm „Großregion“ ergänzt somit sinnvoll den Schutz bzw. Erhalt der natürlichen Ressourcen, welcher darüber hinaus im Untersuchungsraum vor allem im Rahmen des LEADER-Ansatzes angestrebt wird. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in diesem Bereich gewinnt hierbei insbesondere vor dem Hintergrund an Bedeutung, als dass es sich bei dem Biosphärenreservat Pfälzerwald in Verbindung mit den Nordvogesen in Frankreich um ein grenzüberschreitendes Biosphärenreservat handelt. Effiziente Maßnahmen zum Erhalt dieser zentralen touristischen Entwicklungsressource können daher nur in grenzüberschreitender Kooperation und Abstimmung erfolgen. Schließlich stellt Schwerpunkt 3 mit dem Titel „Menschen“ die „Aufwertung des kulturellen Erbes durch grenzüberschreitende Aktionen und Projekte“ in den Mittelpunkt.

Aufgrund des engen Zusammenhanges zwischen Kultur und Tourismus sind an dieser Stelle ebenfalls Impulse für die touristische Entwicklung denkbar. So vor allem durch Maßnahme 3.5 „Förderung und Aufwertung der Kultur und Zusammenarbeit der Medien“ womit die „Entwicklung kultureller Aktivitäten“, die „Förderung der Vielfalt der Kultur“ sowie die Erleichterung des „Zugangs zu Informationen über die Großregion“ um somit das „Zugehörigkeitsgefühl zu einem gemeinsamen Lebensraum zu stärken.“ Als konkrete Handlungsfelder im Rahmen dessen werden u.a. die „Aufwertung des Kulturerbes in seiner ganzen Vielfalt“ oder die „Entwicklung und Stärkung grenzüberschreitender kultureller Netzwerke, insbesondere als Weiterführung des Projekts „Luxemburg und die Großregion, europäische Kulturlandschaft“<sup>447</sup> genannt. Durch die Förderung des kulturellen Erbes kann die Profilbildung innerhalb des Tourismus unterstützt werden, aufgrund des engen Bezuges zwischen Kultur und Tourismus. Inwieweit konkret der Untersuchungsraum infolge der relativen Randlage innerhalb der Großregion von Maßnahmen wie etwa die Weiterführung des Projekts „Luxemburg und die Großregion, europäische Kulturlandschaft“ profitieren kann ist jedoch fraglich. Dennoch sind auf jeden Fall zumindest gewisse indirekte Impulse durch den Erfahrungsaustausch bzw. Wissenstransfer innerhalb der Großregion möglich.

Neben dem operationellen Programm „INTERREG IV A Großregion“ ist die Westpfalz auch in der Förderperiode 2007 bis 2013 an einem zweiten grenzüberschreitenden Programm innerhalb der EU-Strukturpolitik beteiligt, dem operationellen Programm „INTERREG IV A Oberrhein – EU Programm zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein.“ Zum förderfähigen Programmgebiet dieses INTERREG-Programms zählen aus dem Untersuchungsraum lediglich die beiden Verbandsgemeinden Dahner Felsenland und Hauenstein. Die Einbeziehung dieser beiden westpfälzischen Kommunen „ergibt sich aus engen Verflechtungen der beiden Verbandsgemeinden einerseits“ und dem Bestreben, „das Programmgebiet möglichst kongruent zu fassen mit dem räumlichen Zuschnitt anderer Ebenen der grenzüberschreitenden Kooperation am Oberrhein (insbesondere der Oberrheinkonferenz).“<sup>448</sup> Diese beiden Kommunen sind als die am stärksten touristisch geprägten Kommunen in der Westpfalz anzusehen, ebenso sind sie gleichzeitig an beiden INTERREG IV A Programmen „Großregion“ und „Oberrhein“ beteiligt.

---

<sup>447</sup> Vgl. Région Wallonne (provisorische Verwaltungsbehörde Programm „Großregion“ 2007-2013) et al (Hrsg.) (2007): a.a.O.

<sup>448</sup> Vgl. Région Alsace (Direction de la Coopération et des relations internationales) et al (Hrsg.) (2007): Operationelles Programm „INTERREG IV A Oberrhein“: EU-Programm zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein, Kohäsionspolitik der Europäischen Union – Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ 2007-2013, geänderte Fassung, die von den Programmpartnern am 12.07.2007 genehmigt wurde, verfügbar unter: [http://www.regio-pamina.eu/\\_interreg](http://www.regio-pamina.eu/_interreg).

Daher wird an dieser Stelle die Relevanz des operationellen Programms „Oberrhein“ für die Tourismusentwicklung und insbesondere mögliche Synergien zwischen beiden INTERREG Programmen an dieser Stelle genauer untersucht. Bereits bei der Betrachtung des Aufbaus dieses Programms wird ein enger Bezug zum Tourismus deutlich: Bei der Situationsanalyse des Programmgebietes wird der Bereich „Kultur und Tourismus“ als Einzelthema neben den Themen „Raumordnung“ sowie „Umwelt und Energie“ hervorgehoben. Dies verdeutlicht erneut den engen Zusammenhang des Tourismus mit dem Kulturbereich, sowie die generelle Querschnittsorientierung des Tourismusbereichs mit zahlreichen Verflechtungen zu den Bereichen Naturschutz, Landwirtschaft, Wirtschaft oder Denkmalpflege. Diese Situationsanalyse bestätigt dann auch Kultur und Tourismus als „zwei essentielle Stärken des Oberrheins“, die sich „auf ein reichhaltiges historisches und landschaftliches Erbe sowie auf die Dynamik seiner Kulturlandschaften stützen, die es zu fördern gilt.“<sup>449</sup> Damit erkennt das operationelle Programm „INTERREG IV A Oberrhein“ ebenso wie das operationelle Programm „Großregion“ oder das LILE der LAG „Pfälzerwald“ den Tourismus und hier vor allem das „landschaftliche und historische Erbe“ als zentrale Entwicklungsressource an. Daher können aufgrund dieser inhaltlichen Überschneidungen Synergieeffekte zwischen diesen Programmen erwartet werden.

Des Weiteren betont die Situationsanalyse die ökonomische Bedeutung von „Kultur und Tourismus“ im Programmgebiet, da sich Ausgaben von Besuchern „direkt und indirekt auf die lokale Wirtschaft auswirken.“ Darüber hinaus wird an dieser Stelle der Mehrwert touristischer Projekte deutlich, die „zur Diversifikation der Wirtschaft, zum Erhalt der Landwirtschaft und zur sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und regionalen Entwicklung“ beitragen und auf diese Weise „positiv auf die allgemeine Attraktivität und das Image der Region“ wirken. Aus diesem Grund sind „Tourismus und Kultur wesentliche Träger der Entwicklung am Oberrhein.“<sup>450</sup> Darauf folgend werden die Analysen zur Ausgangssituation des Tourismus im Programmgebiet intensiviert und bereits erste Handlungsansätze des operationellen Programms bezüglich der Förderung des Tourismus aufgezeigt. Als wesentliche Stärke wird dabei die „Attraktivität für Kurz- und Entspannungsurlaub sowie für Gesundheitstourismus“ angesehen.<sup>451</sup>

Hierdurch ergeben sich konkrete Berührungspunkte zum LILE der LAG „Pfälzerwald“, das ebenso besondere Entwicklungspotenziale im Bereich des Gesundheitstourismus bzw. Wellnessbereich erkennt. Auch im Bereich der Schwächen ergeben sich deutliche inhaltliche Überschneidungen zwischen diesen beiden Programmen. Dazu zählt insbesondere der „Mangel an Erneuerung der touristischen Einrichtungen und an qualitativ guten und ausreichenden Hotelangeboten“, sowie als sinnvolle Ergänzung zum LEADER-Ansatz die „trotz zunehmender Bemühungen immer noch unzureichende grenzüberschreitende Zusammenarbeit der beteiligten Akteure.“

Chancen zur touristischen Weiterentwicklung werden vor allem in einer „Vereinfachung des Zugangs zu umfassenden touristischen Informationen über die Informations- und Kommunikationstechnologien“ sowie der „Aufwertung der Biodiversität und der einmaligen Schönheit der Landschaft“ und im aktiven Naturschutz zur „Förderung eines sanften Tourismus gesehen.“<sup>452</sup>

---

<sup>449</sup> Vgl. Région Alsace (Direction de la Coopération et des relations internationales) et al (Hrsg.) (2007): a.a.O.

<sup>450</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>451</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>452</sup> Vgl. Ebenda.

Diese Stärken und Chancen sollen verstärkt durch die „Nutzung der Region Oberrhein als trinationale Einheit“ gefördert werden, d.h. gemeinsame Angebote „sollen nicht nur das große landschaftliche und kulturelle Erbe betonen“, sondern zusätzlich „den Mix der Kulturen als entscheidenden Mehrwert gegenüber anderen Regionen herausstellen.“ In dieser Richtung sind bereits vereinzelt Ansätze vorhanden, so haben die „unterschiedlichen touristischen Strukturen die Wichtigkeit einer gemeinsamen Vermarktung verstanden“ und „begonnen, interessante Initiativen zu starten“, jedoch ist die Kooperation noch „ausbaufähig.“<sup>453</sup> Dies verdeutlicht einmal mehr, dass die Programmplanung im Rahmen der EU-Strukturpolitik geeignet ist, durch die intensive Auseinandersetzung mit der spezifischen regionalen Ausgangssituation die touristische Profilbildung zu fördern und die Herausbildung von Alleinstellungsmerkmalen zu forcieren (hier konkret „Mix der Kulturen“ als „entscheidender Mehrwert gegenüber anderen Regionen“). So wird infolge der INTERREG-Prozesse die Grenzlage als Chance begriffen und die damit verbundene (kulturelle) Vielfalt als Abgrenzungsmöglichkeit im Wettbewerb gegenüber anderen Tourismusregionen erkannt. Des Weiteren wird ähnlich wie mit dem LILE der LAG „Pfälzerwald“ angestrebt, „die touristische Infrastruktur zu pflegen“ und „spürbar zu verbessern“, um so „ein Absinken der Qualität der Erholung zu verhindern“ und „im Wettbewerb mit anderen Destinationen bestehen zu können.“<sup>454</sup>

Positiv zu vermerken ist weiterhin die Tatsache, dass sich das operationelle Programm mit den wesentlichen Herausforderungen im Programmplanungszeitraum 2007-2013 auseinandersetzt und dazu beitragen möchte diese zu bewältigen. Dadurch wird zudem sichtbar, dass eine thematische Weiterentwicklung im Vergleich zum Vorgängerprogramm „PAMINA“ stattgefunden hat, und so innerhalb der Programmplanung die Auseinandersetzung mit neuen Tendenzen der räumlichen Entwicklung wie etwa die „Änderung des wirtschaftlichen Umfeldes“, die „Regionalen Auswirkungen des demografischen Wandels“ oder der „Zielkonflikt zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, den Anforderungen an das Lebensumfeld der Menschen und der nachhaltigen Sicherung der natürlichen Grundlagen hierfür“<sup>455</sup> gefördert wird. Diese neuen Tendenzen innerhalb der räumlichen Entwicklung beeinflussen dabei zum großen Teil auch die touristische Entwicklung: So bewirkt der demografische Wandel mit einem steigenden Anteil von Senioren veränderte Nachfragestrukturen im Bereich des Tourismus. Aspekte wie die Barrierefreiheit touristischer Einrichtungen gewinnen hierdurch deutlich an Relevanz. Die operationellen Programme der aktuellen Förderperiode nehmen diese veränderten Rahmenbedingungen auf und leisten somit einen gewissen Beitrag zur Anpassung an veränderte Nachfragestrukturen.

Im Vorfeld der Programmstrategie und der gewählten Prioritäten wird noch einmal auf die wesentlichen Erfahrungen aus den vorausgegangenen Förderperioden zurückgeblickt. Dabei wird deutlich, dass im Oberrheingebiet eine größere Erfahrung mit der Umsetzung von EU-Programm vorherrscht als bspw. in der „Großregion.“ Denn der „1988 auf der Grundlage der Willenserklärung von Weißenburg geschaffene PAMINA-Raum war eine der Pionier-Grenzregionen in der Pilotphase der Gemeinschaftsinitiative INTERREG in den Jahren 1989-90.“ Im nunmehr vierten Programmplanungszeitraum „wollen die Partner die bisherigen Erfahrungen für eine verstärkte Wirkung des Programms zugunsten der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und damit gewinnbringend für die Entwicklung des Oberrheingebiets einsetzen.“<sup>456</sup>

---

<sup>453</sup> Vgl. Région Alsace (Direction de la Coopération et des relations internationales) et al (Hrsg.) (2007): a.a.O.

<sup>454</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>455</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>456</sup> Vgl. Ebenda.

Die kontinuierliche Teilnahme am INTERREG-Programm ermöglicht es Lernprozesse aus den Erfahrungen der vorangegangenen Förderperioden anzustoßen und zu nutzen, ferner kann jeweils auf die Vorgängerprogramme aufgebaut und diese somit konkretisiert bzw. an neue Entwicklungen angepasst werden. Auf diese Weise wird die Effizienz und Zielorientierung bei der Entwicklung des Tourismus gestärkt, wie am Beispiel von LEADER im Rahmen dieser Arbeit bereits aufgezeigt wurde: Die LAG Pfälzerwald ist bzw. war als einzige LAG der Westpfalz sowohl in der aktuellen als auch in der vergangenen Förderperiode LEADER-Fördergebiet, so konnte das LILE auf die GIEP aufbauen und diese nun sinnvoll ergänzen, konkretisieren sowie an neue Tendenzen der räumlichen Entwicklung anpassen. Das Programmziel und die Elemente der Programmstrategie des operationellen Programms „INTERREG IV A Oberrhein“ ergeben sich aus der „Zusammenführung der strategischen Vorgaben auf europäischer und nationaler Ebene („Top-Down-Ansatz“) mit den Ergebnissen der Situationsanalyse für die grenzüberschreitenden Region am Oberrhein („Bottom-up-Ansatz“).“<sup>457</sup>

Des Weiteren soll in diesem Zusammenhang „der Erfahrungshintergrund von drei erfolgreich gestalteten INTERREG-Förderperioden in diesem Raum im Rahmen der Programme PAMINA und Oberrhein-Mitte-Süd seit 1990“ Berücksichtigung finden. Dementsprechend wurde als übergeordnetes Entwicklungsziel die „Nutzung grenzüberschreitender Potenziale und der Abbau von grenzbedingten Hindernissen bei der integrierten Entwicklung des Oberrheinraumes zu einer wirtschaftlich starken und sozial wie ökologisch nachhaltigen Region, die ihren Bewohnern ein vielfältiges und attraktives Lebensumfeld bietet und die einen erkennbaren Beitrag leistet zur Erreichung der selben Ziele in Europa insgesamt.“<sup>458</sup> Diese übergeordnete Strategie setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen. Zunächst werden drei zentrale Prioritäten formuliert: 1. „Die ökonomischen Potenziale des Oberrheinraumes gemeinsam nutzen“, 2. „Der Oberrheinraum: eine integrierte Bildungs-, Arbeits- und Wohnregion“ und 3. „Die Entwicklung des Oberrheinraumes nachhaltig gestalten.“ Dabei werden als potenziell begünstigte dieser Prioritäten u.a. „touristische Einrichtungen“ genannt.<sup>459</sup>

Der Tourismusbereich wird im operationellen Programm „Oberrhein“ ähnlich wie bereits im operationellen Programm „Großregion“ dem Bereich der Wirtschaft zugeordnet. So beinhaltet die erste Priorität („Die ökonomischen Potenziale des Oberrheinraumes gemeinsam nutzen“) neben „Anstrengungen zur Inwertsetzung der ökonomischen Potenziale“ auch die „Weiterentwicklung des Oberrheinraums als Tourismusdestination, die bedeutende Potenziale regionaler Wertschöpfung aufweist.“ Die Prioritäten werden wiederum durch Haupt- und Einzelziele konkretisiert, die teilweise einen direkten Bezug zum Tourismus aufweisen. Zentrales Ziel bezüglich der touristischen Entwicklung sind demzufolge die „Vertiefte Erschließung der kulturellem, historischen und landschaftlichen Potenziale der Region für den Tourismus.“ Hierbei wird vor allem betont, dass der Bedarf an einer grenzüberschreitenden Abstimmung „insbesondere auch für den Tourismusbereich gilt“, um „im Wettbewerb mit anderen Destinationen bestehen zu können.“ Ferner werden an dieser Stelle die Vorgaben der EU Kommission bezüglich des Tourismus erwähnt, die „einen integrierten qualitätsorientierten Ansatz“ vorgibt, dessen „zentrales Anliegen die Kundenzufriedenheit ist und der auf den wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Aspekten der nachhaltigen Entwicklung beruht.“<sup>460</sup>

---

<sup>457</sup> Vgl. Région Alsace (Direction de la Coopération et des relations internationales) et al (Hrsg.) (2007): a.a.O.

<sup>458</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>459</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>460</sup> Vgl. Ebenda.

Als konkretisierende Einzelziele werden in diesem Zusammenhang die „Ergänzung teilräumlicher Maßnahmen der Tourismusförderung durch grenzüberschreitende Ansätze“ sowie die „Erneuerung der touristischen Einrichtungen und Ausbau des Unterkunftsangebotes“ genannt. Für ersteres sind als mögliche Fördermaßnahmen die „Kooperation von Einrichtungen der Tourismusförderung“, die „grenzübergreifende Vernetzung und Vermarktung von Einzelzielen des Fremdenverkehrs“ ebenso wie „themenbezogene grenzüberschreitende Angebote und Infrastrukturen“ oder die „Schaffung eines grenzüberschreitenden Observatoriums der Tourismuswirtschaft“ vorgesehen. Bei der „Erneuerung der touristischen Einrichtungen und Ausbau des Unterkunftsangebotes“ sind als mögliche Aktionen u.a. „koordinierte Imagekampagnen“, der „Aufbau und Entwicklung des Agrartourismus (Ferien auf dem Bauernhof)“ sowie die Förderung der „Naherholung, Sensibilisierung der touristischen Akteure hinsichtlich ihrer ökologischen Verantwortung.“<sup>461</sup>

Darüber hinaus sind auch einige der vorgesehenen Maßnahmen des Einzelziels „Ergänzung teilräumlicher Maßnahmen der Standortförderung durch grenzübergreifende Ansätze“ wie z.B. „grenzüberschreitende Angebote und Infrastrukturen, Verbesserung der Infrastruktur“ wobei auch Wander- und Fahrradwege geschaffen werden können für die Entwicklung des Tourismus von Relevanz. Damit kann das operationelle Programm „INTERREG IV A Oberrhein“ ebenso wie die anderen Förderprogramme der EU-Strukturpolitik im Zeitraum 2007 bis 2013 einen Beitrag zur Tourismusentwicklung im Untersuchungsraum leisten. Wobei auf den ersten Blick nur ein geringer Teil der Westpfalz direkt von diesem INTERREG-Programm profitiert, da es sich bei diesen beiden Verbandsgemeinden jedoch um die beiden touristischen Zentren der Region handelt, ist die Bedeutung dieses Programm durchaus als hoch einzustufen.

Dieses Programm unterstützt dabei in erster Linie den Ausbau bzw. die Ergänzung der vorhandenen Infrastruktur, des Weiteren sollen neue touristische Angebote geschaffen werden. Damit stellt das INTERREG-Programm Oberrhein eine wichtige Ergänzung zu den Programmen „Wachstum durch Innovation“ und „PAUL“ dar, in denen ebenfalls die Investitions- und Infrastrukturförderung ähnlich wie bereits in der vorangegangenen Förderperiode auch weiterhin den Kern der Tourismusförderung bilden. Daher sind Synergieeffekte zwischen diesen Programmen möglich, insbesondere durch die Nutzung von spezifischen Potenzialen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für den Tourismus und hier insbesondere den Abbau von Entwicklungshemmnissen infolge der Grenzlage. Ferner sieht das operationelle Programm auch einen Ausbau des Marketings vor und stellt hierdurch eine sinnvolle Ergänzung zum LILE der LAG „Pfälzerwald“ dar, die eine ähnliche Zielsetzung verfolgt. Durch solche Marketingmaßnahmen kann die Nähe zu Frankreich als touristisches Alleinstellungsmerkmal nun stärker als bislang in den Blickpunkt gerückt, und das dortige Potenzial zur Angebotserweiterung im westpfälzischen Tourismus genutzt werden.

Auch innerhalb der beiden restlichen Prioritäten ergibt sich ein teilweise enger Bezug zum Tourismus. So sieht Priorität B („Der Oberrheinraum eine integrierte Bildungs-, Arbeits- und Wohnregion“) u.a. eine „Inwertsetzung des kulturellen und historischen Potenzials am Oberrhein vor.“ Dabei soll u.a. der „kulturelle Austausch“ sowie „grenzübergreifende Kunstproduktionen“ unterstützt werden. Aufgrund des engen Zusammenhanges zwischen Kultur und Tourismus können hierdurch auch Impulse für die Tourismusentwicklung entstehen.

---

<sup>461</sup> Vgl. Région Alsace (Direction de la Coopération et des relations internationales) et al (Hrsg.) (2007): a.a.O.

Insbesondere scheinen gerade in grenznahen Räumen mit ihrer kulturellen Vielfalt, solche Aktivitäten geeignet, als Alleinstellungsmerkmale zu fungieren, um damit auf diese Weise deren touristische Profilierung zu fördern. Ebenso können sich Maßnahmen zur „grenzübergreifenden Nutzung von sozialen und kulturellen Infrastruktureinrichtungen“ sowie zur „Verbesserung des grenzüberschreitenden Informationsaustausches“ positiv auf den Tourismus auswirken.

Schließlich weist Priorität C („Die Entwicklung des Oberrheinraumes nachhaltig gestalten“) Relevanz für die Entwicklung des Tourismus im Untersuchungsraum auf. Dabei sollen an dieser Stelle vor allem „Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Qualität der natürlichen Ressourcen und zu deren nachhaltiger Nutzung“ gefördert werden. Im Einzelnen handelt es sich hierbei um die „gemeinsame grenzüberschreitende Vermeidung von Belastungen der verschiedenen Umweltmedien insbesondere dort, wo diese Belastungen über die Grenzen hinweg wirken oder wo in verschiedenen Teilräumen unterschiedliche gesetzliche Regelungen und Schutzkonzepte wirksam sind“, um die „Verbesserung der Umweltqualität und Erhalt und Wiederherstellung von Lebensräumen und Landschaften“ sowie dem „Erhalt der Biodiversität.“<sup>462</sup> Als mögliche konkrete Fördermaßnahmen sind an dieser Stelle u.a. die „Konzeption und Durchführung von gemeinsamen Landschafts- und naturpflegerischen Maßnahmen“ oder „Maßnahmen zur grenzüberschreitenden Vernetzung und Unterschutzstellung von Biotopen“ ebenso wie die „grenzüberschreitende Entwicklung und Anwendung von regionalplanerischen Konzepten und Werkzeugen (Freiraumschutz, Siedlungsflächenentwicklung) geplant.

Damit ergibt sich ein enger thematischer Zusammenhang sowohl zum LILE der LAG „Pfälzerwald“ als auch zum INTERREG IV A Programm „Großregion“, so dass Synergien zwischen diesen Programmen möglich sind. Alle drei operationellen Programme erscheinen geeignet zum Erhalt der natürlichen Ressourcen als dem zentralen Entwicklungspotenzial des Tourismus im Untersuchungsraum beitragen zu können. Wobei es sich hier vor allem um das Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen handelt. Dieses Biosphärenreservat, das sich sowohl auf den Untersuchungsraum als auch über den Bereich Nordvogesen im angrenzenden Frankreich erstreckt, kann nur durch gemeinsame grenzüberschreitende Maßnahmen in seiner landschaftlichen Vielfalt und Attraktivität erhalten werden, daher sind beide INTERREG IV Programme hierfür von großer Relevanz.

Des Weiteren können durch die vorgesehenen Maßnahmen unterstützend zum LILE „Pfälzerwald“ Synergien zwischen Tourismus und Naturschutz gefördert, sowie darüber hinaus Konflikte zwischen diesen beiden Bereichen vermieden bzw. zumindest entschärft werden. Weiterhin können durch die Einzelziele „Schließung von Lücken in der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur und im Verkehrsangebot“ und „Förderung der effizienteren grenzüberschreitenden Nutzung der Verkehrssysteme“ ebenfalls Impulse für die touristische Entwicklung erwartet werden. Denn der Tourismus kann von Fördermaßnahmen wie etwa der „Förderung des Ausbaus von rheinquerenden und grenzüberschreitenden Infrastrukturen (Fähren, Brücken)“ oder der „Einrichtung von grenzüberschreitenden Zubringerverkehren zu Knotenpunkten des öffentlichen Verkehrs (Bahnhöfe, Flughäfen)“<sup>463</sup> profitieren.

---

<sup>462</sup> Vgl. Région Alsace (Direction de la Coopération et des relations internationales) et al (Hrsg.) (2007): a.a.O.

<sup>463</sup> Vgl. Ebenda.

Die stärksten Impulse für den Tourismus innerhalb dieses Einzelzieles sind jedoch von der Maßnahme „Vernetzung von Fahrrad- und Wanderwegen“ zu erwarten. Dabei tragen diese Maßnahmen zunächst verstärkt zu einer Vernetzung des touristischen Angebotes in den einzelnen Teilräumen des Programmgebietes bei. Für den Untersuchungsraum wird auf diese Weise eine Erweiterung des touristischen Angebotes erreicht durch die bessere Erreichbarkeit bzw. Anbindung der benachbarten Regionen in Frankreich und Deutschland. Wobei es sich bei den Nachbarregionen Elsass und Baden (Schwarzwald) aus Sicht des Tourismus um äußerst attraktive Regionen handelt. Gerade in Zusammenhang mit den vorgesehenen Marketingaktivitäten wird dabei dieses spezielle Potential mit Alleinstellungscharakter sowohl mental als auch greifbar durch eine verbesserte grenzüberschreitende Infrastruktur (Verkehrsanbindung, Rad- und Wanderwege) stärker in den Vordergrund gerückt. Die „Förderung der effizienteren grenzüberschreitenden Nutzung der Verkehrssysteme“ kann darüber hinaus zu einer Verminderung der Umweltbelastungen führen und damit letztlich zum Schutz der natürlichen Ressourcen führen, wovon die Tourismusentwicklung profitiert. Abschließend lässt sich erkennen, dass beide operationellen Programme im Rahmen von INTERREG IV A an denen der Untersuchungsraum beteiligt ist, deutliche Relevanz für die Entwicklung des Tourismus haben.

Aus thematischer Sicht sind dabei beide Programme ähnlich ausgestaltet mit jeweils einem engen Bezug zum Tourismus (vgl. hierzu Tab. 18). Wobei der Tourismus häufig zunächst anderen Bereichen zugeordnet ist, wie bspw. „Wirtschaft“, „Kultur“, „Umwelt“ oder „Raumentwicklung.“ Positiv ist zu erwähnen, dass beide Programme veränderte Rahmenbedingungen (z.B. demografischer Wandel – dadurch veränderte Nachfragestrukturen im Tourismus) und neue Herausforderungen ausreichend (z.B. verschärfter Wettbewerb) berücksichtigen und zur Bewältigung dergleichen beitragen wollen. Innerhalb des Tourismus wird in beiden operationellen Programmen das natürliche bzw. kulturelle Erbe als zentrale Entwicklungsressource identifiziert, welche erhalten und weiterentwickelt werden soll.

Dabei ergeben sich bei dem vorgesehenen Förderangebot sinnvolle Ergänzungen zu den anderen EU-Förderprogrammen der Programmperiode 2007-2013, insbesondere zum Programm „PAUL“ einschließlich LEADER-Ansatz (LILE „Pfälzerwald“) sowie ansatzweise auch zum EFRE-Programm „Wachstum durch Innovation.“ INTERREG IV fördert im Untersuchungsraum sowohl investive (Tourismusinfrastruktur – z.B. grenzüberschreitenden Rad- und Wanderwege, etc.) als auch nicht-investive Maßnahmen (Marketingmaßnahmen, etc.). Ferner sind infolge der Programmplanung ähnlich wie bereits beim LEADER-Ansatz im Rahmen der INTERREG-Prozesse positive Impulse für den Tourismus möglich. Infolge der grenzüberschreitenden Kooperation sowie Vernetzung wird der Erfahrungsaustausch bzw. Wissenstransfer intensiviert, ebenso wird der analytische und strategische Ansatz ergänzend zum LEADER-Prozess weiter gestärkt. INTERREG beeinflusst daher die Tourismusentwicklung sowohl in qualitativer (Mehrwert der Programmplanung) als auch in quantitativer Hinsicht (z.B. durch die Infrastrukturförderung).

Als wesentliche Änderung innerhalb des INTERREG-Ansatzes im Vergleich zur vorangegangenen Förderperiode ist in beiden Programmgebieten die Zusammenlegung der beiden Programme zu jeweils einem gemeinsamen operationellen Programm zu sehen. Dies bringt sowohl Chancen als auch Risiken mit sich. Zum einen wird durch die höhere Anzahl der beteiligten Teilräume bzw. Akteure ein noch intensiverer Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer innerhalb der Programmplanung möglich, zum anderen wird jedoch der Abstimmungsbedarf deutlich erhöht, die Programmgebiete werden wesentlich größer und infolgedessen die Identifikation möglicherweise erschwert.

Letzteres gilt insbesondere für das operationelle Programm „Großregion“ an dem Regionen aus vier Nationen (Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien) und mehreren Bundesländern (Rheinland-Pfalz, Saarland) beteiligt sind, so dass hier recht große Entfernungen vorliegen, so bspw. zwischen der Südwestpfalz und der Region Wallonien in Belgien.

Bei beiden INTERREG-Programmgebieten liegen die beteiligten Teilräume des Untersuchungsraumes eher am Rande. Wobei das Oberrheingebiet kompakter erscheint, da hier lediglich zwei Nationen (Deutschland und Frankreich) und zwei Bundesländer (Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz) beteiligt sind. Ebenso ist hier eine größere Erfahrung mit dem INTERREG-Ansatz vorhanden und neben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Strukturpolitik sind hier weitere Kooperationsansätze wie z.B. die sog. „Oberrheinkonferenz“ oder die angestrebte Gründung einer Metropolregion „Oberrhein“ vorhanden. Dadurch sind über das INTERREG-Programm hinaus weitere Entwicklungsprogramme, -strategien sowie konzeptionelle Ansätze vorhanden, welche die Entwicklung des Tourismus unterstützen und auf welche INTERREG somit letztlich aufbauen kann.

Insgesamt betrachtet wird durch den INTERREG-Ansatz in Bezug auf den Tourismus im Untersuchungsraum vor allem der bestehende Tourismusschwerpunkt Südwestpfalz und hier insbesondere die beiden Verbandsgemeinden Dahner Felsenland und Hauenstein, die jeweils an beiden INTERREG-Programmen beteiligt sind, durch investive und nicht-investive Fördermaßnahmen weiter gestärkt. Dennoch können auch andere Teilräume (z.B. Pfälzer Bergland) als sog. „angrenzendes Gebiet“ und aufgrund des „Mehrwertes“ der EU-Strukturpolitik ebenfalls von INTERREG profitieren, wenn auch bezüglich des rein finanziellen Aspektes in deutlich geringerem Umfang. So dass schließlich durch INTERREG das bestehende Angebotsgefälle in der Region nicht vermindert wird, aber wohl zumindest auch nicht deutlich verschärft werden wird. Diese ersten Einschätzungen bezüglich des Einflusses der einzelnen Förderprogramme im Rahmen der EU-Strukturpolitik auf vorhandene Disparitäten innerhalb des Tourismus in der Westpfalz sollen im weiteren Verlauf dieser Arbeit genauer analysiert und überprüft werden.

**Tab. 18: Vergleich der INTERREG IV A Programme in der Westpfalz**

<b>INTERREG IV A 2007-20113</b>	
<b>Programm "Großregion"</b>	<b>Programm "Oberrhein"</b>
<p><u>Fördergebiet:</u></p> <p>u.a. LK Südwestpfalz, „angrenzendes Gebiet“ gemäß Art. 21 der EFRE-VO, u.a. LK Kaiserslautern und LK Kusel</p> <p><u>Ziel:</u></p> <p>nachhaltige Entwicklung der Großregion, durch: „Erleichterung bei der Schaffung von urbanen Zentren (Metropolen), bei gleichzeitiger Bewahrung von Naturräumen, die einen eigenen Reichtum darstellen“</p> <p><u>Schwerpunkte:</u></p> <p><b>„Wirtschaft“ - u.a. „Unterstützung des Tourismus“:</b></p> <p>Förderung des touristischen Angebotes, Förderung grenzüberschreitender touristischer Infrastrukturen</p> <p>Stärkung des Profils und der Kohärenz des touristischen Angebotes, Vernetzung des touristischen Angebotes, Förderung der Professionalisierung und Organisation des Tourismusmanagements</p> <p>Entwicklung des sanften Tourismus, Entwicklung und Vermarktung grenzüberschreitender touristischer Produkte und zielgruppenspezifischer Angebote</p> <p><b>„Raum“</b></p> <p>u.a. „Aufwertung und Schutz der Umwelt sowie der natürlichen Ressourcen einschließlich der Kulturlandschaft“ durch Kooperation von Naturparks und integrierte grenzüberschreitende Konzepte</p> <p><b>„Menschen“</b></p> <p>u.a. „Aufwertung des kulturellen Erbes“</p>	<p><u>Fördergebiet:</u></p> <p>u.a. VG Dahner Felsenland und VG Hauenstein im LK Südwestpfalz</p> <p><u>Ziel:</u></p> <p>Nutzung grenzüberschreitender Potentiale und der Abbau von grenzbedingten Hindernissen bei der integrierten Entwicklung des Oberrheinraumes zu einer wirtschaftlich starken und sozial wie ökologisch nachhaltigen Region...</p> <p><u>Prioritäten:</u></p> <p>„Die ökonomischen Potentiale des Oberrheinraumes gemeinsam nutzen“ - <b>u.a. „Weiterentwicklung des Oberrheinraumes als Tourismusdestination“</b></p> <p>Vertiefte Erschließung der kulturellen, historischen und landschaftlichen Potentiale der Region – integrierter qualitätsorientierter Ansatz</p> <p><b>Erneuerung der touristischen Einrichtungen und Ausbau des Unterkunftsangebotes, Koordinierte Imagekampagnen, Aufbau und Entwicklung des Agrartourismus</b></p> <p>Grenzüberschreitende Angebote und Infrastrukturen, Verbesserung der Infrastruktur</p> <p>„Der Oberrheinraum: eine integrierte Bildungs-, Arbeits- und Wohnregion“</p> <p>u.a. „Inwertsetzung des kulturellen und historischen Potenzials“</p> <p>„Die Entwicklung des Oberrheinraumes nachhaltig gestalten“</p> <p>u.a. Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Qualität der natürlichen Ressourcen und zu deren nachhaltigen Nutzung“ z.B. Vernetzung von Rad- und Wanderwegen</p>
<p><b>Sinnvolle Ergänzung der Programme „Wachstum durch Innovation“ und „PAUL“ – Ausbau und Verbesserung der Tourismusinfrastruktur, touristische Profilbildung und professionelle Vermarktung, Erhalt der natürlichen Ressourcen</b></p>	

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

## 2.5 Fazit

Dieser erste Analyseteil in Form einer Dokumentenanalyse zur Gewinnung der für die Evaluation notwendigen sekundärstatistischen Daten verdeutlicht den engen thematischen Zusammenhang zwischen EU-Strukturpolitik und der Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz: Die EU initiiert in den Programmplanungsperioden 2000 bis 2006 sowie aktuell 2007 bis 2013 zahlreiche Förderprogramme, welche geeignet erscheinen, die Tourismusedwicklung im Untersuchungsraum zu fördern. Dabei reicht das Förderangebot von den klassischen Instrumenten der Strukturpolitik (Infrastruktur- und Investitionsförderung), bis hin zu Marketingmaßnahmen, sowie Maßnahmen zur Förderung des Agrartourismus oder zur Förderung des natürlichen und kulturellen Erbes, ebenso wie Qualifizierungsmaßnahmen. Die einzelnen EU-Förderprogramme ergänzen sich hierbei sinnvoll und sind geeignet Synergien zu entwickeln (vgl. hierzu Tab. 19). Dies gilt vor allem zwischen LEADER und der EFRE-Förderung, sowie zwischen LEADER und INTERREG.

Dabei findet zwischen der vergangenen und der aktuell laufenden Förderperiode eine thematische Weiterentwicklung statt. Veränderte Rahmenbedingungen und neue Herausforderungen, wie etwa der demografische Wandel, die auch den Tourismusbereich betreffen werden, stehen nun stärker im Fokus (bspw. Förderung der Barrierefreiheit von Einrichtungen der touristischen Infrastruktur). Im Bereich des LEADER-Ansatzes erfolgt zudem in der aktuellen Förderperiode eine Konkretisierung bereits bestehender regionaler Entwicklungsstrategien, so z.B. in Bezug auf das LILE der LAG „Pfälzerwald“ als Weiterentwicklung bzw. Konkretisierung der GIEP in der Förderperiode 2000 bis 2006. Neben diesen meist investiven Fördermaßnahmen mit einem zum Teil hohen Finanzvolumen profitiert der Tourismus darüber hinaus v.a. von der innerhalb der EU-Strukturpolitik vorgeschriebenen Systematik der Programmplanung. Die Prozesse zur Aufstellung dieser Programme und regionalen Entwicklungsstrategien führen dabei zunächst zu einer intensiveren Vernetzung und Kooperation der regionalen Akteure. Dadurch können Konflikte vermeiden bzw. entschärft werden, ebenso können Synergien zwischen verschiedenen Fachbereichen genutzt werden. Davon profitiert gerade der Tourismus, aufgrund seiner engen Verflechtung mit anderen Bereichen der ländlichen Entwicklung wie etwa der Landwirtschaft, dem Naturschutz, der Kultur, der Wirtschaft oder der Dorferneuerung und Denkmalpflege.

Weiterhin fördert die Programmplanung eine intensive Auseinandersetzung mit den Stärken, Schwächen und Entwicklungsperspektiven innerhalb des Tourismus. Auf diese Weise wird die Profilbildung im Bereich des Tourismus in der Westpfalz forciert und die Herausbildung von Alleinstellungsmerkmalen unterstützt. Ferner werden durch diese spezifische Vorgehensweise das analytische Denken, sowie die strategische, langfristige Ausrichtung bei der Tourismusedwicklung gefördert, da die Methodik der Programmplanung die Anwendung neuer Methoden im Prozess der Regionalentwicklung unabdingbar macht. Neue Impulse für die Entwicklung des Tourismus im Untersuchungsraum können auch durch den intensiven Erfahrungsaustausch und den möglichen Wissenstransfer mit anderen Regionen in Deutschland und der EU entstehen. So können bspw. Ideen für neue touristische Projekte gewonnen werden, ebenso kann auf diese Weise die Region von den gemachten Erfahrungen anderer Regionen profitieren und somit Lernprozesse angestoßen werden. Dieser Erfahrungsaustausch bzw. Wissenstransfer wird dabei insbesondere im Rahmen von LEADER und INTERREG gefördert. Beide früheren „Gemeinschaftsinitiativen“, welche seit der aktuellen Förderperiode in die Mainstream-Programme integriert sind, haben daher über die rein finanzielle Unterstützung hinaus einen deutlichen Mehrwert, was u.a. auch im Rahmen der Evaluation des rheinland-pfälzischen LEADER+-Programmes eindeutig bestätigt wird.

So wird LEADER als einziges Instrument der EU-Strukturpolitik aufgrund des Bottom-up-Prinzips und der damit notwendigen Entwicklung von regionalen Entwicklungsstrategien (GIEP bzw. LILE) direkt in der Region Westpfalz umgesetzt, während bspw. die EFRE-Programme („Ziel-2-Programm“, Programm „Wachstum durch Innovation“) in Deutschland auf Ebene der Bundesländer entwickelt werden.

**Tab. 19: Übersicht über das Förderangebot der EU-Strukturpolitik im Tourismus**

	Förderprogramme						
	Förderperiode 2000-2006				Förderperiode 2007-2013		
	Ziel-2 (EFRE)	LEADER+	INTERREGIII	ZIL (EAGFL)	Wachstum durch Innovation (EFRE)	PAUL (ELER)	INTERREGIV
<b>Förderangebot im Tourismusbereich</b>							
Infrastrukturförderung	X	X	X	X	X	X	X
Investitionsförderung	X	X		X	X	X	
Agrartourismus				X		X	X
Marketingmaßnahmen		X	X	X	X	X	X
Qualifizierungsmaßnahmen	X		X	X		X	X
Natürliches u. kulturel. Erbe	X	X	X	X	X	X	X
Kooperationsförderung		X	X	X		X	X
Förderung der Vernetzung		X	X	X		X	X
Erfahrungsaustausch		X	X			X	X
Wissenstransfer		X	X		X	X	X
Förderung von Synergien		X	X	X		X	X

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

Zusammenfassend lässt sich anhand dieser Ausführungen erkennen, dass die Förderprogramme innerhalb der EU-Strukturpolitik die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz in vielfacher Weise direkt oder indirekt beeinflussen. Es muss in diesem Zusammenhang jedoch berücksichtigt werden, dass es sich hierbei zunächst neben gewissen inhaltlich-thematischen Vorgaben bzw. Vorgaben zu Verfahrensweisen v.a. um ein Förderangebot handelt. Dieses Förderangebot muss jedoch anschließend in einem zweiten Verfahrensschritt in den einzelnen Regionen der EU durch konkrete Projekte umgesetzt werden, um diese potentiellen Wirkungen und Impulse letztendlich auch in der Praxis erreichen zu können. Dennoch ist durch diese zahlreichen inhaltlichen und verfahrenstechnischen Vorgaben in den verschiedenen Förderprogrammen bereits ein gewisser direkter Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Tourismusentwicklung zu erkennen. Überwiegend handelt es sich jedoch bei den in den vorangegangenen Analysen aufgezeigten Zusammenhängen um zunächst noch eher potentielle bzw. theoretische Wirkungen und Einflüsse der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz.

Aus diesem Grund wird in den nun folgenden weiteren Analyseschritten untersucht, welche Projekte in den letzten Jahren im Rahmen dieser EU-Förderprogramme innerhalb des Tourismus im Untersuchungsraum umgesetzt wurden. Zu diesem Zweck werden im Folgenden drei große, zentrale touristische Projekte mit Leitcharakter ausgewählt und zunächst ihre Bedeutung für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz analysiert, um schließlich den Einfluss bzw. die Rolle der EU-Strukturpolitik bei der Entwicklung und Umsetzung dieser Projekte zu bewerten. Damit folgt der Analyse der Programmebene („Makroebene“) als dem ersten Analyseschritt bzw. der ersten Betrachtungsebene nun mit der Analyse der Wirkungen (der von der EU finanzierten) Leitprojekte auf den Tourismus die Projektebene („Mikroebene“) als zweiter zentraler Analyse- und Betrachtungsebene dieser Arbeit.

### **3. Bedeutung der von der EU finanzierten regionalen Leitprojekte für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz**

Nach der Programm- bzw. Makroebene, erfolgt nun die Bewertung der Relevanz der Projekt- bzw. Mikroebene für die Tourismusentwicklung in der Westpfalz. Auf diese Weise werden hierdurch nach der vorangegangenen Dokumentenanalyse nun weitere sekundärstatistische Daten für die Durchführung der Evaluation gewonnen. Die Erfassung der Wirkungen der mit EU-Strukturmitteln finanzierten regionalen Leitprojekte auf den Tourismusbereich im Untersuchungsraum erfolgt dabei aus methodischer Sicht durch eine verbal-argumentativ und qualitativ orientierte Wirkungsanalyse. Dabei werden die einzelnen Projekte zunächst jeweils mit Hilfe eines Projektprofils vorgestellt und anschließend deren Ziele und Wirkungen im Hinblick auf die touristische Entwicklung aufgezeigt bzw. bewertet. Schließlich wird die Betrachtung der Projektebene mit der Analyse des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung und Realisierung dieser Projekte abgeschlossen.

Bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik anhand touristischer Projekte im Untersuchungsraum lässt sich eine deutliche Konzentration auf die Teilräume Pfälzerwald / Landkreis Südwestpfalz sowie Pfälzer Bergland / Landkreis Kusel feststellen. Hierbei handelt es sich zum einen um das traditionelle Tourismuszentrum der Westpfalz, zum anderen um einen Teilraum der Region der zwar bereits einzelne touristische Potenziale und Ansätze aufweist, jedoch noch Nachholbedarf bzw. Lücken innerhalb der touristischen Infrastruktur zu verzeichnen hat.

Beide Teilräume wurden daher als Schwerpunkt dieser Untersuchung ausgewählt, insbesondere um möglicherweise unterschiedliche Wirkungen und Einflüsse der EU-Strukturpolitik auf das Tourismuszentrum „Pfälzerwald“ bzw. das eher als touristisches Rand- bzw. Entwicklungsgebiet zu betrachtende „Pfälzer Bergland“ erfassen zu können. Darüber hinaus haben beide Teilräume die meiste Erfahrung mit dem LEADER-Ansatz innerhalb der Westpfalz. Zudem ist die Entwicklung des Tourismus in diesen beiden Teilräumen jeweils das zentrale Ziel in der lokalen und kommunalen Entwicklung. Andere ländlich geprägte Teilräume der Westpfalz wie z.B. der Donnersbergkreis oder der Landkreis Kaiserslautern zeigen zwar durchaus auch gewisse touristische Potenziale auf und sind aktuell ebenfalls LEADER-Aktionsgebiet, verfügen aber im Gegensatz zur Südwestpfalz bzw. zum Pfälzer Bergland über alternative Entwicklungsmöglichkeiten über den Tourismus hinaus.

So weisen Teile des Donnersbergkreises bzw. des Landkreises Kaiserslautern u.a. eine günstigere räumliche Lage (in Nähe zu den Ballungsräumen Rhein-Main und Rhein-Neckar) sowie eine bessere Verkehrsanbindung (direkter Anschluss an die Autobahnen A 6 und A 63, teilweise S-Bahn Anschluss) auf. Daher sind diese Teilräume wesentlich eher als Wohn- und Gewerbestandorte geeignet als etwa Südwestpfalz oder Pfälzer Bergland. Dies ist letztlich einer regionalen Ausgeglichenheit bzw. Arbeitsteilung förderlich, denn nicht alle Kommunen und Teilräume der Westpfalz sollten auf den Tourismus als Hauptentwicklungsbereich setzen, da ansonsten eine zu große innerregionale Konkurrenz und zudem eine weitere Monostrukturierung zu erwarten wäre, die aus Sicht der Regionalentwicklung nicht erstrebenswert ist. Aus diesen Gründen bieten sich die Teilräume „Pfälzerwald“ / Landkreis Südwestpfalz und „Pfälzer Bergland“ / Landkreis Kusel“ als räumliche Untersuchungsschwerpunkte im weiteren Verlauf dieser Arbeit an.

Die regionalen Leitprojekte, die im Folgenden bezüglich ihrer Bedeutung für den Tourismus genauer analysiert werden sollen, sind das Projekt „Touristische Nutzung der Glantalschienenstrecke durch Fahrraddraisinen“, das Projekt „Mountainbikepark Pfälzerwald“ sowie das Projekt „Biosphärenhaus Pfälzerwald / Nordvogesen.“

### **3.1 Darstellung und Einordnung der regionalen Leitprojekte in den touristischen Gesamtkontext der Region**

#### **3.1.1 Projekt: „Touristische Nutzung der Glantalschienenstrecke durch Fahrraddraisinen“ im Landkreis Kusel im Rahmen von LEADER II – Projektprofil und Ziele im Rahmen der Tourismusedwicklung**

Das Projekt „Touristische Nutzung der Glantalschienenstrecke durch Fahrraddraisinen“ befindet sich im Landkreis Kusel und damit im Teilraum Pfälzer Bergland. Dieser Teilraum weist zwar durchaus Potenziale im Tourismus sowie Ansätze einer touristischen Entwicklung auf, jedoch sind noch deutliche Defizite und Lücken im Bereich der Tourismusinfrastruktur vorhanden, insbesondere im nördlichen Teil. Daher ist das Pfälzer Bergland im Vergleich zum klassischen Tourismuszentrum der Region Westpfalz dem Pfälzerwald noch eher als touristisches Randgebiet anzusehen. Hintergrund dieses Projektes war die Stilllegung der Glantalbahnstrecke zwischen Altenglan und Staudernheim im Landkreis Bad Kreuznach (Region Rheinhessen-Nahe) und der Wunsch der regionalen Akteure nach einem langfristigen Erhalt der Streckeninfrastruktur „bei gleichzeitiger Verhinderung der Streckenentwidmung.“<sup>464</sup> Diese Zielsetzung wurde schließlich in den Regionalen Raumordnungsplan (RROP) der Westpfalz aufgenommen, so dass eine Reaktivierung dieser Bahnstrecke in Zukunft jederzeit wieder möglich sein kann. Vor dem Hintergrund dieser Zielsetzung entwickelte die TU Kaiserslautern das Konzept einer „touristischen Nutzung der Glantalschienenstrecke durch Fahrraddraisinen.“ Dieses Konzept wurde bereits in Schweden praktiziert und es können nach Ansicht der Projektentwickler in diesem Zusammenhang im Pfälzer Bergland folgende Ziele erreicht werden: Zunächst wird der angestrebte „langfristige Erhalt der Streckeninfrastruktur“ gewährleistet, da „das Draisinenprojekt eine Nutzung der vorhandenen Bahnanlagen“ ermöglicht. Des Weiteren bleibt die Bahntrasse „in ihrer Grundstücksgesamtheit auf Dauer erhalten“, so dass letztlich die „Option auf Reaktivierung gesichert ist.“

Neben dieser zentralen Zielsetzung des Projekts, die für die regionale Entwicklung der (nördlichen) Westpfalz insgesamt von hoher Relevanz ist, werden weitere, insbesondere den Tourismus betreffende Zielsetzungen formuliert. In diesem Zusammenhang soll das Projekt „Fahrraddraisinen“ zunächst als „Modellprojekt“ fungieren und somit „überregionale Bedeutung“ entfalten. Gleichzeitig soll es als „touristische Attraktion eines ganzheitlichen Tourismuskonzeptes“ wirken. Anhand dieser Zielformulierung werden erneut die wesentlichen Beiträge der EU-Strukturpolitik zur Förderung der Tourismusedwicklung im Untersuchungsraum deutlich. Einerseits wird mit Hilfe der EU-Strukturpolitik die Schaffung von touristischen Anziehungspunkten unterstützt, durch die Finanzierung großer touristischer Leitprojekte wie z.B. im Fall des Projekt „Fahrraddraisinen“ durch LEADER II. Andererseits wird im Rahmen der vorgeschriebenen Programmplanung (v.a. bei LEADER) das konzeptionelle Arbeiten sowie die strategische Ausrichtung innerhalb der touristischen Entwicklung gefördert, wie bspw. an dieser Stelle in Form eines angestrebten „ganzheitlichen Tourismuskonzeptes.“

Mit dem Projekt werden darüber hinaus weitere positive Impulse für die Tourismusedwicklung allgemein erwartet, so vor allem in Hinblick auf eine bessere Auslastung der Beherbergungsbetriebe. Ebenso werden außerdem deutliche Synergieeffekte über den Tourismus im engeren Sinne hinaus erwartet.

---

<sup>464</sup> Vgl. Planungsgemeinschaft Westpfalz (Hrsg.) (1999): Regionales Entwicklungskonzept (REK) Westpfalz, Programmübersicht 1999, Kaiserslautern, S. 39 ff.

So u.a. positive Effekte auf tourismusnahe Bereiche wie Gastronomie oder den Bereich Selbstvermarktung regionaltypischer Produkte, sowie auf weitere Wirtschaftszweige, wie z.B. eine indirekte Stärkung der Bauindustrie. Ferner wird infolge des Draisinenprojektes eine neue „Marktpositionierung“ im Fremdenverkehr angestrebt, da nun „ein besonderes Produkt vorhanden ist, das zu einer sog. „unique selling position (USP)“ führt<sup>465</sup> und damit neue Zielgruppen für den Tourismus im Pfälzer Bergland angesprochen werden können.

Für den Tourismus ist zudem der Beitrag dieses Projektes zum Erhalt der Kulturlandschaft und der intakten Natur von Relevanz: Denn Kulturlandschaft und intakte Natur sind als die zentralen Entwicklungsressourcen des Pfälzer Berglandes im Bereich des Tourismus anzusehen. Der konkrete Beitrag des Projektes ist hierbei darin zu sehen, dass „durch behutsame Pflege der Gleisanlagen und des Bahnkörpers mit Bahndamm“ sowie des „unmittelbaren Randbereiches“ ein „Stück Kulturlandschaft erhalten bleibt.“<sup>466</sup> Weiterhin wird vor diesem Hintergrund festgelegt, dass „aus Naturschutzsicht vorhandene sensible Bereiche im gesamten Glantalbereich durch das Projekt weitestgehend unversehrt“ bleiben werden. Weiterhin können infolge dieses Projektes insbesondere auch Synergien zwischen den Bereichen Tourismus und Wohnen erreicht werden. Dabei wird in diesem Zusammenhang zunächst vor allem eine „Stärkung und Belebung des ÖPNV“ erhofft.<sup>467</sup> So kann der Schienenverkehr als Zubringer für dieses touristisch orientierte Projekte genutzt werden und somit zusätzliche Kunden für den ÖPNV gewonnen werden. Auf diese Weise kann das Draisinenprojekt die Auslastung und damit letztlich die Sicherung des ÖPNV-Angebotes unterstützen, was in einer ländlich geprägten Region von hoher Relevanz für deren Attraktivität als Wohnstandort ist. Ebenso kann der Buslinienverkehr als Zubringer dienen und eine Verbindung zwischen Ausgangs- bzw. Zielpunkt einer Draisinenfahrt schaffen. Dies trägt dann ebenfalls zu einer Sicherung des ÖPNV-Angebotes bei. Das Projekt „Touristische Nutzung der Glantalschienenstrecke durch Fahrraddraisinen“ ist als ein Bestandteil des Entwicklungsprogramms „Natur-Kultur-Tourismus“ innerhalb des regionalen Entwicklungskonzeptes (REK) der Westpfalz als sog. „regionales Leitprojekt“ identifiziert.

Daraus wird ersichtlich, dass diesem Projekt eine große Relevanz für die Tourismusedwicklung in der Westpfalz zugestanden wird, die über den Teilraum Pfälzer Bergland hinaus reicht. Insgesamt weist die Draisinenstrecke eine Gesamtlänge von 40 km auf. Startpunkt ist die Ortsgemeinde Altenglan im Landkreis Kusel, Endpunkt die Ortsgemeinde Staudernheim an der Nahe im benachbarten Landkreis Bad Kreuznach. Damit erstreckt sich dieses Projekt streng genommen nicht nur auf die Region Westpfalz sondern bezieht darüber hinaus noch einen kleinen Teil der Region Rheinhessen-Nahe mit ein. Dieses touristische Leitprojekt steht unter dem Motto „Draisinentour – Erlebnis pur“ und ist jährlich von März bis Oktober für die touristische Nutzung geöffnet. Dabei stehen entlang der Strecke 28 Haltepunkte zur Verfügung an denen Sehenswürdigkeiten, Besonderheiten oder gastronomische Einrichtungen vorhanden sind. Die Nutzer können zwischen verschiedenen Draisinen wählen, neben den „Fahrraddraisinen“ stehen auch sog. „Handelhebeldraisinen“ sowie „Konferenzdraisinen“ für größere Gruppen zur Verfügung.

---

<sup>465</sup> Vgl. Planungsgemeinschaft Westpfalz (Hrsg.) (1999): Regionales Entwicklungskonzept (REK) Westpfalz, Programmübersicht 1999, Kaiserslautern, S. 39 ff.

<sup>466</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>467</sup> Vgl. Ebenda.

Des Weiteren können sich die Nutzer zwischen einer kürzeren, rund 20 km langen Strecke (von Altenglan bis Lauterecken) oder einer längeren, rund 40 km Strecke (von Altenglan nach Staudernheim) entscheiden. Wobei die Draisinen den ganzen Tag nur in eine Richtung fahren, so dass hier kein Gegenverkehr möglich ist. Dabei wechselt jeden Tag die Richtung, so dass an geraden Tagen von Staudernheim nach Altenglan gefahren wird, mit möglichen Startpunkten in Staudernheim und Lauterecken, und an ungeraden Tagen in umgekehrter Richtung von Altenglan nach Staudernheim, mit möglichen Startpunkten in Altenglan und Lauterecken. Die durchschnittliche Fahrgeschwindigkeit beträgt dabei ca. 10 km / h, und die Rückfahrt kann alternativ mit dem ÖPNV erfolgen.

Zur Vermarktung bzw. Ergänzung dieses touristischen Leitprojektes im Pfälzer Bergland werden zahlreiche Events durchgeführt. Zu diesen zählen u.a. die sog. „Deutschen Draisinentage.“ Daneben werden zahlreiche besondere Angebote und Arrangements rund um die regionale Besonderheit „Draisinen“ angeboten. Hierbei sind vor allem die sog. „Extratouren“ unter dem Motto „buchen und genießen“ zu erwähnen, die das Fahrtenangebot um bspw. organisierte Touren oder Touren am Abend erweitern, ebenso werden spezielle Angebote in Form von „Kombifahrten“ (z.B. Draisine „Rad Sport“ oder „KulTour“ mit der Draisine) oder speziellen Abendfahrten (z.B. „Draisinen-Abendfahrt mit Fackelwanderung und Hüttenschmaus“ oder „Aktiv in der Natur – Draisine „Tour am Abend“) angeboten. In einem engen Zusammenhang mit der Draisinenstrecke ist der sog. „Glan-Blies-Radweg“ zu sehen.

Dieser „Glan-Blies-Radweg“ entstand parallel neben der Draisinenstrecke und ist als länderübergreifender 70 km langer Radweg konzipiert. Ebenso wie die benachbarte „Draisinenstrecke“ zählt der „Glan-Blies-Radweg“ zu den touristischen Leitprojekten des Teilraumes „Pfälzer Bergland.“ Zudem wurde auch dieses Tourismusprojekt mit Hilfe der EU-Strukturpolitik im Rahmen einer Kofinanzierung durch den Strukturfonds EFRE im Rahmen von LEADER II umgesetzt.

Der „Glan-Blies-Radweg“ verbindet Frankreich und das Saarland mit der Westpfalz (Landkreis Kusel) und verläuft von Saareguemines über Blieskastel, Homburg / Saar, Schönenberg-Kübelberg, Glan-Münchweiler, Altenglan (und ab hier parallel zur Draisinenstrecke), Lauterecken, Meisenheim bis nach Staudernheim an der Nahe. Zentrales Ziel dieses Projektes innerhalb der Tourismusentwicklung des Pfälzer Berglandes ist dabei die Vernetzung und Verknüpfung bestehender Angebote. Ähnlich wie die Draisinenstrecke soll auch der „Glan-Blies-Radweg“ über spezifische Events vermarktet werden, so u.a. durch sog. „Raderlebnistage“, etwa unter dem Motto „Fit und Fun am Glan“. In diesem Zusammenhang sollen das ganze Jahr über Feste, Märkte und Veranstaltungen in den Orten entlang des Glan-Blies-Radweges stattfinden.

**Tab. 20: Übersicht über das Projekt „Draisinenstrecke“ und dessen Bedeutung für den Tourismus**

<b>Projekt „Touristische Nutzung der Glantalschienenstrecke durch Fahrraddraisinen“</b>	
<b>Standort</b>	Pfälzer Bergland / LK Kusel
<b>Ziele des Projektes im Rahmen der Tourismusentwicklung</b>	<p>Als Modellprojekt konzipiert, das überregionale Bedeutung entfalten soll</p> <p>Touristische Attraktion eines ganzheitlichen Tourismuskonzeptes</p> <p>Bessere Auslastung der Beherbergungsbetrieb</p> <p>Positive Effekte auf tourismusnahe Bereiche wie Gastronomie und die Vermarktung regionaltypischer Produkte</p> <p>„neue Marktpositionierung“ im Fremdenverkehr – „unique selling position (USP)“</p> <p>Erhalt der Kulturlandschaft</p> <p>Teil des Entwicklungsprogramms „Natur-Kultur-Tourismus“ innerhalb des REK Westpfalz</p>
<b>Bedeutung des Projektes für den Tourismus</b>	<p>Alleinstellungsmerkmal – Beitrag zur touristischen Profilierung der Region</p> <p>Steigerung des Bekanntheitsgrades der Region als Tourismusstandort (durch spezifische Events)</p> <p>Stärkung der interkommunalen Kooperation im Tourismus</p> <p>Inwertsetzung und Vernetzung vorhandener touristischer Potenziale</p> <p>Förderung von Synergieeffekten zwischen dem Tourismus und den Bereichen Kultur, Natur und Wohnen</p> <p>Folgeinvestitionen im Tourismus (Glan-Blies-Radweg) und darüber hinaus</p> <p>Beitrag zum Abbau des Angebots- und Attraktivitätsgefälles zwischen nördlicher und südlicher Westpfalz</p>
<b>Rolle der EU-Strukturpolitik bei der Entwicklung u. Umsetzung</b>	<p>Finanzierung im Rahmen von LEADER II</p> <p>Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung des Projektes</p>

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

### 3.1.2 Projekt „Mountainbikepark Pfälzerwald“ in den Landkreisen Kaiserslautern und Südwestpfalz im Rahmen von LEADER+ - Projektprofil und Ziele im Rahmen der Tourismusentwicklung

Neben dem Pfälzer Bergland als Teilraum mit touristischen Ansätzen und Potenzialen, jedoch noch Lücken im Bereich der Tourismusinfrastruktur, finden sich die touristischen Leitprojekte innerhalb des Untersuchungsraumes vor allem im klassischen Tourismuszentrum „Pfälzerwald.“

Zu diesen zählt das im Rahmen der vergangenen Förderperiode realisierte Projekt „Mountainbikepark Pfälzerwald.“ Dieses Projekt, welches ein Bestandteil der GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ ist, befindet sich im sog. „Zentrum Pfälzerwald“, der bislang eher im Schatten des touristisch besser erschlossenen und vermarkteten südlichen Pfälzerwaldes („Dahner Felsenland“) steht. Der Teilraum „Zentrum Pfälzerwald“ erstreckt sich dabei über die Verbandsgemeinden Kaiserslautern-Süd (Landkreis Kaiserslautern) sowie Wald Fischbach-Burgalben und Rodalben im Landkreis Südwestpfalz. Wobei die EU-Strukturpolitik das Projekt „Mountainbikepark“ im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER+ durch den Strukturfonds EAGFL Abteilung Ausrichtung kofinanziert hat.

Die zentralen Zielsetzungen dieses touristischen Leitprojektes wurden innerhalb der GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ formuliert. Dabei sollte zunächst eine „qualifizierte Mountainbike-Wegekonzeption mit Pilotcharakter in Rheinland-Pfalz“ geschaffen werden.<sup>468</sup> Des Weiteren soll hiermit ein „neues touristisches Angebot für eine Zielgruppe“ realisiert und damit die „Förderung der touristischen Nutzung des Waldes durch behutsame touristische Entwicklung in Verbindung mit der Biosphärenreservatidee“ erreicht werden. Der „Mountainbikepark Pfälzerwald“ soll darüber hinaus letztlich zu einer „Steigerung der regionalen Wertschöpfung beitragen, ebenso wie zur „Erhaltung und Schutz der natürlichen Ressourcen.“ So sollen u.a. „ökologisch sensible Bereiche“ durch „Besucherlenkung“ geschützt werden. Ferner werden infolge dieses Projektes neue Technologien wie bspw. Internet oder GPS verstärkt für die touristische Entwicklung genutzt und damit soll eine „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“ des „Zentrum Pfälzerwald“ gefördert werden.<sup>469</sup>

Zur Erreichung dieser Ziele soll eine „qualifizierte Wegekonzeption mit Routen verschiedener Schwierigkeitsgrade“ erarbeitet werden. Dies „unter Berücksichtigung nationaler und internationaler Anforderungen an Mountainbike-Strecken“ und „DIMB-Wegeregeln in Zusammenarbeit mit der EMBT“, sowie „örtlicher Radfahrvereine und privater Mountainbike-Initiativen.“<sup>470</sup> Dabei soll die Wegeführung GPS-gestützt sein. Das Streckennetz des Mountainbikeparks hat eine Länge von 300 km, wobei die einzelnen Strecken mit unterschiedlicher Schwierigkeit ausgestattet sind. Demnach können sie in Länge und technischem Anspruch individuell gestaltet werden. Neben den herkömmlichen Strecken sind Sonderstrecken, wie z.B. „Übungsparcours“, „Einsteiger-“, und „Cross-Country-Strecken“ oder spezielle Themenrouten mit touristischen, forst- und naturkundlichen Hintergründen Teil der Konzeption Mountainbikepark. Darüber hinaus werden geführte Mountainbiketouren angeboten. Ähnlich wie beim Projekt „Draisinenstrecke“ werden auch zur Vermarktung des „Mountainbikeparks“ zahlreiche spezifische Events durchgeführt.

---

<sup>468</sup> Vgl. LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ (Hrsg.) (2002): a.a.O.

<sup>469</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>470</sup> Vgl. Ebenda.

Zu diesen Events zählen u.a. Deutsche Meisterschaften im Cross Country, MTB-Marathon-Events sowie besondere Specials wie Fahrtechnikseminare oder ein sog. „Frauenspezial.“ Ein weiterer wesentlicher Bestandteil dieser Konzeption sind schließlich „Mountainbikefreundliche Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe.“ Diese müssen bestimmte Kriterien erfüllen, welche den Aufenthalt bikerfreundlich machen und durch ein spezielles Logo gekennzeichnet sind. Die Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe bieten darüber hinaus zahlreiche spezifische Dienstleistungen für Mountainbiketouristen an, wie etwa die Bikereinigung, die Gepäckunterbringung sowie sichere Abstellmöglichkeiten. Ferner wird eine mountainbikegerechte Unterkunft mit besonderer Bewirtung und weiteren spezifischen Services wie etwa die Kleiderpflege angestrebt.

Innerhalb der aktuellen Förderperiode 2007 bis 2013 soll der Mountainbikepark Pfälzerwald deutlich erweitert werden. Gemäß den vorgesehenen Planungen soll dann der gesamte Pfälzerwald durch den Mountainbikepark erschlossen werden. Demnach wird das Projekt auf die Verbandsgemeinden Pirmasens-Land, Dahner Felsenland und Hauenstein im Landkreis Südwestpfalz ausgeweitet, ebenso sollen auch die Verbandsgemeinden Annweiler am Trifels und Teile der Verbandsgemeinde Bad Bergzabern im Landkreis Südliche Weinstraße (Region Rheinpfalz) an den Mountainbikepark angeschlossen werden. Dieses Kommunen sind demgemäss seit der aktuell laufenden Programmplanungsperiode bereits Teil des LEADER-Aktionsgebietes der LAG „Pfälzerwald.“ Langfristig wird zudem ein Anschluss an das angrenzende französische Mountainbikestreckennetz angestrebt.

**Tab. 21: Übersicht über das Projekt „Mountainbikepark Pfälzerwald“ und dessen Bedeutung für den Tourismus**

<b>Projekt „Mountainbikepark Pfälzerwald“</b>	
<b>Standort</b>	„Zentrum (nördlicher Teilraum) Pfälzerwald“: VG Kaiserslautern-Süd im LK KL, sowie VG Waldfishbach-Burgalben und VG Rodalben im LK Südwestpfalz
<b>Ziele des Projektes im Rahmen der Tourismusentwicklung</b>	<p>Schaffung einer Qualifizierten Mountainbikekonzeption mit Pilotcharakter und Realisierung eines neuen Angebotes für eine Zielgruppe</p> <p>Förderung der touristischen Nutzung des Waldes durch behutsame touristische Entwicklung in Verbindung mit der Biosphärenreservatidee</p> <p>Steigerung der regionalen Wertschöpfung</p> <p>Erhaltung und Schutz der natürlichen Ressourcen – Schutz ökologisch sensibler Bereiche durch Besucherlenkung</p> <p>Nutzung neuer Technologien (GPS, Internet) für die touristische Entwicklung – dadurch: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Zentrums Pfälzerwald</p>
<b>Bedeutung des Projektes für den Tourismus</b>	<p>Schaffung eines Alleinstellungsmerkmals</p> <p>Beitrag zur touristischen Profilierung – in Verbindung mit spezifischen Events, ebenso Steigerung des Bekanntheitsgrades und professionellere Vermarktung der Region als Tourismusstandort</p> <p>Vernetzung touristischer Potenziale</p> <p>Folgeinvestitionen (Erweiterung des Mountainbikeparks in Planung, spezielle Angebote und Dienstleistungen für Mountainbiker)</p> <p>Förderung der interkommunalen und interregionalen Kooperation im Tourismus und Förderung von Synergien zwischen Tourismus und Naturschutz</p> <p>Beitrag zum Abbau des bestehende Angebots- und Attraktivitätsgefälles zwischen südlichem (Dahner Felsenland) und nördlichem Teilraum des Pfälzerwaldes</p>
<b>Rolle der EU-Strukturpolitik bei der Entwicklung u. Umsetzung</b>	<p>Finanzierung im Rahmen von LEADER+</p> <p>Impulsgeber: Entwicklung des Projektes im Rahmen der GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald</p> <p>Projektbeschleunigung: Steigerung der Motivation der regionalen Akteure aufgrund des Bewusstseins um die Förderfähigkeit des Projektes im Rahmen der EU-Strukturpolitik</p>

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010.

### **3.1.3 Projekt „Biosphärenhaus Pfälzerwald / Nordvogesen“ in Fischbach / Landkreis Südwestpfalz im Rahmen von EFRE gemäß Ziel-2 – Projektprofil und Ziele im Rahmen der Tourismusentwicklung**

Ebenfalls im Pfälzerwald, wengleich im südlichen Teilgebiet „Wasgau“ bzw. „Dahner Felsenland“, dem aus touristischer Sicht am weitesten entwickelten Teilraum der Region Westpfalz, befindet sich das Projekt „Biosphärenhaus Pfälzerwald / Nordvogesen.“ Wobei dieses Projekt ebenfalls im Rahmen der EU-Strukturpolitik finanziert wurde, wengleich nicht komplett, sondern nur bestimmte, jedoch gleichsam wichtige Bestandteile dieser Einrichtung. Zu diesen, vom Strukturfonds EFRE im Rahmen von Ziel 2 kofinanzierten Teilen des Projektes zählt u.a. ein sog. „Baumwipfelpfad“, welcher als der zentrale Anziehungspunkt des Biosphärenhauses gilt.

An dem Standort des heutigen Biosphärenhauses im Sauertal nahe der Ortsgemeinde Fischbach bei Dahn war dabei ursprünglich ein anderer touristischer Anziehungspunkt geplant, ein sog. „Wasgausee“. Aufgrund besserer Fördermöglichkeiten wurde dann jedoch letztlich das Konzept „Biosphärenhaus“ entwickelt, um den Tourismus in diesem Teilbereich des Dahner Felsenlandes zu beleben.<sup>471</sup> Das Projekt Biosphärenhaus ist zusammen mit dem Entwicklungskonzept „Dahner Felsenland“ ebenso wie das Projekt „Touristische Nutzung der Glantalschienenstrecke durch Fahrraddraisinen“ Teil des Entwicklungsprogramms „Natur-Kultur-Tourismus“ im Rahmen des regionalen Entwicklungskonzepts (REK) Westpfalz. Daher stellt auch diese Konzeption ein touristisches Leitprojekt innerhalb des Untersuchungsraumes dar. Darüber hinaus wurde dieses Projekt als ein dezentrales Projekt der EXPO 2000 in Hannover konzipiert.

Dabei bildet das von der Verbandsgemeinde Dahner Felsenland initiierte und vom Landesamt für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht unterstützte bzw. geförderte Modellprojekt „Integrierte Landschaftsplanung und touristische Entwicklungskonzeption Dahner Felsenland“ (kurz: „Naturverträgliche Tourismusentwicklung Dahner Felsenland“) den konzeptionellen Rahmen des Projektes. Unter dem Motto „Schutz durch Nutzung“, welches, wie bereits in den vorherigen Kapiteln aufgezeigt wurde, auch bei der Umsetzung des LEADER bzw. INTERREG-Ansatzes im Untersuchungsraum eine gewichtige Rolle spielt, wurde in Kooperation zwischen den unterschiedlichen Planungen einerseits, sowie Handel, Handwerk, Gewerbe, Institutionen und Bürgern andererseits, eine sechs Punkte umfassende Vorgabe unter dem Titel „Unsere Ziele und Strategien für das Dahner Felsenland“ verfasst.

Dabei wird u.a. „eine dauerhafte, umweltgerechte und von den BürgerInnen mitgeprägte Entwicklung, die Synergieeffekte zwischen Land- und Waldwirtschaft, Tourismus, Gewerbeentwicklung und Naturschutz nutzt“ angestrebt. Ferner wird das Tourismus-Leitbild „als Fortschreibung unserer bisherigen touristischen Arbeit“ gesehen und anerkannt, dass das Tourismus-Leitbild darauf aufbauend „auf aktuelle Weise das Selbstverständnis der Bevölkerung des Dahner Felsenlandes im Umgang mit ihrer Natur und Kultur“ beschreibt.<sup>472</sup>

---

<sup>471</sup> Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey (Bürgermeister der Verbandsgemeinde Dahner Felsenland) am 13.08.2009.

<sup>472</sup> Vgl. Planungsgemeinschaft Westpfalz (Hrsg.) (1999): Regionales Entwicklungskonzept (REK) Westpfalz, a.a.O., S. 37 ff.

Demzufolge soll das Projekt „Biosphärenhaus“ verstärkt im Sinne einer Umweltbildungseinrichtung wirken, und gilt somit als „wichtiger Baustein für die Inwertsetzung der natürlichen Ressourcen dieses Teilraumes, aber auch benachbarter Gebiete.“ Des Weiteren sollen den Besuchern „Einblicke in die Zusammenhänge der Natur im Biosphärenreservat Naturpark Pfälzerwald / Nordvogesen gegeben werden,“ sowie ergänzend dazu „Einblicke in die Geheimnisse von Natur, Energie und Geschichte,“ ebenso „Multimediale Informationen über die Bereiche Biologie, Ökologie, Pflanzen und Tiere“ sowie „weitere Themen rund um das Biosphärenreservat“ nach dem Motto „Natur, schau, spiel!“ Weitere Zielformulierungen bezüglich angestrebter Wirkungen des Projektes „Biosphärenhaus Pfälzerwald Nordvogesen“ formuliert das REK: So soll das Projekt nach dem Willen des REK „Schülern und Touristen den Zugang zu Natur und Umwelt vermitteln“ und zwar „in didaktisch spielerischer Form“, dies sowohl „innerhalb des Hauses“ als auch „hautnah in den Außenbereichen.“ Weiterhin soll das Biosphärenhaus „ein Kristallisationspunkt für die Weiterentwicklung des Biosphären-Konzeptes der UNESCO sein.“ Vor diesem Hintergrund soll das Haus u.a. „Ausgangspunkt für gemeinsame grenzüberschreitende Planung und Verwaltung“ sowie „die Auswertung von zwischenstaatlichen Erfahrungen werden.“ Ferner soll das Biosphärenhaus „mit seinen Komponenten“ einen „neuartigen Beitrag zur Weiterentwicklung des Konzeptes des sanften Tourismus leisten.“

Der Standort des Biosphärenhauses „Pfälzerwald-Nordvogesen“ befindet sich wie bereits erwähnt im äußersten Süden des Pfälzerwaldes, unmittelbar an der Grenze zu den französischen Nordvogesen, daher handelt es sich hier um ein grenzüberschreitendes Biosphärenreservat. Im Einzugsbereich des Hauses befindet sich dabei „die höchste Konzentration an Naturschutzgebieten des Pfälzerwaldes.“ Den Namen „Biosphärenhaus“ verdankt das Projekt dem UNESCO-Programm „Man and Biosphere“, in dem z. Z. weltweit mehr als 300 Naturschutzräume als sog. „Biosphärenreservate“ anerkannt sind, darunter auch der Pfälzerwald sowie der benachbarten Nordvogesen. In den Biosphärenreservaten soll dabei „beispielhaft das Zusammenleben von Mensch und Natur erprobt“ werden. Dementsprechend soll das Konzept „Biosphärenhaus“ zunächst in erster Linie ein „Zentrum für interaktive Vermittlung von Wissen über Natur und Umwelt“ darstellen.<sup>473</sup> Neben dem eigentlichen Biosphärenhaus ergänzen multifunktionale Tagungsräume und ein Restaurant den ersten Projektabschnitt.

Wobei das Projekt nach dem „Bausteinprinzip“ ständig weiterentwickelt werden soll.<sup>474</sup> Zwischenzeitlich ist auf diese Weise u.a. ein „Baumwipfelpfad“ mit einer Länge von ca. 270 Meter realisiert worden. Dieser Baumwipfelpfad ist dabei 15 bis 38 Meter hoch und integriert Informations- und Erlebnisstationen der besonderen Art (z.B. Hängebrücke, Seilbrücke, Tellerbrücke oder eine 40m lange Baumrutsche). Weitere Bestandteile des Konzeptes stellen ferner ein Naturerlebniszentrum mit Übernachtungsmöglichkeiten und vielfältigen Programmangeboten dar, ebenso wie interaktive Naturpfade oder ein Hofladen mit regionalen Produkten sowie eine Erlebnis-Ausstellung mit 45 Stationen. Die Mehrzahl dieser Bestandteile des Projekts „Biosphärenhaus Pfälzerwald-Nordvogesen“ wurde dabei im Rahmen der EU-Strukturpolitik kofinanziert.

---

<sup>473</sup> Vgl. Planungsgemeinschaft Westpfalz (Hrsg.) (1999): Regionales Entwicklungskonzept (REK) Westpfalz, a.a.O., S. 37 ff.

<sup>474</sup> Vgl. Ebenda.

**Tab. 22: Übersicht über das Projekt „Biosphärenhaus“ und dessen Bedeutung für den Tourismus**

<b>Projekt „Biosphärenhaus Pfälzerwald / Nordvogesen“</b>	
<b>Standort</b>	Südlicher Pfälzerwald: Ortsgemeinde Fischbach / VG Dahner Felsenland im Landkreis Südwestpfalz
<b>Ziele des Projektes im Rahmen der Tourismusentwicklung</b>	<p>Konzipiert als Umweltbildungseinrichtung und hierbei wichtiger Baustein für die Inwertsetzung der natürlichen Ressourcen</p> <p>Kristallisationspunkt für die Weiterentwicklung des Biosphären-Konzeptes</p> <p>Neuartiger Beitrag zur Weiterentwicklung des Konzeptes des sanften Tourismus</p> <p>Projekt soll nach dem Bausteinprinzip ständig weiterentwickelt werden – u.a. durch Baumwipfelpfad und Naturerlebniszentrum</p>
<b>Bedeutung des Projektes für den Tourismus</b>	<p>Alleinstellungsmerkmal im Bereich des Tourismus</p> <p>Steigerung des Bekanntheitsgrades der Region und ihrer natürlichen Potenziale</p> <p>Nutzung von Synergieeffekten zwischen Tourismus und Naturschutz</p> <p>Neue Impulse für die touristische Entwicklung in diesem Teilraum des Pfälzerwaldes</p> <p>Förderung der grenzüberschreitenden Kooperation im Tourismus</p>
<b>Rolle der EU-Strukturpolitik bei der Entwicklung u. Umsetzung</b>	<p>Finanzierung wichtiger Projektbestandteile (Baumwipfelpfad, Naturerlebniszentrum) im Rahmen des EFRE gemäß Ziel-2</p> <p>Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung des Projektes</p>

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

### **3.2 Analyse der Wirkungen dieser regionalen Leitprojekte auf den Tourismusbereich**

Nachdem die zentralen mit EU-Strukturmitteln finanzierten touristischen Leitprojekte in einem ersten Schritt vorgestellt und insbesondere ihre zentralen Zielsetzungen bezüglich des Tourismus aufgezeigt wurden, soll nun im Folgenden ihr Einfluss auf die Tourismusedwicklung im Untersuchungsraum analysiert werden. Wobei es sich hierbei zunächst um Einschätzungen über mögliche Auswirkungen der einzelnen Projekte auf die Entwicklung des Tourismus handelt, die dann anschließend im nächsten Analyseschritt anhand empirischer Erhebungen überprüft werden sollen.

#### **3.2.1 Bedeutung des Projektes „Touristische Nutzung der Glantalschienenstrecke durch Fahrradraisinen“ für die Entwicklung des Tourismus**

Mit dem Projekt „Touristische Nutzung der Glantalschienenstrecke durch Fahrradraisinen“ wurde zunächst ein touristischer Anziehungs- bzw. Kristallisationspunkt im Pfälzer Bergland geschaffen. Solche touristischen Anziehungspunkte stellen als Bestandteil des sog. „abgeleiteten Angebotes“ neben der touristischen Basisinfrastruktur, wozu v.a. differenzierte Übernachtungsmöglichkeiten (Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Ferienwohnungen, etc.) sowie eine entsprechende Gastronomie ebenso wie Rad- und Wanderwege zählen, eine der Grundvoraussetzungen für die Entwicklung des Tourismus dar. Damit leistet dieses Projekt einen wesentlichen Beitrag zur touristischen Erschließung des Teilraums Pfälzer Bergland, der bislang eher noch als touristisches Randgebiet angesehen werden muss.

Weiterhin stellt dieses Projekt ein Alleinstellungsmerkmal innerhalb des Tourismus dar, welches die meisten andere Tourismusregionen nicht zu bieten haben. Auf diese Weise wird ein Beitrag zur touristischen Profilierung der Region geleistet, denn durch diese Attraktion werden die Vermarktungschancen der Region verbessert, insbesondere in Zusammenhang mit speziellen Events im Themenbereich „Draisine“. Zudem ist das spezielle Angebot „Draisine“ geeignet, neue Zielgruppen für den Tourismus im Pfälzer Bergland zu gewinnen. Zu diesen zählen insbesondere junge Familien, Aktivurlauber oder Vereine. Jedoch können nicht nur neue Touristen gewonnen werden, sondern durch diese Angebotserweiterung auch Stammgäste in der Region gehalten werden. Dadurch wird die Auslastung sowohl der Übernachtungsbetriebe als auch der Gastronomiebetriebe zumindest gesichert, und womöglich gar gesteigert.

Ein weiterer wesentlicher Impuls für die Tourismusedwicklung im Untersuchungsraum geht infolge des Draisinenprojektes von der Stärkung bzw. Weiterentwicklung der interkommunalen Kooperation aus. Das Projekt umschließt wie bereits angedeutet mehrere Verbandsgemeinden und zwei Landkreise, worunter sich ein Landkreis außerhalb der Region Westpfalz befindet. Durch die verstärkte Zusammenarbeit über Verwaltungsgrenzen hinweg wird die Zusammengehörigkeit und die Identifikation mit der Region Pfälzer Bergland gestärkt und das der Entwicklung des Tourismus hinderliche Kirchturmdenken zurückgedrängt. Diese Kooperationsbereitschaft kommt zusätzlich auch in der Gründung des Fremdenverkehrszweckverbandes Landkreis Kusel zum Ausdruck, an dem auch die benachbarten Verbandsgemeinden Baumholder (Landkreis Birkenfeld) und Meisenheim (Landkreis Bad Kreuznach) beteiligt sind. Diese Kommunen zählen aus administrativer Sicht weder zum Landkreis Kusel noch zur Region Westpfalz, jedoch betrachten sich diese Teilräume aus geographischer Sicht als eine Landschaft und damit letztlich auch als eine Region „Pfälzer Bergland.“ Daher sind beide Kommunen auch in der aktuellen Programmperiode in die LAG „Pfälzer Bergland“ im Rahmen des LEADER-Ansatzes integriert.

In der Folge werden weitere interkommunale Projekte mit touristischen Bezug entwickelt, welche die Weiterentwicklung des Tourismus unterstützen (vgl. hierzu die Ausführungen zum LILE „Pfälzer Bergland“ in Kap. B II, 2.4). Durch das Projekt, das sich auf einer Gesamtlänge von 40 km erstreckt, werden ferner vorhandene touristische Potenziale miteinander vernetzt. Ebenso werden touristische Potenziale, vor allem aus dem Bereich des natürlichen und kulturellen Erbes stärker in den Vordergrund gestellt bzw. erfahren eine Inwertsetzung. Dies vor allem durch eine intensivere Vermarktung infolge dieses Projekts, so etwa in Form von Hinweisschildern oder Informationstafeln entlang der Draisinenstrecke. Zu einer besseren Vermarktung des Pfälzer Berglandes als Tourismusstandort tragen auch die beschriebenen verschiedenen speziellen Events und Angebote im Rahmen der Draisinen, sowie weitere neu geschaffene Marketinginstrumente (Internetauftritt, Werbeprospekte, Flyer) bei. Des Weiteren werden durch das Draisinenprojekt zahlreiche Synergien gefördert, die teilweise bereits bei den Zielen dieses Projektes angedeutet wurden. Dabei handelt es sich sowohl um Synergien innerhalb des Tourismus als auch darüber hinaus.

Innerhalb des Tourismus sind vor diesem Hintergrund vor allem Folgeinvestitionen zu beachten, die infolge des Draisinenprojekts getätigt wurden. Dies sowohl im öffentlichen als auch vereinzelt im privaten Sektor. Als zentrale Investition ist hierbei die Realisierung des „Glan-Blies-Radwegs“ in unmittelbarer Nachbarschaft zur Draisinenstrecke zu erwähnen, der ebenfalls im Rahmen der EU-Strukturpolitik finanziert wurde. Damit wird das touristische Angebot im Pfälzer Bergland weiter ergänzt und erweitert. Beide Projekte können Synergien entwickeln, so werden u.a. auch Kooperationen mit weiteren benachbarten Regionen wie dem Saarland (Saarpfalzkreis) oder Lothringen gefördert. Auf diese Weise können weitere touristische Projekte initiiert werden, und die Vermarktungsmöglichkeiten werden hierdurch erneut erweitert. Ebenso können die touristischen Potenziale dieser Nachbarregionen verstärkt genutzt werden. Weitere wichtige Folgeinvestitionen stellt die städtebauliche Aufwertung der Haltepunkte bzw. der ehemaligen Bahnhöfe dar. Darüber hinaus wurden in den Orten entlang der Draisinenstrecke vereinzelt neue Angebote und Anziehungspunkte für Touristen geschaffen.

Auch im privaten Bereich werden in diesem Zusammenhang vereinzelt Folgeinvestitionen getätigt. So schaffen Übernachtungsbetriebe spezielle Angebote und Arrangements für Draisinenfahrer und Touristen. Auf der anderen Seite sind im Gastronomiebereich neue Angebote bzw. Neugründungen zu verzeichnen. Ebenso werden durch ein Leitprojekt wie die Draisinenstrecke Impulse für eine aktive Dorfentwicklung und Dorferneuerung gegeben. Vor diesem Hintergrund sind vor allem Synergien zwischen den Bereichen Tourismus und Wohnen möglich. Denn ein Großteil der Maßnahmen kommt neben den Touristen auch der einheimischen Bevölkerung zugute, so dass das Pfälzer Bergland letztlich als Wohnstandort gestärkt wird. Jedoch sind infolge des Projektes „Touristische Nutzung der Glantalschienenstrecke durch Fahrraddraisinen“ nicht nur positive Effekte aus touristischer Sicht für den Teilraum Pfälzer Bergland zu erwarten, sondern der Tourismus in der Westpfalz insgesamt wird durch dieses Projekt gestärkt: Denn dieser Anziehungspunkt kann auch von Touristen genutzt werden, die im südlichen Teilraum der Westpfalz ihren Urlaub verbringen, so dass auf diese Weise das touristische Angebot in der Westpfalz insgesamt erweitert wird durch ein regionsspezifisches Alleinstellungsmerkmal. Darüber hinaus wird zudem dem nach wie vor bestehenden Angebotsgefälle zwischen nördlicher und südlicher Westpfalz entgegengewirkt, und somit letztlich die Tourismusedwicklung im Untersuchungsraum insgesamt gestärkt.

### **3.2.2 Bedeutung des Projektes „Mountainbikepark Pfälzerwald“ für die Entwicklung des Tourismus**

Mit dem Projekt „Mountainbikepark Pfälzerwald“ wird auf den ersten Blick das bestehende Tourismuszentrum in der Region Westpfalz, der Naturpark und Biosphärenreservat „Pfälzerwald“ weiter gestärkt. Es wird dabei ähnlich wie mit Hilfe des Draisinenprojektes ein neuer touristischer Anziehungspunkt geschaffen und damit das vorhandene Angebot (v.a. Wandertourismus) sinnvoll ergänzt bzw. erweitert. Im Rahmen dieses neuen touristischen Angebotes können neue Zielgruppen gewonnen werden, dazu zählen einerseits Aktivurlauber allgemein, sowie andererseits speziell „Mountainbiker“, die eine immer bedeutendere Zielgruppe innerhalb des Tourismus darstellen. Mit diesem Projekt wird daher eine ganz bestimmte, klar definierte Zielgruppe angesprochen und ein entsprechendes an deren spezifischen Bedürfnissen ausgerichtetes Angebot geschaffen.

Dieses Projekt stellt ebenfalls ein Alleinstellungsmerkmal dar und bietet damit gleichsam wie das Draisinenprojekt die Chance zu einer stärkeren Profilbildung der Region Westpfalz im Bereich des Tourismus. Zwischen diesen beiden regionalen Leitprojekten im Tourismus sind darüber hinaus weitere Übereinstimmungen zu erkennen. Beide Projekte sind interkommunal ausgerichtet, so umfasst der Mountainbikerpark drei Verbandsgemeinden (Kaiserslautern-Süd, Waldfishbach-Burgalben und Rodalben) in zwei Landkreisen (Kaiserslautern und Südwestpfalz). Auf diese Weise wird in diesem Teilraum die interkommunale Kooperation im Tourismusbereich gefördert: So schlossen sich die am Projekt „Mountainbikepark“ beteiligten Kommunen zu Vermarktungszwecken zum sog. „Zentrum Pfälzerwald“ zusammen. Dies verdeutlicht, dass über den Mountainbikepark hinaus weitere Kooperationsprojekte mit touristischen Bezug in diesem Teilraum realisiert werden, ebenso wird deutlich, dass durch diesen neuen Anziehungspunkt die Vermarktungs- und Profilierungsmöglichkeiten der Region im Bereich des Tourismus erweitert werden.

Ähnlich wie bereits beim Draisinenprojekt kommt auch dem Leitprojekt Mountainbikepark eine Vernetzungsfunktion innerhalb des Tourismus zu. So werden infolge dieser Konzeption die unterschiedlichen kulturellen und natürlichen Potenziale des „Zentrums Pfälzerwalds“ stärker in Wert gesetzt sowie miteinander vernetzt. Auf diese Weise wird zudem die touristische Erschließung dieses Teilbereiches des Pfälzerwaldes unterstützt, der bislang eher im Schatten des weitaus bekannteren und touristisch noch besser erschlossenen südlichen Teilbereiches „Dahner Felsenlandes“ stand. Damit wird letztendlich dem vorhandenen Angebotsgefälle entgegengewirkt, welches nicht nur zwischen nördlicher und südlicher Westpfalz besteht, sondern auch innerhalb des Teilraumes Pfälzerwald zu beobachten ist. Wobei an dieser Stelle wie bereits ausgeführt wurde, ebenfalls ein deutliches Nord-Süd-Gefälle innerhalb des Tourismus besteht.

Das Tourismusleitprojekt „Mountainbikepark Pfälzerwald“ hat zahlreiche Folgeinvestitionen herbeigeführt. So werden über den Mountainbikepark hinaus zahlreiche weitere kleinere und mittlere Projekte zur Förderung der Tourismusedwicklung im Bereich des „Zentrum Pfälzerwald“ geplant bzw. realisiert. Dies v.a. im Rahmen des LEADER-Ansatzes (s. Ausführungen über die Bedeutung der GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ für die Entwicklung des Tourismus). Auch die intensiven Bemühungen um eine professionellere Vermarktung dieses Teilbereiches des Pfälzerwaldes sind vor diesem Hintergrund zu sehen.

Als zentrale und bedeutendste Folgeinvestition ist jedoch die bereits in der Umsetzung befindliche Erweiterung des Mountainbikeparks zu bewerten. Nach Abschluss dieser Maßnahme wird der gesamte Pfälzerwald von Kaiserslautern bis Bad Bergzabern durch den „Mountainbikepark“ erschlossen sein. Diese Maßnahme bringt zahlreiche weitere Multiplikatoreffekte mit sich. So wird infolge dieses interkommunalen Projektes die Kooperationsbereitschaft im gesamten Pfälzerwald gefördert, ebenso die Identifikation und das Zusammengehörigkeitsgefühl. Als erster wesentlicher Schritt in diese Richtung ist die Ausweitung des LAG-Aktionsgebietes im Rahmen von LEADER zu Beginn der laufenden Förderperiode zu sehen. Zu diesem gehören nun auch die Verbandsgemeinde Annweiler am Trifels sowie Teile der Verbandsgemeinde Bad Bergzabern im Landkreis Südliche Weinstraße. Damit wird die LAG „Pfälzerwald“ mit dem Projekt „Mountainbikepark Pfälzerwald“ aus geographischen Gründen über die Westpfalz hinaus bis in die benachbarte Region Rheinpfalz hinein ausgedehnt.

Dies verdeutlicht erneut, ähnlich wie bereits am vorangegangenen Beispiel des Draisinenprojektes im Pfälzer Bergland, dass die EU-Strukturpolitik und hier verstärkt der LEADER-Ansatz die Überwindung von administrativen Grenzen fördert hin zu interkommunalen Kooperationsräumen, die sich an geographischen Gesichtspunkten und gewachsenen Verflechtungen orientieren. Insbesondere der Tourismusbereich wird von dieser erhöhten Kooperationsbereitschaft profitieren, denn hier wirkt ein kleinräumliches Kirchturmdenken besonders destruktiv. Des Weiteren handelt es sich bei dem benachbarten Landkreis Südliche Weinstraße in der Region Rheinpfalz mit dem Tourismuszentrum „Deutsche Weinstraße“ um einen aus Sicht des Tourismus äußerst attraktiven Kooperationspartner. Durch ein Zusammenrücken mit diesem Teilraum, insbesondere zu Vermarktungszwecken, kann das vorhandene Angebot im Pfälzerwald deutlich erweitert werden, v.a. in Bezug auf die landschaftliche Vielfalt und das mögliche gegenseitige Ergänzen zwischen den Natur- bzw. Kulturlandschaften „Pfälzerwald“ und „Deutsche Weinstraße“.

Das Projekt Mountainbikepark vernetzt auf diese Weise dann letztlich die vorhandenen Potenziale innerhalb des Pfälzerwaldes und darüber hinaus auch zwischen den beiden Tourismuszentren Pfälzerwald sowie Weinstraße. Durch die angestrebte Erweiterung dieses Projektes wird ferner auch eine Anknüpfung an das französische Mountainbikenetz in den Nordvogesen ermöglicht, so dass durch dieses Projekt die grenzüberschreitenden Kooperationsbemühungen von LEADER und INTERREG nun im Untersuchungsraum auch in der Praxis umgesetzt werden können. Wenn dies gelingt, bieten sich in diesem Zusammenhang durch konkrete grenzüberschreitende Projekte weitere Profilierungschancen bei der Vermarktung der Region als Tourismusstandort: So kann durch die unmittelbare Nachbarschaft zu Frankreich das vorhandene touristische Angebot der Region ergänzt werden durch die Mitnutzung der touristischen Potenziale von Nordvogesen bzw. Elsass. Damit kann die unmittelbare Nachbarschaft zu Frankreich als ein weiteres Alleinstellungsmerkmal innerhalb des Tourismus zur Positionierung im verschärften Wettbewerb effizienter genutzt werden.

Schließlich sind im Privatbereich Folgeinvestitionen zur Unterstützung des Projekts „Mountainbikepark Pfälzerwald“ getätigt worden. Dabei sind vor allem spezielle Angebote und Dienstleistungen für Mountainbiker zu erwähnen, die bereits im Projektprofil erläutert wurden. Auf diese Weise können sich die Übernachtungsbetriebe im „Zentrum Pfälzerwald“ im touristischen Wettbewerb positionieren und profilieren. Durch die Gewinnung neuer Zielgruppen infolge der Schaffung dieses Anziehungspunktes „Mountainbikepark“ kann zudem die Auslastung der Betriebe gesichert oder eventuell gar gesteigert werden.

Positive Impulse für die Tourismusbetriebe und die Gastronomie werden ebenso durch die zahlreichen Events in Zusammenhang mit dem Mountainbikepark erreicht. Diese steigern darüber hinaus den Bekanntheitsgrad sowohl des „Zentrum Pfälzerwald“ als auch der Region Westpfalz insgesamt und ihrer touristischen Potenziale. Das Projekt „Mountainbikepark Pfälzerwald“ fördert schließlich Synergien zwischen dem Tourismus und anderen Bereichen der regionalen Entwicklung, allen voran dem Naturschutz. Dadurch dass der Pfälzerwald sowohl Naturpark als auch Biosphärenreservat ist, musste bei der Streckenplanung des Mountainbikeparks eine enge Abstimmung zwischen dem Tourismus und dem Naturschutz stattfinden. Dabei wurde die Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die jeweils spezifischen Bedürfnisse dieser beiden Bereiche gefördert. Aufgrund dessen konnten Konflikte entschärft bzw. gar vermieden werden, was künftige Abstimmungsprozesse im Rahmen der Tourismusplanung und -entwicklung vereinfachen bzw. erleichtern kann. In diesem Zusammenhang wird zudem die Bewusstseinsbildung für die spezifischen natürlichen und kulturellen Potenziale des Pfälzerwaldes unterstützt.

### **3.2.3 Bedeutung des Projektes „Biosphärenhaus Pfälzerwald / Nordvogesen“ für die Tourismusentwicklung in der Region Westpfalz**

Das dritte zentrale touristische Leitprojekt in der Region Westpfalz, welches teilweise durch EU-Strukturmittel finanziert wurde stellt das sog. „Biosphärenhaus Pfälzerwald / Nordvogesen“ dar. Dieses Projekt weist einige Besonderheiten gegenüber den beiden vorhergehenden Projekten auf. Zunächst ist hierbei festzustellen, dass das Biosphärenhaus sich auf einen zentralen Standort konzentriert, so befindet es sich auf der Gemarkung der Ortsgemeinde Fischbach in der Verbandsgemeinde Dahner Felsenland. Dagegen erstrecken sich sowohl das Draisinenprojekt, als auch der Mountainbikepark über jeweils mehrere Verbandsgemeinden bzw. zwei Landkreise und sind somit im Gegensatz zum Biosphärenhaus Pfälzerwald / Nordvogesen interkommunal ausgerichtet sowie in Ansätzen gar interregional (im Falle der angestrebten Erweiterung des Mountainbikeparks). Des Weiteren setzt sich das Projekt Biosphärenhaus aus mehreren Bausteinen (Biosphärenhaus als solches, Baumwipfelpfad, Naturerlebniszentrum, interaktive Naturlehrpfade) zusammen wie im Projektprofil bereits dargestellt wurde, während Draisinenprojekt oder Mountainbikepark aus einem zentralen Baustein mit lediglich einigen begleitenden Maßnahmen bestehen.

Als letztes Abgrenzungsmerkmal lässt sich die unterschiedliche räumliche Lage dieser Leitprojekte bewerten. So befindet das Draisinenprojekt im touristischen Randgebiet Pfälzer Bergland und der Mountainbikepark im sog. „Zentrum Pfälzerwald“. Dieser Teilbereich steht bislang aus Sicht des Tourismus deutlich im Schatten des südlichen Teilbereiches des Pfälzerwaldes dem sog. „Dahner Felsenland“. In eben diesem Teilbereich und damit im Tourismusschwerpunkt der Westpfalz befindet sich das Projekt „Biosphärenhaus.“ Während die beiden ersten hier vorgestellten Leitprojekte bewusst in Teilbereichen des Untersuchungsraumes umgesetzt wurden, in denen noch Lücken im Bereich der Tourismusinfrastruktur und zudem weniger touristische Anziehungspunkte vorhanden sind, stärkt das Biosphärenhaus das traditionelle touristische Zentrum der Region.

Trotz dieser festgestellten Unterschiede im Projektprofil sind die Wirkungen des Biosphärenhauses auf die Tourismusentwicklung in weiten Teilen denen des Draisinenprojektes oder des Mountainbikeparks ähnlich. So stellt auch das Biosphärenhaus „Pfälzerwald / Nordvogesen“ ein touristisches Alleinstellungsmerkmal dar und leistet damit einen Beitrag zur touristischen Profilierung sowohl des Pfälzerwaldes als der Region Westpfalz als Ganzes.

Ebenso wird auf diese Weise ein neuer Anziehungspunkt innerhalb des touristischen Angebotes im Untersuchungsraum geschaffen. Mit Hilfe dieses neuen „Kristallisationspunktes“ werden zudem neue Zielgruppen für den Tourismus in der Westpfalz gewonnen, u.a. junge Familien sowie naturinteressierte Touristen. Ähnlich wie bereits durch das Draisinenprojekt oder den Mountainbikepark werden mit Hilfe des Biosphärenhauses die Vermarktungsmöglichkeiten der Region als Tourismusstandort verbessert, v.a. in Hinblick auf eine stärkere Profilierung und damit Abgrenzung zu konkurrierenden Tourismusstandorten. Durch diesen Anziehungspunkt gewinnt der Bereich des Sauertales neue Impulse für die Tourismusedwicklung. Dabei handelt es sich mit diesem Teilbereich der Verbandsgemeinde Dahner Felsenland, um einen Bereich, der bislang eher am Rande dieses Tourismusschwerpunkts lag und daher einen gewissen Nachholbedarf gegenüber anderen Gemeinden der Verbandsgemeinden aufweist. Daraus wird ersichtlich, dass ein Angebotsgefälle innerhalb des Tourismus im Untersuchungsraum nicht nur auf Regionsebene zu beobachten ist, sondern ansatzweise gar bis auf die Ebene einzelner Verbandsgemeinden festzustellen ist. So ergibt sich teilweise innerhalb einer einzelnen Verbandsgemeinde die Situation, dass einzelne Ortsgemeinden aus touristischer Sicht wesentlich besser erschlossen bzw. ausgestattet sind als die anderen Ortsgemeinden.

Das Projekt „Biosphärenhaus“ erscheint v.a. geeignet, die Ziele des LEADER- (GIEP bzw. LILE der LAG „Pfälzerwald“) und INTERREG-Ansatzes (v.a. Programme „PAMINA“ bzw. „Oberrhein“) im Untersuchungsraum umzusetzen. Es handelt sich hierbei vor allem um die Nutzung von Synergieeffekten zwischen den Bereichen Tourismus und Naturschutz. In diesem Zusammenhang wird insbesondere durch das als Umweltbildungseinrichtung konzipierte Projekt Biosphärenhaus die Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung der regionalen Akteure für die Belange des Naturschutzes erreicht. Auf diese Weise können Nutzungskonflikte zwischen Naturschutz sowie Tourismus entschärft oder gar vermieden und somit letztlich notwendige Abstimmungsprozesse beschleunigt werden, was die Realisierung von Tourismusprojekten wesentlich erleichtern kann. Ferner wird durch diese Konzeption ein wichtiger Beitrag zum Erhalt des natürlichen und kulturellen Erbes geleistet, welches die zentrale Entwicklungsressource der Region innerhalb des Tourismusbereiches darstellt. Des Weiteren wird die Identifikation mit dem Biosphärenreservat und seiner spezifischen Potentiale durch diese Einrichtung gefördert. Diese spezifischen Potenziale wie etwa die Tatsache, dass es sich bei diesem Biosphärenreservat um das einzigste in Rheinland-Pfalz handelt und eines der wenigen grenzüberschreitenden in Deutschland, lassen sich nun infolge dieses Projektes intensiver vermarkten.

Ergänzend zum Projekt „Mountainbikepark Pfälzerwald“, der nach seiner Erweiterung auch die Verbandsgemeinde Dahner Felsenland umfassen wird, werden durch das Projekt „Biosphärenhaus“ Kooperationen zwischen Tourismus und Naturschutz gefördert. Wenn die Erweiterung des Mountainbikeparks abgeschlossen ist, können zudem beide Projekte miteinander vernetzt werden, sowie deutliche Synergien entwickeln. Schließlich trägt das Projekt zu einer Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Frankreich bei, gerade bei der Nutzung der spezifischen Potentiale eines grenzüberschreitenden Biosphärenreservates. Denn wie bereits bei den Zielsetzungen dieses Projektes angedeutet, soll das Biosphärenhaus „Pfälzerwald / Nordvogesen“ „Ausgangspunkt für gemeinsame grenzüberschreitende Planung und Verwaltung“ und „die Auswertung von zwischenstaatlichen Erfahrungen werden.“ Infolge dieses Erfahrungsaustausches bzw. Wissenstransfers können neue Impulse für die Tourismusedwicklung im Pfälzerwald gewonnen werden. Auch die unmittelbare Nachbarschaft zum aus Sicht des Tourismus äußerst attraktiven Frankreich (v.a. Elsass) rückt durch eine intensivierte grenzüberschreitende Zusammenarbeit nun stärker in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses.

Wie bereits mehrfach erwähnt wurde, stellt die unmittelbare Nachbarschaft zu Frankreich ein Alleinstellungsmerkmal der Westpfalz im Bereich des Tourismus dar, was zu Profilierungszwecken nun stärker genutzt werden kann. Gerade in Zeiten eines verschärften Wettbewerbs gewinnen dabei solche Alleinstellungsmerkmale, die zur Vermarktung der Region genutzt werden können immer mehr an Relevanz. Erkennbare Folgeinvestitionen scheint das Projekt „Biosphärenhaus“ zunächst im Gegensatz zu den Projekten „Draisinenstrecke“ bzw. „Mountainbikepark Pfälzerwald“ nicht initiiert zu haben. Als gewisse Folgeinvestition kann jedoch die Tatsache betrachtet werden, dass dieses Projekt nach dem sog. „Bausteinprinzip“ ständig weiterentwickelt werden soll. So sind zwischenzeitlich neben dem eigentlichen Biosphärenhaus neue Anziehungspunkte entstanden, wobei an dieser Stelle in erster Linie der „Baumwipfelpfad“ zu erwähnen ist. Das Projekt „Biosphärenhaus Pfälzerwald / Nordvogesen“ bewirkt zweifellos Impulse für den Tourismus im Pfälzerwald und beeinflusst auf diese Weise auch die Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz insgesamt, wobei auf den ersten Blick die beiden anderen vorgestellten Leitprojekte wohl eine größere Relevanz für die Tourismusedwicklung aufweisen. Diese (ersten) Einschätzungen und Bewertungen sollen nun im weiteren Verlauf dieser Arbeit anhand von Expertengesprächen empirisch überprüft werden.

### **3.3 Analyse des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung und Realisierung der regionalen Leitprojekte**

Neben diesen großen zentralen Leitprojekten hat die EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum noch zahlreiche weitere größere und kleinere Projekte mit Relevanz für den Tourismus gefördert. Dabei handelt es sich vor allem um Projekte der touristischen Basisinfrastruktur wie etwa Rad- oder Wanderwege, womit die weitere touristische Erschließung der Westpfalz gefördert wird, insbesondere in den touristischen Randgebieten.

Jedoch sind darüber hinaus einige dieser Projekte geeignet, die Profilierung der Region im Tourismus zu unterstützen und v.a. das natürliche sowie kulturelle Erbe der Region stärker als bislang in den Vordergrund zu stellen. Einige dieser Projekte weisen zudem einen innovativen und Alleinstellungscharakter auf. An dieser Stelle sei bspw. auf das Projekt „Kulinarische Landstraße“ im Pfälzer Bergland verwiesen, welches durch den Strukturfonds EAGFL Abteilung Garantie im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER II finanziert wurde und als zentrales Ziel die „Verknüpfung von kulinarischen, touristischen und landschaftlichen Besonderheiten“ hat. In diesem Zusammenhang wurde ein „Haus der Kulinarischen Landstraße“ realisiert, sowie jährlich ein „Europäischer Bauernmarkt“ ausgerichtet, wobei eine enge Zusammenarbeit bzw. Beteiligung mit den europäischen Partnerregionen stattfindet.

Durch solche Projekte werden ergänzend zu den großen Leitprojekten die Kooperationsbereitschaft und Vernetzung der regionalen Akteure gefördert. Gleichsam werden Synergien zwischen dem Tourismus sowie benachbarten Bereichen (hier insbesondere Synergien zwischen Tourismus und Landwirtschaft) ebenso wird auf diese Weise eine intensivere und professionellere Vermarktung der Region als Tourismusstandort ermöglicht. Denn regional-typische Produkte bzw. Besonderheiten sind als Alleinstellungsmerkmal mit Profilierungspotenzial geeignet. Diese Projekte von mittlerer bis kleinerer Größenordnung wirken sich jedoch in erster Linie weniger auf den Untersuchungsraum insgesamt als vielmehr auf ihre unmittelbare Umgebung aus. Projekte wie Rad-, Wander- oder Themenwege stärken daher im Gegensatz zu den großen interkommunalen Tourismusprojekten wie etwa „Draisinenstrecke“ oder „Mountainbikepark“ in erster Linie die lokale und weniger die regionale Tourismusedwicklung in der Westpfalz.

Dennoch profitiert letztlich auch die gesamte Region von solchen kleineren Tourismusprojekten in den einzelnen Kommunen, da die Westpfalz im Bereich des Tourismus von Außenstehenden als Einheit empfunden wird, und sowohl positive wie negative Erlebnisse letztlich jeweils immer der gesamten Region zugeschrieben werden, wie etwa Analysen im Rahmen des LILE der LAG „Pfälzerwald“ ergeben haben.

Nachdem die Bedeutung der zentralen Leitprojekte der Region Westpfalz im Bereich des Tourismus bewertet wurde, soll nun der Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung und Realisierung dieser Projekte analysiert werden. Wobei auch diese Einschätzungen und Bewertungen im weiteren Verlauf der Arbeit empirisch überprüft bzw. gegebenenfalls ergänzt werden sollen. Zunächst ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass die EU-Strukturpolitik diese beschriebenen großen zentralen touristischen Leitprojekte in der Region Westpfalz allesamt finanziert hat. Ohne diese finanzielle Unterstützung wären solche größeren touristischen Projekte gerade in einer struktur- und finanzschwachen Region wie der Westpfalz wohl kaum realisierbar gewesen. Das der EU-Strukturpolitik zugrundeliegende Prinzip der Kofinanzierung zieht darüber hinaus weitere Strukturmittel aus nationalen Förderprogrammen in die Region, die ohne die EU-Strukturmittel wohl ebenfalls nicht in diesem Maße dem ländlichen strukturschwachen Raum zugutekämen: Denn die EU-Strukturpolitik soll die nationale Strukturpolitik nicht ersetzen, sondern vielmehr ergänzen. Daher werden Projekte durch die vorgeschriebene Kofinanzierung gemeinsam aus EU- sowie nationalen Strukturmitteln finanziert. Aus diesem Grund ist die EU-Strukturpolitik als Finanzierungsquelle für große zentrale Tourismusprojekte mit Leuchtturmfunktion anzusehen.

Als weiterer wichtiger Einfluss der EU-Strukturpolitik auf Projektebene ist ihre Rolle als Impulsgeber zu bewerten. Im Rahmen der Programmplanung wird sich intensiv mit den regionalen Stärken, Schwächen, Besonderheiten und Entwicklungsperspektiven auseinandergesetzt. Zur Umsetzung dieser Förderprogramme müssen dann in der Folge Projektideen entwickelt werden, die geeignet erscheinen die Ziele und Schwerpunkte dieser Programme zu realisieren. Zwar kann die EU-Strukturpolitik nicht pauschal als Impulsgeber für die vorgestellten touristischen Leitprojekte in der Westpfalz bezeichnet werden, da die wesentlichen Impulse und Ideen für diese Projekte letztlich v.a. direkt aus der Region kamen: So wurde die Idee einer touristischen Nutzung der Glantalschienenstrecke im Wesentlichen von der TU Kaiserslautern entwickelt. Ebenso kamen auch für die beiden anderen dargestellten Projekte die grundlegenden Impulse ebenfalls von den regionalen Akteuren, so wird bspw. in Zusammenhang mit dem Projekt „Mountainbikepark Pfälzerwald“ vor allem der aus der Region stammende ehemalige Radprofi und Tour de France Teilnehmer Udo Bölts als Impuls- und Ideengeber genannt. Jedoch wurde diese Idee im Rahmen des LEADER Prozesses konkretisiert und schließlich als Projektvorschlag in die GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ (Förderperiode 2000 bis 2006) aufgenommen und letztlich mit Hilfe von LEADER+-Fördermitteln umgesetzt.

Dennoch ist die EU-Strukturpolitik durch die Vernetzung und den intensiven Austausch in Form der Programmplanung (v.a. im Rahmen von LEADER) in der Lage wesentliche Impulse für konkrete Projektideen innerhalb der Tourismusentwicklung zu geben. Wobei die Kooperationsbereitschaft, die Vernetzung oder der Erfahrungsaustausch nicht auf die Region Westpfalz begrenzt bleibt, sondern auch den Austausch mit anderen LAGen in Deutschland und Europa mit einbezieht, ebenso wie der grenzüberschreitende Austausch und die grenzüberschreitende Kooperation im Rahmen von INTERREG. Letztlich kann die EU-Strukturpolitik daher auch als ein Impulsgeber für die Projektentwicklung im Tourismus bezeichnet werden.

Zudem ist durch die Vorgehensweise der Programmplanung mit dem Aufstellen von operationellen Programmen bzw. regionalen Entwicklungsstrategien, welche sich an spezifischen inhaltlichen und verfahrenstechnischen Vorgaben orientieren müssen auch ein gewisser inhaltlich-konzeptioneller Einfluss der EU-Strukturpolitik bei der Entwicklung von Tourismusprojekten zu erkennen. Denn um EU-Strukturmittel erhalten zu können müssen sich die jeweiligen Projekte an diesen Programmen bzw. Entwicklungsstrategien orientieren und geeignet sein, deren Ziele in der Praxis umzusetzen.

Als ein weiterer wichtiger Einfluss der EU-Strukturpolitik bei der Entwicklung und Umsetzung von Tourismusprojekten ist das Wissen der regionalen Akteure um die vielfältigen Fördermöglichkeiten innerhalb der EU-Strukturpolitik zur Finanzierung von Tourismusprojekten zu werten. Wobei in diesem Zusammenhang insbesondere die Fördermöglichkeiten im Rahmen von LEADER im Untersuchungsraum bekannt zu sein scheinen. Auf diese Weise kann die Motivation der regionalen Akteure bei der Entwicklung von Projekten zur Förderung der Tourismusedwicklung gesteigert werden. Dies vor allem in der Hinsicht, als dass das Bewusstsein vorhanden ist, dass Projektideen finanzierbar, und damit letztlich mit Unterstützung von Förderprogrammen im Rahmen der EU-Strukturpolitik auch umsetzbar sind. Daher kann die EU-Strukturpolitik schließlich als Motor bzw. Beschleuniger der Projektentwicklung innerhalb des Tourismus wirken.

### **3.4 Fazit**

Dieser zweite Analyseschritt zur Erfassung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz liefert einige zentrale Erkenntnisse. Zunächst kann in diesem Zusammenhang festgestellt werden, dass alle untersuchten touristischen Leitprojekte positive Impulse für die Tourismusedwicklung bewirken können. Dabei können die positiven Impulse anhand von Kriterien, d.h. in verbal-argumentativer Form mit Hilfe von übergeordneten, forschungsleitenden Bewertungsfragen erfasst werden, wie im Rahmen der vorangegangenen Analysen geschehen. Ergänzend hierzu lässt sich die Bedeutung der dargestellten touristischen Leitprojekte auch an anhand von einigen quantifizierbaren Indikatoren aufzeigen bzw. überprüfen.

Zu diesen zählen die Entwicklung der Gäste-, Übernachtungs- und Besucherzahlen oder die Entwicklung der Anzahl der Übernachtungsbetriebe und Bettenzahlen in den beiden untersuchten Teilräumen der Westpfalz („Pfälzer Bergland“ und „Südwestpfalz“). Ferner bieten die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen und hier v.a. die Entwicklung des Anteils der Beschäftigten im tertiären Sektor, die Auslastung bzw. Entwicklung der Besucherzahlen dieser neugeschaffenen touristischen Anziehungspunkte, die Anzahl an Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich des Tourismus sowie eine Abschätzung von möglichen Folgeinvestitionen Anhaltspunkte zur Bewertung von Wirkungen und Effekten dieser von der EU-Strukturpolitik finanzierten regionalen touristischen Leitprojekten. Insbesondere kann hierbei ein Vergleich der touristischen Ausgangssituation vor (Ex-ante) Realisierung eines bestimmten Projektes und nach (Ex-post) der Realisierung eines bestimmten Projektes durchgeführt werden. So kann dann überprüft werden, ob ein touristisches Leitprojekt sich bspw. positiv auf die Entwicklung der Gäste- und Übernachtungszahlen in der Region bzw. eines Teilraumes der Region auswirkt.

Wobei diese Indikatoren teilweise im Rahmen der Experteninterviews, deren Ergebnisse im Folgenden Kapitel ausführlich vorgestellt werden, in einzelne Fragestellungen miteinbezogen wurden. Auf diese Weise konnten einige Rückschlüsse auf den Erfolg dieser Projekte gezogen werden. So wurde innerhalb der Expertenbefragung festgestellt, dass insbesondere durch das Projekt „Draisinenstrecke“ positive Impulse für die Tourismusedwicklung im Teilraum Pfälzer Bergland erreicht wurden.

Die befragten Experten und Entscheidungsträger bestätigten einen Anstieg der Gäste- und Übernachtungszahlen, die Schaffung neuer Übernachtungsbetriebe sowie vereinzelte Folgeinvestitionen.

In gewissem Maße können diese Effekte auch durch die Projekte „Mountainbikepark“ und „Biosphärenhaus“ beobachtet werden, dabei findet an dieser Stelle eher eine lokale Schwerpunktverschiebung der Gäste- und Übernachtungszahlen statt. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass der südliche Teilraum der Westpfalz seit jeher als touristisches Zentrum der Region deutlich höhere Gäste- und Übernachtungszahlen aufweist. Daher kommt hier diesen Projekten eine Ausgleichsfunktion zur Verringerung lokaler Entwicklungsunterschiede hinsichtlich der touristischen Ausstattung und Attraktivität, während im Pfälzer Bergland dem Projekt „Draisinenstrecke“ eine Impulsfunktion zum Ausbau der touristischen Infrastruktur und des touristischen Angebotes zukommt.

Durch diese Indikatoren kann das mehrfach erwähnte Kausalitätsproblem (Zuordnung von Ursache und Wirkung) bei der Durchführung einer Evaluation zumindest teilweise überwunden werden. Dennoch kann nur mit erhöhtem Aufwand, bspw. durch Gästebefragungen, mit gewisser Validität nachgewiesen werden, dass ein bestimmtes Projekt eine Steigerung der Gäste- und Übernachtungszahlen zur Folge hat oder bestimmte Folgeinvestitionen ausgelöst hat. Ob ein Projekt die alleinige Ursache für positive Wirkungen und Effekte im Tourismusbereich anzusehen ist, ist jedoch mit absoluter Sicherheit kaum nachzuweisen. Dafür ist das Wirkungsgefüge innerhalb der Regionalentwicklung zu vielschichtig und komplex. So wird die Entwicklung der Gäste- und Übernachtungszahlen neben dem Vorhandensein eines entsprechenden touristischen Angebotes (Anziehungspunkte, Infrastruktur, Übernachtungsmöglichkeiten), von weiteren Einflussfaktoren und Ursachen wie etwa den aktuellen Trends im Tourismus oder der konjunkturellen Lage in nationaler und internationaler Perspektive sowie der Intensität der Vermarktung und des Bekanntheitsgrades einer Region als Tourismusstandort bestimmt.

Weiterhin lässt sich in diesem Zusammenhang erkennen, dass die qualitativen Wirkungen der einzelnen Projekte durchaus ähnlich sind. Zunächst wirken sie als Alleinstellungsmerkmale, die geeignet erscheinen die Profilbildung des Untersuchungsraumes im Bereich des Tourismus zu forcieren. Auf diese Weise werden ebenso die Vermarktungsmöglichkeiten der Region gesteigert und es werden neue Zielgruppen für den Tourismus gewonnen.

Zudem führen zwei der Projekte („Draisinenstrecke“ und „Mountainbikepark“) zu einer intensiveren interkommunalen Kooperation innerhalb des Tourismus weit über bestehende Verwaltungs- und Regionsgrenzen hinaus. Ferner werden infolge dieser Projekte Kooperationen zwischen verschiedenen sektoralen Bereichen gefördert, so dass letztlich Synergien verstärkt genutzt werden können (z.B. zwischen Tourismus und Naturschutz). Die beiden interkommunal ausgerichteten Projekte „Draisinenstrecke“ und „Mountainbikepark“ führen darüber hinaus zu einer Vernetzung bereits vorhandener natürlicher und kultureller Potenziale. Alle Projekte tragen schließlich zu einer verbesserten touristischen Erschließung, sowie zu einer Angebotserweiterung und damit letztendlich zu einer Stärkung des Tourismus insgesamt im Untersuchungsraum bei. Insbesondere gilt dies für Teilbereiche wie das „Pfälzer Bergland“ oder das „Zentrum Pfälzerwald“, die zwar Potenziale im Tourismusbereich besitzen, jedoch noch einen deutlichen Entwicklungsrückstand (Lücken im Bereich der Tourismusinfrastruktur, etc.) aufweisen, insbesondere gegenüber dem Dahner Felsenland als dem klassischen Tourismuszentrum der Region.

Auf diese Weise kann die EU-Strukturpolitik anders als nach ersten Analysen erwartet, durchaus einen Beitrag zur Verringerung des bestehenden Nord-Süd-Angebotsgefälles im Tourismus innerhalb der Westpfalz leisten. Denn bei der Analyse des Einflusses der EU-Förderprogramme wurde im Rahmen der Förderperiode 2000 bis 2006 zunächst insbesondere eine Stärkung des bestehenden Tourismuszentrums Südwestpfalz deutlich (vgl. Ausführungen in Kapitel B II., Punkt 2.). Bei Analyse der infolge dieser Förderprogramme umgesetzten und von der EU-Strukturpolitik finanzierten touristischen Projekte fällt zudem auf, dass die Mehrzahl dieser Projekte sich auf den Teilbereich „Pfälzer Bergland“ („Draisinenstrecke“, „Glan-Blies-Radweg“, „Kulinarische Landstraße“) konzentriert, ebenso lässt sich mit dem „Mountainbikepark Pfälzerwald“ und weiteren Projekten im Rahmen von LEADER+ eine zweite Konzentration im nördlichen Teilbereich des Pfälzerwaldes, dem sog. „Zentrum Pfälzerwald“ feststellen. Während mit dem Projekt „Biosphärenhaus Pfälzerwald-Nordvogesen“ lediglich eines dieser größeren Projekte im südlichen Pfälzerwald (sog. „Dahner Felsenland“) als dem bestehenden Tourismusschwerpunkt realisiert wurde.

Damit werden auf Projektebene in erster Linie die Teilräume der Westpfalz gestärkt, die Entwicklungspotenziale im Tourismus aufweisen, jedoch noch Nachholbedarf bzw. Lücken im Bereich von Infrastruktur und Angebot gegenüber dem traditionellen Tourismuszentrum „Dahner Felsenland“ im südlichen Pfälzerwald aufweisen. Es lässt sich somit ein eindeutiges Bemühen der regionalen Akteure erkennen, bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik den Disparitäten im Bereich des Tourismus infolge des vorhandenen Angebotsgefälles in der Westpfalz entgegenzuwirken. Ausgleichend wirkt an dieser Stelle zudem die Tatsache, dass z.B. das Pfälzer Bergland 2000 bis 2006 im Gegensatz zum Pfälzerwald nicht in die LEADER+-Förderung aufgenommen wurde, jedoch bereits in früheren Förderperioden (1994-1999, 1989-1993) Teil von LEADER I bzw. II war. Infolgedessen wurden wichtige Grundlagen zur Tourismusedwicklung im Pfälzer Bergland geschaffen, etwa die Schaffung von touristischen Anziehungspunkten (z.B. Draisinenstrecke im Rahmen von LEADER II). Die abschließende Bewertung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Verminderung von vorhandenen Disparitäten bei der Tourismusedwicklung innerhalb des Untersuchungsraums erfolgt am Ende dieses Analyseteils, da diese Fragestellung insbesondere auch im Rahmen der Expertenbefragung untersucht werden wird.

Dagegen werden in anderen ländlich geprägten Teilräumen der Westpfalz wie z.B. im Donnersbergkreis oder in weiten Teilen des Landkreises Kaiserslautern (Ausnahme VG Kaiserslautern-Süd) auf den ersten Blick keine größeren touristischen Projekte mit Leuchtturmcharakter und darüber hinaus auch deutlich weniger kleinere touristische Projekte im Rahmen der EU-Strukturpolitik umgesetzt. Bei genauerer Betrachtung ergibt dies jedoch durchaus Sinn: Denn nicht alle Teilräume der Westpfalz können sich auf die Tourismusedwicklung als Schwerpunkt ihrer räumlichen Entwicklung konzentrieren, da ansonsten die Gefahr einer erneuten Monostrukturierung in der Region bestehen würde, die aus Sicht der Regionalentwicklung nicht erstrebenswert ist. Obwohl auch diese Teilräume durchaus touristische Potenziale und Ansätze aufweisen, haben sie im Gegensatz zu „Pfälzer Bergland“ (Landkreis Kusel) bzw. „Pfälzerwald“ (Landkreis Südwestpfalz) alternative Entwicklungsperspektiven außerhalb des Tourismus. So können touristische Potenziale wie eine attraktive, vielfältige Landschaft und intakte Natur in diesen Teilräumen v.a. zur Entwicklung im Bereich Wohnen genutzt werden, ebenso als sog. „weiche Standortfaktoren“ im Dienstleistungsbereich.

Zusammen mit weiteren Standortvorteilen wie z.B. einer günstigen räumlichen Lage in Nähe zu Ballungsräumen (z.B. Räumliche Lage des östlichen Donnersbergkreises im Schnittpunkt der Ballungsräume Rhein-Main und Rhein-Neckar) oder eine günstige Verkehrsanbindung (z.B. Teile des Landkreises Kaiserslautern – Anschluss an Autobahn A 6 sowie an S-Bahn Rhein-Neckar) ergeben sich für diese Teilräume vor allem als Wohn- und Gewerbestandorte Entwicklungsperspektiven, während die Landkreise Kusel und Südwestpfalz in erster Linie als Tourismusstandorte geeignet erscheinen.

Dies aufgrund vorhandener Potenziale im Tourismusbereich (natürliche Ressourcen) aber v.a. auch aufgrund vorhandener Entwicklungshemmnisse in anderen Bereichen (eher periphere räumliche Lage, schlechte Verkehrsanbindung). Gerade im Rahmen der innerhalb der EU-Strukturpolitik vorgeschriebenen Programmplanung mit ihren ausführlichen Analysen zur räumlichen Ausgangssituation werden diese spezifischen Entwicklungsperspektiven der Region bzw. von Teilräumen der Region (v.a. im Rahmen von LEADER) deutlich.

Ansatzweise können durch diese intensive Auseinandersetzung mit der raumstrukturellen Ausgangssituation einer Region bzw. eines Teilraumes einer Region auch vermeintliche Standortnachteile in Standortvorteile verwandelt werden. Als Beispiel sei hierzu das im LILE der LAG „Pfälzer Bergland“ entwickelte Konzept der „Entschleunigung“ erwähnt, wo die eher periphere und ungünstige räumliche Lage nun positiv als Standortvorteil gegenüber anderen Tourismusstandorten vermarktet werden soll: Als Chance für Touristen zur Ruhe und Abgeschiedenheit mit der Möglichkeit des „in sich Kehrens“ in einer intakten Natur- und Kulturlandschaft.

Die zentrale Erkenntnis dieses zweiten Analyseschritts stellt jedoch die Erkenntnis dar, dass die im Rahmen der Programmanalyse festgestellten potentiellen bzw. theoretischen Wirkungen der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus durch entsprechende Projekte letztlich auch in der Praxis erreicht werden, bzw. zu erwarten sind. Damit werden aus den „potentiellen“ Wirkungen „tatsächliche“ Wirkungen bzw. Einflüsse. Im Folgenden werden nun in einem letzten Analyseschritt die bisherigen Erkenntnisse bezüglich der Bedeutung der EU-Förderprogramme sowie der im Rahmen dieser Förderprogramme umgesetzten Projekte für die Entwicklung des Tourismus im Untersuchungsraum anhand einer Expertenbefragung empirisch überprüft, und zudem um mögliche neue Erkenntnisse, gerade auch in analytisch-inhaltlicher Hinsicht ergänzt.

### **III. Einschätzung und Bewertung aus Sicht von Experten und regionalen Akteuren**

Die zur Evaluation notwendigen primärstatistischen Daten werden nun im Folgenden anhand von Methoden der empirischen Sozialforschung erhoben. Dabei werden qualitative Methoden in Form einer leitfadengestützten Expertenbefragung angewandt. Als geeignete Gesprächspartner wurden schließlich regionale Experten und Entscheidungsträger ausgewählt, die einerseits in gewissen Maße mit der Umsetzung der EU-Strukturpolitik vertraut sind und andererseits den entsprechenden „regionalen Background“ haben um Einschätzungen bzw. Bewertungen bezüglich des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus abgeben zu können. Dabei stellt die Tatsache, dass viele der Befragten Doppelfunktionen ausfüllen einen Vorteil dar. So haben z.B. Landräte gleichzeitig auch den Vorsitz in den jeweiligen LAGen, ebenso wie in den jeweiligen Tourismusvereinen bzw. Fremdenverkehrszweckverbände. Darüber hinaus sind einige der befragten Bürgermeister gleichzeitig auch Mitglied in den LAGen.

Bei den ausgewählten Gesprächspartnern handelt es sich in erster Linie um Akteure und Entscheidungsträger aus den beiden Untersuchungsschwerpunkten dieser Dissertation dem Pfälzer Bergland / bzw. Landkreis Kusel sowie dem Pfälzerwald / bzw. Landkreis Südwestpfalz. Diese beiden Teilräume der Westpfalz wurden wie bereits angedeutet, aus verschiedenen Gründen als Untersuchungsschwerpunkte ausgewählt: Zum einen konzentrieren sich wie bereits im vorherigen (Teil-)Kapitel aufgezeigt wurde, die im Rahmen der EU-Strukturpolitik umgesetzten touristischen Leitprojekte auf diese beiden Teilräume. Zum anderen haben beide Teilräume innerhalb der Region Westpfalz die meiste Erfahrung bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik, dies vor allem in Bezug auf den LEADER-Ansatz. Schließlich weisen beide Teilbereiche touristische Potenziale auf, und legen den Schwerpunkt ihrer Entwicklung dementsprechend auf die Förderung des Tourismus. Dabei handelt es sich beim Teilraum „Pfälzerwald“ bzw. Landkreis Südwestpfalz um das klassische Tourismuszentrum der Region, während der Teilraum „Pfälzer Bergland“ bzw. Landkreis Kusel eher als Tourismusrandbereich mit jedoch gewissen Entwicklungsansätzen anzusehen ist und noch Lücken im Bereich von Infrastruktur und Angebot (v.a. Tourismusbetriebe) aufweist. Daher können durch die Auswahl dieser unterschiedlichen Teilräume Erkenntnisse bezüglich möglicher unterschiedlicher Einflüsse bzw. Wirkungen der EU-Strukturpolitik auf aus touristischer Sicht unterschiedliche Teilbereiche der Westpfalz gewonnen werden.

Im Rahmen der durchgeführten Expertengespräche, die sich auf einen standardisierten Gesprächsleitfaden mit offenen Fragenkatalog stützten, wurden aus diesem Grund regionale Akteure und Entscheidungsträger aus diesen beiden Teilräumen der Westpfalz bezüglich ihrer Einschätzung und Bewertung befragt. Dabei handelt es sich zunächst v.a. um die politischen Entscheidungsträger wie bspw. Landräte sowie Bürgermeister von touristisch geprägten Kommunen bzw. von Kommunen, die sich im direkten Einzugsbereich der vorgestellten regionalen touristischen Leitprojekte befinden. Ergänzend hierzu wurden Vertreter der beiden Lokalen Aktionsgemeinschaften (LAGen) „Pfälzer Bergland“ und „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ (Programmperiode 2000 bis 2006) bzw. „Pfälzerwald“ (Programmperiode 2007 bis 2013) im Rahmen von LEADER befragt, ebenso wie Akteure bzw. Entscheidungsträger aus dem Bereich des Tourismus sowie als gesamtregionale Experten Vertreter der Planungsgemeinschaft Westpfalz.

Die einzelnen Expertengespräche wurden wie bereits erwähnt, persönlich durchgeführt und dauerten zwischen 30 bis 90 Minuten. Dabei wurden die Gespräche nicht aufgezeichnet, sondern lediglich stichwortartig protokolliert, um anschließend nach Beendigung der Expertengespräche ausführliche Gedächtnisprotokolle anzufertigen. Der Fragenkatalog des Gesprächsleitfadens wurde gemäß der Thematik der vorliegenden Arbeit in fünf (thematische) Teile gegliedert: So sollten die beteiligten Personen nach einer Einführung in die Thematik und einer Einordnung der Expertengespräche in den Gesamtkontext der Dissertation zunächst zur Ausgangssituation der Region Westpfalz im Bereich des Tourismus befragt werden. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere Stärken, Schwächen bzw. Entwicklungshemmnisse und Entwicklungsperspektiven innerhalb des Tourismus aus Sicht der Entscheidungsträger und regionalen Akteure erfasst. Im zweiten Teil der Expertengespräche wurden die Befragten um Einschätzungen bezüglich der Bedeutung der einzelnen EU-Förderprogramme für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz gebeten. Dabei sollte vor allem analysiert werden, ob die vielfältigen Fördermöglichkeiten im Bereich des Tourismus innerhalb der EU-Strukturpolitik den regionalen Entscheidungsträgern und Akteuren ausreichend bekannt sind, sowie eine Bewertung des vorhandenen Förderangebotes vorgenommen werden. Weiterhin wurde hierbei überprüft, inwieweit die einzelnen Kommunen Fördergelder der EU erhalten bzw. aus welchen Programmen diese Fördermittel stammen.

Danach wurde die Einschätzung und Bewertung der Befragten bezüglich der Bedeutung der von der EU finanzierten regionalen Leitprojekte für die Entwicklung des Tourismus erfasst. Wobei hierbei in erster Linie überprüft werden sollte, ob die mit den Projekten verbundenen Ziele und Erwartungen erfüllt wurden. Darüber hinaus wurden die direkten Auswirkungen der Leitprojekte auf die Tourismusentwicklung erfasst, u.a. durch folgende Fragestellungen: „Ist infolge dieser Projekte der Bekanntheitsgrad der Region gestiegen?“, „Tragen sie zur touristischen Profilierung der Region bei?“, „Fördern sie Kooperation und Vernetzung innerhalb des Tourismus?“, „Wurden Folgeinvestitionen ausgelöst oder wurden neue Zielgruppen für den regionalen Tourismus gewonnen?“ Eine wesentliche Bewertung stellt in diesem Zusammenhang dabei die Fragestellung dar, ob diese großen touristischen Leitprojekte in der Westpfalz auch ohne eine Finanzierung im Rahmen der EU-Strukturpolitik zu realisieren gewesen wären und welchen Einfluss die EU-Strukturpolitik darüber hinaus bei der Entwicklung und Umsetzung dieser Projekte besaß.

Schließlich bezogen sich die beiden abschließenden Fragenkomplexe des Gesprächsleitfadens um Probleme und Defizite bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum, sowie um die Zukunft bzw. die Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik in der Region Westpfalz. Dabei geht es vor allem um die Frage, welche Schwerpunkte künftig in den EU-Förderprogrammen gesetzt werden sollten sowie um künftige Umsetzungsformen in institutionell-organisatorischer Hinsicht. Schließlich sollten Bewertungen und Einschätzungen seitens der regionalen Akteure gewonnen werden bezüglich der These, dass in der Strukturpolitik ein Paradigmenwechsel stattfindet und strukturschwache Regionen künftig gegenüber den sog. Wachstumszentren (Metropolregionen) an Bedeutung verlieren werden bei der Vergabe von Fördermitteln.

Im Folgenden werden nun die wesentlichen Erkenntnisse aus der durchgeführten Expertenbefragung dargestellt. Dabei werden zunächst jeweils die Fragen einzeln abgehandelt und die wesentlichen Ergebnisse aufgezeigt, um schließlich in einem Fazit die zentralen Erkenntnisse zusammenfassend zu erfassen und zu analysieren. Da es sich bei dem Fragenkatalog des Gesprächsleitfadens um Fragen mit offenem Charakter handelt, wird die Auswertung dieser Expertengespräche ausschließlich in qualitativ und verbalargumentativer Form erfolgen.

## **1. Ausgangssituation, Ziele und Entwicklungspotenziale des Tourismus in der Region Westpfalz**

Zunächst wurden die regionalen Akteure, Experten und Entscheidungsträger nach ihrer Einschätzung bezüglich der zentralen Ziele, Stärken, Schwächen sowie Entwicklungshemmnisse und Entwicklungsperspektiven des Untersuchungsraums im Tourismusbereich befragt. Dabei bleibt als zentrale Erkenntnis festzuhalten, dass die Einschätzungen der befragten Akteure überwiegend nahezu identisch sind mit den im Rahmen dieser Arbeit durchgeführten Analysen zur Ausgangssituation des Tourismus in der Westpfalz.

### **▪ Welches sind die zentrale Ziele der Region Westpfalz in Bezug auf die Entwicklung des Tourismus ?**

Als wesentliches Ziel innerhalb der touristischen Entwicklung wird in diesem Zusammenhang zunächst das „Erkennen vorhandener Potenziale“ sowie „Nutzung und Ausbau sowie Vernetzung dieser Potenziale“ erwähnt. Gleichzeitig sollen „vorhandene bzw. festgestellte Defizite abgebaut werden“. Weiterhin soll nach dem Willen der Befragten „die Bedeutung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor in der Westpfalz anerkannt werden“.

Es folgen des Weiteren klassische touristische Zielsetzungen wie bspw. „Stammgäste halten“, „neue Gäste und Zielgruppen gewinnen“ sowie die „Erhöhung der Aufenthaltsdauer.“ Darüber hinaus wird der „Ausbau und die Verbesserung der Infrastruktur“ als bedeutend für die weitere touristische Entwicklung der Region erachtet. Dazu zählen insbesondere die „Qualitätssteigerung“ ebenso wie die „Erhöhung der Servicequalität“ oder die „Schaffung neuer Anziehungspunkte.“ Im Bereich „Ausbau der Infrastruktur“ wird vor allem die Realisierung fehlender hochwertiger Hotels angestrebt, wobei an einigen Stellen vor allem Wellnesshotels gewünscht werden.

Weitere zentrale Zielsetzungen innerhalb der Tourismusedwicklung in der Westpfalz stellen der „Ausbau der Kooperation“, die „Verbesserung bzw. Professionalisierung der Vermarktung“ dar, wobei insbesondere die Potenziale der Westpfalz stärker in den Blickpunkt gerückt werden sollen, gerade gegenüber der aus touristischer Sicht deutlich bekannteren Nachbarregion Rheinpfalz bzw. „Deutsche Weinstraße.“ Sowie ferner die „Schaffung neuer Angebote“ wobei hier insbesondere verstärkt Nischen gesucht und entwickelt werden sollen. Schließlich soll nach Ansicht der befragten Akteure die Bevölkerung für die regionalen Potenziale und Belange des Tourismus sensibilisiert werden, sowie die Bewusstseinsbildung in diesem Bereich gefördert werden. Des Weiteren werden Zielsetzungen formuliert, welche sich in erster Linie auf die lokale Ebene beschränken, wie bspw. die Nutzung bzw. Aufwertung bestimmter spezifischer lokaler Potenziale (z.B. Bereich Schuhe / Shoppingtourismus in der Verbandsgemeinde Hauenstein).

▪ **Welches sind Ihrer Einschätzung nach die zentralen Entwicklungspotenziale der Region Westpfalz im Bereich des Tourismus ?**

Bezüglich der wesentlichen Entwicklungspotenziale des Untersuchungsraums innerhalb des Tourismus wird im Rahmen der durchgeführten Expertengespräche das naturräumliche Potenzial der Region bestätigt. Dies gilt sowohl für den Teilbereich „Pfälzer Bergland“ als auch für den Teilbereich „Pfälzerwald.“ Als zentrale Stärken resultieren hieraus eine „landschaftliche Attraktivität und Vielfalt“, eine „intakte und unberührte Natur“ sowie eine große „Ruhe“ für Erholungssuchende.

Aus diesen Stärken ergeben sich vor allem Entwicklungspotenziale in den Tourismussegmenten „Erholungstourismus“ sowie „Aktivtourismus“ wobei hier insbesondere die Bereiche „Wandertourismus“ und „Radtourismus“ als erfolgsversprechend angesehen werden. Sowie weiterhin als spezifische Angebote die Bereiche „Klettern“ (im Teilraum „Dahner Felsenland“), „Mountainbiking“ (vor allem im Pfälzerwald), sowie „Nordic Walking“ (in der gesamten Region). Ferner werden ebenso zunehmend im Wellnessbereich Entwicklungsmöglichkeiten erkannt, dies insbesondere im Teilraum „Pfälzerwald“ sowie Ansatzweise im „Pfälzer Bergland.“ Wobei hierbei wie erwähnt, vor allem im Rahmen von LEADER bereits konzeptionelle Ansätze geschaffen wurden (z.B. Idee der „mentalen Wellness“ in Verbindung mit dem Jakobspilgerweg und dem Wallfahrtsort „Maria Rosenberg“<sup>475</sup> für den Teilraum Pfälzerwald / Südwestpfalz bzw. Idee der „Entschleunigung“<sup>476</sup> für den Teilraum Pfälzer Bergland).

---

<sup>475</sup> Expertengespräch mit Herrn Winfried Krämer, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Wald Fischbach-Burgalben und Mitglied der LAG „Pfälzerwald“ am 02.07.2009.

<sup>476</sup> Expertengespräch mit Herrn Klaus Jung, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Altenglan und stellvertretender Vorsitzender des „Fremdenverkehrszweckverbandes Landkreis Kusel“ am 22.06.2009.

Daneben werden für einzelne Teilräume weitere Potenziale genannt, wie z.B. die Nähe der Südwestpfalz zu Frankreich oder die zahlreichen Burgen in diesem Teilbereich sowie die Bereiche „Historie“ und „Geologie“ im Teilraum Pfälzer Bergland. Im Bereich einer besseren Anbindung der Region an den ÖPNV werden ebenfalls noch Entwicklungspotentiale gesehen.

So wurde im Teilraum Südwestpfalz die Zugverbindung „Bundenthal Express“ speziell für Gäste aus den Ballungsräumen Rhein-Neckar und Karlsruhe geschaffen um die Attraktivität der Region für diese spezifische Zielgruppe zu erhöhen.<sup>477</sup> Dennoch wird bei der Anbindung bzw. der Nutzung des ÖPNV für die touristische Entwicklung weiterhin noch Optimierungsbedarf gesehen.

Darüber hinaus werden die Potenziale der vorhandenen regionalen touristischen Alleinstellungsmerkmale unterstrichen, dazu zählen in erster Linie Anziehungspunkte wie „Fahrradraisinen im Glantal“ (Pfälzer Bergland) oder „Mountainbikepark“ und sowie „Biosphärenhaus mit Baumwipfelpfad“ im Pfälzerwald. Schließlich wird als wesentliches Entwicklungspotenzial der Bereich der Gastronomie in Verbindung mit regionaltypischen Produkten betrachtet. Auch in diesem Zusammenhang sind in beiden für diese Arbeit relevanten Teilräume der Westpfalz bereits Entwicklungsansätze zu erkennen („Dahner Felsenlandwirte“ im Pfälzerwald bzw. „Kulinarische Landstraße“ im Pfälzer Bergland).

Weiterhin wird der demografische Wandel mit einem steigenden Anteil an älteren, mobilen und aktiven Menschen zunehmend als spezifische Entwicklungsperspektive erkannt. Insbesondere im Bereich des Tourismuszentrums Dahner Felsenland als klassischer Wanderregion sollen künftig verstärkt mobile ältere Menschen als besondere Zielgruppe angesprochen werden. Dabei soll die Region als bevorzugtes Urlaubsziel für ältere, an der Natur interessierte Menschen präsentiert werden.<sup>478</sup> Vorhandene Ansätze im Wellnessbereich steigern dabei die Attraktivität dieses Teilraumes für die im Tourismus immer wichtiger werdende Zielgruppe der sog. „aktiven Senioren.“ Vereinzelt bietet in diesem Zusammenhang auch das Pfälzer Bergland Entwicklungsperspektiven, z.B. in Verbindung mit Nordic-Walking.

▪ **Wo bestehen Ihrer Ansicht nach noch Defizite, Schwächen und Entwicklungshemmnisse innerhalb des Tourismus ?**

Während bei der Erfassung der Stärken und Entwicklungsperspektiven des Untersuchungsraumes im Tourismus die Einschätzungen der einzelnen befragten Experten sehr ähnlich waren, zeigt die Erfassung von Defiziten, Schwächen und Entwicklungshemmnissen ein differenzierteres und breiteres Meinungsbild. Dennoch werden einige zentrale Defizite bzw. Entwicklungshemmnisse deutlich. Zum einen werden in diesem Zusammenhang zunächst die Organisationsstrukturen im Tourismus kritisch betrachtet. Diese wird als „zu stark zergliedert“ erachtet durch verschiedene Einrichtungen und Institutionen von der Landesebene über die Regionalebene bis hin auf Kreisebene und teilweise auf Ebene der einzelnen Ortsgemeinden. Ebenso wird in diesem Zusammenhang eine „Stärkung der regionalen Ebene“ („Pfalztouristik“) als notwendig empfunden, dies vor allem in Hinblick auf die personelle Situation.

---

<sup>477</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer, Regionalmanagerin und Geschäftsführerin der LAG „Pfälzerwald“ und Frau Heike Müller, Tourismusverein Südwestpfalz und Mitglied der LAG „Pfälzerwald“ am 01.07.2009.

<sup>478</sup> Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Dahner Felsenland und Mitglieder LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ am 13.08.2009.

Des Weiteren wird das Fehlen einer „ganzheitlichen, übergeordneten und gesamtregionalen touristischen Konzeption“ (auf der Ebene der Tourismusregion Pfalz) moniert.<sup>479</sup>

Darüber hinaus wird das im Rahmen dieser Arbeit bereits mehrfach erwähnte „Angebots- und Entwicklungsgefälle innerhalb der Region Westpfalz im Bereich des Tourismus“ von den befragten regionalen Akteuren und Entscheidungsträgern als zentrales Entwicklungshemmnis angeführt. Dieses wird sowohl auf regionaler als auch auf lokaler Ebene (Landkreis- und Verbandsgemeindeebene) beobachtet. So wird bspw. im Bereich des Landkreises Südwestpfalz ein Entwicklungsgefälle in drei Stufen offenbar, mit dem touristisch weit entwickelten und gut erschlossenen „Dahner Felsenland“, dem sog. „Zentrum Pfälzerwald“ mit bereits vorhandenen Ansätzen einer touristischen Entwicklung, jedoch mit noch gewissen Lücken und schließlich die sog. „Sickingener Höhe“ mit trotz Entwicklungsbemühungen noch deutlichen Lücken im touristischen Angebot und der touristischen Erschließung.<sup>480</sup> Auch innerhalb des Pfälzer Berglandes, als dem zweiten Untersuchungsschwerpunkt lassen sich vereinzelt solche Entwicklungsunterschiede ebenfalls feststellen, wenn auch nicht in gleicher Intensität wie im Teilraum Südwestpfalz. In diesem Zusammenhang werden erneut organisatorische Schwächen erkannt, so fehlt eine übergeordnete Struktur die sich wie in anderen Tourismusregionen (z.B. Eifel, Schwarzwald, Saarland) vorhanden, dem Abbau dieser Entwicklungshemmnisse widmet. Zum anderen wird als weitere wesentliche Schwäche erkannt, dass einige Potenziale der Westpfalz im Tourismusbereich noch nicht ausreichend genutzt werden.

So sollten etwa spezifische Potenziale des Untersuchungsraums wie bspw. die Nähe zu Frankreich oder die Besonderheiten eines grenzüberschreitenden Biosphärenreservates „Pfälzerwald-Nordvogesen“ noch stärker in den Vordergrund gerückt, kommuniziert und entsprechend vermarktet werden. Dies sowohl nach außen als auch nach innen in Form einer stärkeren Sensibilisierung bzw. Bewusstseinsbildung der einheimischen Bevölkerung.<sup>481</sup> Ein weiteres Entwicklungshemmnis im Tourismusbereich stellt ein teilweise immer noch zu starkes „Kirchturmdenken“ dar, welches Kooperationen sowie eine einheitliche bzw. professionelle Vermarktung des Untersuchungsraums behindert. Zwar wird betont, dass eine Zunahme der Kooperationsansätze innerhalb des Tourismus durchaus zu beobachten ist, jedoch immer noch „eine Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis bzw. zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ festzustellen ist. Die Notwendigkeit von Kooperationen wird demzufolge anerkannt, aber bei der konkreten Umsetzung ist aufgrund von nach wie vor vorhandenen Rivalitäten bzw. Kirchturmdenken noch deutlicher Ausbaubedarf vorhanden. Dabei ist in diesem Zusammenhang nach Ansicht der Befragten vor allem die Tatsache hinderlich, dass die Tourismusentwicklung zunächst „Aufgabe der einzelnen Ortsgemeinden“ ist. Diese Aufgabenverteilung wird als Defizit angesehen, da auf diese Weise Kooperationen eingeschränkt und Kirchturmdenken begünstigt wird. Daher streben einige Kommunen die Organisation und Verantwortung im Tourismusbereich auf der Verbandsgemeindeebene an.<sup>482</sup> Defizite werden darüber hinaus vereinzelt noch im Bereich der Infrastrukturausstattung erkannt.

---

<sup>479</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>480</sup> Ebenda.

<sup>481</sup> Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Dahner Felsenland und Mitglieder LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ am 13.08.2009.

<sup>482</sup> Expertengespräch mit Herrn Ulrich Lauth, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Hauenstein, am 08.07.2009.

Wobei an dieser Stelle von den regionalen Akteuren und Entscheidungsträgern auf das bereits mehrfach beschriebene Angebotsgefälle bzw. vorhandene Disparitäten innerhalb der Westpfalz in Bezug auf die touristische Ausstattung hingewiesen wird. Dieses Angebotsgefälle lässt sich dabei sowohl auf Ebene der Gesamtregion, als auch auf Ebene der einzelnen Teilräume bzw. Landkreise bis teilweise gar auf Ebene einzelner Verbandsgemeinden feststellen. Dabei handelt es sich einerseits um Lücken im Bereich der touristischen Infrastruktur (fehlende Rad- und Wanderwege) und andererseits um Lücken im Angebot an Übernachtungsmöglichkeiten (fehlende Hotels, Ferienwohnungen, etc.) bzw. Mängel im Bereich der Qualität. Vor allem im Bereich der Privatanbieter (Pensionen) entspricht hierbei das vorhandene Angebot häufig nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen.

Darüber hinaus werden innerhalb dieser empirischen Erhebungen weitere Defizite deutlich, so u.a. in Form von mangelnden Fremdsprachenkenntnissen sowie eine fehlende Ausrichtung von Einrichtungen (v.a. Gastronomie) auf Touristen als Zielgruppe. Ergänzend dazu ist generell ein noch „stärkeres Servicedenken“ in der Region notwendig, wobei nach Ansicht der befragten Akteure insbesondere „der unterschiedliche Blickwinkel zwischen Gast und Gastgeber“ berücksichtigt werden muss.<sup>483</sup> Weiterhin wird deutlich, dass bei der Tourismusförderung Geduld notwendig ist, da es sich hierbei „um langfristige Prozesse“ handelt. Dagegen hat die einheimische Bevölkerung oft andere Prioritäten als die Tourismusentwicklung,<sup>484</sup> so dass fehlende Motivation bzw. fehlendes Engagement hier entwicklungshemmend wirken.

Dies verdeutlicht erneut die Notwendigkeit von Sensibilisierung bzw. Bewusstseinsbildung, um die örtliche Bevölkerung in die Prozesse der Tourismusplanung einzubinden und zu motivieren. In beiden näher untersuchten Teilräumen der Westpfalz wird zudem die zu geringe Verweildauer der Gäste als Defizit betrachtet. Sowohl Pfälzerwald als auch Pfälzer Bergland sind dabei vor allem für Tagesgäste attraktiv, jedoch werden als bevorzugte Zielgruppe Touristen mit einer längeren Aufenthaltsdauer eindeutig bevorzugt. Da hierdurch einerseits die Auslastung von Tourismusbetrieben gewährleistet wird, und andererseits höhere Einnahmen für Gastronomie sowie Übernachtungsbetrieben zu erwarten sind, die dann wiederum in die Attraktivität der Region reinvestiert werden können (Investitionen in Betrieben und in die Infrastruktur). Speziell in Bezug auf den Teilraum Pfälzer Bergland wird dessen geografische Lage differenziert bewertet. Einerseits wird erkannt, dass dieser Teilraum in gewisser Weise durchaus zentral gelegen ist, in Hinblick auf eine relative Nähe zu einigen großen Ballungsräumen, jedoch auf der anderen Seite dennoch z.T. recht weite Entfernungen zu diesen vorliegen.<sup>485</sup> In diesem Zusammenhang wird die eher ungünstige Verkehrsanbindung teilweise als kritisch empfunden, teilweise jedoch durchaus auch als Standortvorteil interpretiert (kaum größere, zentrale Verkehrsachsen - dadurch größere Ruhe und weniger Beeinträchtigungen für Touristen).<sup>486</sup>

---

<sup>483</sup> Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey, a.a.O.

<sup>484</sup> Expertengespräch mit Frau Silvia Seebach, Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Pirmasens-Land und Herrn Rückel, Verbandsgemeinde Pirmasens-Land am 03.07.2009.

<sup>485</sup> Expertengespräch mit Herrn Dr. Stefan Spitzer, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kusel und Frau Sonnenberg, Tourismusbeauftragte der Verbandsgemeinde Kusel am 23.06.2009.

<sup>486</sup> Expertengespräch mit Herrn Dr. Winfried Hirschberger, Landrat des Landkreises Kusel, Vorsitzender des Fremdenverkehrszweckverbandes Landkreis Kusel sowie Vorsitzender der LAG „Pfälzer Bergland“.

Schließlich wird in diesem Zusammenhang eine teilweise „subjektive Überbewertung“ des Tourismus in der Region beobachtet.<sup>487</sup> Dies wird zum einen mit einer „auf den ersten Blick eher geringen Bedeutung des Tourismus aus wirtschaftlicher Sicht“ begründet so beträgt u.a. der Anteil des Tourismus am BIP (Bruttoinlandsprodukt) der Westpfalz derzeit lediglich etwa 3 bis 4 %. Jedoch kommt dem Tourismusbereich nach Ansicht von Experten als „ergänzendes Arbeitsplatzangebot insbesondere für weiblich Erwerbspersonen“ unter „Gender Gesichtspunkten“ Bedeutung zu. Dennoch verdeutlicht eine Studie der Planungsgemeinschaft Westpfalz die These von einer „subjektiven Überbewertung“ des Tourismus in der Region: Diese Studie zeigt dabei im Rahmen einer Umfrage unter Bürgermeister\*innen eine „Diskrepanz zwischen Einschätzung und Nutzung der Potenziale“: „Einerseits wird der Tourismus als großes Potenzial angesehen, andererseits wird dagegen nur ein geringer Teil der Haushaltsmittel für den Tourismus vorgesehen.“<sup>488</sup> Dieses „Missverhältnis“ ist nach Ansicht von Experten heute nach wie vor noch vorhanden. Dennoch wird dem Tourismus eine wichtige Funktion innerhalb der regionalen Entwicklung der Westpfalz zugestanden. Dies in erster Linie aufgrund der engen Verknüpfung mit anderen Bereichen der Regionalentwicklung, wie z.B. Landschaftsschutz (Schutz des Landschaftsbildes durch Offenhaltung der Talbereiche) oder Landwirtschaft.<sup>489</sup>

## **2. Beitrag der EU-Strukturpolitik zur touristischen Entwicklung der Region Westpfalz**

Der zentrale Fragenkomplex befasst sich nun mit der Erfassung der Bedeutung der EU-Strukturpolitik für die Tourismusentwicklung im Untersuchungsraum. Dabei sollen die in den vorangegangenen Analysen gewonnenen Erkenntnisse und Bewertungen empirisch überprüft werden. Gemäß der Zielsetzung dieser Dissertation sollen hierbei sowohl die EU-Förderprogramme als auch die in deren Folge umgesetzten und finanzierten regionalen touristischen Leitprojekte berücksichtigt werden.

### **2.1 Bedeutung der EU-Förderprogramme für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz**

Mit Hilfe des Fragenkomplexes zur Bedeutung der EU-Förderprogramme für die Entwicklung des Tourismus soll zunächst untersucht werden, inwieweit das im Verlauf dieser Arbeit bereits aufgezeigte vielfältige und differenzierte Förderangebot der EU im Bereich des Tourismus den regionalen Akteuren bekannt ist, bzw. wie intensiv dieses zur Förderung der Tourismusentwicklung im Untersuchungsraum genutzt wird. Ebenso soll hierbei herausgefunden werden, welchen EU-Förderprogrammen nach Einschätzung der regionalen Akteure und Entscheidungsträger besondere Relevanz für den Tourismus in der Westpfalz zukommt.

---

<sup>487</sup> Expertengespräch mit Herrn Dipl.-Ing. Theophil Weick, Leitender Planer und Geschäftsführer der Planungsgemeinschaft Westpfalz und Herrn Dipl.-Ing. Stefan Germer, Planungsgemeinschaft Westpfalz am 26.06.2009.

<sup>488</sup> Ebenda.

<sup>489</sup> Ebenda.

### 2.1.1 Bewertung des Förderangebotes der EU im Tourismusbereich

Zur Erfassung der Einschätzung und Bewertung des EU-Förderangebotes im Tourismusbereich wurden folgende Fragestellungen formuliert:

- **Sind die vielfältigen Fördermöglichkeiten der EU im Bereich des Tourismus Ihrer Einschätzung nach den regionalen Akteuren ausreichend bekannt ?**
- **Werden Sie über Fördermöglichkeiten der EU ausreichend informiert, falls ja von welcher Seite (EU, Bund, Land, Kreis, etc.) ?**
- **Ist das vorhandene Förderangebot der EU bezüglich des Tourismus Ihrer Meinung nach ausreichend ? In welchen Bereichen bestehen eventuell noch Defizite ?**

Die Auswertung dieser Fragen ergibt eine insgesamt positive Beurteilung der EU-Strukturpolitik und ihres Förderangebotes im Tourismusbereich durch die befragten regionalen Akteure. Wie sich im weiteren Verlauf der Auswertung dieses Fragenkomplexes noch zeigen wird, wird hier bereits ansatzweise deutlich, dass der Tourismus in der Region Westpfalz, wie in ersten Analysen und Einschätzungen bereits vermutet, in hohem Maße von der EU-Strukturpolitik profitiert. Aus diesem Grund wird das vorhandene Förderangebot der EU-Strukturpolitik im Großen und Ganzen als ausreichend empfunden. Lediglich vereinzelt wird noch Nachholbedarf gesehen, so wird u.a. teilweise ein noch stärkerer Bedarf an einer Investitionsförderung in privaten Betrieben gefordert, ebenso wie im Bereich der Marketingmaßnahmen oder im mit dem Tourismus eng verbundenen Bereich der Kultur.

Darüber hinaus fühlen sich die befragten regionalen Akteure und Entscheidungsträger größtenteils ausreichend informiert über die Fördermöglichkeiten im Tourismusbereich im Rahmen der EU-Strukturpolitik. Nur vereinzelt wird moniert, dass Anfragen zu Fördermöglichkeiten teilweise erst nach längerer Zeit zufriedenstellend beantwortet werden. Insbesondere die Kooperation mit den zuständigen Kreisverwaltungen wird hierbei von manchen Stellen noch als ausbaufähig bewertet. In diesem Zusammenhang werden zudem vereinzelt noch Kommunikationshemmnisse festgestellt. Die Informationen über Förderangebote bzw. Fördermöglichkeiten im Bereich der EU-Strukturpolitik werden dabei vor allem vom zuständigen Ministerium (in Rheinland-Pfalz: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau) erteilt. Bezüglich der Vorgehensweise wird an dieser Stelle unterstrichen, dass zunächst die Entwicklung von konkreten Ideen für touristische Projekte erfolgt, um danach zusammen mit den Verantwortlichen im Ministerium nach geeigneten Förderprogrammen innerhalb der EU-Strukturpolitik zur Finanzierung dieser Projektideen zu suchen. Die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium und insbesondere der sog. „Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD)“ (v.a. im Rahmen von LEADER) wird dabei als zufriedenstellend bewertet. Demnach stellt das für die Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum verantwortliche rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerium den ersten Ansprechpartner bei Förderfragen dar.

Weitere Informationen über Fördermöglichkeiten der EU-Strukturpolitik werden insbesondere im Rahmen der (ehemaligen) Gemeinschaftsinitiativen LEADER und INTERREG gewonnen. Dies sowohl durch Informationsveranstaltungen bzw. Workshops als auch durch den Informations- und Erfahrungsaustausch insbesondere innerhalb der LEADER- (ständiger Erfahrungsaustausch innerhalb der LAG) und INTERREG Prozesse.

So wird von beiden am INTERREG-Programm PAMINA beteiligten Kommunen aus der Westpfalz (Verbandsgemeinden Dahner Felsenland und Hauenstein) dieses als wichtige Informationsplattform bezüglich der EU-Fördermöglichkeiten bewertet.<sup>490</sup> Teilweise werden die Akteure auch direkt durch spezielle Informationsschreiben oder in Beratungsgesprächen über Fördermöglichkeiten in Kenntnis gesetzt. Darüber hinaus werden vereinzelt noch die jeweiligen Kreisverwaltungen sowie der Städte- und Gemeindebund oder das Regionalmanagement als Informationsquellen und -plattformen bezüglich Förderfragen genannt. Wobei die Informationen über die jeweiligen Fördermöglichkeiten auf unterschiedlichen Wegen zu bekommen sind. Während die öffentliche Hand von den genannten Stellen betreut wird, sind für den Bereich der Investitionsförderung meist die jeweiligen Wirtschaftsförderungsstellen verantwortlich.<sup>491</sup>

Die Zusammenarbeit mit den genannten Stellen wird überwiegend als positiv bewertet, nur vereinzelt wurden kritische Anmerkungen, wie etwa ein zu langes Warten auf Auskünfte bzw. Informationen zu Förderfragen gemacht.

Als wesentliches Problem in diesem Zusammenhang wird jedoch die Vielzahl an differenzierten Förderprogrammen, Fördermöglichkeiten und Vorschriften innerhalb der EU-Strukturpolitik erachtet. Insgesamt wird der Bereich Förderpolitik mittlerweile als sehr komplex betrachtet, so dass aufgrund der Vielzahl an Förderprogrammen, bei den Akteuren der Eindruck entsteht, dass es „mehr Förderprogramme als Adressaten“ gibt. Aufgrund dieser Vielzahl an Förderprogrammen kann das gesamte Förderangebot der EU-Strukturpolitik nur noch schwer erfasst werden.<sup>492</sup> Daher mahnen die regionalen Akteure und Entscheidungsträger eine größere Übersichtlichkeit bzw. Transparenz an. Ferner wird als weitere zentrale Herausforderung bei der Nutzung des Förderangebotes im Rahmen der EU-Strukturpolitik die Notwendigkeit erkannt, Informationen zielgerichtet zu nutzen, sowie Hinweise darüber, wer der jeweils zuständige Ansprechpartner in Förderfragen ist,<sup>493</sup> um dementsprechend effizient nach potentiellen Fördermöglichkeiten für Projekte recherchieren zu können.

Dabei ist zudem für die relevanten Akteure im Untersuchungsraum von Bedeutung, dass alle Beteiligten möglichst den gleichen Informationsstand bezüglich Förderfragen haben. Um sich innerhalb der vielfältigen nationalen bzw. EU-Förderprogrammen zielorientiert zurechtzufinden, wurden in einigen Verwaltungen bereits einzelne Mitarbeiter beauftragt sich speziell auf Förderfragen zu konzentrieren, dies, um einerseits Fördermöglichkeiten zu prüfen, und um andererseits „auch dem zunehmend erhöhten Koordinierungsbedarf gerecht zu werden.“<sup>494</sup> Als Alternative hierzu wird mit privaten Planungsbüros zusammengearbeitet, die sich auf Fragen der Förderpolitik spezialisiert haben.<sup>495</sup> Insgesamt betrachtet fühlen sich die Kommunen bzw. die öffentliche Hand über die Fördermöglichkeiten im Tourismusbereich durch die EU-Strukturpolitik ausreichend informiert, wohingegen im Hinblick auf potentielle private Förderbegünstigte, wie z.B. Tourismusbetriebe noch Optimierungsbedarf gesehen wird. Schließlich wird in diesem Zusammenhang betont, dass letztlich nahezu jedes Vorhaben im Tourismusbereich gefördert werden kann, „bei entsprechender Formulierung bzw. Definition der Schwerpunkte und Projektziele.“<sup>496</sup>

---

<sup>490</sup> Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey, a.a.O.

<sup>491</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>492</sup> Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey, a.a.O.

<sup>493</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>494</sup> Expertengespräch mit Herrn Winfried Krämer a.a.O.

<sup>495</sup> Expertengespräch mit Herrn Dipl.-Ing. Theophil Weick und Herrn Dipl.-Ing. Stefan Germer, a.a.O.

<sup>496</sup> Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey, a.a.O.

- **Wurden Ihrer Einschätzung nach in der Vergangenheit bei den EU-Förderprogrammen die richtigen Prioritäten gesetzt ?**

Die Ergebnisse der durchgeführten Analysen der EU-Förderprogramme in der Programmperiode 2000 bis 2006 zeigen einen deutlichen thematischen Schwerpunkt im Bereich der Tourismusförderung auf (v.a. Ziel-2- und LEADER+-Programm). Dies erachten die befragten Experten und Entscheidungsträger als sinnvoll, da der Tourismus als ein zentrales Entwicklungspotenzial des ländlichen Raumes in der Westpfalz angesehen wird. Wobei dies verstärkt v.a. für die innerhalb dieser Arbeit genauer untersuchten Teilräume Pfälzerwald und Pfälzer Bergland gilt. Ergänzend dazu wird in diesem Zusammenhang unterstrichen, dass es sich bei den EU-Förderprogrammen „um Querschnittsprogramme handelt, in denen die Prioritätensetzung, wie etwa bei den regionalen Entwicklungsstrategien (GIEP) im Rahmen LEADER+, teilweise häufig erst auf regionaler Ebene erfolgt gemäß den vorhandenen Potenzialen.“ Wobei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen wird, dass bei der Aufstellung dieser Entwicklungsstrategien häufig noch unklar ist, ob diese (gewünschten) Prioritäten „dann letztlich immer wie angestrebt umgesetzt werden können.“<sup>497</sup> An dieser Stelle wird auf die GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ im Rahmen von LEADER+ 2000p bis 2006 verwiesen wo der Themenbereich „Entwicklungsressource Holz“ nicht wie angestrebt umgesetzt werden konnte, da notwendige Kapazitäten im Aktionsgebiet nicht ausreichend vorhanden waren, so dass die LAG in diesem Bereich „letztlich an Grenzen gestoßen ist.“<sup>498</sup>

### **2.1.2 Beitrag der EU-Förderprogramme zur Tourismusentwicklung in der Westpfalz**

Anhand der folgenden Fragen soll nun untersucht werden, ob und in welchem Maße die einzelnen Kommunen in den Untersuchungsschwerpunkten („Pfälzerwald“ / Landkreis Südwestpfalz bzw. „Pfälzer Bergland“ / Landkreis Kusel) dieser Dissertation Fördergelder aus EU-Programmen zur Entwicklung des Tourismus erhalten. Dabei soll einerseits erfasst werden, welche EU-Programme hierbei eine besondere Bedeutung und Relevanz für die Tourismusförderung im Untersuchungsraum entfalten. Andererseits soll erfasst werden, welche Aspekte der Tourismusentwicklung hierbei insbesondere unterstützt werden, um somit abschließend analysieren zu können, welchen Beitrag die EU-Förderprogramme zur Tourismusentwicklung in der Westpfalz letztlich insgesamt leisten.

- **Erhält Ihr Landkreis / Ihre Verbandsgemeinde Fördergelder der EU zur Förderung der Entwicklung des Tourismus ?**
- **Welche EU-Förderprogramme sind Ihrer Meinung nach für die Entwicklung des Tourismus in der Region von besonderer Bedeutung ?**

Die befragten Akteure bestätigen, dass der Tourismus in der Region Westpfalz von Strukturmitteln aus den EU-Förderprogrammen profitiert. Dabei wird insbesondere dem Teilraum Südwestpfalz / Pfälzerwald eine hohe Förderquote (u.a. Ziel-2-Fördergebiet) attestiert.<sup>499</sup> So werden in jeder der befragten Kommunen (Verbandsgemeinden) touristische Projekte mit Fördermitteln aus der EU-Strukturpolitik unterstützt und dadurch „wichtige Anstöße“<sup>500</sup> im Bereich des Tourismus gegeben.

---

<sup>497</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>498</sup> Ebenda.

<sup>499</sup> Ebenda.

<sup>500</sup> Ebenda.

Dabei werden als Förderschwerpunkte sowohl Maßnahmen zum Ausbau der touristischen Basisinfrastruktur wie bspw. etwa Rad- und Wanderwege oder der barrierefreie Umbau von Touristinformationen, als auch die Schaffung von weiteren touristischen Anziehungspunkten bzw. Attraktionen neben den bereits erwähnten großen Leitprojekten (Draisinenstrecke, Mountainbikepark, Biosphärenhaus) deutlich.

Zu diesen von der EU-Strukturpolitik geförderten touristischen Anziehungspunkte zählen insbesondere spezifische Themenwege wie bspw. ein „begehbare Geschichtsbuch“ (Verbandsgemeinde Schönenberg-Kübelberg), ein sog. „Höhenwanderweg“ im Pfälzer Bergland sowie die sog. „Extratouren“ bzw. „Traumrouten“ im Bereich der Südwestpfalz, bei denen es sich um spezielle Routen handelt, die vom Deutschen Wanderverband als sog. „Premiumwege“ ausgezeichnet wurden. Die Realisierung dieser Premiumwege wurde dabei u.a. im Rahmen von LEADER+ mit Unterstützung des EAGFL Abteilung „Ausrichtung“ finanziert. Zu diesen zählen u.a. der „Dahner Felsenpfad“ oder der sog. „Felsenland Sagenweg.“ Als weitere touristische Anziehungspunkte wurden im Untersuchungsraum durch die EU-Strukturpolitik des Weiteren ein „Burgeninformationszentrum“ in der Verbandsgemeinde Pirmasens-Land (Pfälzerwald), ein „Erlebnispark“ in Hinterweidenthal (Verbandsgemeinde Hauenstein) sowie das naturkundliche Museum „Geoskop“ oder ein spezifischer Golfplatz im Pfälzer Bergland kofinanziert. Als weiteres für den Tourismus äußerst relevantes Projekt wird der „Jakobsweg Südwestpfalz“ als Teil der „Pfälzer Jakobsweg“ von der EU-Strukturpolitik im Rahmen von LEADER+ finanziert. In diesem Zusammenhang wird hervorgehoben, dass insbesondere „kleineren Projekten im Rahmen von LEADER“ wie z.B. der sog. „Wandermarathon“ im Pfälzerwald eine hohe Wirksamkeit zukommt.<sup>501</sup> Ebenso den Marketingmaßnahmen, die nur innerhalb von LEADER förderfähig sind. Ergänzend dazu erfolgt in der Südwestpfalz die Gästeführer Ausbildung mit Mitteln aus dem ESF.<sup>502</sup>

Damit bestätigen die regionalen Akteure an dieser Stelle weitgehend die Ergebnisse der durchgeführten Programm- bzw. Dokumentenanalyse: Die EU-Strukturpolitik leistet einen wichtigen Beitrag zur touristischen Entwicklung der Region Westpfalz. In den touristischen Randgebieten des Untersuchungsraumes (z.B. Pfälzer Bergland) wird dabei in erster Linie die touristische Erschließung gefördert, während im klassischen Tourismuszentrum Pfälzerwald noch vorhandene Lücken im Bereich der Tourismusinfrastruktur geschlossen werden und das bereits vorhandene Angebot erweitert bzw. an veränderte Rahmenbedingungen (z.B. demografischer Wandel) angepasst wird. Die EU-Strukturpolitik leistet damit letztlich einen wichtigen Beitrag um die wesentlichen Grundvoraussetzungen für eine Tourismusentwicklung zu schaffen: Dazu zählt einerseits das Vorhandensein einer touristischen Basisinfrastruktur (Übernachtungsmöglichkeiten, Rad- und Wanderwege, Touristinformationen, etc.), andererseits touristische Anziehungspunkte- und Attraktionen (Museen, Baudenkmäler, die Inwertsetzung landschaftlicher Besonderheiten oder sonstige Einrichtungen wie in der Westpfalz bspw. Draisinenstrecke, Mountainbikepark oder Biosphärenhaus).

Dabei werden die regionalen Tourismusprojekte mehrheitlich im Rahmen von LEADER gefördert. Der LEADER-Ansatz stellt damit nach Auffassung der regionalen Akteure in der Westpfalz das am weitesten verbreitete und bekannteste Instrument innerhalb der EU-Strukturpolitik dar. Damit werden die Erkenntnisse aus den vorangegangenen Analysen und Evaluierungen bestätigt, nachdem LEADER aufgrund des sog. „Bottom-up-Ansatzes“ die EU-Strukturpolitik an der Basis (auf regionaler bzw. lokaler Ebene) sichtbar und begreifbar macht.

---

<sup>501</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>502</sup> Ebenda.

Darüber hinaus wird mit Hilfe von LEADER der „Europagedanke“ gegenüber der Bevölkerung vor Ort deutlich gemacht. So wird durch spezielle Hinweise an Informationstafeln im Umfeld geförderter Maßnahmen und Projekte bekannt gemacht, dass die betreffende Maßnahme (bzw. das betreffende Projekt) mit finanzieller Unterstützung der EU realisiert wurde. Da es sich bei diesen Maßnahmen meist um von LEADER geförderte Projekte aus dem Tourismusbereich handelt, trägt insbesondere dieses Instrument dazu bei, der Bevölkerung vor Ort zu verdeutlichen, dass die Region von der EU speziell gefördert wird und somit vom „Europagedanken“ in Form des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes direkt profitiert. Dies durch konkrete, sichtbare Projekte, die neben den potentiellen Touristen auch der einheimischen Bevölkerung zugutekommen.

Neben LEADER ist den befragten Akteuren insbesondere die (ehemalige) Gemeinschaftsinitiative INTERREG bekannt. Mit diesen EU-Förderprogrammen haben beide innerhalb dieser Arbeit im Vordergrund stehenden Teilräume der Westpfalz bereits eine große Erfahrung. So war der Teilraum Pfälzer Bergland bereits eine relativ in der Pilotphase von LEADER I an diesem Förderprogramm beteiligt. Gleiches gilt für die beiden Verbandsgemeinden Dahner Felsenland und Hauenstein in Bezug auf das Programm PAMINA im Rahmen von INTERREG I.<sup>503</sup> Nach Ansicht der befragten Entscheidungsträger wurden in beiden Teilräumen durch diese Programme in Form von Projekten und neuen Impulsen der Tourismus eindeutig weiterentwickelt. Wobei es sich bei diesen Teilräumen der Westpfalz sowohl um ein touristisches Randgebiet als auch um die beiden touristischen Zentren der Region handelt. So liegt die Verbandsgemeinde Dahner Felsenland mit rund 70.000 Gästen und rund 300.000 Übernachtungen nicht nur innerhalb der Region Westpfalz an der Spitze, sondern auch auf dem 2. Platz innerhalb der gesamten Tourismusregion Pfalz.<sup>504</sup> Wobei im Zusammenhang mit INTERREG auffällt, dass hierbei lediglich das Programm „PAMINA“ erwähnt wird, an dem lediglich zwei westpfälzische Kommunen beteiligt sind. Diese bewerten das Programm jedoch als äußerst relevant für die touristische Entwicklung und sehen darüber hinaus diesen Ansatz als wichtig und effizient für die Gesamtentwicklung der Region an.

Dagegen wird das INTERREG-Programm „Großregion“ bzw. „Saarland-Moselle-Westpfalz“ seitens der regionalen Akteure in diesem Zusammenhang nicht erwähnt. Dies zeigt, dass „PAMINA“ (in der aktuell laufenden Programmperiode „Oberrhein“) nach Auffassung der Akteure eine größere Relevanz hat für die touristische Entwicklung der Westpfalz als das Programm „Großregion“ bzw. „Saarland-Moselle-Westpfalz“, trotz der Tatsache dass an letzterem die gesamte Südwestpfalz beteiligt ist, während bei PAMINA lediglich zwei südwestpfälzische Kommunen Teil des Programmgebietes sind. Wobei die beiden Verbandsgemeinden Dahner Felsenland bzw. Hauenstein die aus touristischer Sicht am weitesten entwickelten Kommunen des Untersuchungsraumes darstellen. Weitere Gründe hierfür sind wohl in der größeren Erfahrung dieses Programmgebietes mit INTERREG-Prozessen zu sehen, wobei in den vergangenen Förderperioden bereits zahlreiche grenzüberschreitende touristische Projekte gemeinsam realisiert worden sind.

Dazu zählen die gemeinsame Vermarktung der Burgen im Grenzraum zwischen Deutschland und Frankreich anhand einer speziellen Burgenkarte oder Informationstafeln, ebenso die Schaffung von grenzüberschreitenden Radwegen zwischen Südwestpfalz und Elsass, sowie deren Vermarktung durch spezielle Radwegekarten.<sup>505</sup>

---

<sup>503</sup> Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey, a.a.O.

<sup>504</sup> Ebenda.

<sup>505</sup> Ebenda.

Ferner sind im Oberrheinraum die Kooperationsstrukturen insgesamt stärker ausgeprägt, weit über die Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Strukturpolitik hinaus. Schließlich handelt es sich hierbei um einen Programmraum der sich als weniger großräumig und differenziert präsentiert als die „Großregion“ mit vier beteiligten Nationen und zwei deutschen Bundesländern. Ebenso sind im Oberrhein gewachsene Verflechtungen zwischen den Teilräumen vorhanden, die sich ebenfalls positiv auf die Kooperationsbereitschaft auswirken dürften. Darüber hinaus wird dem Strukturfonds EFRE eine hohe Relevanz für die Entwicklung der Region Westpfalz zugestanden, wobei insbesondere die Förderung nach Ziel-2 den regionalen Akteuren als Förderinstrument bekannt ist.

Dagegen wurden die weiteren Strukturfonds ESF bzw. EAGFL („Entwicklungsplan ZIL“) in den Expertengesprächen kaum bzw. gar nicht angeführt. Insbesondere im Fall des „Entwicklungsplans ZIL“ verwundert dies, da dieses Förderinstrument der EU-Strukturpolitik in der Programmperiode 2000 bis 2006 wie in der Programmanalyse nachgewiesen wurde, durchaus eine Relevanz für die Entwicklung des Tourismus im Untersuchungsraum besitzen kann (u.a. durch die Förderung des Agrartourismus). Die Ergebnisse der Auswertung der durchgeführten Expertenbefragungen verdeutlichen weiterhin, dass die (ehemaligen) Gemeinschaftsinitiativen LEADER bzw. INTERREG bei den regionalen Akteuren und Entscheidungsträgern einen wesentlichen höheren Bekanntheitsgrad aufweisen als die Strukturfondsförderung. Gerade im Hinblick auf die Tourismusförderung wird dabei vor allem LEADER eine große Bedeutung zugestanden.

Es bestätigt sich hierbei einmal mehr, dass LEADER und in Ansätzen auch INTERREG geeignet erscheinen, mit einem deutlich geringerem finanziellen Aufwand wie die Strukturfondsförderung (z.B. Ziel-2-Programm, etc.) zahlreiche positive Wirkungen und Impulse für die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen zu initiieren. Im Wesentlichen werden dabei diese Wirkungen bzw. Impulse infolge des „Bottom-up-Ansatzes“ erreicht, da die Umsetzung von LEADER im Gegensatz zu anderen Förderprogrammen der EU-Strukturpolitik (Ziel-2-Förderung – aktuell: operationelles Programm „Wachstum durch Innovation“) in erster Linie direkt auf regionaler Ebene und weniger auf Landesebene erfolgt. Durch diesen Prozess wird ein deutlicher Mehrwert erreicht, welcher insbesondere im Rahmen der vorgegebenen Programmplanung mit der Notwendigkeit regionale Entwicklungsstrategien aufzustellen zum Ausdruck kommt. Die positiven Impulse, welche hierdurch insbesondere für die Tourismusentwicklung entstehen, wurden bereits ausführlich im Verlauf dieser Arbeit dargestellt (z.B. Erhöhung der Kooperationsbereitschaft und Vernetzung der verschiedenen Akteure, usw.). Dabei ist das im Rahmen der Expertengespräche gewonnene Meinungsbild überwiegend identisch mit den Ergebnissen von zahlreichen Untersuchungen und Evaluierungen zu den Wirkungen der EU-Strukturpolitik (vgl. hierzu auch Kapitel B II, 2).

Neben den hohen finanziellen Mitteln die infolge der EU-Förderprogramme in die Region Westpfalz fließen, wurde bei den vorangegangenen Analysen vor allem der sog. Mehrwert der EU-Strukturpolitik als zentraler Impuls für die Tourismusentwicklung hervorgehoben. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Programmplanung vor allem Kooperation, Vernetzung und Erfahrungsaustausch im Tourismus fördert.

Diese Einschätzung wird im Folgenden ebenfalls empirisch überprüft. Des Weiteren wird die Einschätzung der befragten Akteure hinsichtlich des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf vorhandene Disparitäten im Bereich des Tourismus im Untersuchungsraum untersucht. Denn diese Fragestellung stellte einen Untersuchungsschwerpunkt innerhalb der vorangegangenen Programm- bzw. Dokumentenanalyse dar.

- **Führt die Intensive Auseinandersetzung mit den regionalen Stärken, Schwächen u. Entwicklungsperspektiven im Rahmen der vorgeschriebenen Programmplanung zu einer erhöhten Qualität der Konzeptionen und wird auf diese Weise die touristische Profilierung der Region gefördert ?**

Nach Ansicht der Befragten steigt durch die EU-Strukturpolitik die Konzeptqualität. Insbesondere wird der infolge der Programmplanung geförderte „Blick nach innen“ (in die Region) als wichtig für die Akteure bewertet.<sup>506</sup> Durch die intensive Beschäftigung mit den regionalen Stärken und Schwächen können nach Auffassung der befragten Akteure positive Impulse für die Tourismusentwicklung initiiert werden. Jedoch erachten die Akteure eine reine Fortschreibung der Konzepte anstelle der in Rheinland-Pfalz bisher angewandten Vorgehensweise eines Wettbewerbes zur Auswahl der LEADER-Regionen in den einzelnen Förderperioden als sinnvoller.<sup>507</sup>

Weiterhin wird in diesem Zusammenhang festgestellt, dass in den Förderprogrammen teilweise zu enge bzw. konkrete Vorgaben bezüglich förderfähiger Maßnahmen gemacht werden. Dabei wird die Gefahr gesehen, dass dann in der Folge die Förderprogramme die umgesetzten Projekte bestimmen.<sup>508</sup> Dies hat dann zur Folge, dass letztlich v.a. diejenigen Projekte realisiert werden, die am ehesten förderfähig sind, und weniger die Projekte, welche dem spezifischem regionalen Bedarf bzw. den regionalen Potenzialen entsprechen. Als negatives Beispiel wird in diesem Zusammenhang der Bereich „Nordic Walking“ angeführt: So haben viele Kommunen in der Westpfalz zwischenzeitlich solche Nordic-Walking-Parcours bzw. -Parks angelegt, weil hierfür zahlreiche Fördermittel vorgesehen sind.<sup>509</sup> Daher können zu enge Vorgaben in den Förderprogrammen zu einer Uniformität im regionalen touristischen Angebot führen und somit einer angestrebten Profilbildung entgegenstehen. Ähnliches wurde bei der Evaluierung des LEADER+-Programms Rheinland-Pfalz in Bezug auf die Förderung des Radtourismus angemahnt (vgl. hierzu Kapitel B II, 2). Des Weiteren wird eine teilweise zu geringe Prioritätensetzung vor Ort kritisiert, wenn lediglich ein gewisser „Standardkatalog“ übernommen wird bzw. ein „Aufspringen auf gewisse Trends“ beobachtet wird.<sup>510</sup>

- **Fördert die EU-Strukturpolitik Ihrer Einschätzung nach die Kooperation bzw. Vernetzung der Akteure im Tourismus und findet ein Erfahrungsaustausch statt mit anderen Regionen ?**

In diesem Zusammenhang wird grundsätzlich der Einschätzung zugestimmt, dass die EU-Strukturpolitik insbesondere in Form der Programmplanung die Kooperation und Vernetzung ebenso wie den Erfahrungsaustausch fördert. Dabei werden insbesondere LEADER und INTERREG angeführt, die sowohl Kooperationen mit benachbarten Regionen in Deutschland als auch mit Frankreich unterstützen.

So werden infolge von LEADER und INTERREG konkrete regions- bzw. grenzüberschreitende Projekte entwickelt, wie z.B. die Erweiterung des Mountainbikeparks, die mit einer Erweiterung des LEADER-Aktionsgebietes der LAG „Pfälzerwald“ auf benachbarte Verbandsgemeinden wie etwa Annweiler am Trifels oder Bad Bergzabern in der Region Rheinpfalz einhergeht.

---

<sup>506</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>507</sup> Ebenda.

<sup>508</sup> Expertengespräch mit Herrn Dipl.-Ing. Theophil Weick und Herrn Dipl.-Ing. Stefan Germer, a.a.O.

<sup>509</sup> Ebenda.

<sup>510</sup> Ebenda.

In Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG werden jedoch die langwierigen Genehmigungsverfahren in Frankreich kritisiert, aufgrund der dortigen zentralistischen Strukturen und der damit verbundenen langen Antragswege, da über die Bewilligung von Fördergeldern teilweise nur die Zentralregierung in Paris entscheidet.<sup>511</sup>

Durch Instrumente wie LEADER oder INTERREG, welche u.a. zum Ziel haben die regionalen Akteure stärker zu vernetzen sowie diese Kooperationsbereitschaft zu erhöhen, wird die Notwendigkeit einer intensiveren Zusammenarbeit im Tourismus über Gemeinde- bzw. sonstige administrativen Grenzen hinweg verdeutlicht. Denn um in einem verschärften Wettbewerb im Tourismusbereich bestehen zu können, muss die Westpfalz stärker als zusammenhängende Region betrachtet und vermarktet werden. Zu diesem Zweck müssen administrative Grenzen überwunden sowie Kräfte gebündelt werden. In diesem Zusammenhang bestehen bereits erste Ansätze, so wird bspw. in der Verbandsgemeinde Hauenstein eine Tourismuskonferenz unter dem Titel „Tourismus kennt keine Grenzen“ durchgeführt,<sup>512</sup> um das Bewusstsein der Akteure für diese Thematik zu schärfen und kleinräumiges, an Gemeindegrenzen endendes Denken zu überwinden. Ebenso wird die Tatsache kritisiert, dass bestimmte Förderansätze noch z.T. eher sektoral ausgerichtet sind und dies zu „Parallelwelten“ bzw. einer „Ressortierung“ führen kann,<sup>513</sup> die letztlich eine Kooperation und Vernetzung behindern. Ferner wird die Abstimmung zwischen den Ressorts noch teilweise als mangelhaft empfunden, jedoch wird an dieser Stelle durchaus auf Unterschiede zwischen den einzelnen Förderansätzen hingewiesen. In diesem Zusammenhang wird ferner kritisiert, dass der zunehmende Konkurrenzkampf um die Vergabe von Fördermitteln die Abstimmung und Kooperationsbereitschaft innerhalb der Region in der Praxis behindern kann.<sup>514</sup>

- **Wird Ihrer Einschätzung nach im Rahmen der EU-Strukturpolitik das bestehende Angebotsgefälle im Tourismus innerhalb der Westpfalz abgebaut oder haben sich bestehende Disparitäten in den vergangenen Jahren weiter verschärft ?**

Hinsichtlich des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die vorhandenen Disparitäten im Untersuchungsraum wurden im Rahmen der durchgeführten empirischen Erhebungen unterschiedliche Einschätzungen erfasst. So wird einerseits angeführt, dass vorhandene Disparitäten bestehen bleiben, etwa im Landkreis Südwestpfalz, der bspw. beim LEADER-Ansatz zweigeteilt ist: So ist der westliche Teil der Landkreises kein LEADER-Fördergebiet, obwohl v.a. hier und weniger im Ostteil (bspw. „Dahner Felsenland“) Nachholbedarf bezüglich der touristischen Ausstattung zu verzeichnen ist. Dieser war und ist LEADER Fördergebiet sowohl in der vergangenen als auch in der aktuellen Förderperiode (LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ bzw. „Pfälzerwald“).<sup>515</sup>

Das LEADER-Aktionsgebiet profitiert dabei insbesondere von der Förderung von Marketingmaßnahmen, die im Rahmen dieses Förderinstrumentes unterstützt werden, während andere Teile des Landkreises dafür auf Landesprogramme angewiesen sind.<sup>516</sup>

---

<sup>511</sup> Expertengespräch mit Frau Silvia Seebach und Herrn Rückel, a.a.O.

<sup>512</sup> Expertengespräch mit Herrn Ulrich Lauth, a.a.O.

<sup>513</sup> Expertengespräch mit Herrn Dipl.-Ing. Theophil Weick und Herrn Dipl.-Ing. Stefan Germer, a.a.O.

<sup>514</sup> Expertengespräch mit Frau Silvia Seebach und Herrn Rückel, a.a.O.

<sup>515</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>516</sup> Ebenda.

Andererseits wird betont, dass mehr Fördergelder nicht automatisch mehr Impulse bzw. eine stärkere Profilierung für den Tourismus bedeuten müssen. Denn Fördergelder müssen, um dieses letztlich zu erreichen, zunächst einmal sinnvoll eingesetzt werden, denn „unsinnige Investitionen führen letztlich zu keinen neuen Impulsen und zu keiner Profilierung im Tourismusbereich.“ So wird u.a. beobachtet, dass EU-Fördergelder „häufig allein dazu dienen, sog. „Finanzierungslücken“ zu schließen.“<sup>517</sup> Dennoch werden durchaus auch Beispiele für den effizienten und sinnvollen Einsatz von EU-Strukturmitteln in der Region Westpfalz deutlich gemacht, wie etwa das Projekt „Kulinarische Landstraße“, welches zu einer Profilbildung der Region im Sinne eines Alleinstellungsmerkmals beitragen kann.<sup>518</sup>

Diese Erkenntnisse aus den Befragungen verdeutlichen, dass die Bewertung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf vorhandene Disparitäten äußerst differenziert betrachtet werden muss und häufig der erste Eindruck nicht zu einer endgültigen, fundierten Bewertung ausreicht. Eine endgültige Bewertung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf regionale Disparitäten innerhalb des Tourismus im Untersuchungsraum wird daher erst beim zusammenfassenden und abschließenden Fazit des Analyseteils vorgenommen.

## **2.2 Bedeutung der von der EU finanzierten touristischen regionalen Leitprojekte für den Tourismus in der Westpfalz**

Der nun folgende Fragenkomplex bildet einen weiteren Schwerpunkt der Expertengespräche und befasst sich mit der Bedeutung der von der EU finanzierten touristischen regionalen Leitprojekte für die Tourismusedwicklung im Untersuchungsraum. Dabei sollen die im Verlauf der vorangegangenen Wirkungsanalyse gewonnen Erkenntnisse empirisch überprüft und eventuell ergänzende Einschätzungen gewonnen werden. Es wird daher anhand der Fragestellungen untersucht, ob die mit den einzelnen Leitprojekten verbundenen Erwartungen erfüllt werden, und welchen Einfluss diese Projekte letztlich auf die Tourismusedwicklung in der Westpfalz haben. Schließlich sollen Informationen über die Rolle der EU-Strukturpolitik bei der Entwicklung und Umsetzung dieser Projekte gewonnen werden. Wobei diejenigen Akteure, die nur in einem bestimmten Teilraum der Westpfalz wirken, logischerweise nur jeweils zu den Projekten in ihrem Wirkungsbereich befragt werden können (z.B. Akteure des Pfälzer Berglandes zum Projekt Draisinenstrecke bzw. Akteure des Pfälzerwaldes zum Projekt Mountainbikepark). Dagegen können die Akteure auf der regionalen Ebene (Vertreter der Planungsgemeinschaft Westpfalz) um Einschätzungen bezüglich aller großen Leitprojekte gebeten werden.

### **2.2.1 Erwartungen und Ziele der Projekte im touristischen Gesamtkontext der Region**

In diesem Zusammenhang wurden folgende Fragestellungen formuliert:

- **Wurden Ihrer Einschätzung nach die mit den regionalen touristischen Leitprojekten verbundenen Erwartungen und Ziele in Bezug auf den Tourismus bisher erfüllt ?**
- **Ist durch diese Projekte Ihrer Einschätzung nach der Bekanntheitsgrad der Region als Tourismusstandort gestiegen ?**

**Tragen diese Projekte zur touristischen Profilierung der Region bei ?**

---

<sup>517</sup> Expertengespräch mit Herrn Dipl.-Ing. Theophil Weick und Herrn Dipl.-Ing. Stefan Germer, a.a.O.

<sup>518</sup> Ebenda.

Bei der Beantwortung dieser Fragen durch die regionalen Akteure ergibt sich ein eindeutiges Meinungsbild. So werden die beiden Projekte „Draisinenstrecke in Verbindung mit dem Glan-Blies-Radweg“ und „Mountainbikepark“ von den Befragten bezüglich ihrer Relevanz für die touristische Entwicklung äußerst positiv bewertet. Die mit den Projekten verbundenen Zielsetzungen bzw. Erwartungen wie bspw. die Schaffung neuer Angebote, die Gewinnung neuer Zielgruppen, die Nutzung vorhandener Potenziale wurden dabei erreicht und teilweise gar übererfüllt. Diese beiden Leitprojekte stellen des Weiteren nach Ansicht der Befragten Alleinstellungsmerkmale und Anziehungspunkte im Bereich des Tourismus dar.

Auf diese Weise tragen die Projekte auch dazu bei den Bekanntheitsgrad der Region Westpfalz als Tourismusstandort zu erhöhen: So wurde bspw. in einer Fachzeitung ausführlich über das Projekt „Mountainbikepark Pfälzerwald“ berichtet. Wobei in Bezug auf die Vermarktung der Region im Tourismusbereich von allen Seiten noch ein deutlicher Ausbau- und Verbesserungsbedarf gesehen wird. Zu diesem Zweck sollen neue Ideen bzw. Angebote geschaffen werden, und verstärkt vor allem Events als Vermarktungschance genutzt werden. Weiterhin leisten beide Projekte einen Beitrag zu einer touristischen Profilierung der Region Westpfalz. Damit werden die im Verlauf dieser Arbeit bereits getätigten Vermutungen weitgehend bestätigt. Die infolge der EU-Förderprogramme und ihrer Vorgaben entwickelten sowie finanzierten Projekte tragen im Untersuchungsraum zu einer stärkeren Profilbildung innerhalb des Tourismus bei.

Daneben werden auch weitere touristische Leitprojekte wie etwa das „Biosphärenhaus Pfälzerwald-Nordvogesen“ oder die „Kulinarische Landstraße“ im Pfälzer Bergland insgesamt betrachtet zufriedenstellend bewertet, wobei sich die Einschätzung dieser Projekte jedoch nicht völlig uneingeschränkt positiv darstellt wie etwa bei Draisinenstrecke oder Mountainbikepark. So wird dem Biosphärenhaus in gewissem Maße attestiert, den Bekanntheitsgrad der Region und insbesondere ihres Naturpotenzials zu erhöhen. Wobei an beiden Konzeptionen noch ein gewisser Optimierungsbedarf gesehen wird, dies insbesondere im Hinblick auf das Biosphärenhaus. Hierbei wird zunächst betont, dass die Ziele in Bezug auf das Projekt Biosphärenhaus zunächst relativ hoch gesteckt waren, nach heutiger Einschätzung „womöglich zu hoch.“ Die Erwartungen wurden zwar „befriedigend“ erfüllt, jedoch wird noch deutliches Entwicklungspotenzial gesehen.<sup>519</sup> Dabei sollen vorhandene Defizite u.a. im Rahmen von LEADER aufgearbeitet werden.

So wird v.a. der Standort des Projektes von einigen Akteuren als nicht optimal empfunden, da er etwas abseits von sonstigen touristischen Anziehungspunkten liegt. Weiterhin wird in diesem Zusammenhang erwähnt, dass das ursprünglich angedachte Konzept nicht verwirklicht und das Projekt letztlich stärker an die vorhandene Nachfrage angepasst wurde. Ebenso wird eine teilweise Konkurrenzsituation mit dem „Haus der Nachhaltigkeit“ im „Zentrum Pfälzerwald“ erkannt und eine intensivere Vernetzung dieser beiden Einrichtungen gefordert.<sup>520</sup>

Darüber hinaus wird angemahnt, die Profilierungschancen der Biosphäre „Pfälzerwald-Nordvogesen“ stärker zu nutzen, da es sich hierbei um das einzige Biosphärenreservat in Rheinland-Pfalz handelt, welches zudem noch grenzüberschreitend angelegt ist. Dies sollte nach dem Willen der Akteure durch eine bessere Vermarktung bzw. Kommunikation angestrebt werden, sowohl nach innen in Region hinein (Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung der Bevölkerung) als auch über die Region hinaus nach außen.<sup>521</sup>

---

<sup>519</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>520</sup> Expertengespräch mit Herrn Dipl.-Ing. Theophil Weick und Herrn Dipl.-Ing. Stefan Germer, a.a.O.

<sup>521</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

Weiterhin sollten Events zur Vermarktung und Optimierung der Konzeptionellen Ansatzes „Biosphärenhaus“ genutzt werden, diese sollten jedoch den „spezifischen Charakter des Hauses widerspiegeln.“<sup>522</sup> Die Erweiterung des Projektes Biosphärenhaus durch weitere, die Konzeption ergänzende Anziehungspunkte wie den sog. „Baumwipfelpfad“ wird dagegen positiv bewertet. Durch den Baumwipfelpfad ist nach Ansicht der Befragten „eine deutliche Verstärkung der Wirkungen dieses Projektes erreicht wurden.“<sup>523</sup> So war die Auslastung dieser Einrichtung zunächst gering, so dass die dringende Notwendigkeit bestand, neue Anziehungspunkte neben dem eigentlichen Biosphärenhaus zu schaffen. Nach der Realisierung des Baumwipfelpfades dient dieser nun als Anreiz bzw. „Kick“ das Biosphärenhaus zu besuchen. Infolge dieses Besuches werden dann Besucher bzw. Touristen angeregt in die Naturlandschaft zu fahren.<sup>524</sup>

Des Weiteren werden in Zusammenhang mit dem Biosphärenreservat auch Chancen bzw. Ausbaubedarf bei der Vermarktung regionaler Produkte gesehen, wobei u.a. die Etablierung einer regionalen Dachmarke nach dem Vorbild anderer Tourismusregionen wie bspw. Eifel oder Schwarzwald angestrebt wird.<sup>525</sup> Ansätze hierfür sind bereits in anderen Teilen der Region vorhanden wie bspw. mit dem LEADER-Projekt „Kulinarische Landstraße“ im Pfälzer Bergland. Wobei auch im Rahmen dieser Konzeption noch Optimierungsbedarf gesehen wird. So wird vereinzelt der Standort des Hauses der Kulinarischen Landstraße als „nicht optimal betrachtet“<sup>526</sup> und eine bessere Verknüpfung mit touristischen Schwerpunkten wie der „Draisinenstrecke“ angeregt (zusätzliche Verkaufsstellen neben dem Haus der Kulinarischen Landstraße an Tourismusschwerpunkten notwendig).<sup>527</sup> Ferner wird in diesem Zusammenhang eine stärkere Kommunikation bzw. Information der zugrundeliegende Zielsetzung / Intention dieser Konzeption „Kulinarische Landstraße“ für Touristen angemahnt. Da diese häufig nicht wissen, was sich letztlich genau hinter dieser Konzeption verbirgt.<sup>528</sup>

Dennoch werden durch dieses Projekt positive Impulse erkannt, wenngleich diese in Bezug auf die Tourismusedwicklung eher indirekter Natur sind, z.B. in Form von Synergien zwischen Landwirtschaft / Regionale Produkte und Tourismus. Insgesamt gesehen wird daher diesen Projekten eine deutlich geringere Relevanz für die Tourismusedwicklung im Untersuchungsraum zugestanden als etwa „Draisinenstrecke“ oder „Mountainbikepark.“ Wobei letztere nach Ansicht der befragten Akteure uneingeschränkt zu einer Profilierung der Region im Tourismusbereich beitragen. Dies gilt in Ansätzen auch für das Projekt Kulinarische Landstraße, wohingegen nach Ansicht vieler Akteure mit dem Biosphärenhaus bislang noch keine eindeutige Profilierung gelungen ist.<sup>529</sup> Jedoch sind hierdurch ebenfalls positive Impulse möglich, wenn das vorhandene Entwicklungspotenzial künftig intensiver bzw. effizienter genutzt wird.

Neben diesen großen bekannten Projekten kristallisiert sich im Teilraum Südwestpfalz das von LEADER+ unterstützte Projekt „Jakobsweg Südwestpfalz“ zunehmend als äußerst relevant für die Tourismusedwicklung heraus.

---

522 Expertengespräch mit Herrn Dipl.-Ing. Theophil Weick und Herrn Dipl.-Ing. Stefan Germer, a.a.O.

523 Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey, a.a.O.

524 Ebenda.

525 Expertengespräch mit Herrn Dipl.-Ing. Theophil Weick und Herrn Dipl.-Ing. Stefan Germer, a.a.O.

526 Expertengespräch mit Herrn Klaus Jung, a.a.O.

527 Expertengespräch mit Herrn Dr. Stefan Spitzer und Frau Sonnenberg, a.a.O.

528 Expertengespräch mit Herrn Klaus Jung, a.a.O.

529 Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

Denn der Pilgertourismus stellt einen aktuellen Trend im Bereich des Tourismus dar, in dem auch der Teilraum Südwestpfalz große Potentiale aufweist (Lage am mittelalterlichen Jakobspilgerweg). Demzufolge wird der Pilgertourismus daher von den Befragten zunehmend als neue wichtige Säule des Tourismus im Bereich der Südwestpfalz neben den klassischen Säulen „Wander-“ sowie „Radtourismus“ angesehen. Im Bereich „Pilgertourismus“ sind daher noch große Entwicklungspotenziale vorhanden, die u.a. mit Unterstützung der LEADER-Initiative in der aktuellen Förderperiode ausgebaut werden sollen (vgl. hierzu Ausführungen zur LILE der LAG „Pfälzerwald“ in Kapitel B II, 2.4.3)

Von allen befragten Experten wird schließlich bestätigt, dass diese zentralen von der EU-Strukturpolitik finanzierten touristischen Leitprojekte dazu beitragen die vorhandenen Potentiale der Region besser zu nutzen. Zum Teil werden in diesem Zusammenhang noch mehr Initiativen aus dem privaten Bereich (Übernachtungsbetriebe, Gastronomie)<sup>530</sup> gewünscht, um die Wirkungen dieser Projekte weiter zu erhöhen und die sich daraus ergebenden Chancen für den Bereich des Tourismus noch intensiver zu nutzen bzw. in Wert zu setzen.

## **2.2.2 Bedeutung dieser regionalen Leitprojekte für die Tourismusentwicklung in der Westpfalz**

Die infolge dieser Projekte festgestellten Impulse sollen innerhalb der durchgeführten Expertengespräche anhand der folgenden Fragestellungen erfasst werden:

- **Fördern diese Projekte Ihrer Meinung nach die Kooperation und Vernetzung im Bereich des Tourismus innerhalb der Region und darüber hinaus ?**

**Falls ja, entstehen durch diesen Erfahrungsaustausch neue Impulse für die touristische Entwicklung ?**

Alle befragten regionalen Akteure bestätigen, dass insbesondere Projekte wie die Draisinenstrecke oder der Mountainbikepark eine erhöhte Kooperationsbereitschaft und eine Vernetzung zwischen den relevanten Akteuren fördern.

Dies gilt zunächst innerhalb der einzelnen Teilräume: So trägt das Projekt Draisinenstrecke, welches sich über mehrere Verbandsgemeinden in zwei verschiedenen Landkreisen erstreckt, zu einer verstärkten interkommunalen Kooperation innerhalb des Tourismus im Pfälzer Bergland bei. Wobei dies vor allem durch die Gründung des Fremdenverkehrszweckverbandes „Landkreis Kusel“ zum Ausdruck kommt, an den zwischenzeitlich auch angrenzende Gebiete angeschlossen wurden (Verbandsgemeinden Baumholder im Landkreis Birkenfeld und Meisenheim im Landkreis Birkenfeld), die zwar nicht administrativ zum Landkreis Kusel bzw. zur Westpfalz gehören, sich aber „als geografische Einheit sehen“ und gemeinsam im Rahmen des LILE innerhalb von LEADER weitere gemeinsame touristische Projekte über das Draisinenprojekt hinaus entwickeln.<sup>531</sup> Hierbei wird einmal mehr verdeutlicht, dass LEADER die interkommunale und interregionale Kooperationen über administrative Grenzen hinaus fördert, da die einzelnen Aktionsgebiete nicht nach administrativen, sondern v.a. nach geografischen Gesichtspunkten bzw. sonstigen Verflechtungen abgegrenzt werden. Dennoch wird teilweise immer noch eine mangelhafte Koordinierung zwischen den verschiedenen Institutionen festgestellt.

---

<sup>530</sup> Expertengespräch mit Herrn Karl-Heinz Schoon, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Schönenberg-Kübelberg, am 29.06.2009.

<sup>531</sup> Vgl. hierzu LILE der LAG „Pfälzer Bergland“.

Wobei dies vor allem auf die zahlreichen Verpflichtungen und hohen Belastungen der verantwortlichen Akteure zurückgeführt wird. So müssen neben den Abstimmungsprozessen im Rahmen der EU-Strukturpolitik noch zahlreiche weitere Arbeitsgruppen und Werkstätten sowie darüber hinaus noch verschiedene Landesinitiativen koordiniert werden. Dadurch ergeben sich zahlreiche Verpflichtungen, während gleichzeitig noch das sog. „Tagesgeschäft“ (Büroarbeit) erledigt werden muss, dies kann dann zu einer Überlastung der regionalen Akteure führen<sup>532</sup> und somit eine noch intensivere Kooperation bzw. Erfahrungsaustausch aus zeitlich-terminlichen Gründen verhindern.

Darüber hinaus trägt auch das LEADER-Projekt „Glan-Blies-Radweg“, welches parallel zur Draisinenstrecke realisiert wurde zu einem Ausbau der Kooperationen mit benachbarten Regionen bei. Hierzu zählen der Saarpfalzkreis im Saarland sowie die französische Region Lorraine (Lothringen). Infolge der positiven Erfahrungen aus der gemeinsamen Entwicklung und Realisierung dieses Projektes wurden anschließend weitere Projektideen für grenzüberschreitende Projekte im Tourismusbereich entwickelt. Bereits in früheren Förderperioden (Förderung im Rahmen von Ziel-5b (LEADER II) innerhalb der Programmperiode 1994 bis 1999) der EU-Strukturpolitik wurden im Teilraum Pfälzer Bergland Kooperationen mit anderen europäischen Regionen in Frankreich (Normandie), Polen (Schlesien) und Finnland (Nordkarelien) initiiert, die ohne den LEADER-Prozess im Rahmen der EU-Strukturpolitik nicht möglich gewesen wären.<sup>533</sup> Aufgrund dieser Kooperationen entsteht ein intensiver Austausch von Erfahrungen und Ideen, die zur Entwicklung neuer gemeinsamer Projekte führen, welche gerade für die Entwicklung des Tourismus von Relevanz sind. So wird, wie bereits erwähnt, unter Beteiligung dieser europäischen Partnerregionen jährlich ein Europäischer Bauernmarkt im Pfälzer Bergland ausgerichtet,<sup>534</sup> ferner wurde u.a. im Umfeld eines Hotels eine typische „Finnenhütte“ errichtet, in der entsprechende Veranstaltungen (insbesondere im Bereich der Gastronomie) stattfinden.

Gleiches gilt für das Projekt „Mountainbikepark“, das ebenfalls mehrere Verbandsgemeinden in zwei Landkreisen umfasst. Wobei dieses Projekt in absehbarer Zeit noch auf weitere Verbandsgemeinden in dann drei verschiedenen Landkreisen und in zwei verschiedenen Regionen (Westpfalz und Rheinpfalz) erweitert wird. Regionale Akteure bestätigen auch an dieser Stelle positive Einflüsse dieses interkommunalen Projekts auf die Kooperationsbereitschaft und Vernetzung im Teilraum „Zentrum Pfälzerwald.“ So wird infolge dieses Projektes das „kleinräumige Denken überwunden.“<sup>535</sup> Dies zeigt sich u.a. darin, dass von den beteiligten Kommunen infolge des Projektes „Mountainbikepark Pfälzerwald“ die Werbegemeinschaft „Zentrum Pfälzerwald“ zur touristischen Vermarktung der Region gegründet. Ebenso erfolgt in diesem Zusammenhang eine engere Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Bürgermeistern der Kommunen.

Des Weiteren führte der Mountainbikepark zu einem Ausbau von Kooperation, Abstimmung sowie Sensibilisierung zwischen unterschiedlichen Fachbereichen: Auf diese Weise konnten anfängliche Konflikte zwischen Mountainbiking auf der einen Seite und Wanderern sowie Jägern auf der anderen Seite inzwischen weitgehend entschärft werden.<sup>536</sup>

---

<sup>532</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>533</sup> Expertengespräch mit Herrn Dr. Winfried Hirschberger, a.a.O.

<sup>534</sup> Ebenda.

<sup>535</sup> Expertengespräch mit Herrn Winfried Krämer, a.a.O.

<sup>536</sup> Ebenda.

Die Kooperationsbereitschaft wird zudem dadurch gefördert, dass auch die benachbarten Verbandsgemeinden der Auffassung sind, dass sie von dem Projekt Mountainbikepark bereits heute schon profitieren, selbst wenn die Erweiterung sich noch in der Umsetzung befindet. Durch die Erweiterung und Ausdehnung des Mountainbikeparks wird zudem erwartet, dass hierdurch „die Nachbarn besser kennen gelernt werden“, insbesondere in Bezug auf deren spezifische Probleme.<sup>537</sup> Infolge dieses intensiven Austausches wird sich „ein Erkenntnisgewinn über Verbandsgemeindegrenzen hinaus“<sup>538</sup> erwartet, der zu neuen Impulsen für die Tourismusentwicklung führen wird. Dabei wird insbesondere erwartet, dass die Südwestpfalz von den „Erfahrungen des Tourismuszentrums Deutsche Weinstraße“ profitieren wird. Dies insbesondere vor dem Hintergrund als das im Bereich der Deutschen Weinstraße „die Potenziale des Tourismus früher erkannt wurden“ als in der Westpfalz.<sup>539</sup>

Beide Projekte, sowohl Biosphärenhaus als auch Kulinarische Landstraße fördern ebenfalls Kooperation und Vernetzung, jedoch weniger aus räumlicher Sicht sondern als vielmehr im sektoralen Bereich. So konzentriert sich das Projekt Biosphärenhaus im Gegensatz etwa zum Mountainbikepark auf einem festen Standort in einer Kommune, die Kulinarische Landstraße umfasst zwar verschiedene räumlich getrennte Stationen jedoch lediglich innerhalb eines Landkreises. Beide Konzeptionen fördern daher in erster Linie vor allem die Kooperation und Vernetzung zwischen unterschiedlichen sektoralen Bereichen: Das Biosphärenhaus fördert dabei die sektorenübergreifende Kooperation zwischen Naturschutz und Tourismus, während infolge des Projektes Kulinarische Landstraße Kooperationen zwischen Landwirtschaft / Gastronomie und Tourismus gestärkt werden. Generell wird in diesem Zusammenhang von den regionalen Akteuren gefordert, dass Tourismusprojekte „nicht zu kleinräumig begrenzt werden dürfen.“ Sie sollten nicht nur auf das Gebiet von einer oder zwei Verbandsgemeinden begrenzt, sondern auf „regionaler Ebene“ initiiert werden.<sup>540</sup> Auf diese Weise kann dann schließlich die Wirksamkeit der Projekte erhöht, Potenziale vernetzt, sowie die regionale Kooperation und Identität insgesamt gestärkt werden.

- **Sind infolge dieser Projekte Gäste- und Übernachtungszahlen gestiegen ?**
- **Wurden neue Zielgruppen für den Tourismus in der Region gewonnen ?**

Die befragten Akteure gehen davon aus, dass sich die touristischen Leitprojekte „Draisinen“ und „Mountainbikepark“ positiv auf die Gäste- und Übernachtungszahlen auswirken, wenngleich betont wird, dass sich dies aus statistischer Sicht nur schwer eindeutig beweisen lässt. Dennoch weisen die Eindrücke und Bewertungen der Akteure klar in Richtung einer Bestätigung von positiven Auswirkungen dieser Projekte auf die Gäste- und Übernachtungszahlen.

So wird u.a. geschätzt, dass derzeit rund 30 bis 40 % der Übernachtungen im Pfälzer Bergland aufgrund des Anziehungspunktes „Draisinenstrecke“ getätigt werden.<sup>541</sup> Aufgrund dessen sind „eindeutig positive Impulse durch die Draisinenstrecke“ zu beobachten, wobei insbesondere Hoteliers „positive Auswirkungen“ durch dieses Projekt spüren.<sup>542</sup>

---

<sup>537</sup> Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey, a.a.O.

<sup>538</sup> Ebenda.

<sup>539</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>540</sup> Expertengespräch mit Herrn Karl-Heinz Schoon, a.a.O.

<sup>541</sup> Expertengespräch mit Herrn Dr. Winfried Hirschberger, a.a.O.

<sup>542</sup> Expertengespräch mit Herrn Dr. Stefan Spitzer, a.a.O.

Des Weiteren wird im Teilraum Pfälzer Bergland infolge von Draisenstrecke und Glan-Blies-Radweg ein Anstieg der Wochenendtouristen, v.a. von Besuchern bzw. Touristen aus der benachbarten Region Rheinpfalz attestiert. Wobei diese neben den beiden besonderen Anziehungspunkten „Draisen“ bzw. „Glan-Blies-Radweg“ insbesondere von der „hügeligen Landschaft“ angezogen werden, die einen eindeutigen Kontrast zur dortigen „flachen Rheinebene“ darstellt.<sup>543</sup> Daran lässt sich einerseits erkennen, dass diese mit Unterstützung der EU-Strukturpolitik realisierten Projekte zu einer Inwertsetzung der vorhandenen natürlichen Potenziale beitragen. Andererseits wird hierdurch deutlich, dass spezifische Anziehungspunkte vorhanden sein müssen, um eine nachhaltige Tourismusedwicklung initiieren zu können. Durch solche Anziehungspunkte wird zudem die Vermarktung einer Region als Tourismusstandort erleichtert.

Auf der anderen Seite werden im Bereich der Südwestpfalz relativ konstante Gästezahlen verzeichnet, wenngleich hier das Niveau seit jeher deutlich höher als im Pfälzer Bergland ist. Bezüglich der Zielgruppen wird im Bereich Südwestpfalz / Pfälzerwald ein steigender Anteil an Familien und jüngeren Wandertouristen beobachtet.<sup>544</sup> Wobei die EU-Strukturpolitik gerade im Wandertourismus als dem klassischen Tourismusegment im Teilraum Südwestpfalz ebenfalls zahlreiche Projekte unterstützt, insbesondere im Bereich „Themen- und Premiumwanderwege“ (z.B. „Felsenwanderweg“ oder die sog. „Extratouren“). Damit werden neben der Gewinnung neuer Zielgruppen insbesondere vorhandene Zielgruppen und Stammgäste durch neue Anziehungspunkte bzw. ein erweitertes Angebot im Wandertourismus weiterhin an die Region gebunden. Dieses ist letztlich von großer Relevanz für die Tourismusedwicklung, denn nur wenn die Stammgäste mit dem vorhandenen Angebot zufrieden sind, können letztlich auch neue Zielgruppen und neue Gäste für den Tourismus gewonnen werden.

Bezüglich der Gewinnung neuer Zielgruppen für den Tourismus im Untersuchungsraum werden insbesondere dem Projekt Mountainbikepark Pfälzerwald positive Effekte zugerechnet. Dieses Projekt gewinnt zunehmend die spezifische Zielgruppe der Mountainbiker für den Tourismus in der Westpfalz.

Diese Zielgruppe verzeichnet nach Auskunft der für den Tourismusbereich verantwortlichen Akteure einen starken Anstieg im Untersuchungsraum.<sup>545</sup> Wobei diese Zielgruppe als besonders einkommensstark und mit relativ hohen Ansprüchen bewertet wird<sup>546</sup> und hierdurch Synergien für Hotels, Gastronomie, Dienstleistungsbetriebe und Handel erwartet werden: So ist in der Region bereits ein Umdenken in Hinblick auf eine stärkere Qualitäts- und Serviceorientierung festzustellen.

Ebenso handelt es sich bei den Mountainbikern um eine Zielgruppe, die nach einem ersten Aufenthalt in der Region häufig wiederkommen, wie Beobachtungen der Tourismusverantwortlichen bestätigen.<sup>547</sup>

In Bezug auf das Biosphärenhaus sind zwar Teilerfolge im Bereich Pädagogik zu verzeichnen,<sup>548</sup> so besuchen u.a. verstärkt Schulklassen die Einrichtung, dies entspricht jedoch nicht unbedingt der Zielgruppe, die in erster Linie für den regionalen Tourismus gewonnen werden soll.

---

<sup>543</sup> Expertengespräch mit Herrn Klaus Jung, a.a.O.

<sup>544</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>545</sup> Ebenda.

<sup>546</sup> Expertengespräch mit Herrn Winfried Krämer, a.a.O.

<sup>547</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>548</sup> Ebenda.

Stattdessen werden als bevorzugte Zielgruppe Gäste mit einer längeren Aufenthaltsdauer angestrebt. Infolge des Projektes „Biosphärenhaus Pfälzerwald Nordvogesen“ ist daher in erster Linie die Zahl der Tagesgäste gestiegen, insbesondere durch die Errichtung eines sog. „Baumwipfelpfades“, während dagegen bei den Gäste- und Übernachtungszahlen kein eindeutiger Anstieg infolge dieses Projektes festzustellen ist.<sup>549</sup> Darüber hinaus spricht dieses Projekt bisher lediglich eher „Nischengruppen“ an, trotz des mittlerweile vielfältigen Angebotes.<sup>550</sup> An dieser Stelle ist daher noch großer Optimierungsbedarf vorhanden, da diese Einrichtung durchaus geeignet erscheint, bestimmte, spezifische Zielgruppen anzusprechen. Darunter vor allem Interessierte aus den Bereichen Umweltbildung und Naturerlebnis, die beide nach dem Willen der regionalen Akteure als Nischen ausgebaut werden sollen.<sup>551</sup>

Das Biosphärenhaus trägt insgesamt betrachtet als Leitprojekt nicht zu einem nennenswerten Anstieg der Gästezahlen im Dahner Felsenland bei, sondern eher zu einer „Verschiebung der Auslastungszahlen“ zugunsten des Teilbereiches „Sauertal“ im direkten Einzugsbereich dieser Einrichtung.<sup>552</sup> Damit kann letztlich jedoch ein gewisser Beitrag zum Abbau von lokalen Disparitäten im Tourismusbereich geleistet werden.

#### ▪ **Lösen diese Projekte Folgeinvestitionen im Bereich des Tourismus aus ?**

Folgeinvestitionen haben nach Einschätzung der befragten Experten und Entscheidungsträger vor allem die beiden Projekte „Draisinenstrecke“ und „Mountainbikepark“ ausgelöst. In Bezug auf die Draisinenstrecke wird hierbei zunächst auf den Glan-Blies-Radweg verwiesen, der in einer zeitlichen Verzögerung parallel zur Draisinenstrecke realisiert wurde. Diese Folgeinvestition wird von den regionalen Akteure als sinnvoll bewertet, und es werden bereits Synergien zwischen beiden Projekten erkannt: So erkennen Touristen, welche die Draisinen nutzen, durch die direkte Nachbarschaft dieses Radweges, dass die Region noch weitere Anziehungspunkte und Aktivitäten bietet wie z.B. den Radtourismus, und besuchen dann häufig erneut als Tagesgäste oder Touristen die Region.<sup>553</sup>

Als weitere Folgeinvestitionen im Rahmen des Draisinenprojektes werden Maßnahmen zur Aufwertung der Bahnhöfe und der Bahnhofsumfelder (z.B. Schaffung von Fahrradabstellplätzen) erwähnt.<sup>554</sup> Wobei diese Maßnahmen v.a. auch geeignet sind, die beteiligten Kommunen als Wohnstandorte attraktiver zu gestalten. Ebenso wurden vereinzelt neue gastronomische Angebote entlang der Draisinenstrecke geschaffen (z.B. in ehemaligen Bahnhöfen). In Zusammenhang mit der Draisinenstrecke wird hierbei zudem angemerkt, dass die Nutzung dieser kostenpflichtig ist und die beteiligten Kommunen daher Überschüsse erwirtschaften, die dann wiederum in den weiteren Ausbau bzw. die Verbesserung der touristischen Infrastruktur reinvestiert werden können. Währenddessen ist die Nutzung des benachbarten Glan-Blies-Radweges kostenlos, so dass an die Kommunen, welche die Unterhaltung finanzieren aus (finanzieller Sicht) hier wenig zurückfließt.<sup>555</sup>

---

<sup>549</sup> Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey, a.a.O.

<sup>550</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>551</sup> Ebenda.

<sup>552</sup> Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey, a.a.O.

<sup>553</sup> Expertengespräch mit Herrn Klaus Jung, a.a.O.

<sup>554</sup> Ebenda.

<sup>555</sup> Ebenda.

Durch diese beiden Projekte ist im Pfälzer Bergland darüber hinaus ein gewisser Anstieg an Betreibern von Ferienwohnungen zu verzeichnen,<sup>556</sup> so dass erneut deutlich wird, dass infolge dieser Projekte die touristische Erschließung der Region gefördert wird.

Im Bereich des Mountainbikeparks wird als wesentliche Folgeinvestition die Erweiterung dieses Projektes über den gesamten Pfälzerwald bis nach Bad Bergzabern im Landkreis Südliche Weinstraße angeführt.<sup>557</sup> Dadurch werden neue Chancen und Impulse für die Tourismusentwicklung im Pfälzerwald erwartet, insbesondere im Bereich der gemeinsamen Vermarktung. Ebenso wird eine verstärkte Kooperation mit dem benachbarten und aus touristischer Sicht sehr attraktiven Landkreis Südliche Weinstraße erwartet. Darüber hinaus wurden in Folge des Mountainbikeparks vereinzelt Investitionen in Übernachtungsbetrieben getätigt: So erfolgte u.a. eine Serviceerweiterung in Form spezieller Dienstleistungen für Mountainbiker. Dazu zählen bspw. auch innovative Projekte, die an anderen Stellen nachgeahmt werden können, wie z.B. eine „Waschstation“ für Mountainbiker.<sup>558</sup> Des Weiteren sind in einigen privaten Tourismusbetrieben bestimmte Investitionen geplant, wie bspw. Erweiterungen oder Modernisierung, dies zum Teil auch in den an den Mountainbikepark angrenzenden, benachbarten Verbandsgemeinden, die infolge der Erweiterung künftig in dieses Projekt einbezogen werden.

Beim Projekt Biosphärenhaus können zunächst keine direkten Folgeinvestitionen festgestellt werden. Dennoch kann die Erweiterung dieser Konzeption um weitere Projektbausteine wie etwa „Baumwipfelpfad“ oder „Naturerlebniszentrum“ in gewisser Weise durchaus als sinnvolle Folgeinvestition betrachtet werden, da hierdurch die Bedeutung bzw. die Effizienz dieser Einrichtung für den Tourismus erhöht werden konnte. Daneben stärkt das Biosphärenhaus als Leitprojekt mit Leuchtturmcharakter die Tourismusentwicklung im Teilbereich „Sauertal“ des Dahner Felsenlandes.<sup>559</sup> Dieser Teilbereich hatte vor der Realisierung des Biosphärenhauses einen gewissen Nachholbedarf aus touristischer Sicht bzw. stand etwas im Abseits gegenüber anderen Bereichen des Dahner Felsenlandes.

In diesem Zusammenhang wird ferner betont, dass durch die Schaffung dieser touristischen Anziehungspunkte die Voraussetzungen bzw. die Chancen auf zusätzliche Investitionen deutlich erhöht wurden. So werden infolgedessen andere touristische Projekte durch diese Anziehungspunkte aufgewertet und zudem wird die Suche nach potentiellen Investoren, bspw. für den Bau eines Hotels, deutlich erleichtert.<sup>560</sup>

Ebenso wird hierbei festgestellt, dass die Kommunen zunächst entsprechende Anreize und Rahmenbedingungen schaffen müssen, die dann jedoch in der Folge von privaten Tourismusbetrieben zu Investitionen genutzt werden müssen,<sup>561</sup> um somit letztlich dauerhafte Effekte für die Tourismusentwicklung zu erreichen. Diese Ausführungen verdeutlichen, dass die im Rahmen der EU-Strukturpolitik verwirklichten touristischen Leitprojekte zwar durchaus gewisse Folgeinvestitionen auslösen, jedoch an dieser Stelle noch ein deutlicher Ausbaubedarf besteht.

---

<sup>556</sup> Expertengespräch mit Herrn Klaus Jung, a.a.O.

<sup>557</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>558</sup> Ebenda.

<sup>559</sup> Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey, a.a.O.

<sup>560</sup> Expertengespräch mit Herrn Winfried Krämer, a.a.O.

<sup>561</sup> Expertengespräch mit Herrn Ulrich Lauth, a.a.O.

### 2.2.3 Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung und Umsetzung dieser regionalen touristischen Leitprojekte

Eines der zentralen Anliegen dieser Expertengespräche war es weiterhin zu untersuchen, ob bzw. inwieweit die EU-Strukturpolitik die Entwicklung und Umsetzung dieser regionalen touristischen Leitprojekte beeinflusst hat. Dabei soll in diesem Zusammenhang u.a. überprüft werden, ob diese großen Tourismusprojekte auch ohne die Finanzierung im Rahmen der EU-Strukturpolitik realisiert worden wären. Weiterhin soll analysiert werden, ob die EU-Strukturpolitik darüber hinaus weitere Impulse bei der Entwicklung und Umsetzung dieser Projekte geliefert hat.

- Wären die Projekte Draisinenstrecke / Glan-Blies-Radweg, Mountainbikepark oder Biosphärenhaus auch ohne Finanzierung im Rahmen der EU-Strukturpolitik realisiert worden ?
- Gab die EU-Strukturpolitik über die Finanzierung hinaus weitere Impulse bei der Entwicklung und Umsetzung dieser Projekte ?

Bei dieser Fragestellung wurde innerhalb der durchgeführten Expertengespräche ein ganz eindeutiges Meinungsbild deutlich. Alle befragten Akteure brachten klar zum Ausdruck, dass diese großen Tourismusprojekte mit Leuchtturmcharakter ohne die finanzielle Förderung im Rahmen der EU-Strukturpolitik in der strukturschwachen Westpfalz nicht realisiert worden wären. Zudem wird in diesem Zusammenhang hinzugefügt, dass ohne das im Rahmen der EU-Strukturpolitik vorgeschriebene Prinzip der Additionalität der Mittel bzw. dem Prinzip der Partnerschaft, wohl auch keine nationalen Mittel in dieser Höhe in die Region geflossen wären.<sup>562</sup> Diese beiden Prinzipien legen dabei fest, dass die EU-Strukturmittel nationale Strukturmittel nicht ersetzen sondern nur ergänzen dürfen. Aus diesem Grund werden die infolge der EU-Förderprogramme initiierten Projekte zu gleichen Teilen aus EU- und nationalen Mitteln finanziert. Damit wird der Eindruck aus den vorangegangenen Analysen bestätigt, dass die EU-Strukturpolitik die wesentliche Finanzierungsquelle für die Umsetzung sowohl großer als auch kleinerer touristischer Projekte in der Westpfalz darstellt.

Bezüglich weiterer Impulse der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung und Umsetzung dieser Projekte wird seitens der Befragten unterstrichen, dass die wesentlichen Impulse zur Entwicklung dieser Projekte zunächst vor allem von den regionalen Akteuren und Institutionen, und damit direkt aus der Region kamen.

So werden als Impulsgeber für das „Draisinenprojekt“ die TU Kaiserslautern und die Planungsgemeinschaft Westpfalz (PGW) genannt,<sup>563</sup> während in Zusammenhang mit dem Projekt „Mountainbikepark“ v.a. der ehemalige Radprofi und Tour-de-France Teilnehmer Udo Bölts als ein wesentlicher Impuls- und Ideengeber erwähnt wird. Dieser ist nach Ansicht der Befragten mit „hohem Engagement“ als „Planer, Werbeträger und Aktiver“<sup>564</sup> an der Planung und Realisierung des Mountainbikeparks beteiligt.

---

<sup>562</sup> Anmerkung: Diese beiden Prinzipien legen fest, dass die EU-Strukturmittel nationale Strukturmittel nicht ersetzen sondern nur ergänzen dürfen. Aus diesem Grund werden die infolge der EU-Förderprogramme initiierten Projekte zu gleichen Teilen aus EU- und nationalen Mitteln finanziert.

<sup>563</sup> Expertengespräch mit Herrn Dipl.-Ing. Theophil Weick und Herrn Dipl.-Ing. Stefan Germer, a.a.O.

<sup>564</sup> Expertengespräch mit Herrn Winfried Krämer, a.a.O.

In Bezug auf das „Biosphärenhaus“ gehen die Impulse für diese Projektidee im Wesentlichen auf die Ortsgemeinde Fischbach<sup>565</sup> sowie die Verbandsgemeinde Dahner Felsenland und damit auf die kommunale Ebene zurück. Dennoch kann unabhängig von diesen Aussagen davon ausgegangen werden, dass die EU-Strukturpolitik durchaus auch als Impulsgeber für die Entwicklung innovativer Projektideen im Tourismusbereich geeignet ist. Dies ist insbesondere auf die Systematik der EU-Strukturpolitik zurückzuführen, die wie bereits mehrfach erwähnt, als sog. „Programmplanung“ ausgestaltet ist. Das bedeutet, es müssen zunächst auf regionaler Ebene entsprechende Entwicklungsprogramme (in Deutschland auf Ebene der Bundesländer) sowie regionale Entwicklungsstrategien (auf lokaler Ebene bspw. im Rahmen von LEADER), die sich an den Vorgaben der EU-Kommission (Strategische Leitlinien der EU bzw. Strukturfondsverordnungen) und seit der aktuellen Förderperiode auch an Entwicklungsprogrammen auf nationaler Ebene („Nationaler strategischer Rahmenplan“ bzw. „Nationaler Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland zur Entwicklung der ländlichen Räume“) orientieren müssen. In der Folge müssen dann zur Umsetzung dieser Programme und Strategien geeignete Projekte entwickelt werden, die dann aus diesen Förderprogrammen finanziert werden können.

Die Projekte müssen aus diesem Grund dazu geeignet sein, die in diesen Förderprogrammen formulierten Ziele letztlich auch in der Praxis verwirklichen zu können. Auf diese Weise wird zudem die Vernetzung und Kooperation zwischen den regionalen Akteuren gefördert, da diese gemeinsam die entsprechenden Entwicklungsprogramme und -strategien entwickeln müssen, damit EU-Fördergelder in die Region fließen. Innerhalb dieses Erfahrungsaustausches werden dann u.a. entsprechende Projekte entwickelt, welche geeignet erscheinen, die in den Programmen und Strategien aufgezeigten Entwicklungspotenziale zu nutzen bzw. vorhandene Defizite abzubauen. Die EU-Strukturpolitik beeinflusst weiterhin aufgrund der Vorgaben im Rahmen der Programmplanung einerseits in gewissem Maße die inhaltliche Ausgestaltung der regionalen touristischen Projekte insbesondere in Bezug auf die Zielsetzung bzw. die Nutzung regionseigener („endogener“) Potenziale. Dies wurde indirekt von den befragten Akteuren bestätigt, in dem Sinne, als dass „bei entsprechender Formulierung und Definition der Projektziele bzw. Projektschwerpunkte nahezu jedes Vorhaben im Tourismus gefördert werden kann.“<sup>566</sup> Dementsprechend weisen die Projekte „Biosphärenhaus“ bzw. „Mountainbikepark“ eine enge thematische Verknüpfung zur GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ in der Programmperiode 2000 bis 2006 auf. Wobei der Mountainbikepark als Leitprojekt im Rahmen der GIEP fungiert.

Andererseits kann durch die Vernetzung und den Austausch sowie insbesondere die intensive Auseinandersetzung mit den regionalen Stärken, Schwächen bzw. Entwicklungsperspektiven innerhalb der vorgeschriebenen Programmplanung die Entwicklung neuer, innovativer Projektideen im Bereich des Tourismus gefördert werden. Aus diesen Gründen ist die EU-Strukturpolitik nicht nur als Finanzierungsquelle, sondern auch als potenzieller Impulsgeber für die Tourismusedwicklung im Untersuchungsraum anzusehen. Darüber hinaus wurde in den durchgeführten Expertengesprächen noch eine weitere innerhalb der vorangegangenen Analysen gewonnene Einschätzung bezüglich des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung und Umsetzung der regionalen touristischen Leitprojekte bestätigt: Das Wissen der regionalen Akteure und Entscheidungsträger um die zahlreichen Förder- und damit letztlich Finanzierungsmöglichkeiten von Tourismusprojekten im Rahmen der EU-Strukturpolitik, welches letztlich deren Motivation steigert.

---

<sup>565</sup> Expertengespräch mit Herrn Dipl.-Ing. Theophil Weick und Herrn Dipl.-Ing. Stefan Germer, a.a.O.

<sup>566</sup> Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey, a.a.O.

Denn durch dieses Wissen wird den beteiligten Akteuren deutlich, dass kostenintensive und innovative Projektideen auch innerhalb der struktur- und damit finanzschwachen Region Westpfalz mit Unterstützung der EU-Strukturpolitik (insbesondere im Rahmen von LEADER) realisierbar sind.

In diesem Zusammenhang wird ferner von Seiten der regionalen Akteure hervorgehoben, dass insbesondere auch die Möglichkeit der Förderung des Marketings durch LEADER zu weiteren Impulsen bei der Entwicklung des Projektes Mountainbikepark geführt hat.<sup>567</sup> Durch diese Marketingmaßnahmen konnte daher der Bereich „Mountainbiking“ als neues touristisches Potenzial in den Vordergrund gerückt werden, der vor diesem Projekt sowohl in der Westpfalz als auch im gesamten Bundesland Rheinland-Pfalz „noch kein Thema“ war.<sup>568</sup> Die EU-Strukturpolitik beeinflusst daher letztlich aus mehreren Gründen die Entwicklung und Umsetzung der touristischen Leitprojekte im Untersuchungsraum: Zum einen ist sie die zentrale Finanzierungsquelle dieser Projekte, denn ohne die Unterstützung der EU-Strukturpolitik hätten diese großen Tourismusprojekte in der strukturschwachen Region Westpfalz nicht umgesetzt werden können. Weiterhin kann die EU-Strukturpolitik im Prozess der Programmplanung darüber hinaus auch als Impulsgeber für die Entwicklung von neuen Projekten im Bereich des Tourismus wirken. Ebenso beeinflusst sie in gewissem Maße die inhaltliche Ausgestaltung von Tourismusprojekten, da diese sich in ihrer thematischen Ausrichtung an den entsprechenden Förderprogrammen aus denen sie letztlich finanziert werden orientieren müssen, sowie auch deren Vorgaben berücksichtigen müssen.<sup>569</sup> Schließlich wirkt die EU-Strukturpolitik noch als „Motivator“ bzw. „Beschleuniger“ bei der Entwicklung von touristischen Projekten, da durch das Wissen der relevanten regionalen Akteure um die potentiellen Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen der EU-Strukturpolitik die Realisierbarkeit der Projektideen deutlich erhöht wird.

---

<sup>567</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>568</sup> Ebenda.

<sup>569</sup> Projekte müssen u.a. innovativ sein und einen Pilotcharakter aufweisen um z.B. im Rahmen von LEADER gefördert werden zu können.

### **3. Probleme und Defizite bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Bereich des Tourismus**

Neben dem zentralen Anliegen dieser Dissertation, der Erfassung bzw. Bewertung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen, sollen des Weiteren am Beispiel des Untersuchungsraumes auch spezifische Probleme und Defizite bei der Umsetzung aufgezeigt werden, um anschließend konzeptionelle Ansätze zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik formulieren zu können. Einige dieser spezifischen Probleme wie die Finanzschwäche der öffentlichen Haushalte, welche sich insbesondere in ländlichen strukturschwachen Regionen noch deutlich verschärft darstellt, wurden bereits durch die Einbeziehung von Erkenntnissen aus der Evaluation der EU-Förderprogramme in Rheinland-Pfalz deutlich (vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel B II, 2). Im Rahmen der durchgeführten empirischen Erhebungen sollen nun weitere spezifische Probleme und Defizite bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Region Westpfalz erfasst werden (vgl. hierzu Tab. 23). Zu diesem Zweck wurden folgende Fragestellungen an die regionalen Akteure und Entscheidungsträger formuliert:

- **Gibt es in der Region Westpfalz spezifische Probleme bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik ?**  
**Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen nationalen Stellen (z.B. Ministerium, ADD, etc.) ?**
- **Wie kann die Umsetzung der EU-Strukturpolitik Ihrer Meinung nach künftig effizienter gestaltet werden ?**

Die Finanzknappheit der Kommunen wird von den befragten Akteuren bzw. Entscheidungsträgern eindeutig als das zentrale Problem bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Region Westpfalz angesehen. Dabei bedroht die Finanzschwäche der öffentlichen Hand, die gerade in ländlichen strukturschwachen Regionen wie dem Untersuchungsraum besonders deutlich ausgeprägt ist, die Sicherstellung des nationalen Finanzierungsanteils. Dieser ist jedoch aufgrund des der EU-Strukturpolitik zugrundeliegenden Prinzips der Additionalität der Mittel die Voraussetzung für den Erhalt von EU-Strukturmitteln.

In Zusammenhang mit Finanzierungsfragen werden weitere Defizite seitens der befragten Akteure erkannt. Dabei wird u.a. die Problematik der Folgekosten im Rahmen dieser großen Tourismusprojekte angeführt. Diese Folgekosten werden innerhalb der EU-Strukturpolitik nicht gefördert, stellen jedoch eine zusätzliche Belastung für die zunehmend finanzschwachen Haushalte der beteiligten Kommunen dar. Als Beispiel wird an dieser Stelle die Folgekosten für das Draisinenprojekt bzw. den Glan-Blies-Radweg angeführt, wozu bspw. Reparaturmaßnahmen oder die Beseitigung von Gefahrenstellen (z.B. Verengungen im Bereich von Brücken) zählen. Wobei die Nutzung der Draisinen kostenpflichtig ist, so dass hier die Kommunen immerhin gewisse Einnahmen erzielen, die teilweise für Folgekosten aufgewendet werden können, während die Nutzung anderer Projekte (z.B. Glan-Blies-Radweg) kostenlos ist und daher die hierbei entstehenden Folgekosten die kommunalen Haushalte belasten.<sup>570</sup> Zu diesen Finanzierungsproblemen im Rahmen der EU-Strukturpolitik kommt in der aktuellen Förderperiode noch verschärfend hinzu, dass nun die sog. „Eigenleistungen“ nicht mehr gefördert werden können.<sup>571</sup>

---

<sup>570</sup> Expertengespräch mit Herrn Klaus Jung, a.a.O.

<sup>571</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

Diese stellen jedoch gerade in ländlich geprägten Regionen eine wesentliche Finanzierungsalternative dar und aufgrund dieser Neuerung entsteht eine weitere zusätzliche Belastung für die finanzschwachen kommunalen Haushalte in strukturschwachen Regionen. In diesem Zusammenhang werden weiterhin die unterschiedlichen Regelungen in den einzelnen Förderprogrammen bezüglich der Mehrwertsteuer kritisiert. Diese sind derzeit je nach Förderprogramm teilweise förderfähig, teilweise nicht. So ist die Mehrwertsteuer bspw. im Rahmen von LEADER nicht förderfähig, was nach Ansicht der regionalen Akteure „teilweise die Attraktivität dieses Programms mindert.“<sup>572</sup> Die Problematik den nationalen Finanzierungsanteil bei der EU-Strukturpolitik zu sichern, wird zudem in jüngster Zeit noch durch das sog. „Konjunkturprogramm“ verschärft. Denn durch dieses zeitlich stark begrenzte Förderprogramm des Bundes zur Bewältigung der weltweiten Wirtschaftskrise werden finanzielle Mittel der Kommunen gebunden, welche dann für andere Projekte fehlen. Dies in erster Linie dadurch als dass auch im Rahmen des Konjunkturprogramms ein (finanzieller) Eigenanteil der Kommunen notwendig ist. In der Folge „fehlen dann diese Mittel womöglich für die Finanzierung von EU-Projekten.“<sup>573</sup>

Ferner wird der zunehmende Konkurrenzkampf um die Vergabe der Fördermittel als kritisch bewertet. Es wird dabei betont, dass die Möglichkeit des Erhalts von Fördergeldern ein immer wichtiger Standortfaktor bei der Ansiedlung von Unternehmen ist. Insbesondere in ländlichen strukturschwachen Räumen können für Unternehmen durch den Erhalt von Fördergeldern sonstige Standortnachteile gegenüber anderen Regionen ausgeglichen werden. Nach Auskunft der befragten Entscheidungsträger wählen Unternehmen ihren Standort immer stärker danach aus, ob bzw. in welcher Höhe nationale oder EU-Fördergelder an einem Standort erhalten werden können.<sup>574</sup> Dabei wird ein konkretes Beispiel aus der Südwestpfalz angeführt, wo sich ein Unternehmen ansiedeln wollte, aber letztlich dann doch einen anderen Standort mit einer höheren Förderquote bevorzugte. Diese Problematik gilt auf den ersten Blick zunächst insbesondere für den Bereich der Wirtschaft, kann jedoch speziell auch für den Tourismusbereich relevant sein: Denn im Tourismussektor spielen private Investoren aufgrund der zunehmenden Finanzschwäche der öffentlichen Haushalte ebenfalls eine zunehmend wichtige Rolle, etwa bei der Schaffung von touristischen Attraktionen oder von Übernachtungsmöglichkeiten (Ferienparks, etc.).

Neben der Finanzierungsproblematik stellt der hohe bürokratische Aufwand, eine zunehmende Kompliziertheit der Verfahren, sowie eine teilweise noch zu geringe Transparenz weitere wesentliche Kritikpunkte der befragten Akteure hinsichtlich der Defizite bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik dar. Insbesondere wird in diesem Zusammenhang wie bereits angedeutet, die Vielzahl an differenzierten Förderprogrammen und Fördermöglichkeiten moniert. Dies führt nach Ansicht der Befragten zu einer zunehmenden Unübersichtlichkeit sowie einer mangelnden Transparenz innerhalb der EU-Strukturpolitik.<sup>575</sup> Aufgrund dessen wird es für die betroffenen Akteure zunehmend schwieriger die geeigneten Ansprechpartner zu finden, um Informationen zielgerichtet zu erhalten bzw. zu verwenden.

---

<sup>572</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>573</sup> Ebenda.

<sup>574</sup> Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey, a.a.O.

<sup>575</sup> Ebenda.

Ebenso wird bei den Genehmigungsverfahren eine im Vergleich zu früheren Förderperioden zunehmende Komplexität bemängelt. Dabei wurde in den empirischen Erhebungen vor allem das Beispiel des Programms „INTERREG“ angeführt. Innerhalb von INTERREG werden gerade in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Frankreich zu lange Genehmigungsverfahren kritisiert. Als Hauptproblem werden dabei die zentralistischen Verwaltungsstrukturen in Frankreich ausgemacht: So werden hier häufig die Förderanträge von der regionalen Ebene zur nationalen Ebene nach Paris geleitet. Auf diese Weise werden selbst bei einfachen und vermeintlich unkomplizierten Projekten die Verfahren zur Bearbeitung der Förderanträge in die Länge gezogen. Dies kann letztlich dazu führen, dass die gerade im Tourismusbereich vielfältigen Chancen bzw. Entwicklungsperspektiven im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Frankreich in der Westpfalz zu wenig genutzt werden.

Wobei neben der langen Verfahrensdauer aufgrund der zentralistischen Strukturen in Frankreich in Bezug auf INTERREG auch eine zunehmende Komplexität der Verfahren in Vergleich zu früheren Förderperioden festgestellt wird. Wie bereits angedeutet wurde, verfügen Teile der Region über eine große Erfahrung mit dem INTERREG-Programm: Vor diesem Hintergrund wird erwähnt, dass sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei INTERREG I noch wesentlich einfacher und unkomplizierter gestaltete als in der aktuell laufenden Förderperiode. So musste in früheren Programmplanungsperioden zum Erhalt von INTERREG-Fördermitteln zur Finanzierung von Projekten zunächst ein entsprechender Kooperationspartner auf der französischen Seite gefunden werden. Danach wurde zwischen den Partnern in Deutschland und Frankreich ein Vertrag zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geschlossen, der die verschiedenen Rechte und Pflichten zwischen den beiden Partnern festlegte.<sup>576</sup> Dann konnte schließlich das entsprechende grenzüberschreitende Projekt wie z.B. die touristische Inwertsetzung von „Maginot Linie“ (auf französischer Seite) und Westwall (auf deutscher Seite) gemeinsam mit finanzieller Unterstützung des INTERREG-Programms umgesetzt werden.

Derzeit gestalten sich diese Verfahren zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach Einschätzung der befragten Akteure wesentlich komplizierter. Dies schreckt die Akteure aus Angst vor komplizierten, langwierigen und bürokratischen Verfahren ab und daher ist es derzeit ein wesentliches Problem, die für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG zur Verfügung stehenden Fördergelder im Untersuchungsraum abzurufen.<sup>577</sup> Stattdessen wird dann verstärkt auf andere bekannte Förderprogramme zurückgegriffen, welche leichter bzw. schneller anzuwenden sind.<sup>578</sup> Daneben werden bezüglich Übersichtlichkeit und Transparenz innerhalb der EU-Strukturpolitik die zahlreichen Änderungen bzw. Neuerungen sowohl zwischen den verschiedenen Förderperioden, als auch innerhalb der einzelnen Förderperioden kritisiert.<sup>579</sup> Diese sind in ihrer ganzen Breite für die betroffenen regionalen Akteure kaum noch zu erfassen. Die Zusammenarbeit mit den verantwortlichen nationalen Stellen verläuft nach Ansicht der relevanten Akteure im Untersuchungsraum größtenteils zufriedenstellend. Wobei insbesondere die Kooperation mit der für LEADER verantwortlichen Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) gelobt wird. Diese gestaltet sich nach Ansicht der Experten besser als mit dem verantwortlichen Ministerium.

---

<sup>576</sup> Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey, a.a.O.

<sup>577</sup> Ebenda.

<sup>578</sup> Expertengespräch mit Frau Silvia Seebach und Herrn Rückel, a.a.O.

<sup>579</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

Lediglich vereinzelt werden wie bereits erwähnt, zu lange Wartezeiten bei Anfragen bezüglich Fördermöglichkeiten, sowie zu lange Genehmigungszeiten moniert. Weiterer Optimierungsbedarf innerhalb der Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum wird bei Auswahl bzw. Abgrenzung von LEADER-Aktionsgebieten gesehen: So bevorzugen einige Akteure anstatt der in Rheinland-Pfalz angewandten Wettbewerbe zur Auswahl der LEADER-Fördergebiete eher eine stetige Fortschreibung vorhandener LAGen sowie ihrer regionalen Entwicklungsprogramme über die einzelnen Förderperioden hinaus.<sup>580</sup>

Des Weiteren wird in diesem Zusammenhang die Festlegung der LAG-Aktionsgebiete als ein weiteres Problem erachtet. Dabei bietet die vorgegebene Abgrenzung der LEADER-Aktionsgebiete anhand geographischer Gesichtspunkte über bestehende Verwaltungsgrenzen hinaus sowohl Chancen als auch Risiken. So werden aufgrund dieser Abgrenzungskriterien einerseits interkommunale Kooperationen insbesondere im Tourismus gefördert, andererseits kann anhand dieser Abgrenzungskriterien die Grenze eines LEADER-Aktionsgebietes dann quer durch eine einzelne Verwaltungseinheit (Verbandsgemeinde) verlaufen, so dass womöglich eine Ortsgemeinde LEADER-Fördergebiet ist, während eine benachbarte Gemeinde dagegen bereits außerhalb des LEADER-Fördergebietes liegen kann.

Dadurch besteht die Gefahr, dass infolge einer solchen Abgrenzung die Kooperationsbereitschaft der betroffenen Gemeinden beeinträchtigt werden, und stattdessen destruktives Kirchturm- bzw. Konkurrenzdenken gefördert werden kann. Ähnliche Probleme ergeben sich im Untersuchungsraum bei der Abgrenzung zwischen den Fördergebieten von LEADER und ILE (Integrierte Ländliche Entwicklung). So verläuft die Abgrenzung von ILE-Fördergebieten ähnlich wie bei LEADER teilweise quer durch einzelne Verbandsgemeinden hindurch, so dass innerhalb einer Verbandsgemeinde einige Ortsgemeinden ILE-Fördergebiet sind, andere dagegen LEADER-Fördergebiet.<sup>581</sup> Infolge dieser Abgrenzungen wird die Abstimmung und Koordination zwischen beiden Förderprogrammen erschwert. Ebenso kann hierdurch auch die Entwicklung von Synergien zwischen diesen beiden ähnlich strukturierten Förderinstrumenten behindert werden.

---

<sup>580</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>581</sup> Expertengespräch mit Herrn Winfried Krämer, a.a.O.

**Tab. 23: Probleme und Defizite bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Westpfalz**

Umsetzungsproblem	Handlungsansätze zur Optimierung
Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte → Probleme bei der Sicherung des nationalen Anteils zur Kofinanzierung der EU-Strukturpolitik	Förderung von Folgekosten und Eigenleistungen  Einheitliche Regelungen zur Förderfähigkeit der Mehrwertsteuer in den EU-Förderprogrammen
Hoher bürokratischer Aufwand  Fehlende Transparenz und zunehmende Unübersichtlichkeit durch Vielzahl der Förderprogramme und -richtlinien  Lange Verfahrens- und Genehmigungsdauer sowie komplizierte Verfahren bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	Weniger Förderprogramme, Verdeutlichung der jeweiligen Adressaten der Programme  Orientierung an frühere leichter handhabbare Verfahren (INTERREG I – Vertrag zwischen den Partnern mit festgelegten Rechten und Pflichten)
Die zunehmende Schwierigkeit den richtigen Ansprechpartner zu finden und Informationen zielgerichtet zu nutzen	Spezialisierung von Mitarbeitern in den Verwaltungen auf Förderfragen
Klare Kompetenz- und Aufgabenverteilung notwendig  Stärkere Einbindung der regionalen Ebene	Europäischer Verbund der territorialen Zusammenarbeit (EVTZ) als mögliche Organisationsform
Teilweise zu detaillierte Vorgaben in den Förderprogrammen  → führt zu Uniformität im touristischen Angebot (Nordic Walking)  Teilweise effizienterer Einsatz der Fördermittel notwendig	Einsatz der Fördermittel zur Profilbildung
Intensivere Nutzung des touristischen Förderangebotes der EU durch Private notwendig	
Auswahl und Abgrenzung der LEADER-Aktionsgebiete z.T. problematisch	Fortschreibung von LEADER-Konzepten anstelle von Wettbewerben zur Auswahl der Aktionsgebiete zu jeder Förderperiode

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

Aufgrund dieser im Rahmen der empirischen Erhebungen erfassten Defizite und Probleme bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Westpfalz kristallisieren sich bereits erste grobe Handlungsfelder zur konzeptionellen Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen heraus. Diese Handlungsfelder beziehen sich zunächst auf Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum.

Dazu zählen vor allem Lösungsansätze zur Überwindung der festgestellten Probleme bei der Sicherstellung des nationalen Finanzierungsanteils sowie Ansätze zur Vereinfachung bzw. einer stärkeren Übersichtlichkeit und Transparenz innerhalb der EU-Strukturpolitik. Im Folgenden Fragenkomplex sollen weitere Ansätze und Einschätzungen seitens der regionalen Akteure und Entscheidungsträger zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum erfasst werden.

Dabei handelt es sich um Fragen zu möglichen thematischen und inhaltlichen Schwerpunkten in den künftigen EU-Förderprogrammen sowie um Fragen bezüglich der künftigen Ausgestaltung der EU-Strukturpolitik in institutionell-organisatorischer Hinsicht. Hierbei soll untersucht werden, ob nach Ansicht der befragten Experten die derzeitige Organisation der Umsetzung mit einer engen Anlehnung an bestehende Verwaltungsstrukturen und bestehende Förderprogramme (sog. „subsumierter Ansatz“) auch künftig beibehalten werden soll, oder ob ähnlich wie bereits in anderen EU-Mitgliedstaaten praktiziert (z.B. in Irland, Großbritannien, Niederlande, Schweden oder Finnland) künftig auch in Deutschland eher der sog. „differenzierte Ansatz“ umgesetzt werden sollte.

Bei diesem Ansatz findet die Umsetzung der EU-Strukturpolitik weitgehend außerhalb der bestehenden Verwaltungsstrukturen statt. So geben die verantwortlichen Ministerien lediglich einen groben Rahmen vor, während die eigentliche Umsetzung v.a. mit Hilfe von sog. „Regionalagenturen“ durchgeführt wird. Nach Ansicht von Experten haben beide Umsetzungsmodelle jeweils bestimmte Vor- und Nachteile, dennoch wird den EU-Mitgliedstaaten, welche den differenzierten Ansatz gewählt haben, durchweg eine erfolgreiche bzw. effiziente Umsetzung der EU-Strukturpolitik bescheinigt. Dabei wird in diesem Zusammenhang vor allem das Beispiel Irland angeführt, wo es nach Expertenmeinung sehr gut gelang die nationale Wirtschaftsförderungspolitik mit der EU-Strukturpolitik zu vernetzen. Auf diese Weise hat das ehemals wirtschaftsschwache Irland einen deutlichen Aufschwung erfahren und hat den Entwicklungsrückstand gegenüber anderen EU-Staaten wesentlich minimiert, so dass in Anlehnung an den Wirtschaftsboom einiger asiatischer Staaten in der jüngeren Vergangenheit gar vom „Irishen Tiger“ gesprochen wurde

#### 4. **Ausblick: Einschätzungen bezüglich der Zukunft der EU-Strukturpolitik in der Region Westpfalz und Handlungsfelder zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik**

In Bezug auf Einschätzungen und Bewertungen über die Zukunft der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum sowie der Erfassung von Handlungsfeldern zur konzeptionellen Weiterentwicklung wurden den regionalen Akteuren folgende Fragestellungen vorgelegt:

- **Erhält die strukturschwache Westpfalz Ihrer Einschätzung nach auch in Zukunft noch ausreichend Fördergelder der EU oder findet ein Paradigmenwechsel statt hin zu einer Konzentration der Fördermittel auf die sog. „Wachstumsregionen“ ?**

Im Zuge dieser Fragestellung wird deutlich, dass die Region auch in Zukunft auf EU-Fördergelder angewiesen ist, da der „ländliche Raum ansonsten ausblutet.“<sup>582</sup> Fördermittel werden dabei vor allem zur Bewältigung der vorhandenen bzw. kommenden Herausforderungen wie bspw. die weitere Bewältigung des Strukturwandels in der Region sowie der Demografischer Wandel, benötigt.

Jedoch wird befürchtet, dass der Wettbewerb um die Vergabe von Fördermitteln sich in Zukunft deutlich verschärft darstellen wird. Ebenso wird davon ausgegangen, dass künftig verstärkt v.a. „Wachstums- bzw. Metropolregionen“ im Rahmen der Strukturpolitik unterstützt werden, da v.a. hier das „größte Wählerpotenzial“ sitzt. Dabei wird weiterhin betont, dass eine „Passivsanierung“ von ländlichen strukturschwachen Regionen nicht das Ziel der EU sein kann, da diese letztlich „kontraproduktiv ist und auch dem ursprünglichen Anliegen der EU-Strukturpolitik die ländlichen Regionen stärker zu unterstützen widerspricht.“<sup>583</sup>

Wobei ein größerer Paradigmenwechsel in diesem Zusammenhang insbesondere im Bereich der nationalen Strukturpolitik erwartet wird, dies u.a. etwa in Bezug auf die Diskussionen um das Landesentwicklungsprogramm (LEP) IV in Rheinland, in dem vorgesehen ist „Stärken zu stärken“, was die befragten Akteure zum Teil als „Schwerpunktverschiebung“<sup>584</sup> zugunsten der Wachstumsregionen interpretieren. An dieser Stelle wird zudem festgestellt, dass sich die regionalen Akteure im Untersuchungsraum zum großen Teil stärker von Seiten der EU unterstützt fühlen als bspw. von der nationalen Ebene. Vor diesem Hintergrund wird vor allem der Zentralismus in Deutschland in Förderfragen kritisiert, und es wird betont, dass „wenig Interesse des Bundes an Kommunen und insbesondere an ländlichen Räumen besteht“ und stattdessen lediglich ständig „neue Aufgaben und Belastungen auf die Kommunen“ übertragen werden.<sup>585</sup>

---

<sup>582</sup> Expertengespräch mit Herrn Ulrich Lauth, a.a.O.

<sup>583</sup> Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey, a.a.O.

<sup>584</sup> Expertengespräch mit Herrn Karl-Heinz Schoon, a.a.O.

<sup>585</sup> Expertengespräch mit Herrn Dr. Winfried Hirschberger, a.a.O.

- **Welchen Einfluss hat die Region auf die Ausgestaltung der einzelnen Förderprogramme bzw. auf den Einsatz der Fördermittel ? Findet Ihrer Einschätzung nach eine ausreichende Regionalisierung statt ?**
- **Welche inhaltlich-thematischen Schwerpunkte sollten künftig bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Westpfalz gesetzt werden und wie sollte die Umsetzung künftig in institutioneller Hinsicht organisiert werden ?**

Von den befragten regionalen Entscheidungsträgern werden innerhalb der EU-Strukturpolitik eine stärkere Regionalisierung sowie eine konsequentere Anwendung des Subsidiaritätsprinzips gefordert.<sup>586</sup> In diesem Zusammenhang wird eine klare Aufgabenverteilung zwischen EU, Bund und den Ländern bzw. der Region gefordert. Als Grundlage hierfür könnte nach Meinung der Befragten ein „ausdifferenziertes Vertragssystem“ dienen, in dem Aufgaben sowie Kompetenzen eindeutig und klar geregelt werden.<sup>587</sup>

Die Aufgabenverteilung sollte dabei so geregelt werden, dass diejenige Ebene eine Kompetenz zugeteilt bekommt, die für die Erfüllung dieser Aufgabe am besten geeignet erscheint. So sollte die EU weiterhin für die Ausgestaltung der Transeuropäischen Netze (TEN) zuständig sein, da sie für diese Aufgabe am besten geeignet ist, wohingegen für andere Aufgaben bspw. die regionale Ebene besser geeignet erscheint. Darüber hinaus will sich die regionale Ebene in Form der Planungsgemeinschaft Westpfalz (PGW) künftig stärker gemäß § 14 und 15 des Landesplanungsgesetzes (LPIG) Rheinland-Pfalz in die Diskussion bei der Aufstellung von Förderprogrammen einbringen.<sup>588</sup> Bezüglich inhaltlich-thematischer Schwerpunkte in den künftigen EU-Förderprogrammen sollte nach Ansicht der Befragten weiterhin die Förderung des Tourismus ein wesentlicher Förderschwerpunkt darstellen (vgl. hierzu Tab. 24). Dies vor allem in Hinblick darauf, als das der Tourismus als eine, wenn nicht sogar die wesentliche Entwicklungsressource bzw. „das wichtigste und vielleicht das einzige Standbein“<sup>589</sup> des ländlichen Raumes in der Westpfalz angesehen wird. Wobei dies insbesondere für die innerhalb dieser Arbeit im Vordergrund stehenden Teilbereiche „Pfälzer Bergland“ (bzw. Landkreis Kusel) sowie „Pfälzerwald“ (bzw. Landkreis Südwestpfalz) gilt.

Weiterhin wird diese Forderung damit begründet, dass sich die Konzentration auf den Tourismus in den vorangegangenen Förderperioden durchaus bewährt habe: Die zur Förderung der Tourismusedwicklung umgesetzten Projekte haben dabei einen deutlichen Mehrwert, wie bereits die vorangegangenen Analysen und Untersuchungen aufgezeigt haben. Innerhalb des Tourismus sollen nach dem Willen der regionalen Akteure im Untersuchungsraum verstärkt vor allem Investitionen in privaten Tourismusbetrieben (Hotels) gefördert werden, ebenso ist ein erhöhter Bedarf an der Förderung von Marketingaktivitäten insbesondere auf regionaler Ebene zu erkennen sowie zur Unterstützung von kulturellen Aktivitäten, dies vor allem in Bezug auf den kulturellen Austausch zwischen den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten sowie „neuartige, innovative Konzeptionen und Projekte im Bereich „Natur“. Ebenso wird in diesem Zusammenhang gefordert, die Intensivierung von Kooperationen und Zusammenschlüssen noch stärker zu unterstützen, insbesondere in Bezug auf die Schaffung von gemeinsamen Organisationsformen und strafferen Strukturen auf regionaler Ebene.

---

<sup>586</sup> Expertengespräch mit Herrn Dipl.-Ing. Theophil Weick und Herrn Dipl.-Ing. Stefan Germer, a.a.O.

<sup>587</sup> Ebenda.

<sup>588</sup> Ebenda.

<sup>589</sup> Expertengespräch mit Herrn Wolfgang Bambey, a.a.O.

Des Weiteren sollten die Förderprogramme im Rahmen der EU-Strukturpolitik künftig einen spezifischen Schwerpunkt setzen in Bezug auf die Förderung der Vereinbarkeit von Tourismus mit den Bereichen „Naturschutz“ und „Ländliche Entwicklung.“ Speziell im Teilraum Pfälzerwald / Landkreis Südwestpfalz wird ferner die Förderung der Offenhaltung von Talbereichen als relevant für die Tourismusedwicklung erachtet, wobei sich in diesem Zusammenhang in jüngster Vergangenheit Probleme ergeben durch zusätzliche Auflagen der EU im Bereich der sog. „Hobbytierhaltung“ (und hier insbesondere bei der Schlachtung).<sup>590</sup> Gerade diese Hobbytierhaltung leistet dabei einen wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung der Offenhaltung von Talbereichen im Sinne des Leitbildes „Schutz durch Nutzung.“ Darüber hinaus ist es insbesondere für die Tourismusedwicklung von Bedeutung, die Chancen eines Wissenstransfers zwischen den verschiedenen Teilräumen der Region Westpfalz in Zukunft noch stärker zu nutzen<sup>591</sup> und dementsprechend in den künftigen Förderprogrammen der EU zu verankern. Gleiches gilt für den Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten sowie für die stärkere Nutzung der Potenziale im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (v.a. mit Frankreich).

Wobei bei diesen Aspekten innerhalb der EU-Förderprogramme zunächst verstärkt Sensibilisierungsmaßnahmen in Bezug auf die Bevölkerung unterstützt werden sollten. Neben der Tourismusedwicklung sollten die EU-Förderprogramme darüber hinaus nach Einschätzung der befragten Akteure und Entscheidungsträger in der Westpfalz vor allem die Schaffung von Arbeitsplätzen im Rahmen der Wirtschafts- und Unternehmensförderung unterstützen. Zu diesem Zweck ist auch in Zukunft der weitere Ausbau der Infrastruktur im Untersuchungsraum notwendig, wobei insbesondere im Bereich der Verkehrsanbindung noch Nachholbedarf erkannt wird, wie etwa in Bezug auf den Ausbau der Bundesstraße B 10 im Bereich Südwestpfalz oder der Ausbau bzw. die Verbesserung der Verbindungen nach Frankreich. Denn eine gute Verkehrsinfrastruktur ist nach wie vor für Unternehmen von herausragender Bedeutung. Daraus lässt sich erkennen, dass in einer strukturschwachen Region wie der Westpfalz anders als in wirtschaftsstarken Metropolregionen auch künftig ein Bedarf an den klassischen Förderinhalten innerhalb der Strukturpolitik besteht, bei diesen handelt es sich zum einen um die Infrastrukturförderung und zum anderen um die Investitionsförderung. Dies erscheint insbesondere notwendig, um den in der Region Westpfalz begonnen Strukturwandel vom produzierenden Gewerbe hin zum Dienstleistungs- / Tourismus- und Technologiebereich weiter aktiv zu unterstützen.

Daneben gewinnen nach Meinung der Befragten vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, wo gerade im Bereich des Untersuchungsraumes mit einer deutlich abnehmenden bzw. alternden Bevölkerung gerechnet wird, Maßnahmen zur Innentwicklung der Kommunen (Vermeidung und Abbau von Leerständen) an Bedeutung, ebenso wie Fördermaßnahmen zur Sicherung der Daseinsvorsorge in den Kommunen. Wobei von diesen Förderinhalten auch der Bereich des Tourismus profitieren würde, insbesondere bei Maßnahmen zur Innentwicklung der Dörfer. Denn lebendige Dörfer mit einem attraktiven Ortsbild sind für das touristische Gesamterscheinungsbild einer Region von großer Relevanz.<sup>592</sup>

---

<sup>590</sup> Expertengespräch mit Frau Elke Dilzer und Frau Heike Müller, a.a.O.

<sup>591</sup> Ebenda.

<sup>592</sup> Expertengespräch mit Herrn Ulrich Lauth, a.a.O.

**Tab. 24: Forderungen der regionalen Akteure bezüglich künftiger Schwerpunkte in den Förderprogrammen der EU**

Künftige Schwerpunkte in den EU-Förderprogrammen
<p><u>1. Weiterhin Tourismus als zentraler Schwerpunkt, v.a.:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Investitionsförderung</li> <li>▪ Förderung von Marketingaktivitäten</li> <li>▪ Förderung und Erhalt des kulturellen und natürlichen Erbes</li> <li>▪ Schaffung von gemeinsamen Organisationsstrukturen</li> <li>▪ Förderung des Wissenstransfer innerhalb der Region</li> <li>▪ Intensivere Nutzung der Potenziale der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit</li> </ul>
<p><u>2. Ebenso klassische Förderbereiche der Strukturpolitik:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Infrastrukturförderung ( Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Breitbandinternet)</li> <li>▪ Investitionsförderung (Unterstützung der regionalen Wirtschaft)</li> </ul>
<p><u>3. Bewältigung neuer Herausforderungen, z.B. demografischer Wandel:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Förderung der Innenentwicklung (Leerstandsmanagement, Erhalt lebendiger Ortskerne)</li> <li>▪ Sicherung der Daseinsvorsorge</li> </ul>

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

Bezüglich der künftigen institutionellen Umsetzungsorganisation der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum ergibt sich ein recht eindeutiges Meinungsbild bei den befragten Akteuren. Größtenteils wird an dieser Stelle betont, dass die vorhandenen Institutionen die größte Erfahrung im Umgang mit Förderprogrammen haben, und zudem die jeweils zuständigen Verantwortlichen bzw. die direkten Ansprechpartner inzwischen ausreichend bekannt sind. Darüber hinaus wird befürchtet, dass die Schaffung neuer Institutionen und Umsetzungsstrukturen (etwa Regionalagenturen) weitere Kosten, sowie einen zusätzlichen Aufwand verursacht, die in einer struktur- und finanzschwachen Region nur sehr schwer zu bewältigen sind. Ebenso können bei einer engen Verknüpfung der Umsetzung der EU-Strukturpolitik an bestehende Verwaltungsstrukturen nach Ansicht der Befragten vorhandene Ressourcen am besten genutzt werden.

Ferner wird innerhalb dieses Fragenkomplexes hervorgehoben, dass es innerhalb der einzelnen EU-Mitgliedstaaten unterschiedliche Verwaltungs- und Umsetzungs-systeme gibt, mit jeweils spezifischen Vor- und Nachteilen. Wobei die befragten Experten durch die in Deutschland vorherrschende Umsetzungs-systematik mit einer engen Anlehnung an bestehende Verwaltungsstrukturen keine wesentlichen Nachteile gegenüber anderen Mitgliedstaaten sehen, außer eventuell etwas längeren Genehmigungszeiten.<sup>593</sup>

Vereinzelt wird in diesem Zusammenhang auch angeführt, dass zu einer genauen Beurteilung bzw. Einschätzung künftiger Umsetzungs-systeme ein Vergleich zwischen den beiden Hauptmodellen („subsumierter“ versus „differenzierte“ Ansatz) fehlt, da letztlich den Akteuren nur die bislang im Untersuchungsraum übliche Organisationsform genauer bekannt ist.

<sup>593</sup> Expertengespräch mit Herrn Dr. Winfried Hirschberger, a.a.O.

Dennoch ist ein Großteil der Befragten mit der bisherigen Vorgehensweise zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik zufrieden, nur vereinzelt wird eine stärkere Abkopplung vom bestehenden Verwaltungssystem befürwortet, wobei diese Einschätzungen der Befragten letztlich nicht überraschend sind: Denn bei den befragten Akteuren handelt es sich fast ausschließlich um Vertreter des bestehenden Verwaltungssystems (Kreisverwaltungen bzw. Verbandsgemeindeverwaltungen). Neben den politischen Entscheidungsträgern sind dabei auch die Verantwortlichen der Lokalen Aktionsgemeinschaften (LAGen) sowie die für den Tourismusbereich zuständigen Akteure als Mitarbeiter der Kreisverwaltungen ebenfalls den bestehenden Verwaltungsstrukturen zuzuordnen. Daher war zu erwarten, dass diese Akteure keine wesentlichen Veränderungen des bestehenden Umsetzungssystems im Rahmen der EU-Strukturpolitik wünschen, sondern eine Beibehaltung der gegenwärtigen Organisationsstrukturen mit einer engen Anbindung an bestehende Verwaltungsstrukturen befürworten. Denn neue Organisationsstrukturen könnten v.a. Gestaltungs- und womöglich gar Kompetenzverluste für die Verwaltungen mit sich ziehen. Einige der befragten Experten sehen jedoch an dieser Stelle aus institutionell organisatorischer Sicht den Ansatz der sog. „Europäischen territorialen Zusammenarbeit“ als ein Vorbild und mögliches Zukunftsmodell in Bezug auf die Umsetzung der EU-Strukturpolitik bzw. insbesondere für die Verteilung von Kompetenzen.

## **5. Fazit**

Im Folgenden lassen sich die zentralen Erkenntnisse aus den durchgeführten empirischen Erhebungen feststellen. Zunächst wird in diesem Zusammenhang erkannt, dass die in den vorangegangenen Analysen gewonnenen Erkenntnisse und Einschätzungen von den befragten regionalen Akteuren weitestgehend bestätigt wurden. Dies zunächst in Bezug auf die Ausgangssituation des Tourismus in der Westpfalz: Als zentrale touristische Entwicklungsressource des Untersuchungsraums wird das natürliche Potenzial angesehen. Dagegen werden vorhandene regionale Disparitäten (v.a. ein Nord-Süd-Gefälle) in Bezug auf die touristische Ausstattung, ebenso wie die noch unzureichende Vermarktung, vereinzelte Mängel in der Organisationsstruktur sowie ein noch zu ausgeprägtes „Kirchturmdenken“ als wesentliche Defizite bzw. Entwicklungshemmnisse ausgemacht. Wobei an dieser Stelle ähnlich wie bei den nachfolgenden Fragestellungen eine deutliche Übereinstimmung von Einschätzungen und Bewertungen der befragten Akteure in beiden schwerpunktmäßig untersuchten Teilräumen „Pfälzer Bergland“ (bzw. Landkreis Kusel) sowie „Pfälzerwald“ (bzw. Landkreis Südwestpfalz) festzustellen ist.

Letztlich wird jedoch die EU-Strukturpolitik von den regionalen Akteuren und Entscheidungsträgern weitgehend positiv beurteilt: So wurde in den durchgeführten Expertengesprächen bestätigt, dass die Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz in hohem Maße von der EU-Strukturpolitik unterstützt wird. Dabei werden insbesondere die ehemaligen Gemeinschaftsinitiativen LEADER und INTERREG sowie die Förderung im Rahmen von Ziel 2 durch den Strukturfonds EFRE als besonders relevant für die Tourismusedwicklung betrachtet. Die im Untersuchungsraum aus diesen EU-Förderprogrammen (ko)finanzierten großen touristischen Leitprojekte wären nach Einschätzung der Befragten ohne die Unterstützung der EU-Strukturpolitik in der strukturschwachen Region Westpfalz nicht realisierbar gewesen. Neben diesem finanziellen Nutzen werden der EU-Strukturpolitik weitere positive Impulse auf die Tourismusedwicklung zugestanden.

So werden nach Ansicht der befragten Akteure sowohl durch die Aufstellung der regionalen Entwicklungsstrategien (v.a. im Rahmen von LEADER) als auch durch die in deren Folge umgesetzten Projekte die Kooperationsbereitschaft, Vernetzung bzw. der Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Akteuren, Kommunen, sowie zwischen unterschiedlichen Sektoren gefördert. Ebenso wird in diesem Zusammenhang bestätigt, dass durch die intensive Auseinandersetzung mit den Stärken, Schwächen und Entwicklungsperspektiven, sowie die darauf aufbauende Entwicklung von konkreten Projekten die touristische Profilierung der Westpfalz intensiviert, und auf diese Weise somit letztlich auch die Qualität der touristischen Konzeptionen erhöht werden kann. Zudem wird durch das Wissen um die zahlreichen Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten innerhalb der EU-Strukturpolitik die Motivation der regionalen Akteure bei der Entwicklung bzw. Umsetzung von Tourismusprojekten gesteigert: Da durch diese umfangreichen Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten die Realisierbarkeit von innovativen Projektideen im Tourismusbereich deutlich erhöht wird.

Dennoch werden trotz dieser insgesamt überwiegend positiven Gesamtbewertung der EU-Strukturpolitik und deren Beitrag zur Entwicklung des Tourismus im Untersuchungsraum auch einige Defizite der EU-Strukturpolitik sichtbar: Dabei wird an dieser Stelle vor allem die Sicherstellung des nationalen Finanzierungsanteils als das zentrale Problem der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen deutlich: In diesem Raumtyp ist die bereits allgemein bekannte unzureichende Finanzausstattung der öffentlichen Hand noch deutlich verschärfter ausgeprägt. Dies kann darüber hinaus zu Problemen bei der Bewältigung von möglichen Folgekosten bei großen Tourismusprojekten führen. Als weitere zentrale Schwächen der EU-Strukturpolitik werden von Seiten der regionalen Akteure die Vielzahl an Fördermöglichkeiten, eine damit einhergehende mangelnde Transparenz sowie der zunehmend hohe bürokratische Aufwand sowie teilweise zu lange Verfahrensdauern (v.a. im Rahmen von INTERREG) und zu komplizierte Genehmigungsverfahren erwähnt. Hierdurch ergibt sich somit auch an dieser Stelle eine enge Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der befragten Experten und den Erkenntnissen aus den vorangegangenen Analysen (z.B. Dokumentenanalyse zur Bewertung des Einflusses der EU-Förderprogramme auf die Entwicklung des Tourismus oder Wirkungsanalyse zur Erfassung des Einflusses der zentralen Leitprojekte auf die Tourismusentwicklung).

Diese Einschätzungen der befragten Akteure bzw. Entscheidungsträger im Untersuchungsraum bestätigen die zentrale These dieser Dissertation, dass „die EU-Strukturpolitik die Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz auf vielerlei Weise direkt oder indirekt beeinflusst.“ Im Gegensatz dazu wird die EU-Strukturpolitik und ihr Einfluss auf die Entwicklung der Westpfalz nur von wenigen Akteuren als eher kritisch bewertet. Wie im Verlauf dieses Kapitel bereits angedeutet, wird dabei insbesondere bemängelt, dass teilweise zu detaillierte Vorgaben bezüglich förderfähiger Maßnahmen gemacht werden, und damit letztlich anstatt regionaler Prioritätensetzungen lediglich ein gewisser „Standardkatalog“ übernommen wird. Auf diese Weise wird dann eine Profilierung eher verhindert denn gefördert, da in erster Linie solche Projekte oder Maßnahmen umgesetzt werden, die förderfähig sind und nicht solche, die dem spezifischen regionalen Bedarf bzw. den vorhandenen regionalen Besonderheiten entsprechen.

In diesem Zusammenhang wird die besondere Notwendigkeit betont Fördergelder sinnvoll und zielgerichtet einzusetzen bzw. nicht allein nur zur Schließung von Finanzierungslücken zu verwenden. Dabei wird angemerkt, dass Zuweisungen aus dem Finanzausgleich direkt an die Kommunen sinnvoller wären, „anstatt Geld nach Brüssel zu geben und dann wieder zurück.“

Daher sei „grundsätzlich keine EU notwendig“, wobei jedoch gleichzeitig unterstrichen wird, dass in Deutschland die Bundesebene eher wenig Interesse am ländlichen Raum habe und ohne die Unterstützung der EU große Tourismusprojekte in der Region nicht realisierbar wären. Rein auf den finanziellen Aspekt bezogen mögen diese Einwendungen stimmen, jedoch sollte in diesem Zusammenhang bedacht werden, dass die EU-Strukturpolitik über den rein finanziellen Transfer hinaus weitere bedeutende Impulse für die touristische Entwicklung einer ländlichen strukturschwachen Region geben kann. Dies vor allem wie bereits mehrfach angedeutet in Bezug auf die vorgeschriebene Programmplanung, die eine Vernetzung und Kooperation, den Erfahrungsaustausch sowie die intensive Auseinandersetzung mit den spezifischen regionalen Entwicklungsperspektiven und -problemen fördert. Diese Impulse infolge der spezifischen Systematik der EU-Strukturpolitik wären im Rahmen eines reinen Finanzausgleichs zwischen wirtschaftsstarken und wirtschaftsschwachen Regionen wohl kaum zu erwarten.

Dennoch sind gewisse Bedenken bezüglich zu enger Vorgaben in den Förderprogramm durchaus berechtigt, wie auch entsprechende Anmerkungen in den Evaluierungen verdeutlichen (vgl. hierzu Kapitel B II, 2): So können zwar durchaus vereinzelt Fördergelder nicht effizient bzw. zielgerichtet eingesetzt werden, jedoch wäre diese Gefahr bei einem reinen Finanzausgleich wohl noch viel stärker ausgeprägt. In der Mehrzahl werden im Rahmen der EU-Strukturpolitik jedoch wie anhand der Beispiele aus dem Tourismusbereich aufgezeigt wurde größtenteils sinnvolle und innovative Projekte in der Westpfalz umgesetzt. Wobei dies durch die Vorgehensweise der verantwortlichen Akteure bestätigt wird: So wurde im Rahmen der Expertengespräche festgestellt, dass zunächst Projektideen entwickelt werden und dann nach entsprechenden Fördermöglichkeiten zur Realisierung dieser Projekte gesucht wird.

Damit wird in der Praxis die Vermutung widerlegt, dass die Förderprogramme anhand des vorgesehenen Förderangebotes letztlich bestimmen welche Projekte in der Region umgesetzt werden und weniger der spezifische regionale Bedarf. Trotz dieser vereinzelt kritischen Einwände beurteilen die befragten Akteure die EU-Strukturpolitik ansonsten weitgehend positiv. Die Befragten fühlen sich im Rahmen der EU-Strukturpolitik ausreichend unterstützt und betonen gleichzeitig, dass nahezu alle touristischen Projekte in der Region mit EU-Mitteln realisiert worden sind. Jedoch wird in Zukunft ein wesentlich stärkerer Wettbewerb um die Vergabe von Fördermitteln erwartet. Ebenso wird künftig eine stärkere Konzentration der Strukturmittel auf die Wachstums- bzw. Metropolregionen erwartet, dies weniger im Rahmen der EU-Strukturpolitik als vielmehr innerhalb der nationalen Förderpolitik.

#### **IV. Abschließende Bewertung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz**

Aufgrund der Ergebnisse und Erkenntnisse aus dem vorangegangenen Analyseteil kann nun im Folgenden der Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz abschließend bewertet werden. Aus konzeptioneller Sicht orientiert sich diese Bewertung dabei an der Methodik der Evaluation im Sinne einer Wirkungs- sowie in Ansätzen eine Vollzugs- und Zielerreichungskontrolle. Dabei werden wie im Einführungsteil der Arbeit dargelegt, die Ergebnisse der primärstatistischen Erhebungen (Expertenbefragung) mit den Ergebnissen der vorangegangenen sekundärstatistischen Analysen (Dokumentenanalyse zur Bewertung der Relevanz der einzelnen Förderprogramme für die Tourismusentwicklung, Analyse der Wirkungen von touristischen Leitprojekten) anhand von Bewertungskriterien in Form der übergeordneten und forschungsleitenden Fragestellungen verglichen. Im Folgenden werden nun die zentralen Ergebnisse der Evaluation dargestellt:

**Die Förderprogramme der EU, v.a. in der Programmperiode 2000 bis 2006, sind geeignet, die Entwicklung des Tourismus in der Region Westpfalz zu fördern. Die einzelnen Programme ergänzen sich dabei sinnvoll und fördern auf diese Weise Synergien (These 1).**

In den Entwicklungsprogrammen des Landes Rheinland-Pfalz zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Förderperiode 2000 bis 2006 stellt die Förderung des Tourismus einen wesentlichen thematischen Schwerpunkt dar. Dabei haben speziell für den Untersuchungsraum vor allem die Förderung im Rahmen von Ziel-2 mit Mitteln aus dem Strukturfonds EFRE, sowie die Gemeinschaftsinitiative LEADER+ hohe Relevanz für die touristische Entwicklung. Insbesondere der Teilraum „Pfälzerwald / Landkreis Südwestpfalz“ weist in diesem Zusammenhang eine hohe Förderquote auf. Dieser Teilraum ist vollständig Ziel-2-Fördergebiet, ebenso in großen Teilen LEADER+-Aktionsgebiet (im Bereich der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“) sowie zusätzlich noch an zwei INTERREG-Programmen zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beteiligt („Saarland-Moselle(Lothringen)-Westpfalz“ und „PAMINA“). Darüber hinaus profitiert auch der zweite im Rahmen dieser Dissertation genauer untersuchte Teilraum der Westpfalz, das sog. „Pfälzer Bergland“ (bzw. der Landkreis Kusel) in der Förderperiode 2000 bis 2006 von der EU-Strukturpolitik, wenn auch auf den ersten Blick in deutlich geringerem Umfang als der Bereich Südwestpfalz.

Dabei leistet die Ziel-2-Förderung v.a. einen Beitrag zur Entwicklung der „harten“ Standortfaktoren im Tourismus, da hier vor allem der Ausbau der Tourismusinfrastruktur unterstützt wird, ebenso werden im Rahmen des rheinland-pfälzischen Ziel-2-Programms Investitionen in Tourismusbetrieben gefördert. Dagegen leistet LEADER+ innerhalb der Tourismusentwicklung eher einen Beitrag zur Förderung der „weichen“ bzw. „qualitativen“ Aspekte im Sinne eines „Mehrwertes“ der über das rein finanzielle, quantifizierbare hinausgeht. Denn im Rahmen von LEADER+ müssen von den LAGen regionale Entwicklungsstrategien aufgestellt werden. Dabei wird die intensive Auseinandersetzung mit den spezifischen regionalen Stärken, Schwächen und Entwicklungsperspektiven im Bereich des Tourismus gefördert. Wobei dies schließlich zu einer stärkeren Profilbildung innerhalb des Tourismus beitragen kann.

Des Weiteren werden durch den Zusammenschluss der einzelnen Akteure in sog. „Lokalen Aktionsgemeinschaften“ (LAGen) Vernetzung, Kooperation und Erfahrungsaustausch innerhalb der Region unterstützt. Auf diese Weise kann ferner die regionale Identität sowie die Bewusstseinsbildung bzw. Sensibilisierung im Untersuchungsraum gefördert werden.

Darüber hinaus unterstützt LEADER+ konkrete Projekte im Bereich der Tourismusinfrastruktur (im Gegensatz zum Ziel-2-Programm jedoch nur kleinere Projekte), zur Schaffung von touristischen Anziehungspunkten sowie Maßnahmen im Marketingbereich. In der Programmplanungsperiode 2000 bis 2006 werden diese für den Untersuchungsraum wichtigen Förderprogramme schließlich sinnvoll ergänzt durch die beiden INTERREG-Programme im Bereich der Südwestpfalz sowie der „Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes im Rahmen des Strukturfonds EAGFL („Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum „ZIL“). Dabei wird durch das hierbei vorgesehene Förderangebot der Aufbau bzw. die Ergänzung der touristischen Infrastruktur unterstützt, sowie der Agrartourismus gefördert. Im Rahmen dieser Förderprogramme fließen Strukturmittel in Millionenhöhe in die Westpfalz. Die finanzielle Ausstattung der einzelnen Förderprogramme gestaltet sich dabei recht unterschiedlich, so umfasst das Fördervolumen des Ziel-2-Programmes einen dreistelligen Millionenbetrag, während für das LEADER+-Programm nur ein geringer Millionenbetrag zur Verfügung steht.

Beim Vergleich der unterschiedlichen Förderprogramme wird deutlich, dass diese in Bezug zueinander stehen, und geeignet sind, Synergien untereinander zu entwickeln. Dies wird dabei vor allem aufgrund des in der EU-Strukturpolitik verankerten sog. Grundsatzes der Kohärenz erreicht. Hierdurch wird gewährleistet, dass sich die einzelnen Programme nicht widersprechen und stattdessen eine gegenseitige sinnvolle Ergänzung stattfindet. Die interne (innerhalb eines Programms) sowie externe (zwischen verschiedenen Programmen) Kohärenz muss dabei bereits bei der Programmaufstellung gewährleistet werden und wird im Rahmen der Ex-ante-Evaluierung geprüft, ebenso wie in den darauffolgenden weiteren Evaluierungsstadien. Anhand dieser Ausführungen wird deutlich, dass die Programmebene zwei wesentliche Beiträge bzw. Einflüsse der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus bedingt. Zum einen die umfangreichen finanziellen Mittel, welche hierdurch der strukturschwachen Region Westpfalz zufließen und zu einem Großteil der Tourismusförderung dienen. Zum anderen werden wichtige Impulse für die Tourismusentwicklung durch die Systematik der innerhalb der EU-Strukturpolitik vorgegebenen mehrstufigen Programmplanung mit ihren zugrundeliegenden Prinzipien erreicht, die als sog. „Mehrwert“ bezeichnet werden, und sich letztlich nicht quantifizieren (d.h. nicht absolut in Zahlen auszudrücken) lassen. Daraus lässt sich erkennen:

**Die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz wird auf vielfältige Weise sowohl direkt als auch indirekt von der EU-Strukturpolitik beeinflusst (These 2).** Dabei muss berücksichtigt werden, dass es sich bei diesen Einflüssen bzw. Wirkungen der einzelnen EU-Förderprogramme zunächst vor allem um „potentielle“ bzw. „theoretische“ Wirkungen, Einflüsse oder Impulse handelt. Das bedeutet, die EU-Strukturpolitik hält in Form dieser Förderprogramme ein vielfältiges Förderangebot bereit, welches jedoch in der Folge von den regionalen Akteuren entsprechend genutzt werden muss in Form von Projekten, die inhaltlich geeignet erscheinen, die Ziele der Förderprogramme umzusetzen und daher aus diesen finanziert werden können. Wird dieses Förderangebot im Bereich des Tourismus zielgerichtet genutzt, können die einzelnen Teilräume der Westpfalz mit Hilfe der EU-Strukturpolitik die Tourismusentwicklung vorantreiben:

**Die EU-Strukturpolitik unterstützt dabei in den touristischen Randgebieten (z.B. Pfälzer Bergland) der Westpfalz in erster Linie die Schaffung einer Basisinfrastruktur als Grundlage und Voraussetzung für die Tourismusentwicklung. Dagegen wird in dem traditionellen Tourismuszentrum Pfälzerwald das bestehende Angebot ergänzt bzw. angepasst und ein Beitrag zur Professionalisierung des touristischen Erscheinungsbildes geleistet (These 3).**

Eine der zentralen Herausforderungen im Rahmen der mehrstufigen Programmplanung auf mehreren Ebenen ist es, die richtige Balance zu finden zwischen notwendigen Vorgaben bzw. Orientierungshilfen in den Kohäsionsleitlinien sowie sonstigen Richtlinien der EU und weiteren Vorgaben auf Bundes- bzw. Landesebene auf der einen Seite, und auf der anderen Seite die Gewährleistung bzw. das Zulassen von notwendigen Gestaltungsspielräumen für die regionalen Akteure (u.a. bei der Prioritätensetzung bzw. der Berücksichtigung der spezifischen regionalen Belange bei der Aufstellung der regionalen Entwicklungsstrategien). In einzelnen Expertengesprächen, ebenso wie bei der Evaluation der EU-Strukturpolitik in Rheinland-Pfalz wurde wie bereits dargelegt teilweise moniert, dass in den Förderprogrammen zum Teil zu genaue und enge Vorgaben bezüglich der Schwerpunkte in den regionalen Entwicklungsprogrammen oder -strategien, sowie bezüglich förderfähiger Maßnahmen gemacht werden.

In der Folge besteht dann die Gefahr, dass Projekte nur umgesetzt werden, weil sie förderfähig sind und nicht weil sie dem regionalen Bedarf entsprechen. Letztlich kann dies dann einer angestrebten Profilbildung im Tourismus entgegenstehen und stattdessen zu einer Uniformität im touristischen Angebot der Region führen. Bei den durchgeführten Vergleichen im Verlauf dieser Arbeit so bspw. zwischen den beiden LILE „Pfälzerwald“ und „Pfälzer Bergland“ oder den INTERREG IV A Programmen „Großregion“ und „Oberrhein“ wurden bereits große inhaltliche Übereinstimmungen bezüglich der gewählten Schwerpunkte und Prioritäten festgestellt, so dass diese Befürchtungen letztlich nicht ganz unbegründet erscheinen.

Jedoch ist in diesem Zusammenhang ebenfalls festzustellen, dass diese Herausforderung zwischen einerseits der Notwendigkeit der Vorgabe eines gewissen Rahmens sowie andererseits die Gewährleistung eines größtmöglichen konzeptionellen Freiraums der regionalen Akteure zur Berücksichtigung von regionalen und lokalen Bedürfnissen bzw. Besonderheiten bislang im Rahmen der mehrstufigen Programmplanung bis auf einige wenige Ausnahmen durchaus gelungen zu sein scheint. Diesen Eindruck bestätigen auch die befragten regionalen Akteure, welche eine Vorgehensweise anwenden, die zunächst Projektideen entwickelt, und dann potentielle Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen der EU-Förderprogramme prüft. Daraus wird ersichtlich, dass in der Praxis im Untersuchungsraum überwiegend auf eine sinnvolle sowie zielgerichtete Vorgehensweise geachtet wird und die Projekte sich zunächst nicht allein an der Förderfähigkeit orientieren, sondern am regionalen Bedarf und Potenzial. Dennoch muss an dieser Stelle beachtet werden:

**Die EU-Strukturpolitik sollte sich unter konsequenter Anwendung des Subsidiaritätsprinzips darauf beschränken, den regionalen Akteuren im Rahmen der Förderprogramme einen groben inhaltlichen Orientierungsrahmen vorzugeben, der eine eigenständige Prioritätensetzung gemäß der spezifischen regionalen Ausgangssituation erlaubt (These 4).**

Innerhalb des ersten Analyseschrittes, der Dokumentenanalyse zur Bewertung der Relevanz von EU-Förderprogrammen in der Programmplanungsperiode 2000 bis 2006, sollte neben dem Verhältnis der einzelnen Förderprogramme untereinander sowie dem Aufzeigen möglicher Synergien zwischen diesen insbesondere untersucht werden, wie sich die Förderprogramme auf das vorhandene touristische Angebotsgefälle im Untersuchungsraum auswirken können. Dabei wurde als zentrale Erkenntnis deutlich, dass die Bewertung der EU-Strukturpolitik hinsichtlich ihres Einflusses auf die Entwicklung von regionalen Disparitäten im Tourismusbereich differenziert bewertet werden muss.

So kann auf den ersten Blick der Eindruck entstehen, dass die EU-Strukturpolitik in der Förderperiode 2000 bis 2006 geeignet ist, die bestehenden Disparitäten innerhalb des Tourismus in der Westpfalz weiter zu verschärfen. Denn in der vergangenen Programmplanungsperiode wurde vor allem das klassische Tourismuszentrum Pfälzerwald / Landkreis Südwestpfalz im Rahmen der EU-Strukturpolitik unterstützt: So wurde bspw. die LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ in die LEADER Förderung aufgenommen, während die LAG „Pfälzer Bergland“, ebenso wie weitere westpfälzische LAGen nicht als LEADER+-Fördergebiet anerkannt wurden. Ebenso war dieser Teilraum komplett Ziel-2-Fördergebiet und darüber hinaus an zwei Programmen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beteiligt. Daraus kann zunächst der Eindruck entstehen, aufgrund dieser hohen Konzentration der Fördermittel auf das bestehende Tourismuszentrum Pfälzerwald / Südwestpfalz würde dieses im Vergleich zu den touristischen Randgebieten mit gewissen Entwicklungsansätzen wie etwa dem Pfälzer Bergland weiter gestärkt.

Jedoch wird bei genauerer Betrachtung deutlich, dass mehr Fördergelder letztlich nicht automatisch mehr Impulse bedeuten, denn die Fördergelder müssen in der Folge auch sinnvoll und zielgerichtet eingesetzt werden. Weiterhin muss in diesem Zusammenhang beachtet werden, dass der Beitrag der EU-Strukturpolitik zur Tourismusentwicklung im Untersuchungsraum nicht nur auf den rein finanziellen Aspekt begrenzt werden darf, sondern vielmehr die zahlreichen Impulse aus dem mehrstufigen Programmplanungsprozess berücksichtigt werden müssen.

Diese bereits mehrfach beschriebenen Impulse kommen bspw. auch denjenigen LAGen zugute, die zwar letztlich nicht in die Förderung im Rahmen von LEADER+ aufgenommen wurden, jedoch ebenso regionale Entwicklungsstrategien aufgestellt haben, die dann auf anderem Wege oder in der aktuellen Förderperiode 2007 bis 2013 umgesetzt werden können.

Ebenso muss in diesem Zusammenhang bedacht werden, dass in früheren Förderperioden (z.B. 1989 bis 1993 sowie 1994 bis 1999) das touristische Entwicklungsgebiet Pfälzer Bergland Teil der LEADER-Förderung war, während das Tourismuszentrum Pfälzerwald / Südwestpfalz dagegen in den gleichen Zeiträumen kein LEADER-Fördergebiet war. So dass an dieser Stelle letztlich durchaus ein gewisser Ausgleich erkennbar ist.

Letztlich profitieren daher auch die touristischen Randgebiete wie das Pfälzer Bergland von den EU-Förderprogrammen, und es können hier auf diese Weise die Grundlagen für eine touristische Entwicklung geschaffen werden. Dabei wird im Pfälzer Bergland mit Hilfe der EU-Strukturpolitik einerseits der Aufbau einer touristischen Basisinfrastruktur unterstützt, sowie andererseits die Schaffung von touristischen Anziehungspunkten (sog. „Leuchttürme“). Damit werden schließlich Aufholprozesse dieses im Vergleich zum klassischen Tourismuszentrum „Pfälzerwald“ als touristisches Randgebiet anzusehenden Teilraumes gefördert. Die EU-Strukturpolitik kann jedoch nicht nur einen Beitrag zur Verminderung von Disparitäten auf regionaler Ebene leisten, sondern auch innerhalb der einzelnen Teilräume der Westpfalz ein teilweise vorhandenes Gefälle im touristischen Angebot abmildern. Wobei an dieser Stelle erneut der Programmplanung eine entscheidende Rolle zukommt. Diese Systematik der Programmplanung zwingt die relevanten Akteure zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der spezifischen regionalen bzw. lokalen Ausgangssituation. Neben Entwicklungsperspektiven werden dabei auch Entwicklungshemmnisse deutlich.

So zeigen sowohl die GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ als auch die LILE in der laufenden Programmplanungszeitraum ein bestehendes Angebotsgefälle innerhalb des Tourismus zwischen dem südlichen Teil des Pfälzerwaldes („Dahner Felsenland“) und dem nördlichen Teil des Pfälzerwaldes („Zentrum Pfälzerwald“) als ein zentrales Entwicklungshemmnis auf. Daran lässt sich erkennen, dass die Beschäftigung mit der regionalen Ausgangssituation im Tourismus innerhalb des Prozesses der Programmplanung zunächst Disparitäten aufzeigt, bzw. sichtbar werden lässt und auf diese Weise das Bewusstsein der regionalen Akteure für diese Problematik schärft. In einem weiteren Schritt streben die regionalen Entwicklungsstrategien im Rahmen von LEADER an, dieses Angebotsgefälle durch die Schaffung von touristischen Anziehungspunkten bzw. den Lückenschluss im Bereich der Tourismusinfrastruktur im nördlichen Teilbereich des Pfälzerwaldes (vgl. hierzu insbesondere Ausführungen zur GIEP der LAG „südlicher und zentraler Naturpark Pfälzerwald“ sowie zur LILE der LAG „Pfälzerwald“) abzumildern.

Jedoch ist in diesem Zusammenhang davon auszugehen, dass die EU-Strukturpolitik vorhandene Disparitäten in Bezug auf das touristische Angebot im Untersuchungsraum zwar abmildern kann, diese aber letztlich niemals vollständig beseitigen kann. Die EU-Strukturpolitik stößt an dieser Stelle an gewisse Grenzen: Denn es gibt Faktoren und Entwicklungsvoraussetzungen, die nicht durch Interventionen im Rahmen der Strukturpolitik beeinflusst werden können. Zu diesen zählen bspw. landschaftliche Attraktivität und Vielfalt sowie bestimmte Besonderheiten, zu denen Alleinstellungsmerkmale, wie etwa die Felsenlandschaft des Wasgaus im südlichen Pfälzerwald zählen. Diese als sog. „ursprüngliches Angebot“ bezeichnete Ausstattung lässt sich durch strukturpolitische Interventionen kaum beeinflussen, denn es ist entweder vorhanden oder nicht vorhanden. Der Teilraum Südwestpfalz hat solche landschaftsbedingten Alleinstellungsmerkmale, der Teilraum Pfälzer Bergland dagegen nicht, trotz einer durchaus attraktiven Landschaft, die jedoch in ähnlicher Form auch in benachbarten Regionen Südwestdeutschlands (Eifel, Hunsrück, nördliches Saarland) vorzufinden ist. Zusammen mit den zahlreichen Burgen sowie der Nähe zu attraktiven Tourismusregionen wie dem Elsass oder der Deutschen Weinstraße bietet die Südwestpfalz damit letztlich insgesamt gesehen bessere Grundlagen für eine touristische Entwicklung als das Pfälzer Bergland.

Andere Faktoren der Tourismusentwicklung wie etwa das sog. „abgeleitete Angebot“ können dagegen durchaus mit Unterstützung der EU-Strukturpolitik beeinflusst werden, so u.a. der Aufbau einer entsprechenden Tourismusinfrastruktur (Wander- und Radwege, Touristinformationen, Übernachtungsmöglichkeiten) ebenso wie die Schaffung von speziellen touristischen Anziehungspunkten (z.B. „Draisinenstrecke“, „Mountainbikepark“). Insgesamt betrachtet, kann das vorhandene Attraktivitäts- und Angebotsgefälle zwischen nördlicher und südlicher Westpfalz im Bereich des Tourismus aus den genannten Gründen daher wohl kaum vollständig ausgeglichen werden. Jedoch kann die EU-Strukturpolitik in gewissem Maße dazu beitragen, das vorhandene Angebots- und Attraktivitätsgefälle sowohl innerhalb der gesamten Region Westpfalz als auch innerhalb der einzelnen Teilräume der Region abzumildern, bzw. zumindest nicht noch weiter zu verschärfen. Aus diesen Gründen lässt sich daher zusammenfassend festhalten:

**Die Rolle der EU-Strukturpolitik beim Abbau vorhandener Disparitäten im Bereich des Tourismus in der Westpfalz muss differenziert bewertet werden. Denn bestimmte Entwicklungsfaktoren lassen sich durch strukturpolitische Interventionen nicht beeinflussen. Daher können vorhandene Disparitäten niemals vollständig abgebaut werden. Die EU-Strukturpolitik kann jedoch einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, vorhandene Disparitäten abzumildern oder zumindest nicht weiter zu verschärfen (These 5).**

Die durchgeführten Analysen zur Erfassung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz haben des Weiteren verdeutlicht, dass die vorgegebene mehrstufige Programmplanung Vernetzung und Kooperation fördern kann. Dies in mehrfacher Hinsicht, zum einen aus räumlicher Sicht innerhalb der Region Westpfalz, und darüber hinaus auch mit benachbarten Regionen, sowie zum anderen aus sektoraler Hinsicht zwischen dem Tourismus und anderen Bereichen der ländlichen Entwicklung (v.a. Naturschutz / Landschaftspflege, Landwirtschaft, Kultur, etc.). Dabei ist an dieser Stelle insbesondere LEADER geeignet, solche Kooperations- und Vernetzungsprozesse zu unterstützen. Denn die Abgrenzung der Fördergebiete, die sog. Aktionsgebiete der LAGen, soll in erster Linie anhand geografischer Gesichtspunkte erfolgen und sich nicht an vorhandenen administrativen Grenzen orientieren. Aufgrund dieser Vorgaben bezüglich der Abgrenzung der LEADER-Aktionsgebiete wird im Rahmen von LEADER die interkommunale Kooperation unterstützt, welche gerade im Tourismusbereich von hoher Bedeutung ist.

Dies verdeutlichen vor allem die LAGen in der aktuellen Förderperiode: So umfassen die LAG „Pfälzer Bergland“ sowie auch die LAG „Pfälzerwald“ sowohl mehrere Verbandsgemeinden, als auch mehrere Landkreise sowie schließlich auch jeweils zwei unterschiedliche (Planungs-)Regionen. Im Rahmen der LAGen wird dabei sowohl der Erfahrungsaustausch gefördert, als auch konkrete gemeinsame überregionale und interkommunale Projektideen entwickelt, um u.a. den Tourismusbereich zu fördern. Ebenso werden durch den integrierten und querschnittsorientierten Ansatz von LEADER Kooperationen bzw. Vernetzungen zwischen verschiedenen Fachbereichen unterstützt. Hierdurch entstehen Synergien für die Tourismusedwicklung, da auf diese Weise Konflikte vermieden bzw. abgemildert werden können, sowie die Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die unterschiedlichen Belange der einzelnen sektoralen Bereiche geschärft wird.

Darüber hinaus bringt der Prozess der Programmplanung weitere positive und wichtige Impulse für die Tourismusedwicklung im Untersuchungsraum mit sich. So nimmt infolge der vorgeschriebenen engen Begleitung der Programme in Form von Monitoring und Evaluierung die strategische Orientierung sowie die Zielorientierung zu. Letztlich wird auf diese Weise somit die Effizienz von Entwicklungsprozessen im Tourismusbereich erhöht, und Lernprozesse innerhalb der Region initiiert.

Daher wird deutlich:

**Die EU-Strukturpolitik, insbesondere in Form von LEADER, ist geeignet die Kooperation und Vernetzung innerhalb des Tourismus zu fördern. Dies sowohl in räumlicher als auch in sektoraler Hinsicht. Auf diese Weise können sich letztlich zahlreiche Synergien und somit ein deutlicher Mehrwert für die Tourismusedwicklung in der Westpfalz ergeben (These 6).**

Diese im Rahmen der Programmanalyse gewonnen Bewertungen und Einschätzungen bezüglich möglicher Einflüsse der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz wurden im Verlauf der weiteren Analysen (Wirkungsanalyse der im Rahmen der EU-Strukturpolitik umgesetzten Projekte sowie empirische Erhebungen) durchgehend bestätigt. Große touristische Leitprojekte, welche im Rahmen dieser EU-Förderprogramme umgesetzt und finanziert wurden, haben positive Impulse für die Tourismusedwicklung mit sich gebracht. Ebenso hat die EU-Strukturpolitik eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung und Umsetzung dieser touristischen Leitprojekte gespielt:

**Die im Rahmen der EU-Förderprogramme umgesetzten sowie finanzierten touristischen Leitprojekte fördern die touristische Profilierung und leisten einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Tourismusedwicklung in der Westpfalz. Jedoch kann der intensive Erfahrungsaustausch innerhalb der EU-Strukturpolitik zu Nachahmungen von Tourismusprojekten führen (These 7).**

Diese Einschätzung wurde von den befragten regionalen Experten und Entscheidungsträgern eindeutig bestätigt. Wobei insbesondere den Projekten „Draisinen“ und „Mountainbikepark“ eine hohe Relevanz für die Tourismusedwicklung zugestanden wird. Bei anderen Leitprojekten wie etwa dem „Biosphärenhaus“ wird dagegen noch deutlicher Optimierungsbedarf hinsichtlich der Profilierungsmöglichkeiten gesehen. Dennoch werden durch alle Projekte letztlich die spezifischen Potenziale der Region stärker in den Vordergrund gerückt und dementsprechend für die Tourismusedwicklung genutzt, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Auf diese Weise leisten diese Projekte einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Tourismusedwicklung in der Region, gemäß den Empfehlungen der von der EU-Kommission eingesetzten „Tourism Sustainability Group (TSG).“ In diesen wird u.a. empfohlen, „Destinationen zu schaffen, die Tourismus und Naturschutz bestmöglich verbinden.“ Erfolgreiche touristische Produkte vereinen nach Ansicht der TSG in diesem Zusammenhang „gleichermaßen die Bedürfnisse des Naturschutzes, der lokalen Bevölkerung und der Gäste und erzielen positive ökonomischen, ökologische und soziale Effekte.“

Für Projekte wie Draisinenstrecke, Biosphärenhaus oder Mountainbikepark kann dies aufgrund der durchgeführten Analysen und empirischen Erhebungen bestätigt werden. Synergien zwischen Tourismus und Naturschutz sind hier eindeutig festzustellen, ebenso eine stärkere Sensibilisierung der regionalen Akteure für diese Thematik. Die zentrale Herausforderung und Problematik in Bezug auf touristische Alleinstellungsmerkmale ist darin zu sehen, dass einige dieser Projekte zwischenzeitlich auch in anderen Tourismusregionen umgesetzt wurden. So gibt es nun ebenso Draisinenstrecken in der benachbarten Region Rheinpfalz („Südpfalz-Draisinen“), zudem an der Bergstraße sowie in Ostdeutschland. Dies gilt gleichermaßen für sog. „Baumwipfelpfade“, die es mittlerweile neben dem Biosphärenhaus im Pfälzerwald auch in anderen Regionen, wie z.B. dem Bayerischen Wald gibt. Daher werden viele dieser einst als Alleinstellungsmerkmale konzipierten Anziehungspunkte, diesem Anspruch heute nur noch in Ansätzen gerecht. Denn die Gefahr einer Nachahmung solcher innovativen Projekte besteht insbesondere in Zeiten eines verschärften Wettbewerbs. Hierbei kann der intensive Erfahrungsaustausch bspw. im Rahmen von LEADER dann für eine Region, die solche touristischen Alleinstellungsmerkmale besitzt, durchaus auch negative Folgen haben, während andere Regionen, die auf diese Weise Ideen für neue Tourismusprojekte gewinnen, hiervon profitieren können. So dass der Erfahrungsaustausch innerhalb der EU-Strukturpolitik, letztlich durchaus differenziert bewertet werden muss, da er sowohl Chancen als auch Risiken mit sich bringen kann.

Bezüglich dieser großen Tourismusedleitprojekte sind dabei insbesondere diejenigen erfolgreich und effizient, welche sich wie z.B. die „Draisinenstrecke“ oder der „Mountainbikepark“ nicht auf einen festen Standort konzentrieren, sondern mehrere Kommunen und Landkreise umfassen und somit Synergien mit sich bringen. Solche Projekte sind geeignet, vorhandene regionseigene Potenziale zu vernetzen sowie die Kooperationsbereitschaft und Identität innerhalb der Region zu erhöhen. Weiterhin erscheint es wichtig, dass Konzeption und Zielsetzung, die hinter einem solchem touristischen Projekt stehen, für potentielle Touristen leicht erfassbar sind. Der Tourist bzw. Gast muss dabei letztlich genau wissen, was ihm eine bestimmte touristische Einrichtung an konkreten Freizeitmöglichkeiten bietet.

Dies lässt sich bspw. in Bezug auf den Mountainbikepark oder die Draisinenstrecke relativ leicht erkennen, bei Projekten wie dem Biosphärenhaus oder der kulinarischen Landstraße erscheint dies dagegen zumindest auf den ersten Blick deutlich schwieriger.

Die EU-Strukturpolitik hat dabei einen großen Einfluss auf die Entwicklung und Umsetzung dieser Projekte: Zunächst wären diese großen Tourismusprojekte in der struktur- und finanzschwachen Westpfalz ohne die finanzielle Unterstützung der EU im Rahmen ihrer Strukturpolitik nicht realisierbar gewesen. Ebenso wären ohne die vorgeschriebene gemeinsame Finanzierung dieser Projekte aus europäischen und nationalen Strukturmitteln (gemäß der beiden Prinzipien „Additionalität der Mittel“ bzw. „Partnerschaft“) nach Einschätzung der Befragten zudem auch keine nationalen Fördermittel in dieser Größenordnung in den Untersuchungsraum geflossen. Daher gilt:

**Die EU-Strukturpolitik ist für die Region Westpfalz die wichtigste Finanzierungsquelle für die Umsetzung von großen Tourismusprojekten mit Leuchtturmcharakter. Ohne die finanzielle Unterstützung der EU-Strukturpolitik könnten solche Projekte in einer strukturschwachen Region nicht realisiert werden (These 8).**

Neben ihrer Rolle als Finanzierungsquelle übernimmt die EU-Strukturpolitik darüber hinaus weitere wichtige Funktionen bei der Entwicklung und Umsetzung dieser touristischen Leitprojekte. Wie bereits dargelegt wurde, beeinflusst die EU-Strukturpolitik ebenso die inhaltliche Ausgestaltung der Projekte, da die einzelnen Projekte sich letztlich infolge der Systematik der Programmplanung hinsichtlich ihrer inhaltlichen Ausgestaltung bzw. Zielsetzung an den vorhandenen Förderprogrammen und deren Vorgaben orientieren müssen, um aus diesen finanziert werden zu können. Daher muss die inhaltlich-thematische Gestaltung bzw. Formulierung der Projekte in gewissem Maße mit den Intentionen dieser Förderprogramme übereinstimmen: So müssen bspw. Projekte, die im Rahmen von LEADER finanziert werden, einen innovativen und integrativen Charakter aufweisen, sowie v.a. die endogenen Potenziale einer Region nutzen. Diese Vorgehensweise in konzeptioneller Hinsicht wurde schließlich auch von den befragten Experten weitgehend bestätigt.

Darüber hinaus werden infolge einer intensiveren Kooperation, Vernetzung sowie eines intensiveren Austausches der Akteure über regionale Entwicklungspotentiale Impulse für neue Projektideen gegeben, dies v.a. im Rahmen von LEADER. Ebenso steigt nach Angaben der befragten Experten durch die Möglichkeit der Finanzierung von Tourismusprojekten im Rahmen der EU-Strukturpolitik die Motivation der betroffenen Akteure, da letztlich hierdurch die Gewissheit besteht, dass eine Umsetzung von Projektideen mit Hilfe der zahlreichen Fördermöglichkeiten innerhalb der EU-Strukturpolitik realistisch erscheint. Auch auf diese Weise können neue Impulse bei der Entwicklung touristischer Projekte gewonnen werden. Die EU-Strukturpolitik beeinflusst daher nicht nur aufgrund ihrer finanziellen Bedeutung die Entwicklung des Tourismus im Untersuchungsraum, sondern:

**Die EU-Strukturpolitik beeinflusst durch die Systematik der Programmplanung die inhaltliche Ausgestaltung von Tourismusprojekten im Untersuchungsraum. Weiterhin kann sie als Impulsgeber bei der Entwicklung von Projektideen im Tourismus wirken. Schließlich steigert das Wissen um die Förderfähigkeit touristischer Projekte im Rahmen der EU-Strukturpolitik die Motivation der regionalen Akteure (These 9).**

Aufgrund der hier aufgezeigten Erkenntnisse aus den vorangegangenen Analysen kann die im Rahmen der Zielsetzung formulierte Ausgangsthese, dass „die EU-Strukturpolitik auf vielfältige Art und Weise, sowohl direkt als auch indirekt die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz beeinflusst“ infolge der durchgeführten Analysen bestätigt werden.

**Der Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz ist abschließend aufgrund dieser Erkenntnisse als bedeutend bzw. als hoch einzustufen. Einflüsse und Impulse gehen dabei sowohl von der vorgegebenen mehrstufigen Programmplanung als auch direkt von den in deren Folge umgesetzten und finanzierten Projekten aus (These 10).**

Die im Rahmen der EU-Strukturpolitik vorgegebene mehrstufige Programmplanung zwingt die regionalen Akteure im Untersuchungsraum hierbei zunächst zu einer intensiven Beschäftigung mit der Region und ihren spezifischen Stärken, Schwächen, Chancen sowie Entwicklungspotenzialen. Dies gilt vor allem für die Formulierung von regionalen Entwicklungsstrategien im Rahmen von LEADER. Durch diese vorgeschriebene Vorgehensweise wird letztlich gewährleistet, dass infolge der aufgestellten Entwicklungsstrategien gezielt Maßnahmen und Projekte initiiert werden, die in Bezug auf den Tourismusbereich entweder geeignet sind besondere regionale Entwicklungspotenziale stärker hervorzuheben bzw. zu nutzen, oder geeignet sind vorhandene Entwicklungshemmnisse oder Defizite abzubauen bzw. abzumildern.

Dadurch lässt sich erkennen, dass die EU-Strukturpolitik durch die Vorgehensweise im Rahmen der Programmplanung einen wichtigen Beitrag leistet zur Erreichung der vorgegebenen Ziele innerhalb der Tourismusentwicklung in der Westpfalz (vgl. hierzu Ausführungen zur Ausgangssituation des Tourismus in der Westpfalz). Denn Maßnahmen wie der Mountainbikepark, das Biosphärenhaus oder die Draisinenstrecke leisten einen wichtigen Beitrag zur Nutzung und Inwertsetzung der vorhandenen natürlichen Potenziale zur Tourismusentwicklung in der Westpfalz. Auf der anderen Seite werden infolge der Programmplanung auch Defizite deutlich, welche die Tourismusentwicklung hemmen. Dabei sei an dieser Stelle erneut auf das Beispiel der GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ verwiesen wo in den vorbereitenden Analysen das bestehende Angebotgefälle zwischen nördlichem und südlichem Pfälzerwald deutlich wurde, welches in der Folge anhand verschiedener konkreter Projektvorschläge zur Schaffung von touristischen Angeboten im nördlichen Teilraum abgemildert werden soll.

Ferner wird durch den Programmplanungsprozess die Kooperationsbereitschaft sowie die Vernetzung zwischen den unterschiedlichen Entscheidungsträgern erhöht, ebenso die Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung über einzelne Fachbereiche hinaus, so dass schließlich das Zusammengehörigkeitsgefühl bzw. die Identifikation mit der Region gestärkt wird. Des Weiteren wird insbesondere im Rahmen von LEADER und INTERREG der Erfahrungsaustausch bzw. Wissenstransfer mit benachbarten Regionen innerhalb der EU gefördert, wodurch zwar einerseits neue Impulse für die touristische Entwicklung in der Westpfalz möglich sind, andererseits aber ebenso die Gefahr einer Nachahmung touristischer Projekte besteht, die ursprünglich als absolute Alleinstellungsmerkmale der Region galten. Neben diesen zahlreichen Impulsen infolge der Systematik der Programmplanung ist die Bedeutung der EU-Strukturpolitik für den Untersuchungsraum als ländlicher strukturschwacher Region vor allem aus finanzieller Sicht als bedeutend zu bewerten. So fließen in den einzelnen Förderperioden jeweils hohe Millionenbeträge aus EU-Strukturmitteln in die Region Westpfalz, wovon gerade der Tourismus als ein wesentlicher Förderschwerpunkt profitiert.

Aufgrund dessen werden nahezu alle größeren und kleineren Projekte im Bereich des Tourismus in der Westpfalz durch EU-Strukturmittel finanziert. Es handelt sich hierbei sowohl um Projekte der touristischen Basisinfrastruktur (Radwege, Wanderwege, Tourist Informationen, Investitionsförderung bei privaten Betrieben) als auch um touristische Anziehungspunkte mit Alleinstellungspotential. Daher leistet die EU-Strukturpolitik einen zentralen Beitrag zur touristischen Erschließung der Randgebiete (z.B. „Pfälzer Bergland“) sowie zur Weiterentwicklung von bestehenden Tourismusschwerpunkten wie dem Pfälzerwald. Zusammen mit den beschriebenen zahlreichen Impulsen aus der Systematik der Programmplanung wird daraus ersichtlich, dass die Tourismusedwicklung in der Region Westpfalz auf vielfache Weise von der EU-Strukturpolitik profitiert. Aus diesem Grund ist daher die Bedeutung bzw. der Einfluss der EU-Strukturpolitik auf den Tourismus im Untersuchungsraum insgesamt als hoch zu bewerten. Um den Mehrwert der EU-Strukturpolitik auch weiterhin sicherstellen zu können, sind v.a. zwei wesentliche Voraussetzungen notwendig:

Zum einen müssen die Förderprogramme den regionalen Akteuren ausreichend Spielraum lassen um Prioritäten zu setzen, um auf diese Weise spezifische regionale Besonderheiten bzw. Notwendigkeiten berücksichtigen zu können. Dies bedeutet letztlich, es dürfen in den strategischen Leitlinien der EU, ebenso wie in den entsprechenden übergeordneten nationalen Programmen keine allzu detaillierten und engen Vorgaben bezüglich förderfähiger Maßnahmen gemacht werden, da ansonsten wie erwähnt, eine angestrebte regionale Profilbildung eher behindert denn gefördert wird. Auf der anderen Seite sind die förderbegünstigten regionalen Akteure gefordert, die zur Verfügung stehenden Strukturmittel abzurufen und diese dann letztlich sinnvoll, effizient und zielgerichtet einzusetzen. Daher müssen infolge der Förderprogramme konkrete Projekte entwickelt und umgesetzt werden, welche geeignet erscheinen, die vorhandenen regionalen Besonderheiten aufzugreifen und für die touristische Entwicklung zu nutzen, um auf diese Weise die Profilbildung der Region im Tourismusbereich zu schärfen. Die Erfassung und Bewertung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz ist das zentrale Ziel dieser Dissertation, jedoch sollen darüber hinaus ebenso Probleme bzw. Defizite bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum aufgezeigt werden, um anschließend konzeptionelle Ansätze zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik am Beispiel des Untersuchungsraumes formulieren zu können. Dabei wurden im Verlauf dieses Analyseteils bereits erste Ansätze für potentielle Handlungsfelder zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik deutlich, ebenso wurden auch im Rahmen der durchgeführten Expertengespräche zentrale Problemfelder bei der Umsetzung erkennbar. Diese sollen nun im Folgenden ebenfalls in Thesenform angedeutet werden, da sie sich aus den Ergebnissen und Erkenntnissen der vorangegangenen Analysen ableiten lassen. Anschließend werden diese dann im abschließenden konzeptionellen Teil der Arbeit detailliert dargestellt und weiter konkretisiert. Bezüglich der Probleme bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Region Westpfalz wurde durch die Expertengespräche deutlich:

**Die Finanzschwäche der öffentlichen Haushalte, die v.a. in ländlichen strukturschwachen Regionen besonders ausgeprägt ist, und die damit einhergehenden Schwierigkeiten bei der Sicherung des nationalen Anteils bei der Finanzierung, stellen das zentrale Problem bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Westpfalz dar (These 11).**

In diesem Zusammenhang wird darüber hinaus von Seiten der befragten Akteure weiterer Handlungsbedarf zur Weiterentwicklung bzw. Optimierung der EU-Strukturpolitik gesehen. Neben der generellen Finanzschwäche von öffentlichen Haushalten in strukturschwachen Regionen, wird an dieser Stelle zusätzlich auch die Problematik der Folgekosten von Tourismusprojekten angesprochen, sowie weiterhin die in der aktuell laufenden Programmplanungsperiode nicht mehr mögliche Förderung von Eigenleistungen ebenso wie unterschiedliche Regelungen in den einzelnen Förderprogrammen in Bezug auf die Förderung der Mehrwertsteuer. Zudem muss an dieser Stelle berücksichtigt werden, dass in ländlichen strukturschwachen Regionen im Unterschied etwa zu wohlhabenderen Wachstums- und Metropolregionen kaum finanzstarke Unternehmen, Stiftungen oder Privatpersonen als mögliche Alternativen zur öffentlichen Hand bei der Sicherung des nationalen Finanzierungsanteils zur Verfügung stehen. Neben dieser Problematik, die verstärkt finanz- und strukturschwache Regionen wie etwa den Untersuchungsraum betrifft, werden noch weitere Handlungsfelder deutlich, die jedoch als eher generelle Defizite der EU-Strukturpolitik angesehen werden können.

Dazu zählt insbesondere der mit der Umsetzung der EU-Strukturpolitik verbundene hohe bürokratische Aufwand sowie teilweise zu langwierige Genehmigungsverfahren (insbesondere im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit) oder eine zunehmende Unübersichtlichkeit aufgrund zahlreicher Förderprogramme bzw. -möglichkeiten und einer Vielzahl an verfahrenstechnischen Vorschriften. Bezüglich der inhaltlich-organisatorischen Weiterentwicklung wird aufgrund der durchgeführten Analysen deutlich:

**Bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Region Westpfalz hat sich die bisherige Konzentration auf den Tourismus bewährt. Jedoch darf sich künftig die EU-Strukturpolitik bei der Förderung ländlicher strukturschwacher Regionen nicht allein auf die Bereiche Tourismus und Landwirtschaft (als klassische Bereiche der ländlichen Entwicklung) konzentrieren. In thematischer sowie in organisatorischer Hinsicht ist daher eine Weiterentwicklung notwendig (These 12).**

Sowohl Ziel-2- als auch LEADER+-Programm in Rheinland-Pfalz (einschließlich der GIEP der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“) weisen in der vergangenen Förderperiode einen deutlichen Schwerpunkt im Bereich der Tourismusförderung auf. Aufgrund der hierdurch möglichen Synergieeffekte touristischer Projekte und aufgrund der vorhandenen endogenen Potentiale im Bereich des Tourismus in weiten Teilen der Westpfalz ist diese Schwerpunktsetzung insgesamt betrachtet als durchaus sinnvoll zu erachten. Dieser Eindruck wird zudem durch die Ergebnisse der Evaluation bestätigt: Insbesondere der Gemeinschaftsinitiative LEADER+ wird dabei bescheinigt, mit relativ bescheidenem Mitteleinsatz viel bewirkt zu haben: „Aus Sicht der Evaluation kann daher LEADER+ im Bereich Tourismus eine hohe Effektivität bescheinigt werden, die bei einem vergleichbar überschaubarem Mitteleinsatz in den begünstigten Gebieten zu umfassend positiven Entwicklungen geführt hat.“<sup>594</sup> Die Evaluatoren stellen daher fest, dass „die hohe Priorität der Tourismusentwicklung als Ansatzpunkt für eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Regionen in LEADER+ sich insgesamt bewährt hat.“<sup>595</sup>

---

<sup>594</sup> Vgl. Institut für Regionalmanagement (IfR) (2005): Aktualisierte Halbzeitbewertung LEADER+-Programm Rheinland-Pfalz.

<sup>595</sup> Vgl. Ebenda.

Trotz dieser positiven Ergebnisse muss dennoch berücksichtigt werden, dass sich die Förderung des ländlichen Raumes künftig nicht nur auf die klassischen Bereiche der ländlichen Entwicklung konzentrieren darf, sondern darüber hinaus auch andere Bereiche angemessen in den Vordergrund gerückt bzw. unterstützt werden müssen. Wichtig erscheint hierbei vor allem die Teilhabe des ländlichen Raumes an neuen wirtschaftlichen Entwicklungen und Technologien, um auf diese Weise die Diversifizierung der regionalen Wirtschaft zu fördern. Des Weiteren sollte im organisatorischen Bereich eine Weiterentwicklung angestrebt werden. Ähnlich wie in anderen EU-Mitgliedstaaten sollte im Untersuchungsraum künftig die Umsetzung stärker von bestehenden Verwaltungsstrukturen und Förderprogrammen abgekoppelt werden: Dabei wird es in Zukunft v.a. darauf ankommen, die EU-Strukturpolitik sinnvoll mit nationalen und regionalen Förderprogrammen (z.B. „Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE)“ oder „Regionen Aktiv“) zu verknüpfen um auf diese Weise Synergien noch deutlicher als bislang zu unterstützen, und damit den innovativen sowie strategischen Charakter der Förderprogramme zu erhöhen.

## **C. KONZEPTIONELLE ANSÄTZE ZUR WEITERENTWICKLUNG DER EU-STRUKTURPOLITIK IN LÄNDLICHEN STRUKTURSCHWACHEN REGIONEN – Dargestellt am Beispiel der Region Westpfalz**

Der abschließende Konzeptteil dieser Dissertation soll aufbauend auf den Erkenntnissen des vorangegangenen analytischen Teils zunächst Handlungsfelder zur konzeptionellen Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik in ländlichen-strukturschwachen Regionen aufzeigen. Anschließend sollen diese anhand konkreter Maßnahmenvorschläge und Handlungsempfehlungen konkretisiert werden. Die Diskussion dieser konzeptionellen Ansätze zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen soll dabei am Beispiel des Untersuchungsraumes, der Region Westpfalz, geführt werden. Wobei die Ergebnisse letztlich auch auf andere, ähnlich strukturierte Regionen übertragbar sein sollen.

Dabei wird der nun folgende konzeptionelle Teil der Arbeit aus inhaltlicher Sicht in drei Abschnitte gegliedert. Im ersten Abschnitt sollen hierbei zunächst Ansätze zur Überwindung der im analytischen Teil erfassten Probleme und Defizite bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen formuliert werden. Weiterhin werden darüber hinaus in den nachfolgenden Abschnitten Ansätze zur Effizienzsteigerung der EU-Strukturpolitik, sowie ferner Ansätze zur inhaltlichen und institutionell-organisatorischen Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik diskutiert. Neben den eigentlichen Handlungsfeldern, Maßnahmen- und Handlungsempfehlungen sollen hierbei v.a. die zeitliche Komponente der Realisierbarkeit (Dauer der Umsetzung: kurz-, mittel- oder langfristig) sowie die potentiellen Adressaten (EU, Bund, Land bzw. regionale Akteure) dieser Handlungs- und Maßnahmenempfehlungen berücksichtigt werden.

### **I. Ansätze zur Überwindung der vorhandenen Probleme und Defizite bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen**

Im Rahmen der empirischen Erhebungen (leitfadengestützte Expertenbefragung) wurden v.a. zwei zentrale Problemfelder in Bezug auf die Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum deutlich: Dabei handelt es sich zum einen um die Finanzschwäche der öffentlichen Haushalte, welche sich insbesondere in ländlichen strukturschwachen Regionen als äußerst angespannt darstellt, sowie die damit verbundenen Schwierigkeiten bei der Sicherstellung des nationalen Finanzierungsanteils. Wobei dies letztlich zu einer unzureichenden Nutzung bzw. Abrufung der vorhandenen EU-Fördermittel in der Region Westpfalz führen kann.

Zum anderen wurde als zweites zentrales Umsetzungsproblem der hohe bürokratische Aufwand in Zusammenhang mit teilweise zu langwierigen Genehmigungsverfahren sowie zunehmend komplexen Verfahren, die letztlich zusammen mit den zahlreichen, differenzierten Fördermöglichkeiten zu einer fortschreitenden Unübersichtlichkeit und mangelnden Transparenz innerhalb der EU-Strukturpolitik führen. Dabei wurden teilweise in den durchgeführten Gesprächen mit regionalen Experten und Entscheidungsträgern in Ansätzen bereits konkrete Maßnahmenvorschläge zur Überwindung dieser erfassten Probleme formuliert, welche in die folgenden Ausführungen integriert werden.

# **1. Handlungsfeld: Berücksichtigung der spezifischen Probleme von ländlichen strukturschwachen Regionen bei der Vergabe von Fördermitteln im Rahmen der EU-Strukturpolitik**

## **1.1 Maßnahmen und Handlungsempfehlungen**

### **1.1.1 Maßnahmen zur Sicherung des nationalen Finanzierungsanteils**

Bei der Entscheidung über die Vergabe von Fördermitteln im Rahmen der EU-Strukturpolitik sollten die spezifischen Probleme von ländlichen strukturschwachen Regionen künftig stärker berücksichtigt bzw. miteinbezogen werden. Ebenso sollte, um zu verhindern dass Fördermittel wegen der zunehmenden Schwierigkeit in ländlichen strukturschwachen Regionen den nationalen Finanzierungsanteil bei der Umsetzung von Projekten zu sichern, nicht ausreichend genutzt werden, es künftig möglich sein, den Anteil der EU an der Projektfinanzierung zu erhöhen. Bislang werden Projekte innerhalb der EU-Strukturpolitik meist zu gleichen Teilen (jeweils 50 %) aus nationalen und europäischen Mittel finanziert.

An dieser Stelle fordern einige der befragten Akteure gar eine 100 % Projektförderung seitens der EU, was jedoch dem der EU-Strukturpolitik zugrundeliegenden Prinzip der „Additionalität der Mittel“ entgegenstehen würde: Dieses stellt sicher, dass die EU-Strukturpolitik die nationale Strukturpolitik nicht ersetzt, sondern lediglich ergänzt. Daher wird diese Forderung nicht durchsetzbar sein. Es sollte jedoch in Zukunft möglich sein, den Finanzierungsanteil der EU an großen, innovativen und für die regionale Entwicklung bedeutsamen Projekten in strukturschwachen Regionen zu erhöhen, falls ansonsten die Realisierung dieser Projekte aufgrund einer geringen regionalen bzw. kommunalen Finanzkraft nicht möglich wäre. Dies sollte jedoch nur in Ausnahmefällen nach genauer Prüfung des Einzelfalls geschehen, wenn bspw. besondere spezifische Umstände, wie eine extreme Finanznot der öffentlichen Haushalte dies rechtfertigen. Wobei hierdurch ein zusätzlicher bürokratischer Aufwand erwartet werden muss, der jedoch durch deutliche Verfahrensvereinfachungen an anderer Stelle ausgeglichen werden kann. Alternativ wäre an dieser Stelle auch eine Erhöhung des Bundesanteils zur Sicherung des nationalen Finanzierungsanteils denkbar.

Zur Begründung dieser Forderung muss in diesem Zusammenhang bedacht werden, das ländliche strukturschwache Regionen zumeist über deutlich geringere Einnahmen (z.B. aus der Gewerbesteuer) haben als städtische Regionen (v.a. Metropolregionen). Die jetzigen Finanzierungsvorschriften gemäß dem Prinzip der Partnerschaft bzw. der Additionalität der Mittel stellt jedoch außerhalb der besonders förderbedürftigen Kohäsionsregionen letztlich alle Regionen gleich, unabhängig davon, ob es sich dabei um städtische bzw. suburbane Wachstumsregionen oder ländliche strukturschwache Regionen handelt. Daher sollte es künftig grundsätzlich möglich sein, dass in der struktur- und finanzschwachen Westpfalz ein höherer EU- bzw. Bundesanteil zur Sicherung der Finanzierung von Projekten bereitgestellt wird als in der vergleichsweise finanzstarken benachbarten Region Rheinpfalz mit der Metropolregion Rhein-Neckar. Darüber hinaus sollte aufgrund der Finanzschwäche von öffentlichen Haushalten sowohl auf kommunaler-, als auch auf Landes- und Bundesebene in Zukunft verstärkt alternative Möglichkeiten zur Sicherung des nationalen Finanzierungsanteils in Betracht gezogen werden. So ist es seit Beginn der aktuell laufenden Förderperiode 2007 bis 2013 möglich, private Mittel zur Sicherung des nationalen Finanzierungsanteils heran zu ziehen. Diese Möglichkeit sollte künftig im Untersuchungsraum verstärkt genutzt werden, auch wenn es in ländlichen strukturschwachen Regionen deutlich weniger potentielle Sponsoren bzw. sog. „Mäzene“ gibt als in den wirtschafts- und finanzstärkeren Metropolregionen.

Dennoch gibt es einige größere und mittlere Unternehmen in der Region, die womöglich in der Lage wären Tourismusprojekte mitzufinanzieren. Als weitere sinnvolle Alternative in diesem Zusammenhang wäre die Einbeziehung von Stiftungen anzusehen. Hierfür gibt es im Teilraum Südwestpfalz mit der sog. „Daniel Theysohn-Stiftung“ (benannt nach dem gleichnamigen Unternehmer) bereits ein konkretes Beispiel. Diese Stiftung beteiligt sich bereits u.a. an der Finanzierung von Projekten zur ländlichen Entwicklung (v.a. im Bereich der Dorferneuerung). Dabei könnte dieses Engagement künftig stärker zur Sicherung der Finanzierung von touristischen und sonstigen Projekten zur Entwicklung des ländlichen Raumes im Rahmen der EU-Strukturpolitik herangezogen werden. Noch bestehende etwaige rechtliche oder sonstige verfahrenstechnische Hürden, sollten dabei beseitigt werden, um ein solches Engagement unbürokratisch zu ermöglichen. Auf regionaler Ebene müssten hierfür ebenfalls Voraussetzungen geschaffen werden. Dies in erster Linie in Hinblick auf die Förderung der Motivation dieser potentiellen alternativen Finanzierungsquellen. Zu diesem Zweck muss hierbei zunächst eine entsprechende Sensibilisierung bzw. Bewusstseinsbildung stattfinden über den innerhalb dieser Arbeit aufgezeigten Nutzen bzw. die zahlreichen Impulse der EU-Strukturpolitik für die Entwicklung der Region Westpfalz allgemein sowie speziell für die Tourismusentwicklung, als wesentliches endogenes Entwicklungspotenzial der Region.

Die Bedeutung der EU-Strukturpolitik und die in deren Folge realisierten Projekte kann den potentiellen „Sponsoren“ dabei auf unterschiedliche Art und Weise verdeutlicht bzw. nähergebracht werden. Zum einen sind Informationsbroschüren oder Flyer denkbar, in denen u.a. „Best-practice“-Beispiele vorgestellt werden, sowie der Mehrwert der Programmplanungssystematik für die regionale Entwicklung beschrieben wird. Ebenso sind in diesem Zusammenhang spezielle Informationsveranstaltungen bzw. Workshops oder Diskussionsforen möglich. In beiden Formen muss jedoch neben einer intensiven Information gezielt um die Unterstützung von Unternehmen, Stiftungen, etc. geworben werden. Dabei können des Weiteren auch die Vorteile eines Sponsorings für die Unternehmen bzw. Stiftungen aufgezeigt werden. Wobei diese vor allem im Bereich eines Imagegewinns sowie im Marketingbereich liegen können: So können die unterstützenden Unternehmen (Stiftungen, etc.) auf Informationstafeln, in Informationsbroschüren oder Internetauftritten von den geförderten Projekten als Unterstützer erwähnt werden, wie dies auch bereits im Falle der EU geschieht: So wird an Informationstafeln, welche auf die Projekte hinweisen, der Hinweis angebracht, dass das entsprechende Projekt mit Unterstützung der EU-Strukturpolitik realisiert wurde (z.B. der Hinweis: „Dieses Vorhaben wurde gefördert mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER+“). Dieser Hinweis kann für Unternehmen als spezielle Werbemöglichkeit dienen, wobei in Informationsbroschüren weitere genauere Angaben zu den betreffenden Unternehmen (z.B. Tätigkeitsbereiche, Angebot, etc.) bzw. Stiftungen (z.B. Zielsetzung, Informationen über die Arbeit der Stiftung) und ihr Wirken in der Region folgen können.

Des Weiteren stellen für die betroffenen Kommunen aufgrund ihrer Finanzschwäche die Folgekosten touristischer Projekte ein wesentliches Umsetzungsproblem dar. Hierbei fordern die regionalen Akteure, dass künftig ergänzend neben den reinen Investitionskosten für Projekte auch deren Folgekosten im Rahmen der EU-Strukturpolitik gefördert werden können. Auch diese Forderung wird sich letztlich kaum durchsetzen lassen, da um die Vergabe der EU-Strukturmittel ein zunehmend verschärfter Wettbewerb zu erwarten ist. Denn durch die zahlreichen Erweiterungsrunden der EU, welche noch nicht abgeschlossen sind, kommen immer mehr potentiell förderbegünstigte hinzu, während auf der anderen Seite die Einnahmen im Haushalt der EU nicht in gleichem Maße ansteigen wie die Ausgaben, gerade in Zeiten einer weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise.

Jedoch sind an dieser Stelle andere Formen zur Unterstützung der Bewältigung von Folgekosten durch die betroffenen Kommunen möglich. Eine Möglichkeit wäre hierbei, die Wiederaufnahme der Förderung von den sog. „Eigenleistungen“, denen gerade in finanzschwachen ländlich geprägten Regionen eine eminent wichtige Bedeutung zukommt. In der vorangegangenen Programmplanungsperiode 2000 bis 2006 wurden diese noch gefördert, durch den Wegfall dieser Fördermöglichkeit kommt nun nach Angaben der befragten Akteure eine weitere finanzielle Belastung auf die Kommunen zu. Deshalb sollten künftig für ländliche Regionen Ausnahmeregelungen möglich sein, denn in stärker städtisch geprägten Regionen, spielen sog. „Eigenleistungen“ und ehrenamtliches Engagement ohnehin eine deutlich geringere Rolle.

Als weitere Alternative, die Belastungen infolge der Folgekosten von Tourismusprojekten zu verringern, ist neben der Einbeziehung von Ehrenamtlichen im Rahmen der sog. „Eigenleistung“ in einer stärkeren Zusammenarbeit mit regionalen und lokalen Vereinen zu sehen. So könnten Vereine, wie bspw. die „Pfälzerwaldvereine“ an Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen (Reparaturen) mitwirken. Ebenso ist an dieser Stelle die Kooperation mit Unternehmen in Betracht zu ziehen. Diese können sich bspw. durch Sachspenden an den Folgekosten von bestimmten Projekten beteiligen. Denkbar wäre hierbei das kostenfreie zur Verfügung stellen von Maschinen und Geräten, die ansonsten womöglich von den Kommunen angeschafft werden müssten, zur Pflege und Erhalt von touristischen Anziehungspunkten wie z.B. der Draisinenstrecke, dem Glan-Blies-Radweg oder dem Mountainbikepark oder sonstigen Einrichtungen der Tourismusinfrastruktur (Rad- und Wandwege).

Schließlich wird in Zusammenhang mit der Finanzschwäche von strukturschwachen ländlichen Regionen auch die in einzelnen Förderprogrammen nicht mögliche Förderung der Mehrwertsteuer moniert. Unter anderem wird auf diese Weise die Attraktivität von Programmen wie LEADER geringer, da im Rahmen dieses Programms die Mehrwertsteuer im Gegensatz zu anderen Förderprogrammen nicht förderfähig ist. Aus diesem Grund sollten an dieser Stelle künftig einheitliche Regelungen getroffen werden. Somit würde letztlich auch ein Beitrag zu einer besseren Übersichtlichkeit bzw. Transparenz innerhalb der EU-Strukturpolitik geleistet. Eine einheitliche Regelung bezüglich der Förderfähigkeit der Mehrwertsteuer könnte dann nach bestimmten, festgelegten Kriterien bestimmt werden: So sollten diese insbesondere dann förderfähig sein, wenn etwa durch ein Projekt besondere Impulse für die regionale Entwicklung erwartet werden können. Dies ist zunächst der Fall wenn ein bestimmtes Projekt als besonders innovativ anzusehen ist und einen Alleinstellungscharakter aufweist oder geeignet erscheint, regionsspezifische Potentiale besonders effizient zu nutzen.

Ebenso sollte die Mehrwertsteuer förderfähig sein, wenn ein Projekt geeignet ist, die Ziele eines Förderprogramms (oder einer regionale Entwicklungsstrategie im Rahmen von LEADER) besonders effektiv und nachhaltig umzusetzen. Schließlich sollte eine Förderung der Mehrwertsteuer künftig in Erwägung gezogen werden, wenn ansonsten die Realisierung eines Projektes aus Kostengründen nicht möglich wäre. Dies bedeutet, künftig sollte die Entscheidung über die Förderfähigkeit der Mehrwertsteuer im Rahmen der EU-Strukturpolitik anhand festgelegter einheitlicher Kriterien erfolgen, und nicht wie in der aktuellen Förderperiode mit je nach Förderprogramm unterschiedlichen Regelungen.

### 1.1.2 Berücksichtigung „weicher“ Kriterien bei der Beurteilung der Förderbedürftigkeit von Regionen

Im Verlauf dieser Arbeit wurde bereits angedeutet, dass sich der Untersuchungsraum seit Beginn der Programmplanungsperiode 2007 bis 2013 auf einen verschärften Konkurrenzkampf um die Vergabe von Fördermitteln im Rahmen der EU-Strukturpolitik einstellen muss. Das bisherige Ziel 2 der EU-Strukturpolitik, das sich gezielt der Förderung von Regionen, welche sich wie die Westpfalz in Umstellungsprozessen befinden, und sich daher mit Strukturschwächen auseinander setzen müssen widmete, wurde in der aktuellen laufenden Programmperiode neu formuliert. Seither dient das aktuelle Ziel 2 der „Förderung von regionaler Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ in den europäischen Regionen außerhalb der sog. „Konvergenzgebiete“. Daher ist dieses Ziel nun wesentlich stärker wachstumspolitisch orientiert, denn im Gegensatz zum früheren Ziel 2, welches in erster Linie ausgleichsorientiert war und die zur Verfügung stehenden Strukturmittel auf diejenigen Regionen konzentrierte, die von strukturellen Umstellungsprozessen betroffen sind. Dagegen ist in der aktuell laufenden Förderperiode die Vergabe von Fördermitteln außerhalb der Konvergenzgebiete nun nicht mehr an bestimmte Zielgebiete gebunden.

Dadurch ergibt sich für Regionen wie den Untersuchungsraum eine eindeutige Benachteiligung. Wobei es sich hierbei als problematisch erweist, dass die EU bei der Beurteilung der Förderfähigkeit von Regionen einerseits in erster Linie sog. „harte Kriterien“ (wie z.B. Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner oder Arbeitslosenquote) anwendet und andererseits v.a. die europäische Perspektive als Maßstab heranzieht. Ländliche strukturschwache Räume wie die Westpfalz werden hierdurch zum einen dadurch benachteiligt, als dass ländliche Räume in Westdeutschland generell eine deutlich niedrigere Arbeitslosenquote aufweisen als bspw. städtische Regionen oder ländliche Regionen in anderen EU-Staaten (hier insbesondere in den neue Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa).

Dennoch haben auch in Westdeutschland zahlreiche ländliche Räume mit Entwicklungsproblemen zu kämpfen, infolge einer peripheren Lage, einer ungünstigen Verkehrsanbindung sowie infolge fehlender Arbeitsplätze, geringer Einkommen oder neu aufkommender Problemlagen wie etwa dem demografischen Wandel. Am Beispiel des Untersuchungsraumes lässt sich diese Problematik eindeutig nachweisen: So weist bspw. der Landkreis Südwestpfalz ebenso wie andere westpfälzische Landkreise eine deutlich geringere Arbeitslosenquote auf als z.B. viele ländliche Räume in Ostdeutschland, so dass daraus zunächst geschlossen werden könnte, dass dieser Teilraum im Gegensatz zu anderen ländlichen Regionen in Deutschland oder Europa nicht besonders förderfähig ist. Auf der anderen Seite dagegen, weist der Landkreis Südwestpfalz im Jahr 2003 das niedrigste Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner innerhalb von Deutschland auf,<sup>596</sup> womit sichtbar wird, dass die Region nach wie vor mit großen Strukturschwächen zu kämpfen hat.

Aus diesen Ausführungen wird deutlich, dass sich viele raumstrukturelle Probleme nicht auf den ersten Blick anhand von Regionalstatistiken erkennen bzw. erfassen lassen. Denn es gibt eine Vielzahl von Indikatoren oder Statistiken nach denen eine Region einmal mehr und einmal weniger förderbedürftig erscheint. Daher ist es notwendig, neben diesen „harten Kriterien“ auch sog. „weiche Kriterien“ bei der Beurteilung der Förderfähigkeit von Regionen heranzuziehen.

---

<sup>596</sup> Vgl. hierzu „DIE RHEINPFALZ“ vom 03.02.2006: „Dynamische Wohlfühlregion und Armenhaus zugleich. Die Südwestpfalz taucht in Statistiken auf Extrempunkten auf – geringste Wertschöpfung, aber angenehme Heimat für Familien.“

Dazu ist eine genaue Situationsanalyse der einzelnen Regionen notwendig unter besonderer Berücksichtigung von raumstrukturellen Problemlagen wie z.B. eine mögliche Altindustrialisierung und Monostrukturierung oder die Notwendigkeit der Bewältigung eines Strukturwandels. Darüber hinaus sollten in Zukunft auch verstärkt Aspekte wie etwa die demografische Entwicklung bei der Bewertung der Förderbedürftigkeit von Regionen herangezogen werden. Solche detaillierte Analysen und Bewertungen können jedoch letztlich nur von der Bundes- und Landesebene geleistet werden. Daher bietet es sich an, dass die EU zunächst jeweils die Strukturmittel nach vorher festgelegten „harten“ Kriterien wie bspw. förderfähige Bevölkerung, nationaler und regionaler Wohlstand, sowie Arbeitslosigkeit an die einzelnen Mitgliedstaaten verteilt, während anschließend in einem zweiten Schritt die nationale Ebene (und hier insbesondere die Landesebene) die genaue Aufteilung der EU-Strukturmittel innerhalb eines Mitgliedstaates je nach Förderbedürftigkeit der einzelnen Regionen bestimmt.

Die gegenwärtig angewandte Methode zur Verteilung der EU-Fördermittel benachteiligt eindeutig Regionen wie den Untersuchungsraum. Denn hierbei findet zunächst eine eindeutige Konzentration der Strukturmittel auf die sog. Kohäsions- bzw. Konvergenzregionen (Ziel 1) statt, zu denen nach europäischem Maßstab die Westpfalz ebenso wie andere westdeutsche ländliche Regionen trotz z. T. deutlicher Strukturschwächen nicht zählt. Die Westpfalz kann sich daher nur um Fördermittel im Rahmen des neuen Ziel 2 bewerben, wo jedoch ein großer Wettbewerb herrscht, und eine zunehmend stärker wachstumspolitische Orientierung zu erkennen ist. Die grundlegende Problematik besteht hierbei letztlich darin, dass die EU lediglich den europäischen Maßstab als Orientierung zur Bewertung der Förderbedürftigkeit von Regionen heranzieht. In diesem Maßstab zählt die Westpfalz zweifellos nicht zu den förderbedürftigsten Regionen in Europa. Dennoch ist die Westpfalz weiterhin auf Strukturmittel angewiesen zur Bewältigung künftiger Herausforderungen. Wenn der nationale Maßstab zur Bewertung herangezogen würde, käme diese Problematik wohl wesentlich deutlicher zur Geltung. Daher ist in diesem Zusammenhang die einseitige Sichtweise der EU hier als äußerst problematisch zu werten.

Bereits bei der Festlegung von Fördergebietskulissen (sog. „Gebietsplafonds“) bzw. Auswahl der Fördergebiete im Rahmen von Ziel-2 zu Beginn der Programmperiode 2000 bis 2006 kam es aufgrund dieser grundlegenden Problematik bereits zu Konflikten zwischen Bund und EU. So wurde bei der Auswahl der Ziel-2-Gebiete, welche teilweise durch die Kommission und teilweise durch die Mitgliedsstaaten selbst erfolgte, erst nach Intervention Deutschlands und Großbritanniens neben „harten“ zusätzlich auch „weiche“ Kriterien angewandt, wie bspw. Gebiete mit „schwerwiegenden Strukturproblemen“ (zu denen auch der Untersuchungsraum zählt). Ohne diese Interventionen wären „v.a. in Deutschland strukturschwache ländliche Räume wohl kaum im gewünschten Umfang in die Ziel-2-Förderung aufgenommen worden.“<sup>597</sup> In der Fachwelt besteht kaum ein Zweifel, dass diese Vorgehensweise der Kommission in Form einer Beurteilung der Förderbedürftigkeit von Regionen im einseitigen europäischen Blickwinkel bestimmte Regionen, wie etwa den Untersuchungsraum, benachteiligt. Als problematisch ist in diesem Zusammenhang weiterhin anzusehen, dass die Kommission in diesem Zusammenhang die Herstellung einer weitgehenden räumlichen Deckungsgleichheit (sog. „Kohärenz“) zwischen EU- und nationaler Strukturpolitik anstrebt.

---

<sup>597</sup> Vgl. Neueder, Franz (2000): Die Verhandlungen über die EU-Strukturförderung 2000 bis 2006 – Ziele und Ergebnisse, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2 / 2000, Bonn, S. 85 ff.

Insbesondere die Reduzierung des regionalpolitischen Fördergebietes in den alten Bundesländern im Rahmen der GRW wird hierbei von der EU angestrebt. Vor diesem Hintergrund eines „Zusammenschiebens“ der nationalen und europäischen Gebietskulissen würden nach Ansicht von Experten besonders die ländlichen Regionen in Bayern, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen benachteiligt. So beträgt u.a. die Überschneidung von europäischer und nationaler Fördergebietskulisse in Rheinland-Pfalz nur 45 %.<sup>598</sup> Daraus lässt sich erkennen, dass Regionen wie die Westpfalz wohl künftig sowohl aus nationaler als auch aus europäischer Strukturpolitik mit deutlich weniger Fördermittel rechnen müssen als in der Vergangenheit. Durch die derzeit übliche Abgrenzungspraxis zur Festlegung von EU-Fördergebieten werden Regionen wie der Untersuchungsraum, die vielfältige strukturelle Probleme aufweisen, aber im europäischen Maßstab im Vergleich mit noch schwächeren ländlichen Räumen aus statistischen Gründen jedoch besser dastehen, eindeutig benachteiligt.

Dies letztlich gar in zweierlei Weise, aufgrund des zunehmenden Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Ausgestaltung der nationalen Strukturpolitik (vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel B, II). Es wäre daher sinnvoller gewesen, im neuen Ziel 1 sowohl die Regionen mit dem stärksten Entwicklungsrückstand (sog. „Konvergenzgebiete“) als auch die Regionen, die sich wie der Untersuchungsraum in Umstellungsprozessen befinden zusammenzufassen. Letztlich würden auf diese Weise die Ziele 1 und 2 aus der vergangenen Förderperiode in einem Ziel konzentriert, welches dann gänzlich ausgleichsorientiert wäre.

Das Ziel 2 könnte sich dann im Gegensatz dazu ganz wachstumspolitischen Zielsetzungen gemäß den Strategien von Lissabon bzw. Göteborg widmen, und somit die Wachstumskerne innerhalb der EU unterstützen. Somit wäre auf diese Weise sowohl „Ausgleichsziel“ als auch „Wachstumsziel“ in angemessener Weise gedient. Wenn dagegen an der derzeit gültigen Praxis festgehalten wird, besteht die Gefahr, dass sich Regionen wie die Westpfalz nicht mehr ausreichend von der EU unterstützt fühlen und somit womöglich der „Europagedanke“ insgesamt mit der zentralen Zielsetzung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes Schaden nehmen würde.

Ähnliches ist bereits innerhalb der nationalen Strukturpolitik zu beobachten, wo teils kontrovers diskutiert wird, ob dem „Aufbau Ost“ nunmehr nicht der „Aufbau West“ folgen sollte. Teilweise folgten hierbei juristische Auseinandersetzungen nachdem sich u.a. einige westpfälzische Bürgermeister weigerten weiter in den Fonds „Deutsche Einheit“ einzuzahlen, da auch der Untersuchungsraum wirtschafts- bzw. strukturschwach ist und hier ebenfalls großer Bedarf an einem Ausbau bzw. einer Modernisierung der Infrastruktur besteht. Wenn sich dann die regionalen Akteure gegenüber anderen Regionen in Deutschland oder Europa benachteiligt bzw. nicht ausreichend unterstützt fühlen, kann dies den Solidaritätsgedanken behindern und letztlich auch zu einer zunehmenden Skepsis gegenüber der Idee eines vereinten Europas führen. Zwar kam in den durchgeführten Expertengesprächen eine solche Sichtweise noch nicht eindeutig zum Ausdruck, denn eine zunehmende Benachteiligung der Region gegenüber Wachstumsregionen wird derzeit eher innerhalb der nationalen Strukturpolitik erwartet.

---

<sup>598</sup> Vgl. Eltges, Markus (1998): AGENDA 2000: Was bedeuten die strukturpolitischen Vorschläge für die Bundesrepublik Deutschland ?, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9 / 1998, Bonn, S. 570 ff.

Wobei diese Einschätzung auch damit zusammenhängen kann, dass die Neuerungen in der aktuell laufenden Förderperiode noch nicht in aller Deutlichkeit innerhalb der Region bewusst sind. Denn in der vergangenen Förderperiode wurden Regionen wie die Westpfalz noch schwerpunktmäßig unterstützt, insbesondere im Rahmen des damaligen Ziel 2 „Förderung der wirtschaftlichen und soziale Umstellung der Gebiete mit strukturellen Schwierigkeiten.“ Aufgrund der „n+2“ Regelung konnten hierdurch Maßnahmen in der Region noch bis zum Jahr 2008 umgesetzt werden. Daher ist davon auszugehen, dass zum Zeitpunkt der Expertenbefragung noch relativ wenige Erfahrungen mit der neuen Förderperiode im Untersuchungsraum vorhanden waren, und erste Ansätze eines Paradigmenwechsels den Akteuren deshalb noch nicht in hohem Maße bewusst sind. Der Vollständigkeit halber muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden, dass es sich bei dieser hier beschriebenen Verteilung und angestrebten Konzentration der Strukturmittel um die Strukturfonds EFRE und ESF handelt. Während dagegen die Mittel zur Förderung der ländlichen Entwicklung gemäß dem ELER nach anderen Kriterien verteilt werden.

Denn diese Mittel betreffen logischerweise nur einen bestimmten Raumtyp, nämlich explizit ländliche Regionen, während EFRE und ESF in allen Raumkategorien eingesetzt werden. Im Bereich der ländlichen Entwicklung werden die Strukturmittel jedoch nach wie vor insbesondere sektoral eingesetzt, v.a. in den Bereichen Landwirtschaft (für weite Teile der Westpfalz eher von untergeordneter Bedeutung) und Umweltschutz, während im Vergleich dazu für integrierte bzw. querschnittsorientierte Bereiche wie etwa dem LEADER-Ansatz deutlich weniger Mittel zur Verfügung stehen. So stehen z.B. in Rheinland-Pfalz für das operationelle Programm „Wachstum durch Innovation“ zur Umsetzung des neuen Ziel 2 „Regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ im Rahmen von EFRE Mittel im dreistelligen Millionenbereich zur Verfügung, während für LEADER höchstens ein niedriger zweistelliger Millionenbereich für die gesamten LAGen zur Verfügung stehen. Wobei hier zusätzlich noch erwähnt werden muss, dass das Förderangebot des Programmes „Wachstum durch Innovation“ eher an städtische Regionen orientiert ist, im Gegensatz zum Vorgängerprogramm „Ziel-2-Programm“, welches einen deutlichen Förderschwerpunkt im Bereich des insbesondere für den ländlichen Raum bedeutsamen Tourismus aufweist.

Daran lässt sich erkennen, dass im Rahmen der Förderung durch den EFRE ländliche strukturschwache Regionen außerhalb der Konvergenzgebiete kein bevorzugtes Zielgebiet der EU-Strukturpolitik mehr darstellen. Für die Förderung der Konvergenzgebiete stehen nach wie vor die meisten Fördermittel zur Verfügung, u.a. zum Ausbau und zur Modernisierung der Infrastruktur. Zu diesen zählt die Westpfalz aufgrund des rein europäischen Bewertungsmaßstabes allerdings nicht, da diese hier im Vergleich zu ländlichen Regionen in den sog. „MOE-Staaten“ (mittel- und osteuropäischen Staaten) als deutlich stärker entwickelt gilt. Im nationalen Vergleich zählt der Untersuchungsraum dagegen eher zu den Regionen mit strukturellen Problemen und gilt damit als förderfähig (z.B. Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur). Deshalb darf die EU bei der Beurteilung der Förderbedürftigkeit von Regionen nicht nur den europäischen Maßstab zur Orientierung nehmen, sondern sollte in Zukunft auch nationale Disparitäten stärker berücksichtigen, da Ansonsten dem Konvergenzziel insgesamt zu wenig Rechnung getragen würde.

Zusammenfassend betrachtet, erscheint es wichtig, bei allen notwendigen Diskussionen um die Zukunft der EU-Strukturpolitik gerade vor dem Hintergrund der Wachstums- und Beschäftigungsschwäche und der daher im Rahmen der Strategie von Lissabon angestrebten stärkeren Berücksichtigung des Wachstumsziels innerhalb der EU-Strukturpolitik künftig die „mentale Komponente“ stärker zu berücksichtigen. Das bedeutet zunächst die Bedenken und Bedürfnisse des ländlichen Raumes und seiner Akteure ernst zu nehmen.

Als mahndendes Beispiel sollte in diesem Zusammenhang die Diskussion um die sog. „Neuen Leitbilder der Raumentwicklung“ in Deutschland dienen: Hierbei wurden durchaus sinnvolle und notwendige inhaltliche Festlegungen sowie Schwerpunktsetzungen durch teilweise ungeschickte Formulierungen im Sinne einer einseitigen Betonung und Hervorhebung der Metropolregionen gegenüber ländlichen Regionen durch eine kontroverse Diskussion in der Fachwelt (vgl. hierzu Ausführungen in Kapitel B, I, 1.2) in Frage gestellt. In den Diskussionen um die Zukunft der EU-Strukturpolitik muss daher vor allem eine verstärkte Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung der regionalen Akteure erfolgen.

Es muss dabei verdeutlicht werden, dass Wachstums- und Ausgleichsziel in der jüngeren Vergangenheit aufgrund veränderter Rahmenbedingungen (erhöhter Wettbewerbsdruck infolge der Globalisierung, allgemeine Wachstumsschwäche) zunehmend in ein Spannungsverhältnis geraten. Deshalb müssen beide grundlegenden Raumkategorien künftig gleichberechtigt berücksichtigt und ausbalanciert werden. Dies muss in den einzelnen Förderprogrammen geschehen. Zur Sensibilisierung für diese Problematik müssen dabei die spezifischen Probleme, Bedürfnisse und Potentiale sowohl ländlicher als auch städtischer Regionen ausreichend und gleichberechtigt in den Förderprogramme berücksichtigt werden.

**Tab. 25: Übersicht über die Maßnahmen im Handlungsfeld I, 1**

Maßnahme	Dauer	Akteure
<p>Maßnahmen zur Überwindung der festgestellten Probleme bei der Sicherstellung des nationalen Finanzierungsanteils:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Erhöhung des EU- und Bundesanteils bei der Finanzierung von großen, für die regionale Entwicklung bedeutsamen Projekten in ländlichen strukturschwachen Regionen</li> </ul>	Mittelfristig	EU (Kommission) und Bund
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Nutzung von alternativen Möglichkeiten zur Sicherung des nationalen Anteils an der Finanzierung</li> </ul>	Kurz- bis mittelfristig	EU-Kommission und regionale Akteure (Land und Region)
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Verringerung der Folgekosten durch verstärkten Einsatz von sog. „Eigenleistungen“</li> </ul>	Kurzfristig	Regionale und lokale Akteure (Region und Kommunen)
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Einführung von einheitlichen Kriterien und Bestimmungen bezüglich der Förderfähigkeit der Mehrwertsteuer</li> </ul>	Mittelfristig	EU (Kommission)
<p>Berücksichtigung von „weichen“ Kriterien bei der Beurteilung der Förderbedürftigkeit von Regionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Gemeinsame Auswahl der Fördergebiete durch Kommission und nationale Ebene in einem zweistufigen Verfahren</li> </ul> <p>Stärkeres Mitspracherecht der nationalen Ebene</p>	Mittel- bis langfristig (Förderzeitraum nach 2013)	EU (Kommission) und Bund
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Integration der ehemaligen Ziel-2 Gebiete in das neue Ziel-1</li> </ul>	Mittel- bis langfristig (Förderzeitraum nach 2013)	Kommission und Bund
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Berücksichtigung der „mental“ Komponenten</li> </ul>	Kurzfristig	Kommission und Bund

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

## 2. Handlungsfeld: Vereinfachung und Förderung von Transparenz innerhalb der EU-Strukturpolitik

Anhand der durchgeführten Expertengespräche wurde als zweites wesentliches Umsetzungsproblem die zunehmende Komplexität der Verfahren sowie die Vielzahl an unterschiedlichen Fördermöglichkeiten ebenso wie die zahlreichen Verordnungen und Vorschriften identifiziert. Diese Defizite führen dabei letztlich zu einer zunehmend mangelnden Transparenz der EU-Strukturpolitik und zudem zu einem hohen bürokratischen Aufwand.

Wobei diese Problematik bereits in den Blickpunkt der EU-Kommission gerückt ist, da „diese Regulierungswut der EU zunehmend das positive Bild von Europa verdunkelt.“ So wird inzwischen erkannt, dass u.a. „komplizierte Vorgaben zur Beantragung von Fördermitteln zu „mangelnder Transparenz“ und „übermäßiger Bürokratie“ führen können. Aufgrund dessen hat die EU-Kommission den Bürokratieabbau zu einer ihrer zentralen Prioritäten gemacht und zu diesem Zweck eine Expertengruppe zum Bürokratieabbau (HLG) unter Leitung des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber eingesetzt. Diese Expertengruppe hat zwischenzeitlich über 160 Vereinfachungsvorschläge erarbeitet u.a. in den Bereichen Mehrwertsteuerrecht, öffentliches Auftragswesen, sowie Landwirtschaft und Strukturpolitik. Dabei beträgt das Einsparvolumen der verschiedenen Vorschläge rund 41 Mrd. Euro. Die EU-Kommission hat davon bereits Maßnahmen im Umfang von mehr als 25 Mrd. Euro übernommen bzw. beschlossen. Weitere Vorschläge zum Bürokratieabbau wurden darüber hinaus von Bürgern, Unternehmen und Verbänden an die Expertengruppe gerichtet, wobei auch von diesen bereits einige als Maßnahmen von der Kommission beschlossen wurden.<sup>599</sup>

Für die Zukunft sollten die Handlungs- und Maßnahmenempfehlungen dieser Expertengruppe weiterhin konsequent in die EU-Praxis umgesetzt werden, wobei hierbei insbesondere auch Anregungen und Vorschläge direkt von den beteiligten Akteuren aus den verschiedenen europäischen Regionen angefordert und berücksichtigt werden sollten. Im Folgenden werden nun ergänzend dazu weitere konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen zur Überwindung dieser noch vorhandenen Defizite bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen aufgezeigt. Wobei in diesem Zusammenhang die Entwicklung der EU-Förderpolitik zur Förderung des ländlichen Raumes in den letzten Programmplanungsperioden als ein durchaus gelungenes Beispiel bzw. Vorbild für die Strukturpolitik im engeren Sinne (Förderung im Rahmen des EFRE) anzusehen ist.

Innerhalb der Förderpolitik zur Entwicklung des ländlichen Raumes ist dabei eine deutliche Vereinfachung und damit eine bessere Übersichtlichkeit gelungen. So gab es in der Förderperiode 1994 bis 1999 noch mehrere Programme zur Förderung ländlicher Gebiete („Ziel-5a-Programm“ sowie „Ziel-5b-Programm“ mit teilweise noch einzelnen Unterprogrammen), in der darauffolgenden Förderperiode 2000 bis 2006 lediglich noch zwei (LEADER+-Programm sowie ZIL) und in der aktuell laufenden Programmperiode 2007 bis 2013 wurden dann schließlich alle Fördermaßnahmen bezüglich des ländlichen Raumes in einem Programm gebündelt (Programm „PAUL“). Ähnliches sollte daher in Zukunft auch innerhalb der Strukturpolitik im engeren Sinne (z.B. Förderung im Rahmen des EFRE) angestrebt werden.

---

<sup>599</sup> Stoiber, Edmund (2009): Bürokratieabbau mobilisiert zusätzliches Wachstum, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 10 / 2009, S. 524.

## **2.1 Konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen**

### **2.1.1 Klare Prioritäten- und Zielformulierung in den Förderprogrammen**

Zu einer besseren Übersichtlichkeit des Förderangebotes innerhalb der EU-Strukturpolitik würde an dieser Stelle zunächst eine klare Prioritätensetzung bzw. Zielformulierung in den einzelnen Förderprogrammen beitragen. Dies bedeutet, der EU-Strukturpolitik sollte ein fester Zielkatalog zugrunde liegen, der jedoch je nach Bedarf zu Beginn einer neuen Programmplanungsperiode an veränderte Rahmenbedingungen und neue Herausforderungen angepasst werden kann. Derzeit werden die grundlegenden zentralen Ziele der EU-Strukturpolitik zu Beginn einer neuen Förderperiode jeweils nahezu vollständig neu formuliert.

Neben den übergeordneten zentralen Zielen der EU-Strukturpolitik sollten darüber hinaus auch in den einzelnen Förderprogrammen klare Zielsetzungen erfolgen. Dabei müssen sowohl ökologische, ökonomische als auch soziale Aspekte und Bedürfnisse jeweils ausreichend berücksichtigt werden. Weiterhin sollten sowohl wachstums- als auch ausgleichspolitische Anliegen gleichermaßen angemessen berücksichtigt werden. Eines dieser übergeordneten Ziele bezüglich der ländlichen Entwicklung in der EU könnte als bspw. „Förderung einer integrierten, nachhaltigen Entwicklung in ländlichen strukturschwachen Regionen“ formuliert werden. Dieses zentrale Zielsystem innerhalb der EU-Strukturpolitik sollte ferner nicht nur nach außen hin klar strukturiert sowie verständlich sein, sondern auch nach innen wirken, indem es ausgleichend wirkt und die unterschiedlichen Belange der verschiedenen Raumtypen gleichberechtigt berücksichtigt. Damit würde einerseits ein wichtiger Beitrag zu einem zunehmenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU gemäß dem Kohäsionsziel erreicht, andererseits würden auch notwendige wachstumspolitische Zielsetzungen miteinbezogen, um die gegenwärtige Wachstums- und Beschäftigungsschwäche in Europa zu überwinden.

Ebenso sollten in Zukunft klare und eindeutige Prioritäten gesetzt werden. Dabei sollte in diesem Zusammenhang unterstrichen werden, dass erfolgreiche Ansätze der EU-Strukturpolitik wie LEADER oder INTERREG im Sinne einer integrierten Entwicklung künftig einen eindeutigen Vorrang vor einer sektoral orientierten Entwicklung haben sollten. Zu einer besseren Übersichtlichkeit des Förderangebotes würde letztlich auch eine klare Benennung der Adressaten, Zielgruppen bzw. der angestrebten potentiellen Förderbegünstigten beitragen. Gewisse Ansätze hierzu wurden bereits mit Beginn der aktuell laufenden Förderperiode bereits geschaffen, u.a. durch eine angestrebte stärkere strategische Orientierung der einzelnen Programme (Strategien von Lissabon und Göteborg) sowie der Einführung des sog. „Nationalen strategischen Rahmenplanes (NSRP)“ als ergänzender Programmebene innerhalb der nunmehr in drei Stufen angelegten Programmplanung, wodurch zusätzlich Prioritäten gesetzt werden können im Sinne einer stärkeren Berücksichtigung spezifischer nationaler Bedürfnisse und Besonderheiten. Diese Ansätze sollten in künftigen Förderperioden weiter ausgebaut und falls notwendig, weiter konkretisiert werden.

## **2.1.2 Verfahrensvereinfachung bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**

In Bezug auf die Chancen im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit innerhalb des Untersuchungsraumes im Rahmen von INTERREG sind die befragten regionalen Experten und Entscheidungsträger der Ansicht, dass diese noch nicht ausreichend genutzt werden. Dies in erster Linie aufgrund langwieriger Genehmigungsverfahren, die einerseits mit der zentralistischen Verwaltungsstruktur in Frankreich zu erklären sind, andererseits mit einer generell zu beobachtenden zunehmenden Komplexität innerhalb der INTERREG-Verfahren.

Zur intensiveren Nutzung der Chancen einer grenzüberschreitende Zusammenarbeit sollten künftig die Verfahren wieder vereinfacht und entflechtet werden. Als Vorbild hierbei könnte dabei die verfahrenstechnische Vorgehensweise innerhalb der Pilotphase des INTERREG-Programms dienen (INTERREG I in der Programmperiode 1989-1993). So könnte in Zukunft wieder ein Vertrag zwischen den Projektpartnern als Verfahrens- und Genehmigungsgrundlage dienen, in dem neben den jeweiligen Rechten, Pflichten auch die Vorgehensweise, die Zielsetzung sowie erwartete mögliche Synergien festgehalten werden können. Die abschließende Entscheidung über die Förderfähigkeit dieser Projekte sollte dann unabhängig von den einzelnen unterschiedlichen nationalen Behörden allein der sog. „gemeinsamen Verwaltungsbehörde“ obliegen, die für Abwicklung der einzelnen INTERREG-Programme verantwortlich ist. Ansätze in dieser Richtung sind bereits vereinzelt vorhanden und sollten weiter ausgebaut bzw. konkretisiert werden: So wurde bspw. in der sog. „Großregion“, an deren Programmgebiet u.a. auch der Untersuchungsraum beteiligt ist, eine gemeinsame Behörde in Form eines sog. „Europäischen Verbundes der territorialen Zusammenarbeit (EVTZ)“ zur Verwaltung von EU-Fördergeldern eingerichtet.

## **2.1.3 Minimierung der Veränderungen zwischen den einzelnen Förderperioden – stattdessen Modifizierung von bereits vorhandenen Instrumenten**

Eines der wesentlichen Defizite innerhalb der EU-Strukturpolitik stellen des Weiteren die jeweils zahlreichen Änderungen bzw. Neuerungen zu Beginn einer jeweils neuen Programmplanungsperiode dar. Diese werden zum Teil noch durch einige Neuerungen innerhalb der einzelnen Förderperioden ergänzt, und sind daher für die Akteure vor Ort teilweise nur noch schwer zu erfassen. Insbesondere beim Übergang von der vorangegangenen Förderperiode (2000 bis 2006) zur aktuell laufenden Förderperiode (2007 bis 2013) sind zahlreiche Änderungen und Neuerungen festzustellen, wie im Verlauf dieser Arbeit bereits aufgezeigt wurde: So wurde u.a. das Zielsystem neu formuliert, des Weiteren wurden neue zusätzliche kohäsionspolitische Instrumente geschaffen und schließlich einige verfahrenstechnische Neuerungen eingeführt. Darüber hinaus wird bereits anhand von Ankündigungen der Kommission deutlich, dass ab 2013 erneut mit umfassenden Veränderungen bzw. Neuerungen innerhalb der EU-Strukturfondsförderung zu rechnen ist. Diese zahlreichen Veränderungen und Neuerungen von einer Programmperiode zur nächsten führen letztlich zur einer zunehmenden Unübersichtlichkeit sowie fehlenden Transparenz innerhalb der EU-Strukturpolitik. Denn für die regionalen Akteure ist es aufgrund dieser zahlreichen Änderungen und Neuerungen sowohl innerhalb einer einzelnen Förderperiode, als auch zwischen verschiedenen Förderperioden zunehmend schwierig, einen gewissen Überblick über die EU-Strukturpolitik mit ihren zahlreichen und differenzierten Instrumenten zu behalten und die vielfältigen Fördermöglichkeiten effizient und zielgerichtet zu nutzen.

Aus diesem Grund sollten in Zukunft Veränderungen auf absolute Notwendigkeiten reduziert bzw. begrenzt werden: Denn gewisse Anpassungen an veränderte Rahmenbedingungen sowie neue Herausforderungen wie z.B. die Wachstumsschwäche, der steigende Wettbewerbsdruck infolge der Globalisierung oder der demografische Wandel sind unumgänglich und notwendig. Diese sollten jedoch künftig verstärkt in Form einer Modifizierung von bereits bestehenden Instrumenten und Programmen der EU-Strukturpolitik erfolgen, anstatt zu jeder Förderperiode neue Instrumente zu schaffen bzw. bestehende umzubenennen. Ebenso sollte wie bereits im vorangegangenen Abschnitt erwähnt, ein festes Zielsystem im Rahmen der EU-Strukturpolitik eingeführt werden, das falls notwendig, ergänzt werden kann. Auch dies wäre übersichtlicher und transparenter als das grundlegende Zielsystem zu jeder Programmplanungsperiode neu zu formulieren. Dies würde sich dann von den regionalen Akteuren leichter erfassen lassen und etwaige Unübersichtlichkeiten verringern.

**Tab. 26: Übersicht über die Maßnahmen in Handlungsfeld I, 2**

Maßnahme	Dauer	Akteure
Klare Prioritäten- u. Zielformulierung in den Förderprogrammen: <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Formulierung eines festen Zielkataloges in der EU-Strukturpolitik mit der Möglichkeit einer Modifizierung</li> </ul>	Kurz- bis mittelfristig	EU (Kommission / Generaldirektion Regionalpolitik) in enger Abstimmung mit den nationalen und regionalen Ebenen
Vereinfachung der Verfahren bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit: <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Orientierung an den Verfahrensweisen in der Pilotphase von INTERREG I</li> </ul>	Mittel- bis langfristig	EU (Kommission) und regionale Ebene (Länder und Region)
Minimierung der Veränderungen zwischen den einzelnen Förderperioden – stattdessen Modifizierung von bereits vorhandenen Instrumenten: <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Anpassung bestehender Instrumente an neue Herausforderungen bzw. veränderte Rahmenbedingungen</li> </ul>	Mittel- bis langfristig	EU (Kommission und Generaldirektion Regionalpolitik)

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

## **II. Ansätze zur Effizienzsteigerung der EU-Strukturpolitik**

### **1. Handlungsfeld: Steigerung des Bekanntheitsgrades der EU-Strukturpolitik und ihres Förderangebotes in der Westpfalz**

Im Rahmen der durchgeführten Gespräche mit verschiedenen relevanten regionalen Akteuren bzw. Entscheidungsträgern wurde deutlich, dass diese sich größtenteils ausreichend über das vorhandene Förderangebot informiert fühlen. Dabei sind vor allem die Fördermöglichkeiten im Rahmen von LEADER und INTERREG, ebenso wie die Fördermöglichkeiten innerhalb des EFRE (frühere Ziel-2-Förderung) ausreichend bekannt. Dennoch besteht in diesem Zusammenhang an einigen Stellen durchaus noch ein gewisser Optimierungsbedarf: So u.a. bei der Information von potentiell förderbegünstigten aus dem privaten Bereich, wie speziell im Tourismusbereich etwa bei privaten Tourismusbetrieben, wo bspw. Investitionen wie Modernisierungen, Erweiterungen oder Anpassungsmaßnahmen (Barrierefreiheit) aus dem EFRE unterstützt werden können. Weiterhin können Maßnahmen im Bereich der Förderung des Humankapitals (Qualifizierungsmaßnahmen, Weiterbildungsmaßnahmen) durch den ESF gefördert werden. Darüber hinaus sollten auch weitere Fördermöglichkeiten innerhalb der EU-Strukturpolitik wie z.B. die Förderung des Agrartourismus noch stärker im Untersuchungsraum bekannt und bewusst gemacht werden. Welche Möglichkeiten hierzu konkret bestehen soll nun im Folgenden aufgezeigt werden.

#### **1.1 Konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen**

##### **1.1.1 Intensivere Kommunikation des Beitrages der EU-Strukturpolitik zur regionalen Entwicklung**

Auch in diesem Zusammenhang spielt zunächst eine stärkere Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung der regionalen Akteure sowohl im öffentlichen Sektor als vor allem auch im privaten Sektor eine wichtige Rolle. Zu diesem Zweck sollte die Bedeutung der EU-Strukturpolitik für die Entwicklung von ländlichen strukturschwachen Regionen noch stärker in den Vordergrund gerückt, und nach innen (in die Region hinein) kommuniziert werden, über bestehende Kommunikations- und Informationsmittel wie etwa Informationstafeln an Baustellen und Einrichtungen mit dem Hinweis dass die entsprechende Maßnahme mit Fördermitteln der EU unterstützt wird, hinaus. Dabei muss einerseits der hohe Umfang an Finanzmitteln welcher infolge der EU-Förderprogramme in die Westpfalz fließt betont werden, andererseits insbesondere auch der im Verlauf dieser Arbeit mehrfach aufgezeigte sog. „Mehrwert“, z.B. Impulse die infolge der Programmplanung die Entwicklung der Region beeinflussen, verdeutlicht werden. Auf diese Weise kann dann schließlich das Bewusstsein der regionalen Akteure für die Bedeutung und Notwendigkeit der EU-Strukturpolitik im Rahmen der Entwicklung des Untersuchungsraums geschärft werden.

Eine weitere Möglichkeit die EU, ihre Institutionen und Instrumente zur Förderung der Entwicklung von ländlichen strukturschwachen Regionen in der Region Westpfalz stärker bekannt zu machen, wäre die Einrichtung eines regionalen „Europabüros“, welches gemeinsam von den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten der Region getragen werden könnte. Solche Einrichtungen bestehen bereits in anderen Regionen, so etwa in Form eines „EURO OFFICE“ in der Region Weser-Ems.

Wesentliche Aufgaben dieses Europabüros sind u.a. „die Information über europäische Förderprogramme, die Bereitstellung von Datenbanken und Recherchemöglichkeiten, die Durchführung von Workshops, die interne Organisation von Partizipationsprozessen der EU-Kommission im Rahmen von Anhörungen“, sowie weiterhin „regionsweite Projektvorschläge zu unterbreiten, Kooperationspartner zu identifizieren und zu gewinnen sowie Kontakte zur EU zu pflegen.“<sup>600</sup>

Die Einrichtung eines solchen Europabüros ist dabei mit zusätzlichen Kosten verbunden, die womöglich in einer struktur- und finanzschwachen Region wie der Westpfalz nur relativ schwer aufzubringen sind. Als sinnvolle Alternative bietet sich daher ein sog. „EUROPE DIRECT-Informationsbüro“ an. Von solchen Informationszentren gibt es derzeit bereits 59 in Deutschland, u.a. auch im Oberzentrum der Westpfalz in Kaiserslautern. Angesiedelt ist dieses Informationsbüro bei der Stadtverwaltung Kaiserslautern. Daher scheint dieses Informationsbüro in erster Linie für die Stadt Kaiserslautern zuständig zu sein und weniger für die gesamte Region Westpfalz. Dafür spricht u.a. auch die Tatsache, als dass dieses „EUROPE-DIRECT-Informationsbüro“ bei den durchgeführten Expertengesprächen nicht als wichtige Informationsquelle in Bezug auf die EU und ihre Förderprogramme genannt wurde. Daher sollte ein solches Informationsbüro für die gesamte Region Westpfalz zuständig sein und dementsprechend intensiv beworben werden.

Als ein mögliches Vorbild bzw. Beispiel sei an dieser Stelle der Landkreis Steinfurt erwähnt: Dort wird ein solches Informationsbüro von der „Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Steinfurt mbH“ getragen und erhält einen Betriebskostenzuschuss durch die EU. Des Weiteren unterstützt die EU diese Einrichtung durch spezielle Fortbildungsmöglichkeiten sowie den bevorzugten Zugang zu Informationsmöglichkeiten. Bestandteile eines „EUROPE DIRECT-Informationsbüros“ sind demzufolge eine Bibliothek, ein Multimediaraum mit Zugang zu Europe by Satellite (EbS) sowie zwei Ansprechpartner. Die zentralen Aufgaben bestehen in der Beantwortung von Bürgerfragen, der Beratung von Bürgern über ihre Rechte im EU-Binnenmarkt sowie in der Auskunft über Förderprogramme der EU. Auf der anderen Seite geben diese Informationsbüros Rückmeldungen an die EU-Institutionen und ermöglichen daher auch kritische Auseinandersetzungen mit EU-Themen und EU-Politik.<sup>601</sup> In der Westpfalz sollte daher die Einrichtung eines solchen Informationszentrums für die gesamte Region angestrebt werden, um auf diese Weise die EU und ihre Institutionen im Untersuchungsraum bekannter zu machen und bürgernäher zu gestalten.

### **1.1.2 Stärkere Nutzung der vielfältigen Fördermöglichkeiten im Rahmen der EU-Strukturpolitik**

Neben der Bewusstseinsbildung bzw. Sensibilisierung sollte in einem zweiten Schritt die intensivere Nutzung der vielfältigen Fördermöglichkeiten, sowie eine stärkere Mittelabrufung der zur Verfügung stehenden Fördergelder angestrebt werden. Dabei muss insbesondere die Information und Kommunikation mit den potentiellen Förderbegünstigten noch deutlich ausgebaut werden. Insbesondere regionale und kommunale Ebene sind hierbei besonders gefordert.

---

<sup>600</sup> Vgl. Eveslage, Hans (2009): Europakompetenz des Landkreises Cloppenburg, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 10 / 2009, S. 530.

<sup>601</sup> Vgl. Freiburger, Mariska (2009): EUROPE DIRECT-Informationsbüro Steinfurt bringt die Menschen nach Europa – und Europa zu den Menschen, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 10 / 2009, S. 533.

Die Information von Adressaten der einzelnen EU-Förderprogramme sollte dabei im Sinne einer stärkeren Eigeninitiative nicht allein den zuständigen Ministerien überlassen werden. Auch die jeweiligen Kreisverwaltungen mit ihren entsprechenden Dienstleistungs- und Serviceeinrichtungen sollten in diesem Zusammenhang ihr Beratungs- und Informationsangebot ausbauen. Dabei sollten die einzelnen Zielgruppen bzw. Förderbegünstigten direkt angesprochen bzw. motiviert werden. Als Hauptzielgruppen sollten dabei neben der öffentlichen Hand (Kommunen, Verbände und sonstige öffentliche Institutionen) verstärkt auch private Adressaten (im Tourismusbereich v.a. Übernachtungsbetriebe) dienen. Wobei vor allem letztere Zielgruppe künftig noch ausführlicher und detaillierter als bislang informiert werden sollte. Dazu sind unterschiedliche Alternativen denkbar: Neben Informationsbroschüren, die auf den spezifischen regionalen bzw. lokalen Bedarf abgestimmt, Auskunft geben über Fördermöglichkeiten, Vorgehensweisen sowie vor allem über die jeweiligen Ansprechpartner und verantwortlichen Stellen sind auch spezielle Workshops bzw. Informationsveranstaltungen denkbar.

Wobei dies verstärkt in den Teilräumen oder Kommunen angewandt werden muss, welche nicht Teil der LEADER- oder INTERREG-Förderung sind. Denn innerhalb dieser „Bottom-up“-orientierten Förderprogramme findet bereits ein enger Informations- und Erfahrungsaustausch statt, wie die befragten Experten und Entscheidungsträger bestätigt haben. Private Förderbegünstigte müssen dagegen insgesamt ausführlicher über die vielfältigen Fördermöglichkeiten innerhalb der EU-Strukturpolitik informiert werden. Diese können u.a. direkt angeschrieben werden und dabei spezielle Informationsmaterialien beigelegt werden. Ebenso können hierbei bereits entsprechende Formulare zugesendet werden um den Aufwand für die Adressaten so gering wie möglich zu halten. Insgesamt muss an dieser Stelle auf eine hohe Service- und Dienstleistungsorientierung geachtet werden, wie sie bereits ansatzweise durch die Schaffung von Bürgerbüros oder Wirtschaftsservicebüros in den Verwaltungen realisiert wurde.

Diese Ansätze können dabei alternativ auch durch eine Erweiterung des bestehenden Onlineangebotes sinnvoll ergänzt werden. So zum Beispiel durch entsprechende Links zu den Informationsangeboten der EU bzw. des zuständigen Ministeriums (in Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau). Dabei können zudem die notwendige Formulare bzw. Förderanträge online bereitgestellt werden. Darüber hinaus müssen an dieser Stelle ebenso die zuständigen Ansprechpartner und Stellen in den Kreisverwaltungen bekannt gemacht werden. Vereinzelt wurde im Rahmen der empirischen Erhebungen festgestellt, dass sich in einzelnen Verwaltungen bereits Mitarbeiter speziell auf Förderfragen konzentrieren. Wobei dies in diesem Zusammenhang als wichtige Alternative anzusehen ist, um die vielfältigen Fördermöglichkeiten der EU im Untersuchungsraum noch zielgerichteter zu nutzen. In anderen Regionen ist dies bereits weit verbreitet, so bspw. in Schleswig-Holstein, wo in jedem Kreis ein spezieller Europabeauftragter bzw. EU-Referent vorhanden ist. Die wesentlichen Säulen deren Arbeit sind dabei vor allem die „Politikbeobachtung, die Förderberatung sowie die Projektbegleitung.“

Zur Weiterbildung sowie zum Knüpfen von wichtigen Kontakten und Netzwerken innerhalb der EU und ihrer Institutionen haben die Europabeauftragten der Kreise u.a. die Möglichkeit in verschiedenen Verbindungsbüros in Brüssel zu hospitieren.<sup>602</sup>

---

<sup>602</sup> Vgl. Grimme, Wolfgang (2009): Europafähigkeit als Prozess begreifen! Erfahrungen aus dem Kreis Pinneberg, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 10 / 2009, S. 531 f.

Als ein Beispiel in diesem Zusammenhang ist darüber hinaus der Landkreis Cloppenburg zu erwähnen: Dieser Landkreis hat einen kommunalen EU-Koordinator beauftragt, „der zeitnah EU-Informationen beschafft, auswertet und an die relevanten Stellen weiterleitet.“ Ebenso berät dieser „Koordinator“ kreisangehörige Kommunen und gibt ferner Hilfestellung bei der Beantragung von Förderprojekten.<sup>603</sup> Im Untersuchungsraum sollten solche Ansätze nach Möglichkeit übernommen werden, um auf diese Weise die Informationen über die EU-Strukturpolitik zielgerichtet zu nutzen, weiterzuleiten und somit letztlich die Akquirierung von EU-Fördermitteln zu professionalisieren sowie das umfangreiche Förderangebot noch intensiver zu nutzen, insbesondere auch außerhalb des öffentlichen Sektors. Dabei kann ein solcher EU-Koordinator sowohl auf Kreisebene bzw. auf Ebene der kreisfreien Städte angesiedelt werden, als auch auf regionaler Ebene, wenn entsprechende Institutionen geschaffen würden (vgl. hierzu Nr. III in diesem Kapitel).

**Tab. 27: Übersicht über die Maßnahmen in Handlungsfeld II, 1**

Maßnahme	Dauer	Akteure
<p>Intensivere Kommunikation des Beitrages der EU-Strukturpolitik zur regionalen Entwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung v.a. des privaten Sektors</li> <li>▪ Einrichtung eines regionalen Europabüros bzw. Steigerung des Bekanntheitsgrades des „EUROPE DIRECT- Informationsbüros“ KL</li> </ul>	<p>Kurz- bis mittelfristig</p>	<p>Regionale Akteure mit Unterstützung der EU (Kommission)</p>
<p>Stärkere Nutzung der vielfältigen Fördermöglichkeiten im Rahmen der EU-Strukturpolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Ausbau des Informationsangebotes für potentiell Förderbegünstigte</li> </ul> <p>durch Informationsbroschüren, spezielle Workshops u. Informationsveranstaltungen, Erweiterung des Online-Angebotes</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Beauftragung von Europabeauftragten, EU-Referenten oder eines kommunalen EU-Koordinators in den Verwaltungen</li> </ul>	<p>Kurz- bis mittelfristig</p>	<p>Regionale Akteure mit Unterstützung des Landes</p>

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

<sup>603</sup> Vgl. Eveslage, Hans (2009): a.a.O.

## **2. Handlungsfeld: Stärkere Berücksichtigung der Belange von ländlichen strukturschwachen Regionen innerhalb der EU-Strukturpolitik**

Innerhalb der EU-Förderprogramme müssen künftig die spezifischen Belange von ländlichen strukturschwachen Regionen noch intensiver als bislang berücksichtigt werden. Zwar wurde die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes zur aktuellen Förderperiode als zweite Säule in die GAP integriert und auf diese Weise durch die Bündelung aller relevanten Verordnungen im ELER eine Vereinfachung dieser Förderpolitik angestrebt. Ebenso wurden in Rheinland-Pfalz LEADER-Programm und ZIL aus der Förderperiode 2000 bis 2006 nun in einem Programm zusammengefasst (Programm „PAUL“), so dass an dieser Stelle durchaus eine Vereinfachung bzw. bessere Übersichtlichkeit gelungen scheint. Jedoch ist dieses Programm teilweise noch sehr stark sektoral ausgerichtet, etwa in Hinblick auf die Bereiche Landwirtschaft und Umweltschutz. Während für eine unbedingt notwendige stärkere integrierte Entwicklung des ländlichen Raumes eindeutig zu geringe Fördermittel zur Verfügung stehen.

Weiterhin müssen darüber hinaus auch in der Strukturpolitik im engeren Sinne, welche aus dem EFRE finanziert wird die besonderen Belange von ländlichen strukturschwachen Regionen stärker beachtet und hervorgehoben werden. Das hierfür in Rheinland-Pfalz aufgestellte Programm „Wachstum durch Innovation“ bezieht sich zwar in einem der Schwerpunkte auf die spezifischen Potenziale des ländlichen Raumes, u.a. dem Tourismusbereich, doch insgesamt betrachtet ist dieses Programm zu stark auf städtische Regionen ausgerichtet, gerade für ein überwiegend ländlich strukturiertes Bundesland wie Rheinland-Pfalz. So wird ein Großteil der Mittel für Fördermaßnahmen eingesetzt, die zwar für die Entwicklung der Westpfalz insgesamt von hoher Bedeutung sind, jedoch für die ländlichen Teilräume der Region aufgrund ihrer spezifischen raumstrukturellen Ausgangssituation eher weniger geeignet sind als für die städtischen Gebiete (z.B. in Bezug auf die Bereiche „Innovationsförderung“ oder „Clusterentwicklung“).

In den einzelnen Förderprogrammen sollte aus diesem Grund darauf geachtet werden, dass die jeweiligen spezifischen Belange sowohl städtischer als auch ländlicher Regionen, (und damit letztlich Wachstums- und Ausgleichsziel) gleichberechtigt berücksichtigt, sowie Fördermittel gerecht zwischen den unterschiedlichen Raumtypen verteilt werden. Es muss in diesem Zusammenhang eine Sensibilisierung im Hinblick auf die Erkenntnis stattfinden, dass eine Region sowohl wettbewerbsfähige städtische Räume als auch wettbewerbsfähige ländliche Räume braucht, da jede dieser beiden Raumkategorien bestimmte Funktionen im gesamtregionalen Gefüge erfüllen: So stellen die ländlich strukturierten Räume u.a. die natürlichen Lebensgrundlagen bereit, ebenso die Naherholung, während dagegen die städtischen Räume v.a. spezifische Einrichtungen im Bereich von Infrastruktur, Kultur bzw. Wissenschaft sowie differenzierte Arbeitsplätze bereitstellen. Gerade in einem Bundesland wie Rheinland-Pfalz, das überwiegend ländlich geprägt ist, aber gleichzeitig auch Anteil an großen Ballungsräumen bzw. Metropolregionen hat, ist dies von großer Bedeutung und stellt an dieser Stelle letztlich eine der zentralen künftigen Herausforderungen im Rahmen der Strukturpolitik dar.

## **2.1 Konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen**

### **2.1.1 „Abbau von Disparitäten“ als ein Querschnittsziel der EU-Strukturpolitik formulieren**

Zu Zwecken einer stärkeren Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse von ländlichen strukturschwachen Regionen wäre daher zunächst zu empfehlen, das Ziel „Abbau von Disparitäten“ künftig als ein Querschnittsziel neben ökologisch (z.B. „Umwelt / Nachhaltige Entwicklung“) und sozial (z.B. „Chancengleichheit“) orientierten Querschnittszielen in die EU-Strukturpolitik aufzunehmen. In der Folge sollte dann in Zukunft in jedem Förderprogramm das Ausgleichsziel quer durch alle einzelnen auch wachstumspolitisch orientierten horizontalen Zielsetzungen Berücksichtigung finden. Bei allen Maßnahmen müsste dann geprüft werden, ob diese geeignet erscheinen, regionale Disparitäten auszugleichen bzw. abzumildern. Auf diese Weise würde ein Beitrag dazu geleistet, dass die spezifischen Belange von ländlichen strukturschwachen Räumen innerhalb der gesamten EU-Strukturpolitik stärker berücksichtigt würden. Des Weiteren ist es hierdurch möglich, Synergien zwischen einzelnen Förderprogrammen bzw. Fördermaßnahmen noch intensiver zu nutzen.

Wobei dennoch bewusst sein muss, dass regionale Disparitäten niemals vollständig beseitigt werden können. Denn die Strukturpolitik hat gewisse Grenzen, wie am Beispiel des Tourismus im Untersuchungsraum bereits aufgezeigt wurde. Bestimmte Faktoren bzw. Gegebenheiten (z.B. räumliche Lage einer Region, naturräumliche Ausstattung und landschaftliche Attraktivität) lassen sich nicht vollständig durch Interventionen im Rahmen der europäischen und nationalen Strukturpolitik beseitigen. Die Strukturpolitik kann letztlich nur einen Beitrag dazu leisten, dass räumliche Disparitäten sich nicht weiter vergrößern sowie im Optimalfall etwas verringert werden können. Eine Aufnahme des ausgleichsorientierten Ziels „Abbau von Disparitäten“ als Querschnittsziel der EU-Strukturpolitik würde dabei zusätzlich ein starkes Signal nach außen hinein in ländliche strukturschwache Regionen außerhalb der Konvergenzgebiete senden: Es würde hierdurch verdeutlicht, dass auch diejenigen Regionen, welche zwar nicht den größten Entwicklungsrückstand innerhalb der EU aufweisen, aber dennoch gewisse strukturelle Problemlagen bewältigen müssen und nach wie vor einen deutlichen Nachholbedarf etwa im Bereich der Infrastruktur aufweisen, trotz einer künftig stärkeren Betonung des Wachstumsziels (gemäß der Strategie von Lissabon) auch weiterhin im Fokus der EU-Strukturpolitik stehen.

Auf diese Weise würde letztlich die Motivation und das Selbstbewusstsein der regionalen Akteure in diesen Regionen gestärkt, denn die mentale Komponente von Ziel- und Schwerpunktsetzungen in Förderprogrammen sollte nicht unterschätzt werden, wie etwa die teils kontroversen Diskussionen um die neuen Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland belegen. In diesem Zusammenhang fühlen sich der ländliche Raum bzw. dessen Interessensvertreter nicht ausreichend berücksichtigt und gegenüber den Wachstumsregionen (Metropolregionen) benachteiligt. Dabei weisen diese Leitbilder durchaus einige vielversprechende Ansätze auf, da sie versuchen sowohl ökonomische als auch ökologische sowie soziale Zielsetzungen zusammenzubringen und ebenso Wachstums- bzw. Ausgleichszielsetzung miteinander zu vereinbaren. Jedoch wurde dies teilweise ungeschickt formuliert (starke Betonung der Bedeutung von Metropolregionen) und kommuniziert, so dass sich die Akteure in ländlichen strukturschwachen Regionen benachteiligt fühlten.

## 2.1.2 Stärkere Berücksichtigung von spezifischen Belangen des ländlichen Raumes in den EU-Förderprogrammen

Des Weiteren sollten künftig die spezifischen Belange von ländlichen strukturschwachen Regionen in den einzelnen Förderprogrammen noch stärker betont werden. Dies gilt insbesondere für die Programme zur Umsetzung des ELER (in Rheinland-Pfalz Programm „PAUL“) die sich speziell der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes widmen. Hierbei müssen in Zukunft veränderte Rahmenbedingungen, neue Herausforderungen sowie die sich hieraus ergebenden Entwicklungsperspektiven und -potenziale für ländliche strukturschwache Regionen noch stärker hervorgehoben bzw. aufgezeigt werden.

Erste Ansätze in dieser Richtung sind zwar in der aktuell laufenden Programmplanungsperiode 2007 bis 2013 durchaus bereits zu erkennen, so werden hier Themen und Herausforderungen wie bspw. der demografische Wandel berücksichtigt: So wurde u.a. von der EU und dem Land Baden-Württemberg ein spezifisches Modellprojekt zur innovativen Kommunalentwicklung im ländlichen Raum initiiert, welches vor dem Hintergrund neuer, großer Herausforderungen für ländlich geprägte Kommunen (Globalisierung der Märkte, soziale und ökologische Aufgabenstellungen, etc.) „innovative Lösungsansätze für den Erhalt ihrer Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit“ unterstützen soll. Dieses Modellprojekt „EU-Leuchtturmprojekte (EULE)“ ist dabei als ein Bestandteil des Programms „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (RWB) – Teil EFRE in Baden-Württemberg 2007-2013“ und wird aus EFRE und ELER finanziert. Grundlage für die Förderung einer Kommune bzw. eines Kommunalverbandes ist eine integrierte Entwicklungsstrategie, „die nachhaltige Impulse für Wachstum und Beschäftigung unter besonderer Berücksichtigung der Schonung der natürlichen Ressourcen liefert.“<sup>604</sup>

Solche Modellprojekte sollten in Zukunft auch in Rheinland-Pfalz verstärkt initiiert werden, um diese neuen, zentralen Herausforderungen der regionalen bzw. kommunalen Entwicklung in ländlichen Räumen effizienter bewältigen und steuern zu können. Des Weiteren sollten in künftigen Förderprogrammen verstärkt auch die Chancen, welche sich aus diesen veränderten Rahmenbedingungen speziell für ländliche Regionen ergeben noch stärker und differenzierter behandelt werden. In den derzeitigen Förderprogrammen wie etwa dem rheinland-pfälzischen EFRE-Programm „Wachstum durch Innovation“ werden diese neuen Chancen vor allem aus Sicht der städtischen- bzw. Metropolregionen diskutiert (z.B. Cluster, Technologieförderung, Wissenstransfer), während für die ländlichen Regionen bezüglich spezifischer Entwicklungsperspektiven weiterhin die eher klassischen Themen wie Tourismus oder Landwirtschaft im Vordergrund stehen. An dieser Stelle sollten künftig in den einzelnen Förderprogrammen verstärkt Anreize zur Generierung neuer Wachstumspotenziale (wie etwa in den Bereichen „Dienstleistung“, „Erneuerbare Energien“ sowie „nachwachsende Rohstoffe“) in ländlichen strukturschwachen Regionen über Tourismus und Landwirtschaft hinaus gegeben werden.

---

<sup>604</sup> Weitere Informationen unter: [www.EULE-bw.eu](http://www.EULE-bw.eu).

**Tab. 28: Übersicht über die Maßnahmen in Handlungsfeld II, 2**

Maßnahme	Dauer	Akteure
„Abbau von Disparitäten“ als Querschnittsziel der EU-Strukturpolitik formulieren	Mittel- bis langfristig (Förderzeitraum nach 2013)	EU (Kommission)
Stärkere Berücksichtigung der spezifischen Belangen des ländlichen Raumes in den EU-Förderprogrammen	Mittel- bis langfristig (Förderzeitraum nach 2013)	EU (Kommission und Generaldirektion Regionalpolitik) in enger Abstimmung mit der nationalen und regionalen Ebene

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

### **3. Handlungsfeld: Stärkere Regionalisierung und konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips innerhalb der EU-Strukturpolitik**

Einer der wesentlichen Kritikpunkte an der EU-Strukturpolitik war bislang eine nach Ansicht vieler Experten zu geringe Regionalisierung und eine inkonsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Wobei bei letzterem insbesondere das Defizit bestand, dass zunächst unterschiedliche Definitionen des Begriffs „Subsidiarität“ bei Kommission und zentralistisch orientierten Mitgliedstaaten auf der einen Seite, sowie auf der anderen Seite den föderalistisch orientierten Mitgliedstaaten wie der Bundesrepublik Deutschland verwendet wurden: Dabei vertreten Kommission und zentralistische orientierte Mitgliedstaaten die sog. „Wirksamkeitstheorie“, wonach eine Aufgabe „dann von der EU wahrgenommen werden soll, wenn sie diese „besser“ als die Mitgliedstaaten erfüllen kann.“<sup>605</sup> Im Gegensatz dazu vertreten die föderalistisch orientierten Mitgliedstaaten eine Auffassung, die als sog. „Erforderlichkeitstheorie“ bezeichnet wird und besagt, dass „eine Aufgabe so lange nicht auf eine höhere Ebene übertragen werden darf, wie die untere Ebene diese ausreichend erfüllt.“<sup>606</sup>

Des Weiteren wurde nach Einschätzung vieler Experten das Regionalisierungsproblem innerhalb der Reformdiskussion um die EU-Strukturpolitik zu wenig berücksichtigt, allenfalls wurde dies zwar theoretisch von den unterschiedlichen Seiten gefordert, aber letztlich nicht eindeutig und umfassend in die Praxis übertragen. Im Hinblick auf das Regionalisierungsproblem ist dabei zunächst „die Frage, wie eine Region definiert werden soll, für jede Regional- (bzw. Strukturpolitik) von entscheidender Bedeutung.“ Denn je nach Zuschnitt (d.h. nach Abgrenzung) einer Region kann diese statistisch als „krank“ oder „gesund“ erscheinen, „ergeben sich Nivellierungseffekte“ oder „bleiben ökonomische Abhängigkeiten unberücksichtigt.“<sup>607</sup> Über diese Problematik, sowie die unterschiedlichen Ansätze bei der Abgrenzung bzw. der Entscheidung darüber ob eine Region förderfähig ist oder nicht, wurde im Verlauf dieser Dissertation bereits ausführlich berichtet.

<sup>605</sup> Vgl. Schrupf, Heinz; Müller, Beate (1998): a.a.O., S. A V II 3, 35.

<sup>606</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>607</sup> Vgl. Ebenda, S. A V II 3, 38.

Regionalisierung bedeutet bzw. fordert letztlich ebenso wie auch das Synonym „Regional Governance“, dass die Verantwortung für die Entwicklung einer Region verstärkt auf die regionale Ebene übertragen wird. Mit dem Reformvertrag von Lissabon der nach langen Diskussionen schließlich Ende 2009 in Kraft gesetzt wurde scheint ein erster sinnvoller Ansatz gelungen, der künftig eine stärkere Regionalisierung sowie eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips innerhalb der EU ermöglichen kann. Der Vertrag von Lissabon wurde am 18. Oktober 2007 beim EU-Gipfeltreffen in Lissabon begründet, als sich die 27 Mitgliedstaaten „auf eine Modernisierung der Europäischen Union geeignet haben.“ Dieser Reformvertrag soll in der Folge „durch moderne Werkzeuge, eine klare Aufgabenbeschreibung, den weltweit modernsten Grundrechtskatalog“ und „zeitgemäße Kontrollrechte für die Bürger und Mitgliedstaaten zu „mehr Demokratie“ und „mehr Effizienz“ in Europa führen.

In diesem Zusammenhang erscheint insbesondere die im Vertrag verankerte „Anerkennung der lokalen und regionalen Ebene“ geeignet, eine stärkere Regionalisierung innerhalb der EU-Strukturpolitik zu unterstützen. So wird „die Selbstverwaltung der Regionen und der Gemeinden im Vertrag ausdrücklich anerkannt“, gleiches gilt „für das Subsidiaritätsprinzip für die Mitgliedstaaten.“ Weiterhin wird die regionale und kommunale Ebene gestärkt durch ein „Anhörungsrecht“ der repräsentativen Verbände, zu denen u.a. die kommunalen Spitzenverbände zählen, bei allen Aktivitäten der EU. Künftig wird zudem dem Ausschuss der Regionen (AdR) „ausdrücklich ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof mit Blick auf die Verletzung des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips zugestanden“ und „ferner die Subsidiaritätskontrolle auch für die kommunale Ebene ausgedehnt und damit ein höherer Begründungsaufwand der Kommission für eine Gemeinschaftsmaßnahme geschaffen.“ Schließlich soll im Rahmen der „Gesetzesfolgenabschätzung“ bei den „in Betracht gezogenen EU-Maßnahmen der kommunalen Bedeutung stärker Rechnung getragen werden.“<sup>608</sup>

Daneben sind weitere Zielsetzungen und Grundsätze dieses Vertragswerkes wie bspw. „klarer Zielkatalog“, „klare Aufgabenverteilung“ sowie „klare Entscheidungsstrukturen“ aus Sicht einer sinnvollen Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik im Hinblick auf eine höhere Effizienz und eine bessere Übersichtlichkeit eindeutig positiv zu bewerten. Gerade für ländliche strukturschwache Regionen wie die Westpfalz sind des Weiteren die Festlegungen zum Bereich der Daseinsvorsorge im Lissabon-Vertrag von herausragender Bedeutung. Dabei wird nun die Daseinsvorsorge gegenüber den Aspekten des europäischen Wettbewerbs geschützt, ebenso wird künftig die vertragliche interkommunale Zusammenarbeit nicht mehr dem Vergaberecht unterliegen, „wenn keine Privaten beteiligt werden und die Erfüllung einer im Allgemeininteresse liegenden Aufgabe verfolgt wird.“<sup>609</sup> Diese vielversprechenden Ansätze müssen in der Folge jedoch im Rahmen der Strukturpolitik berücksichtigt und letztlich in die Praxis übertragen werden. Konkrete Wege hierzu sollen nun im Folgenden diskutiert werden.

---

<sup>608</sup> Vgl. Deutscher Landkreistag (2009) (Hrsg.): Forderung der Landkreise an die Europäische Union, in: Der Landkreis, 10 / 2009 – „Die EU nach der Europawahl: Gestärkte Rolle der Kommunen“, S. 511.

<sup>609</sup> Vgl. Schwab, Andreas (2009): Dem Grundsatz der Subsidiarität zur Geltung verhelfen, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 10 / 2009, S. 521.

### 3.1 Konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen

#### 3.1.1 Stärkung der regionalen Kompetenzen und Verantwortung bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik

Im Rahmen der Umsetzung der EU-Strukturpolitik sollten im Sinne einer stärkeren Regionalisierung zunächst Entscheidungsbefugnisse und Kompetenzen der regionalen Ebene weiter gestärkt werden. Denn die regionale Ebene verfügt über die differenziertesten Kenntnisse darüber, wo und wie die Fördergelder innerhalb einer Region am sinnvollsten und effektivsten eingesetzt werden können. Daher ist diese Ebene gemäß dem Subsidiaritätsprinzip am besten geeignet, über den Einsatz der Fördermittel zu bestimmen. Wobei die direkte Umsetzung der EU-Strukturpolitik in Deutschland insbesondere auf Ebene der einzelnen Bundesländer erfolgt und weniger innerhalb der einzelnen Regionen.

Dies vor allem aus dem Grund, als das die eigentliche regionale Ebene (z.B. Ebene der Region Westpfalz) in Deutschland nur ansatzweise über entsprechende regionale Institutionen (Planungsgemeinschaften, Regionalverbände, etc.) verfügt, denen dann letztlich auch bestimmte Kompetenzen zugeteilt werden könnten. Im Bereich der EU-Strukturpolitik gibt es lediglich im Rahmen des LEADER-Ansatzes mit den sog. „Lokalen Aktionsgemeinschaften“ (LAGen) geeignete Institutionen, denen auf lokaler und regionaler Ebene Aufgaben und Kompetenzen zugeteilt werden können. Aufgrund der Bedeutung und der zahlreichen Impulse, die infolge der LEADER-Prozesse für die Entwicklung der Region entstehen, könnten an dieser Stelle womöglich durch gewisse Kompetenzerweiterungen eine weitere Steigerung der Effizienz dieses Instrumentes erreicht werden.

Hierbei ist bspw. ein noch stärkeres Mitspracherecht der regionalen und lokalen Ebene bei der Entscheidung über den direkten Einsatz der Fördermittel denkbar. Als Vorbild könnte an dieser Stelle dabei der Modellwettbewerb „REGIONEN AKTIV“ des Bundeslandwirtschaftsministeriums dienen, welcher insbesondere eine stärkere Selbstbestimmung bzw. Eigenverantwortung von ländlichen Regionen zum Ziel hat. Des Weiteren sollte in diesem Zusammenhang untersucht werden, „wie die staatliche Förderung ländlicher Räume in Deutschland besser gestaltet und die Effizienz in der ländlichen Entwicklung erhöht werden kann.“ Dabei weist dieses nationale Förderinstrument zwar durchaus Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten mit dem LEADER-Ansatz auf, sollte diesen jedoch auch weiterentwickeln. Dies insbesondere durch eine intensive Hervorhebung und Berücksichtigung des Prinzips der „Regionalität“. So wurde u.a. eine freie Gebietsabgrenzung ermöglicht, so dass durch eine Regionsabgrenzung ohne bestimmte bzw. starre Einwohnerobergrenzen auch zukunftsweisende Stadt-Land-Vernetzungen berücksichtigt werden konnten.

Schließlich wurde durch die Einführung regionaler Budgets Entscheidung und Verantwortung „konsequent auf die regionale Ebene verlagert.“<sup>610</sup> Schließlich ermöglichte der Förderrahmen im Unterschied zum LEADER-Programm „länderübergreifende Maßnahmen und Regionen zu fördern“ und sorgte für „eine engere Anbindung privatwirtschaftlicher Akteure.“<sup>611</sup> Einige dieser Aspekte und Prinzipien könnten dabei durchaus in den bestehenden LEADER-Ansatz integriert werden und würden dann insgesamt betrachtet zu einer Stärkung der regionalen sowie lokalen Ebene beitragen.

---

<sup>610</sup> Vgl. Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.) (2008): So haben ländliche Räume Zukunft – Ergebnisse und Erfahrungen des Modellvorhabens REGIONEN AKTIV, Bonn.

<sup>611</sup> Vgl. Ebenda.

Ebenso wäre in diesem Zusammenhang ein intensiver Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zwischen den Modellregionen im Rahmen von „REGIONEN AKTIV“ und den LEADER-Aktionsgebieten denkbar. Wobei aus dem Untersuchungsraum kein Teilraum als Modellregion von „REGIONEN AKTIV“ ausgewählt wurde. Jedoch kann hierbei auf die Erfahrungen von ähnlich strukturierten Regionen außerhalb der Westpfalz zurückgegriffen werden, welche an diesem Modellprojekt teilnahmen (z.B. Bitburg-Prüm / Eifel oder Saarland).

Die übrigen Instrumente innerhalb der EU-Strukturpolitik, die stärker top-down-orientiert sind, verfügen derzeit noch weitgehend über keine entsprechenden Institutionen auf regionaler bzw. lokaler Ebene, denen zusätzliche Kompetenzen bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik zugeteilt werden könnten. Hier ließe sich kurzfristig lediglich eine Kompetenzerweiterung auf der Landesebene anstreben, wie bspw. ein größerer Gestaltungsspielraum im Sinne einer höheren Flexibilität bei der Ausgestaltung der operationellen Programme oder die alleinige Entscheidung darüber wie die Mittel letztlich auf einzelne Schwerpunkte verteilt werden, ebenso wie die alleinige Entscheidungsbefugnis über die Auswahl von besonders förderbedürftigen Regionen außerhalb der Konvergenzregionen. In diesem Zusammenhang muss jedoch berücksichtigt werden, dass sich die Strukturen der einzelnen Bundesländer in Deutschland teilweise als sehr unterschiedlich darstellen: So gibt es einerseits die Stadtstaaten (Berlin, Bremen und Hamburg) sowie flächenmäßig kleine Bundesländer wie etwa das Saarland (oder ansatzweise auch relativ homogene Bundesländer wie Thüringen und Sachsen) wo letztlich die Landesebene gleichzeitig auch als regionale Ebene angesehen werden kann und daher die Umsetzung der EU-Strukturpolitik auf dieser Ebene im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sowie einer Regionalisierung als effizient erscheint.

Im Gegensatz dazu ist die Mehrzahl der Bundesländer in Deutschland jedoch wesentlich großräumiger bzw. heterogener strukturiert, und bestehen wie Rheinland-Pfalz (oder Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Baden-Württemberg) aus mehreren verschiedenen und z.T. unterschiedlich strukturierten Regionen, wobei hier dann letztlich keine (flächendeckende) Einheit zwischen Landes- und Regionsebene wie in den Stadtstaaten oder kleineren Bundesländern vorhanden ist. Daher erscheint an dieser Stelle eine Umsetzung der EU-Strukturpolitik aus Gründen der Effizienz auf der eigentlichen regionalen Ebene sinnvoller. Zu diesem Zweck sollten in diesen Bundesländern daher mittel- bis langfristig zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik neue Organisationsstrukturen auf der eigentlichen regionalen Ebene angestrebt werden sind. Denkbar wäre hierbei etwa die Schaffung von Regionalagenturen, denen dann in der Folge wesentliche Aufgaben und Kompetenzen bei der Umsetzung übertragen werden könnten. Wobei eine Konkretisierung dieser Handlungsempfehlung im weiteren Verlauf dieses konzeptionellen Teiles stattfinden wird.

### 3.1.2 Klare Aufgabenverteilung zwischen EU, Bund und Region

Eng verbunden mit einer stärkeren Regionalisierung innerhalb der EU-Strukturpolitik ist eine klare Aufgaben- sowie Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen Hierarchien EU, Bund bzw. regionale Ebene (Landes- und eigentliche regionale Ebene). Bei der Aufgabenverteilung sollte dabei v.a. das Subsidiaritätsprinzip konsequent angewendet werden, um eine möglichst hohe Effektivität bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik erreichen zu können. Dabei sollte das Subsidiaritätsprinzip in der gesamten EU künftig gemäß der föderalistisch orientierten Erforderlichkeitstheorie definiert und angewandt werden. Dies bedeutet, Aufgaben im Bereich der Umsetzung der EU-Strukturpolitik sollen nur noch dann von der höheren Ebene (EU) übernommen werden, falls die untere Ebene (Region) diese Aufgaben nicht ausreichend erfüllen kann. Künftig sollte sich die EU noch stärker als bislang darauf konzentrieren einen Rahmen für die Förderprogramme innerhalb der Strukturpolitik zu entwickeln, welcher dann auf den nachfolgenden Ebenen Bund und Region (Bundesländer, eigentliche Regionen unter Einbeziehung der kommunalen Ebene) näher ausgestaltet bzw. konkretisiert werden sollte. Dies vor allem in Hinblick auf die spezifischen Bedürfnisse, Probleme und Potenziale der einzelnen Regionen.

Notwendige Vorgaben sollten sich künftig verstärkt auf verfahrenstechnische Aspekte beschränken, und weniger auf inhaltlich-thematische Vorgaben. Wobei ansatzweise durchaus bereits innerhalb der letzten Förderperioden Schritte hin zu einer stärkeren Regionalisierung sowie klareren Aufgabenverteilung erfolgt sind. Dieser Weg sollte in Zukunft noch konsequenter und zielgerichteter verfolgt werden. In diesem Zusammenhang sollte in Erwägung gezogen werden, dass in Zukunft statt der verschiedenen operationellen Programme auf Landesebene (EFRE-Programm „Wachstum durch Innovation“, Programm „PAUL“) pro Region ein umfassendes integriertes regionales Entwicklungsprogramm zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik vor Ort unter Berücksichtigung von Vorgaben der strategischen Leitlinien der EU sowie des NSRP (bzw. NSP der Bundesrepublik zur Entwicklung des ländlichen Raumes) aufgestellt wird. Dabei können GIEP bzw. LILE im Rahmen von LEADER als Orientierung für ein gemeinsames regionsübergreifendes Entwicklungsprogramm dienen, indem alle regionsspezifischen Potenziale bzw. Entwicklungshemmnisse gebündelt werden. Maßnahmen, die geeignet erscheinen diese Potenziale zu nutzen bzw. die Entwicklungshemmnisse abzubauen könnten dann anschließend mit Unterstützung der einzelnen Strukturfonds in der Region umgesetzt werden. Damit könnten gerade in einem eher heterogen strukturierten Bundesland wie Rheinland-Pfalz spezifische Besonderheiten der einzelnen Regionen stärker berücksichtigt werden als in einem gemeinsamen Programm für das gesamte Bundesland.

Diese regionalen Programme könnten dann in der Folge auf lokaler Ebene durch den bewährten LEADER- bzw. INTERREG-Ansatz (lokale bzw. grenzüberschreitenden Entwicklungsstrategien) weiter konkretisiert werden, um schließlich ebenso lokale Besonderheiten stärker berücksichtigen zu können, da auch innerhalb einer Region teilweise unterschiedliche Herausforderungen sowie Potenziale zu erkennen sind. Aus inhaltlicher Sicht sollte darüber hinaus ebenfalls eine klare Aufgabenverteilung zwischen europäischer und nationaler Ebene angestrebt werden. Wobei an dieser Stelle insbesondere in Bezug auf den Abbau von Disparitäten eine eindeutige Kompetenzverteilung notwendig erscheint. Dabei wäre es vor diesem Hintergrund effizient, wenn sich die EU auf den Abbau bzw. der Abmilderung von großräumigen Disparitäten (Abbau von Disparitäten zwischen den Mitgliedstaaten) auf europäischer Ebene konzentrieren würde, und auf der anderen Seite sich die nationale Ebene (in Deutschland: Bund und Länder) dem Abbau bzw. der Abmilderung von kleinräumigen Disparitäten auf nationaler bzw. regionaler Ebene widmen würde.

Eine solche Aufgabenverteilung schlägt auch KARL<sup>612</sup> vor. Bei einer solchen Aufgabenverteilung müsste dann jedoch die EU der nationalen Ebene wiederum einen größeren Handlungsspielraum bei der Ausgestaltung der nationalen Strukturpolitik zugestehen. In diesem Zusammenhang sollte sich die EU künftig darauf konzentrieren, einen Rahmen vorzugeben, der ein gewisses Maß an Kohärenz zwischen nationaler und europäischer Strukturpolitik sicherstellt, und ebenso gewährleistet, dass Maßnahmen zum Abbau von nationalen Disparitäten nicht gegen das EU Wettbewerbsrecht verstoßen.

Die grundlegende Entscheidung über die Förderbedürftigkeit einzelner Regionen und den Umfang der Fördergebietskulisse („Gebietsplafonds“) sollte demnach überwiegend aufgrund der besseren Kenntnisse über die genaue Situation vor Ort der nationalen Ebene überlassen bleiben. Damit würde letztlich verhindert, dass Regionen wie der Untersuchungsraum künftig in zweifacher Weise benachteiligt würden, indem sie aufgrund der Erweiterung der EU zunehmend weniger europäische Strukturmittel erhalten würden, da mit jeder Erweiterung durch wirtschaftsschwache Mitgliedstaaten das durchschnittlich BIP je Einwohner sinkt als Grundlage für die Bewertung der besonderen Förderbedürftigkeit von Regionen, der sog. „Konvergenzregionen“, und dadurch die Westpfalz letztlich im Vergleich zu diesen Regionen immer weniger förderbedürftig erscheint) und ebenso gleichzeitig auch aus der nationalen Förderkulisse gedrängt würden, aufgrund dem Bestreben der EU eine zunehmende Deckungsgleichheit („Kohärenz“) zwischen europäischer und nationaler Förderkulisse herzustellen.

### **3.1.3 Die mehrstufige Programmplanung als „Bottom-up-Prozess“ gestalten**

Die sinnvolle und zugleich bewährte Ausgestaltung bzw. Umsetzungsorganisation der EU-Strukturpolitik als mehrstufiger Programmplanungsprozess sollte in Zukunft erhalten bleiben. Der Prozess sollte jedoch künftig noch stärker dem „Bottom-up“- und weniger dem „Top-down“-Prinzip verpflichtet sein: So sollte bei der Aufstellung der übergeordneten strategischen Kohäsionsleitlinien die regionale und kommunale Ebene über den von der EU initiierten „Ausschuss der Regionen (AdR)“ hinaus intensiver beteiligt werden. Insbesondere in Deutschland sollten dabei v.a. die Kommunen künftig stärker im Ausschuss der Regionen vertreten sein.

Darüber hinaus kann eine stärkere Beteiligung von regionaler bzw. kommunaler Ebene u.a. durch Befragungen der Akteure vor Ort in den einzelnen Regionen durchgeführt werden, die mit der Umsetzung der EU-Strukturpolitik vertraut sind. Wobei nicht nur die jeweiligen verantwortlichen Ministerien beteiligt werden sollten, sondern vielmehr auch die direkten Vertreter von LAGen, ebenso wie auch die Sozialpartner miteingebunden werden sollten. Hierbei könnte erfasst werden, welche inhaltlichen-thematischen Schwerpunkte von Seiten dieser Akteure als besonders notwendig erachtet werden bzw. sich in der Praxis bewährt haben, d.h. in welchen Bereichen besteht besonderer Förderbedarf bzw. in welchen Bereichen besteht kein erhöhter Förderbedarf. Neben dem AdR sollte dabei in Zukunft vor allem der 2008 gegründete Europäische Dachverband der übergemeindlichen Gebietskörperschaften „CEPLI“ (Confédération Européenne des Pouvoirs Locaux Intermédiaires) verstärkt am Programmplanungsprozess beteiligt werden.

---

<sup>612</sup> Vgl. Karl, Helmut (2006): Der Beitrag der nationalen und europäischen Strukturpolitik zum Abbau regionaler Disparitäten, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9 / 2006, Bonn, S. 493.

Ziel dieses Dachverbandes ist dabei vor allem die „größere Wahrnehmung der übergemeindlichen Ebene in Europa“, ferner die „Schaffung eines direkten Dialoges mit den Europäischen Institutionen zur Stärkung der Mitwirkung im europäischen Entscheidungsprozess“ sowie die „Intensivierung unserer Einbindung in die einschlägigen europäischen Förderprogramme.“<sup>613</sup> In diesem Zusammenhang laufen bereits Gespräche und Abstimmungsprozesse mit dem AdR-Präsidenten über künftige Verfahrensweisen in der Besetzung des AdR, wobei eine stärkere Präsenz der übergemeindlichen Ebene im Zuge der Neuordnung des Ausschusses angestrebt wird. Dabei ist es auch an dieser Stelle notwendig, diese zunächst noch eher theoretischen Überlegungen schließlich auch in der Praxis vollständig und zielgerichtet umzusetzen.

Darüber hinaus sollten zudem etwaige Vorschläge der unterschiedlichen regionalen Akteure in Bezug auf Verfahrensfragen sowie Problemfelder noch intensiver als bislang erfasst bzw. berücksichtigt werden, um diese künftig effizienter abbauen zu können. Eine eng am „Bottom-up-Prinzip“ orientierte Vorgehensweise bei der mehrstufigen Programmplanung würde somit letztlich auch die Akzeptanz der EU-Strukturpolitik und ihrer Ziele in den einzelnen Regionen und Kommunen weiter erhöhen: Wenn die regionalen Akteure bei der Formulierung der übergeordneten Ziele stärker beteiligt werden, werden diese dann letztlich noch überzeugter und konsequenter vor Ort verfolgt bzw. umgesetzt. Weiterhin könnten in diesem Zusammenhang spezifische regionale Bedürfnisse intensiver berücksichtigt werden, wenn die relevanten regionalen Akteure von Anfang an in die Aufstellung der übergeordneten Programme wie etwa den „Strategische Kohäsionsleitlinien“ oder auf Bundesebene der „Nationale Strategische Rahmenplan“ sowie der „Nationale Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume“ integriert werden würden. Schließlich würde bei dieser Vorgehensweise letztlich damit auch die Effizienz der EU-Strukturpolitik erhöht werden.

---

<sup>613</sup> Vgl. Jahn, Helmut (2009): Wege kommunaler Interessenvertretung auf europäischer Ebene, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 10 / 2009, S. 527.

**Tab. 29: Übersicht über die Maßnahmen in Handlungsfeld II, 3**

Maßnahme	Dauer	Akteure
<p>Stärkung der regionalen Kompetenzen und Verantwortung bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik, u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Stärkeres Mitspracherecht und höhere Eigenverantwortung der regionalen und lokalen Ebene beim Einsatz der Fördermittel</li> </ul> <p>Nach dem Vorbild von „REGIONEN AKTIV“</p>	Mittelfristig	EU (Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik und AdR) in Kooperation mit der regionalen Ebene (Land und Region)
<p>Klare Aufgabenverteilung zwischen EU, Bund und Region, u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Konsequente Anwendung und einheitliche Definition des Subsidiaritätsprinzips</li> <li>▪ EU gibt Rahmen vor der auf der nationalen und regionalen Ebene ausgestaltet und konkretisiert wird</li> <li>▪ Klare Kompetenzverteilung beim Abbau von Disparitäten zwischen EU und nationaler Ebene</li> </ul>	Kurz- bis mittelfristig	EU (Kommission und AdR) in enger Abstimmung mit der nationalen und regionalen Ebene (Land und Region)
<p>Die mehrstufige Programmplanung als „Bottom-up-Prozess“ gestalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Stärkere Beteiligung der regionalen und kommunalen Ebene an der Aufstellung der übergeordneten Programme und Leitlinien</li> </ul> <p>u.a. Einbindung des „CEPLI“</p>	Kurzfristig	(Kommission und AdR) in Kooperation mit der regionalen und kommunalen Ebene

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

#### **4. Handlungsfeld: Intensivere Nutzung von Synergien zwischen den unterschiedlichen nationalen und europäischen Förderinstrumenten zur Entwicklung des ländlichen Raumes**

Das bekannteste Instrument innerhalb der EU-Strukturpolitik zur Förderung ländlicher Regionen stellt zweifellos „LEADER“ dar. Dieser integrierte Ansatz zur Entwicklung des ländlichen Raumes hat aufgrund seines Erfolges und seiner allgemeinen Akzeptanz inzwischen auch die Ausgestaltung nationaler Instrumente zur Förderung der ländlichen Entwicklung beeinflusst: Hierbei sind in erster Linie die „Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE)“ sowie der Modellwettbewerb „Regionen Aktiv“, welcher vom Bundeslandwirtschaftsministerium hervorgerufen wurde, zu erwähnen. Insbesondere zwischen ILE-Fördergebieten und LAGen im Rahmen des LEADER-Prozesses kommt es dabei häufig zu Überschneidungen, u.a. auch im Untersuchungsraum. Aus diesem Grund ergibt sich hierdurch die Chance Synergien zwischen diesen auf den ersten Blick unterschiedlichen Instrumenten, die jedoch ähnliche Zielsetzungen sowie eine ähnliche Konzeption aufweisen, zu nutzen. Diese möglichen Synergieeffekte sollten in Zukunft noch intensiver als bislang genutzt werden, um hierdurch zusätzliche Impulse für die Entwicklung von ländlichen strukturschwachen Regionen generieren zu können.

##### **4.1 Konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen**

###### **4.1.1 Bündelung und Koordinierung der Förderinstrumente zur Entwicklung des ländlichen Raumes**

Um Synergien zwischen unterschiedlichen europäischen und nationalen Instrumenten zur Förderung des ländlichen Raumes in Zukunft noch besser nutzen zu können, erscheint es zunächst sinnvoll, diese unterschiedlichen Förderinstrumente stärker zu bündeln bzw. zu koordinieren. Als ein konkreter erster Schritt hierzu wäre zu empfehlen, die einzelnen Förderinstrumente in einem gemeinsamen Förderreferat zu bündeln. Ein solches Referat zur „Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes“ sollte dann allein verantwortlich sein für Umsetzung und Koordinierung aller nationalen bzw. europäischen Förderprogramme mit Relevanz für den ländlichen Raum. Bislang ist in Rheinland-Pfalz für die Umsetzung der Europäischen Strukturpolitik in erster Linie das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau zuständig, sowie für einzelne Fördermaßnahmen noch weitere Ministerien (z.B. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familien und Frauen für Maßnahmen im Rahmen des ESF) bzw. andere Genehmigungsstellen (ADD, ISB – Investitions- und Strukturbank). Ebenso sind für einige nationale Förderprogramme (Bundes- und Landesprogramme) zum Teil andere Ministerien wie z.B. die Dorferneuerung das Ministerium des Innern und für Sport zuständig. Eine Bündelung und Konzentration dieser Förderprogramme in einem Ministerium würde dabei zu einer Effizienzerhöhung sowie einer besseren Übersichtlichkeit führen.

Dennoch sollten die verschiedenen Ministerien nach wie vor an der Aufstellung der operationellen Programme beteiligt, und auch weiterhin bei fachspezifischen Frage- bzw. Problemstellungen beratend in die Umsetzung der EU-Strukturpolitik eingebunden werden. Die Antragstellung und -bearbeitung sollte jedoch künftig in einem Ministerium (Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau) konzentriert werden, ebenso sollte dieses Ministerium nach außen die Federführung übernehmen und erster Ansprechpartner in Fragen der EU-Strukturpolitik sowie der ländlichen Entwicklung generell sein. Während intern durchaus in Ergänzung der Sachverstand von unterschiedlichen Fachministerien weiterhin genutzt werden sollte (in Form von Stellungnahmen und Bewertungen zu Förderanträgen – z.B. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familien und Frau bei Maßnahmen im Rahmen des ESF).

So wäre mit diesem neu zu schaffenden Referat zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes ein zentraler Ansprechpartner bezüglich Förderfragen geschaffen, sowie die Transparenz erhöht und auf diese Weise die Genehmigungsverfahren vereinfacht, da sich durch diese Vorgehensweise letztlich eine einzige Stelle für alle Entscheidungs- und Genehmigungsverfahren verantwortlich zeichnen würde. Darüber hinaus könnten hierdurch auch mögliche Synergien zwischen unterschiedlichen Förderprogrammen noch effizienter genutzt werden, da die Abstimmung wesentlich erleichtert würde, und schließlich der Erfahrungsaustausch bzw. Wissenstransfer effektiver gestaltet würde. Der derzeit noch relativ hohe Koordinierungsbedarf würde aus diesem Grund schließlich ebenfalls deutlich abnehmen und daher zu schnelleren Genehmigungsverfahren führen. Durch eine stärkere Bündelung der einzelnen Förderprogramme würde somit ein Beitrag geleistet, um gleich zwei wesentliche Problemfelder innerhalb der EU-Strukturpolitik abzumildern: Denn mit diesem Maßnahmenvorschlag könnte sowohl eine stärkere Effizienz als auch eine Vereinfachung bzw. ein Abbau von Bürokratie bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik erreicht werden.

#### **4.1.2 Stärkere Nutzung von Synergien zwischen LEADER und dem ILE-Ansatz**

Wie bereits mehrfach angedeutet, sind die Zielsetzungen von „LEADER“ und „Integrierter ländlicher Entwicklung (ILE)“ ähnlich, ebenso die jeweiligen Verfahrenweisen (Bottom-up-Ansatz). Zudem hat der Untersuchungsraum Erfahrung mit beiden Förderinstrumenten. In der aktuellen Förderperiode 2007 bis 2013 ist der gesamte ländliche Raum der Westpfalz entweder LEADER-Fördergebiet oder alternativ Fördergebiet im Rahmen der „ILE“. Einige Teilräume die aktuell LEADER-Aktionsgebiet sind, waren in der vorangegangenen Förderperiode Teil der ILE-Förderung (so zum Beispiel Teile des „Pfälzer Berglandes“). Teilweise verläuft die Abgrenzung zwischen ILE- und LEADER-Ansatz gar quer durch einzelne Verbandsgemeinden, so dass manche Gemeinden ILE-Fördergebiet, andere dagegen Teil von LEADER sind.

Daher und aufgrund der hohen thematischen sowie konzeptionellen Ähnlichkeit beider Förderinstrumente bietet sich eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen Fördergebieten an, um potenzielle Synergien zwischen beiden Ansätzen stärker zu nutzen. Zu diesem Zweck könnten gemeinsame Workshops von ILE- und LEADER-Fördergebieten im Untersuchungsraum durchgeführt werden. Hierdurch könnte dann in der Folge der Erfahrungsaustausch bzw. der Wissenstransfer zwischen beiden Förderansätzen gefördert werden. In einem weitergehenden (Kooperations-)schritt könnten dann letztlich gemeinsame Projekte, u.a. auch im Bereich des Tourismus, entwickelt werden.

Als Kommunikations-, Koordinierungs- und Organisationsplattform könnten dabei zunächst die Lokalen Aktionsgemeinschaften (für LEADER) bzw. das Regionalmanagement (für ILE) dienen. Bei langfristig möglichen neuen Organisationsstrukturen (Regionalagenturen, regionsübergreifendes Regionalmanagement) zur Umsetzung der verschiedenen Förderprogramme im Untersuchungsraum können dann letztlich diese auch als gemeinsame Koordinierungs- und Kommunikationsplattform dienen. Experten im Bereich der ländlichen Entwicklung sehen dabei große Potenziale in einer engeren Verzahnung zwischen den beiden Instrumenten ILE und LEADER, durch die „eine verstärkte Zusammenarbeit öffentlicher und privater Akteure“ sowie „eine weitere Stärkung und Entwicklung ihrer Kompetenzen“ (THÖNE) erreicht werden kann. Auf diese Weise kann nach Ansicht von THÖNE „ein innovativer Entwicklungsansatz, der sich durch das Prinzip „Eigeninitiative-Kooperation-Innovation“ auszeichnet“ unterstützt werden.

**Tab. 30: Übersicht über die Maßnahmen in Handlungsfeld II, 4**

Maßnahme	Dauer	Akteure
<p>Bündelung und Koordinierung der Förderinstrumente zur Entwicklung des ländlichen Raumes:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Einrichtung eines Referates zur „Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes“ zur Umsetzung und Koordinierung aller nationalen und europäischen Förderprogramme mit Relevanz für den ländlichen Raum</li> </ul> <p>Erster Ansprechpartner für Förderfragen</p>	Mittelfristig	Land Rheinland-Pfalz
<p>Stärkere Nutzung von Synergien zwischen LEADER und ILE-Ansatz:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Intensivierung des Erfahrungsaustausches und Wissenstransfers</li> </ul>	Kurz- bis mittelfristig	Regionale und kommunale Ebene

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

### **5. Handlungsfeld: Stärkung des LEADER- und INTERREG-Ansatzes als integrierte, innovative Instrumente zur Förderung ländlicher Regionen**

Im bisherigen Verlauf dieser Dissertation wurde deutlich, dass insbesondere durch die Instrumente LEADER und INTERREG wesentliche Impulse für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz erreicht werden. Dabei ist deren Beitrag nicht in erster Linie finanzieller Natur, wie etwa bei der Förderung im Rahmen des EFRE, sondern v.a. in ihrem sog. „Mehrwert“ zu sehen. So wurde durch diese Dissertation nachgewiesen, dass durch LEADER u.a. die Kooperation, die Vernetzung, der Erfahrungsaustausch sowie die intensive Auseinandersetzung mit der Region bezüglich ihrer spezifischen Potenziale und Entwicklungshemmnisse gefördert wird. Durch diese ausführliche Auseinandersetzung mit Stärken und Entwicklungspotenzialen im Rahmen der Aufstellung von regionalen Entwicklungsstrategien als Grundlage für eine LEADER-Förderung wird dabei letztlich die Profilbildung einer Region unterstützt. Wobei dies insbesondere für den Tourismusbereich gilt, wie die vorangegangenen Analysen verdeutlicht haben.

Darüber hinaus stützen ebenso Erkenntnisse aus den bereits durchgeführten Evaluierungen diese Einschätzungen. Mit relativ geringem Mitteleinsatz werden durch LEADER bzw. INTERREG zahlreiche positive Impulse initiiert. Zu Beginn der aktuellen Förderperiode 2007 bis 2013 wurden diese ehemaligen Gemeinschaftsinitiativen in die Mainstream Programme der EU-Strukturpolitik integriert. LEADER ist nunmehr als vierter querschnittsorientierter, methodischer Ansatz Teil der „Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes“ im Rahmen der zweiten Säule der GAP. In Rheinland-Pfalz wird dies innerhalb des operationellen Programms „PAUL“ umgesetzt.

Es besteht hierbei jedoch die Gefahr, dass durch diese Neurungen die bislang bewährten Instrumente LEADER und INTERREG nun eher in den Hintergrund geraten und dabei zukünftig zu wenig „sichtbar“ sind, und daher schließlich gegenüber der eher sektoral orientierten Mainstream-Förderung benachteiligt werden, gerade auch in Hinblick auf die deutlich geringere Finanzausstattung dieser integrierten, innovativen Ansätze. Diese Bedenken scheinen zwischenzeitlich auch bei den Verantwortlichen in der zuständigen Generaldirektion angekommen zu sein, denn derzeit wird diskutiert, ob nach 2013 LEADER wieder von der Agrarpolitik in die eigentliche Struktur- bzw. Regionalpolitik integriert werden sollte. Im Folgenden sollen nun weitere Wege aufgezeigt werden, um diese bewährten und erfolgreichen Instrumente LEADER und INTERREG zu stärken.

## **5.1 Konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen**

### **5.1.1 Deutliche Erhöhung der Finanzmittel für den LEADER und INTERREG-Ansatz**

Wie bereits im Rahmen der Programmanalyse aufgezeigt wurde, ist die Mittelausstattung im Programm PAUL zur Umsetzung der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes in der aktuell laufenden Förderperiode für integrierte, querschnittsorientierte Ansätze wie bspw. LEADER oder den Schwerpunkt 3 „Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“ im Vergleich zu den stärker sektoral orientierten Schwerpunkten 1 (Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft) und 2 („Verbesserung der Umwelt und der Landschaft“) deutlich zu gering. Insbesondere gilt dies für die Mittelverteilung im Bundesland Rheinland-Pfalz. Daher ist dringend zu empfehlen, in künftigen Programmplanungsperioden die Mittel für integrierte, innovative Förderinstrumente wie etwa die ehemaligen Gemeinschaftsinitiativen LEADER und INTERREG deutlich zu erhöhen. Im Fall von LEADER kann dies u.a. im Rahmen der sog. „Modulation“ geschehen, wobei hierbei verstärkt Finanzmittel von der 1. Säule (Marktentwicklung) auf die 2. Säule der GAP umgeschichtet werden sollen. Dies wurde bereits Mitte 2008 bei der als „Health Check“ (Gesundheitsüberprüfung) bezeichneten Zwischenbewertung der GAP durch die Kommission vorgeschlagen<sup>614</sup> und sollte daher auch konsequent umgesetzt werden. Nur durch eine stärkere Mittelausstattung der zweiten Säule der GAP und hier insbesondere von integrierten Ansätzen wie bspw. LEADER gegenüber den sektoral orientierten Förderansätzen kann der aufgezeigte Mehrwert der EU-Strukturpolitik auf Dauer erhalten bleiben und im Optimalfall die Effizienz dieser Förderprogramme gesteigert werden.

Bleibt dagegen die Mittelausstattung von LEADER und INTERREG auf dem derzeitigen, eher niedrigen Niveau, besteht die auch im Rahmen der Evaluierung des rheinland-pfälzischen LEADER+-Programms aufgezeigte Gefahr einer sinkenden Motivation der regionalen Akteure in den einzelnen lokalen Aktionsgemeinschaften. Dies geschieht vor allem dann, wenn im Vorfeld gehegte Erwartungen letztlich nicht erfüllt werden: Denn ist insbesondere in strukturschwachen Regionen die Mittelausstattung nicht ausreichend, können viele der vorgesehenen Projekte aus den jeweiligen regionalen Entwicklungsstrategien aufgrund fehlender Finanzmittel nicht umgesetzt werden. Dadurch kann in der Folge schließlich die Motivation vor Ort sinken und die zahlreichen, möglichen Impulse bzw. Chancen des LEADER-Konzeptes werden dann womöglich nicht mehr genutzt, aufgrund nicht erfüllter (Anfangs-)Erwartungen.

---

<sup>614</sup> Vgl. Deutscher Landkreistag (2009) (Hrsg.): a.a.O., S. 514.

Neben einer deutlichen Erhöhung der Finanzmittel für den LEADER- und INTERREG-Ansatz sollte ergänzend darauf geachtet werden, dass diese Ansätze trotz der nun erfolgten Integration in die Mainstream-Programme nicht zu stark in den Hintergrund geraten gegenüber den eher sektoral orientierten Maßnahmen. Vielmehr muss künftig darauf geachtet werden, dass Erfolg und Mehrwert dieser Ansätze weiterhin nach außen sichtbar bleibt und dementsprechend nach außen kommuniziert wird. Möglichkeiten hierzu bieten u.a. spezielle Veröffentlichung wie etwa das sog. „LEADER-magazine“ oder spezielle Veranstaltungen der nationalen bzw. europäischen Vernetzungsstelle im Rahmen von LEADER.

### **5.1.2 Fortschreibung und Weiterentwicklung der bestehenden LEADER-Konzepte über einzelne Förderperioden hinaus**

Innerhalb der durchgeführten Expertengespräche wurde deutlich, dass die Akteure in der Westpfalz eine ständige Fortschreibung bzw. Weiterentwicklung bereits bestehender LEADER-Konzeptionen (regionale Entwicklungsstrategien der LAGen) über die einzelnen Förderperioden hinaus, gegenüber dem in Rheinland-Pfalz üblichen Wettbewerb zur Auswahl der LAGen zu Beginn einer neuen Programmplanungsperiode bevorzugen würden. Diese Auffassung sollte unterstützt und dieser Vorschlag daher von den Verantwortlichen auf Landesebene aufgenommen werden. Denn die Vorteile einer Fortschreibung bzw. Weiterentwicklung von bestehenden LEADER-Konzeptionen anstatt des bislang üblichen Wettbewerbsmodells überwiegen hierbei klar, wie bereits der vorangegangene Analyseteil verdeutlicht hat. Zunächst wäre in diesem Zusammenhang eine höhere Transparenz zu erwähnen, denn diejenigen LAGen die letztlich nicht in die LEADER-Förderung aufgenommen wurden, konnten dies letztlich nicht verstehen bzw. erklären. Insbesondere sei dabei an die vorangegangene Förderperiode 2000 bis 2006 erinnert: Da die LEADER-Mittel begrenzt waren, konnten letztlich nicht alle LAGen in die Förderung aufgenommen werden. So wurde im Untersuchungsraum lediglich eine von ursprünglich drei am Auswahlverfahren beteiligten LAGen in die Förderung im Rahmen von LEADER+ aufgenommen.

Bei solchen Auswahlprozessen besteht letztlich die Gefahr, dass die Entscheidung nicht in erster Linie aus sachlichen Gründen getroffen wird, sondern stattdessen vielmehr auf eine regionale Ausgewogenheit geachtet wird, indem aus jedem Landesteil eine LAG in die Förderung aufgenommen wird. Bei den LAGen, welche schließlich nicht den Zuschlag für eine Förderung innerhalb von LEADER+ erhalten, kann dies letztlich zu einer sinkenden Motivation bei den Akteuren führen und unter Umständen gar die Bereitschaft zum Engagement für die Entwicklung der Region abnehmen.

In der aktuell laufenden Förderperiode 2007 bis 2013 wurde die Anzahl der LAGen erhöht, so dass in der Westpfalz nun insgesamt drei LAGen in die Förderung im Rahmen des LEADER-Ansatzes integriert sind. Neben der bestehenden LAG „Pfälzerwald“ (2000 bis 2006 unter dem Namen: LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“) wurden nun auch die LAGen „Pfälzer Bergland“ sowie „Donnersberger und Lautrer Land“ in die LEADER-Förderung aufgenommen. Damit wurde weitgehend auf das bislang übliche Wettbewerbsverfahren verzichtet und letztlich nahezu alle interessierten LAGen in die Förderung aufgenommen.

Diese Vorgehensweise sollte in Zukunft beibehalten werden, da durch den Verzicht auf aufwendige Wettbewerbsverfahren ein geringerer bürokratischer Aufwand möglich ist. So muss hierbei lediglich geprüft werden, ob die vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllt werden und die entwickelten Strategien den inhaltlichen Anforderungen, bezüglich eines innovativen, integrierten, bottom-up-Ansatzes genügen.

Dagegen müssen bei einem Wettbewerbsverfahren mehrstufige Bewertungsverfahren mit geeigneten, v.a. nachvollziehbaren Bewertungskriterien und -indikatoren entwickelt werden. Bezüglich der Abgrenzung der einzelnen LEADER-Aktionsgebiete sollte die bisherige Praxis einer Abgrenzung, welche sich nicht an bestehenden administrativen Grenzen, sondern vielmehr v.a. an geografischen und landschaftlichen Gegebenheiten orientiert, beibehalten werden. Denn auf diese Weise wird die interkommunale und interregionale Kooperation gefördert (vgl. hierzu die Ausführungen im Analyseteil). Es kommt bei dieser Abgrenzungsmethode jedoch gelegentlich dazu, dass die Trennlinie zwischen LEADER-Fördergebiet und nicht LEADER-Fördergebiet quer durch eine Kommune bzw. Verbandsgemeinde verläuft (u.a. im Untersuchungsraum zu beobachten).

Dabei besteht die Gefahr, dass Kommunen, die kein LEADER-Fördergebiet sind, sich benachteiligt fühlen und in der Folge deren Kooperationsbereitschaft womöglich sinken. Daher sollte die bewährte Abgrenzungsmethode zwar weiterhin aufgrund der damit verbundenen aufgezeigten positiven Effekte beibehalten werden, es sollte jedoch darauf geachtet werden, dass einzelne Ortsgemeinden innerhalb einer Kommune (Verbandsgemeinde) aus geografischen Gründen nicht vollständig von LEADER-Prozessen ausgeschlossen werden. In diesen Einzelfällen sollte es möglich sein, die betroffenen Gemeinden dennoch in gewissem Maße an LEADER zu beteiligen, bspw. in Form einer „privilegierten Partnerschaft“ oder als sog. „angrenzendes Gebiet“, wie dies u.a. bereits im Rahmen von INTERREG möglich ist. Auf diese Weise kann ein destruktives Konkurrenzdenken innerhalb einer Kommune aufgrund von problematischen Fördergebietsabgrenzungen verhindert werden.

Darüber hinaus bietet die Weiterentwicklung von bestehenden LEADER-Konzeptionen die Chance, diese letztlich vollständig umzusetzen, da die Umsetzungszeiträume letztlich nicht mehr so stark begrenzt wären, da ansonsten eine Förderperiode nur sechs Jahre umfasst. Dieser Zeitraum ist für die Entwicklung und vollständige Umsetzung einer Bottom-up orientierten und integrierten Entwicklungsstrategie letztlich insgesamt betrachtet doch eher knapp bemessen. Das Beispiel der LAG „Pfälzerwald“ hat zudem verdeutlicht, dass eine bestehende LAG über die einzelnen Förderperioden hinaus zu einer sinnvollen Weiterentwicklung bzw. Modifizierung oder Konkretisierung der regionalen Entwicklungsstrategie führen kann, ebenso zu einer sinnvollen Erweiterung des Aktionsgebietes (vgl. hierzu Ausführungen in Kapitel B II, 2.4.3). Auf diese Weise kann die Profilierung einer Region gerade im Tourismusbereich weiter gestärkt und darüber hinaus weitere zusätzliche Impulse genutzt werden.

Durch den Ausbau des LEADER-Ansatzes im Untersuchungsraum zu Beginn der aktuellen Programmplanungsperiode (durch die Aufnahme weiterer LAGen neben der bereits in der vorangegangenen Förderperiode bestehenden LAG „Pfälzerwald“) ergeben sich weitere Chancen. So kann nun innerhalb der Westpfalz ein reger Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer innerhalb der LEADER-Prozesse stattfinden. Dies umso mehr, als dass die einzelnen Ländlichen integrierten lokalen Entwicklungskonzepte (LILE) eine hohe thematische Ähnlichkeit bzw. Übereinstimmung aufweisen (z.B. zwischen LILE „Pfälzerwald“ und LILE „Pfälzer Bergland“, vgl. auch hierzu Kapitel B II, 2.4.3). In den einzelnen Programmen wird dies bereits ansatzweise angestrebt, und sollte daher auch konsequent in der Praxis umgesetzt werden, um Synergien zu nutzen. Möglichkeiten hierzu bieten u.a. gemeinsame Workshops, Diskussionen oder Exkursionen zu „Best-practises“ in Deutschland und Europa sowie schließlich die Entwicklung von gemeinsamen Projekten, wofür wiederum der Tourismus besonders geeignet erscheint, aufgrund vorhandener regionaler Potentiale.

Erfahrungsaustausch und Vernetzung zwischen LAGen darf sich jedoch nicht nur auf den Untersuchungsraum konzentrieren, sondern sollte auch verstärkt mit LAGen außerhalb der Westpfalz angestrebt werden. Dabei sollte vor allem der Erfahrungsaustausch bzw. Wissenstransfer mit Regionen angestrebt werden, die ähnlich wie die Westpfalz strukturiert sind, sowohl hinsichtlich der raumstrukturellen Ausgangssituation (ländliche strukturschwache Regionen, Mittelgebirgslandschaft), als auch im Hinblick auf vorhandene Potentiale (Tourismus). Als geeignete Beispiele seien an dieser Stelle u.a. die Regionen Eifel, Schwarzwald sowie ländlich geprägte Regionen im Saarland zu erwähnen. Durch einen intensiven Austausch mit diesen ähnlich strukturierten LEADER-Regionen können neue Impulse für die Entwicklung des Tourismus gewonnen werden, sowie ein Wissenstransfer bzw. Lernprozesse in Gang gesetzt werden.

### **5.1.3 Optimierung der Zusammensetzung der Lokalen Aktionsgemeinschaften (LAGen)**

Die Zusammensetzung der Lokalen Aktionsgemeinschaften (LAGen) wird derzeit noch stark von Personen aus dem öffentlichen Bereich (Verwaltungen) sowie aus verschiedenen Verbänden (Landwirtschaft, Tourismus, Sozialpartner) dominiert. Künftig sollte die Zusammensetzung der LAGen noch stärker einen repräsentativen Querschnitt der Region präsentieren. Zu diesem Zweck sollten in Zukunft verstärkt auch Persönlichkeiten aus dem Bereich der regionalen Wirtschaft (Unternehmer, etc.) in die Entwicklungsprozesse im Rahmen von LEADER integriert werden, auch um finanzielle Ressourcen als Alternative zur zunehmend finanzschwachen öffentlichen Hand zu erschließen. Ebenso sollten weitere Einzelpersonen aus relevanten Bereichen zur Mitarbeit in den LAGen motiviert werden, zu diesen zählt u.a. auch der mit dem Tourismus eng verbundene Bereich der Kultur oder der Medien, letzteres um die erfolgreichen LEADER-Prozesse stärker in die Region hinein kommunizieren zu können.

### **5.1.4 Nutzung von Optimierungspotenzialen im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG**

Neben LEADER bietet insbesondere der INTERREG-Ansatz einen deutlichen Mehrwert im Rahmen der EU-Strukturpolitik. Insbesondere im südlichen Teilraum der Westpfalz (Südwestpfalz) entstehen infolge der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit innerhalb von INTERREG zahlreiche Impulse für die touristische Entwicklung, wie im Verlauf dieser Arbeit aufgezeigt wurde. Jedoch wurde durch Gespräche mit den relevanten Akteuren deutlich, dass die Chancen von INTERREG im Untersuchungsraum derzeit nicht ausreichend genutzt werden. Als mögliche Ursache hierfür werden dabei insbesondere die zunehmend komplizierten Verfahren angeführt, des Weiteren die langen Genehmigungszeiten bei der Kooperation mit den Nachbarregionen in Frankreich durch die dortigen zentralistischen Verwaltungsstrukturen. Konkrete Maßnahmen zur Behebung dieser Defizite wurden bereits aufgezeigt und im Folgenden sollen nun weitere Maßnahmenvorschläge erarbeitet werden, die geeignet erscheinen die Potenziale und Chancen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG in der Westpfalz künftig noch intensiver zu nutzen.

Dabei sollten zunächst Maßnahmen zur Sensibilisierung sowie Bewusstseinsbildung ergriffen werden, um sowohl den verschiedenen Akteuren, als auch der Bevölkerung die zahlreichen Chancen, welche mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verbunden sind, zu verdeutlichen. Wobei die noch vorhandenen „mentalen“ Barrieren auf diese Weise beseitigt werden können. Zu diesem Zweck bieten sich u.a. wiederum Informationsveranstaltungen, Workshops und Exkursionen an.

Weiterhin muss auch die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch zwischen den beiden INTERREG-Kooperationsräumen, an denen die Südwestpfalz beteiligt ist, intensiviert werden. Durch die Tatsache, dass dieser Teilraum in gleich zwei INTERREG-Programmgebieten („INTERREG IV Großregion“ sowie „INTERREG IV Oberrhein“) integriert ist, können deutliche Synergien zwischen beiden Programmen gefördert bzw. genutzt werden. Vor allem aus inhaltlich-thematischer Hinsicht bieten sich intensive Kooperationen an, denn beide INTERREG-Programme weisen ähnliche Schwerpunktsetzungen auf. Neben einem Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer können dabei auch gemeinsame konkrete Projekte, u.a. im Tourismus zwischen diesen beiden Programmgebieten entwickelt werden.

Eine spezifische Besonderheit in Bezug auf den Untersuchungsraum wurde in diesem Zusammenhang im Rahmen der durchgeführten Expertengesprächen deutlich: So wurde das Programm „PAMINA“ als relevant für die Entwicklung des Tourismus empfunden sowie insbesondere auch als wichtige Informationsplattform bewertet, während dagegen das Programm Großregion - Teilprogramm „Saarland-Moselle-Westpfalz“ keine besondere Erwähnung fand, obwohl an diesem Programm die gesamte Südwestpfalz beteiligt ist und nicht nur lediglich zwei Kommunen wie im Fall von „PAMINA“. Dies hängt vermutlich damit zusammen, dass der Kooperationsraum „Großregion“ insgesamt betrachtet im Vergleich etwa zu „PAMINA“ eher überdimensioniert wirkt. Daher sollte künftig darauf geachtet werden, dass Kooperationsräume zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG nicht zu großräumig und damit zu unübersichtlich abgegrenzt werden: So sind am Aktionsgebiet von INTERREG IV 2007 bis 2013 in der Großregion insgesamt vier Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg), zwei deutsche Bundesländer (Rheinland-Pfalz und Saarland) sowie verschiedene Regionen bzw. Verwaltungseinheiten beteiligt. Dadurch wird der Kreis der beteiligten Akteure eindeutig zu groß, notwendige Abstimmungsprozesse bzw. Prioritätensetzungen werden auf diese Weise zunehmend komplexer.

Schließlich erschwert ein flächenmäßig relativ großer Kooperationsraum mit dementsprechend weiten Entfernungen (von der Westpfalz bis nach Wallonien in Belgien) die Ausbildung einer gemeinsamen Identität und eines Zusammengehörigkeitsgefühls. Daher erscheint die Abgrenzung aus der vorangegangenen Programmplanungsperiode an dieser Stelle letztlich effizienter und zielgerichteter zu sein. Dabei wurden die beiden jetzigen großen Kooperationsräume „Großregion“ einerseits bzw. „Oberrhein“ andererseits in jeweils zwei kleinräumigere und übersichtliche Programmräume begrenzt, so u.a. in das Programmgebiet „Saarland-Moselle-Westpfalz“. Auf diese Weise wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit deutlich übersichtlicher und damit letztlich erleichtert. Denn das Programmgebiet „Saarland-Moselle-Westpfalz“ stellt sich deutlich homogener dar, als das jetzige Programmgebiet „Großregion“, das vom Untersuchungsraum bis zur Region Wallonien in Belgien reicht. Aufgrund der Tatsache, dass die am INTERREG-Programm „Saarland-Moselle-Westpfalz“ in der Förderperiode 2000 bis 2006 beteiligten Regionen bspw. allesamt von der spezifischen Problematik eines grundlegenden Strukturwandels bzw. einer Altindustrialisierung sowie teilweisen Monostrukturierung betroffen sind, wurde eine zielgerichtete grenzüberschreitenden Kooperation und Prioritätensetzung durch diese ähnlichen Probleme oder Herausforderungen deutlich erleichtert.

**Tab. 31: Übersicht über die Maßnahmen in Handlungsfeld II, 5**

Maßnahme	Dauer	Akteure
Deutliche Erhöhung der Finanzmittel für den LEADER und INTERREG-Ansatz	Kurz- bis mittelfristig	EU (Kommission) und Land Rheinland-Pfalz
<p>Fortschreibung und Weiterentwicklung der bestehenden LEADER-Konzepte über einzelne Förderperioden hinaus:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Verzicht auf Wettbewerbe zur Auswahl der LAGen zu Beginn der einzelnen Förderperioden</li> </ul>	Kurzfristig	Land Rheinland-Pfalz
<p>Optimierung der Zusammensetzung der Lokalen Aktionsgemeinschaften (LAGen):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Stärkere Beteiligung der regionalen Wirtschaft (Unternehmer), sowie der Kultur und der Medien</li> </ul>	Kurz- bis mittelfristig	Regionale und kommunale Ebene
<p>Nutzung von Optimierungspotenzialen im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG, u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Maßnahmen zur Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung – Beseitigung von „mentalen“ Barrieren</li> <li>▪ Intensivierung des Erfahrungsaustausches und der Kooperation zwischen INTERREG Großregion und INTERREG PAMINA</li> <li>▪ Abgrenzung der grenzüberschreitenden Kooperationsräumen optimieren – Orientierung an INTERREG III</li> </ul>	Kurz- bis mittelfristig	Regionale Ebene mit Unterstützung der EU (Kommission und Generaldirektion Regionalpolitik)

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

### **III. Ansätze zur inhaltlichen und institutionell-organisatorischen Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum**

Der abschließende Teil dieser konzeptionellen Ansätze zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen widmet sich nun den zukünftigen inhaltlichen Schwerpunkten, sowie der Frage, wie deren Umsetzung künftig im Untersuchungsraum organisiert werden könnte. Dabei ist zunächst zu berücksichtigen, dass die EU-Kommission bereits angekündigt hat, dass die EU-Strukturfondsförderung nach 2013 erneut umfassend reformiert werden soll und mit den Themen „Globalisierung, Klimawandel, Energie und Demografischer Wandel“ bereits die wesentlichen Herausforderungen für die EU-Struktur- bzw. Kohäsionspolitik benannt hat.<sup>615</sup>

Ebenso wurden bei der Vorstellung des 5. Kohäsionsberichts Ende 2010 durch Generaldirektor AHNER (Generaldirektion Regionalpolitik) erste Reformansätze für die Ausgestaltung der Struktur- und Kohäsionspolitik nach 2013 deutlich: Dabei wird v.a. „eine Verbesserung des europäischen Mehrwerts, eine Stärkung der „Governance“ sowie eine straffere Umsetzung und Verfahrensvereinfachung angestrebt. Auch in Zukunft soll die Strukturpolitik allen Regionen der EU offen stehen, jedoch soll es künftig drei statt bislang zwei Kategorien von Regionen geben. Neben Regionen mit starken Entwicklungsrückständen und besser entwickelten Regionen nunmehr auch sog. „Übergangsregionen“, deren Pro-Kopfeinkommen zwischen 75 und 85 – 90 % liegt. Schließlich ist vorgesehen, sog. „funktionale Räume“, wie etwa Metropolregionen, großräumige Stadt-Land-Geflechte oder naturräumlich zusammenhängende Gebiete (u.a. an Flüssen) verstärkt zu unterstützen, sowie neue Finanzinstrumente zu etablieren (z.B. Darlehen oder Zinszuschüsse). Diese Reformgedanken und Diskussionen um die Zukunft der Strukturpolitik sollen in sog. „Round-Table-Gesprächen“ mit den Regionen intensiviert werden. Die geplante intensivere Einbindung der Regionen ist dabei zu begrüßen, darf jedoch in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland nicht nur auf Vertreter der einzelnen Bundesländer beschränkt werden, sondern auch die eigentliche regionale Ebene ebenso wie die kommunale Ebene berücksichtigen.

Denn bei der Formulierung von künftigen Schwerpunkten und Herausforderungen innerhalb der EU-Strukturpolitik darf hierbei nicht nur der europäische bzw. globale Maßstab zur Orientierung herangezogen werden, sondern vielmehr den Regionen und ihren Akteuren auch genügend Freiraum gelassen werden, um eigene Prioritäten gemäß der jeweiligen regionsspezifischen Rahmenbedingungen bzw. Herausforderungen setzen zu können. Für den Untersuchungsraum wären hierbei vor allem die Bewältigung von Konversion und Strukturwandel zu erwähnen, sowie die Diversifizierung der regionalen Wirtschaft vor dem Hintergrund einer teilweise vorhandenen Altindustrialisierung bzw. Monostrukturierung.

---

<sup>615</sup> Vgl. Eveslage, Hans (2009): a.a.O.

## **1. Handlungsfeld: Künftige inhaltlich-thematische Schwerpunkte bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Westpfalz**

Die im Verlauf dieser Arbeit durchgeführten Analysen haben verdeutlicht, dass sich die inhaltliche Konzentration in den Förderprogrammen der vergangenen Programmplanungsperiode auf die Förderung des Tourismus eindeutig bewährt hat. Dies vor allem aus zwei Gründen: Zum einen stellt der Tourismus in weiten Teilen des ländlichen Raumes der Westpfalz eines bzw. oft sogar das einzige Entwicklungspotenzial dar, zum anderen haben Maßnahmen im Bereich des Tourismus einen deutlichen Mehrwert, so können touristische Einrichtungen ebenso auch von der einheimischen Bevölkerung zu Freizeit Zwecken genutzt werden und auf diese Weise u.a. der Bereich „Wohnen“ gestärkt werden. Des Weiteren wurde in den durchgeführten Expertengesprächen deutlich, dass zwar künftig die Förderung des Tourismus weiterhin ein wesentlicher Schwerpunkt in den EU-Förderprogrammen sein sollte, darüber hinaus jedoch noch weiterer Förderbedarf über die beiden klassischen Bereiche der ländlichen Entwicklung „Landwirtschaft“ und „Tourismus“ hinaus besteht.

### **1.1 Konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen**

#### **1.1.1 Stärkere Berücksichtigung von veränderten Rahmenbedingungen und neuen Entwicklungsperspektiven für ländliche strukturschwache Regionen in den Förderprogrammen der EU**

Beim künftigen Förderbedarf im Rahmen der EU-Strukturpolitik zur Unterstützung ländlicher strukturschwacher Gebiete werden zunächst auch weiterhin die klassischen strukturpolitischen Förderbereiche „Förderung der Infrastruktur“ und „Investitionsförderung“ als relevant erachtet. Ländliche strukturschwache Regionen haben hierbei nach wie vor noch einen gewissen Nachholbedarf gegenüber städtisch geprägten Wachstumsregionen. Dies vor allem bezüglich Ausbau bzw. Verbesserung von Straßeninfrastrukturen. Insbesondere werden dabei als wichtige Vorhaben in Bezug auf den Untersuchungsraum der Ausbau der Bundesstraße B 10 sowie die Verbesserung der Anbindung an Frankreich angesehen.

Die Förderung von regionalen Unternehmen im Rahmen der Wirtschafts- und Investitionsförderung wird innerhalb des Untersuchungsraums auch in Zukunft als notwendig erachtet. Solche Maßnahmen sind dabei aktuell und wohl auch künftig weiterhin in der EU-Strukturpolitik (v.a. im Rahmen des EFRE – z.B. Programm „Wachstum durch Innovation“ in Rheinland-Pfalz) förderfähig, jedoch werden diese Maßnahmen in Zukunft wohl schwerpunktmäßig v.a. in den sog. „Konvergenzregionen“ eingesetzt, während im neuen Ziel 2 die Mittel verstärkt für wachstumspolitische Zielsetzungen eingesetzt werden, die eher auf städtische Regionen und Ballungsräume hin orientiert sind (Förderung von Clustern, Wissenstransfer, Technologieförderung, etc.). Wobei diese für den Untersuchungsraum grundlegende Problematik im bisherigen Verlauf der Dissertation bereits ausführlich dargestellt wurde.

Neben diesen „klassischen“ Förderbereichen rücken darüber hinaus bei der Frage nach den künftigen Schwerpunkten in den EU-Förderprogrammen zunehmend veränderte Rahmenbedingungen und neue Herausforderungen in den Vordergrund. Dabei wird v.a. die Unterstützung und Begleitung der Westpfalz bei der Bewältigung von Herausforderungen wie insbesondere dem demografischen Wandel gefordert. Von dieser Thematik ist generell der gesamte Untersuchungsraum betroffen, besonders stark jedoch die im Rahmen dieser Arbeit im Vordergrund stehenden Teilräume „Pfälzer Bergland“ sowie „Südwestpfalz“ (bzw. „Pfälzerwald“).

Daher müssen vor diesem Hintergrund insbesondere Anpassungsstrategien zur Bewältigung des demografischen Wandels gefördert werden. Dazu zählen Maßnahmen zur Sicherung der Infrastruktur und Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen. Wobei hiervon auch speziell der Tourismusbereich betroffen ist, indem bspw. die Zielgruppe der sog. „aktiven Senioren“ und damit die Thematik „Barrierefreiheit“ zunehmend an Bedeutung gewinnen wird. Aus diesem Grund darf das Thema demografischer Wandel in EU-Förderprogrammen nicht nur einseitig aus Sicht möglicher Risiken und Probleme betrachtet werden, sondern vielmehr auch aufgrund hieraus entstehender potentieller neuer Entwicklungsperspektiven. Für die Region Westpfalz sind diese Entwicklungsperspektiven wie bereits angedeutet wurde, verstärkt im Bereich des Tourismus zu sehen.

Denn aufgrund der reizvollen, intakten Landschaft sowie vereinzelt bereits vorhandener Entwicklungsansätze im Bereich Wellness sowohl im Pfälzer Bergland als auch im Pfälzerwald ist der Untersuchungsraum für die Zielgruppe der aktiven, mobilen Senioren ein durchaus attraktiver Tourismusstandort. Dies wird bereits ansatzweise in der Region erkannt und dementsprechend weitere Entwicklungsbemühungen in dieser Hinsicht gestartet.

Solche Ansätze sollten künftig zusammen mit konkreten Anpassungsstrategien vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung noch stärker als bisher im Rahmen der EU-Förderprogramme im Vordergrund stehen und entsprechend unterstützt werden. Ansatzweise werden solche Herausforderungen bereits berücksichtigt, insbesondere im Rahmen von LEADER, dennoch ist in diesem Zusammenhang durchaus noch ein gewisser Optimierungsbedarf festzustellen. Vor allem in Bezug auf die Sicherung der Nahversorgung sowie in einer aktiven Dorfentwicklung sehen die regionalen Akteure dabei wesentliche Herausforderungen in Zusammenhang mit dem „Demografischen Wandel“. An dieser Stelle sollten nach dem Willen der Befragten insbesondere die Herstellung von lebendigen Ortskernen sowie attraktiven Ortsbildern im Rahmen einer aktiven Innentwicklung unterstützt werden, und dabei verstärkt v.a. Leerstände vermieden bzw. abgebaut werden. Solche Maßnahmen können bereits z.B. mit Hilfe des ELER und hier vor allem im Bereich des LEADER-Ansatzes gefördert werden. Die Finanzmittel für dieses Förderangebot müssen jedoch in Zukunft deutlich erhöht werden, gerade aufgrund der Relevanz für die Tourismusentwicklung und aufgrund eines zunehmenden Bedarfes. Wobei in diesem Zusammenhang wegen der besseren Kenntnis der spezifischen regionalen Ausgangssituation in erster Linie v.a. die nationale Ebene (Landesebene) gefordert ist, solche Maßnahmen zur Dorfentwicklung zu unterstützen, bzw. bereits vorhandene Instrumente weiter zielgerichtet im Hinblick auf sich wandelnde Rahmenbedingungen zu modifizieren. Die EU-Strukturpolitik sollte sich an dieser Stelle darauf beschränken, diese Maßnahmen zu finanzieren.

Schließlich ist die zentrale Herausforderung bezüglich einer inhaltlichen Weiterentwicklung der Strukturpolitik zur Förderung des ländlichen Raumes sowohl auf europäischer, als auch auf nationaler bzw. regionaler Ebene darin zu sehen, das Anliegen einer integrierten Förderpolitik für den ländlichen Raum noch konsequenter und zielstrebigter als bislang zu verfolgen. Bisher ist die Förderpolitik für ländliche Räume mit Ausnahme von LEADER insgesamt betrachtet noch eindeutig zu sehr sektoral ausgerichtet, wie u.a. am Beispiel des operationellen Programms „PAUL“ aufgezeigt wurde. Die Schaffung einer integrierten Förderpolitik für die Entwicklung ländlicher Regionen ist dabei ein ständiger Prozess der bei weitem noch nicht abgeschlossen ist und einer ständigen kritischen Überprüfung bedarf. Insgesamt betrachtet erscheint es wesentlich, dass bei der Unterstützung von ländlichen strukturschwachen Regionen sowohl in die Infrastruktur als auch in das Humankapital investiert wird.

Übergeordnetes, zentrales Ziel muss hierbei eine Diversifizierung der regionalen Wirtschaft sein, um dem Problem einer Monostrukturierung, welches v.a. in Teilen des Untersuchungsraumes (Südwestpfalz) nach wie vor festzustellen ist, entgegenzuwirken. Entsprechende Förderinstrumentarien stehen hierfür durchaus bereits ansatzweise zur Verfügung, müssen jedoch in Zukunft mit größerer Flexibilität ausgestattet werden, um sich an teilweise rasch ändernde sowie jeweils unterschiedliche Rahmenbedingungen in den einzelnen Regionen angepasst bzw. modifiziert werden zu können.

### **1.1.2 Bevorzugte Behandlung von Kooperationsprojekten**

Ein zentraler Schwerpunkt bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum sollte künftig darauf gelegt werden, eine verstärkte Kooperation zwischen der ländlichen strukturschwachen Westpfalz und der benachbarten wirtschaftsstarken Metropolregion Rhein-Neckar zu unterstützen. Dies gewinnt vor allem in Hinblick auf die zunehmende Wachstumsorientierung in der europäischen und v.a. in der nationalen Strukturpolitik an Bedeutung. Ebenso kann die wirtschaftsschwache Westpfalz auf diese Weise stärkere Impulse durch die Nähe zur wirtschaftsstarken Rhein-Neckar-Region generieren (sog. „spillover-Effekte“). In der Theorie werden bereits Möglichkeiten hierzu diskutiert, sowohl allgemein (Ansätze der „Wachstumsbündnisse“ sowie der „großräumigen Verantwortungsgemeinschaften“) als auch speziell auf den Untersuchungsraum bezogen, wobei es hierbei v.a. um die Frage geht, wie beide Regionen letztlich konkret in der Praxis miteinander kooperieren können (z.B. durch sog. „Wissensbrücken“).

In Zukunft sollte die EU-Strukturpolitik im Rahmen ihrer Förderprogramme einerseits die Bewusstseinsbildung und die Sensibilisierung für diese theoretischen Diskussionen schärfen, sowie andererseits v.a. die Entwicklung konkreter Projekte unterstützen. Daher sollten künftig innovative Projekte mit der Zielsetzung einer stärkeren Kooperation zwischen Westpfalz und Metropolregion Rhein-Neckar privilegiert behandelt werden, u.a. durch höhere Fördersätze oder vereinfachte, entflechtete und schnellere Genehmigungsverfahren. Solche Projekte müssen dabei zu win-win-Situationen für beide Raumtypen führen, sowie gleichermaßen Ausgleichs- als auch Wachstumsziel miteinander verbinden. Auf diese Weise könnten dann die teilweise destruktiven, einseitigen Diskussionen in der Fachwelt welcher Raumtyp durch die Strukturpolitik bevorzugt oder benachteiligt wird, vermieden werden. Sinnvolle, zielorientierte bzw. effiziente Projekte können dabei letztlich nur dann realisiert werden, wenn zunächst gemeinsame und tragfähige Kooperations- bzw. Organisationsstrukturen zwischen beiden Regionen entwickelt werden. Hierfür sind unterschiedliche Modelle denkbar, die entweder stärker oder weniger stark institutionalisiert sein können. Die Organisationsform müssen jedoch die betroffenen Akteure vor Ort selbst entscheiden, die EU-Strukturpolitik sollte hierbei lediglich die bereits genannten Anreize geben.

Darüber hinaus müssen auch verstärkt Kooperationsbemühungen innerhalb der Region Westpfalz gefördert werden. In diesem Zusammenhang besteht immer noch ein deutlicher Nachholbedarf, insbesondere im Bereich des Tourismus. Es darf jedoch in Förderprogrammen nicht verbindlich festgelegt werden wer mit wem kooperieren sollte, sondern es sollte vielmehr unterstrichen werden, dass künftig Kooperationsprojekte bevorzugt behandelt werden. Die Strukturpolitik sollte daher in Zukunft verstärkt Anreize liefern, um solche interkommunalen sowie interregionalen Kooperationsprojekte zu entwickeln und somit über den Stand theoretischer Diskussionen bzw. Absichtserklärungen hinaus zu kommen.

**Tab. 32: Übersicht über die Maßnahmen in Handlungsfeld III, 1**

Maßnahme	Dauer	Akteure
<p>Stärkere Berücksichtigung von veränderten Rahmenbedingungen und neuen Entwicklungs-perspektiven für ländliche strukturschwache Regionen, v.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Demografischer Wandel – keine einseitige Betrachtung von Problemen und Risiken sondern auch von Chancen und neuen Entwicklungsperspektiven</li> </ul>	<p>Mittel- bis langfristig (Förderzeitraum nach 2013)</p>	<p>EU (Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik, AdR) und regionale Ebene (Land und Region)</p>
<p>Weiterentwicklung der EU-Förderpolitik für den ländlichen Raum zu einem integrierten Ansatz:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Prozess hat bereits begonnen und muss weiter konsequent fortgeführt werden</li> <li>▪ Teilweise noch zu stark sektorale Einflüsse (Landwirtschaft und Umwelt)</li> </ul>	<p>Mittel- bis langfristig</p>	<p>EU (Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik, AdR) in enger Abstimmung mit regionaler und kommunaler Ebene</p>
<p>Bevorzugte Behandlung von Kooperationsprojekten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Zwischen ländlicher strukturschwacher Westpfalz und der Wachstums- und Metropolregion Rhein-Neckar</li> </ul> <p>Förderung der Bewusstseinsbildung und Förderung konkreter Projekte</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Innerhalb der Region Westpfalz (zwischen Stadt und Land, innerhalb des Tourismus)</li> </ul>	<p>Mittel- bis langfristig</p>	<p>Regionale und kommunale Ebene mit Unterstützung von EU (Generaldirektion Regionalpolitik) und Land</p>

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

## **2. Handlungsfeld: Künftige Organisationsstrukturen zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Westpfalz**

Wie bereits im bisherigen Verlauf dieser Arbeit angedeutet wurde, ist im Untersuchungsraum wie auch generell in Deutschland insgesamt die Umsetzung der EU-Strukturpolitik eng an bestehende Verwaltungsstrukturen und bestehende nationale Förderprogramme gebunden. Diese als „subsumierter Ansatz“ bezeichnete Organisationsform steht dabei im Gegensatz zu den sog. „differenzierten“ Ansätzen, die in anderen EU-Mitgliedstaaten angewendet werden (u.a. in den Niederlanden, in Großbritannien, in Schweden, Dänemark oder Finnland). Beide Organisationsformen bieten dabei zunächst sowohl spezifische Vorteile, als auch spezifische Nachteile. Bei den durchgeführten empirischen Erhebungen ergab sich aus Sicht der regionalen Akteure und Entscheidungsträger überwiegend kein Bedarf an neuen Organisationsformen zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik. Wobei diese Einschätzung zu erwarten ist, da die Befragten nahezu ausschließlich als Teil der bestehenden Verwaltungsstrukturen anzusehen sind und die derzeit vorhandenen Kompetenzen logischerweise in Zukunft weiterhin behalten wollen.

Dennoch sollten im Untersuchungsraum ebenso wie in Deutschland insgesamt neue Organisations- und Umsetzungsformen intensiv diskutiert werden. Erfahrungen aus Ländern, welche den differenzierten Ansatz gewählt haben, zeigen, dass hierdurch durchaus neue Impulse im Rahmen der Umsetzung der EU-Strukturpolitik möglich sind. Zwar wäre dies zunächst mit einem gewissen Aufwand und eventuell mit höheren Kosten verbunden, jedoch lässt sich dies durch die sich hieraus ergebenden neuen Chancen mehr als ausgleichen. Durch den sog. „differenzierten Ansatz“ werden dabei die EU-Strukturpolitik sowie ihre spezifischen Erfolge in der Region deutlich sichtbarer. Des Weiteren ist in diesem Zusammenhang eine größere Flexibilität und Kreativität zu erwarten, was gerade in relativ „unruhigen“ und „schwierigen“ Zeiten, geprägt von z.T. rasch wechselnden Trends und neuen Herausforderungen, von denen der Untersuchungsraum besonders stark betroffen sein wird, (demografischer Wandel, fortschreitender Strukturwandel, etc.) von Bedeutung ist. Mögliche zukünftige organisatorische Ansätze zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum werden dabei nun im folgenden Handlungsfeld diskutiert.

### **2.1 Konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen**

#### **2.1.1 Schaffung neuer Organisationsstrukturen zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik**

Zentrales Ziel diese Maßnahme ist es, eine institutionalisierte regionale Ebene zwischen der Landes- und der kommunalen Ebene als Voraussetzung für eine angestrebte stärkere Regionalisierung innerhalb der EU-Strukturpolitik zu schaffen. Diese neu zu schaffende regionale Ebene kann dann die besonderen Interessen sowie Belange der Region Westpfalz geschlossen und gebündelt vertreten, sozusagen als „Stimme der Region.“ In Bezug auf die Umsetzung der EU-Strukturpolitik dabei dies vor allem innerhalb des mehrstufigen Prozesses der Programmplanung. Hierbei sollte u.a. der spezifische Förderbedarf der Region eingebracht werden.

Auf diese Weise kann dann letztlich auch die Kooperation innerhalb der Region intensiviert werden, wenn eine institutionalisierte regionale Ebene als gemeinsame Informations- und Kommunikationsplattform fungiert.

Grundsätzlich sind aus organisatorischer Sicht an dieser Stelle drei wesentliche, unterschiedliche Alternativen denkbar: Einerseits die Schaffung neuer Organisationen und Institutionen wie z.B. die Schaffung einer Regionalagentur (u.a. in Irland und Großbritannien üblich zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik) oder eines regionsübergreifenden, übergeordneten professionellen Regionalmanagements in der Westpfalz. Dabei würden sich die zuständigen Ministerien auf Landesebene lediglich noch auf die Vorgaben eines gewissen Rahmens konzentrieren, während die eigentliche Umsetzung in der Region dann letztlich von den Regionalagenturen oder dem Regionalmanagement erfolgen würde. Bislang wurde in Zusammenhang mit der integrierten ländlichen Entwicklung („ILE“) bereits verschiedene Regionalmanagement-Ansätze initiiert, die jedoch lediglich jeweils nur bestimmte Teilräume der Westpfalz umfassten (z.B. „Nordpfälzer Bergland“, „Südwestpfalz“). Ein professionelles Regionalmanagement sollte jedoch die gesamte Westpfalz umfassen und könnte auf diese Weise in der Folge als übergeordneter Träger sowohl für die klassische Regionalplanung als auch für die Initiierung bzw. Umsetzung von neuen, informellen Instrumenten und Konzepten der Regionalentwicklung (Regionalmarketing, Regionales Entwicklungskonzept, Regionalkonferenzen) verantwortlich sein. Ebenso für die Koordination, Bündelung und Beratung von unterschiedlichen nationalen bzw. europäischen Förderinstrumenten, im Sinne eines Projekt-, Strategie- und Prozessmanagements.

Auf diese Weise könnten Synergieeffekte zwischen den unterschiedlichen Instrumenten und Förderprogrammen optimal genutzt werden. Dies insbesondere in Bezug auf einen intensiven Erfahrungsaustausch sowie Wissenstransfer zwischen den westpfälzischen LAGen im Rahmen von LEADER und darüber hinaus den Fördergebieten innerhalb der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE). Die für die Umsetzung eines Regionalmanagements verantwortlichen Akteure könnten zudem zusätzlich für eine intensive Begleitung und Beratung der einzelnen LAGen zuständig sein, und wenn möglich für deren Geschäftsführung verantwortlich. Ein professionelles Regionalmanagement könnte alternativ zudem an bestehende regionale Institutionen angelehnt werden. So zum Beispiel an die Planungsgemeinschaft Westpfalz. Wobei zu diesem Zweck eine Kompetenzerweiterung und eine deutliche Personalaufstockung notwendig wären.

Eine weitere Alternative wäre in diesem Zusammenhang in einer möglichen Einbeziehung bzw. Stärkung des sog. „Bezirksverbandes Pfalz“ zu sehen. Dieser ist als „höherer Kommunalverband mit einer langen Tradition“<sup>616</sup> bereits in gewissem Maße als ein bestehender Ansatz einer institutionalisierten regionalen Ebene anzusehen. Wobei er neben der Region Westpfalz auch die benachbarte Region Rheinpfalz umfasst. Gerade vor dem Hintergrund einer im Rahmen dieser Arbeit empfohlenen, sowie in der Praxis auch angestrebten engeren Kooperation zwischen Westpfalz und Metropolregion Rhein-Neckar (wozu große Teile der Region Rheinpfalz gehören) scheint diese Alternative einige interessante Entwicklungsperspektiven zu bieten. Wobei hier zunächst dem Bezirksverband zusätzliche Aufgaben und Kompetenzen übertragen werden müssten, etwa im Bereich von Regionalplanung bzw. Raumordnung. Ebenso müsste an dieser Stelle die personelle Ausstattung dementsprechend erhöht und an diese neuen Aufgabenstellungen bzw. Kompetenzerweiterungen angepasst werden.

---

<sup>616</sup> Anfänge liegen im sog. „Conseil Général“, der 1800 in Anpassung an die französischen Strukturen im damaligen Département Mont Tonnere – das große Teile der heutigen Pfalz umfasste – eingerichtet wurde. Als 1816 die Pfalz bayrisch wurde, blieb diese Einrichtung erhalten und wurde 1853 sogar in ganz Bayern eingeführt - Vgl. Bezirksverband Pfalz (1993) (Hrsg.): „Region Pfalz im neuen Europa“.

Durch eine mögliche Integration der bestehenden Planungsgemeinschaften in den Bezirksverband, der dann in „Regionalverband Pfalz“ umbenannt werden könnte, dürfte dies jedoch keine allzu große Hürde darstellen. Ebenso ist an dieser Stelle auch die TU Kaiserslautern mit dem Fachbereich Raum- und Umweltplanung zu erwähnen, wodurch in der Region schließlich ein entsprechendes qualifiziertes Humankapital bereitsteht. Überlegungen und Diskussionen über die künftige Ausrichtung, Organisation sowie Aufgabenstellung des Bezirksverbandes Pfalz gibt es schon seit einigen Jahren, gerade vor dem Hintergrund der Europäischen Integration: So wurde bereits Anfang der 90-er Jahre im Auftrag des Bezirksverbandes ein gutachtliches Forschungsprojekt in Auftrag gegeben, welches sich mit dem Thema „Region Pfalz im neuen Europa“ auseinandersetzte. Darin empfiehlt der Gutachter Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf (in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Carl Böhret) die Übertragung folgender Aufgaben auf die regionale Ebene (Bezirksverband Pfalz): Kultur, Bildung, Freizeit ebenso Wirtschaft, Verkehr, Umwelt sowie aufgrund für die Thematik dieser Arbeit von großer Relevanz: Raumordnung, Regionalplanung, Strukturpolitik sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die Gutachter sehen darin die Chance, dass „das Entwicklungspotenzial des Raumes nachhaltig aktiviert und koordiniert werden kann, ohne in die Kompetenzen der kommunalen Gebietskörperschaften dieses Raumes hindernd eingegriffen wird.“ Als mögliche organisationsstruktureller Rahmen werden hierzu zunächst vier verschiedene Modelle vorgestellt: Regionale Gebietskörperschaft, Regionalverband, höherer Kommunalverband sowie regionale Kooperations- und Koordinationsebene.

Letztlich wird dann empfohlen die Region Pfalz (in Form des heutigen Bezirksverbandes Pfalz) „zu einer dritten Ebene der kommunalen Selbstverwaltung auszubauen.“ Als wesentliche Aufgabe sollte sie dann dafür verantwortlich sein, das Entwicklungspotenzial in der Region zu aktivieren. Ebenso sollte sie Leistungen wie Information, Marketing, Planung, etc. für die Gebietskörperschaften der Region erbringen. Die Verwaltung einer Region Pfalz sollte daher „professionell qualifiziert, nicht personalintensiv“ sein und „weder die Landkreise noch die staatliche Mittelinstanz grundsätzlich in Frage stellen.“ Daher schlagen die Gutachter schließlich eine Verbindung und Umsetzung aus zwei der vorgeschlagenen Modellen vor: „Kommunalisierung und Aufgabenzuteilung an den höheren Kommunalverband und Ausbau der regionalen Kooperations- und Koordinationsmöglichkeiten.“

Die Bildung einer Region Pfalz unter Integration der beiden Regionen Westpfalz und Rheinpfalz würde die angestrebte Kooperation zwischen Westpfalz und der Metropolregion Rhein-Neckar erheblich vereinfachen. Da sich in der Folge zwei institutionalisierte Gesprächs- und Kooperationspartner gegenüberstehen würden: Die Region Pfalz und die Metropolregion Rhein-Neckar, wobei ein Teil der bisherigen Region Rheinpfalz in beiden Institutionen gleichzeitig vertreten wäre. Auch dies ist durchaus positiv zu sehen, denn Vertreter, die in beiden Institutionen vertreten sind, könnten bei Konflikten und Problemen als Vermittler auftreten, da sie beide Sichtweisen und spezifische Belange kennen würden. Dies verdeutlicht, dass neue Organisationsmodelle bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik eindeutig mehr Chancen als Risiken mit sich bringen würden. Kooperation und Vernetzung würden hierdurch erleichtert bzw. gefördert, weit über die eigentliche EU-Strukturpolitik hinaus, da die gerade für die Tourismusentwicklung hinderliche Trennung der Region Pfalz in Westpfalz und Rheinpfalz auf diese Weise überwunden würde, ebenso die Diskussionen darüber welche Region bzw. welcher Raumtyp künftig innerhalb der nationalen und europäischen Strukturpolitik stärker gefördert werden sollte.

Neue Organisationsformen haben daher einen deutlichen Mehrwert, der die zunächst hierdurch entstehenden höheren Kosten und einen gewissen verwaltungstechnischen Aufwand rechtfertigen würde. Welches der hier diskutierten Modelle letztlich umgesetzt werden sollte, soll an dieser Stelle bewusst offen gehalten werden. Denn dies müssen die verantwortlichen regionalen Akteure selbst entscheiden, da solche Modelle freiwillig aus der Region heraus und aus Überzeugung initiiert werden müssen, um schließlich effizient bzw. wirksam sein zu können. Ein Vorschreiben von übergeordneten Stellen oder seitens der Wissenschaft wäre in diesem Zusammenhang eher kontraproduktiv.

**Tab. 33: Übersicht über die Maßnahmen in Handlungsfeld III, 2**

Maßnahme	Dauer	Akteure
<p>Schaffung neuer Organisationsstrukturen zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik</p> <p>Alternativen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Schaffung neuer Organisationen und Institutionen</li> <li>▪ Stärkung vorhandener Institutionen (Bezirksverband, Planungsgemeinschaft)</li> <li>▪ Kombinationsformen</li> </ul>	<p>Mittel- bis langfristig</p>	<p>Regionale und kommunale Ebene in enger Abstimmung mit dem Land Rheinland-Pfalz</p>

Entwurf: Eigener Entwurf, 2010

#### IV. Fazit

Dieser konzeptionelle Teil der Dissertation verdeutlicht, dass durchaus bereits gewisse, jedoch größtenteils noch eher theoretische Ansätze zur Behebung von Defiziten, Problemen sowie zur Effizienzsteigerung vorhanden sind. Diese müssen jedoch unter Einbeziehung der nationalen, regionalen bzw. lokalen Ebene konsequenter als bislang weiterverfolgt und letztlich auch in der Praxis umgesetzt werden. Die im vorangegangenen Kapitel formulierten Handlungsansätze sollen dazu beitragen, die vorhandenen Ansätze zu ergänzen bzw. zu optimieren, um künftig somit die Effizienz der EU-Strukturpolitik zur Förderung von ländlichen strukturschwachen Regionen weiter zu erhöhen.

Innerhalb dieser zahlreichen Handlungsempfehlungen und Maßnahmenvorschlägen, die vor allem auf regionaler Ebene die Umsetzung der EU-Strukturpolitik effizienter gestalten sollen, werden nun in der Zusammenfassung einige Prioritäten herausgestellt, die geeignet erscheinen, auf Ebene der gesamten EU kurzfristig durchsetzbar zu sein, im Sinne eines grundlegenden, künftigen Politikansatzes innerhalb der EU-Strukturpolitik zur nächsten Förderperiode. Dabei sind grundsätzlich zwei alternative Ansätze denkbar: Einerseits die Modifizierung des bestehenden Systems und andererseits eine sog. „Renationalisierung“ der EU-Strukturpolitik. Beide Politikansätze unterscheiden sich dabei insbesondere hinsichtlich der Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen europäischer, nationaler und regionaler Ebene.

Durch die im Verlauf dieser Arbeit deutlich gewordenen positiven Impulse und Effekte infolge der derzeitigen Umsetzungssystematik der EU-Strukturpolitik in Form der Programmplanung, ist dabei eine grundsätzliche Beibehaltung dieses Politikansatzes anzustreben. Jedoch besteht innerhalb dieses Politikansatzes gewisser Handlungs- und Optimierungsbedarf um den Mehrwert der EU-Strukturpolitik für die Regionalentwicklung zu erhöhen. In diesem Zusammenhang werden drei zentrale Prioritäten sichtbar, deren Umsetzung auf Ebene der gesamten EU angestrebt werden sollte. Dazu zählt einerseits eine konsequente Regionalisierung der EU-Strukturpolitik, d.h. künftig sollte der sog. „ordnungspolitisch-integrative“ Ansatz Grundlage für die Ausgestaltung der EU-Strukturpolitik bilden. Dies bedeutet hinsichtlich der Kompetenzverteilung zwischen europäischer und nationaler Ebene, dass die EU zukünftig unter Berücksichtigung ihres Wettbewerbsrechts lediglich einen gewissen ordnungspolitischen Rahmen vorgibt und darüber hinaus ansonsten die Entscheidung über den Einsatz der Strukturmittel weitgehend der nationalen Ebene (und hier insbesondere den regionalen Akteuren) überlässt.

Damit wäre letztlich die Region als Träger der EU-Strukturpolitik anzusehen. Auf diese Weise könnte die Effizienz der Programmplanung weiter erhöht werden, da auf regionaler Ebene die detailliertesten Kenntnisse und Kompetenzen über die spezifischen Stärken, Schwächen und Entwicklungsperspektiven vorhanden sind. Dies erscheint notwendig, um Strukturmittel, die künftig aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs ohnehin nur begrenzt zur Verfügung stehen werden, effizient und zielgerichtet einzusetzen. Somit können schließlich vorhandene regionale Potenziale effektiv genutzt, und ebenso regionsspezifische Entwicklungshemmnisse beseitigt bzw. abgemildert werden.

Eine klare Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen Handlungs- und Gestaltungsebenen scheint vor diesem Hintergrund von enormer Relevanz. Dabei stellt die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips eine zweite wesentliche Priorität dar. Dieses sollte künftig auf Ebene der gesamten EU gemäß der sog. „Wirksamkeitstheorie“ interpretiert werden.

Mit der Konsequenz, dass die EU in Zukunft die Aufgaben wahrnehmen soll, für die sie am besten geeignet ist, dazu zählen bspw. der Ausbau und Lückenschluss der großräumigen Infrastruktur, in Form der Transeuropäischen Netze (TEN), für die Wettbewerbskontrolle im Rahmen der Investitionsförderung, für die Bereiche der Umwelt- sowie Agrarpolitik, und hier insbesondere für die erste Säule, die sog. „Marktentwicklung.“ Gleiches gilt für die nationale Ebene, wobei vor allem wiederum der regionalen Ebene entscheidende Kompetenzen übertragen werden müssen. Die regionale Ebene scheint in diesem Zusammenhang vor allem geeignet, Aufgaben in den Bereichen Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur, regionale Standortpolitik, Aufbau regionaler Cluster, Förderung des Humankapitals in Form von Qualifizierungsmaßnahmen zu übernehmen, sowie die Verantwortung für Fördermaßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes wahrzunehmen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund der Vielfalt ländlicher Räume mit jeweils spezifischen Potenzialen und Herausforderungen, die am ehesten auf regionaler Ebene identifiziert, genutzt und bewältigt werden können.

Eine klare Aufgabenverteilung ist des Weiteren insbesondere bei der zentralen Zielsetzung der EU-Strukturpolitik, dem Abbau von regionalen Disparitäten notwendig. Wobei diese Disparitäten sowohl auf europäischer Ebene, als auch innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten vorhanden sind. Daher scheint an dieser Stelle folgende Arbeitsteilung sinnvoll und effizient: Die EU sollte sich hierbei künftig auf den Abbau von großräumigen Disparitäten im europäischen Maßstab konzentrieren, während die nationale Ebene sich dementsprechend dem Abbau von kleinräumigen Disparitäten zwischen den einzelnen Regionen der jeweiligen Mitgliedstaaten widmen könnte. Um diese Aufgabenverteilung realisieren zu können ist dabei zunächst ein zumindest teilweiser Rückzug der EU aus der nationalen Strukturpolitik unabdingbar. Wobei die Rolle der EU im Rahmen der sog. „passiven“ EU-Strukturpolitik dann letztlich auf eine Kontroll- und Koordinierungsfunktion beschränkt bleiben würde. So dass die EU im Sinne eines ordnungspolitisch-integrativen Ansatzes in der Folge lediglich die Einhaltung des EU-Wettbewerbsrechts bei der Vergabe nationaler Strukturmittel kontrollieren würde. Zahlreiche derzeit von der EU wahrgenommene Kompetenzen im Rahmen ihrer passiven Strukturpolitik würden damit auf die nationale Ebene zurückübertragen bzw. wegfallen, wie etwa die Genehmigung von Fördergebietsplafonds, von zulässigen Fördergebietskategorien und Förderinstrumenten ebenso wie die Kontrolle der materiellen Ausgestaltung von Fördermaßnahmen.

Auf diese Weise könnte erreicht werden, dass neben einer transparenten Aufgabenverteilung, die europäische und die nationale Strukturpolitik sich sinnvoll ergänzen und effizienter miteinander verzahnt werden, um letztlich auch Synergien nutzen zu können. Darüber hinaus sollte neben der Stärkung von nationalen und regionalen Kompetenzen im Rahmen der passiven EU-Strukturpolitik, der derzeit bestehende konzeptionelle Ansatz der EU-Strukturpolitik, die Systematik der Programmplanung im Wesentlichen erhalten bleiben.

Wobei insbesondere den Regionen in der Folge die Aufgabe zukommt, europäische und nationale Strukturpolitik zu koordinieren und zu verzahnen. Eine konsequente Aufgabenverteilung ist ferner auch bei der konkreten inhaltlichen Ausgestaltung der verschiedenen Förderprogramme anzustreben. Hierbei sollten Förderprogramme der EU-Strukturpolitik europäische Bedürfnisse und Herausforderungen in den Vordergrund stellen, während nationale Förderprogramme sich hierzu ergänzend und konkretisierend auf die spezifischen Besonderheiten der Mitgliedstaaten und Regionen konzentrieren sollten. Derzeit ist diese Vorgehensweise kaum möglich, da die verantwortliche EU Kommission noch teilweise zu enge Vorgaben in den jeweiligen Förderprogrammen macht, dies v.a. in thematischer Hinsicht.

Schließlich werden aufgrund dieser Ausführungen hinsichtlich der Kompetenzverteilung zwei alternative Szenarien sichtbar, die nach Ansicht von SCHRUMPF / MÜLLER (1998) „mit jeweils unterschiedlichen Implikationen für die Interpretationen des Subsidiaritätsprinzips und damit auch für die Kompetenzverteilung innerhalb der Regionalpolitik verbunden sind.“<sup>617</sup> Ein erstes Szenario beschreibt dabei die EU wie bisher als enger Staatenbund, mit einer eindeutigen Abgrenzung der Aufgaben zwischen der nationalen und europäischen Ebene unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, interpretiert nach der Wirksamkeitstheorie. Hierbei sind in der Folge Kompetenzgewinne der nationalen und insbesondere der regionalen Ebene möglich. So wird in diesem Zusammenhang deutlich, dass bspw. Probleme auf NUTS 3-Ebene aus Effizienzgründen eher von den Mitgliedstaaten selbst gelöst werden können. Das alternative zweite Szenario sieht dagegen eine Weiterentwicklung der EU zu einer Föderation vor, die sich ähnlich den Vereinigten Staaten von Amerika aus einzelnen Bundesstaaten zusammensetzt. Bei diesem Szenario würde dann letztlich die nationalstaatliche Ebene wegfallen und somit wäre lediglich eine ergänzende Strukturpolitik auf der zentralen Ebene denkbar. Im Hinblick auf die beschriebenen Prioritäten bezüglich des Handlungsbedarfes innerhalb der EU-Strukturpolitik ist schließlich das erste Szenario zu bevorzugen und wohl auch bezüglich der Umsetzungsmöglichkeiten als deutlich realistischer einzuschätzen.

Eng verbunden mit der Regionalisierung der EU-Strukturpolitik ist zudem eine notwendige Reform der Fördermittelvergabe. Diese sollte wie bereits angedeutet, künftig in einem zweistufigen Verfahren ausgestaltet werden: So sollte die Kommission zunächst die Strukturmittelanteile für jedes einzelnen Mitgliedstaates festlegen, während dann die nationale Ebene schließlich die genaue Verteilung der von der EU zugesprochenen Strukturmittel auf die einzelnen Regionen bestimmt. Damit einhergehend sollten auch die Entscheidungskriterien bei der Fördermittelvergabe überdacht werden, dabei sollte vor allem eine verstärkte Berücksichtigung von sog. „weichen“ Kriterien (z.B. Intensität des Strukturwandels), neben der zunehmenden Berücksichtigung veränderter Rahmenbedingungen, wie etwa die demografische Entwicklung angestrebt werden. Dabei müssen an dieser Stelle letztlich national einheitliche, transparente und nachvollziehbare Entscheidungskriterien angewandt werden, welche auch die spezifischen Problemlagen und Besonderheiten von ländlichen strukturschwachen Regionen außerhalb der Konvergenzgebiete berücksichtigen (z.B. eine häufig niedrigere Arbeitslosigkeit sowie generell niedrigere Einkommen als bspw. in wirtschaftsstarken Ballungsräumen ).

---

<sup>617</sup> Vgl. Schrumpf, Heinz; Müller, Beate (1998): a.a.O., S. A V II 3, 35 ff.

## **D. GESAMTBETRACHTUNG UND AUSBLICK**

Die Dissertation endet nun mit einer abschließenden Gesamtbetrachtung. Dabei wird zunächst im Rückblick auf Problemstellung und Zielsetzung eine zusammenfassende sowie abschließende Bewertung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen durchgeführt. Darüber hinaus bilden die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Regionen, das Aufzeigen von künftigen Herausforderungen der EU-Strukturpolitik im Rahmen der Entwicklung von ländlichen strukturschwachen Regionen, sowie die Darstellung des weiteren Forschungsbedarfes die weiteren inhaltlichen Schwerpunkte dieser Gesamtbetrachtung.

### **I. Abschließende Bewertung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen**

Das zentrale Ziel dieser Arbeit war es, den Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen zu erfassen und zu bewerten. Wobei dies im Verlauf der Arbeit am Beispiel des Tourismus in der Region Westpfalz aufgezeigt wurde. Anhand der durchgeführten Analysen bzw. empirischen Erhebungen konnte dabei nachgewiesen werden, dass die EU-Strukturpolitik die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz auf vielfältige Weise direkt und indirekt beeinflusst.

Zunächst wurde hierbei ein enger thematischer Zusammenhang zwischen EU-Strukturpolitik und der Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz deutlich: Die EU initiiert im Rahmen ihrer strukturpolitischen Instrumente wie etwa EFRE, LEADER sowie INTERREG Förderprogramme, welche u.a. die Tourismusedwicklung unterstützen sollen. Wobei dieser Zusammenhang sowie hieraus entstehende Einflüsse bzw. Wirkungen größtenteils zunächst noch eher „potentieller“ bzw. „theoretischer“ Natur sind: Denn es handelt sich hierbei neben gewissen inhaltlich-thematischen sowie verfahrenstechnischen Vorgaben vor allem um ein Förderangebot der EU, welches in der Folge in einem zweiten Verfahrensschritt dann vor Ort bzw. in der Region entsprechend genutzt werden muss, indem Projekte initiiert werden, die geeignet erscheinen, diese in den jeweiligen Förderprogrammen formulierten Zielsetzungen umsetzen zu können.

Dabei muss seitens der EU besonders darauf geachtet werden, dass die Regionen, trotz aller notwendigen Vorgaben, noch einen ausreichenden Freiraum haben um Prioritäten zu setzen und auf diese Weise spezifische regionale Besonderheiten bzw. Bedürfnisse berücksichtigen zu können. Auf der anderen Seite sind die regionalen Akteure dafür verantwortlich, dass die EU-Strukturmittel letztlich sinnvoll, effizient und zielgerichtet eingesetzt werden. Für den Untersuchungsraum kann dabei mit Hilfe der durchgeführten empirischen Erhebungen attestiert werden, dass dies größtenteils durch die Entwicklung von touristischen Leitprojekten mit Leuchtturm- bzw. Alleinstellungscharakter gelungen ist, und daher die im Rahmen der Dokumentenanalyse erwarteten positiven Wirkungen auf den Bereich des Tourismus letztlich tatsächlich auch in der Praxis festzustellen sind.

Bei Abschluss dieser Analysen wurden schließlich zwei wesentliche Einflussfaktoren sichtbar: Zunächst der rein finanzielle Wert der EU-Strukturpolitik, in deren Rahmen Fördermittel im hohem Millionenbereich in die Region Westpfalz fließen, bspw. zur Finanzierung von Tourismusprojekten. So könnten große touristische Leitprojekte mit Leuchtturmcharakter ohne die Unterstützung der EU in einer strukturschwachen Region wie der Westpfalz nicht realisiert werden.

Damit leistet die EU-Strukturpolitik einen bedeutenden Beitrag zur touristischen Erschließung, sowie zum Ausbau des touristischen Angebotes im Untersuchungsraum. Darüber hinaus hat die EU-Strukturpolitik einen deutlichen Mehrwert, der weit über den rein finanziell messbaren Beitrag hinausreicht: So gehen infolge des innerhalb der EU-Strukturpolitik vorgeschriebenen Prozesses der Programmplanung zahlreiche Impulse für die Tourismusedwicklung aus.

Die Systematik der Programmplanung zwingt dabei die regionalen Akteure zu einer stärkeren Kooperation, Vernetzung, zu einem Erfahrungsaustausch sowie einer intensiven Auseinandersetzung mit den spezifischen regionalen Stärken bzw. Entwicklungspotenzialen einerseits und den regionalen Schwächen bzw. Entwicklungshemmnissen andererseits. Damit wird in Bezug auf den Tourismus letztlich v.a. eine regionale Profilbildung gefördert. Weiterhin wird durch diese Vorgehensweise gewährleistet, dass zum einen vorhandene Potentiale stärker in den Vordergrund gerückt werden: So wird bspw. das natürliche Potenzial der Westpfalz (v.a. in Gestalt des Biosphärenreservats und Naturparks Pfälzerwald) durch die von der EU finanzierten Projekte „Mountainbikepark“ oder „Baumwipfelpfad“ aufgewertet, und dementsprechend effizienter genutzt. Zum anderen werden in gleichem Maße noch vorhandene Defizite bzw. Entwicklungshemmnisse erkannt, wie etwa Disparitäten bezüglich des touristischen Angebotes zwischen nördlicher und südlicher Westpfalz, um diese dann anschließend mit finanzieller Unterstützung der EU zu verringern.

Auf diese Weise wird ein wesentlicher Beitrag zur Erfüllung von zentralen Zielen innerhalb des westpfälzischen Tourismus (bspw.: „Erkennen und nutzen vorhandener Potenziale“ sowie „Abbau vorhandener Defizite“) geleistet. Somit unterstützt die EU-Strukturpolitik letztlich in hohem Maße eine nachhaltige Tourismusedwicklung im Untersuchungsraum. Wobei diese Impulse in erster Linie von den „Bottom-up“ orientierten und integrierten Instrumenten „LEADER“ bzw. „INTERREG“ ausgehen. Ebenso steigt durch die notwendige enge Begleitung der Programme im Rahmen von Monitoring bzw. Evaluierung die Strategie- und Zielorientierung innerhalb der regionalen Tourismusedwicklung im Untersuchungsraum. Schließlich lässt sich der Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz kurz und prägnant anhand weniger Schlagworte skizzieren: So fungiert die EU-Strukturpolitik als zentrale „Finanzierungsquelle“, als wichtiger „Impulsgeber“ sowie als „Beschleuniger bzw. Motivator“ innerhalb der Tourismusedwicklung in der Region Westpfalz. Daher ist der Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung des Tourismus im Untersuchungsraum insgesamt betrachtet, insbesondere in konzeptioneller Hinsicht, als hoch zu bewerten.

In Bezug auf den festgestellten Mehrwert im Rahmen der Programmplanung unterscheidet sich die EU-Strukturpolitik deutlich von der nationalen Strukturpolitik, die stärker „Top-down“ ausgerichtet ist, und daher keine vergleichbaren (konzeptionellen) Impulse in den einzelnen Regionen initiiert. Der Beitrag der nationalen Strukturpolitik ist stattdessen vielmehr v.a. finanzieller Natur bzw. auf die Entwicklung der sog. „harten“ Standortfaktoren (Infrastruktur) angelegt und bietet darüber hinaus im Gegensatz zur EU-Strukturpolitik kaum Impulse im Sinne eines „Mehrwertes“ (Förderung von Vernetzung, Kooperation oder Erfahrungsaustausch, etc.). Erst in jüngerer Vergangenheit ist innerhalb der nationalen Strukturpolitik eine gewisse Ausweitung des Förderangebotes hin zu „weichen“ Aspekten der Regionalentwicklung zu erkennen (Förderung von Regionalmanagement, regionalen Entwicklungskonzepten oder Clustern). Weiterhin sollten im Verlauf dieser Dissertation Defizite und Problemfelder bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen aufgezeigt werden.

Hierbei wurde als zentrales Problemfeld die Finanzschwäche der öffentlichen Haushalte deutlich und die damit verbundenen Schwierigkeiten bei der Sicherung des nationalen Anteils an der Finanzierung von Projekten im Rahmen der EU-Strukturpolitik. Ebenso werden die zunehmende Komplexität der Verfahren, eine zunehmende Unübersichtlichkeit sowie die zahlreichen Änderungen und Neuerungen zu jeder Förderperiode als problematisch eingestuft. Im abschließenden konzeptionellen Teil der Arbeit wurden dann schließlich konkrete Handlungsempfehlungen zur Bewältigung dieser vorhandenen Probleme formuliert, ebenso wie zur Effizienzsteigerung oder zur inhaltlich, organisatorischen Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik im Untersuchungsraum.

Durch den im Rahmen der vorangegangenen Analysen aufgezeigten Mehrwert touristischer Maßnahmen ergibt sich schließlich ein Zusammenhang zwischen EU-Strukturpolitik und Regionalentwicklung weit über den Bereich des Tourismus hinaus: So ergeben sich durch Synergieeffekte der infolge von EU-Förderprogrammen realisierten Tourismusprojekte positive Auswirkungen und Impulse auf unterschiedliche Bereiche der regionalen Entwicklung. Zu diesen zählen bspw. Ausbau der ländlichen Infrastruktur, da Einrichtungen wie Radwege auch von der örtlichen Bevölkerung genutzt werden, sowie ferner die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, insbesondere im tertiären Sektor, die in der Folge v.a. für Frauen und Jugendliche neue Zukunftsperspektiven bieten. Schließlich ist durch die Förderung der Tourismusentwicklung im Rahmen der EU-Strukturpolitik eine Steigerung des regionalen Einkommens zu erwarten, etwa durch steigende Gäste- und Übernachtungszahlen und die damit einhergehende Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dies kann zu weiteren Synergieeffekten innerhalb der Regionalentwicklung führen. Darüber hinaus werden neben diesen eher quantitativen Aspekten, auch sog. qualitative Aspekte der regionalen Entwicklung infolge von Strukturfondsinterventionen beeinflusst. Als solche Aspekte bzw. Faktoren sind in erster Linie eine Stärkung der Identität sowie die Verbesserung des Images der Region oder Förderung deren Innovationsfähigkeit anzusehen.

Damit unterstützt die EU-Strukturpolitik über die Tourismusförderung auch den regionalen Strukturwandel und die damit verbundene Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft. Die im Verlauf dieser Arbeit näher untersuchten touristischen Leitprojekte führen zudem zu einer Inwertsetzung der spezifischen natürlichen und kulturellen Potenziale der Region und fördern auf diese Weise letztlich Identifikation, Bewusstsein und Sensibilität der regionalen Bevölkerung für diese Besonderheiten.

Schließlich sind in diesem Zusammenhang Impulse durch eine verstärkte Kooperation und Vernetzung zu beobachten, über den Bereich des Tourismus hinaus. Denn die beschriebenen Projekte sind in der Regel interkommunal ausgerichtet und Initiativen wie LEADER oder INTERREG orientierten sich bewusst nicht an administrativen Grenzen, sondern vielmehr an naturräumlichen und sozio-kulturellen Verflechtungen. Somit wird letztlich deutlich, dass die EU-Strukturpolitik und die spezifische Systematik ihrer Umsetzung (Programmplanung) mit zahlreichen positiven Impulsen für die regionale Entwicklung verbunden ist, dabei können sowohl die „harten“ als auch die „weichen“ Standortfaktoren einer Region gestärkt werden. Mit der Förderung einer touristischen Entwicklung im Rahmen der europäischen Strukturpolitik findet auf diese Weise eine nachhaltige Wirtschaftsförderung statt, indem einerseits endogene Entwicklungspotenziale in Wert gesetzt werden und andererseits Entwicklungshemmnisse beseitigt bzw. abgemildert werden.

Daher wird deutlich, dass der Einfluss der EU-Strukturpolitik auf andere Bereiche der ländlichen Entwicklung von ähnlicher Intensität ist wie innerhalb des Tourismus. Zu erwähnen sind hierbei v.a. die Bereiche „Landwirtschaft“, „Umwelt“ oder „Wirtschaftsförderung“. Letztes insbesondere in Bezug auf Kontrollmöglichkeiten der EU bei der nationalen Struktur- und Regionalpolitik im Rahmen der sog. „Beihilfenkontrolle“ („passive“ Strukturpolitik der EU). Aus diesen Gründen wird deutlich, dass die EU generell große Einflussmöglichkeiten auf die Entwicklung ländlicher Regionen besitzt.

Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass, wie bereits in den einführenden Analysen aufgezeigt wurde, es nach wie vor einen engen Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes gibt: So wird „Ländliche Entwicklung“ auch heute noch vor allem als ein Bestandteil der Sektors „Landwirtschaft“ angesehen. Die Kompetenz für den Bereich Landwirtschaft bzw. Agrarpolitik liegt dabei letztlich bei der EU Kommission im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Daher hat die EU aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes auch einen wesentlichen Einfluss auf die nationale Agrar- und Förderpolitik für den ländlichen Raum.

Daraus wird letztendlich ersichtlich, dass die EU mehr Kompetenzen für bzw. einen höheren Einfluss auf die Entwicklung ländlicher Regionen hat als bspw. auf die Entwicklung städtischer Regionen. Dieser Eindruck wird zusätzlich noch dadurch verstärkt, dass der ländliche Raum auf europäischer Ebene stärker im Blickpunkt steht als bspw. auf nationaler Ebene. Aufgrund dieser Tatsache und aufgrund vorhandener Kompetenzen der EU im Bereich „Agrarpolitik“ gibt die EU daher letztlich die Förderschwerpunkte in der nationalen Strukturpolitik bezüglich der Förderung des ländlichen Raumes vor (z.B. innerhalb der GAK). Darüber hinaus gibt es mit Ausnahme des Modellwettbewerbs „REGIONEN AKTIV“ auf Bundesebene sowie der „Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE)“ auf Landesebene kaum eigene Förderanstrengungen der nationalen Ebene. Wobei die Ausgestaltung und Zielsetzung (integrierter, Bottom-up-orientierter Ansatz, Nutzung endogener Potentiale, etc.) dieser beiden nationalen Förderinstrumente jeweils stark vom LEADER-Ansatz und damit von der EU-Strukturpolitik beeinflusst wurde. Daher stellt der OECD-Prüfbericht zur Politik für ländliche Räume in Deutschland fest, dass sich die nationale Förderpolitik „insgesamt gesehen stark an Vorgaben der EU im Bereich der ländlichen Entwicklung hält.“ Als konkretes Beispiel hierfür wird u.a. die Gestaltung der GAK (Gemeinschaftsaufgabe Agrarstrukturen und Küstenschutz) als nationales Förderinstrument zur Finanzierung der EU-Strukturpolitik im ländlichen Raum angeführt.

Für die Zukunft ist zu erwarten, dass dieser Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung von ländlichen strukturschwachen Regionen weiter zunehmen wird. Aufgrund der fortschreitenden politischen Integration ist damit zu rechnen, dass die EU trotz aller Diskussionen um eine stärkere Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips weitere Kompetenzen hinzugewinnen wird, wie bspw. im Bereich der immer wichtiger werdenden Energiepolitik, der Umweltpolitik oder infolge von Weltwirtschafts- bzw. Finanzkrise im Bereich der Finanzpolitik. Ebenso strebte die EU darüber hinaus in dem gerade für ländliche strukturschwache Regionen eminent wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge stärker einzugreifen und im Rahmen des Wettbewerbsrechts einheitliche europäische Regelungen und Standards vorzugeben, was jedoch am Widerstand insbesondere der Regionen sowie Kommunen scheiterte (vgl. hierzu die entsprechenden Ausführungen zum Lissabon-Vertrag in Kapitel C, II). Ungeachtet dessen wird die EU auch in Zukunft einen, wenn nicht gar den wesentlichen Einflussfaktor auf die Entwicklung von ländlichen strukturschwachen Regionen darstellen.

Der Umgang und die genaue Kenntnis der EU, ihrer Funktionen, Kompetenzen sowie ihren Institutionen und Instrumenten, die sog. „Europakompetenz“ bzw. „Europafähigkeit“, wird daher für Regionen und Kommunen zu einer immer wichtigeren Zukunftsaufgabe und zunehmend auch zu einem bedeutenden Standortfaktor. Die „Europafähigkeit“ muss dabei nach Ansicht von GRIMME als ständiger Prozess begriffen werden mit den wesentlichen Säulen „Politikbeobachtung“, „Förderberatung“ und „Projektbegleitung“.<sup>618</sup>

## II. Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Regionen

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Ergebnisse dieser Dissertation bezüglich des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen auch auf andere Regionen übertragbar sind. Dies gilt insbesondere für ähnlich strukturierte Regionen, in Bezug auf die raumstrukturelle Ausgangssituation (ländlich geprägte Regionen mit Strukturschwächen infolge von Strukturwandel oder einer eher peripheren Lage bzw. Grenzlage, ähnliche geografische und landschaftliche Ausgangssituation), sowie bezüglich vorhandener Potenziale und Entwicklungsperspektiven (Tourismus). Aufgrund dieser Ausgangssituation sowie des engen thematischen Zusammenhanges sind hierbei zunächst Regionen in Rheinland-Pfalz zu erwähnen. Denn für ähnlich strukturierte Regionen wie Eifel oder Hunsrück gilt der im Rahmen der Programmanalyse festgestellte enge Zusammenhang zwischen EU-Strukturpolitik und Entwicklung des Tourismus gleichermaßen wie für den Untersuchungsraum durch die gemeinsame Zugehörigkeit zum Bundesland Rheinland-Pfalz und die damit verbundene Zuständigkeit der Förderprogramme auf Landesebene auch für diese Regionen. Wobei dieser enge thematische Zusammenhang v.a. infolge einer deutlichen Schwerpunktsetzung auf die Förderung des Tourismus innerhalb der operationellen Programme der Landes Rheinland-Pfalz zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Förderperiode 2000 bis 2006 (z.B. Ziel-2-Programm, LEADER+-Programm) entsteht.

Teile der Regionen Eifel und Hunsrück sind weiterhin ebenso wie Teile der Westpfalz LEADER-Fördergebiet, darüber hinaus teilweise INTERREG-Fördergebiet sowie Übergangsgebiet im Rahmen von Ziel-2. Daher sind die Erkenntnisse aus den Analysen zum Großteil auf diese Regionen übertragbar. Auch in diesen Regionen sind daher wesentliche Impulse für die Tourismusentwicklung infolge der EU-Strukturpolitik zu erwarten. Außerhalb von Rheinland-Pfalz sind darüber hinaus ähnlich strukturierte Regionen (hinsichtlich der raumstrukturellen Ausgangssituation bzw. hinsichtlich struktureller Problemlagen) wie die Westpfalz zu erkennen, z.B. Teile des Saarlandes oder die Regionen Nordhessen, Oberfranken sowie Teile Norddeutschlands welche ebenfalls in vielfacher Weise von der EU-Strukturpolitik profitieren. Wobei die zugrundeliegenden Förderprogramme aufgrund gewisser Vorgaben der EU ähnlich aufgebaut sind, jedoch aufgrund landes- bzw. regional spezifischer Besonderheiten leicht abweichende Schwerpunkte aufweisen können. Dennoch sind an dieser Stelle aufgrund gemeinsamer Grundlagen (Vorgaben aus den Kohäsionsleitlinien der EU sowie aus dem Nationalen Strategischen Rahmenplan (NSRP) für den Einsatz der EU-Strukturfonds in der Bundesrepublik Deutschland) durchaus Möglichkeiten der Übertragung gegeben, wenngleich in geringerem Umfang als etwa in Bezug auf vergleichbare Regionen in Rheinland-Pfalz.

Insgesamt betrachtet, erscheint jedoch ein Großteil der im Rahmen dieser Arbeit getroffenen Aussagen bezüglich des Einflusses der EU-Strukturpolitik über einzelne Regionen hinaus allgemein gültig, trotz einiger regional-spezifischer Besonderheiten.

---

<sup>618</sup> Vgl. Grimme, Wolfgang (2009): a.a.O.

Dazu zählen in Bezug auf den Untersuchungsraum bspw. die vorhandenen Disparitäten im Bereich des Tourismus in Form eines Angebotsgefälles zwischen nördlichen und südlichen Teilraum. Dagegen sind die erfassten Problemfelder bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik, wie insbesondere die Finanzschwäche der öffentlichen Haushalte und die damit verbundenen Schwierigkeiten bei der Sicherung des nationalen Finanzierungsanteils, direkt auch auf andere ländliche strukturschwache Regionen übertragbar. Schließlich lassen sich ebenso die abschließend formulierten Ansätze zur konzeptionellen Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik in großen Teilen auf andere ländlichen strukturschwachen übertragen.

Wobei einige dieser Handlungsempfehlungen direkt an die EU Kommission bzw. die Generaldirektion Regionalpolitik adressiert sind und damit bei einer möglichen Umsetzung generell allen ländlichen strukturschwachen Regionen zugutekommen würden.

### **III. Künftige Herausforderungen der EU-Strukturpolitik in ländlichen strukturschwachen Regionen**

Die vorliegende Arbeit hat als weiteres wichtiges Anliegen neben dem Erfassen des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen zusätzlich auch die Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik im Fokus. Dieser Ausblick beginnt bereits im Analyseteil durch die Miteinbeziehung der aktuell laufenden Förderperiode 2007 bis 2013 neben der vergangenen Förderperiode 2000 bis 2006 als dem eigentlichen Schwerpunkt der Untersuchung. Denn insbesondere für ländliche strukturschwache Regionen wie den Untersuchungsraum ergeben sich infolge der zahlreichen Neuerungen bzw. Veränderungen zu Beginn der aktuellen Programmplanungsperiode zusätzliche Herausforderungen.

Zu diesen zählt zunächst insbesondere ein verschärfter und zunehmender Wettbewerb um die Vergabe von Fördermitteln. Dies vor allem aus zwei Gründen: Zum einen durch die stärker wachstumspolitische Ausrichtung der EU-Strukturpolitik infolge der Strategie von Lissabon, sowie zum anderen durch die EU-Osterweiterung und dem damit verbundenen deutlichen Anstieg der potentiell förderbegünstigten Regionen. Daraus ergeben sich neue Herausforderungen, sowohl für die EU, als auch für die regionale Ebene. Die EU-Kommission muss künftig Wege finden um einen Ausgleich bzw. eine ausreichende Balance zwischen Ausgleichs- und Wachstumsziel herstellen zu können. Dies sowohl innerhalb der EU-Strukturpolitik generell, als auch speziell in Hinblick auf die Förderung von ländlichen strukturschwachen Regionen.

Eine effiziente Förderpolitik für den ländlichen Raum sollte demnach künftig spezifische ländliche Wachstumspotenziale außerhalb der „klassischen“ Bereiche Landwirtschaft und Tourismus zunächst identifizieren und anschließend zielgerichtet nutzen. Dazu bietet die Systematik der Programmplanung eine sinnvolle Grundlage, welche jedoch entsprechend genutzt werden muss. In diesem Zusammenhang wird es vor allem wichtig sein zu gewährleisten, dass Regionen wie die Westpfalz, die zwar im europäischen Maßstab nicht zu den absolut förderbedürftigsten Regionen zählen, aber dennoch um Herausforderungen wie etwa den Strukturwandel oder den demografischen Wandel bewältigen zu können auf Strukturmittel angewiesen sind, auch weiterhin innerhalb der EU-Strukturpolitik in adäquater Weise unterstützt werden können. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr, dass sich solche Regionen benachteiligt und übergangen fühlen, was dann letztlich dem der EU zugrundeliegenden Gedanken des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes (sog. „Kohäsionsziel“) entgegenwirken kann.

Auf der anderen Seite muss sich der Untersuchungsraum auf einen verschärften Konkurrenzkampf um EU-Fördergelder einstellen. Wobei letztlich damit gerechnet werden muss, dass selbst wenn es der Region gelingt, sich in diesem Wettbewerb zu positionieren und zu behaupten, künftig dennoch deutlich weniger EU-Strukturmittel im Vergleich zu vorangegangenen Förderperioden zu Verfügung stehen werden. Die Zahl der potentiellen Förderbegünstigten innerhalb der EU ist in den letzten Jahren durch verschiedene Erweiterungsrunden stark angestiegen und wird in Zukunft wohl weiter ansteigen, da weitere Beitrittsverhandlungen laufen.

Es sei an dieser Stelle nur an die Diskussionen um einen möglichen Beitritt der Türkei in die EU verwiesen, ein sowohl flächenmäßig als auch in Bezug auf die Bevölkerungszahl riesiges Land gemessen etwa an den neuen Mitgliedstaaten in Mittel-, Ost- bzw. Südosteuropa mit einem darüber hinaus teilweise sehr großen Entwicklungsrückstand, insbesondere in den ländlichen Gebieten. Ein Beitritt dieses Landes wäre ungeachtet aller sich hierdurch bietenden Chancen eine enorme Herausforderung für die EU-Strukturpolitik in finanzieller und organisatorischer Hinsicht, noch ungleich größer als die bisherigen Erweiterungen.

Ungeachtet eines möglichen Beitritts der Türkei gerät die EU-Strukturpolitik bereits durch die Osterweiterung nahezu an gewisse Grenzen, da es sich bei den neuen Mitgliedstaaten ausnahmslos um eher wirtschaftsschwächere Länder mit einem entsprechenden großen Nachholbedarf handelt. Dies neben den Bereichen Infrastruktur, Umwelt und Landwirtschaft speziell bei der Entwicklung des ländlichen Raumes, so dass für Regionen wie die Westpfalz, die im Vergleich zu diesen Regionen trotz aller strukturellen Schwächen einen relativ hohen Entwicklungsstand haben und damit als deutlich weniger förderbedürftig gelten, weniger Fördergelder zur Verfügung stehen werden.

Für diese These spricht gleichermaßen zudem auch die nahezu parallel verlaufende stärkere wachstumspolitische Ausrichtung der EU-Strukturpolitik mit einer zunehmenden Konzentration auf sog. „Wachstumskerne“ (v.a. „Metropolregionen“). Daher ist der Untersuchungsraum in Zukunft gefordert, mit Unterstützung von Bund und Land (die wiederum gefordert sind verstärkt eigene innovative und integrierte Initiativen speziell zur Förderung von ländlichen Regionen, insbesondere zur Bewältigung von Umstellungsprozessen, zu entwickeln bzw. bestehende entsprechend zu modifizieren, wie dies bereits in Bezug auf städtische Gebiete geschehen ist, etwa durch die Programme „Stadtumbau Ost und West“ oder „Soziale Stadt“) stärkere Impulse aus der Region heraus zu initiieren, um deren Entwicklung voranzutreiben, und sich in einem verschärften Standortwettbewerb um Unternehmen, Einwohner und Touristen zu positionieren. Erste Ansätze in diese Richtung wurden bereits u.a. mit der sog. „Westpfalzstrategie“ geschaffen, ein weiterer Ansatz in diesem Zusammenhang ist darüber hinaus in einer stärkeren Kooperation bzw. Vernetzung mit der benachbarten „Metropolregion Rhein-Neckar“ zu sehen. Diskussionen und Ansätze sind daher vor diesem Hintergrund bereits vorhanden, müssen jedoch weiter ausdifferenziert und schließlich auch konsequent in der Praxis umgesetzt werden.

Speziell bezüglich der Förderpolitik zur Entwicklung des ländlichen Raumes ist als wesentliche Herausforderung der Zukunft die konsequente Weiterentwicklung hin zu einem stärker integrierten Ansatz zu sehen. Bislang ist die Förderung des ländlichen Raumes, welche nunmehr als deren zweite Säule (neben der Marktentwicklung) in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) integriert wurde, bis auf wenige Ausnahmen wie etwa dem LEADER-Ansatz nach wie vor eher sektoral ausgerichtet in Bezug auf die Förderung von Land- und Forstwirtschaft bzw. von Umwelt und Natur.

In diesem Zusammenhang muss vor allem auch die finanzielle Ausstattung von LEADER deutlich erhöht werden, um die Motivation der regionalen Akteure sich in diese regionalen Entwicklungsprozesse einzubringen zu steigern, um somit letztlich den aufgezeigten Mehrwert dieses Instrumentes auch für die Zukunft sichern zu können. Die Stärkung von Kompetenzen und Mitspracherechten der regionalen Ebene durch eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips stellt eine weitere zentrale Zukunftsaufgabe der EU-Strukturpolitik dar, insbesondere in ländlichen strukturschwachen Regionen mit ihren vielfältigen strukturellen Problemfeldern.

Hierbei muss in der gesamten EU-Strukturpolitik die Entscheidung über den Einsatz der Fördergelder auf die regionale Ebene verlagert werden, wie dies bereits im Rahmen von LEADER praktiziert wird. Denn die Akteure vor Ort können letztlich am besten einschätzen, in welchen Bereichen besonderer Förderbedarf besteht. Ferner können die regionalen Akteure am ehesten gewährleisten, dass die Fördermittel effizient und zielgerichtet eingesetzt werden, in den Bereichen, in denen besondere Potenziale liegen oder bestimmte Defizite bzw. Entwicklungshemmnisse abgebaut werden müssen. Zu diesem Zweck sollte in Deutschland die Umsetzung der EU-Strukturpolitik stärker von bestehenden Verwaltungsstrukturen auf Landes- und lokaler Ebene und vorhandenen Förderprogrammen gelöst werden. Gleichzeitig sollten auf regionaler Ebene entsprechende Institutionen geschaffen werden, die geeignet sind, die EU-Strukturpolitik direkt in den Regionen umzusetzen. Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt ist, lässt sich schließlich eine stärkere Regionalisierung innerhalb der EU-Strukturpolitik realisieren.

Trotz dieser insgesamt notwendigen stärkeren Regionalisierung muss die EU-Kommission auch in Zukunft einen gewissen, für alle Mitgliedstaaten verbindlichen Rahmen vorgeben bei der Ausgestaltung der Strukturpolitik, um zu verhindern, dass ein destruktiver Subventionswettbewerb zwischen einzelnen Regionen stattfindet, und um zu gewährleisten, dass die Strukturmittel effizient und zielgerichtet eingesetzt werden bzw. die positiven Impulse durch den Methodik der Programmplanung auch weiterhin erhalten bleiben. Dieser Balanceakt zwischen der Vorgabe eines verbindlichen Rahmens einerseits und der Schaffung eines größtmöglichen Handlungsspielraumes für die regionale Ebene andererseits, stellt eine weitere zentrale Herausforderung der Strukturpolitik dar.

Schließlich ist eine zunehmende Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte, die gerade ländliche strukturschwache Regionen in verschärftem Maße betrifft, als weitere Herausforderung der Zukunft für die EU-Strukturpolitik anzusehen. Diese Finanzknappheit führt zu Problemen bei der Sicherung des nationalen Anteils an der Finanzierung. Hierdurch besteht dann letztlich konkret die Gefahr, dass eigentlich zur Verfügung stehende Fördermittel nicht vollständig abgerufen und somit genutzt werden.

Aufgrund dieser zunehmend ungünstigen Rahmenbedingungen müssen an dieser Stelle künftig alternative Möglichkeiten zur Sicherung des nationalen Anteils im Rahmen der sog. „Kofinanzierung“ geprüft werden. Ansätze hierzu wurden bereits im Konzeptteil dieser Arbeit entwickelt. Darüber hinaus führt diese akute Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte zudem zu einem zunehmenden Rechtfertigungs- bzw. Legitimierungszwang beim Einsatz von öffentlichen Finanzmitteln in Form von Strukturmitteln. Dabei steigt die Notwendigkeit, Strukturmittel effizient und zielgerichtet gemäß dem spezifischen regionalen Bedarf einzusetzen, sowie den daraus entstehenden Nutzen für die Region entsprechend nach innen bzw. außen offensiv zu kommunizieren. In diesem Zusammenhang gewinnen schließlich Evaluierung und Monitoring weiter an Bedeutung, was insbesondere die für die Verwaltung der Strukturfondsmittel verantwortlichen Stellen vor weitere Herausforderungen stellen wird (höherer Verwaltungs- und Koordinierungsaufwand sowie erhöhte Anforderungen an die Methodenkompetenz der Verwaltungsbehörden, etc.).

#### **IV. Weiterer Forschungsbedarf**

Der Beitrag dieser Dissertation zur Forschung wurde bereits im einleitenden Kapitel dargelegt. Dabei besteht das wissenschaftliche Anliegen dieser Dissertation vor allem darin, einen Beitrag zur Überwindung des Kausalitätsproblems bei der Überprüfung von Auswirkungen der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung von Regionen zu leisten. Dieses sog. Kausalitätsproblem besteht in erster Linie darin, dass Ursache und Wirkung von Maßnahmen in der Regionalentwicklung nur schwer zuzuordnen, bzw. von anderen Einflüssen auf die regionale Entwicklung zu isolieren sind. Denn wie im Verlauf dieser Arbeit bereits erwähnt wurde, gibt es in der Regionalentwicklung im Gegensatz zu den Fachplanungen, in denen Evaluierungen zunächst angewandt wurden, keine linearen Ursache-Wirkungszusammenhänge. Stattdessen sind die Einflüsse auf den Raum vielfältig und komplex. Dies führt dann in der Folge zu methodischen Schwierigkeiten innerhalb der Evaluierungsprozesse, wie zu Beginn des Analyseteils festgestellt wurde.

Die vorliegende Dissertation sollte daher verdeutlichen, dass die EU-Strukturpolitik in Form der verschiedenen Förderprogramme und die in deren Folge initiierten regionalen Entwicklungsstrategien (LEADER) und Projekte als Ursache für zahlreiche Impulse innerhalb der Tourismusentwicklung der Westpfalz anzusehen ist. Dies wurde dabei anhand eigener Analysen (Dokumenten- bzw. Programmanalyse, Analyse der Wirkungen von mit EU Strukturmitteln realisierten touristischen Leitprojekten) sowie empirischer Erhebungen (leitfadengestützte Expertengespräche) nachgewiesen. Zentrale Erkenntnis ist hierbei, dass die EU-Strukturpolitik die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen auf vielfältige Weise entweder direkt oder indirekt beeinflusst. Sie ist daher als Ursache für zahlreiche positive Wirkungen im Bereich der Tourismusentwicklung zu erkennen und nachzuweisen. Ferner sollen im Rahmen dieser Dissertation durch das Aufzeigen von Problemfeldern und Defiziten bei der Umsetzung sowie der Formulierung von konzeptionellen Ansätzen zur Weiterentwicklung weitere Beiträge zur wissenschaftlichen Diskussionen geliefert werden.

Schließlich soll diese Arbeit auch einen Beitrag zu einer Versachlichung und zu einer differenzierteren Sichtweise innerhalb der Diskussionen um die Zukunft der Strukturpolitik leisten. Auf diese Weise soll letztlich eine Sensibilisierung unterstützt werden. Sowohl innerhalb der EU für die Belange von Regionen wie der Westpfalz, die im europäischen Maßstab im Vergleich zu anderen Regionen auf den ersten Blick weniger förderbedürftig erscheinen, aber dennoch auf Fördergelder angewiesen sind um die Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können. Ebenso darüber hinaus innerhalb der Westpfalz, dass der wichtige Beitrag der EU sowohl in finanzieller Hinsicht als auch hinsichtlich des Mehrwertes infolge der Systematik der Programmplanung in der Region deutlicher bewusst wird. Trotz dieser angestrebten Beiträge der Dissertation zur Forschung und wissenschaftlichen Diskussion lässt sich dennoch weiterer Forschungsbedarf ableiten, dies insbesondere in methodischer Hinsicht, aber auch in konzeptioneller Hinsicht.

So bestehen ungeachtet der methodischen Fortschritte bei der Erfassung von Wirkungen der EU-Strukturpolitik in den letzten Jahren in diesem Bereich nach wie vor einige Forschungslücken. Diese Forschungslücken wurden dabei bereits ansatzweise im einführenden methodischen Grundlagenteil (vgl. hierzu Kap. A, Punkt III, 2.) deutlich. So wurde hierbei aufgezeigt, dass sowohl qualitativ orientierte, als auch stärker quantitativ orientierte Ansätze sich nach wie vor mit methodischen Restriktionen, Problemfeldern und Herausforderungen auseinandersetzen müssen. Dabei weisen qualitative methodische Ansätze wie etwa die im Rahmen dieser Arbeit angewandte Evaluation Schwächen auf u.a. in Hinblick auf Validität und Objektivität, sowie insbesondere in Bezug auf die Wirkungsanalytik (Kausalitätsproblem) und das sog. Indikatorenproblem.

Diese Schwächen können Quantitativ orientierte Verfahren teilweise überwinden, jedoch werden hier andere Problemfelder deutlich. Zu diesen zählen dabei ein durch relativ komplexe Verfahren zu hoher forschungsökonomischer Aufwand. Wobei diese Verfahren insbesondere für nicht Fachleute und damit für zahlreiche regionale Akteure nur schwer nachzuvollziehen sind. Somit weisen quantitative methodische Ansätze wie bspw. Kosten-Nutzen-Analysen, Nutzwertanalysen oder Wirkungsanalysen Forschungsbedarf vor allem in Bezug auf Möglichkeiten zur Vereinfachung der Verfahrensweisen auf. Es müssen an dieser Stelle transparente und nachvollziehbare Vorgehensweisen zur Gewinnung der notwendigen Datengrundlagen entwickelt werden.

Dies vor allem hinsichtlich der sog. Aggregation bzw. Aggregationsregeln, wo viele einzelne Indikatoren zu einer oder wenigen Aussagen verdichtet werden. Dabei müssen innerhalb der Forschung Verfahren entwickelt werden, die den zwangsläufigen Informationsverlust bei der Aggregation möglichst gering halten und insgesamt die Komplexität reduzieren. So sollte der Informationsverlust zumindest rekonstruierbar bleiben und die Aggregationsregeln nachvollziehbar die Gewichtung der Indikatoren zueinander sowie die Verknüpfungsregeln darstellen. Im Grundlagenteil wurde bereits die in diesem Zusammenhang wichtige und von Seiten der Wissenschaft noch unbeantwortete Fragestellung nach der Ausführlichkeit bzw. Intensität der Aggregation sichtbar, „inwieweit soll aggregiert werden“.<sup>619</sup>

- So alles zu einem Wert (Nutzwert oder Nutzen-Kosten-Analysen) zusammengefasst werden ?
- Soll bis auf die Ebene der Nachhaltigkeitssäulen Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft aggregiert werden ?
- Soll im Umweltbereich bis auf die Ebene der Schutzgüter aggregiert werden ?
- Oder soll noch weniger aggregiert werden, indem z.B. Wasser getrennt nach Oberflächen- und Grundwasser bewertet wird ?

Hier kann wohl keine allgemein gültige Empfehlung gegeben werden, denn „es hängt vom Einzelfall ab, wie weit zu aggregieren ist.“ Jedoch sollten seitens der Wissenschaft gewisse nachvollziehbare, entscheidungserhebliche Kriterien zur Durchführung einer Aggregation vorgegeben werden.<sup>620</sup>

Ebenso weisen auch stärker qualitativ, verbal-argumentativ orientierte methodische Verfahren, wie die hier angewandte Evaluation noch Forschungs- und Optimierungsbedarf auf. Diese Ansätze sind zwar im Gegensatz zu quantitativen Vorgehensweisen mit forschungsökonomisch geringerem Aufwand verbunden, sowie insgesamt transparenter und nachvollziehbarer insbesondere für Nicht-Fachleute. Dagegen weisen sie deutliche Schwächen und somit Handlungsbedarf in Bezug auf Validität, Objektivität sowie aufgrund von Kausalitäts- und Indikatorenproblem auf.

---

<sup>619</sup> Vgl. Scholles, Frank (2005): a.a.O., S. 101.

<sup>620</sup> Vgl. Ebenda.

Daher müssen in der Folge diese Problemstellungen zumindest ansatzweise von der Wissenschaft beantwortet werden. Hinsichtlich mangelnder Objektivität verbal-argumentativer Bewertungsverfahren müssen hierbei stärker formalisierte Verfahren entwickelt werden um mangelnder Objektivität oder gar Willkür entgegenzuwirken. Aufgrund ihrer meist fallbezogenen, individuell konzipierten Vorgehensweise ist eine vollständige Formalisierung nicht möglich, dennoch kann hier etwa durch Checklisten, Kriterienkataloge, Matrizen, Relevanzbäumen und Rangordnungen ein gewisser Grad an Formalisierung erreicht werden, um in der Anwendungspraxis eine stärkere Objektivität und letztlich auch Validität realisieren zu können. Hierbei muss die Wissenschaft künftig Impulse und Anforderungen bspw. an Kriterienkataloge im Rahmen von verbal-argumentativen Verfahrensweisen liefern.

Die zentralen methodischen Restriktionen und Herausforderungen innerhalb der Evaluation stellen jedoch nach wie vor das sog. „Kausalitätsproblem“ und das sog. „Indikatorenproblem“ dar. Zwar leistet diese Dissertation einen gewissen Beitrag zur Behebung des Kausalitätsproblems, jedoch muss hierbei berücksichtigt werden, dass der Einfluss der EU-Strukturpolitik auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen im Rahmen dieser Arbeit am Beispiel des Tourismusbereiches aufgezeigt wurde.

Dies konnte an dieser Stelle vor allem in qualitativ verbal-argumentativer Form anhand der Methodik der Evaluation erfolgen, wobei die hierfür notwendigen Daten vor allem mit Hilfe von Dokumentenanalysen sowie eigenen empirischen Erhebungen gewonnen wurden. Auf diese Weise konnte bewiesen werden, dass die EU-Strukturpolitik als Ursache für zahlreiche positive Impulse und Einflüsse innerhalb der Tourismusentwicklung im Untersuchungsraum anzusehen ist. Dennoch ist an dieser Stelle eine eindeutige, absolute Zuordnung von Ursache und Wirkung im Sinne einer Wirkungsanalyse nicht möglich. Daher bleibt aus Sicht der Wissenschaft „ein Kausalitätsnachweis oft strittig“, denn da Wirkungen Folgewirkungen haben, „können Primäreffekte durch Sekundäreffekte verstärkt, stabilisiert oder verringert werden.“<sup>621</sup>

So ist es in der Praxis letztlich unmöglich alle Wirkungen zu untersuchen, so dass schließlich Gefahr besteht, dass neben Relevanzüberlegungen, auch Interessen die Auswahl steuern können, z.B. „wenn eine Regierung den Erfolg, die Opposition den Misserfolg einer Politik beweisen will.“<sup>622</sup> Womit wieder eine Verknüpfung zur häufig mangelnden Objektivität verbal-argumentativer Bewertungsverfahren und zu an dieser Stelle notwendigem Handlungsbedarf sichtbar wird, etwa in Form einer stärkeren Formalisierung und Prioritätensetzung.

Darüber hinaus wird hinsichtlich von Problemfeldern im Bereich der Kausalitäts- und Wirkungsanalytik weiterer Handlungsbedarf sichtbar. Dies insbesondere bei der Erfassung und Bewertung des Einflusses der EU-Strukturpolitik auf andere Bereiche der regionalen Entwicklung, insbesondere den Bereich der Wirtschaft, muss dies aus methodischer Hinsicht in stärker quantifizierter Form erfolgen, wenn bspw. untersucht werden soll, inwieweit die Interventionen im Rahmen der EU-Strukturpolitik die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes (BIP), des regionalen Einkommens oder der Arbeitslosenquote beeinflussen.

---

<sup>621</sup> Vgl. Mäding, Heinrich (1995): a.a.O., S. 227.

<sup>622</sup> Vgl. Ebenda.

Hierbei scheinen aus methodischer Sicht für die Fachwelt vor allem folgende Fragestellungen von besonderem Interesse:

- Wie kann die mögliche zeitliche Verzögerung zwischen der Implementation von politischen Maßnahmen und ihrer Wirkungen ermittelt werden ?
- Wie kann die genaue Ursache (Programm oder Projekt) für den Erfolg einer strukturpolitischen Maßnahme ermittelt werden ?
- Wie können die genauen Gründe für den Misserfolg (Defizite in den Programmen, falsche Projektauswahl, Fehler in der Umsetzung oder exogene Faktoren – z.B. Konjunkturelle Entwicklung) von strukturpolitischen Maßnahmen ermittelt werden ?
- Wie können die permanenten Wirkungen im Sinn eines „sustainable development“ gemessen bzw. erfasst werden ?
- Wie sollen die Effekte der wirtschaftspolitischen Maßnahmen von den Einflüssen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung separiert werden ?
- Wie kann bei der Zielerreichungskontrolle der Erfolg oder Misserfolg eher unkonkreter raumplanerischen Ziele genauer bewertet werden ?

Schließlich müssten nach Ansicht von Experten methodische Ansätze entwickelt werden, wie die Wirkungen der einzelnen EU-Strukturfonds auf eine Region erfasst werden können: So führt „die Einbettung der Strukturfonds in Entwicklungsprogramme sowie die notwendige Kofinanzierung der Strukturfonds“ laut ESER dazu, dass „eine auf die Strukturfonds beschränkte Evaluation praktisch nicht durchführbar ist.“ Aus diesem Grund ist es letztlich nach Ansicht von ESER notwendig, „die Strukturpolitik in einer Region als Ganzes zu evaluieren“ und „daraus die Effekte der Strukturfonds zu extrahieren.“ Wobei jedoch an dieser Stelle die Erwartungen letztlich womöglich etwas relativiert werden müssen. Zweifellos weisen die methodischen Ansätze noch deutliche Optimierungspotenziale auf, was von Seiten der Wissenschaft in gewissem Maße durchaus leistbar erscheint.

Dennoch wird sich das Kausalitätsproblem vermutlich nie vollständig beseitigen bzw. überwinden lassen, in dem Sinne, als das exakt, wie etwa im Bereich der Naturwissenschaften, anhand einer mathematischen Formel oder eines Experimentes nachgewiesen werden kann, dass die EU-Strukturpolitik als alleinige Ursache mit hundertprozentiger und absoluter Wahrscheinlichkeit für einen bestimmten Erfolg innerhalb der regionalen Entwicklung verantwortlich ist. Im Bereich der Regionalökonomie gibt es zwar solche Versuche, aber letztlich müssen diese Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge innerhalb der Regionalentwicklung vor allem empirisch überprüft bzw. nachgewiesen werden, wie es auch im Rahmen dieser Arbeit versucht wurde.

Darüber hinaus wird in diesem Zusammenhang auch aus inhaltlich-konzeptioneller Sicht weiterer Forschungsbedarf sichtbar, so wurde zu Beginn der Dissertation aufgezeigt, dass die EU nicht nur über die Instrumente einer aktiven Strukturpolitik (Strukturfonds, Gemeinschaftsinitiativen) verfügt, sondern im Rahmen der ihr zustehenden Kompetenzen im EU-Wettbewerbsrecht auch die Vergabe von Beihilfen innerhalb der nationalen Struktur- und Regionalpolitik kontrollieren (sog. „passive Strukturpolitik“) kann. Diese Einflussmöglichkeiten über die aktive Strukturpolitik der EU hinaus müssten noch intensiver als bislang erforscht werden. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit kann lediglich der Einfluss der aktiven EU-Strukturpolitik analysiert und bewertet werden, da ansonsten der inhaltliche Rahmen deutlich gesprengt würde.

Bezüglich der Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen wurden innerhalb dieser Dissertation bereits konzeptionelle Ansätze in Form von Handlungsfeldern sowie konkreten Maßnahmenvorschlägen formuliert. Einige dieser Handlungsfelder weisen jedoch noch weiteren Forschungsbedarf auf. Dies insbesondere in Bezug auf die Weiterentwicklung der EU-Förderpolitik zur Entwicklung des ländlichen Raumes in Sinne einer integrierten Entwicklung. Hierbei müssen vor allem Erfolgsfaktoren aufgezeigt werden die eine gelungene integrierte Entwicklung charakterisieren können und die letztlich auf unterschiedlich strukturierte ländliche Räume übertragbar sind.

Des Weiteren ist es unumgänglich, dass sich die Forschung stärker dem Einfluss bzw. der Wirkungen der einzelnen nationalen und europäischen raumbedeutsamen Fachpolitiken auf die Entwicklung von ländlichen strukturschwachen Regionen widmet. Hierbei müssen insbesondere mögliche Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Fachpolitiken untereinander sowie mit der Strukturpolitik verstärkt untersucht werden. Ebenso sollte in diesem Zusammenhang erforscht werden, wie die einzelnen raumbedeutsamen Fachpolitiken der EU effizienter untereinander bzw. mit der Strukturpolitik koordiniert werden können, dies wird zwar häufig in der Fachwelt gefordert, es werden aber bislang kaum konkrete Wege aufgezeigt, wie dies schließlich in der Praxis zu realisieren ist. Wissenschaftliche Untersuchungen bezüglich der Wirkungen der raumbedeutsamen Fachpolitiken sind bislang lediglich in Ansätzen vorhanden, so u.a. in Bezug auf die Erfassung der Wirkungen der Transeuropäischen Netze (TEN) durch die sog. SASI-Methode oder in Bezug auf die 1. Säule (Marktentwicklung) der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).

Weiterer Forschungsbedarf gerade im Hinblick auf die Entwicklung ländlicher strukturschwacher Regionen, besteht in diesem Zusammenhang insbesondere hinsichtlich des Einflusses der neugeschaffenen 2. Säule der Agrarpolitik zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes sowie bezüglich möglicher Wechselwirkungen und Synergien zwischen beiden Säulen der GAP.

Aufgrund der Ähnlichkeit von LEADER und dem nationalen Förderinstrument ILE (Integrierte ländliche Entwicklung) bezüglich Ziele und methodischem Ansatz besteht Forschungsbedarf an vergleichenden Untersuchungen hinsichtlich der Effizienz dieser beiden Instrumente. Gerade vor dem Hintergrund, dass bspw. im Untersuchungsraum einige Teilräume in der vorangegangenen Förderperiode ILE-Fördergebiet waren und nun aktuell LEADER-Fördergebiet sind, bieten sich solche Vergleiche an. Daher ergeben sich optimale Vergleichsmöglichkeiten hinsichtlich der Effizienz und Wirkungen dieser Instrumente auf die Entwicklung von ländlichen strukturschwachen Regionen wie z.B. die Westpfalz.

Schließlich sollte an dieser Stelle noch erwähnt werden, dass diese genannten Forschungsbereiche sicherlich nicht abschließend sind, sondern v.a. die Einschätzung des Autors widerspiegeln.

## **ANHANG:**

- Verzeichnis der Quellen
- Gesprächsleitfaden  
Expertengespräche

# VERZEICHNIS DER QUELLEN

## I. Literaturverzeichnis

**ABP Abresch, Bergfeld & Partner** Competence Center Projektmanagement Gießen (Hrsg.): Halbzeitbewertung des rheinland-pfälzischen LEADER+-Programms, Bewertungsbericht Oktober 2003, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > LEADER+.

**Ache**, Peter (2004): Auf dem Weg zu „territorialer Kohäsion“ – Die europäischen Strukturprogramme und Raumentwicklung, in: Raumplanung, Nr. 116 / 2004., S. 182-186.

**Agrarsoziale Gesellschaft e.V.** (2003): Politik für die ländlichen Räume von besonderer Bedeutung, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, 54. Jahrgang, Nr. 5 / 2003, Göttingen, S. 37.

**Agrarsoziale Gesellschaft e.V.** (Hrsg.) (2004): Reform der GAK beschlossen – Neuausrichtung der ländlichen Entwicklung in Deutschland, in: Ländlicher Raum, 55. Jahrgang, Nr. 1 / 2004, Göttingen, S. 43.

**Agrarsoziale Gesellschaft e.V.** (Hrsg.) (2008a): Ländliche Räume – von der Nische in den Fokus, in: Ländlicher Raum, 59. Jahrgang, 01 / 2008, Göttingen, S. 21-22.

**Agrarsoziale Gesellschaft e.V.** (Hrsg.) (2008b): Quo vadis Landleben 2020 ?, Perspektiven ländlichen Lebens in einer sich demografisch veränderten Gesellschaft, in: Ländlicher Raum, 59. Jahrgang, 01 / 2008, Göttingen, S. 18-19.

**Agrarsoziale Gesellschaft e.V.** (Hrsg.) (2008c): Vielfältige Möglichkeiten der Ländlichen Entwicklung in Deutschland 2007 bis 2013, in: Ländlicher Raum, 59. Jahrgang, 01 / 2008, Göttingen, S. 20-21.

**Ahlke**, Brigitte; Görmar, Wilfried; Hartz, Andrea (2007): Territoriale Agenda der Europäischen Union und transnationale Zusammenarbeit, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7 / 8 2007, Bonn, S. 449-464.

**Ahlke**, Brigitte; Görmar, Wilfried; Kurnol, Jens; Schäfer, Nicole (2007): Transnationale Zusammenarbeit zur Raumentwicklung – Herausbildung, Stand und Perspektiven bis 2013, in ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 4 / 2007, Hannover, S. 337-340.

**Akademie für Raumforschung und Landesplanung** (Hrsg.) (2001): Deutsch-Österreichisches Handbuch der Planungsbegriffe, Hannover.

**Akademie für Raumforschung und Landesplanung** (Hrsg.) (1997): Räumliche Disparitäten und Bevölkerungswanderungen in Europa. Regionale Antworten auf Herausforderungen der europäischen Raumentwicklung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Band 202, Hannover.

**Akademie für Raumforschung und Landesplanung** (Hrsg.) (1999): Grundriss der Landes- und Regionalplanung, Hannover.

**Akademie für Raumforschung und Landesplanung** (Hrsg.) (2000): Europäische Themen mit raumordnerischem Bezug, Arbeitsmaterial, Band 260, Hannover.

**Akademie für Raumforschung und Landesplanung** (Hrsg.) (2003): Regionale Strukturpolitik der EU nach 2006, Positionspapier aus der ARL, Nr. 53, Hannover.

**Akademie für Raumforschung und Landesplanung** (Hrsg.) (2004a): Perspektiven der Entwicklung ländlicher Räume in Deutschland – Konzepte und Empfehlungen für Landes-, Regional- und Kommunalpolitik, Hannover.

**Akademie für Raumforschung und Landesplanung** (Hrsg.) (2004b): Was leistet die EU-Strukturförderung für die Regionalentwicklung ? Bestandsaufnahme und Reformoptionen anhand ausgewählter Beispiele aus Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland, Positionspapier aus der ARL, Nr. 59, Hannover.

**Akademie für Raumforschung und Landesplanung** (Hrsg.) (2006): Wie hell strahlen „Leuchttürme“ ? Anmerkungen zur Clusterpolitik in ländlichen Räumen, Positionspapier aus der ARL, Nr. 66, Hannover.

**Akademie für Raumforschung und Landesplanung** (Hrsg.) (2011): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung, Hannover.

**Alecke**, Björn; Untiedt, Gerhard (2006): Möglichkeiten und Grenzen der Förderung von Clustern – einige kritische Überlegungen am Beispiel der Investitionsförderung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9 / 2006, Bonn, S. 515-524.

**Aring**, Jürgen (2006): Der Entstehungsprozess der neuen Leitbilder der Raumentwicklung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11 / 12 2006, Bonn, S. 613-620.

**Aring**, Jürgen; Sinz, Manfred (2006): Neue Leitbilder der Raumentwicklung – Ein Impuls zur Modernisierung der Raumordnung, in ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 6 / 2006, Hannover, S. 451-453.

**Arnold**, Heinz (1995): Disparitäten in Europa. Die Regionalpolitik der Europäischen Union. Analyse, Kritik, Alternativen, Basel.

**Ast**, S. (1999): Zusammenwirken von nationaler und europäischer Regionalpolitik in den neuen Bundesländern. Eine kritische Bilanz, in: international journal of urban and regional research, Jahrgang 23, Heft 2 / 1999.

**Atteslander**, Peter (2003): Methoden der empirischen Sozialforschung, 10. neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Berlin.

**Auel**, Karin (2003): Regionalisiertes Europa – Demokratisches Europa ? Eine Untersuchung am Beispiel der europäischen Strukturpolitik, Regieren in Europa, Band 5, Baden-Baden.

**Augustin**, Theo; Henning, Christiane (2004): Integrierte ländliche Entwicklung – Perspektiven für ländliche Räume, in: Bildung und Beratung Nr. 3 / 2004.

**Augustin**, Theo (2006): Bundespolitische Handlungsmöglichkeiten – Politik für Ländliche Räume, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11 / 12 2006, Bonn, S. 659-664.

**Axt**, Heinz-Jürgen (1999): Agenda 2000 – Eine gute Grundlage für die Reform der EU-Strukturpolitik ?, Duisburg.

**Axt**, Heinz-Jürgen (2000): Solidarität und Wettbewerb – die Reform der EU-Strukturpolitik. Strategien für Europa, Gütersloh.

**Bachtler**, John; McMaster, Irene (2007): Sustainable Growth, Competitiveness and Employment: Will EU Cohesion Policy Deliver on the Lisbon Strategy ?, in: ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 4 / 2007, Hannover, S. 259-261.

**Bachtler**, John; Wren, Colin (2006) (Hrsg.): The Evaluation of European Union Cohesion Policy, in: Regional Studies 40, Nr. 2 / 2006, Luxemburg.

**Bachtler**, John; Yuill, Douglas (2003): EU-Regionalpolitik – Neue Entwicklungen in der Europäischen Regionalpolitik, in: Eberstein, Hans Hermann (Hrsg.): Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung, 3. Auflage, 1. Band, Köln, S. A VII 2 1-62.

**Backhaus**, Till (2007): Land hat Zukunft – Strategische Ansätze der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zur Entwicklung der ländlichen Räume bis 2013 und darüber hinaus, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 106-107.

**Bade**, F.-J. (1998): Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der regionalen Strukturpolitik, in: Raumforschung und Raumordnung, Jahrgang 56, Heft 1.

**Bahrenberg**, Gerhard (2005): Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch für Raumordnung, 4., neu bearbeitete Auflage, Hannover.

**Battis**, Ulrich (2000): Zur Umsetzung des EUREK in die deutsche Raumordnung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3 / 4 2000, Bonn, S. 103-108.

**Bauer**, Klaus (2006): Zur Evaluierung von Vernetzung und Kooperation in der räumlichen Planung – ein methodologischer Beitrag zur Bewertung weicher Instrumente, Augsburg.

**Bauer**, Werner; Freudenthaler, Walter (2008): Netzwerke als pragmatisches Instrument der Regionalpolitik, in: Interessengemeinschaft ländlicher Raum (Hrsg.): Club Niederösterreich Nr. 1 / 2008, Wien, S. 12-21.

**Baumgartner**, Christian (2009): Wirtschaftliche Chancen durch nachhaltigen Tourismus, in: Ökosozielles Forum Österreich (Hrsg.) Agrarische Rundschau Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 4 /2009, Wien, S. 14-16.

**Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen** (Hrsg.) (2003): Handbuch erfolgreiches Regionalmanagement, München.

**Beck**, Rainer; Maier, Jörg; Obermeier, Frank (1999): Regionalmanagement in ländlichen Räumen in der Bundesrepublik Deutschland – Formen der Implementation und Perspektiven der weiteren Entwicklung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung 9 / 10 1999, Bonn.

**Becker**, Heinrich (2007): Abwanderung und Alterung – was blüht wirtschaftlich schwachen ländlichen Räumen, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 74-77.

**Benz**, Arthur (1998): Zur Theorie der Planungskontrolle, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Methoden und Instrumente räumlicher Planung, Hannover.

**Bertelsmann Stiftung** (Hrsg.) (2005): Europa im Wandel – Handlungsstrategien, Prozess-Begleitung und Gestaltungskonzepte, in: Jahresbericht 2005, Gütersloh.

**Bezirksverband Pfalz** (Hrsg.) (1993): Region Pfalz im neuen Europa. Gutachterliches Forschungsprojekt im Auftrag des Bezirksverband Pfalz – erstattet von Siedentopf, Heinrich; Böhret, Carl.

**Biehl**, Dieter; Hoffmann, Holger-Jens (1998): Der Einsatz raumwirksamer Finanzmittel der Europäischen Union in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bewertung aus Sicht der Raumordnung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9 / 1998, Bonn, S. 609-629.

**Birg**, Herwig (2007): Lebensraum außerhalb der Großstädte erhalten und unterstützen, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis 3 / 2007, Berlin.

**Blaschke**, Dieter (2007): Meilensteine der ländlichen Entwicklungspolitik in Deutschland, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 102-105.

**Blotevogel**, Hans Heinrich (Hrsg.) (1991): Europäische Regionen im Wandel. Strukturelle Erneuerung, Raumordnung und Regionalpolitik im Europa der Regionen, Duisburger geographische Arbeiten, Band 9, Dortmund.

**Blotevogel**, Hans-Heinrich (2006): Neuorientierung der Raumordnungspolitik ? Die neuen „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ in der Diskussion, in ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Heft 6 / 2006, S. 460-472.

**Bocklet**, Reinhold (2001): Leistungen der Daseinsvorsorge im Verhältnis zum EG-Binnenmarkt- und Wettbewerbsrecht, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 71. Jahrgang, Juli 2001, Berlin, S. 427-429.

**Boldrin**, Michele; Canova, Fabio (2001): Inequality and Convergence in Europe's regions: Reconsidering European Regional Policies, in: Economic Policy, Jahrgang 16 / Heft 32.

**Borner**, Joachim (2001): Handlungsperspektiven von Landkreisen in der (nachhaltigen) Regionalentwicklung, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 71. Jahrgang, Juli 2001, Berlin.

**Boß**, Willi; Goetz, Karl-Heinz (2007): Integrierte Landentwicklung – Instrumentenmix für innovative Lösungen, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 118-121.

**Bougas**, Anastassios (2001): Progress and challenges in the evaluation of European structural policies, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 311-314.

**Bradley**, John; Untied, Gerhard (2007): Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der EU-Strukturpolitik in den Konvergenzregionen. Methodische Anmerkungen und empirische Ergebnisse für die Förderperiode 2007-2013, in ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 4 / 2007, Hannover, S. 301-313.

**Bruns**, Klaus Peter (2007): Der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen gerecht werden, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 71-73.

**Bühner**, Theodor (2003): Agrar-Reformpläne der EU und die Förderung des ländlichen Raumes, in: Der Landkreis, 73. Jahrgang, Nr. 7 / 2003, S. 493-495.

**Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau** (Hrsg.): Strategien für strukturschwache ländliche Räume – Raumordnerische Handlungsempfehlungen zur Stabilisierung und Entwicklung strukturschwacher ländlicher Räume, Bonn.

**Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung** (Hrsg.): Raumordnungsbericht 2000, S. 271-285: Raumbedeutsame europäische Fachpolitiken, Bonn, 2000.

**Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung** (Hrsg.): Raumordnungsbericht 2005, S. 203-213: Räume mit besonderem Handlungsbedarf – Ländliche Räume und S. 285-324: Raumwirksame Bundesmittel, Bonn, 2005.

**Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Hrsg.): Förderung der ländlichen Entwicklung in Deutschland, Bonn.

**Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Hrsg.): Nationaler Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume, verfügbar unter: [www.mwvlw.rlp.de](http://www.mwvlw.rlp.de) > Europa > ELER – PAUL.

**Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Hrsg.): Politik für ländliche Räume – Konzeption zur Weiterentwicklung der Politik für ländliche Räume, Bonn.

**Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Hrsg.) (2008): So haben ländliche Räume Zukunft – Ergebnisse und Erfahrungen des Modellvorhabens REGIONEN AKTIV, Bonn.

**Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** (Hrsg.) (2002): Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft, Dokumentation zu den Gewinnern des Wettbewerbs, Bonn.

**Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** (Hrsg.) (2005): Ländliche Entwicklung aktiv gestalten – Leitfaden zur integrierten ländlichen Entwicklung, Bonn.

**Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2007a): Europa wächst zusammen – Transnationale Zusammenarbeit von Städten und Regionen – Ein Beitrag der deutschen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union, Bonn.

**Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2007b): Karten zur Europäischen Raumentwicklung, Bonn.

**Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie** (Hrsg.): Nationaler Strategischer Rahmenplan 2007-2013 (NSRP), verfügbar unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Europa/EU-Strukturpolitik>.

**Burtscher**, Wolfgang (2006): Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik – eine Perspektive, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.): Agrarische Rundschau – Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 1 / 2006, Wien, S. 32-37.

**Chatzimarkakis**, Jorgo (2009): Paradigmenwechsel in der EU-Regionalpolitik: Warum Kommunen und Industrie an einen Tisch müssen, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 79. Jahrgang, 10 / 2009, S. 523.

**Conzelmann**, Thomas (2002): Große Räume, kleine Räume – europäisierte Regionalpolitik in Deutschland und Großbritannien, Baden-Baden.

**Conzelmann**, Thomas (2005): Europäische Union, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover.

**Crome**, Barbara; Schwengler Barbara (2000): Indikatoren zur Auswahl der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2 / 2000, Bonn, S. 71-83.

**Danielzyk**, Rainer (2005): Regionalbewusstsein, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, 4. neu bearbeitete Auflage, Hannover, S. 923-928.

**David**, Carl-Heinz (2005): Subsidiaritätsprinzip, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, 4. neu bearbeitete Auflage, Hannover, S. 1129-1134.

**Dehne**, Peter (2002): Regionale Entwicklungskonzepte – Begriffsbestimmung und Funktionen, in: Keim, Karl-Dieter; Kühn, Manfred (Hrsg.): Regionale Entwicklungskonzepte – Strategien und Steuerungswirkungen, ARL, Hannover, S. 24-33.

**Deitmer**, Ingo (1993): Effekte der regionalen Strukturpolitik auf Investitionen, Beschäftigung und Wachstum, in: Ernst, Werner; Hoppe, Werner; Thoss, Rainer (Hrsg.): Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Band 153, Münster.

- Der Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa** (Hrsg.) (2004): Rheinland-Pfalz in der erweiterten EU, Berlin.
- Deutscher Landkreistag** (Hrsg.) (2003a): Konzentration der EU-Strukturfondsförderung auf die wirtschaftsschwachen Mitgliedstaaten, in: Der Landkreis, 73. Jahrgang, Nr. 5 / 2003, S. 412.
- Deutscher Landkreistag** (Hrsg.) (2003b): Volumen der Regionalförderungsmittel muss unangetastet bleiben, in: Der Landkreis, 73. Jahrgang, Nr. 10 / 2003, S. 616-617.
- Deutscher Landkreistag** (Hrsg.) (2004): Regionalförderung als wichtiges Instrument zur Entwicklung des ländlichen Raumes zukunftsfähig gestalten!, in: Der Landkreis, 74. Jahrgang, Nr. 11 / 2004, S. 644.
- DIE RHEINPFALZ** vom 31.12.2004: „Wissensbrücken zwischen Ost und West“ – Gleichwertige Lebensverhältnisse: Finanznot und Bevölkerungsschwund erzwingen eine neue Deutung“.
- DIE RHEINPFALZ** vom 03.02.2006: „Dynamische Wohlfühlregion und Armenhaus zugleich“.
- DIE RHEINPFALZ** vom 07.02.2006: „Auf Augenhöhe mit der Metropolregion“ – Westpfalz-Konferenz soll Impulse für wirtschaftliche Zukunft geben – Eigene Potenziale gefragt.
- DIE RHEINPFALZ** vom 06.03.2006: „Globalisierungsverlierer mit Charme und Chance“, Rheinpfalz-Report: Pirmasens – alte Schuhregion sucht neues Profil (1).
- DIE RHEINPFALZ** vom 07.03.2006: „Dauerläufer Existenzkampf prägt Schuhbranche“, Rheinpfalz-Report: Pirmasens – alte Schuhregion sucht neues Profil (2).
- DIE RHEINPFALZ** vom 08.03.2006: „Stellen schaffen ohne Waffen“, Rheinpfalz-Report: Pirmasens – alte Schuhregion sucht neues Profil (3).
- DIE RHEINPFALZ** vom 09.03.2006: „Die Quadratur des Greises“, Rheinpfalz-Report: Pirmasens – alte Schuhregion sucht neues Profil (4).
- DIE RHEINPFALZ** vom 10.03.2006: „Biosphärenreservat bietet bildschöne Burgen“, Rheinpfalz-Report: Pirmasens – alte Schuhregion sucht neues Profil (5).
- DIE RHEINPFALZ** vom 11.03.2006: „Märchenhafte Landschaft, zauberhafte Technik“, Rheinpfalz-Report: Pirmasens – alte Schuhregion sucht neues Profil (6).
- DIE RHEINPFALZ** vom 10.05.2007: „Das Silicon Valley der Pfalz“, Rheinpfalz-Report: Konjunkturfrühling in der Pfalz (4).
- DIE RHEINPFALZ** vom 11.05.2007: „Ein Perlenstrang im Südwesten“, Rheinpfalz-Report: Konjunkturfrühling in der Pfalz (5).
- DIE RHEINPFALZ** vom 12.05.2007: „Nordwestpfälzer Mittelstand sorgt für neue Jobs“, Rheinpfalz-Report: Konjunkturfrühling in der Pfalz (6).
- DIE RHEINPFALZ** vom 22.11.2007a: Hintergrund: „Von Radweg bis Fraunhofer-Institut“.

- DIE RHEINPFALZ** vom 22.11.2007b: „Trotz Osterweiterung mehr EU-Gelder für Rheinland-Pfalz“.
- DIE RHEINPFALZ** vom 24.08.2008: „Die Westpfalz-Strategie: Einer für alle und alle für einen.“
- Diller**, Christian (2005): Regional Governance im Konsens, in: Raumplanung Nr. 123 / 2005, S. 254-258.
- Diller**, Christian (2004): Bewertung als Prozess – Funktionen von Projektevaluierungen für Regional Governances, in: Raumplanung Nr. 112 / 2004, S. 5-10.
- Dostál**, Petr (2000): The European Spatial Development Perspective and the Accession Countries: Polycentric Guidelines Versus Uneven Spatial Development, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3 / 4 2000, Bonn.
- Duppré**, Hans Jörg (2007): Zentrale Herausforderungen heutiger Politik, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 77. Jahrgang, Nr. 12 / 2007.
- Duppré**, Hans Jörg; Henneke, Hans-Günter (2007): Demografischer Wandel und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum – Herausforderungen der Landkreise in dünn besiedelten Gebieten bei der Bereitstellung von Flächeninfrastruktur, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 78-79.
- Dwyer**, Janet; Ward, Neil; Lowe, Philip; Baldock, David (2007): European Rural Development under the Common Agricultural Policy's "Second Pillar": Institutional Conservatism and Innovation, in: Regional Studies, Nr. 7 / 2007.
- Eberle**, Dieter (1995): Bewertungs- und Entscheidungsmethoden, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 90-93.
- Eberstein**, Hans Hermann (1996): Einleitung, in: Eberstein, Hans Hermann (Hrsg.): Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung, 3. Auflage, 1. Band, Köln, S. A | 1-16.
- Eckey**, Hans Friedrich (1978): Grundlagen der regionalen Strukturpolitik – Eine problemorientierte Einführung, Köln.
- Eckey**, Hans Friedrich (2005): Regionale Strukturpolitik, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 933-940.
- Eckstein**, Gerd (2001): Regionale Strukturpolitik als europäischer Integrations- und Entscheidungsprozess, Frankfurt am Main et al.
- Elbe**, Judith; Glimm-Lükewille, Daniela (2003): Die Bedeutung des Sozialkapitals in der EU-Strukturfondsförderung, in: Raumplanung Nr. 108-109 / 2003, S. 140-144.

**Elbe**, Sebastian; Schubert, Dirk (2008): Mehr Ökonomie in integrierten Ansätzen, mehr integrierte Ansätze in der Ökonomie, in: Ländlicher Raum, 59. Jahrgang, 01 / 2008, Göttingen, S. 39-42.

**Eltges**, Markus (1998): AGENDA 2000: Was bedeuten die strukturpolitischen Vorschläge für die Bundesrepublik Deutschland ?, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9 / 1998, Bonn, S. 567-578.

**Eltges**, Markus (2000): Europäische Strukturpolitik – Handlungsoptionen für die Raum- und Stadtplanung durch die AGENDA 2000, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2 / 2000, Bonn, S. 93-101.

**Eltges**, Markus (2001): Politik braucht Evaluierung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 325-326.

**Eser**, Thiemo W. (2001a): Evaluation und Qualitätsmanagement – Anforderung und Konsequenzen für die EU-Strukturpolitik, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 327-339.

**Eser**, Thiemo W. (2001b): Evaluation und Qualitätsmanagement der EU-Strukturpolitik – Einführung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. I-IV.

**Eser**, Thiemo W. (2005): Europäische Regionalpolitik, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 259-266.

**Europäische Beobachtungsstelle LEADER** (Hrsg.) (1996): Europa und seine ländliche Gebiete im Jahr 2000: Für eine integrierte Politik der nachhaltigen ländlichen Entwicklung, in: LEADER magazine, Sonderbericht Konferenz von Cork „Ein lebendiger ländlicher Raum“, Nr. 13 / Winter 1996, Brüssel, S. 4-5.

**Europäische Beobachtungsstelle LEADER** (Hrsg.) (1997a): Agenda 2000: Neue Perspektiven für die ländliche Entwicklung in Europa, in: LEADER magazine, Sonderausgabe LEADER Kolloquium, Nr. 16 / Winter 1997-1998, Brüssel, S. 8-9.

**Europäische Beobachtungsstelle LEADER** (Hrsg.) (1997b): Die ländliche Entwicklung im Zeitraum 2000 – 2006, in: LEADER magazine, Sonderausgabe LEADER Kolloquium, Nr. 16 / Winter 1997-1998, Brüssel, S. 4-7.

**Europäische Kommission** / Generaldirektion Regionalpolitik und Kohäsion (Hrsg.) (1997): Die Auswirkungen der Strukturpolitik auf die wirtschaftliche und soziale Kohäsion in der Union 1989-1999, in: Regionale Entwicklungsstudien Nr. 26, Luxemburg.

**Europäische Kommission** (Hrsg.) (1998): Bericht über die Gemeinschaftspolitiken und Raumentwicklung, Brüssel.

**Europäische Kommission** (Hrsg.) (1999a): Mitteilung der Kommission vom 01.07.1999: Die Strukturfonds und ihre Koordinierung mit dem Kohäsionsfonds – Leitlinien für die Programme des Zeitraumes 2000-2006, Brüssel.

**Europäische Kommission** (Hrsg.) (1999b): Strukturpolitische Maßnahmen 2000-2006 - Kommentare und Verordnungen - Strukturfonds, Kohäsionsfonds, Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt, Luxemburg.

**Europäische Kommission** / Generaldirektion Landwirtschaft (Hrsg.) (2000a): Die neue Gemeinsame Agrarpolitik – Eine Landwirtschaft für das Europa von Morgen, Brüssel.

**Europäische Kommission** / Generaldirektion Regionalpolitik (Hrsg.) (2000b): Die Strukturfonds richtig einsetzen: Eine Herausforderung für die Entwicklung der Union; inforegio Mitteilungsblatt Mai 2000, Luxemburg.

**Europäische Kommission** (Hrsg.) (2001a): Die Ergebnisse der Programmplanung im Rahmen der Strukturfonds für den Zeitraum 2000-2006 (Ziel 1), Brüssel, verfügbar unter: [http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/sources/docoffic/official/communic/pdf/obj1\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/communic/pdf/obj1_de.pdf).

**Europäische Kommission** / Generaldirektion Regionalpolitik (Hrsg.) (2001b): Im Dienst der Regionen, Luxemburg.

**Europäische Kommission** (Hrsg.) (2003): Mitteilung der Kommission vom 25.08.2003: Die Strukturfonds und ihre Koordinierung mit dem Kohäsionsfonds – Überarbeitete Indikative Leitlinien, Brüssel.

**Europäische Kommission** (Hrsg.) (2004): Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion. Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation. Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, verfügbar unter: [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion3/cohesion3\\_de.htm](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion3/cohesion3_de.htm).

**Europäisches Tourismus Institut GmbH** an der Universität Trier (1997): Rheinland-Pfalz – Ein touristisches Drehbuch für das neue Jahrtausend, im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz.

**Eveslage**, Hans (2009): Europakompetenz des Landkreises Cloppenburg, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 79. Jahrgang, 10 / 2009, S. 530-531.

**Ewringmann**, Dieter; Perner, Angelika (2000): Nachhaltige Raumentwicklung in Europa, Schlussfolgerungen aus dem EUREK, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3 / 4 2000, Bonn, S. 171-182.

**Faludi**, Andreas (2005): Europäische Raumentwicklungspolitik, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 251-259.

**Fercher**, Peter; Seidenberger, Christian (2003): Von der Vision zum Projekt – Raumplanung für ein geeintes Europa, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7 / 2003, Bonn, S. 433-439.

**Fidlschuster**, Luis (2006): Was LEADER alles kann, in: Interessengemeinschaft Ländlicher Raum (Hrsg.): Club Niederösterreich, Nr. 4 / 5 2006, Wien, S. 20-25.

**Fischer Boel**, Mariann (2007): Die 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 8-11.

**Fischler**, Franz (1997): Für eine neue Gemeinschaftsinitiative zur Entwicklung der ländlichen Räume – Schlussfolgerungen aus dem Europäischen LEADER-Kolloquium, in: Europäische Beobachtungsstelle LEADER (Hrsg.): LEADER magazine, Sonderausgabe LEADER Kolloquium, Nr. 16 / Winter 1997-1998, Brüssel, S. 36-38.

**Fischler**, Franz (2005): Herausforderungen für die ländliche Lebenswelt, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.): Agrarische Rundschau – Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 3 / 2005, Wien, S. 33-34.

**Fischler**, Franz (2009a): Die GAP für die Zeit nach 2013 vorbereiten, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.): Agrarische Rundschau – Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 1 / 2009, Wien, S. 15-16.

**Fischler**, Franz (2009b): Tourismus mit Weitblick – Nachhaltigkeit als Chance, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.): Agrarische Rundschau Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 4 / 2009, Wien, S. 18-19.

**Frankenfeld**, Peter (2005): Disparitäten, regionale, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 185-190.

**Freiberger**, Mariska (2009): EUROPE DIRECT-Informationsbüro Steinfurt bringt die Menschen nach Europa – und Europa zu den Menschen, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 79. Jahrgang, 10 / 2009, S. 533.

**Fromhold-Eisebith**, Martina (1999): Das „kreative Milieu“ – nur theoretisches Konzept oder Instrument der Regionalentwicklung ?, in: ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 2-3 / 1999, Hannover, S. 168-175.

**Funk**, Christine (2002): Bündnis im Landkreis Ravensburg zur Stärkung des ländlichen Raumes, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 72. Jahrgang, Januar 2002, Berlin, S. 22-23.

**Fürst**, Dietrich (1998): Regionalmanagement als neues Instrument regionalisierter Strukturpolitik, in: Kujath, Hans Joachim (Hrsg.): Strategien der regionalen Stabilisierung – wirtschaftliche und politische Antworten auf die Internationalisierung des Raumes, Berlin, S. 233-249.

**Fürst**, Dietrich (1999): Regionalisierung – die Aufwertung der regionalen Steuerungsebene ?, in: ARL (Hrsg.): Grundriss der Regional- und Landesplanung, Hannover, S. 351-363.

**Gatzweiler**, Hans-Peter (1998): AGENDA 2000 – Auswirkungen auf Deutschland. Einführung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9 / 1998, Bonn, S. I-II.

**Gatzweiler**, Hans-Peter (2006): Leitbilder in der Praxis. Impulse zur Umsetzung durch Modellvorhaben der Raumordnung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11 / 12 2006, Bonn, S. 677-692.

**Gatzweiler**, Hans-Peter; Milbert, Antonia (2007): Bedeutung und Entwicklung von Stadt und Land, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 21-25.

**Gebauer**, Iris; Luley, Torsten (2006): IuK-Technologien im ländlichen Raum Deutschlands und Europas, in: Geographische Rundschau, Jahrgang 58, Heft 7-8 / 2006, S. 12-19.

**Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz** (Hrsg.) (2006): EU-Kommission: Das ganze Potenzial Europas freisetzen, in: Gemeinde und Stadt, 2 / 2006, Mainz, S. 60.

**Giannetti**, Mariassunta (2002): The Effect of Integration of Regional Disparities: Convergence, Divergence, or Both ?, in: European Economic Review, Jahrgang 46, S. 539-567.

**Givord**, Doriane (2000): Verteidigung des europäischen Modells für den ländlichen Raum vor der WHO, in: Europäische Beobachtungsstelle LEADER (Hrsg.): LEADER magazine, Winter 2000-2001, Nr. 25, S. 10-14.

**Goppel**, Konrad (2006): Wesentliche Akzentsetzungen in den Leitbildern für die Raumentwicklung aus Sicht der bayerischen Landesplanung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11 / 12 2006, Bonn, S. 645-652.

**Görmar**, Wilfried; Schön, Karl Peter (2004): Projekte der transnationalen Zusammenarbeit – Räumliche Entwicklungsprobleme und territoriale Kohäsion in Europa, in: Raumplanung, Nr.116 / 2004, S. 187-192.

**Gornig**, Martin et al (1996): Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90-er Jahre, Berlin.

**Gornig**, M.; Toepel, Kathleen (1998): Evaluierung von Wettbewerbsmodellen in der Regionalpolitik. Das Regionalprogramm in Schleswig-Holstein, in ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Jahrgang 56, Heft 2 / 3 1998, S. 160-166.

**Grabski-Kieron**, Ulrike (2002): Integrierte ländliche Entwicklung – Mittelpunkt der zukünftigen Agrarpolitik ?!, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Weiter denken – Agrarpolitik für ein gemeinsames Europa der Zukunft, Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Göttingen, S. 66-79.

**Grimme**, Wolfgang (2009): Europafähigkeit als Prozess begreifen ! Erfahrungen aus dem Kreis Pinneberg, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 79. Jahrgang, 10 / 2009, S. 531-532.

**Gutjahr**, Michael (2008): KOMM-IN Zentren: Erhalt der Nahversorgung und Dienstleistungen im ländlichen Raum, in: Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Demographie konkret – Handlungsansätze für die kommunale Praxis, Gütersloh.

**Häger**, Astrid; Kirschke, Dieter (2007): Politik für den ländlichen Raum 2007+, in: ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 4 / 2007, Hannover, S. 275-285.

- Hahn**, Barbara (2004): EU-25 – Chancen und Risiken der Erweiterung auf 25 Mitgliedsländer, in: Geographische Rundschau, Jahrgang 56, Heft 5 / 2004, S. 59-62.
- Hahne**, Ulf (2004): Ländliche Regionalentwicklung mit LEADER+ - Ein EU-Förderprogramm auf dem Weg von der Experimentierstube zum Mainstream, in: Raumplanung, Heft Nr. 116 / 2004, S. 199-204.
- Hahne**, Ulf (2005): Regionalmanagement – neues Förderinstrument richtig einsetzen, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, 56. Jahrgang, Nr. 4 / 2005, S. 47-51.
- Hahne**, Ulf; Glatthaar, Michael (2006): Die großräumige Verantwortungsgemeinschaft – Eine neue Formel für den regionalen Verteilungskampf?, in: Raumplanung, Nr. 124 / 2006, S. 5-10.
- Hallet**, Martin; Untiedt, Gerhard (2001): The potential and limitations of macroeconomic modelling for the evaluation of EU Structural Funds illustrated by the HERMIN model for EAST Germany, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 451-463.
- Haneklaus**, Winfried (1991): Regionalpolitik in der Europäischen Gemeinschaft – Ziele, Kompetenzen und Instrumente von Gemeinschaft, Bund und Ländern nach Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte, in: Ernst, Werner; Hoppe, Werner; Thoss, Rainer (Hrsg.): Beiträge zur Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumordnung, Band 140, Münster.
- Hanusch**, Horst; Kuhn, Thomas (1995): Kosten-Nutzen-Untersuchungen, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 555-559.
- Hassold**, Helge; Jung, Lothar (2000): Die Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2 / 2000, Bonn, S. 59-70.
- Hauck**, Peter (2007): Neue Medien sind unverzichtbar für die ländlichen Räume, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 38-40.
- Heinrichs**, Bernhard (2006): Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung – eine Neujustierung, aber kein Paradigmenwechsel, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11 / 12 2006, Bonn, S. 653-658.
- Heißhuber**, Alois (2009): Alternativkonzept für die Agrarpolitik nach 2013, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.): Agrarische Rundschau – Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 1 / 2009, Wien, S. 5-9.
- Hennessey**, R. (1999): Die EU-Regionalpolitik muss föderaler werden, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Jahrgang 25, Heft 4 / 1999, S. 471-496.

**Hering**, Hendrik (2007): Ländliche Bodenordnung zur Entwicklung ländlicher Räume in Rheinland-Pfalz, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 114-116.

**Hillbrand**, E.; Maihold, G. (1999): Von der Entwicklungspolitik zur globalen Strukturpolitik. Zur Notwendigkeit der Reform eines Politikfeldes, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Heft 4 / 1999, S. 339-351.

**Hoppe**, Andrea (2001): Europäische Regionalpolitik und ihre nationale Implementation – Großbritannien und Deutschland im Vergleich, Opladen.

**Huber**, Rupert (2004): Aktuelle Perspektiven für den ländlichen Raum, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.): Agrarische Rundschau – Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 4 / 5 2004, Wien, S. 45-50.

**Hübler**, Karl-Hermann (2002): Erfolgskontrolle und Wirkungsanalysen in der Raumplanung – weshalb Erkenntnisse dazu in Deutschland dringlich sind, in: Keim, Karl-Dieter; Kühn, Manfred (Hrsg.): Regionale Entwicklungskonzepte – Strategien und Steuerungswirkungen, ARL, Hannover, S. 10-23.

**IfR – Institut für Regionalmanagement**, Büro Gießen (Hrsg.): Aktualisierung der Halbzeitbewertung des rheinland-pfälzischen LEADER+-Programms, Bewertungsbericht November 2005, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > LEADER+.

**Iking**, Bernhard (2008): Erfolgreiche Netzwerkarbeit – Vorbedingungen und Erfolgsfaktoren, in: Interessengemeinschaft ländlicher Raum (Hrsg.): Club Niederösterreich, Nr. 1 / 2008, Wien, S. 54-64.

**Institut für Ländliche Strukturforschung (IfLS)** an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main (Hrsg.) (2005): Aktualisierte Halbzeitbewertung des rheinland-pfälzischen Entwicklungsplans „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum“ (ZIL) im Zeitraum 2000-2006, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > ZIL.

**Isoplan** – Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH; Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (Hrsg.) (2003): Halbzeitbewertung des Ziel 2-Programms Rheinland-Pfalz 2000-2006, Endbericht, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > Ziel 2 Programm.

**Isoplan CONSULT** – Sozioökonomische Forschung und Beratung Zwick und Schmidt-Fink GbR; Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (Hrsg.) (2005): Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Ziel 2-Programms Rheinland-Pfalz 2000-2006, Endbericht, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > Ziel 2 Programm.

**Jacoby**, Christian; Kistenmacher Hans (1998): Bewertungs- und Entscheidungsmethoden, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Methoden und Instrumente räumlicher Planung, Hannover, S. 146-168.

**Jacoby**, Christian (2009) (Hrsg.): Monitoring und Evaluation von Stadt- und Regionalentwicklung, in: Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 350, Hannover.

- Jacoby**, Christian (2011): Monitoring, Evaluation und Controlling, in: ARL (Hrsg.): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung, Hannover, S. 547-566.
- Jacoby**, Herbert (1998): Reformbedarf bei der Umsetzung der EU-Strukturfonds in Deutschland vor dem Hintergrund der AGENDA 2000, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9 / 1998, Bonn, S. 579-585.
- Jacoby**, Herbert; Ridder Michael (2001): Qualitätsorientierte Steuerung von EU-Strukturfondsprogrammen am Beispiel des nordrhein-westfälischen Ziel-2-Programms, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 385-398.
- Jahn**, Helmut (2009): Wege kommunaler Interessenvertretung auf europäischer Ebene, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 79. Jahrgang, 10 / 2009, S. 526-528.
- John**, Gunnar (2006): Leitbilder für die Raumentwicklung in Deutschland – eine finanzpolitische Betrachtung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11 / 12 2006, Bonn, S. 671-676.
- Jouen**, Marjorie (2000): Das ländliche Europa an der Schwelle zum dritten Jahrtausend – Das Schlüsselwort lautet „Vielfalt“, in: Europäische Beobachtungsstelle LEADER (Hrsg.): LEADER magazine, Winter 2000-2001, Nr. 25, S. 4-9.
- Jurczek**, Peter (2003): Regionale Entwicklungsinitiativen – ein Weg zur innovativen Regionalentwicklung ?, in: Goppel, Konrad et al (Hrsg.): Implementation der Raumordnung – wissenschaftliches Lesebuch für Konrad Goppel, Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Band 15, Augsburg / Kaiserslautern, S. 115-124.
- Karl**, Helmut; Krämer-Eis, Helmut (1996): Entwicklung der regionalen Wirtschaftspolitik in Deutschland, in: Eberstein, Hans Hermann (Hrsg.): Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung, 3. Auflage, 1. Band, Köln, S. All 1-58.
- Karl**, Helmut (2002): Die Kontrolle nationaler Regionalbeihilfen in der Europäischen Union, in: ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 3-4 / 2002, Hannover, S. 209-217.
- Karl**, Helmut (2006): Der Beitrag der nationalen und europäischen Strukturpolitik zum Abbau regionaler Disparitäten, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9 / 2006, Bonn, S. 485-493.
- Kawka**, Rupert (2006): Ländliche Räume – Florieren nur durch Subventionierung, in: Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (Hrsg.): Hat der ländliche Raum eine Zukunft ?, Berlin, S. 70-79.
- Keim**, Karl-Dieter (2002): Steuerungstheoretische Grundlagen für regionale Entwicklungskonzepte, in: Keim, Karl-Dieter; Kühn, Manfred (Hrsg.): Regionale Entwicklungskonzepte – Strategien und Steuerungswirkungen, ARL, Hannover, S. 1-9.
- Kersten**, Jens (2006): Daseinsvorsorge und demographischer Wandel: Wie ändert sich das Raum- und Staatsverständnis ?, in: ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 4 / 2006, Hannover, S. 245-254.

**Kistenmacher**, Hans; Mangels, Kirsten (2000): Regionalmanagement als Motor für eine nachhaltige Raumentwicklung ?, in ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Heft 2 / 3 2000, S. 89-101.

**Kistenmacher**, Hans (2003): Evaluationen – ein Ansatz zur Weiterentwicklung der neuen Instrumente der Raumordnung, in: Goppel, Konrad et al (Hrsg.): Implementation der Raumordnung – wissenschaftliches Lesebuch für Konrad Goppel, Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Band 15, Augsburg / Kaiserslautern, S. 105-113.

**Klein**, Reinhard (2001): Auswirkungen einzelner EU-Politiken auf die Raumentwicklung für das Gebiet der Europäischen Union, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Europäisches Raumentwicklungskonzept (EUREK), Forschungs- und Sitzungsberichte Band 216, Hannover, S. 138-170.

**Klemmer**, Paul (1998): Regionalpolitik, in: Klemmer, Paul (Hrsg.): Handbuch europäische Wirtschaftspolitik, München, S. 457-517.

**Klemmer**, Paul (2005): Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 366-369.

**Kocks**, Martina (2003): Der demographische Wandel in Deutschland und Europa – Einführung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung Heft 12 / 2003, Bonn, S. I-V.

**Krajasits**, Cornelia (2008): Der ländliche Raum im deutschsprachigen Raum, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.): Agrarische Rundschau, Heft 5 / Dezember 2008, S. 9-12.

**Krämer**, Stefan (2008): Wohnen im Alter – Kleine Gemeinden vor großen Herausforderungen, in: Wüstenrot-Stiftung (Hrsg.): Land und Leute – Kleine Gemeinden bieten im Alter mehr ?, Gütersloh, S. 15-30.

**Kroll-Schlüter**, Hermann (2004): Umbruch oder Veränderung der Gesellschaft auf dem Lande, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, 55. Jahrgang, Nr. 2 / 2004, Göttingen, S. 41-43.

**LAG „Pfälzer Bergland“** (Hrsg.): Kurzbeschreibung der Lokalen Aktionsgruppe Pfälzer Bergland sowie des Plangebiets und der Entwicklungsstrategie.

**LAG „Pfälzerwald“** (Hrsg.): Lokales Integriertes ländliches Entwicklungskonzept für die LAG Pfälzerwald (Langfassung) der Lokalen Aktionsgruppe Pfälzerwald für die LEADER-Förderperiode 2007 bis 2013 in Rheinland-Pfalz: Leben in und mit der Biosphäre Pfälzerwald.

**LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“** (Hrsg.) (2002): Gebietsbezogene, integrierte Entwicklungsstrategie mit Pilotcharakter (GIEP) der LAG „Zentraler und südlicher Naturpark Pfälzerwald“ im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER+.

**Lammers**, Konrad (2006): Brauchen wir eine regionale Strukturpolitik ?, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9 / 2006, Bonn, S. 525-531.

**Lammers**, Konrad (2007): Die EU-Strukturpolitik im Spannungsfeld von Integration, regionaler Konvergenz und wirtschaftlichem Wachstum, in ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 4 / 2007, Hannover, S. 288-298.

**Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz**; Der Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis „Europa“ der Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (1999): Zukunftsprobleme gemeinsam lösen: Rheinland-Pfalz in Europa, Mainz.

**Landkreistag Rheinland-Pfalz** (Hrsg.) (2004): Auffassung der EU-Kommission zur Gestaltung der künftigen europäischen Strukturpolitik für den Zeitraum 2007-2013, Mainz.

**Landkreistag Rheinland-Pfalz** (Hrsg.) (2006): Der ländliche Raum im Fokus von Bundes- und Landespolitik, in: Geschäftsbericht 2006 Landkreistag Rheinland-Pfalz, Mainz, S. 165-170.

**Landsberg**, Gerd (2007): Von der Wiege bis zur Bahre – welches Angebot können wir uns künftig noch leisten ?, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 99-101.

**Leimgruber**, Walter (2007): Entwicklungsperspektiven des ländlichen Raumes: Das Beispiel Schweiz, in: Troeger-Weiß, Gabi (Hrsg.): Sonderheft der Schriftenreihe „Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung“; Heft 25: Goldkronacher Gespräche zur Regional- und Kommunalentwicklung, Dokumentation eines Erfahrungs- & Meinungs-austausches am 22. und 23. November 2007 in Goldkronach, Kaiserslautern, S. 61-72.

**Löb**, Stefan (2005): Regionalmanagement, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 942-949.

**Loidl**, Stephan (2009): Erfolgspotenziale durch zentraleuropäischen Know-how-Transfer, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.): Agrarische Rundschau – Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 6 / 2009, Wien, S. 5-7.

**Lütke-meier**, Harald (2000): Ländliche Regionalentwicklung zur Stärkung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, in: Der Landkreis, 70. Jahrgang, Nr. 6 / 2000, S. 460-461.

**Lütke-meier**, Harald (2003): Gestaltung einer integrierten nachhaltigen Landentwicklung, in: Der Landkreis, 73. Jahrgang, Nr. 7 / 2003, S. 499-501.

**Lutter**, Horst (2006): Neue Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland, in: ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 6 / 2006, Hannover, S. 441-450.

**Mädling**, Heinrich (1995): Erfolgskontrolle, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 226-227.

**Magel**, Holger (1993): Ländliche Entwicklung in Europa. Rettungsanker für die ländlichen Räume ?, in: Schaffer, F. (Hrsg.): Innovative Regionalentwicklung. Von der Planungsphilosophie zur Umsetzung. Festschrift für Konrad Goppel, Augsburg, S. 114-122.

- Maier, Jörg** (2005): Regionalmarketing, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 950-958.
- Mang, Reinhard** (2006): LEADER-Modell als Partizipatives Entwicklungsmodell, in: Interessengemeinschaft ländlicher Raum (Hrsg.): Club Niederösterreich, Nr. 4 / 5 2006, Wien, S. 10-19.
- Maretzke, Steffen** (2006): Regionale Disparitäten – eine bleibende Herausforderung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9 / 2006, Bonn, S. 473-484.
- Mehwald, Lutz** (2002): Neue Perspektiven der Regionalentwicklung durch Ausbau der Kooperationen, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, 53. Jahrgang, Nr. 6 / 2002, S. 39-43.
- Meier, Johannes**: Der demographische Wandel: Strategische Handlungsnotwendigkeit und Chance für die Kommunen, in: Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Demographie konkret – Handlungsansätze für die kommunale Praxis, Gütersloh, S. 6-9.
- Meißner, Matthias** (2010): Europäische NGOs zur EU-Agrarpolitik nach 2013: Der Zug kommt ins Rollen, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, 61. Jahrgang, Nr. 1 / 2010, S. 26-27.
- Milbert, Antonia** (2004): Wandel der Lebensbedingungen im ländlichen Raum Deutschlands, in: Geographische Rundschau, Jahrgang 56, Heft 9 / 2004, S. 26-32.
- Miller, Josef** (2007): Starke ländliche Räume in Bayern, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 135-137.
- Ministerium des Innern und für Sport, Rheinland-Pfalz**; Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. (Hrsg.) (2007): Projektvorschläge zur Westpfalzstrategie, Kaiserslautern.
- Ministerium des Innern und für Sport, Rheinland-Pfalz**; Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. (Hrsg.) (2007): Westpfalzstrategie – Potenzialanalyse, Dokumentation der Ergebnisse bis 12 / 06, Kaiserslautern.
- Ministerium des Innern und für Sport, Rheinland-Pfalz** – Oberste Landesplanungsbehörde (Hrsg.) (2008): Landesentwicklungsprogramm (LEP IV) – Herausforderungen erkennen, Nachhaltig handeln, Zukunft gestalten, Mainz.
- Ministerium des Innern und für Sport, Rheinland-Pfalz** – Oberste Landesplanungsbehörde (Hrsg.) (2009): Raumordnungsbericht 2008, Mainz.
- Ministerium des Innern und für Sport, Rheinland-Pfalz** (Hrsg.) (2009): Quartiersgemeinschaften Innenstadt, Mainz, S. 39-43.
- Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz** (Hrsg.): Einheitliches Programmplanungsdokument für die Förderung gemäß Ziel 2 der Europäischen Strukturfonds in den Jahren 2000-2006 in Rheinland-Pfalz, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > Ziel 2 Programm.

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz** (Hrsg.): Einheitliches Programmplanungsdokument (EPPD) des Landes Rheinland-Pfalz zur Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raumes (LEADER+) im Zeitraum 2000 bis 2006, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > LEADER+.

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz** (Hrsg.): Einheitliches Programmplanungsdokument für die Förderung gemäß Ziel 2 der Europäischen Strukturfonds in den Jahren 2000-2006 in Rheinland-Pfalz, Jahresbericht 2005, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > Ziel 2 Programm.

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz** (Hrsg.): Einheitliches Programmplanungsdokument für die Förderung gemäß Ziel 2 der Europäischen Strukturfonds in den Jahren 2000-2006 in Rheinland-Pfalz, Jahresbericht 2006, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > Ziel 2 Programm.

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz** (Hrsg.): Einheitliches Programmplanungsdokument (EPPD) für die Förderung gemäß Ziel 2 der Europäischen Strukturfonds in den Jahren 2000-2006 in Rheinland-Pfalz, Jahresbericht 2007, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > Ziel 2 Programm.

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz** (Hrsg.): Ergänzendes Programmplanungsdokument zum EPPD Rheinland-Pfalz, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > Ziel 2 Programm.

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz** (Hrsg.): Ergänzendes Programmplanungsdokument zum rheinland-pfälzischen LEADER+-Programm, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > LEADER+.

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz** (Hrsg.): EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER+ in Rheinland-Pfalz, Durchführungsbericht 2006, Stand: Juni 2007, <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > LEADER+.

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz** (Hrsg.): Operationelles Programm „Wachstum durch Innovation“ für die neue Strukturfondsperiode 2007-2013, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > EFRE.

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz** (Hrsg.): Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung (PAUL), verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > ELER – PAUL.

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz** (Hrsg.): Rheinland-Pfalz und die Europäische Territoriale Zusammenarbeit im Bereich – Grenzüberschreitende Zusammenarbeit – 2007-2013, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > INTERREG.

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz;** Ministerium für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz (Hrsg.): ZIL – Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum: Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes in Rheinland-Pfalz nach Verordnung (EG) Nr. 1257 / 1999 durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) im Zeitraum 2000 – 2006, Stand: Juni 2005, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Landwirtschaft / Ländlicher Raum > ZIL.

**Miosga**, Manfred (1995): Räumliche Disparitäten in Europa und Perspektiven zukünftiger Entwicklung, in: Geographische Rundschau, Jahrgang 47, Nr. 3, S. 144-149.

**Mose**, Ingo (2005): Ländliche Räume, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 573-579.

**Müller**, Bernhard (2006): Auswirkungen des demographischen Wandels auf den ländlichen Raum und seine Bewohner, in: Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (Hrsg.): Hat der ländliche Raum eine Zukunft ?, Berlin, S. 17-26.

**Müller**, Bernhard: Zukunftsorientierte Stadt- und Regionalentwicklung, in: Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Demographie konkret – Handlungsansätze für die kommunale Praxis, Gütersloh, S. 10-16.

**Münch**, Rainer (2007a): Den Anforderungen der Gesellschaft gerecht werden – Interview mit Dr. Franz Fischler über Reformen in der Agrarpolitik und deren Durchsetzung, Motive zur Einführung der 2. Säule und künftige Anforderungen an die ländliche Entwicklungspolitik, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 18-20.

**Münch**, Rainer (2007b): Mit Arbeitsmarktpolitik Strukturschwäche überwinden – Interview mit Heinrich Alt über Erfolgsgeschichten auf ländlichen Arbeitsmärkten, Kennzeichen erfolgreicher und weniger erfolgreicher Regionen sowie den sinnvollen Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 50-53.

**Neu**, Claudia (2007): Schule als Kristallisationspunkt im ländlichen Raum, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 82-85.

**Neueder**, Franz (2000): Die Verhandlungen über die EU-Strukturförderung 2000-2006 – Ziele und Ergebnisse, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2 / 2000, Bonn, S. 85-92.

**Noreisch**, Bernhard (2004): Regionalpolitik in der Europäischen Gemeinschaft – Subsidiarität und Partnerschaft nach der AGENDA 2000 – Deutschland und das Vereinigte Königreich im Vergleich, Studien zum Völker- und Europarecht, Band 9, Hamburg.

**Orlowski**, Monika (2006): „Regionen Aktiv“. Neue Wege in der Regionalförderung ?, in: Arbeitsberichte des Fachbereichs Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung, Universität Kassel, Heft 158, Kassel.

**PAMINA-Raum** (Hrsg.): Operationelles Programm INTERREG IIIA-PAMINA, verfügbar unter: [http://www.regio-pamina.eu/\\_interreg](http://www.regio-pamina.eu/_interreg).

**Persson, Lars Olof** (2003): Anpassungsstrategien für Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang – Gibt es solche Strategien in Schweden ?, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung Heft 12 / 2003, Bonn, S. 719-724.

**Plander, Peter** (2008): Die Herausforderungen der neuen EU-Strukturförderung für die ungarische Raumordnungspolitik, in: Goppel; Troeger-Weiß (Hrsg.): Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Band 28, Augsburg / Kaiserslautern.

**Planungsgemeinschaft Westpfalz** (Hrsg.): Regionaler Raumordnungsplan Westpfalz, Kaiserslautern.

**Planungsgemeinschaft Westpfalz** (Hrsg.) (1996a): Ausgewählte Analysen und Prognosen, in: Westpfalz-Informationen, Nr. 90, Kaiserslautern.

**Planungsgemeinschaft Westpfalz** (Hrsg.) (1996b): Die Westpfalz – Potentiale und Strukturen, Kaiserslautern.

**Planungsgemeinschaft Westpfalz** (Hrsg.) (1999): Regionales Entwicklungskonzept (REK) Westpfalz, Kaiserslautern.

**Planungsgemeinschaft Westpfalz** (Hrsg.) (2000): Reform der Regionalen Strukturpolitik – Weiterentwicklung des REK-Ansatzes in der Region Westpfalz, in: Westpfalz-Informationen, Nr. 106, Kaiserslautern.

**Planungsgemeinschaft Westpfalz** (Hrsg.) (2001): Zukünftige Entwicklung des deutsch-französischen Grenzraums Bliesgau – Südwestpfalz – Pays-de-Bitche: Überlegungen auf der Grundlage des Europäischen Raumentwicklungskonzeptes (EUREK), in: Westpfalz-Informationen, Nr. 108, Kaiserslautern.

**Planungsgemeinschaft Westpfalz** (Hrsg.) (2003): LEADER+ - Beispielhafte Regionalentwicklung in der Westpfalz, in: Westpfalz-Informationen, Nr. 112, Kaiserslautern.

**Planungsgemeinschaft Westpfalz** (Hrsg.) (2005): Nachhaltige Entwicklung, EU-Förderung ab 2007, in: Westpfalz-Informationen, Nr. 120, Kaiserslautern.

**Planungsgemeinschaft Westpfalz** (Hrsg.) (2006): Neuabgrenzung GA-Gebiete ab 2007, EU-Strukturförderung, Ländlicher Raum und Demografischer Wandel, in: Westpfalz-Informationen, Nr. 122, Kaiserslautern.

**Planungsgemeinschaft Westpfalz** (Hrsg.) (2007a): Ausgewählte Ergebnisse der regionalen Raubeobachtung: Bevölkerungsentwicklung in der Region und Prognosen bis 2050 – Kennzahlen zur regionalen Entwicklung, in: Westpfalz-Informationen, Nr. 114, Kaiserslautern.

**Planungsgemeinschaft Westpfalz** (Hrsg.) (2007b): Kennzahlen der regionalen Entwicklung in der Westpfalz (=Materialien zum Regionalen Raumordnungsbericht II), in: Westpfalz-Informationen, Nr. 124, Kaiserslautern.

**Planungsgemeinschaft Westpfalz** (Hrsg.) (2007c): Netzwerke der Regionalentwicklung in der Westpfalz (=Materialien zum Regionalen Raumordnungsbericht III), in: Westpfalz-Informationen, Nr. 125, Kaiserslautern.

**Pohle**, Hans (2000): Trends und Entwicklungslinien der räumlichen Planung in Deutschland, in: ARL (Hrsg.): Forschungs- und Sitzungsberichte: Verkehr in Stadt und Region – Leitbilder, Konzepte und Instrumente, Hannover, S. 148-166.

**Pohle**, Hans (2003): Regionalmanagement – Eine notwendige Ergänzung regionalplanerischer Aufgaben in Ostdeutschland, in: Schenkhoff, Hans Joachim (Hrsg.): Regionalmanagement in der Praxis – Beispiele aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Arbeitsmaterial der ARL, Hannover, S. 11-31.

**Priebs**, Axel (2005): Raumordnung und Raumentwicklung als Zukunftsaufgabe, in: Geographische Rundschau, Jahrgang 57, Heft 3 / 2005, S. 4-9.

**Prognos AG**, Bremen; TAURUS Institut, Trier (Hrsg.): Ex-ante-Evaluation des operationellen Programms „Wachstum durch Innovation“ im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (EFRE) im Zeitraum 2007-2013, verfügbar unter: <http://www.mwvlw.rlp.de> > Europa > EFRE.

**Pröll**, Josef (2003): Neue Perspektiven der ländlichen Entwicklung, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.): Agrarische Rundschau – Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 5 / 2003, Wien, S. 31-32.

**Rantama**, Eeva (2003): Neue Institutionen zur Unterstützung eigenständiger Regionalentwicklung – Beispiele aus Finnland und Bayern, in: Goppel, Konrad et al (Hrsg.): Implementation der Raumordnung – wissenschaftliches Lesebuch für Konrad Goppel, Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Band 15, Augsburg / Kaiserslautern, S. 125-136.

**Région Alsace** (Direction de la Coopération et des relations internationales) et al (Hrsg.) (2007): Operationelles Programm „INTERREG IV A Oberrhein“: EU-Programm zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein, Kohäsionspolitik der Europäischen Union – Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ 2007-2013, Geänderte Fassung, die von den Programmpartnern am 12.07.2007 genehmigt wurde, verfügbar unter: [http://www.regio-pamina.eu/\\_interreg](http://www.regio-pamina.eu/_interreg).

**Région Wallonne** (provisorische Verwaltungsbehörde Programm „Großregion“ 2007-2013) et al (Hrsg.) (2007): Europäische Territoriale Zusammenarbeit 2007-2013: Operationelles Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit „Großregion“, verfügbar unter: <http://www.grossregion.net/de/>.

**Regionalrat Lothringen** (Hrsg.): Saar-Lor-Lux – die grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Regionalrats Lothringen – praktischer Leitfaden, Metz.

**Reid**, Alasdair (2001): What can be learnt from thematic evaluations ?, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 399-408.

**Reiner**, Karl (2009a): Strategien für nachhaltigen Tourismus, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.) Agrarische Rundschau Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 4 /2009, Wien, S. 33-35.

**Reiner**, Karl (2009b): Tourismusentwicklung und nachhaltiger Tourismus, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.) Agrarische Rundschau Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 4 /2009, Wien, S. 5-8.

**Rheinzeitung** vom 16.08.2007: „Landesplan: Stadt kommt schlecht weg“.

**Richter**, Maïke (2006): Quo vadis Regionalpolitik ? – Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung aus Sicht der regionalen Strukturpolitik, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11 / 12 2006, Bonn, S. 665-670.

**Riegler**, Josef (2002): Multifunktionalität und ökosoziale Agrarpolitik, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.): Agrarische Rundschau – Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 2 / 2002, Wien, S. 42-45.

**Roggendorf**, Wolfgang; Scholl, Bernd; Scholles, Frank; Schönwandt, Walter; Signer, Rolf (2011): Methoden in der Raumplanung. In: ARL (Hrsg.): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung, Hannover, S. 279-377.

**Rolfes**, Karl-Heinrich (1991): Regionale Wirtschaftsförderung und EWG-Vertrag – Die Aktionsräume von Bund, Ländern und Kommunen, in: Lukes, Rudolf (Hrsg.): Schriftenreihe Recht-Technik-Wirtschaft, Band 60, Köln.

**Rolle**, Carsten (2000): Europäische Regionalpolitik zwischen ökonomischer Rationalität und politischer Macht – eine föderalismustheoretische und politökonomische Analyse, Beiträge zur Raumplanung und zum Siedlungs- und Wohnungswesen, Band 194, Münster.

**Rooks**, Percy (2006): Zukunftschancen nutzen – Beitrag der Leitbilder der Raumentwicklung für ein neues Selbstverständnis der Regionen, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11 / 12 2006, Bonn, S. 637-644.

**Rosenfeld**, Martin T.W.; Kronthaler, Franz; Kawka, Rupert (2004): Zukunft der Regionalentwicklung in Deutschland – welche Auswirkungen haben langfristige sektorale, technologische und gesellschaftliche Veränderungen ?, in: Gans, Paul, Schmitz-Veltin, Ansgar (Hrsg.): Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 226, Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 6: demographische Trends in Deutschland – Folgen für Städte und Regionen, Hannover, S. 17-31.

**Rühle**, Heidi (2009): Lissabon-Vertrag stärkt die Rechte der Kommunen in Europa, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 79. Jahrgang, 10 / 2009, S. 522.

**Rupprechter**, Andrä (2003): Die GAP vor neuen Herausforderungen, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.): Agrarische Rundschau – Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 4 / 2003, Wien, S. 16-17.

**Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft** (Hrsg.) (2007): Integrierte Ländliche Entwicklung: LEADER- und ILE-Gebiete im Freistaat Sachsen 2007-2013.

**Saraceno**, Elena (1999): Der LEADER-Ansatz zur Beschäftigung, in: Europäische Beobachtungsstelle LEADER (Hrsg.): LEADER magazine, Nr. 20 / Frühjahr 1999, Brüssel, S. 4-12.

**Sauerborn**, Klaus; Tischer, Martin (2001): Evaluierung und Monitoring der europäischen Strukturförderung als Qualitätsmanagement zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 409-421.

**Schäfer**, Nicole (2003): Ansätze einer Europäischen Raumentwicklung durch Förderpolitik – das Beispiel INTERREG, in: Goppel; Schaffer et al (Hrsg.): Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Band 14, Augsburg / Kaiserslautern.

**Schäfer**, Nicole (2003): Zur Notwendigkeit einer europäischen Raumentwicklung, in: Goppel, Konrad et al (Hrsg.): Implementation der Raumordnung – wissenschaftliches Lesebuch für Konrad Goppel, Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Band 15, Augsburg / Kaiserslautern, S. 279-290.

**Schäfers**, Manfred (1993): Die Kohäsionspolitik der Europäischen Gemeinschaft – Integrationspolitische Einordnung, Darstellung und Erfolgskontrolle, Baden-Baden.

**Schaffer**, Franz (2003): Lernende Regionen – ein neuer Weg der regionalen Entwicklung, in: Goppel, Konrad et al (Hrsg.): Implementation der Raumordnung – wissenschaftliches Lesebuch für Konrad Goppel, Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Band 15, Augsburg / Kaiserslautern, S. 187-196.

**Scheele**, Martin (2002): Perspektiven für eine nachhaltige Gemeinsame Agrarpolitik, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Weiter denken – Agrarpolitik für ein gemeinsames Europa der Zukunft, Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Göttingen, S. 23-26.

**Schick**, Kerstin I. (2004): Die EU-Agrarreform in ihren möglichen Konsequenzen für die Entwicklung des ländlichen Raumes unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Bayern, in: Goppel; Schaffer et al (Hrsg.): Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Band 16, Augsburg / Kaiserslautern.

**Schick**, R. (1991): Die Bedeutung der ländlichen Räume in Europa, in: Magel, H; Winter, A. (Hrsg.): Ländliche Gemeinden auf dem Weg in den Europäischen Binnenmarkt, Salzburg, S. 52-65.

**Scheffel**, Karin (2001): Evaluierung – Chance oder Last ? Eine Betrachtung aus Bundessicht, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 315-316.

**Schmelz**, Dieter (2003): Die Bedeutung einer Raumentwicklungspolitik auf EU-Ebene für Bayern, in: Goppel, Konrad et al (Hrsg.): Implementation der Raumordnung – wissenschaftliches Lesebuch für Konrad Goppel, Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Band 15, Augsburg / Kaiserslautern, S. 273-278.

**Schödl**, Diana C. (2008): Wissen in planerischen Entwicklungsprozessen – Ein Ansatz zum strukturierten Umgang mit Wissen verdeutlicht am Beispiel der europäischen Strukturpolitik durch INTERREG, in: Troeger-Weiß, Gabi (Hrsg.): Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung, Band 24, Kaiserslautern.

**Scholles**, Frank (2005): Bewertungs- und Entscheidungsmethoden, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, 4., neu bearbeitete Auflage, S. 97-106.

**Schön**, Karl Peter; Selke, Welf (2007): Territoriale Agenda der EU – ein Ansatz für ein neues Planungs- und Entwicklungsverständnis in Europa, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7 / 8 2007, Bonn, S. 435-440.

**Schrumpf**, Heinz; Müller, Beate (1998): EU-Regionalpolitik – Die Reform der Strukturfonds nach den Vorstellungen der EU-Kommission – Die Agenda 2000, in: Eberstein, Hans Hermann (Hrsg.): Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung, 3. Auflage, 1. Band, Köln, S. A VII 31-104.

**Schubert**, Alexandra (2001): Das Evaluierungskonzept der Strukturfonds und die deutsche Verwaltung – ein nicht spannungsfreies Verhältnis, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 317-319.

**Schulz**, Stefan (2003): Zukunft der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), in: Der Landkreis, 73. Jahrgang, Nr. 7 / 2003, S. 496-498.

**Schulz-Greve**, Willi (2003): Auswirkungen der Reform der EU-Agrar- und Strukturpolitik auf die Beitrittsländer, in: Der Landkreis, 73. Jahrgang, Nr. 7 / 2003, S. 490-492.

**Schürmann**, Carsten; Spiekermann, Klaus; Wegener, Michael (2004): Transeuropäische Verkehrsnetze und regionale Entwicklung – Prognose von Erreichbarkeit, Wirtschaftskraft und räumlichen Disparitäten, in: Raumplanung, Nr. 116 / 2004, S. 205-210.

**Schwab**, Andreas (2009): Dem Grundsatz der Subsidiarität zur Geltung verhelfen, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 79. Jahrgang, 10 / 2009, S.521.

**Schwengler**, Barbara (2006): Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ab 2007, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9 / 2006, Bonn, S. 533-538.

**Sedlacek**, Peter (2003): Regionalmanagement – ein Konzept zwischen Region und Organisation, in: Schenkstoff, Hans Joachim (Hrsg.): Regionalmanagement in der Praxis – Beispiele aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Arbeitsmaterial der ARL, Hannover, S. 1-10.

**Sedlacek**, Peter (2004): Evaluation in der Stadt und Regionalentwicklung – Herausforderungen für Wissenschaft und Praxis, in: Sedlacek, Peter (Hrsg.): Evaluation in der Stadt- und Regionalentwicklung, Wiesbaden, S. 11-26.

**Seehofer**, Horst (2007): Landwirtschaft und Ländlicher Raum: Rückschau und Perspektiven, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 12-16.

**Segert, Astrid; Zierke, Irene (2007):** Regionalinitiativen – Entwicklungsressource strukturschwacher ländlicher Räume, in ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 5 / 2007, Hannover, S. 421-434.

**Seidel, Bernhard (2002):** Regional-, Struktur- und Kohäsionspolitik, in: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A bis Z, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 321-328.

**Seifert, Katja; Osterburg, Bernhard; Kleinhanß, Werner (1998):** Gemeinsame Agrarpolitik und mögliche Auswirkungen der AGENDA 2000 auf Einkommen und Beschäftigung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9 / 1998, Bonn, S. 555-565.

**Sinabell, Franz (2007):** Entwicklung des ländlichen Raums in Österreich, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.): Agrarische Rundschau – Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 3 / 2007, Wien, S. 29-34.

**Sinz, Manfred (2000):** Gibt es Auswirkungen der europäischen Raumentwicklungspolitik auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene ?, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3 / 4 2000, Bonn, S. 109-115.

**Sinz, Manfred (2005a):** Raumordnung / Raumordnungspolitik, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 863-872.

**Sinz, Manfred (2005b):** Region, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 919-923.

**Sinz, Manfred (2006):** Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung – Anmerkungen zu einem politischen Diskurs, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11 / 12 2006, Bonn, S. 605-612.

**Sonnleitner, Gerd (2007):** Aufgaben und Chancen für die deutsche Landwirtschaft und den ländlichen Raum im 21. Jahrhundert, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 42-44.

**Spangenberg, Martin; Kawka, Rupert (2008):** Neue Raumtypisierung – ländlich heißt nicht peripher, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, 59. Jahrgang, Heft 02 / 2008, Göttingen, S. 27-31.

**Späth, Lothar (2000):** Gezielte Regionalpolitik betreiben, in: Der Landkreis, 76. Jahrgang, Nr. 8-9 / 2006, S. 561-562.

**Staats, Jens-Uwe (2006):** Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung – Möglichkeiten zur Umsetzung durch die Bundesraumordnung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11 / 12 2006, Bonn, S. 693-700.

**Staatskanzlei Rheinland-Pfalz** -Oberste Landesplanungsbehörde- (Hrsg.): Landesentwicklungsprogramm III Rheinland-Pfalz, Mainz, 1995.

**Städtetag Rheinland-Pfalz** (Hrsg.) (2007): Die Stellung der Städte in Rheinland-Pfalz – Motoren der Wirtschaftsentwicklung, aber es fehlt der Kraftstoff – Ein Beitrag zur Diskussion über „städtische und ländliche Räume“, Mainz.

**Stame**, Nicoletta (2001): The quality of evaluations in the context of the European Structural Funds, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 321-323.

**Statistische Ämter der Großregion** (Hrsg.) (2002): Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie – Statistische Kurzinformationen.

**Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz** (Hrsg.): Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2007, in: Statistische Analysen Nr. 9 / 2008, Bad Ems.

**Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz** (Hrsg.): Fremdenverkehr 2007 / 2008, Bad Ems.

**Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz** (Hrsg.): Kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz – Ein Vergleich in Zahlen, Ausgabe 2007, Bad Ems.

**Stegt**, Josef (2002): Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle – auch nach der EU-Osterweiterung ?, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 72. Jahrgang, Januar 2002, Berlin, S. 3-10.

**Stegt**, Josef (2006a): Neue Leitbilder der Raumordnung – Das „Aus“ für strukturschwache ländliche Räume ?, in: Der Landkreis, 76. Jahrgang, Nr. 1 / 2006, S. 45.

**Stegt**, Josef (2006b): Neue Leitbilder der Raumordnung, in: Der Landkreis, 76. Jahrgang, Nr. 7 / 2006, S. 533-534.

**Stiens**, Gerhard (1998): Prognosen und Szenarien in der räumlichen Planung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Methoden und Instrumente räumlicher Planung, Hannover, S. 113-146.

**Stockmann**, Richard: Evaluation in Deutschland, in: Stockmann, Reinhard (Hrsg.): Evaluationsforschung – Grundlagen und ausgewählte Forschungsfelder, Opladen, S. 11-140.

**Stöhr**, Liane; Schenk, Winfried (1997): Die Umsetzung des EU-Förderprogramms LEADER – Ergebnis einer bundesweiten Evaluierung, in ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Heft 7 / 1997, Hannover, S. 421-431.

**Stoiber**, Edmund (2009): Bürokratieabbau mobilisiert zusätzliches Wachstum, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 79. Jahrgang, 10 / 2009, S. 524-525.

**Sturm**, Herwig; Fischler, Franz (2006): Lebensraum Land. Erklärung zu einer eigenständigen, kreativen und nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.): Agrarische Rundschau – Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 5 / 2006, Wien, S. 20-21.

**Südekum**, Jens (2002): Wie sinnvoll ist die Regionalpolitik der Europäischen Union ?, Göttingen, verfügbar unter: <http://www.uni-konstanz.de/suedekum/regiopolzfw.pdf>.

**Swoboda**, Jan (2002): Wie funktioniert LEADER+ ? Der Entwicklungsansatz von LEADER, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 72. Jahrgang, Januar 2002, Berlin, S. 20-21.

**Tangermann**, Stefan (2007): Perspektiven für die europäische Agrarpolitik, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.): Agrarische Rundschau – Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 6 / 2007, Wien, S. 24-27.

**Taylor**, Sandra; Bachtler, John; Polverari, Laura (2001): Structural Fund evaluation as a programme management tool: comparative assessment and reflections on Germany, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 341-357.

**Tetsch**, Friedemann (2002): Zum Verhältnis zwischen EU-Regionalpolitik und nationaler Regionalförderung im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA), in: ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 3-4 / 2002, Hannover, S. 195-207.

**Thirion**, Samuel (2000): Übergeordnete Themen als Motor der Entwicklung, in: Europäische Beobachtungsstelle LEADER (Hrsg.): LEADER magazine, Nr. 24 / Herbst 2000, Brüssel., S. 4-10.

**Thrun**, Thomas (2003): Handlungsansätze für ländliche Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung Heft 12 / 2003, Bonn, S. 709-718.

**Tourismus- und Heilbäderverband Rheinland-Pfalz e.V.** (2009) (Hrsg.): Strukturen und Aufgaben der lokalen Ebene im Tourismus in Rheinland-Pfalz – Ein Leitfaden zur Umsetzung der Tourismusstrategie 2015 in den rheinland-pfälzischen Tourismuskommunen, Koblenz.

**Troeger-Weiß**, Gabi (2003): Regionalmanagement als neues Konzept für die Umsetzung der Raumordnung, in: Goppel, Konrad et al (Hrsg.): Implementation der Raumordnung – wissenschaftliches Lesebuch für Konrad Goppel, Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Band 15, Augsburg / Kaiserslautern, S. 51-59.

**Uhlenberg**, Eckhard (2007): Quo vadis Gemeinschaftsaufgabe ?, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 108-110.

**Ulrich**, Klaus (2003): INTERREG – ein geeignetes Instrument zur Umsetzung einer europäischen Raumentwicklung ?, in: Goppel, Konrad et al (Hrsg.): Implementation der Raumordnung – wissenschaftliches Lesebuch für Konrad Goppel, Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Band 15, Augsburg / Kaiserslautern, S. 301-308.

**Untiedt**, Gerhard; Janson, Bernd (2005): EU-Regionalpolitik – Konzeption und Instrumente, in: Eberstein, Hans Hermann (Hrsg.): Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung, 3. Auflage, 1. Band, Köln, S. A VII 1 1-71.

**Van der Knaap**, Peter: (2001): Policy evaluation and outcome-oriented management: instruments for policy-oriented learning. Recent developments in the Netherlands and the evaluation practice of the European Structural Funds, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 359-371.

**Vertretung der Europäischen Kommission** in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.) (2008): Der Vertrag von Lissabon – Die EU-Reform 2008 im Überblick, Berlin.

**Vieting**, Ute (2007): Von Top-down zu Bottom-up – Partizipative Ansätze in der Regionalentwicklung, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 124-125.

**Vorauer**, Karin (2001): Europäische Regionalpolitik zwischen Innovation und politischer Notwendigkeit, in: Geographische Rundschau, Jahrgang 53, Heft 3 / 2001, S. 38-42.

**Vorauer-Mischer**, Karin (2004): Regionen der EU – Problemgebiete und Möglichkeiten der Regionalförderung, in: Geographische Rundschau, Jahrgang 56, Heft 5 / 2004, S. 4-8.

**Voß**, Rainer (2005): Ländlicher Raum und Innovation – eine regionalpolitische Daueraufgabe, in: Voß, Rainer (Hrsg.) (2005): Modernisierung ländlicher Regionen – Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation, Bildung, Netzwerke, Berlin, S. 10-103.

**Waniek**, Roland W. (1992): Ordnungspolitische Elemente und Defizite der Europäischen Regionalpolitik, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Heft 51 / 1992, S. 19-24.

**Weber**, Gerlind (2009). Der ländliche Raum – Mythen und Fakten, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.): Agrarische Rundschau – Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 06 / 2006, Wien, S. 33-37.

**Weick**, Theophil (1999): Von der Raumordnung zur Regionalentwicklung – Das Regionale Entwicklungskonzept Westpfalz, in: Raumplanung, Nr. 86 / 1999, S. 180-183.

**Weingarten**, Peter (2007): Politik braucht Wissen – Welche Fragen zur Zukunft ländlicher Räume muss die Wissenschaft beantworten ?, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 26-29.

**Weiß**, Katrin; Kroës, Günter; Lückenköter, Johannes (2004): Regionale Partnerschaften – vom Zweckbündnis zum Entwicklungsmotor, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, 55. Jahrgang, Nr. 5 / 2004, S. 43-47.

**Weiß**, Wolfgang (2002): Der Ländlichste Raum – Regional-demographische Begründung einer Raumkategorie, in: ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 3-4 / 2002, Hannover, S. 248-254.

**Wernicke**, Petra (2007): Sachsen-Anhalts Landwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 46-47.

**Wiechmann**, Thorsten; Beier, Markus (2004): Evaluationen in der Regionalentwicklung – Eine vernachlässigte Herausforderung für die Raumplanung, in: ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 6 / 2004, Hannover, S. 387-395.

**Wilms**, Hans-Joachim (2007): Der ländliche Raum auf dem Weg in die Wissensgesellschaft – Zukunft durch Bildung, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 54-56.

**Wink**, Rüdiger (2007): Innovationsförderung durch die EU-Strukturpolitik nach 2007: neue Ansätze, alte Probleme ?, in ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 4 / 2007, Hannover, S. 315-324.

**Winkel**, Rainer (2002): Zukunftsperspektiven für den ländlichen Raum, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 72. Jahrgang, Januar 2002, Berlin, S. 11-14.

**Winkel**, Rainer (2003a): Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum – Auswirkungen und Konzepte für die kommunale Infrastruktur, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, 54. Jahrgang, Nr. 2 / 2003, Göttingen, S. 34-43.

**Winkel**, Rainer (2003b): Neue Impulse für die Wirtschaftsentwicklung braucht das Land, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, 54. Jahrgang, Nr. 6 / 2003, S. 41-46.

**Winkler-Kühlken**, Bärbel (2003): Voneinander lernen – Bevölkerungsrückgang und Strukturanpassung in ländlichen Regionen Europas, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung Heft 12 / 2003, Bonn, S. 779-787.

**Wirth**, Peter (1996): Ansätze für die zukunftsorientierte Entwicklung ländlicher Räume, in: Standort, Heft 3 / 1996, S. 18-25.

**Wohlmann**, Matthias (2001): Europäisches Konzept zur Daseinsvorsorge nötig ? Kommunale Daseinsvorsorge im Kontext europäischen Wettbewerbsrechts, in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Der Landkreis, 71. Jahrgang, Juli 2001, Berlin, S. 430-433.

**Woidke**, Dietmar (2007): Brandenburg – neue Einkommensquellen für die Landwirtschaft unterstützen, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 62-63.

**Wöller**, Roland (2007): Der demografische Wandel in Sachsen – Chance und Herausforderung für die ländlichen Regionen, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, Nr. 05 / 06 2007, Jubiläumsausgabe 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V. – Der ländliche Raum: Vielfalt ist seine Stärke, Göttingen, S. 88-89.

**Wollmann**, Helmut (2005): Evaluation, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, 4., neu bearbeitete Auflage, Hannover, S. 274-280.

**Wotha**, Brigitte (2002): Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklungspolitik der EU, in: Raumplanung, Nr. 102 / 2002, S. 121-125.

**Wottawa**, Heinrich; Thierau Heike (2003): Lehrbuch Evaluation, 3. korrigierte Auflage, Bern et al.

**Wutscher**, Werner (2003): Starke ländliche Entwicklung gefragt, in: Ökosoziales Forum Österreich (Hrsg.): Agrarische Rundschau – Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht, Nr. 4 / 2003, Wien, S. 36-37.

**Zarth**, Michael (2006): Regionale Strukturpolitik – quo vadis ? – Einführung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9 / 2006, Bonn, S. I-II.

**Zarth**, Michael (2007): Nationaler Strategischer Rahmenplan – ein neues Koordinierungsinstrument in der europäischen Strukturpolitik 2007+, in: ARL (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Nr. 4 / 2007, Hannover, S. 349-359.

**Zellner**, Theo (2003): Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Grenzregionen, in: Der Landkreis, 73. Jahrgang, Nr. 7 / 2003, S. 502-503.

**Zimmermann-Steinhart**, Petra (2003): Europas erfolgreiche Regionen – Handlungsspielräume im innovativen Wettbewerb, Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismusforschung, Band 26, Baden-Baden.

**Zuleeg**, Fabian (2001): Devolution and the evolution of European Structural Funds in Scotland, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6 / 7 2001, Bonn, S. 373-384.

**Zürker**, Matthias (2007): Cluster als neue Komponente der wirtschaftsbezogenen Raumentwicklung – Diskussion der Anforderungen, Möglichkeiten und Grenzen des Ansatzes auf Basis der Erkenntnisse einer Evaluation der Clusterpolitik Oberösterreichs, in: Troeger-Weiß, Gabi (Hrsg.): Materialien zur Raumentwicklung und Raumordnung, Band 22, Kaiserslautern.

## **II. Verzeichnis der Internetquellen**

### **Agrarsoziale Gesellschaft e.V.**

<http://www.asg-goe.de>

### **Ausschuss der Regionen**

<http://www.cor.europa.eu>

### **Biosphärenhaus Pfälzerwald / Nordvogesen**

<http://www.biosphaerenhaus.de>

### **Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

<http://www.bmelv.de>

### **Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie**

<http://www.bmwi.de>

### **Deutscher Städte- und Gemeindebund**

<http://www.dstgb.de>

### **Deutsche Vernetzungsstelle LEADERplus**

<http://www.leaderplus.de>

### **Europäisches Amt für Veröffentlichungen**

<http://publications.europa.eu>

### **Europäische Kommission, GD Regionalpolitik**

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy](http://ec.europa.eu/regional_policy)

### **Europäische Kommission, GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung**

<http://ec.europa.eu/agriculture/rurdev>

### **Europäische Vernetzung für ländliche Entwicklung**

<http://www.ruraleurope.org>

### **European Association for Information on Local Development**

<http://www.aeidl.be>

### **European Spatial Planning Observation Network**

<http://www.espon.eu>

### **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG**

[http://www.regio-pamina.eu/\\_interreg](http://www.regio-pamina.eu/_interreg)

<http://www.grossregion.net/de/>

**LEADER Bayern**

<http://www.stmlf.bayern.de/landentwicklung/leader>

**LEADER Österreich**

<http://www.leader-austria.at>

**LAG Pfälzer Bergland**

<http://www.landkreis-kusel.de>

**LAG Pfälzerwald**

<http://www.leaderplus-pfaelzerwald.de>

**Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz**

<http://www.ism.rlp.de>

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz**

<http://www.mwvlw.rlp.de>

**Modellwettbewerb Regionen Aktiv**

<http://www.modellregionen.de>

**Mountainbikepark Pfälzerwald**

<http://www.mountainbikepark-pfaelzerwald.de>

**Netzwerk ländliche Räume**

<http://www.netzwerk-laendliche-raeume.de>

**Ökosoziales Forum Österreich**

<http://www.oesfo.at>

**Planungsgemeinschaft Westpfalz**

<http://www.westpfalz.de>

**Touristische Nutzung der Glantalschienenstrecke**

<http://www.draisinentour.de>

**Ziel-2-Programm Nordrhein-Westfalen**

<http://www.ziel2-nrw.de>

### III. Verzeichnis der rechtlichen Quellen

**Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften** (ABl. L 130 vom 25.05.1994), Verordnung (EG) Nr. 1164 / 1994 des Rates vom 16. Mai 1994 zur Errichtung des Kohäsionsfonds, abgeändert durch die Verordnungen (EG) Nr. 1264 / 1999 und Nr. 1265 / 1999.

**Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften** (ABl. L 161 vom 26.06.1999a), Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds, S. 1-42; abgeändert durch die Verordnungen (EG) Nr. 1447/2001 und Nr. 1105/2003.

**Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften** (ABl. L 213 vom 13.08.1999a), Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), S. 12-18.

**Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften** (ABl. L 213 vom 13.08.1999b), Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds (ESF), S. 12-18.

**Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften** (ABl. L 316 vom 10.12.1999), Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und zur Änderung bzw. Aufhebung bestimmter Verordnungen, S. 26-30; abgeändert durch die Verordnung (EG) Nr. 567/2004 des Rates vom 22. März 2004.

**Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften** (ABl. C 139 vom 18.05.2000), Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 14. April 2000 über die Leitlinien für die Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raumes (Leader+).

**Amtsblatt der Europäischen Union** (ABl. L 277 vom 21.10.2005), Verordnung (EG) Nr. 1698 / 2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), S. 1-40.

**Amtsblatt der Europäischen Union** (ABl. C 54 vom 04.03.2006), Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung 2007-2013, S. 13-44.

**Amtsblatt der Europäischen Union** (ABl. L 210 vom 31.07.2006a), Verordnung (EG) Nr. 1080 / 2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG), Nr. 1783 / 1999, S.1-11.

**Amtsblatt der Europäischen Union** (ABl. L 210 vom 31.07.2006b), Verordnung (EG) Nr. 1081 / 2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1784 / 1999, S.12-18.

**Amtsblatt der Europäischen Union** (ABl. L 210 vom 31.07.2006d), Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260 / 1999, S. 25-78.

**Amtsblatt der Europäischen Union** (ABl. 210 vom 31.07.2006e), Verordnung (EG) Nr. 1084 / 2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2006 zur Errichtung des Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1164 / 1994, S. 79-81.

**Amtsblatt der Europäischen Union** (ABl. L 291 vom 21.10.2006), Entscheidung des Rates vom 6. Oktober 2006 über strategische Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft, S. 11-32.

**Amtsblatt der Europäischen Union** (ABl. L 371 vom 27.12.2006), Verordnung (EG) Nr. 1828 / 2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1083 / 2006 des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und der Verordnung (EG) Nr. 1080 / 2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, S. 1-173.

**Beschluss der 32. Ministerkonferenz für Raumordnung** am 28. April 2005 in Berlin, verfügbar unter [http://www.bmvbs.de/Anlage/original\\_931801/Beschluss-zur-Weiterentwicklung-raumordnungspol.-Leitbilder-und-Handlungsstrategien-28.04.2005.pdf](http://www.bmvbs.de/Anlage/original_931801/Beschluss-zur-Weiterentwicklung-raumordnungspol.-Leitbilder-und-Handlungsstrategien-28.04.2005.pdf).

**Beschluss der 33. Ministerkonferenz für Raumordnung** am 30. Juni 2006 in Berlin, verfügbar unter [http://www.bmvbs.de/Anlage/original\\_966052/Beschluss-zu-Leitbildern-und-Handlungsstrategien-30.06.06.pdf](http://www.bmvbs.de/Anlage/original_966052/Beschluss-zu-Leitbildern-und-Handlungsstrategien-30.06.06.pdf).

**Europäischer Rat von Barcelona**, 15. und 16. März 2002, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, verfügbar unter [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/71067.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/71067.pdf).

**Europäischer Rat von Göteborg**, 15. und 16. Juni 2001, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, verfügbar unter [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/00200-r1.d1.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00200-r1.d1.pdf).

**Europäischer Rat von Lissabon**, 23. und 24. März 2000, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, verfügbar unter [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/00100-r1.d0.htm](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00100-r1.d0.htm).

**Deutscher Bundestag** (Hrsg.) (2007): Unterrichtung durch die Bundesregierung – Sechsendreißigster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 2007 bis 2010, Drucksache 16/5215, Berlin.

**Deutscher Bundestag** (Hrsg.) (2009): Unterrichtung durch die Bundesregierung – Koordinierungsrahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ab 2009, Drucksache 16/13950, Berlin.

**Raumordnungsgesetz** (ROG) in der Fassung vom 18. August 1997 (BGBl. I S. 2081), zuletzt geändert am 25.06.2005, BGBl. I, S. 1746.

# GESPRÄCHSLEITFADEN EXPERTENBEFRAGUNG

Befragte Person:

Institution:

Ort:

Datum:

---

## **A) Einführung in die Thematik**

- Hintergrund und Ziele der Dissertation
- Einordnung der Experteninterviews in den Gesamtkontext der Dissertation

## **B) Ausgangssituation im Tourismus**

- Welches sind die zentralen Ziele der Region Westpfalz in Bezug auf die Entwicklung des Tourismus ?
- Welches sind Ihrer Einschätzung nach die zentralen Entwicklungspotenziale der Region Westpfalz im Bereich des Tourismus ?
- Wo bestehen Ihrer Ansicht nach noch Defizite, Schwächen und Entwicklungshemmnisse innerhalb des Tourismus ?

## **C) Bedeutung der EU-Förderprogramme in der Förderperiode 2000 bis 2006 für die Entwicklung des Tourismus**

- Sind die vielfältigen Fördermöglichkeiten der EU im Bereich des Tourismus Ihrer Einschätzung nach den regionalen Akteuren ausreichend bekannt ?
- Werden Sie über Fördermöglichkeiten der EU ausreichend informiert, falls ja von welcher Seite (EU, Bund, Land, Kreis, etc.) ?
- Ist das vorhandene Förderangebot der EU bezüglich des Tourismus Ihrer Meinung nach ausreichend ? In welchen Bereichen bestehen eventuell noch Defizite ?
- Wurden Ihrer Einschätzung nach in der Vergangenheit bei den EU-Förderprogrammen die richtigen Prioritäten gesetzt ?
- Erhält Ihr Landkreis / Ihre Verbandsgemeinde Fördergelder der EU zur Förderung der Entwicklung des Tourismus ?
- Welche EU-Förderprogramme sind Ihrer Meinung nach für die Entwicklung des Tourismus in der Region von besonderer Bedeutung ?

- Führt die intensive Auseinandersetzung mit den regionalen Stärken, Schwächen und Entwicklungsperspektiven im Rahmen der von der EU-Strukturpolitik vorgeschriebenen Programmplanung zu einer erhöhten Qualität der Konzeptionen und wird auf diese Weise die touristische Profilierung der Region gefördert ?
- Fördert die EU-Strukturpolitik Ihrer Einschätzung nach die Kooperation und Vernetzung der Akteure im Tourismus und findet ein Erfahrungsaustausch statt mit anderen Regionen ?
- Wird Ihrer Einschätzung nach im Rahmen der EU-Strukturpolitik das bestehende Angebotsgefälle im Tourismus innerhalb der Westpfalz abgebaut oder haben sich bestehende Disparitäten in den vergangenen Jahren weiter verschärft ?

**D) Bedeutung der regionalen von der EU finanzierten Leitprojekte für die Entwicklung des Tourismus in der Westpfalz**

- Wurde Ihrer Einschätzung nach die mit den regionalen touristischen Leitprojekten („Mountainbikepark Pfälzerwald“ / „Biosphärenhaus Pfälzerwald-Nordvogesen“ im Teilraum „Pfälzerwald“ / Landkreis Südwestpfalz bzw. „Draisinenstrecke“ / „Kulinarische Landstraße“ im Teilraum „Pfälzer Bergland“ / Landkreis Kusel) verbundenen Erwartungen und Ziele in Bezug auf den Tourismus bisher erfüllt ?
- Ist durch diese Projekte Ihrer Einschätzung nach der Bekanntheitsgrad der Region als Tourismusstandort gestiegen ?

Tragen diese Projekte zur touristischen Profilierung der Region bei ?

- Fördern diese Projekte Ihrer Meinung nach die Kooperation und Vernetzung im Bereich des Tourismus innerhalb der Region und darüber hinaus ?

Falls ja, entstehen durch diesen Erfahrungsaustausch neue Impulse für die touristische Entwicklung ?

- Sind infolge dieser Projekte die Gäste- und Übernachtungszahlen gestiegen ?
- Wurde neue Zielgruppen für den Tourismus in der Region gewonnen ?
- Lösen diese Projekte Folgeinvestitionen im Bereich des Tourismus aus ?
- Wären die Projekte Draisinenstrecke / Glan-Blies-Radweg, Mountainbikepark oder Biosphärenhaus auch ohne Kofinanzierung im Rahmen der EU-Strukturpolitik realisiert worden ?
- Gab die EU-Strukturpolitik über die Kofinanzierung hinaus weitere Impulse bei der Entwicklung und Umsetzung dieser Projekte ?

## **E) Probleme und Defizite bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik**

- Gibt es in der Region Westpfalz spezifische Probleme bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik ?

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen nationalen Stellen (z.B. Ministerium, ADD, etc.) ?

- Wie kann die Umsetzung der EU-Strukturpolitik Ihrer Meinung nach künftig effizienter gestaltet werden ?

## **F) Ausblick: Zukunft der EU-Strukturpolitik in der Region Westpfalz und Handlungsfelder zur Weiterentwicklung**

- Erhält eine strukturschwache Region wie die Westpfalz Ihrer Einschätzung nach auch in Zukunft noch ausreichend Fördergelder der EU oder findet ein Paradigmenwechsel statt hin zu einer stärkeren Unterstützung von Wachstumsregionen ?
- Welchen Einfluss hat die Region auf die Ausgestaltung der einzelnen Förderprogramme und auf den Einsatz der Fördermittel ? Findet Ihrer Einschätzung nach eine ausreichende Regionalisierung statt ?
- Welchen inhaltlich-thematischen Schwerpunkte sollten künftig bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Westpfalz gesetzt werden und wie sollte die Umsetzung künftig in institutioneller Hinsicht organisiert werden ?

# LEBENS LAUF

Name	Matthias Kattler
Anschrift	Nachtweide 2 67742 Ginsweiler
Beruf	Diplom-Ingenieur Raum- und Umweltplanung
Geburtsjahr	1979
Geburtsort	Idar-Oberstein

## *Werdegang und Ausbildung*

2007-2011	Promotionsstudium am Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung (Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß)
2001-2007	Studium der Raum- und Umweltplanung an der Technischen Universität Kaiserslautern mit dem Schwerpunkt Stadt- und Regionalentwicklung  Abschluss: Diplom  Titel der Diplomarbeit: „Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Bereich Wohnen in suburbanen Räumen – dargestellt am Beispiel der VG Dierdorf im Landkreis Neuwied“
2000-2001:	Wehrdienst
1990-2000:	Gymnasium Lauterecken  Abschluss Abitur
1986-1990:	Grundschule Odenbach